

Beteiligtentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/2043)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligtentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligtentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 16. April 2021

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Corona-Pandemie wird sich aller Voraussicht nach auch auf die für den 25. April 2021 angestrebte vorzeitige Durchführung von Neuwahlen in Thüringen auswirken. Die gegenwärtigen Prognosen zur weiteren Entwicklung der Pandemielage gehen davon aus, dass diese auch im Jahre 2021 das öffentliche Leben einschränken wird aufgrund entsprechender Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden. Aus diesem Grund ist es angezeigt, dass der Gesetzgeber entsprechende Vorkehrungen trifft, dass die rechtsstaatliche Integrität der Wahlhandlung und der Wahlvorbereitung unter Wahrung der allgemeinen Wahlgrundsätze möglichst auch unter den Bedingungen einer Pandemiesituation gewahrt werden kann. Auch in anderen Bundesländern wurden im Zusammenhang mit der Durchführung von Wahlen bereits entsprechende gesetzliche Regelungen getroffen (vergleiche Artikel 9a Abs. 2 Nr. 2 Bayerisches Infektionsschutzgesetz vom 25. März 2020 [BayGVBl., S. 174]; Gesetz zur Durchführung der Kommunalwahlen 2020 vom 29. Mai 2020 [GV. NRW, S. 357], siehe auch Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 17/9365 vom 19. Mai 2020). Auch auf Bundesebene wird eine entsprechende Ergänzung des Wahlrechts für die Bundestagswahlen 2021 vorbereitet, um eine rechtssichere Gestaltung und Durchführung unter Pandemiebedingungen zu ermöglichen. Die Frage, ob der Gesetzgeber angesichts der allgemeinen Pandemielage von Verfassungs wegen gehalten ist, entsprechende Anpassungen und Ergänzungen des Wahlrechts vorzunehmen, war ebenfalls bereits Gegenstand verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung (Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 30. Juni 2020 - 63/20.VB-2 -, Juris-Rn. 47).

Die Wahlvorschlagsträger werden bei der Vorbereitung ihrer Teilnahme an der Wahl voraussichtlich auch im Jahre 2021 durch entsprechende Kontaktbeschränkungen betroffen sein. Obwohl Versammlungen zur Aufstellung von Bewerberinnen und Bewerbern gegenwärtig nicht untersagt sind, lassen sich in der Praxis Auswirkungen der Kontaktbeschränkungen auf die Durchführung der Aufstellungsversammlungen und die da-

ran anknüpfende Sammlung von Unterstützungsunterschriften jedenfalls nicht ausschließen.

Unterstützungsunterschriften sind von kleineren Parteien und Wählergruppen mit Einreichung des Wahlvorschlags beizubringen, wenn sie bisher nicht im Thüringer Landtag oder Bundestag vertreten waren.

Die Gewinnung einer ausreichenden Zahl von Wahlhelferinnen und Wahlhelfern dürfte entweder wegen eines weiterhin bestehenden Ansteckungsrisikos erschwert werden. Zudem könnten sich coronabedingte Mehrbelastungen für Wahlvorstände im Urnenwahlraum oder bei der Ermittlung der Briefwahlresultate ergeben.

In den letzten Monaten war die Pandemiesituation insbesondere davon geprägt, dass es zu lokalen und regionalen Schwerpunkten des Pandemiegeschehens gekommen ist. Die Gesundheitsbehörden haben jeweils durch entsprechende zielgerichtete Maßnahmen auf diese Situation reagiert und diverse Einschränkungen des öffentlichen Lebens für das betroffene Gebiet angeordnet. Solche Pandemieszenarien werden auch in Zukunft nicht auszuschließen sein. Dies kann dazu führen, dass die angestrebten Landtagswahlen möglicherweise nicht im gesamten Wahlgebiet unter den gleichen tatsächlichen und rechtlichen Bedingungen durchgeführt werden können. Auch ist es nicht ausgeschlossen, dass das gesamte Wahlgebiet von einem entsprechenden Pandemiegeschehen betroffen sein könnte.

Angesichts dieser Pandemie-Szenarien und den Prognoseunsicherheiten ist es angezeigt, dass der Gesetzgeber die notwendigen rechtlichen Vorkehrungen trifft, damit die angestrebte Landtagswahl am 25. April 2021 ordnungsgemäß durchgeführt werden kann.

B. Lösung

Anpassung der Regelungen über die Wahlvorbereitung sowie die Durchführung der Wahl an die Pandemiesituation; das Land hat hierfür die Gesetzgebungskompetenz. Dies gilt insbesondere auch für die Regelungen zur Aufstellung der Kandidaten durch die Parteien. Nach § 17 Satz 2 Parteiengesetz bleiben die Länder für Regelungen der Kandidatenaufstellung durch Parteien in Bezug auf Landtagswahlen zuständig.

C. Alternativen

Keine

Die Durchführung der Wahlen unter Pandemiebedingungen nach den aktuellen Bestimmungen des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung erhöhten das Risiko, dass die Wahl im Wahlgebiet oder in Teilen des Wahlgebiets nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden könnte. Insbesondere bestünde dann die Gefahr, dass ein Teil der Wahlberechtigten nicht in der Lage wären oder es für sie unzumutbar wäre, ihr Wahlrecht auszuüben.

D. Kosten

Es fehlen bislang Erfahrungswerte, ob die Neuregelungen zu einer Mehrbelastung - zunächst - der kommunalen Haushalte und anschließend im Rahmen der Kostenerstattung auch des Landeshaushalts führen können. Die Gemeinden erhalten für die Durchführung der Wahlen vom Land eine Wahlkostenerstattung nach Maßgabe des § 66 Thüringer Landeswahlgesetz. Es ist insbesondere nicht ausgeschlossen, dass den Gemeinden durch die Umsetzung eines Hygieneschutzkonzeptes

in den Wahlräumen erhöhte Aufwendungen entstehen. Die notwendigen Kosten werden im Rahmen der Wahlkostenerstattung des Landes berücksichtigt werden.

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 für den Thüringer Landtag sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen
Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021
(ThürVorNWDG 2021)

§ 1

(1) Für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 gelten die nachfolgenden Regelungen an Stelle der entsprechenden Regelungen im Thüringer Landeswahlgesetz und der Thüringer Landeswahlordnung.

(2) Die Bestimmungen der Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags vom 27. Februar 2020 (GVBl. S. 89) bleiben unberührt.

§ 2

(1) Für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen des Landtags sind in den Fällen des § 22 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz 125 und des § 29 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz 500 eigenhändig unterzeichnete Unterschriften von Wahlberechtigten notwendig.

(2) Die Parteien können für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung ihre Bewerber für die Landtagswahl in den Versammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz auch gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wählen.

(3) Darüber hinaus können die Parteien für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung ihren Mitgliedern ermöglichen, die Bewerber ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation oder in der Form der Briefwahl zu wählen, wenn die Durchführung von Versammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz für die Partei aufgrund der örtlichen Pandemiesituation nicht möglich oder zu erwarten ist, dass aufgrund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Mitglieder ihr Wahlrecht andernfalls nicht ausüben können. Im Falle der Durchführung der Wahl im Wege der elektronischen Kommunikation ist die Schlussabstimmung in geheimer Abstimmung per Briefwahl durchzuführen. Die Parteien haben auf geeignete Weise durch schriftliche Versicherung an Eides Statt durch den Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmten Teilnehmern gegenüber dem Wahlkreisausschuss nachzuweisen, dass die Wahl der Bewerber in den Formen des Satzes 1 unter Beachtung der Grundsätze der Geheimheit der Wahl erfolgt ist. Satz 3 gilt entsprechend für den Nachweis der Aufstellung der Lan-

desliste gegenüber dem Landeswahlausschuss. Der Landeswahlleiter kann den Parteien Anwendungshinweise für den Inhalt und die Gestaltung der Nachweise geben. § 23 Abs. 6, § 29 Abs. 6 Thüringer Landeswahlgesetz sowie § 2 Abs. 5 und § 37 Abs. 4 Thüringer Landeswahlordnung finden im Übrigen sinnngemäße Anwendung.

(4) Der Wahlkreisausschuss hat die Wahlvorschläge zurückzuweisen, wenn sie den Anforderungen dieses Gesetzes nicht entsprechen. Satz 1 gilt entsprechend für die Entscheidung des Landeswahlausschusses über die Zulassung der Landeslisten. § 28 Abs. 1 Satz 2 und § 30 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz bleiben im Übrigen unberührt.

§ 3

Die Wahl dauert von 8 Uhr bis 20 Uhr. Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorsteher bekannt gegeben. Von da ab sind nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zuzulassen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen.

§ 4

Bei der Einrichtung der Wahlräume und für die Durchführung der Wahlhandlung haben die Gemeinden ein Infektionsschutzkonzept zu erstellen. Die Gesundheitsbehörden unterstützen die Gemeinden und die Wahlorgane bei der Erstellung der Infektionsschutzkonzepte. Die Wahlberechtigten haben in den Wahlräumen eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen. Die §§ 3 bis 5 der Zweiten Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vom 7. Juli 2020 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2020 (GVBl. S. 544), finden im Übrigen sinnngemäße Anwendung; eine Kontaktnachverfolgung findet nicht statt.

§ 5

(1) Im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands nach Beginn des Laufs der Frist des Artikels 50 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen im gesamten Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises kann der Landeswahlausschuss durch Beschluss anordnen, dass die Wahl in dem betreffenden Gebiet ausschließlich in der Form einer Briefwahl durchgeführt wird. Der Beschluss ist in entsprechender Anwendung der §§ 1 und 9 Verkündungsgesetz zu verkünden. Die Einrichtung von Briefwahllokalen ist ausgeschlossen; bereits eröffnete Briefwahllokale sind unverzüglich zu schließen. Die Unterlagen für die Briefwahl sind unverzüglich zu übersenden. Der Landeswahlleiter und die Kreiswahlleiter treffen die notwendigen organisatorischen Vorsorgemaßnahmen, eine solche Anordnung unverzüglich umzusetzen.

(2) Ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im gesamten Wahlgebiet, einem Wahlkreis oder in

einem Teil eines Wahlkreises eine übertragbare Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes in der Bevölkerung so zahlreich oder in so schwerer Ausprägung auftritt oder aufzutreten droht, dass dadurch Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte ernsthaft gefährdet erscheint und es für die Wahlberechtigten unzumutbar ist, zum Zwecke der Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen. Ein Gesundheitsnotstand kann insbesondere vorliegen, wenn im Wahlgebiet oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art aufgrund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden untersagt worden sind.

(3) Der Landtag stellt den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest, wenn das gesamte Wahlgebiet betroffen ist. Im Übrigen stellt die Landesregierung im Einvernehmen mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Landtagsausschuss den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest. Das für den Gesundheitsschutz zuständige Ministerium bereitet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Infektionsepidemiologischen Auswertungen des Robert Koch-Institutes gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 Infektionsschutzgesetz die Entscheidung der Landesregierung vor. Die Entscheidung des Landtags geht der Entscheidung der Landesregierung vor. Über die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands sowie die wesentlichen Gründe der Entscheidung ist der Landeswahlleiter unverzüglich zu unterrichten.

Artikel 2

Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

Das Thüringer Landeswahlgesetz in der Fassung vom 30. Juli 2012 (GVBl. S. 309), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. März 2019 (GVBl. S. 59), wird wie folgt geändert:

1. § 8 erhält folgende Fassung:

"§ 8

Wahlleiter und Wahlausschüsse

(1) Der Landeswahlleiter und sein Stellvertreter werden von der Landesregierung, die Kreiswahlleiter und ihre Stellvertreter vom für das Landtagswahlrecht zuständigen Ministerium berufen.

(2) Der Landeswahlausschuss besteht aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzendem oder im Falle seiner Verhinderung seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und acht von ihm zu berufenden Wahlberechtigten. Zwei Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Bei der Berufung der Wahl der übrigen Beisitzer sollen die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen angemessen berücksichtigt werden.

(3) Die übrigen Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter und im Falle seiner Verhinderung seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenden Wahlberechtigten als Beisitzern. Bei der Berufung der Beisitzer sollen die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen angemessen berücksichtigt werden.

(4) Der Landeswahlleiter und sein Stellvertreter erhalten, sofern sich aus beamtenrechtlichen Vorschriften kein entsprechender Anspruch ergibt, eine angemessene Aufwandsentschädigung sowie Reisekostenvergütung."

2. Dem § 72 wird folgender Absatz 4 angefügt:

"(4) Das für Wahlrecht zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen und Abweichungen der Parteien von entgegenstehenden Bestimmungen ihrer Satzungen zuzulassen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen, soweit erforderlich, zu ermöglichen, wenn der Landtag zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor dem Beginn des nach Artikel 50 Abs. 1 Satz 2 Verfassung des Freistaats Thüringen bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist. Stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Landtags unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlussfähig, so entscheidet der nach § 55 gebildete Ausschuss über die Feststellung und die Zustimmung. Durch Rechtsverordnung nach Satz 1 können Regelungen getroffen werden, die den Parteien für die Wahl bei Vorliegen der in Satz 1 genannten Umstände eine Abweichung von den entgegenstehenden Bestimmungen dieses Gesetzes, der Thüringer Landeswahlordnung und, sofern eine Satzungsänderung wegen der in Satz 1 genannten Umstände und der in diesem Gesetz und der Thüringer Landeswahlordnung bestimmten Fristen und Termine nicht mehr rechtzeitig möglich ist, ihre Satzungen ermöglichen, insbesondere

1. um die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen unter Verringerung der satzungsmäßigen Zahl der Vertreter in der Vertreterversammlung oder anstatt durch eine Mitgliederversammlung durch eine Vertreterversammlung durchführen zu können,
2. um Mitglieder- oder Vertreterversammlungen in der Form mehrerer miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchführen zu können,
3. um die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts, des Vorstellungsrechts und der sonstigen Mitgliederrechte mit Ausnahme der Schlussabstimmung über einen Wahlvorschlag ausschließlich oder zusätzlich im Wege elektronischer Kommunikation ermöglichen zu können,
4. um die Wahl von Wahlbewerbern von Vertretern für die Vertreterversammlungen im Wege der Briefwahl oder einer Kombination aus Urnenwahl und Briefwahl durchführen zu können."

Artikel 3

Änderung der Thüringer Landeswahlordnung

§ 56 der Thüringer Landeswahlordnung vom 12. Juli 1994 (GVBl. S. 817), die zuletzt durch Verordnung vom 22. Juli 2019 (GVBl. S. 357) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

"§ 56

Schluss der Wahlhandlung

Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorsteher bekannt gegeben. Von da ab sind nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zuzulassen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen."

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt am 1. Januar 2021 in Kraft. Er tritt mit Ablauf des 31. Dezembers 2021 außer Kraft.

(2) Artikel 2 und 3 treten am 1. Januar 2021 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Das Gesetz trägt den Besonderheiten Rechnung, die sich aus der andauernden Corona-Pandemie nach den einschlägigen Prognosen auch im nächsten Jahr noch ergeben werden. Da diese Auswirkungen nahezu alle Umstände des öffentlichen Lebens, auch die für den 25. April 2021 angestrebten Neuwahlen nach den Prognosen berühren werden, ist entsprechende gesetzgeberische Vorsorge zu treffen, dass mögliche Neuwahlen nach Maßgabe und unter Beachtung der Wahlrechtsgrundsätze durchgeführt werden können.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu § 1

Diese Norm bestimmt allgemein den zeitlichen und inhaltlichen Anwendungsbereich des Gesetzes. Es soll nur für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 gelten. Die Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie DIE LINKE im Thüringer Landtag haben am 28. Februar 2020 ein "Protokoll über die Gespräche zwischen den Fraktionen zur parlamentarischen Verfahrensweise im Thüringer Landtag in der 7. Wahlperiode" (im Folgenden: "Stabilitätsmechanismus") unterzeichnet. Dieses sieht in Nummer 5 Neuwahlen zum 25. April 2021 durch Auflösung des Landtags nach Artikel 50 Verfassung des Freistaats Thüringen vor. Entsprechende grundlegende Anpassungen und Ergänzungen des Wahlrechts an eine Wahl unter Pandemiebedingungen kann nur der Gesetzgeber vornehmen, eine ausreichende Verordnungsermächtigung ist für diesen Sachverhalt nicht vorhanden. Soll der Wahltag am 25. April 2021 sein, müsste der Landtag am 15. Februar 2021 seine vorzeitige Auflösung beschließen. Da es nicht ausgeschlossen werden kann, dass die allgemeinen Verhältnisse im Hinblick auf die Pandemie-Situation im ersten Quartal diesen Zeitplan nicht umsetzbar erscheinen lassen und der Landtag möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr 2021 seine vorzeitige Auflösung beschließen will, soll der zeitliche Anwendungsbereich dieses Gesetzes für das gesamte Jahr 2021 gelten, um weitere gesetzgeberische Anpassungen im Falle einer Verschiebung überflüssig zu machen.

Zu § 2

Zu Absatz 1

Die Absenkung der Unterschriftenquoten auf 50 vom Hundert ist angezeigt, um auch Parteien im Sinne des § 20 Abs. 2 Satz 1, § 22 Abs. 2 Satz 2, § 29 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz die notwendige Chancengleichheit zu geben, an den Wahlen teilnehmen zu können. Ein gänzlicher Verzicht auf die Unterschriftenquoten ist nicht angezeigt, weil die Zulassung der Kandidaten beziehungsweise der Landeslisten solcher Parteien voraussetzt, dass sie ein Mindestmaß an demokratischer Legitimation vorweisen können. Diese Regelung ist beschränkt auf den Fall, dass die Neuwahlen vorzeitig durchgeführt werden.

Zu Absatz 2

Mit dieser Regelung werden die Handlungsmöglichkeiten der Parteien bei der Aufstellung ihrer Bewerber in Parteiversammlungen unter den Bedingungen der Pandemie angepasst und erweitert. In Erweiterung der Regelung in § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz können die Mitglieder einer Partei ihre Mitgliedschaftsrechte auch ohne physische Präsenz in den Versammlungen ausüben. Erforderlich ist hierzu lediglich ein entsprechender Beschluss des Vorstands. Da die politischen Parteien als nichtrechtsfähige Vereine organisiert sind, findet auf sie § 5 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569, 570) Anwendung. Durch diese Norm im Landesrecht wird nunmehr angeordnet, dass diese Optionen für die Ausübung von Mitgliederrechten auch dann gelten soll, wenn es um die Aufstellung von Kandidaten für die angestrebte Durchführung vorzeitiger Neuwahlen geht. Damit werden die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, um auch ohne ausdrückliche Ermächtigung in der Satzung "virtuelle" Mitgliederversammlungen und ähnliche Parteiversammlungen durchzuführen und auch Mitgliedern, die nicht daran teilnehmen können, zu ermöglichen, ihre Stimmrechte auszuüben (vergleiche Deutscher Bundestag, Drucksache 18/18110, Umdruck, Seite 30).

Zu Absatz 3

Diese Regelung stellt sicher, dass es den Parteien auch im Falle eines "Lockdown"-Szenarios oder eine Pandemielage, die diesem Szenario nahekommmt, möglich bleibt, ihre Kandidaten ohne Präsenzveranstaltungen zu wählen. Die Handlungsoptionen der Parteien im Vorfeld einer vorzeitigen Neuwahl werden damit noch einmal erweitert. Eine solche Situation kann eintreten, wenn aufgrund der jeweils geltenden Corona-Verordnung, die ihrerseits auf dem Infektionsschutzgesetz beruht, oder einer entsprechenden Allgemeinverfügung des zuständigen Gesundheitsamtes überhaupt keine Veranstaltungen oder Zusammenkünfte von mehreren Personen durchgeführt werden können oder wenn solche Veranstaltungen zwar noch unter Beachtung strenger Hygienevorschriften noch möglich ist, es sich aber für die Partei erkennbar abzeichnet, dass aufgrund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Parteimitglieder aus Gründen der gesundheitlichen Vorsicht - etwa weil diese sich zu den durch das Corona-Virus besonders gefährdeten Personengruppen rechnen - an einer Präsenzveranstaltung nicht teilnehmen wird. Aus Gründen der Rechtssicherheit und zur Einhaltung eines Mindeststandards der Wahlrechtsgrundsätze muss im Falle einer Bewerberaufstellung im Wege der elektronischen Kommunikation die Schlussabstimmung per Briefwahl durchgeführt werden, um die Geheimheit der Wahl sicherzustellen. Die Parteien haben dies durch Abgabe einer Versicherung an Eides statt gegenüber dem Wahlkreisausschuss für die Wahlkreisbewerber und gegenüber dem Landeswahlausschuss für die Landesliste nachzuweisen.

Zu Absatz 4

Diese Regelung enthält eine Ergänzung zu den §§ 28 Abs. 1 Satz 2 und 30 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz. Die Zurückweisung von Wahlkreisbewerbern und Landeslisten ist den zuständigen Wahlorganen möglich, wenn deren Aufstellung nicht den Vorgaben dieses Gesetzes entspricht.

Zu § 3

Die Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahlräume ist angezeigt, um Wähler- und Personenansammlungen im Zusammenhang mit der Stimmabgabe möglichst zu vermeiden. Den Wahlberechtigten steht ein längerer Zeitraum für die Stimmabgabe zur Verfügung. Die Vorschrift in Satz 2 wurde § 60 der Bundeswahlordnung nachgebildet. Durch diese Regelung wird sichergestellt, dass die Wählerinnen und Wähler einerseits im Rahmen der Teilnahme an der Urnenwahl die notwendigen Mindestabstände nach Maßgabe des Hygienekonzepts einhalten können, andererseits aber auch gewährleistet wird, dass sie ihr Wahlrecht auch dann ausüben können, wenn sie sich im räumlichen Vorfeld des Wahlraums rechtzeitig eingefunden haben.

Zu § 4

Die Gemeinden und die Wahlorgane haben die Wahlräume auf der Grundlage eines die konkreten Örtlichkeiten berücksichtigenden Infektionsschutzkonzeptes einzurichten. Hierbei werden sie von den zuständigen Gesundheitsbehörden im Bedarfsfall unterstützt. Das Tragen eines Mund-Nase-Schutzes hat sich als effektives Mittel zur Verhinderung einer Weiterverbreitung der Pandemie bewährt; er muss daher auch im Wahlraum von den Wählerinnen und Wählern getragen werden. Die Regelungen der Corona-Verordnung betreffend den Infektionsschutz finden im Übrigen sinngemäße Anwendung. Dies bedeutet insbesondere, dass Maßnahmen zur regelmäßigen Be- und Entlüftung und zur Gewährleistung eines Mindestabstandes zwischen den anwesenden Personen unter Berücksichtigung der besonderen Situation im Wahlraum vorgesehen werden müsse. Auch ein kontrollierbarer Zu- und Abgang der Wählerinnen und Wähler zu den Wahlräumlichkeiten sollte unter Berücksichtigung der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten Bestandteil eines solchen Konzepts sein. Durch entsprechende Aushänge und Hinweistafeln sollen die Wählerinnen und Wähler über die Hygienemaßnahmen informiert werden. Auch die Bereithaltung von Mund-Nase-Schutzbedeckungen für Wahlberechtigte, die es verabsäumt haben, eine solchen mitzuführen, kann Bestandteil eines solchen Konzepts sein. Schließlich sollten auch Desinfektionsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Übrigen wird auf die sinngemäße Anwendung der Regelungen in den §§ 3 bis 5 Zweite Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vom 7. Juli 2020 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2020 (GVBl. S. 544), verwiesen. Eine Kontaktnachverfolgung soll jedoch nicht stattfinden.

Zu § 5

Zu Absatz 1

Im Falle des Eintritts eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes in einem Wahlkreis oder einem Teil eines Wahlkreises nach Auflösung des Landtags kann der Landeswahlausschuss zur Sicherstellung, dass im Wahlgebiet, in dem betroffenen Wahlkreis oder einem Teil davon überhaupt noch Wahlen durchgeführt werden können, durch entsprechenden Beschluss die ausschließliche Durchführung der Briefwahl von Amts wegen anordnen. Der Landeswahlausschuss trifft seine Entscheidungen nach pflichtgemäßen Ermessen; die Feststellung des Gesundheitsnotstands durch den Landtag oder die Landesregierung im Einvernehmen mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Landtagsausschuss hat nicht automatisch zur Folge, dass der Landeswahlausschuss die

ausschließliche Anordnung der Briefwahl für das betroffene Wahlgebiet anordnen muss. Dies würde seiner Rechtsstellung als Einrichtung der gesellschaftlichen Selbstorganisation widersprechen. Als Wahlorgan ist der Landeswahlausschuss in seinen Entscheidungen unabhängig und nicht weisungsgebunden. Der Landeswahlausschuss hat als Selbstverwaltungsorgan der zur Wahl aufgerufenen Wählerschaft seine Aufgaben in völliger Unparteilichkeit auszuführen und sich jeder Tätigkeit zugunsten oder zum Nachteil einer politischen Partei zu enthalten (zum Bundeswahlrecht vgl. Strelen, in: Schreiber, Bundeswahlgesetz, 10. Aufl., Einführung Rn. 44 bis 46).

Um eine möglichst rasche verwaltungstechnische Umsetzung dieser Anordnung zu gewährleisten, haben die Kreiswahlleiter und der Landeswahlleiter bereits gegenwärtig die notwendigen Vorkehrungen und Veranlassungen zu treffen, um die verwaltungstechnischen und organisatorischen Maßnahmen für diesen Fall einzuleiten.

Wegen der bereits vom Bundesverfassungsgericht geäußerten Bedenken (vergleiche Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 9. Juli 2013, 2 BVC 7/10, juris-Rn. 13) betreffend die Durchführung einer Briefwahl kommt eine entsprechende Anordnung des Landeswahlausschusses nur als Ultima Ratio in Betracht, wenn also aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen die Wählerinnen und Wähler in dem betroffenen Gebiet ihr Wahlrecht nicht oder nur in unzumutbarer Weise ausüben könnten. Der Landeswahlausschuss kann als weisungsunabhängige und überparteiliche Institution, die außerhalb der allgemeinen Verwaltungsorganisation steht, die im Falle eines Gesundheitsnotstandes notwendige Entscheidung treffen.

Zu Absatz 2

Diese Norm regelt die materiellen Voraussetzungen für die Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands.

Die Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands lehnt sich an die Regelung in Artikel 1 Abs. 1 Bayerisches Infektionsschutzgesetz vom 25. März 2020 sowie § 11 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14. April 2020 an. Er bezieht sich jedoch lediglich auf die spezifischen wahlrechtlichen und organisatorischen Auswirkungen, die durch die Pandemielage verursacht worden sind. Damit wird nicht gleichzeitig eine epidemische Lage im Sinne des § 5 Infektionsschutzgesetz für das Land festgestellt.

Zu Absatz 3

Soll der wahlrechtliche Gesundheitsnotstand für das gesamte Wahlgebiet festgestellt werden, ist es allein der Landtag als dasjenige demokratisch legitimierte Verfassungsorgan, das eine solche Feststellung treffen kann. In Anlehnung an die Regelung in § 5 Infektionsschutzgesetz - "Epidemische Lage von nationaler Tragweite" - soll eine solch grundsätzliche Entscheidung für die Durchführung von Wahlen vom Landtag selbst getroffen und auch - im Falle einer späteren Wahlprüfung - verantwortet werden.

Betrifft der wahlrechtliche Gesundheitsnotstand nur einen Wahlkreis oder einen Teil eines Wahlkreises kann die Landesregierung im Ein-

vernehmen mit dem für den Gesundheitsschutz zuständigen Landtagsausschuss die entsprechende Feststellung treffen. Auch damit bleibt gewährleistet, dass die Feststellung - auch - in parlamentarischer Verantwortung geschieht.

In beiden Fällen ist der Landeswahlleiter unverzüglich zu benachrichtigen, damit dieser den Landeswahlausschuss einberufen kann; dieser kann sodann die notwendigen Anordnungen im Hinblick auf die Durchführung einer Briefwahl von Amts wegen nach pflichtgemäßem Ermessen treffen. Damit der Landeswahlausschuss auf einer hinreichenden Tatsachengrundlage seine Entscheidung nach Absatz 1 vorbereiten kann, sind ihm vom Landtag und von der Landesregierung die wesentlichen Gründe, die der Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands zugrunde gelegen haben, mitzuteilen.

Die Antragsteller sind sich der verfassungsrechtlichen Dimension der hier vorgeschlagenen Regelung für den absoluten Ausnahmefall und als Ultima Ratio in einem Gesundheitsnotstand, der eine Wahl in einem Wahllokal grundsätzlich und absolut ausschließt, bewusst. Vor diesem Hintergrund ist die Regelung im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens auf ihre verfassungsrechtliche Zulässigkeit zu prüfen. Ziel des Gesetzentwurfs ist es, eine für das Jahr 2021 geplante Wahl des Thüringer Landtags auch unter den Bedingungen der Sars-Cov-2 Pandemie verfassungsrechtlich unangreifbar zu gestalten. Im weiteren Beratungsverlauf ist also zu klären, ob die vorgeschlagene Regelung diesem Ziel entgegensteht.

Zu Artikel 2

Zu Nummer 1

Diese Regelung enthält in Anlehnung an die Regelung in § 9 Abs. 2 Bundeswahlgesetz die Regelung, dass zwei Beisitzer des Landeswahlausschusses die Befähigung zum Richteramt haben müssen. Die übrigen Regelungen in § 8 Thüringer Landeswahlgesetz wurden inhaltlich nicht geändert, sondern lediglich redaktionell an den neuen Absatz 2 angepasst. Mit Inkrafttreten des Gesetzes beruft der Landeswahlleiter zwei weitere Beisitzer, die die Befähigung zum Richteramt haben.

Zu Nummer 2

Während Artikel 1 als Maßnahmegesetz unter Berücksichtigung der aktuellen sowie der wahrscheinlichen Pandemiesituation im Jahre 2021 die Durchführung von vorzeitigen Neuwahlen im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Verfassung des Freistaats Thüringen regelt, betrifft Artikel 2 die Situation, dass die Durchführung von Wahlen innerhalb der Frist des Artikels 50 Abs. 1 Satz 2 Verfassung des Freistaats Thüringen nicht möglich ist. Die Abweichung von den normalerweise geltenden Regeln des Wahlrechts und der innerparteilichen Demokratie sind ausnahmsweise dann gerechtfertigt, um zu vermeiden, dass es krisenbedingt zu einer Verletzung des zu den Artikeln 20 und 28 Grundgesetz niedergelegten demokratischen Grundsätzen zählenden Prinzips der Periodizität der Wahlen gemäß Artikel 50 Abs. 1 Verfassung des Freistaats Thüringen kommt, was eine erhebliche Störung des Verfassungslebens und der demokratischen Legitimationszusammenhänge bedeuten würde.

Eine Abweichung von den der Realisierung innerparteilicher Demokratie im Sinne des Artikels 21 Absatz 1 Satz 2 des Grundgesetzes und der Wahlgrundsätze des Artikels 46 Verfassung des Freistaats Thüringen

dienenden Regelung des Thüringer Landeswahlgesetzes und des Parteiengesetzes ist nur zulässig, sofern, soweit und solange diese Abweichungen erforderlich sind, um die Wahl und die Periodizität der Wahlen nach Artikel 50 Abs. 1 Verfassung des Freistaats Thüringen zu sichern. Wenn diese Rechtfertigung noch nicht oder nicht mehr vorliegt oder entfallen ist, ist eine solche Rechtsverordnung noch nicht beziehungsweise nicht mehr zulässig.

In der Sache ist die Regelung in Artikel 2 nachgebildet einer entsprechenden auf Bundesebene vorgesehenen Änderung des Bundeswahlgesetzes (Entwurf eines Fünfundzwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 30. Juni 2020, Deutscher Bundestag, Drucksache 19/20596; Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD im Innenausschuss des Deutschen Bundestags vom 5. Oktober 2020, Ausschussdrucksache 19(4)591). Der Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestags hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 19/20596 in seiner 102. Sitzung am 7. Oktober 2020 abschließend beraten und empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs in der aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Fassung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD, FDP und DIE LINKE bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Änderungen entsprechen dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Ausschussdrucksache 19(4)591, der zuvor mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen wurde.

Zu Artikel 3

Entsprechend der bundesrechtlichen Regelung in § 60 Bundeswahlordnung sollen auch im Landesrecht die Bedingungen für die Teilnahme an der Wahl am Schluss der Wahlhandlung konkretisiert werden.

Zu Artikel 4

Diese Norm regelt das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten dieses Gesetzes.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blechtschmidt

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)

Thüringer Rechnungshof

Landtag von Baden-Württemberg

Ökologisch-Demokratische Partei, Landesverband Thüringen

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis, Humboldt-Universität Berlin

Landtag Rheinland-Pfalz

Prof. Dr. Frank Bätge, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

DIE PARTEI, Landesverband Thüringen

Dr. Fabian Michl

Stadtverwaltung Sondershausen

Mehr Demokratie e. V. Landesverband Thüringen

Landratsamt Kyffhäuserkreis

DIE LINKE Thüringen

Piratenpartei Deutschland, Landesverband Thüringen

SPD-Landesverband Thüringen

Johann Hahlen

Graue Panther, Landesverband Thüringen

Der Landeswahlleiter Thüringen

Der Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz

MLPD, Landesverband Thüringen

Thüringischer Landkreistag

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Landeswahlleitung Niedersachsen

Johann Hahlen, Staatssekretär a.D.

DIE LINKE. Thüringen

DIE LINKE Thüringen

Graue Panther, Landesverband Thüringen

MLPD, Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands, Landesverband Thüringen

Landeswahlleiter Thüringen

Stadtverwaltung Sondershausen

Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen

Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen

Thüringischer Landkreistag

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 7/2043 –											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Thüringer Rechnungshof</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1									
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse										
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)</small>										
	Finanzkontrolle										

4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/>	befürwortet,
	<input type="checkbox"/>	abgelehnt,
	<input type="checkbox"/>	ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?
Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)		
Der Thüringer Rechnungshof nimmt den Entwurf des Thüringer Gesetzes für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften zur Kenntnis. Zu den Kosten von Wahlen liegen keine Prüfungserkenntnisse vor.		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 7. Januar 2021	



THÜR. LANDTAG POST
07.01.2021 11:27

404/2021

Der Präsident

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
8. Dezember 2020

**Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von
Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur
Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften
Drucksache 7/2043**

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

Rudolstadt
7. Januar 2021

hier: Äußerung nach § 111 Abs. 4 GOLT

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Innen- und
Kommunalausschusses erhalten Sie die schriftliche Stellungnahme des
Thüringer Rechnungshofs zum Entwurf des „Thüringer Gesetz für den Fall
der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im
Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“
(Drucksache 7/2043).

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Innen- und Kommunalausschusses
des Thüringer Landtags
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

00
199

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
8. Dezember 2020

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Rudolstadt,
7. Januar 2021

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

Drucksache 7/2043

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

hier: Äußerung nach § 111 Abs. 4 GOLT

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Wahlen dienen der Legitimierung der Staatsgewalt. Erforderliche, pandemiebedingte Mehrkosten für diesen Kernbereich der Demokratie sind nicht in Frage zu stellen. Dies gilt auch für den Fall einer verfassungsrechtlich vorgesehenen vorzeitigen Neuwahl. Dies vorausgeschickt, nehme ich für den Rechnungshof zum oben genannten Gesetzentwurf unter Berücksichtigung der Fragen der CDU-Fraktion (Vorlage 7/1311) wie folgt Stellung:

zu 1.)

Mit Kosten in welcher Höhe rechnet der Thüringer Rechnungshof für die Durchführung einer vorzeitigen Neuwahl nach Maßgabe des Gesetzesentwurfs?

Die Kosten der Landtagswahl trägt der Freistaat Thüringen. Er erstattet den Gemeinden und Gemeindeverbänden die durch die Vorbereitung und Durchführung der Wahl entstandenen notwendigen Kosten durch einen festen, nach Gemeindegrößen abgestuften Betrag je Wahlberechtigtem, § 66 Abs. 1 Thüringer Wahlgesetz für den Landtag (Thüringer Landeswahlgesetz – ThürlWG).

Die Ausgaben für die Wahlen zum Landtag sind in Einzelplan 03, Kapitel 03 09 (Landesamt für Statistik), Titelgruppe 81 veranschlagt. Die Ausgaben für die Landtagswahl 2019 beliefen sich nach der Haushaltsrechnung auf rund 2,3 Mio. EUR.

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Für die Landtagswahl 2021 werden für die Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände 3,3 Mio. EUR veranschlagt. Das Ministerium für Inneres und Kommunales verwies im Haushaltsaufstellungsverfahren auf Berechnungen des Landeswahlleiters, die dem Rechnungshof jedoch nicht vorliegen.

Der Gesetzesentwurf zum ThürVorNWDG 2021 weist darauf hin, dass bislang Erfahrungswerte fehlen, ob die Neuregelungen zu einer Mehrbelastung – zunächst – der kommunalen Haushalte und anschließend im Rahmen der Kostenerstattung auch des Landeshaushalts führen können.

Dem Rechnungshof liegen mangels Prüfung zu Kosten von Wahlen im Allgemeinen wie in der Pandemie-Situation im Besonderen keine Erkenntnisse vor, so dass er zur Kalkulation der gegenüber 2019 deutlich erhöht geplanten Wahlkostenerstattung keine tragfähige Auskunft geben kann. Zudem werden die Einzelposten im Entwurf des Haushaltsplans nicht aufgegliedert. Dem Landtag ist unbenommen, die Landesregierung zu bitten, zur Kalkulation der Wahlkostenerstattung zu berichten.

Der Rechnungshof geht davon aus, dass die gesetzesegebundene Verwaltung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gemäß § 7 ThürLHO beachtet.

zu 2.)

Gemäß § 66 ThürLWG erstattet der Freistaat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die durch die Vorbereitung und Durchführung der Wahl entstandenen notwendigen Kosten als Pauschale. Welcher Betrag pro Wahlberechtigten wird bei Anwendung des Gesetzesentwurfs als auskömmlich erachtet?

und

zu 3.)

In welcher Höhe haben die Gemeinden und Gemeindeverbände mit gemäß § 66 Abs. 2 S. 2 ThürLWG nicht zu erstattenden Kosten für laufende persönliche und sachliche Kosten und Kosten für die Benutzung von Räumen und Einrichtungen zu rechnen?

Gemäß § 66 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz werden die Wahlkosten durch einen festen, nach Gemeindegrößen abgestuften Betrag je Wahlberechtigtem vom Freistaat Thüringen erstattet. Der Betrag wird von dem für das Landtagswahlrecht zuständigen Ministerium (Ministerium für Inneres und Kommunales) im Einvernehmen mit dem für die Angelegenheiten des Haushalts zuständigen Ministerium (Finanzministerium) festgesetzt, § 66 Abs. 2 Satz 1 ThürLWG.

Bei der Festsetzung werden laufende persönliche und sachliche Kosten und Kosten für die Benutzung von Räumen und Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände nicht berücksichtigt, § 66 Abs. 2 Satz 2 ThürLWG.

Der Auslagenersatz für Inhaber von Wahlämtern, Erfrischungsgeld und die Aufwandsentschädigung des Landeswahlleiters und seines Stellvertreters sind in § 9 ThürLWO geregelt.

Eine Berechnung der pandemiebedingten Mehrkosten bei Land und Kommunen ist dem Rechnungshof nicht möglich, da ihm die hierfür maßgeblichen bzw. zugrunde zulegenden Umstände (Kalkulationsgrundlagen) im Einzelnen nicht bekannt sind. Prüfungserkenntnisse liegen nicht vor. Mithin kann die Frage, welcher Betrag pro Wahlberechtigten bei Anwendung des vorliegenden Gesetzesentwurfs als auskömmlich erachtet wird, nicht beantwortet werden. Grundsätzlich ist die Landesregierung verpflichtet, bei der Aufstellung des Haushaltsplans die absehbaren und notwendigen Ausgaben zu berücksichtigen. Sie hat die Wahlkosten zu kalkulieren.

zu 4.)

Besteht Klärungsbedarf im Hinblick auf den Ausgleich von Sonderkosten, bspw. zur Einhaltung der Infektionsvorgaben, zur Umsetzung des im Gesetzesentwurf vorgesehenen Mehraufwands, zur Deckung der erhöhten Reinigungskosten und eventueller Haftungsfreistellungen, insbesondere bei gesundheitsrelevanten Vorfällen?

Die Begründung des Gesetzesentwurfs zeigt auf, dass den Gemeinden durch die Umsetzung eines Hygienekonzepts in den Wahlräumen erhöhte Aufwendungen entstehen. Die Erstattung der notwendigen Kosten ist – wie bereits ausgeführt – gesetzlich geregelt. Zur Kalkulation der Kostenerstattung und deren Auskömmlichkeit kann der Rechnungshof wegen fehlender Prüfungserkenntnisse nichts ausführen.

Ehrenamtliche Wahlhelfer sind durch die gesetzliche Unfallversicherung (Unfallkasse Thüringen) versichert. Sofern ehrenamtliche Helfer ihrerseits Schäden verursachen, greift im Haftungsfall der Selbstversicherungsgrundsatz. Der überwiegende Teil der Kommunen ist erfahrungsgemäß über Haftpflichtversicherungen bzw. den kommunalen Schadensausgleich abgesichert.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Häßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)	Oberste Landesbehörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8										
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Datenschutzaufsicht und Ombudsstelle für Informationfreiheit /Thür. Transparenzgesetz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Datenschutzrechtliche Bedenken zu § 2 Abs. 2 und Abs. 3 ThürVorNWVG 2021-Entwurf - Voraussetzungen für ein datenschutzkonformes Verfahren nach den genannten Normen ergänzt. - Keine datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die übrigen Normen des Gesetzentwurfs. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?
<input type="checkbox"/>	per E-Mail
<input checked="" type="checkbox"/>	per Brief

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 15. Januar 2021	



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

AZ: 036-5/2020.5

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom :
Ihr Zeichen :
Bearbeiter/in :
Telefon :
Erfurt, den : 15. Januar 2021

THÜR. LANDTAG POST
15.01.2021 11:53

1115/2021

**Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen
für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahl-
rechtlicher Vorschriften - Anhörung des TLfDI am 19.01.2021 gem. § 112
Abs. 4 GO**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Stöffler,

für den übersandten, oben genannten Gesetzentwurf und die Möglichkeit einer Stellungnahme im mündlichen Anhörungsverfahren bedanke ich mich sehr.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht sind zu dem genannten Gesetzentwurf folgende Anmerkungen zu machen:

A. Vorbemerkungen

Zunächst ist auf Folgendes hinzuweisen:

1. Gem. § 8 Abs. 2 Satz 2 der Zweiten Thüringer Verordnung über grundlegende Infektionsschutzregeln zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 (Zweite Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung – 2.

Postanschrift: Postfach 900455
99107 Erfurt

Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900
Telefax: 0361 57-3112904
E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO) findet § 3 Abs. 4 ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO (der die Aufnahme von Kontaktdaten zur Kontaktnachverfolgung regelt) für Veranstaltungen von politischen Parteien im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes und des § 2 des Parteiengesetzes in der Fassung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149) in der jeweils geltenden Fassung keine Anwendung (§ 8 Abs. 1 Nr. 3 ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO).

Somit ist klar geregelt, dass **Kontaktdaten** im Sinne des § 3 Abs. 4 Satz 2 ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO bei **sämtlichen Veranstaltungen** von politischen Parteien, also sowohl bei Mitgliederversammlungen zur Wahl eines Wahlkreisbewerbers gem. § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz (ThürLWG) als auch bei Mitgliederversammlungen zur Wahl eines Bewerbers / einer Bewerberin auf der Landesliste gem. § 29 Abs. 1 und Abs. 5 in Verbindung mit § 23 Abs. 3 ThürLWG **nicht erhoben werden dürfen**.

2. Es ist auf den folgenden Auszug aus der Broschüre des Bundeswahlleiters „Hinweise zur Durchführung von Aufstellungsversammlungen für Bundestagswahlen (Stand 10. November 2020), unter II. 2., S.12 hinzuweisen: *„Die Grundsätze der Öffentlichkeit und der **Geheimheit der Wahl** können bei einer elektronischen Abstimmung derzeit technisch nicht gewährleistet werden. Elektronische Verfahren können nur zur Vorermittlung, Sammlung und Vorauswahl der Bewerbungen benutzt werden, also nur im Vorfeld und als Vorverfahren zur eigentlichen, schriftlichen mit Stimmzetteln und geheim durchzuführenden Abstimmung der Stimmberechtigten über die Kandidaturen [...].“*

Siehe dazu: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2021/rechtsgrundlagen.html>).

Diese beiden Feststellungen sind für die weitere Bewertung des nachfolgenden Gesetzentwurfs stets zu berücksichtigen.

B. Zu den einzelnen Regelungen

I. Zu Artikel 1 – Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 (ThürVorNWDG 2021)

Die nachfolgenden Regelungen im Entwurf des ThürVorNWDG 2021 sind vom TLfDI ausschließlich im Hinblick auf den Grundsatz der Geheimhaltung der Wahl und dem damit verbundenen Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten (vgl. Art. 1 Abs. 1 Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), § 1 Abs. 1 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG)) untersucht worden. Dabei wurde zugleich jeweils in den Fokus genommen, ob sich eine taugliche Kontaktnachverfolgung unter Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze durchführen lässt (wie im Antrag der Fraktion der CDU gem. § 11 Abs. 3, 4 und § 112 Abs. 3, 4 GO (Vorlage 7/1311) vom 2. Dezember 2020) erbeten.

1. Zu § 2 Abs. 1 Entwurf des ThürVorNWDG 2021

Gegen den Regelungsgehalt von § 2 Abs. 1 Entwurf des ThürVorNWDG 2021 bestehen aus datenschutzrechtlicher Sicht im Grundsatz keine Einwände. Zunächst ist festzustellen, dass die Abgabe von Unterschriften zur Unterstützung eines Wahlkreisvorschlags (§ 22 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz (ThürLWG)) und zur Unterstützung einer Landesliste (§ 29 Abs. 1 Satz 2 ThürLWG) noch keine eigentliche Abstimmung der Wahlberechtigten über Kandidaturen im Sinne der oben genannten Ausführungen des Bundeswahlleiters darstellt. Der Grundsatz der Geheimheit der Wahl gem. Art. 46 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen (ThürVerf) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 ThürLWG wäre daher nicht tangiert.

Ferner mag es Fall-Konstellationen geben, in denen die Sammlung von Unterstützungsunterschriften im Einzelfall an die Gesundheitsämter übermittelt werden kann, z. B. wenn ein Sammler / eine Sammlerin positiv auf das Corona-Virus getestet worden ist und sich herausstellt, dass die angesteuerten Unterschriftleistenden sich mindestens 15 Minuten und näher als 1,5 Meter ohne adäquaten Mundschutz (= Kontaktperson der Kategorie 1 gem. Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen des Robert Koch Instituts) den Sammler / der Sammlerin

der Unterschriften genähert haben. In einem solchen Einzelfall könnte eine Übermittlung der gesammelten Unterschriften auf der Grundlage z. B. von § 16 Bundesinfektionsschutzgesetz oder ggf. nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 ThürDSG an das Gesundheitsamt zulässig sein.

2. Zu § 2 Abs.2 und Abs. 3 Entwurf des ThürVorNWDG 2021:

Gegen den Regelungsgehalt von § 2 Abs. 2 und Abs. 3 des Entwurfs des ThürVorNWDG 2021 bestehen folgende datenschutzrechtliche Bedenken:

a) Anknüpfend an die Feststellung aus der oben unter A. genannten Broschüre des Bundeswahlleiters („Die Grundsätze der Öffentlichkeit und der **Geheimheit der Wahl** können bei einer elektronischen Abstimmung derzeit technisch nicht gewährleistet werden.“) kann auch der TLfDI grundsätzlich nicht ausschließen, dass die auf der Grundlage von § 2 Abs. 2 und Abs. 3 des Entwurfs des ThürVorNWDG 2021 zum Einsatz kommenden elektronischen Kommunikationssysteme, nachfolgend Online-Wahlsysteme genannt, den Grundsatz der Geheimheit der Wahl nicht hinreichend beachten und damit zugleich einen Personenbezug bzw. eine Personenbeziehbarkeit ermöglichen. Eine konkretere Aussage kann der TLfDI an dieser Stelle nicht treffen, weil der Gesetzentwurf an keiner Stelle Aussagen darüber trifft, welche elektronischen Kommunikationssysteme konkret zum Einsatz kommen sollen.

Somit kann der TLfDI hier die oben genannte, aus dem Antrag der Fraktion der CDU aufgeworfene Frage dahingehend beantworten, dass im Anwendungsbereich des § 2 Abs. 2 und Abs. 3 des Entwurfs des ThürVorNWDG 2021 eine taugliche Kontaktnachverfolgung unter Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze nicht in Frage kommt.

b) Sollte es aber Online-Wahlsysteme geben, die sowohl den Grundsatz der Geheimheit der Wahl gewährleisten und auch keinen Personenbezug bzw. Personenbeziehbarkeit ermöglichen, so wären die nachfolgenden Anforderungen zu beachten und einzuhalten:

- Es sind für das jeweilige zum Einsatz kommende Online-Wahlsystem die Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten nach Art. 5 DS-GVO (Rechtmäßigkeit, Verarbeitung nach Treu und Glauben, Transparenz, „Zweckbindung, Datenminimierung, Richtigkeit, Speicherbegrenzung und Integrität und Vertraulichkeit) zu beachten und umzusetzen.
- Weiterhin ist die Sicherheit der Verarbeitung nach Art. 32 DS-GVO sicherzustellen und das Verfahren in das Verzeichnis nach Art. 30 DS-GVO aufzunehmen. Technisch betrachtet könnte man sich z.B. an der „*Technische Richtlinie **TR-03162** IT-sicherheitstechnische Anforderungen zur Durchführung einer Online-Wahl im Rahmen des Modellprojektes nach §194a Fünftes Buch Sozialgesetzbuch(Online-Wahl) Version 1.0*“ und an der entsprechenden Online-Wahl-Verordnung orientieren:
(https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/TechnischeRichtlinien/TR03162/BSI-TR-03162.pdf?__blob=publicationFile&v=3) und <http://www.gesetze-im-internet.de/onlinewahlv/>);
- Die Wahlkennzeichen (WKZ) sind einmalig, eindeutig, alphanumerisch und zufällig zu generieren. Die Wahlkennzeichen eines Wählerverzeichnisses müssen eindeutig sein und dürfen keine Rückschlüsse auf die personenbezogenen Daten zulassen oder eine Rückrechnung der Daten ermöglichen. Für die zufällige Generierung der Wahlkennzeichen sollten geeignete kryptographische Funktionen eingesetzt werden, siehe hierzu oben TR-03162. Es könnte dadurch zumindest nachvollzogen werden, ob unter dem Wahlkennzeichen schon eine Stimme abgegeben wurde und keine mehrfach Abgabe erfolgt.
- Ein Online-Wahlsystem muss Verfahren implementieren, welche die internen und externen Kommunikationswege sichern und deren Integrität und Vertraulichkeit zusichern, siehe hierzu TR-03162 Pkt. 2.3 Kommunikationswege.
- Damit eine verlässliche Wahl gewährleistet ist, müssen in Frage kommende Online-Wahlsysteme und Anwendungen alle betriebs- und sicherheitsrelevanten Ereignisse protokollieren, d. h. diese automatisch speichern und für die Auswertung bereitstellen. Dabei muss der Mindeststandard des BSI zur Protokollierung und Detektion von Cyberangriffen (BSI Mindeststandard, 2018) umgesetzt werden, siehe hierzu TR-03162, Pkt. 2.4 Protokollierung.

- Es ist eine sichere, dem Stand der Technik entsprechende, Integrität- und Authentizitätsüberprüfung seitens des zu verwendenden Online-Wahlsystems sicherzustellen.
- Es ist ein Rollen- und Berechtigungskonzept für das zu verwendende Online-Wahlsystem zu erstellen und ferner ein Löschkonzept zu entwickeln.
- Es ist ein Verantwortlicher, entsprechend Art. 24 i.V.m. Art. 4 Satz 1 Nr. 7 DS-GVO, festzulegen, der vor der Freigabe des Online-Wahlsystems die Einrichtung des Online-Wahlsystems im Hinblick auf die spezifischen Vorgaben und Anforderungen für die Durchführung des Online-Wahlverfahrens prüft. Gemäß Art. 24 Abs. 1 DS-GVO setzt der Verantwortliche unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs, der Umstände und der Zwecke der Verarbeitung sowie der unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere der Risiken für die Rechte und Freiheiten natürlicher Personen geeignete technische und organisatorische Maßnahmen um, um sicherzustellen und den Nachweis dafür erbringen zu können, dass die Verarbeitung gemäß dieser Verordnung erfolgt. Diese Maßnahmen werden erforderlichenfalls überprüft und aktualisiert. Die Ergebnisse der Prüfung der Einrichtung des Online-Wahlsystems und die Entscheidung über die Freigabe sind in der Niederschrift zu protokollieren.
- Die Online-Wahlleitung hat die Ordnungsmäßigkeit der Online-Wahl nach der Wahl zu prüfen und das Ergebnis in der Niederschrift zu protokollieren. Dabei muss der Ablauf der Online-Wahl durch das Online-Wahlsystem in nachvollziehbarer und vor Veränderungen geschützter Form protokolliert werden. In der Protokollierung müssen technische Unregelmäßigkeiten sowie versuchte und vollendete Angriffe auf das Online-Wahlsystem und Manipulationen des Online-Wahlsystems erkennbar sein.
- Sofern das Online-Wahlsystem besondere Kategorien personenbezogener Daten gem. Art. 9 DS-GVO verarbeitet, ist vorab gemäß Art. 35 Abs. 3 lit. b) DS-GVO eine Datenschutz-Folgenabschätzung durchzuführen.

3. Zu § 4 Entwurf des ThürVorNWDG 2021

Gegen den Regelungsgehalt dieses Norm-Entwurfs bestehen keine datenschutzrechtlichen Einwände. Da gem. § 4 Satz 4, 2. Halbsatz des Entwurfs des ThürVorNWDG 2021 ausdrücklich bestimmt, dass eine Kontaktnachverfolgung hier nicht stattfindet, ergibt sich auch kein Eingriff und damit keine Beschränkung des Grundsatzes der Geheimheit der Wahl gem. Art. 46 Abs. 1 der ThürVerf in Verbindung mit § 1 Abs. 1 ThürLWG.

Für weitergehende Fragen stehe ich den Damen und Herren Abgeordneten im Rahmen der Anhörung am 19. Januar 2021 gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Lutz Hasse

Anlage

Informationen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den TLfDI (Stand Februar 2020)

Um seine Aufgaben nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zu erfüllen, verarbeitet der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen Sie gerne nach Maßgabe der Art. 13 DS-GVO über diese Verarbeitung informieren.

1. **Verantwortlich** für die Datenverarbeitung ist der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI). Sie erreichen uns unter folgenden **Kontaktdaten**:

TLfDI
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
Tel.: +49 (361) 57-3112900
Fax: +49 (361) 57-3112904
Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de¹

2. Der TLfDI nimmt die Aufgaben und Befugnisse nach Art. 51, Art. 57 Abs. 1, Art. 58 DS-GVO i. V. m. § 40 Abs. 1 BDSG² i. V. m. § 4 Abs. 1 ThürDSG wahr. Zu **Zwecken** der Durchführung dieser Aufgaben und der hierzu notwendigen Ausübung von Befugnissen werden Ihre Daten verarbeitet. **Rechtsgrundlage** dieser Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DS-GVO i. V. m. § 16 Abs. 1 ThürDSG.

3. Dabei werden folgende **Datenkategorien** verarbeitet: Angaben zu Ihrer Person sowie dazugehörige Kontaktdaten, Sachverhaltsinformationen und Beweismittel. Grundsätzlich werden diese Daten nur durch den TLfDI verarbeitet. Diese Daten können jedoch, soweit es für die Aufgabenerfüllung erforderlich und zulässig ist, an folgende **Empfängerkategorien** weitergegeben werden: an Gerichte und andere Behörden in Deutschland oder innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraumes, an Beschwerdeführer/ Beschwerdegegner sowie an Archive.

Entstehen im Rahmen der Tätigkeit des TLfDI Kosten, die dieser erhebt oder Zahlungsansprüche gegenüber dem TLfDI, die dieser begleicht, so werden die hierfür notwendigen Daten an den Thüringer Landtag als Haushaltsstelle übermittelt. Zugriff auf die Daten haben alle mit der Abrechnung betrauten Behörden und das Thüringer Landesrechenzentrum als Dienstleister.

Bei telefonischem Kontakt werden durch die TK-Anlage personenbezogene Daten, die ausschließlich zu Zwecken der technischen Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes gespeichert werden, verarbeitet. Gleiches gilt für IT-Dienstleister, die vom Thüringer Finanzministerium für die Sicherstellung der zentralen TK-Anlage beauftragt wurden.

4. Die regelmäßige **Speicherfrist** nach Abschluss eines Vorgangs beträgt fünf Jahre. Sind spezielle Aufbewahrungsfristen zu beachten, verlängert sich

die Aufbewahrung entsprechend. Akten mit vollstreckbaren Titeln werden jedoch mindestens bis zum Eintritt der Vollstreckungsverjährung aufbewahrt.

5. Aufgrund der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das **Recht auf Auskunft** (Art. 15 DS-GVO), das **Recht auf Berichtigung** (Art. 16 DS-GVO), das **Recht auf Löschung** (Art. 17 DS-GVO), das **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung** (Art. 18 DS-GVO) und das **Recht auf Widerspruch*** (Art. 21 DS-GVO). Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass der TLfDI bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet hat. Ebenso steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Für Thüringen ist das der TLfDI.

6. Die/ den **behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n** erreichen Sie unter der Adresse des TLfDI³ bzw. telefonisch oder per E-Mail unter:

Tel.: +49 (361) 57-3112980 oder E-Mail:

datenschutzbeauftragter@datenschutz.thueringen.de

7. Wenden Sie sich an den TLfDI mit einer Beschwerde oder Anfrage, sind Ihre Angaben freiwillig. Unterbleiben diese, kann Ihnen allerdings kein Ergebnis mitgeteilt werden. Die Nichtbereitstellung von personenbezogenen Daten kann in diesen Fällen unter Umständen dazu führen, dass eine Bearbeitung Ihres Anliegens mangels vollständigen Sachverhaltes und keiner Möglichkeit einer Rückfrage nicht vorgenommen werden kann.

Wendet sich der TLfDI an Sie als Verantwortlicher/Auftragsverarbeiter im Rahmen eines Auskunftersuchens, ist die Bereitstellung der dort erfragten personenbezogenen Daten verpflichtend. Eine Nichtbereitstellung kann in solchen Fällen zu einem Sanktionsverfahren führen.²

***Hinweis:** Sie haben das Recht gegenüber dem TLfDI aus Gründen die sich *aus Ihrer besonderen Situation* ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen.

¹ verschlüsselte Nachrichten per PGP sind möglich

² Nur für den nichtöffentlichen Bereich

³ Siehe Nr. 1.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590-											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Rechnungshof</td> <td>Oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Burgstraße 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07407 Rudolstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1	Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Rechnungshof	Oberste Landesbehörde									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Burgstraße 1									
Postleitzahl, Ort	07407 Rudolstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 20px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Finanzkontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Der Thüringer Rechnungshof nimmt den Änderungsantrag zum Entwurf des Thüringer Gesetzes für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften zur Kenntnis. Es ergeben sich keine Änderungen gegenüber der ersten Stellungnahme. Zu den Kosten von Wahlen liegen keine Prüfungserkenntnisse vor.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 10. Februar 2021	

Den Mitgliedern des
InnKA

Freistaat
Thüringen



Thüringer
Rechnungshof

THÜR. LANDTAG POST
11.02.2021 08:41

3642/2021

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Thüringer
Landtag

VORLAGE
7/1661

zu Drs. 7/2043

Ihr Zeichen
A 6.1/csch, ga - Drs. 7/2043
VL 7/1590

Ihre Nachricht vom
29. Januar 2021

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
1011-4.3-0787/285-2-
1992/2021

Rudolstadt
10. Februar 2021

**Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von
Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur
Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften**

- Drucksache 7/2043 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

- Vorlage 7/1590 -

hier: Äußerung nach § 111 Abs. 4 GOLT

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Innen- und
Kommunalausschusses erhalten Sie die schriftliche Stellungnahme des
Thüringer Rechnungshofs zum Änderungsantrag des Entwurfs des
„Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen
für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer
wahlrechtlicher Vorschriften“ (Drucksache 7/2043, Vorlage 7/1590).

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Mitglieder des
Innen- und Kommunalausschusses
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen
A 6.1/csch, ga - Drs. 7/2043-
VL 7/1590

Ihre Nachricht vom
29. Januar 2021

Unser Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)
1011-4.3-0787/285-2-
1992/2021

Rudolstadt
10. Februar 2021

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

- Drucksache 7/2043 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Vorlage 7/1590 -

hier: Äußerung nach § 111 Abs. 4 GOLT

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

ich nehme für den Rechnungshof zum oben genannten Gesetzentwurf (Vorlage 7/1590) wie folgt Stellung:

Aus den vorgelegten Änderungen ergeben sich gegenüber den Äußerungen des Rechnungshofs vom 7. Januar 2021 keine zusätzlichen oder abweichenden Anmerkungen aus Sicht der Finanzkontrolle. Der Rechnungshof weist nochmals darauf hin, dass ihm zu den Kosten von Wahlen im Allgemeinen wie in der Pandemie-Situation im Besonderen keine Erkenntnisse vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Thüringer
Rechnungshof
Burgstraße 1
07407 Rudolstadt

www.rechnungshof.thueringen.de

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften, Gesetzentwurf der Fraktionen											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landtag von Baden-Württemberg</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Konrad-Adenauer-Straße 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>70173 Stuttgart</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landtag von Baden-Württemberg		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Konrad-Adenauer-Straße 3	Postleitzahl, Ort	70173 Stuttgart
	Name	Organisationsform									
	Landtag von Baden-Württemberg										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Konrad-Adenauer-Straße 3									
Postleitzahl, Ort	70173 Stuttgart										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

14012021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen</td> <td>Politische Partei</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Sonneberger Str. 244</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>96528 Frankenhild</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Str. 244	Postleitzahl, Ort	96528 Frankenhild
Name	Organisationsform										
Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Str. 244										
Postleitzahl, Ort	96528 Frankenhild										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Mitwirkung im politischen Prozeß und Dismiss	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- keine nachhaltige Vorgehensweise - nicht rechtssicher - Benachteiligung kleinerer Parteien	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
22.12.2020	



Landesverband
Thüringen

Ökologisch-Demokratische Partei
Landesverband Thüringen
Landesvorsitzender

ÖDP Thüringen • Sonneberger Straße 244 • 96528 Frankenblick

THÜR. LANDTAG POST
21.12.2020 07:47

31934/2020

Seltendorf, den 19. Dezember 2020

Unsere Stellungnahme zum geplanten Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften – Thüringer Landtag Drucksache 7/2043

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezüglich der möglichen vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags im kommenden Jahr 2021 stellen sich zwei Aufgabenstellungen, welche zu lösen sind:

1. Im Landeswahlgesetz fehlen für vorzeitige Neuwahlen (vorzeitige Beendigung der Wahlperiode) des Thüringer Landtags die Details für die Anzahl der sammelnden Unterstützungsunterschriften. Die Anzahl der zu sammelnden Unterstützungsunterschriften muss reduziert werden, da sich der effektive Sammlungszeitraum dafür von etwa 15 Monaten bei regulären Landtagswahlen auf etwa drei Wochen bei vorzeitigen Neuwahlen verkürzt. Seit Februar 2020 weisen wir die politisch Verantwortlichen in Thüringen regelmäßig darauf hin, dass im Thüringer Landeswahlgesetz die gesetzlichen Regelungen für den Fall vorzeitiger Neuwahlen des Thüringer Landtags fehlen. Die Festlegung der Anzahlen zu sammeln der Unterstützungsunterschriften kann gemäß §71 des Landeswahlgesetzes nicht per Verordnung (Landeswahlordnung) erfolgen. Mit einer Verordnung vom 27. Februar 2020 wurden zumindest die verkürzten Fristen geregelt. Seitdem ist, nüchtern betrachtet, nicht mehr viel passiert. Wir haben in diesem Zusammenhang von Anfang an darauf hingewiesen, dass es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Thüringen die nachhaltigste und sinnvollste Vorgehensweise wäre, hier das Landtagswahlgesetz zu ändern.
2. Es ist die aktuelle Corona-Situation zu berücksichtigen. Hier ist es das Hauptproblem, dass ein solcher Ausnahmezustand insbesondere ebenfalls bei den Anzahlen zu erbringenden Unterstützungsunterschriften und bei den Fristen bisher nicht berücksichtigt und die



www.oedp-thueringen.de



info@oedp-thueringen.de



<https://www.facebook.com/OEDPThuringen/>



<https://twitter.com/OedpThuringen>



<https://www.instagram.com/oedpthueringen/>

Möglichkeit zu Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes grundsätzlich noch nicht vorgesehen ist.

Für die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz am 15. März 2021 wurde kürzlich beschlossen, dass die dort bereits für vorzeitige Neuwahlen des Landtags gesetzlich festgelegten Werte – 20% für die Landesliste, 40% für Wahlkreisvorschläge – auch für die aktuelle Corona-Situation angewendet werden. Für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 15. März 2021 wurde aus selbem Anlass kürzlich festgelegt, dass für Wahlkreisvorschläge 50% gesammelt werden müssen. Auf Grund der dortigen sehr besonderen Regelungen, muss dort für Landelisten nicht gesammelt werden.

Der als Drucksache 7/2043 am 4. November 2020 vorgestellte Gesetzesvorschlag von Die Linke, SPD und B'90/Grüne weist genau hier unserer Auffassung nach einen eklatanten Mangel im grundsätzlichen Ansatz auf: Denn er vermischt diese beiden Anforderungen. Weiterhin beinhaltet er auch nicht eine vollumfängliche dauerhafte Schließung der Gesetzeslücken.

Es sieht nun sehr danach aus, dass CDU, Die Linke, SPD und B'90/Grüne resultierend aus der sehr zögerlichen Bearbeitung des letztendlich selbstgegebenen Auftrags ihren Vertrag (Stabilitätspakt) brechen müssen, indem sie die mögliche vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtags vom angedachten Termin 25. April 2021 auf den Herbst 2021 verschieben müssen. Denn bei einem Wahltermin am 25. April 2021 muss der Antrag auf vorzeitige Neuwahlen laut unserer Recherche bereits zwischen dem 15. Januar 2021, zugleich die Abgabefrist für Stellungnahmen zum Gesetzesvorschlag, und dem 3. Februar 2021 an den Thüringer Landtag eingereicht werden müsste. Frühestens am 14. Februar 2021 kann der Thüringer Landtag dann darüber abstimmen. So wird abermals das Bild, welches die Thüringer Landespolitik sowohl nach innen als auch nach außen abgibt, stark in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Aspekt ist für uns deutlich bedeutsamer, als die Vorteile, die sich für unseren kleinen Landesverband aus der Verschiebung des Termins ergeben. Wir haben den Eindruck, dass man in anderen Parteien andere Prioritäten setzt. Wenn man tatsächlich beabsichtigt das Landeswahlgesetz zwischen dem 14. Februar 2021 und dem 25. April 2021 zu ändern, dann würde dies zumindest aus moralischer Sicht eine doch sehr bedenkliche Vorgehensweise darstellen, welche ebenfalls der Reputation der Thüringer Landespolitik Schaden zufügen würde.

Nun zurück zur aktuellen Situation, Aufgabenstellung und Diskussion in Thüringen, also zu unserer eigentlichen Stellungnahme.

Wir haben insbesondere auf Grund von Artikel 1 §1 (1) vor allem starke Zweifel bzgl. der Rechtssicherheit des mit Drucksache 7/2043 vorgestellten Gesetzesvorschlags. Wir sehen es sehr kritisch, einen Rechtszustand zu schaffen, in welchem zwei gleichzeitig wirksame Gesetze die selben Parameter jedoch mit unterschiedlichen Werten festlegen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang zudem auf die sehr eindeutigen Regelungen in §71 des Landeswahlgesetzes hin, welche ebenfalls mit dem geplanten Gesetz schlichtweg umgangen

und ausgehebelt würden. Soweit wir dies beurteilen können, handelt es hierbei um eine verfassungswidrige oder zumindest juristisch sehr bedenkliche Vorgehensweise.

Artikel 1 §2 (1) ist für uns nicht akzeptabel. Der Sammlungszeitraum für die Unterstützungsunterschriften verkürzt sich im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags faktisch (netto) von etwa 15 Monaten (65 Wochen) auf etwa drei Wochen. Der Gesetzesvorschlag sieht lediglich eine Reduzierung um 50% für die Anzahl der in diesem Zeitraum zu sammelnden Unterstützungsunterschriften (UU) vor. Rein rechnerisch betrachtet bedeutet der Gesetzesvorschlag, dass bei den Landeslisten anstatt 15 UU in der Woche bei vorzeitigen Neuwahlen dann 167 UU in der Woche zu sammeln sind, bei Direktkandidatinnen und Direktkandidaten anstatt 4 UU dann 42 UU in einer Woche, was mehr als einer Verzehnfachung der effizienten zu erbringenden Sammelleistung entspricht. Siehe Anhang A. Dafür, dass es zu einer vorzeitigen Neuwahl der Thüringer Landtags kommt, sind zudem die sogenannten Kleinparteien nicht verantwortlich. Hier muss natürlich ein Mittelweg gefunden und gegangen werden. Der vorliegende Gesetzesvorschlag von Die Linke, SPD und B'90/Grüne ist jedoch unserer Einschätzung nach sehr weit davon entfernt. In Rheinland-Pfalz ist für diesen Fall festgelegt, dass für Landeslisten nur 20 % und für Wahlkreisvorschläge nur 40% der bei einer regulären Neuwahl benötigten Unterstützungsunterschriften zu sammeln sind. Darauf haben wir bereits mehrfach hingewiesen. Wir können den vorliegenden Gesetzesvorschlag deshalb nur als Versuch werten, uns sogenannte Kleinparteien von der Teilnahme an einer vorzeitigen Neuwahl auszuschließen. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass in Thüringen für Direktkandidatinnen und Direktkandidaten generell außergewöhnlich viele Unterstützungsunterschriften gesammelt werden müssen. In den meisten Bundesländern liegt hier der Wert bei 100, in Thüringen mit seinen zudem sehr kleinen Wahlkreisen bei 250. Siehe Anhang B. Wir fordern deshalb, diesen Wert für reguläre Neuwahlen auf 100 zu reduzieren. Ansonsten müssen wir feststellen, dass es auch weiterhin Direktkandidatinnen und Direktkandidaten sogenannter Kleinparteien in Thüringen seitens des Gesetzgebers, also letztendlich seitens der großen Parteien, aus offensichtlich rein eigennützigen Beweggründen, zu Lasten der Demokratie besonders schwer gemacht wird, zur Wahl zugelassen zu werden.

Artikel 1 §1 und §2 sind aus unserer Sicht auch deshalb nicht angezeigt, da es sich hierbei nicht um eine nachhaltige Vorgehensweise handelt, worauf wir bereits mehrfach hingewiesen haben.

Außerdem betrachten wir Artikel 1 §3 des geplanten Gesetzes als einen Vorgang, welcher die sich aus der aktuellen Corona-Situation ergebenden Mehrbelastungen durch eine Verlängerung der Wahlzeit zusätzlich auf dem Rücken der ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer ausbadet. Für uns stellt dies in der aktuellen Situation, in der sich unsere Gesellschaft leider befindet, ein völlig falsches Zeichen dar. Wir unterstützen hier das Bestreben in solchen Fällen landesweit eine verbindliche allgemeine Briefwahl durchzuführen.

Artikel 1 §4 ist aus unserer Sicht schlichtweg unnötig, da man dies mit einer Verordnung hätte regeln können und zudem die Kreiswahlleiter bzw. die Kommunen dafür zuständig

und verantwortlich sind, auf Grund der jeweiligen aktuellen Lage vor Ort, der aktuellen Situation entsprechende Vorschriften zu erlassen.

Artikel 1 §5 hingegen ist für uns absolut nachvollziehbar und findet unsere grundsätzliche Unterstützung.

Zu Artikel 2 1. erschließt uns nicht wirklich die dahinterstehende Absicht. Wir haben aber kein Problem mit der Änderung und demzufolge dazu auch keine Einwände.

Artikel 2 2. ist unserer Einschätzung nach aktuell nicht anwendbar. Auch aus unserer Sicht ist es angezeigt, dass der Gesetzgeber die gesetzlichen Grundlagen zur Nominierung von Wahlvorschlägen auch auf elektronischem Wege schafft. Laut unserer Recherche stehen hierfür allerdings aktuell kaum wirklich geeignete Softwarelösungen zur Verfügung. Da jedoch vor allem auch Aktiengesellschaften Bedarf hierfür haben, gehen wir davon aus, dass diese sehr zeitnah von Softwareunternehmen oder in Form von Open Source Software geschaffen werden. Sind diese Lösungen vorhanden, müssen diese jedoch erst noch entsprechend geprüft und zertifiziert werden. Daher ist aus unserer pragmatischen Sicht aktuell die Durchführung von Nominierungsversammlungen nur gemäß aktuell gültiger allgemeiner Hygienevorschriften nach dem herkömmlichen Verfahren möglich. Die Hygienevorschriften sind jedoch allgemeingültig und daher völlig unabhängig von Wahlen zu betrachten.

Unser hiermit vorgestellter Gesetzesvorschlag ist unter Berücksichtigung folgender Aspekte und Absichten erstellt:

- Übernahme der Regelungen der *Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags* vom 27. Februar 2020 in das Thüringer Landeswahlgesetz und die Landeswahlordnung im Interesse einer nachhaltigen Regelung an den korrekten Stellen.
- Übernahme der Inhalte von Artikel 1 §5 des vorgestellten Gesetzesvorschlags zur Einführung der verbindlichen Briefwahl im Falle eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes im Thüringer Landeswahlgesetz. Es sollte jedoch in diesem Zusammenhang zumindest noch die Frage gestellt und geklärt werden, ob man sich wirklich auf die Aussage nur eines Institutes verlassen will.
- Ergänzung der bis dato fehlenden gesetzlichen Regelungen für den Fall der vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode im Thüringer Landeswahlgesetz.
- Grundsätzliche Übernahme der in Rheinland-Pfalz geltenden prozentualen Regelungen für die Anzahl im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode zu sammelnder Unterstützungsunterschriften: 20% für Landeslisten, 40% für Wahlkreisvorschläge.
- Anpassung der für Direktkandidatinnen und Direktkandidaten (Wahlkreisvorschläge) benötigten Anzahl benötigter Unterstützungsunterschriften an die in anderen Bundesländern üblichen Werte gemäß Anhang B.
- Die laut Thüringer Landesverfassungsgericht unzulässigen Paritätsregelungen haben wir nicht entfernt, da sie nicht Teil der aktuellen Aufgabenstellung sind. Es wäre jedoch aus unserer Sicht angebracht, dies gleich mit zu erledigen.

- Gerne laden wir die politisch Verantwortlichen ein, zusätzlich gleich die Änderungen mit vorzunehmen, welche Inhalt unseres geplanten Volksbegehrens zur Verkleinerung des Thüringer Landtags sind. Diese sind nachfolgend nicht berücksichtigt.

Wir möchten hiermit vorbehaltlich einer noch ausstehenden fachlichen Prüfung folgende Änderungen des Thüringer Landeswahlgesetzes vorschlagen:

...

§ 16

Wählbarkeit

Wählbar sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das 18. Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens einem Jahr im Wahlgebiet ihren Wohnsitz oder Lebensmittelpunkt (§ 13 Satz 2 oder 3) oder dauernden Aufenthalt haben,
3. nicht nach § 17 von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind.

Für die Entscheidung über die Wählbarkeit von Personen, deren Hauptwohnung außerhalb Thüringens liegt, gilt § 13 Satz 3 und 4 entsprechend mit der Maßgabe, dass der Antrag spätestens am 95. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode spätestens am 60. Tag, vor der Wahl bei der Gemeinde am Ort der Nebenwohnung zu stellen ist (Ausschlussfrist). Über den Antrag entscheidet der Landeswahlleiter spätestens am 86. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode spätestens am 51. Tag, vor der Wahl. Er gibt die Entscheidung dem Antragsteller unverzüglich bekannt. Gegen die Entscheidung kann der Antragsteller binnen einer Woche nach Bekanntgabe Beschwerde einlegen, über welche der Landeswahlausschuss spätestens am 72. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode spätestens am 40. Tag, vor der Wahl entscheidet.

...

§ 19

Wählerverzeichnis und Wahlschein

(1) Die Gemeinden führen für jeden Wahlbezirk ein Wählerverzeichnis. In das Wählerverzeichnis werden alle Personen eingetragen, bei denen am 42. Tage, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 35. Tage, vor der Wahl (Stichtag) feststeht, dass sie wahlberechtigt und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Das Wählerverzeichnis ist an den Werktagen vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl öffentlich auszulegen. Vom Beginn der Auslegungsfrist ab können Personen nur auf rechtzeitigen Einspruch in das Wählerverzeichnis aufgenommen oder darin gestrichen werden, es sei denn, dass es sich um offenbare Unrichtigkeiten handelt, die der Bürgermeister bis zum Tage vor der Wahl 12 Uhr von Amts wegen berichtigen kann.

...

§ 20

Wahlvorschlagsrecht, Beteiligungsanzeige

...

(2) Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren, können als solche einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens am 90. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode spätestens am 48. Tag, vor der Wahl bis 18 Uhr dem Landeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Landeswahlausschuss die Parteieigenschaft festgestellt hat. Die Anzeige muss enthalten:

...

(4) Der Landeswahlausschuss stellt spätestens am 72. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode spätestens am 40. Tag, vor der Wahl für alle Wahlorgane verbindlich fest,

1. welche Parteien im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren,
2. welche Vereinigungen, die nach Absatz 2 ihre Beteiligung angezeigt haben, für die Wahl als Partei anzuerkennen sind.

...

§ 21

Einreichung der Wahlvorschläge

Wahlkreisvorschläge sind dem Kreiswahlleiter, Landeslisten dem Landeswahlleiter spätestens am 66. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode spätestens am 37. Tag, vor der Wahl bis 18 Uhr schriftlich einzureichen.

§ 22

Inhalt und Form der Wahlkreisvorschläge

...

(3) Andere Wahlkreisvorschläge müssen von mindestens ~~250~~ 100 Wahlberechtigten, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode oder im Falle einer in §36 Absatz 3 bis 5 definierten wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands von mindestens 40 Wahlberechtigten, des Wahlkreises eigenhändig unterzeichnet sein. Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

...

§ 23

Aufstellung von Parteibewerbern

...

(3) Die Bewerber und die Vertreter werden in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln gewählt. Die Wahlen dürfen frühestens 39 Monate, für die Vertreterversammlungen frühestens 30 Monate nach Beginn der Wahlperiode stattfinden. Im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode gilt die in der Verfassung des Freistaats Thüringen in Artikel 50 Abs. 2 Satz 3 genannte Frist.

...

§ 25

Zurücknahme von Wahlkreisvorschlägen

Ein Wahlkreisvorschlag kann durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson zurückgenommen werden, solange nicht über seine Zulassung entschieden ist. Ein von mindestens ~~250~~ 100 Wahlberechtigten, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode oder im Falle eines in §36 Absatz 3 bis 5 definierten wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands 40 Wahlberechtigten, unterzeichneter Wahlkreisvorschlag kann auch von der Mehrheit der Unterzeichner durch eine von ihnen persönlich und handschriftlich vollzogene Erklärung zurückgenommen werden.

...

§ 28

Zulassung der Wahlkreisvorschläge

(1) Der Wahlkreisausschuss entscheidet am 58. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 33. Tag, vor der Wahl über die Zulassung der Wahlkreisvorschläge. Er hat die Wahlkreisvorschläge zurückzuweisen, wenn sie

1. verspätet eingereicht sind oder
2. den Anforderungen nicht entsprechen, die durch dieses Gesetz und die Landeswahlordnung aufgestellt sind.

Die Entscheidung ist in der Sitzung des Wahlkreisausschusses bekannt zu geben.

(2) Weist der Wahlkreisausschuss einen Wahlkreisvorschlag zurück, so kann binnen drei Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung Beschwerde an den Landeswahlausschuss eingelegt werden. Beschwerdeberechtigt sind die Vertrauensperson des Wahlkreisvorschlags, der Landeswahlleiter und der Kreiswahlleiter. Der Landeswahlleiter und der Kreiswahlleiter können auch gegen eine Entscheidung, durch die ein Wahlkreisvorschlag zugelassen wird, Beschwerde einlegen. In der Beschwerdeverhandlung sind die erschienenen Beteiligten zu hören. Die Entscheidung über die Beschwerde muss spätestens am 52. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 26. Tag, vor der Wahl getroffen werden.

(3) Der Kreiswahlleiter macht die zugelassenen Wahlkreisvorschläge spätestens am 48. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode spätestens am 20. Tag, vor der Wahl öffentlich bekannt.

§ 29

Landeslisten

(1) Landeslisten können nur von Parteien eingereicht werden. Sie müssen von dem Vorstand des Landesverbands oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigeren Gebietsverbände, die im Wahlgebiet liegen, bei den in § 20 Abs. 2 genannten Parteien außerdem von 1.000 Wahlberechtigten, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode oder im Falle eines in § 36 Absatz 3 bis 5 definierten wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands von 200 Wahlberechtigten, eigenhändig unterzeichnet sein. Die Wahlberechtigung der Unterzeichner eines Wahlvorschlags einer der in § 20 Abs. 2 genannten Parteien muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung der Landesliste nachzuweisen.

...

§ 30

Zulassung der Landeslisten

(1) Der Landeswahlausschuss entscheidet am 58. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 33. Tag, vor der Wahl über die Zulassung der Landeslisten. Er hat Landeslisten zurückzuweisen, wenn sie

1. verspätet eingereicht sind oder
2. den Anforderungen nicht entsprechen, die durch dieses Gesetz und die Landeswahlordnung aufgestellt sind.

Sind die Anforderungen nur hinsichtlich einzelner Bewerber nicht erfüllt, so werden ihre Namen aus der Landesliste gestrichen. Wahlvorschläge, die nicht den Anforderungen des § 29 Abs. 5 entsprechen, werden zurückgewiesen; Wahlvorschläge, die zum Teil den Anforderungen des § 29 Abs. 5 nicht entsprechen, werden nur bis zu dem Listenplatz zugelassen, mit dessen Besetzung die Vorgaben des § 29 Abs. 5 noch erfüllt sind (Teilzurückweisung). Dies gilt auch für die Streichung einzelner Bewerbungen, die gegen § 29 Abs. 5 verstoßen. Die Entscheidung ist in der Sitzung des Landeswahlausschusses bekannt zu geben.

(2) Der Landeswahlleiter macht die zugelassenen Landeslisten spätestens am 48. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 20. Tag, vor der Wahl öffentlich bekannt.

...

§ 36

Briefwahl

...

(3) Im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands nach Beginn des Laufs der Frist des Artikels 50 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen im gesamten Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises kann der Landeswahlausschuss durch Beschluss anordnen, dass die Wahl in dem betreffenden Gebiet ausschließlich in der Form einer Briefwahl durchgeführt wird. Der Beschluss ist in entsprechender Anwendung der §§ 1 und 9 Verkündungsgesetz zu verkünden. Die Einrichtung von Briefwahllokalen ist ausgeschlossen; bereits eröffnete Briefwahllokale sind unverzüglich zu schließen. Die Unterlagen für die Briefwahl sind unverzüglich zu übersenden. Der Landeswahlleiter und die Kreiswahlleiter treffen die notwendigen organisatorischen Vorsorgemaßnahmen, eine solche Anordnung unverzüglich umzusetzen.

(4) Ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im gesamten Wahlgebiet, einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises eine übertragbare Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes in der Bevölkerung so zahlreich oder in so schwerer Ausprägung auftritt oder aufzutreten droht, dass dadurch Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte ernsthaft gefährdet erscheint und es für die Wahlberechtigten unzumutbar ist, zum Zwecke der Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen. Ein Gesundheitsnotstand kann insbesondere vorliegen, wenn im Wahlgebiet oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art aufgrund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden untersagt worden sind.

(5) Der Landtag stellt den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest, wenn das gesamte Wahlgebiet betroffen ist. Im Übrigen stellt die Landesregierung im Einvernehmen mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Landtagsausschuss den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest. Das für den Gesundheitsschutz zuständige Ministerium bereitet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der infektionsepidemiologischen Auswertungen des Robert Koch Institutes gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 Infektionsschutzgesetz die Entscheidung der Landesregierung vor. Die Entscheidung des Landtags geht der Entscheidung der Landesregierung vor. Über die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands sowie die wesentlichen Gründe der Entscheidung ist der Landeswahlleiter unverzüglich zu unterrichten.

...

§ 72

Fristen, Termine und Form

(1) Die in diesem Gesetz und in den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen vorgesehenen Fristen und Termine verändern sich nicht dadurch, dass der letzte Tag der Frist oder ein Termin auf einen Sonnabend, einen Sonntag oder einen gesetzlichen Feiertag fällt. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist ausgeschlossen.

(2) Soweit in diesem Gesetz oder in den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen nichts anderes bestimmt ist, müssen vorgeschriebene Erklärungen persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein und bei der zuständigen Stelle im Original vorliegen.

~~(3) Das für das Landtagswahlrecht zuständige Ministerium wird ermächtigt, für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags die in diesem Gesetz und in den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen vorgesehenen Fristen und Termine durch Rechtsverordnung abzukürzen.~~

(3) Sollte es im Gebiet mindestens eines vollständigen Wahlkreises gemäß eines in §36 Abs. 3 bis 5 definierten wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands vor Ablauf der unter §21 genannten Frist zu einer allgemeinen ganztäglichen Ausgangssperre kommen, so verschieben sich entsprechend alle in §21 festgelegten und zeitlich danach liegenden Fristen, einschließlich des Wahltermins, um den betreffenden Zeitraum der Ausgangssperre. Dies betrifft auch die diesbezüglich gemäß §71 in Verordnungen festgelegten Fristen.

...

Wir möchten hiermit vorbehaltlich einer noch ausstehenden fachlichen Prüfung folgende Änderungen des Thüringer Landeswahlordnung vorschlagen:

...

§ 14

Eintragung der Wahlberechtigten

(1) Von Amts wegen sind in das Wählerverzeichnis alle Wahlberechtigten einzutragen, die am 42. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 35. Tag, vor der Wahl (Stichtag) bei der Meldebehörde gemeldet sind

...

§ 30

Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen

...

(2) Ein Bewerber, dessen Hauptwohnung außerhalb Thüringens liegt (§ 16 Satz 1 Nr. 2 des Gesetzes), hat spätestens am 95. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 60. Tag, vor der Wahl bei der Gemeinde am Ort der Nebenwohnung einen Antrag nach dem Muster der Anlage 10b zu stellen (Ausschlussfrist). Er hat glaubhaft zu machen, dass er seinen Lebensmittelpunkt am Wahltag seit mindestens einem Jahr in Thüringen haben wird. Die Gemeinde leitet den Antrag unverzüglich mit ihrer Stellungnahme an den Landeswahlleiter, der über diesen spätestens am 86. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 51. Tag, vor der Wahl entscheidet. Er gibt die Entscheidung

dem Antragsteller und der Gemeinde unverzüglich bekannt. Gegen die Entscheidung kann der Antragsteller binnen einer Woche nach Bekanntgabe Beschwerde einlegen, über welche der Landeswahlausschuss spätestens am 72. Tag, im Falle einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode am 40. Tag, vor der Wahl entscheidet. Die Entscheidung über die Beschwerde ist dem Antragsteller und der Gemeinde unverzüglich bekannt zu geben.

...

Wir hoffen mit diesen Vorschlägen, teilweise die Vorarbeiten anderer nutzend, für die unausweichliche Lösung der beiden aktuellen Problematiken im Interesse aller Beteiligten und Betroffenen einen Beitrag für eine rechtssichere Lösung leisten zu können.

Abschließend möchten wir bei dieser Gelegenheit noch einige allgemeine Sätze am Rande verlieren:

Unsere am Wochenende 23./24. Januar 1982 gegründete Partei hat seit Ihrer Gründung u.a. an acht Wahlen zum Europa-Parlament, zehn Bundestagswahlen und vier Landtagswahlen in Thüringen teilgenommen. Wir sind aktuell gemäß der Mitgliederzahl aller zugelassener Parteien die neuntgrößte Partei Deutschlands. Aus der Masse der anderen kleineren Parteien stechen wir u.a. mit folgenden Fakten heraus: Zum zweiten Mal stellen wir einen Abgeordneten im EU-Parlament. Aktuell haben wir, bundesweit betrachtet, in sechs Bundesländern insgesamt 530 kommunalpolitische Mandate inne, neun davon in Thüringen. Wir stellen aktuell u.a. fünf Bezirksräte, eine stellvertretende Landrätin, sechzehn 1. und stellvertretende Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Ortsvorsteher/Ortsteilbürgermeister und in der Vergangenheit auch wiederholt stellvertretende Oberbürgermeister in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Hinzukommen mehrere erfolgreiche landesweite Volksbegehren in Bayern, zuletzt das Volksbegehren Artenvielfalt „Rettet die Bienen“, welches wir initiiert haben und dessen erste Hürden wir bis hin zur Zulassung des Volksbegehrens durch das bayerische Innenministerium alleine genommen haben. Wir erlauben uns deshalb folgende Fragen in den Raum zu werfen: Wie oft müssen wir noch mit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften beweisen, dass wir eine dauerhaft etablierte und seriöse Partei sind? Wie oft müssen wir uns noch, in diesem Zusammenhang betrachtet, mit dem Prozedere der Sammlung von Unterstützungsunterschriften drangsaliieren lassen? Letzteres stellt schließlich auch, ganz nüchtern betrachtet, eine Benachteiligung gegenüber den aktuell im Bundestag oder in Landtagen vertretenden Parteien dar, da dies unsere fast ausschließlich ehrenamtlich tätigen Personalressourcen sehr stark in Anspruch nimmt, während sich die großen Parteien mit ihrem umfangreichen hauptamtlichen und externen Personal schon auf den eigentlichen Wahlkampf konzentrieren können. Wir sind der Meinung, dass es mehr als 70 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland nun angezeigt ist, bei Bundestags- und Landtagswahlen neue Kriterien für die Notwendigkeit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften festzulegen. Eine Möglichkeit wäre es z.B. festzulegen, dass Parteien, welche in mindestens 10% der Wahlkreise eine Direktkandidatin oder einen Direktkandidaten und zusätzlich eine Landesliste aufstellen, von der

Notwendigkeit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften befreit sind, sofern sie auch bei der letzten Wahl zumindest mit einer Landesliste erfolgreich angetreten waren. Nicht zuletzt auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einwohnermeldeämtern und deren Dienstherrinnen und Dienstherren wären mit Sicherheit für eine solche Regelung sehr dankbar.

Hinzu kommt die systematische Benachteiligung durch die aus unserer Sicht undemokratischen 5%-Sperrklauseln. Dieses Instrument, mit dem man versuchte Lehren aus der Entwicklung in der Weimarer Republik zu ziehen, ist aus unserer Sicht eklatant gescheitert. Eher inoffizieller Grund für die 5%-Sperrklauseln war die Absicht, den Einzug extremistischer Parteien in die Parlamente zu verhindern. Der Fall der stark rechtsextremistisch ausgerichteten sogenannten Alternative für Deutschland zeigt, dass die 5%-Sperrklauseln diesbezüglich gescheitert sind. Offizieller Grund für die 5%-Sperrklauseln ist die Absicht, damit die Einsetzung stabiler Bundes- und Landesregierungen zu gewährleisten. Nicht nur die Thüringer Regierungskrise des Jahres 2020 zeigt, dass auch diesbezüglich die 5%-Sperrklauseln gescheitert sind. Besonders dramatisch undemokratisch zeigte sich dieses Instrument auch im 18. Bundestag (2013 bis 2017), wo fast ein Sechstel der Wählerstimmen nicht im Parlament vertreten war. Wir können stattdessen nur erkennen, dass die 5%-Sperrklauseln der Demokratie und ihrer Anerkennung in der Bevölkerung schaden. Denn letztendlich, das merken wir immer wieder ganz besonders, verfälscht das daraus resultierende Wahlverhalten vieler Wählerinnen und Wähler in Form des sogenannten taktischen Wählens auch systematisch die Wahlergebnisse. Wir gehen unter Berücksichtigung dieses Aspekts davon aus, dass wir, gäbe es die 5%-Sperrklauseln nicht, schon seit vielen Jahren zumindest im Bayerischen Landtag und im Landtag von Baden-Württemberg vertreten wären. Wir stellen in diesem Zusammenhang auch fest, dass sich unsere Gesellschaft im Laufe der letzten 100 Jahre wohl doch enorm verändert hat und wir heute, im Gegensatz zur Situation nach dem Ende des 1. Weltkriegs bzw. der Monarchie, nicht mehr Demokratie erlernen und üben müssen. Wir stellen deshalb hiermit diesbezüglich die Sinnfrage und stellen damit erneut auch die Verfassungsmäßigkeit der Sperrklauseln generell in Frage. Wir fordern in diesem Sinne die im Thüringer Landtag vertretenden Parteien auf, die 5%-Sperrklausel per Änderung der Thüringer Verfassung und dem folgend des Landeswahlgesetzes abzuschaffen. Auf Grund der Anzahl von regulär 44 Listenmandaten ergibt sich dadurch faktisch eine Sperrklausel von, je nach Wahlausgang, zwischen etwa 1% und 2%. Von den 5%-Sperrklauseln profitieren ausschließlich die großen Parteien, während gleichzeitig die demokratische Vielfalt zu Lasten kleiner nicht extremistischer und nicht populistischer Parteien eingeschränkt wird. Die Profiteure sind diejenigen Parteien, welche nun wieder versuchen, in Deutschland bei EU-Wahlen eine Sperrklausel einzuführen, nachdem diese u.a. von unserer Partei vor einigen Jahren gekippt wurde. Die fadenscheinige Begründung, dass EU-Parlament wäre mit den derzeit neun Abgeordneten aus den Reihen der sogenannten Kleinteilen nicht handlungsfähig, stinkt bis zum Himmel. Das ist besonders verlogen, wenn man bedenkt, dass das EU-Parlament bisher nicht einmal die Kompetenz besitzt, eigene Gesetzesinitiativen auszuarbeiten. Stattdessen blüht der nicht dem Gemeinwohl dienende neoliberale Brüsseler Lobbyismus, an dessen Erfolg wiederum zumindest ein Teil dieser großen Parteien in erheblichen Umfang maßgeblich beteiligt ist.

Wir könnten Ihnen an dieser Stelle noch einige weitere Beispiele der teilweise systematischen Benachteiligung der sogenannten Kleinparteien bei Wahlantritten und im Wahlkampf anführen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

- Anhang A – Erläuterungen zum Sammlungszeitraum für Unterstützungsunterschriften bei vorzeitigen Neuwahlen der Thüringer Landtags
- Anhang B – Anzahl benötigte Unterstützungsunterschriften bei Landtagswahlen

Verteiler

- Thüringer Landtag
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
- Thüringer Landeswahlleiter
- Thüringer Landesverfassungsgericht
- alle im entsprechenden Schreiben der Verwaltung des Thüringer Landtags vom 7. Dezember 2020 im *Verteiler Anzuhörende* genannten Empfänger¹
- alle Fraktionen im Thüringer Landtag¹
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Dieses Schreiben kann gerne weitergeleitet und unter Berücksichtigung der Aspekte des Datenschutzes veröffentlicht werden.

Unter <https://www.oedp-thueringen.de/themen/vorgezogene-neuwahlen/> finden sich u.a. auch Links zu den gesetzlichen Grundlagen.

¹Unter sinngemäß aktueller Anwendung des Rechtsabgrenzungsbeschlusses unserer Partei vom Wochenende 18./19. Februar 1989 kommunizieren wir auf dieser Ebene grundsätzlich nicht mit den Parteien AfD und NPD. Einen Linksabgrenzungsbeschluss gibt es aktuell in unserer Partei nicht.

Anhang A – Erläuterungen zum Sammlungszeitraum bei vorzeitigen Neuwahlen der Thüringer Landtags

Nachstehende Erläuterungen begründen sich in der aktuellen Gesetzeslage, also einschließlich der Verordnung vom 27. Februar 2020.

Ungewöhnlich an der aktuellen Situation in Thüringen ist, dass zuerst der Wahltermin festgelegt wurde. So müssen die Fristen rückwärts gedacht werden. Wir beziehen uns hier in unseren Ausführungen dementsprechend exemplarisch auf den angedachten Wahltermin 25. April 2021.

Der Antrag auf eine vorzeitige Beendigung der Wahlperiode muss zwischen dem 15. Januar und dem 3. Februar 2021 in den Thüringer Landtag eingereicht werden.

Frühestens am 14. Februar 2021, ein Sonntag, kann der Thüringer Landtag darüber abstimmen. Wir gehen vom 15. Februar 2021 als Termin für diese Entscheidung aus.

Wir gehen, gemäß unseres aktuellen Kenntnisstandes, davon aus, dass die Nominierungsveranstaltungen unter Einhaltung der aktuellen Hygiene-Vorschriften nach wie vor als physische Versammlungen stattfinden müssen und sehen hier den 20. Februar 2021 als frühestmöglichen Termin für die Aufstellung der Landeliste. Da es hier eine Einladungsfrist von zwei Wochen gibt, sind wir dazu gezwungen, vorbehaltlich einer Entscheidung der Thüringer Landtags zu den Aufstellungsversammlungen einzuladen.

Nach der Aufstellungsversammlung muss die Versicherung per Eides Statt zur Ausstellung der Formulare für die Unterstützungsunterschriften (UU) an den Landeswahlleiter bzw. an die Kreiswahlleiter geschickt werden. Danach müssen diese noch gedruckt werden.

So gehen wir, knapp gerechnet, davon aus, dass wir frühestens am 27. Februar 2021 mit dem Sammeln der UU beginnen können.

Die Bestätigung der UU benötigt bei persönlicher Abgabe und Abholung in den Einwohnerämtern erfahrungsgemäß etwa drei bis fünf Tage. Bei Erledigung auf dem postalischen Weg kann dies erfahrungsgemäß bis zu drei Wochen dauern.

Die Wahlvorschläge müssen, laut unserer Berechnung, bis zum 19. März 2021 18:00 Uhr, ein Freitag, beim Landeswahlleiter bzw. bei den Kreiswahlleitern eingereicht sein.

Wenn wir für die Bestätigung der UU einen Zeitraum von lediglich nur einer Woche einplanen, ergibt sich ein Sammlungszeitraum netto vom 27. Februar 2021 bis zum 14. März 2021. Das sind keine drei Wochen. Einige auf dem postalischen Wege an die Einwohnermeldeämter übermittelte UU werden dann sicherlich zu spät ankommen.

Anhang B - Anzahl benötigte Unterstützungsunterschriften bei Landtagswahlen

Bundesland	Anzahl der Wahlkreise	Wahlber.¹ je Wahlkreis	Anzahl UU² Wahlkreise	Anzahl UU² Landesliste
Baden-Württemberg	70	109.764	150	0
Bayern	90	105.327	0	8.277
Berlin	78	31.864	45	2.200
Brandenburg	44	47.468	100	2.000
Bremen	0	-	0	474
Hamburg	71	18.545	100	1.000
Hessen	55	79.505	50	1.000
Mecklenburg-Vorpommern	36	36.898	100	100
Niedersachsen	87	70.096	100	2.000
Nordrhein-Westfalen	128	102.851	100	1.000
Rheinland-Pfalz	51	60.235	125	2.040
Saarland	3	258.317	300	0
Sachsen	60	54.811	100	1.000
Sachsen-Anhalt	45	41.726	100	1.000
Schleswig-Holstein	35	66.229	100	1.000
Thüringen	44	39.301	250	1.000

Baden-Württemberg, Bayern und Saarland als Flächenbundesländer und die Stadtstaaten haben hier speziellere Regelungen, auf die wir an dieser Stelle nicht im Detail eingehen wollen.

¹ Wahlberechtigte bei letzter Landtagswahl, Durchschnittswert

² Unterstützungsunterschriften

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften											
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN											
- Drucksache 7/2043 -											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name <u>Battis</u>	Vorname <u>Ulrich</u>
	<u>Humboldt Universität</u>	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<u>Schriftstellerei + berufliche Tätigkeit</u>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift



Thüringer Landtag
Verfassungsausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis

Stellungnahme

zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Landtags-Drucksache 7/2043

Datum:

16.12.2020

1. Die Vorschläge des Gesetzesentwurfes sind grundsätzlich geeignet, um die rechtsstaatliche Integrität der Wahlhandlung und der Wahlvorbereitung unter Wahrung der allgemeinen Wahlgrundsätze auch unter den Bedingungen einer Pandemiesituation im Falle vorgezogener Neuwahlen zu wahren und damit verfassungsmäßige Wahlen zu ermöglichen.
2. Verfassungsrechtliches Leitbild für die Wahlen in der repräsentativen Demokratie ist die Urnenwahl, die den demokratischen Repräsentativvorgang in besonderer Weise sichtbar und erfahrbar macht (siehe BVerfGE 59, 119 Rn. 16). Bei der Briefwahl ist die öffentliche Kontrolle eingeschränkt (vgl. BVerfGE 123, 39/75 Rn. 15). Auch ist die Integrität der Wahl nicht gleichermaßen gewährleistet wie bei einer Urnenwahl im Wahllokal (BVerfGE 59, 119/127).
3. Die Briefwahl schwächt den Grundsatz der Geheimheit der Wahl, stärkt dafür aber die Allgemeinheit der Wahl und wahrt die Gleichheit der Wahl. Die Allgemeinheit der Wahl ist eng verwandt mit der Gleichheit der Wahl, in Teilen sogar ihr Vorläufer (Meyer in: Handbuch des Staatsrechts III 3. Aufl., 2005, § 46 Rn. 1). Die Wahlgleichheit verwirklicht am ausgeprägtesten das demokratische Prinzip und berührt unmittelbar mehr als andere Wahlgrundsätze den

Wettbewerb der politischen Parteien (*Meyer*, a.a.O., Rn. 29 f.). Die Wahrung der Gleichheit der Wahl und die Förderung der Allgemeinheit der Wahl sind in der zugespitzten Krise, die in der vereinbarten vorzeitigen Neuwahl ihren vorzeitigen Ausdruck findet, von besonderem Wert.

4. Die mit der Briefwahl typischerweise verbundenen Missbräuche sind seit langem bekannt. Die darauf gestützten Bedenken gegen die Einführung der Briefwahl haben sich nicht durchsetzen können (siehe BVerfGE 21/204; E 59, 119/124; E 123, 39/75; E 134, 25 Rn. 13 f.).
5. Die Verfassungsmäßigkeit der Briefwahl war lange insbesondere deshalb umstritten, weil die Glaubhaftmachung dafür, dass das Wahlrecht nicht an der Urne durch persönliche Stimmabgabe ausgeübt werden könne, häufig prekär war und ist. Dieses Problem besteht vorliegend jedoch nicht, ganz im Gegenteil, wie § 5 des Gesetzentwurfes belegt. Die individuelle Glaubhaftmachung wird ersetzt durch die amtliche Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands § 5, Abs. 1 – 3).
6. In der Begründung zu § 5 Abs. 1 (Landtags-Drucksache 2743, Seite 12, 13) wird zurecht darauf hingewiesen, dass die Anordnung den neuen Landtag nur durch Briefwahl wählen zu lassen, ultima ratio sein muss. Durch die Beschränkung auf den besonderen Krisenfall der vorzeitigen Neuwahl behält die vorgeschlagene Regelung den Charakter einer einmaligen Ausnahmeregelung.
7. Zu prüfen bleibt, ob bei der Anordnung nach § 5 Abs. 1 in einem Teil eines Wahlkreises ausschließlich die Briefwahl anzuordnen nicht abgepuffert werden kann durch zumutbares Ausweichen in benachbarte Teile desselben Wahlkreises oder ggf. auch das zumutbare Ausweichen in einen benachbarten Wahlkreis. Wenn eine solche Ergänzung sich als praktikabel erweisen sollte, sollte sie in das Gesetz aufgenommen werden.
8. Die in Artikel 1, § 2 Abs. 3 vorgesehene Ermöglichung der Parteien, in der gegenwärtigen Situation unabhängig bestehender Satzungsregelungen in Briefwahlen oder in elektronischen Wahlverfahren mit einer abschließenden Briefwahl Wahlbewerber zu wählen entspricht den in der allgemeinen Begründung (Landtags-Drucksache 7/2043 Seite 1) aufgeführten Regelungen zum Bayerischen Infektionsschutzgesetz und zum Nordrhein-Westfälischen Kommunalwahlgesetz. Ausschlaggebend für die Unbedenklichkeit ist, dass die Stichwahl nur durch Briefwahl stattfinden kann. Auch die vom Bund geplanten Regelungen liegen innerhalb des in Thüringen gewährten verfassungsrechtlichen Rahmens. Bei der Entscheidung nach § 5 darüber, ob in Teilen von Wahlkreisen oder in einzelnen Wahlkreisen ausschließlich die Briefwahl zugelassen wird, sollte geprüft werden, ob eine Urnenwahl in benachbarten Teilen eines Wahlkreises oder in benachbarten Wahlkreisen zumutbar ist. Sollte dies praktikabel bewerkstelligt werden können, sollte § 5 entsprechend ergänzt werden.
9. Die Zweite Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung kann jederzeit verlängert werden. Die Bezugnahme auf die jetzige Fassung ist daher unproblematisch.

10. Der Landtag kann jederzeit Bedingungen an ein Andauern oder den Fortgang der Coronapandemie festlegen.
11. Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzesentwurfes bezieht sich auf das Landeswahlgesetz und damit auf die Wahl des Thüringischen Landtags. Die Gesetzgebungskompetenz des Landtages ist daher unproblematisch.
12. Artikel 2 und 3 des Gesetzesentwurfes können, müssen aber nicht in einem eigenständigen Gesetzgebungsverfahren „im herkömmlichen Tempo“ beraten werden.

Ulrich Battis[✓]

1008/2021

THÜR. LANDTAG POST
14.01.2021 15:51

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landes Rheinland - Pfalz</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Platz der kleinen Republik</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>55116 Mainz</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landes Rheinland - Pfalz	Geschäfts- oder Dienstadresse	Platz der kleinen Republik	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	55116 Mainz
Name	Organisationsform										
	Landes Rheinland - Pfalz										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Platz der kleinen Republik										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	55116 Mainz										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

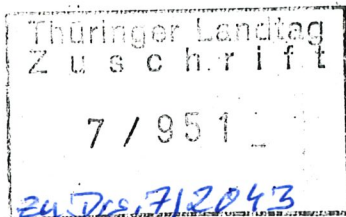
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Bereich der Tätigkeit des LT's Rheinla - Platz Aufgabenbereich / zuständig zu Bohren, Planen / Ausführen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, inhaltlich wurde keine <input type="checkbox"/> abgelehnt, Stellungnahme abgegeben <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Münch., 14. 11. 21	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



Den Mitgliedern des

Januar

THÜR. LANDTAG POST
05.01.2021 09:14

146/2021

Von: @landtag.rlp.de>
Gesendet: Mittwoch, 30. Dezember 2020 13:46
An: thueringer-landtag.de>
Cc:
Betreff: Anhörverfahren des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags

Sehr geehrter

haben Sie vielen Dank für die Zuleitung der Einladung zu dem Anhörverfahren Ihres Innen- und Kommunalausschusses zu dem „Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahr 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“ (Drucksache 7/2043).

Der Landtag Rheinland-Pfalz sieht davon ab, zu dem in der Beratung befindlichen Gesetzentwurf Stellung zu nehmen.

Der Landtag nimmt grundsätzlich keine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf eines anderen Parlaments.

Hinweisen dürfen wir noch darauf, dass der Landtags in seiner Sitzung am 15. Dezember 2020 ein Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Kommunalwahlgesetzes beschlossen hat. Die Landtagsdrucksache sowie der Auszug aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt und eine Übersicht zu dem Gesetzgebungsverfahren aus unserem öffentlichen Dokumentationssystem sind zu Ihrer Information beigelegt.

Zum Neuen Jahr wünschen wir Ihnen alles Gute und verbleiben
mit den besten Grüßen

i.A.

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Abteilung Parlament
Plenum, Ausschussdienst, Geschäftsordnung
Referatsleiter und stellv. Abteilungsleiter

Platz der Mainzer Republik 1, 55116 Mainz (Anschrift für Briefsendungen)
Diether-von-Isenburg-Straße 1, 55116 Mainz (Hausanschrift und Anschrift für Pakete und Lieferungen)

Folgen Sie uns auch in den Sozialen Medien.
Bitte beachten Sie unsere Datenschutzhinweise

Gesetzentwurf

der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Kommunalwahlgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das geltende Landeswahlrecht enthält nur im begrenzten Umfang Bestimmungen für die Fälle, in denen eine Wahl zum Landtag unter Bedingungen einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation vorbereitet und durchgeführt werden muss. So gelten bei Naturkatastrophen oder ähnlichen Ereignissen höherer Gewalt verspätet eingegangene Wahlbriefe unter bestimmten Voraussetzungen als rechtzeitig eingegangen. Wenn in einem Wahlkreis oder in einem Stimmbezirk infolge höherer Gewalt die Wahl zum Landtag nicht durchgeführt worden ist, soll eine Nachwahl spätestens drei Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden.

Dagegen gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen, wenn die Wahl zum Landtag infolge einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation nicht im Wege der regulären Urnen- und Briefwahl stattfinden kann. Um das verfassungsrechtlich verankerte Prinzip der Periodizität der Landtagswahlen gemäß Artikel 83 Abs. 1 und 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz auch in solchen Notsituationen abzusichern, besteht gesetzlicher Regelungsbedarf.

Anlass für die gesetzlichen Regelungen ist die aktuelle COVID-19-Pandemie. So mussten in Rheinland-Pfalz wegen der COVID-19-Pandemie im Zeitraum von April bis Juni 2020 mehrere Kommunalwahlen auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Derzeit verschärft sich die COVID-19-Pandemie erneut deutschlandweit und auch in Rheinland-Pfalz. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei der nächsten Landtagswahl am 14. März 2021 die Durchführung der Urnen- und Briefwahl infolge der COVID-19-Pandemie nicht möglich ist. Aus diesem Grund sollen die hierzu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen für die Möglichkeit einer Stimmabgabe im Wege einer ausschließlichen Briefwahl geschaffen werden. Diese Bestimmungen sollen jedoch nicht auf die aktuelle COVID-19-Pandemie begrenzt werden. So soll Vorsorge auch für andere Notsituationen getroffen werden. In der Zukunft können auch andere außergewöhnliche Notsituationen entsprechende Auswirkungen auf Wahlen zum Landtag haben.

Um angemessen auf verschiedene Gefahrenlagen angesichts der COVID-19-Pandemie reagieren zu können, kommen gesetzliche Bestimmungen für eine landesweite und eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl in Betracht. Bei Vorliegen einer gravierenden landesweiten Notsituation bedarf es für die Anordnung einer landesweiten ausschließlichen Briefwahl einer vom Landtag zu treffenden sondergesetzlichen Entscheidung.

Der vorgelegte Gesetzentwurf soll die Anordnung und Durchführung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation regeln. Im Landeswahlgesetz sollen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit die Stimmberechtigten in einer solchen regionalen Notsituation ihr Stimmrecht im Wege der ausschließlichen Briefwahl ausüben können.

Nach den verfassungsrechtlichen Prinzipien soll die Wahl im Wahllokal (Präsenzwahl) der Regelfall sein, da bei ihr den Grundsätzen der geheimen und öffentlichen

Wahl im besonderen Maße Rechnung getragen wird. Bei der Briefwahl ist hingegen die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen und die Integrität der Wahl nicht im gleichen Maße gewährleistet wie bei der Urnenwahl. Aus diesem Grund soll die Briefwahl eine Ausnahme bleiben. Die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl wird folglich nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen nur dann als zulässig angesehen, wenn sie auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung stattfindet, die hierfür enge Tatbestandsvoraussetzungen normiert.

Angesichts der aktuellen COVID-19-Pandemie wird ferner das Erfordernis der Unterstützungsunterschriften nach den geltenden landeswahlrechtlichen Bestimmungen für die Landtagswahl am 14. März 2021 nicht als angemessen angesehen. Seit dem 2. November 2020 gelten bundesweit und somit auch in Rheinland-Pfalz strenge Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, die den Wahlvorschlagsträgern die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften erschweren. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Umstände besteht somit spezieller Regelungsbedarf für die anstehende Wahl zum Landtag am 14. März 2021.

Für Kommunalwahlen bestehen im Hinblick auf die ausschließliche Briefwahl vergleichbare Regelungsbedürfnisse wie für Landtagswahlen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass kommunale Wahlen, insbesondere von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie von Landrätinnen und Landräten, auch außerhalb von allgemeinen Kommunalwahlterminen stattfinden. Auch für den Tag der nächsten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 sind solche Wahlen geplant.

B. Lösung

Die beabsichtigten Regelungen sollen im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Vorbereitung und Durchführung einer Landtagswahl ermöglichen. So sind zum einen zwei gesetzliche Instrumente, die ineinander greifen und sich ergänzen, vorgesehen, um eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl in einer Notsituation anzuordnen und durchführen zu können.

Da sich das Wahlverfahren einer ausschließlichen Briefwahl in wesentlichen Punkten von einer Urnen- und Briefwahl unterscheidet, soll die Landesregierung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen. Damit soll das Verfahren einer ausschließlichen Briefwahl rechtssicher und einheitlich geregelt werden.

Um im konkreten Einzelfall eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl durchführen zu können, ist eine gesetzliche Befugnis der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters zur Anordnung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl vorgesehen. Sie oder er kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium auf Antrag der Kreiswahlleiterin oder des Kreiswahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen unter engen Tatbestandsvoraussetzungen anordnen. Die Anordnung darf frühestens 45 Tage vor dem Wahltag getroffen werden, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass das öffentliche Leben am Wahltag in der betroffenen Region insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird und die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird. Schließlich muss die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Gebiet möglich sein.

Weiterhin soll angesichts der aktuellen COVID-19-Pandemie den nicht privilegierten Wahlvorschlagsträgern für die nächste Landtagswahl am 14. März 2021 die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften erleichtert werden. Eine angemessene Reduzierung der Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge, Landeslisten und Bezirkslisten wird aufgrund der zurzeit geltenden Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen als gerechtfertigt angesehen.

Schließlich soll eine redaktionelle Änderung des § 52 Abs. 3 Satz 1 des Landeswahlgesetzes vorgenommen werden.

C. Alternativen

Die Anordnung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl könnte von einer zusätzlichen Mitwirkung des Landtags oder einem unmittelbar demokratisch legitimierten Gremium vor Ort abhängig gemacht werden. Allerdings besteht dann die Gefahr, dass bei bestimmten Fallkonstellationen die Anordnung aus wahlorganisatorischen Gründen nicht mehr rechtzeitig erlassen werden kann.

D. Kosten

Das beabsichtigte Landesgesetz verursacht unmittelbar keine Haushaltsausgaben. Falls jedoch die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl anordnet, entstehen zusätzliche Ausgaben für den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte. Diese ergeben sich insbesondere aus den höheren Kosten für den Versand und den Rücklauf der Briefwahlunterlagen sowie für die Herstellung und den Versand für Informationsschreiben über die ausschließliche Briefwahl.

**Landesgesetz
zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des
Kommunalwahlgesetzes**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Landeswahlgesetzes in der Fassung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Juni 2020 (GVBl. S. 240), BS 1110-1, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 34 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Abweichend von § 34 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jeder Wahlkreisvorschlag von mindestens 50 Stimmberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.“

2. Dem § 35 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Abweichend von § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jede Landesliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Landes, jede Bezirksliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Bezirks persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie es der Anzahl von Wahlkreisen im Lande, für Bezirkslisten im Bezirk, vervielfacht mit 10, entspricht.“

3. In § 52 Abs. 3 Satz 1 wird die Verweisung „§ 59 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 59 Abs. 4 Satz 2“ ersetzt.

4. § 88 wird wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.

- b) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des Kreiswahlleiters die

ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass

1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis möglich sein wird.

Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Volksentscheiden.“

5. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 2

Das Kommunalwahlgesetz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 297), BS 2021-1, wird wie folgt geändert:

§ 76 wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.
2. Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Das fachlich zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des zuständigen Wahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder kommunalen Gebietskörperschaften frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass

1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft möglich sein wird.

Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Bürgerentscheiden.“

3. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nr. 1 und 2 tritt mit Ablauf des 14. März 2021 außer Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, gehört zu den unabdingbaren und elementaren Grundrechten in einer Demokratie. Um dieses Recht der Wählerinnen und Wähler zu sichern, ist das Landeswahlrecht – wie andere Wahlrechte auch – von strengen formalen Voraussetzungen, nach denen eine Wahl vorzubereiten und durchzuführen ist, geprägt. Die geltenden landeswahlrechtlichen Bestimmungen sehen von Ausnahmen abgesehen keine Möglichkeiten vor, dass die Wahl zum Landtag unter den Bedingungen einer Naturkatastrophe oder einer ähnlichen Notsituation stattfinden kann. Die aktuelle COVID-19-Pandemie hat die Notwendigkeit solcher gesetzlichen Regelungen aufgezeigt. So kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass infolge der COVID-19-Pandemie das öffentliche Leben in Rheinland-Pfalz weitgehend zum Erliegen kommt und damit auch die Landtagswahl am 14. März 2021 nicht im Wege der Urnen- und Briefwahl durchgeführt werden kann. Auch zukünftige Wahlen zum Landtag können von Naturkatastrophen oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen betroffen sein. Ferner ist aufgrund der geltenden Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie den Wahlvorschlagsträgern die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl am 14. März 2021 erschwert.

Wesentliches Ziel des Gesetzentwurfs ist zum einen die Schaffung der erforderlichen gesetzlichen Grundlagen, um in solchen Notsituationen die Ausübung des Stimmrechts regional begrenzt im Wege der ausschließlichen Briefwahl zu ermöglichen. Es soll Vorsorge dafür getroffen werden, dass es krisenbedingt nicht zu einer Verletzung des verfassungsrechtlichen Prinzips der Periodizität von Landtagswahlen nach Artikel 83 Abs. 1 und 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz kommt. Aus diesem Grund soll die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium befugt werden, auf Antrag der Kreiswahlleiterin oder des Kreiswahlleiters eine ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen unter engen Tatbestandsvoraussetzungen anzuordnen. Da eine ausschließliche Briefwahl umfangreiche Ausführungsregelungen erfordert, soll zudem die Landesregierung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen.

Auch derzeit besteht die Möglichkeit, das Stimmrecht bei der Landtagswahl im Wege der Briefwahl auszuüben. So haben die Stimmberechtigten nach den geltenden Bestimmungen das Recht, an der Landtagswahl im Wahllokal (Präsenzwahl) oder im Wege der Briefwahl teilzunehmen. Die landeswahlrechtlichen Bestimmungen sehen dementsprechend die Ausübung des Stimmrechts durch Briefwahl auf Antrag vor. Nach den verfassungsrechtlichen Prinzipien soll die Wahl im Wahllokal (Präsenzwahl) jedoch der Regelfall sein, da bei ihr den Grundsätzen der geheimen und öffentlichen Wahl im besonderen Maße Rechnung getragen wird. Bei der Briefwahl ist hingegen die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen und die Integrität der Wahl ist nicht im gleichen Maße gewährleistet wie bei der Urnenwahl. Aus diesem Grund soll die Briefwahl die Ausnahme bleiben. Die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl wird folglich nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen nur als zulässig angesehen, wenn sie auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung stattfindet, die hierfür entsprechenden Tatbestandsvoraussetzungen normiert.

Die Stimmberechtigten sollen bei der ausschließlichen Briefwahl die Briefwahlunterlagen von Amts wegen übersandt oder überbracht bekommen. Sie können ihr Stimmrecht dann im Wege der Briefwahl ausüben. Die Durchführung der Wahl zum Landtag ausschließlich als Briefwahl dient dem Ziel, eine möglichst umfassende Wahlbeteiligung zu erreichen und damit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl Rechnung zu tragen. Sie ist gerechtfertigt, wenn eine Notsituation vorliegt, die das öffentliche Leben weitgehend zum Erliegen bringen und die Stimmabgabe in Wahlräumen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich machen wird. Die Gründe können beispielsweise infolge eines Hochwasser- oder Brandschadensereignisses oder bei strengen Ausgangssperren aufgrund eines Infektionsgeschehens infolge einer Pandemie gegeben sein.

Weiterhin soll den nicht privilegierten Wahlvorschlagsträgern die Einreichung ihrer Wahlvorschläge erleichtert werden, indem die Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge, Landeslisten und Bezirkslisten angemessen reduziert wird.

Durch die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen entstehen unmittelbar keine zusätzlichen Haushaltsausgaben. Falls jedoch die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter auf der Grundlage der gesetzlichen Regelung die Durchführung der Wahl regional begrenzt als ausschließliche Briefwahl anordnet, fallen zusätzliche Ausgaben insbesondere durch die Hin- und Rückbeförderung der Wahlbriefunterlagen und die Herstellung und Versendung von Informationsschreiben über die ausschließliche Briefwahl an.

Für Kommunalwahlen bestehen vergleichbare Regelungsbedürfnisse hinsichtlich der regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl wie für Landtagswahlen. Da es für Kommunalwahlen nicht nur allgemeine Wahltermine, sondern regelmäßig auch einzelne Wahltermine, insbesondere für die Wahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie von Landrätinnen und Landräten, gibt, ist die Gefahr, dass solche Wahlen von einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation betroffen sind, größer als bei einer Landtagswahl. Durch die Möglichkeit, die Wahl ausschließlich als Briefwahl durchzuführen, können Wahlabsagen nach § 65 a des Kommunalwahlgesetzes (KWG) vermieden werden. Vor diesem Hintergrund werden die für das Landeswahlgesetz vorgeschlagenen Neuregelungen – punktuell angepasst – auch für das Kommunalwahlgesetz vorgeschlagen. Die bei Kommunalwahlen entstehenden zusätzlichen Ausgaben trägt die kommunale Gebietskörperschaft, für die die Wahl durchgeführt wird.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Der neue § 34 Abs. 4 LWahlG trifft eine spezielle Regelung für die anstehende Wahl zum Landtag am 14. März 2021, in dem er die Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge reduziert. Damit soll den besonderen Umstände aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie Rechnung getragen werden.

Nach dem geltenden Landeswahlgesetz benötigen Wahlvorschlagsträger, die seit der letzten Wahl weder im Deutschen Bundestag noch im Landtag von Rheinland-Pfalz ununterbrochen mit einem eigenen Wahlvorschlag vertreten sind, für die Zulassung von Wahlvorschlägen für die Wahl zum Landtag den Nachweis von Unterstützungsunterschriften von im Zeitpunkt der Unterzeichnung stimmberechtigten Personen. Wahlkreisvorschläge müssen von mindestens 125 Stimmberechtigten des Wahlkreises, in den Fällen des § 25 Abs. 3 LWahlG von wenigstens 50 Stimmberechtigten des Wahlkreises, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein (§ 34 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 LWahlG). Für Wahlvorschlagsträger, die im Landtag oder im Deutschen Bundestag seit deren letzter Wahl ununterbrochen vertreten sind, gelten die Unterschriftenquoten nicht.

Das Bundesverfassungsgericht und ihm folgend die Verfassungsgerichtsbarkeit der Länder erkennen in ständiger Rechtsprechung an, dass Zulassungsbedingungen zur Wahl aufgestellt werden können und dass ein angemessenes Unterschriftenquorum bei der Einreichung von Wahlvorschlägen mit den Wahlrechtsgrundsätzen des Artikels 38 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG), insbesondere der formalen Wahlrechtsgleichheit und der Wettbewerbschancengleichheit der Parteien, sowie der Garantie des passiven Wahlrechts im Sinne der Artikel 21 Abs. 1 und 38 Abs. 2 GG vereinbar ist. Unterstützungsunterschriften sollen insbesondere sicherstellen, dass nur solche Wahlvorschläge eingereicht werden, die ernst zu nehmen sind (BVerfGE 82, 353, 364). Im Interesse der Durchführbarkeit der Wahlen muss zumindest eine gewisse Vermutung dafür bestehen, dass hinter jedem Wahlvorschlag in dem jeweiligen Kreis oder Land eine politische Gruppe steht, die sich mit diesem Vorschlag am Wahlkampf zu beteiligen wünscht, oder dass politisch Interessierte ihm ernsthaft die Chance einräumen wollen, die in der Beteiligung am Wahlkampf liegt (BVerfGE 4, 375, 382). Der Gesetzgeber hat jedoch stets die verfassungsrechtliche Legitimation des Unterschriftenerfordernisses und dessen Höhe im Blick zu halten und bei gravierenden Veränderungen der tatsächlichen Gegebenheiten oder wenn die mit der Regelung beabsichtigte Wirkung verfehlt wird, Korrekturen oder Änderungen vorzunehmen.

Im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl am 14. März 2021 liegen solche gravierende Veränderungen der tatsächlichen Gegebenheiten vor. Aktuell hat sich das Infektionsgeschehen in Rheinland-Pfalz drastisch verschärft. Es gelten strenge Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, um das Infektionsgeschehen durch die COVID-19-Pandemie einzudämmen und zu vermindern. Diese Gebote und Verbote erschweren den Wahlvorschlagsträgern die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften. Die Wahlkreisvorschläge mit der erforderlichen Zahl von Unterstützungsunterschriften müssen für die Landtagswahl am 14. März 2021 spätestens am 29. Dezember 2020 um 18 Uhr bei der zuständigen Kreiswahlleiterin oder dem zuständigen Kreiswahlleiter eingereicht werden (§ 36 LWahlG). Nach den derzeitigen Erkenntnissen ist nicht absehbar, dass die Wahlvorschlagsträger ohne Einschränkungen und Behinderungen in der noch verbleibenden Zeit die erforderlichen Unterstützungsunterschriften sammeln können.

Aus diesem Grund soll durch den neuen § 34 Abs. 4 LWahlG die Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die anstehende Wahl zum Landtag am 14. März 2021 angemessen reduziert werden. Anstelle von 125 Unterstützungsunterschriften muss der nicht privilegierte Wahlvorschlagsträger mindestens 50 Unterstützungsunterschriften von Stimmberechtigten des Wahlkreises für einen Wahlkreisvorschlag sammeln und einreichen.

Die Absenkung der Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften steht auch nicht im Widerspruch zum Grundsatz der formalen Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien. Die aktuelle COVID-19-Pandemie ist eine Notsituation, die die Reduzierung der Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften in einer besonderen Ausnahmesituation rechtfertigt. Zwar kann es bereits einige Wahlvorschlagsträger geben, die die notwendigen Unterstützungsunterschriften für ihre Wahlvorschläge gesammelt haben. Diese Wahlvorschlagsträger werden jedoch im Ergebnis nicht benachteiligt.

Zu Nummer 2

Für die anstehende Wahl zum Landtag am 14. März 2021 soll der neue § 35 Abs. 5 LWahlG im Gleichklang mit der beabsichtigten Absenkung der Zahl der Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge die Zahl der Unterstützungsunterschriften für Landeslisten und Bezirkslisten reduzieren. Das Bedürfnis für eine solche Reduzierung gilt angesichts der aktuellen Corona-Pandemie ebenso für Landeslisten und Bezirkslisten. Für die Landtagswahl am 14. März 2021 müssen Landeslisten und Bezirkslisten mit der erforderlichen Zahl von Unterstützungsunterschriften beim Landeswahlleiter spätestens – wie Wahlkreisvorschläge – am 29. Dezember 2020 um 18 Uhr eingereicht werden (§ 36 LWahlG). Auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 1 wird verwiesen.

Abweichend von § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 LWahlG muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jede Landesliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Landes, jede Bezirksliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Bezirks persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie es der Anzahl von Wahlkreisen im Lande, für Bezirkslisten im Bezirk, vervielfacht mit 10, entspricht (§ 35 Abs. 5 LWahlG). Damit wird die Zahl der Unterstützungsunterschriften im Vergleich zur Regelung gemäß § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 LWahlG auf ein Viertel reduziert. Da das Land in 52 Wahlkreise eingeteilt ist (§ 9 LWahlG), müssen für eine Landesliste anstelle von regulär 2080 Unterstützungsunterschriften nunmehr 520 Unterstützungsunterschriften eingereicht werden. Eine entsprechende Reduzierung erfolgt auch für Bezirkslisten. Beispielsweise sind für den Bezirk 1 – anstelle von 560 Unterstützungsunterschriften – 140 Unterstützungsunterschriften für die Einreichung einer entsprechenden Bezirksliste erforderlich, da dieser Bezirk 14 Wahlkreise umfasst.

Zu Nummer 3

In § 52 Abs. 3 Satz 1 LWahlG erfolgt eine redaktionelle Änderung. Durch das Neunte Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes (LWahlG) vom 3. Juni 2020 (GVBl. S. 240) wurde in § 59 LWahlG ein neuer Absatz 3 eingefügt. Der bisherige Absatz 3 wurde Absatz 4. Die Verweisung in § 52 Abs. 3 Satz 1 LWahlG ist daher entsprechend anzupassen.

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

Die Überschrift wird an den erweiterten Inhalt der Bestimmung angepasst.

Zu Buchstabe b

Der neu eingefügte § 88 Abs. 3 LWahlG enthält gesetzliche Bestimmungen, um im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl vorbereiten und durchführen zu können. Sie bestehen zum einen in einer Verordnungsermächtigung der Landesregierung zum Erlass der erforderlichen Regelungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl und einer Befugnis der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters zur Anordnung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl. Mit den Bestimmungen soll gewährleistet werden, dass in außergewöhnlichen Notsituationen die Wahl zum Landtag ordnungsgemäß und rechtssicher im Wege einer ausschließlichen Briefwahl durchgeführt werden kann. Die beiden Bestimmungen ergänzen sich und sind nur im Zusammenhang anzuwenden. Die Voraussetzungen für die Anordnung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl und das dann anzuwendende Wahlverfahren sollen damit eindeutig und landeseinheitlich geregelt werden.

§ 88 Abs. 3 Satz 1 LWahlG ermächtigt die Landesregierung, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für Fälle einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen.

Die Rechtsverordnung kann unabhängig von einer konkreten Gefahrenlage erlassen werden. Der vorherige Erlass der Rechtsverordnung ist auch erforderlich, da eine ordnungsgemäße und rechtssichere Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl umfangreiche Ausführungsregelungen erfordert. Zwar besteht bereits derzeit die Möglichkeit, das Stimmrecht bei der Landtagswahl im Wege der Briefwahl auszuüben. So haben die Stimmberechtigten nach den geltenden Bestimmungen das Recht, an der Landtagswahl im Wahllokal (Präsenzwahl) oder im Wege der Briefwahl teilzunehmen. Die landeswahlrechtlichen Bestimmungen sehen dementsprechend die Ausübung des Stimmrechts durch Briefwahl auf Antrag vor. Zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl sind jedoch ergänzende und abweichende Bestimmungen erforderlich. Auf der Grundlage der Verordnungsermächtigung gemäß § 88 Abs. 3 Satz 1 LWahlG ist beabsichtigt, insbesondere folgende Regelungen zu erlassen:

- Verfahren zur Ausübung des Stimmrechts ausschließlich im Wege der Briefwahl,
- Erteilung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen von Amts wegen,
- Bildung von Briefwahlvorständen anstelle von Wahlvorständen,
- Bekanntmachung über die ausschließliche Briefwahl,
- Information der Stimmberechtigten über die Stimmabgabe im Wege der ausschließlichen Briefwahl,
- Ermittlung des Wahlergebnisses durch die Briefwahlvorstände am Wahlabend.

Beim Erlass der Rechtsverordnung ist zu berücksichtigen, dass die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl für einzelne Stimmbezirke oder Wahlkreise auch noch kurzfristig vor dem Wahltermin möglich sein soll. Deshalb wird es erforderlich sein, in der Rechtsverordnung auch Regelungen für ein vereinfachtes ausschließliches Briefwahlverfahren vorzusehen.

§ 88 Abs. 3 Satz 1 und 2 LWahlG enthält jeweils die Begriffe einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation. Die Begriffe entsprechen den Tatbestandsvoraussetzungen des § 65 a KWG, der die Absage und Neuwahl von Wahlen der Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Landrätinnen, Landräte, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher regelt. Die Regelung ist infolge der Auswirkungen der im Frühjahr 2020 aufgetretenen COVID-19-Pandemie durch das Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer Vorschriften vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 297) in das Kommunalwahlgesetz eingefügt worden.

Die zu erlassende Rechtsverordnung der Landesregierung findet nur Anwendung, wenn die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter eine ausschließliche Briefwahl nach § 88 Abs. 3 Satz 2 LWahlG anordnet. Regelungsinhalt der Anordnung ist die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen.

Falls die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter eine ausschließliche Briefwahl anordnet, entfällt für die Stimmberechtigten die Möglichkeit, im Wahlraum ihres Stimmbezirks zu wählen. Da die Wahl im Wahllokal jedoch als Regelfall vorgesehen ist, darf die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl nur unter eng begrenzten gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen erfolgen. Damit soll den verfassungsrechtlichen Vorgaben für eine Briefwahl Rechnung getragen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 9. Juli 2013 (BVerfGE 134, 25, 30 f.) grundsätzlich zur Zulässigkeit der Briefwahl Stellung genommen. Bei der Briefwahl sei die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen und die Integrität der Wahl nicht im gleichen Maße gewährleistet wie bei der Urnenwahl. Die Zulassung der Briefwahl diene aber dem Zweck, eine möglichst umfassende Wahlbeteiligung zu erreichen und damit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl Rechnung zu tragen. Der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl stelle – jedenfalls im Zusammenhang

mit der Briefwahl – eine zu den Grundsätzen der Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl gegenläufige verfassungsrechtliche Grundentscheidung dar, die grundsätzlich geeignet ist, Einschränkungen anderer Grundentscheidungen der Verfassung zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang sei es zwar Sache des Gesetzgebers, bei der Ausgestaltung des Wahlrechts die kollidierenden Grundentscheidungen einem angemessenen Ausgleich zuzuführen. Dabei müsse er jedoch dafür Sorge tragen, dass keiner der Wahlrechtsgrundsätze unverhältnismäßig eingeschränkt oder in erheblichem Umfang leer zu laufen droht.

Unter Berücksichtigung dieser verfassungsrechtlichen Vorgaben kann die Durchführung einer Wahl als ausschließliche Briefwahl nur auf der Grundlage einer gesetzlichen Bestimmung erfolgen. Sie ist gerechtfertigt, um in einer Notsituation den Stimmberechtigten die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen und damit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl Rechnung zu tragen. Falls die im neuen § 88 Abs. 3 Satz 2 LWahlG beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, besteht die konkrete Gefahr, dass es zu einer Verletzung des Prinzips der Periodizität der Landtagswahl sowie in der Folge zu einer erheblichen Störung des Verfassungslebens und der demokratischen Legitimationszusammenhänge kommt. Diese besonderen Umstände rechtfertigen eine Einschränkung anderer Grundentscheidungen der Verfassung. Der Landesgesetzgeber hat durch die gesetzlichen Bestimmungen sicherzustellen, dass diese anderen Grundentscheidungen soweit wie möglich Beachtung finden.

Nach § 88 Abs. 3 Satz 2 LWahlG kann die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium die Anordnung über die Durchführung der ausschließlichen Briefwahl auf Antrag der Kreiswahlleiterin oder des Kreiswahlleiters treffen, wenn die Tatbestandsvoraussetzungen der Bestimmung vorliegen. Die gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen müssen dabei kumulativ gegeben sein.

Die Anordnung darf frühestens 45 Tage vor dem Wahltag erfolgen. Mit der Frist soll den divergierenden Belangen bei der Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl Rechnung getragen werden. Durch die Zeitnähe zum Wahltag soll im Interesse des Rechtsstaatsprinzips gewährleistet werden, dass eine gesicherte Prognose abgegeben werden kann, ob am Wahltag die gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen für eine ausschließliche Briefwahl vorliegen. Die Prognoseentscheidung muss dabei auf der Grundlage der bisherigen Briefwahl vorliegen. Die Prognoseentscheidung muss dabei auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung getroffen werden. Auf der anderen Seite soll die Regelung sicherstellen, dass auch bei einer ausschließlichen Briefwahl sämtliche Stimmberechtigten ohne Schwierigkeiten und zeitlichen Druck ihr Stimmrecht ausüben können. Hierbei sind wahlpraktische Erwägungen und Zeitabläufe zu beachten. Den Gemeindeverwaltungen ist ein angemessener Zeitraum zur Verfügung zu stellen, um die ausschließliche Briefwahl ordnungsgemäß und rechtssicher durchführen zu können. Im Einzelnen haben die betroffenen Gemeindeverwaltungen nach der Erstellung der Wählerverzeichnisse (spätestens 42 Tage vor dem Wahltag) die Wahlscheine für sämtliche Stimmberechtigten auszudrucken, die Stimmzettel in die Stimmzettelumschläge zu kuvertieren, die Briefwahlunterlagen zu adressieren und von Amts wegen an die Stimmberechtigten zu übersenden oder zu überbringen. Die Stimmberechtigten benötigen ausreichend Zeit, den Stimmzettel und Wahlschein auszufüllen und die Briefwahlunterlagen rechtzeitig an eine der zuständigen Stellen zurückzusenden. Dabei sind die Beförderungszeiten für die Briefwahlunterlagen zu berücksichtigen.

Die Regelung der 45 Tage-Frist eröffnet der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter einen gewissen zeitlichen Gestaltungsspielraum, um abhängig von der konkreten Gefahrenlage entscheiden zu können, wann eine ausschließliche Briefwahl angeordnet werden soll. Je nach dem Zeitpunkt der Anordnung soll dann ein abgestuftes Verfahren zur Durchführung der ausschließlichen Briefwahl erfolgen. Das jeweilige Verfahren soll in der noch zu erlassenden Rechtsverordnung geregelt werden.

Maßgebend für die Ausgestaltung des anzuwendenden Verfahrens ist dabei, welcher Zeitraum noch bis zum Wahltag zur Verfügung steht. Je weniger Zeit gegeben ist, desto einfacher muss das Verfahren unter Beachtung der zwingenden Vorgaben gestaltet werden. Sofern bereits 45 Tage vor dem Wahltag die Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl erfolgt, soll beispielsweise im Interesse der Transparenz des Wahlverfahrens bestimmt werden, dass sämtliche Stimmberechtigten frühzeitig durch ein Informationsschreiben über die ausschließliche Briefwahl informiert werden. Wird hingegen die ausschließliche Briefwahl drei oder zwei Wochen vor dem Wahltag angeordnet, müsste wegen des Zeitablaufs auf ein solches Informationsschreiben für die Stimmberechtigten verzichtet werden.

Nach § 88 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 LWahlG ist Voraussetzung, dass das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird. Dies kann beispielsweise bei strikten Ausgangssperren der Fall sein, nach denen Schulen, Kindergärten, Geschäfte und Lokale geschlossen werden müssen.

Ferner wird nach § 88 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 LWahlG vorausgesetzt, dass die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, bestimmt sich im Einzelfall in einer Gesamtschau nach objektiven Kriterien. Tatsächliche Unmöglichkeit kann gegeben sein, wenn beispielsweise infolge eines Hochwasser- oder Brandschadensereignisses die Stimmberechtigten das Wahllokal nicht mehr aufsuchen können. Rechtliche Unmöglichkeit kann bei strikten Ausgangssperren infolge einer Pandemie zu bejahen sein. Bei einem Ereignis wie der aktuellen COVID-19-Pandemie ist in erster Linie die konkrete epidemiologische Lage in dem betroffenen Gebiet maßgebend. Die epidemiologische Lage muss quantitativ und qualitativ dargelegt werden. Die epidemiologische Kennziffer der Infizierten ist dabei allein nicht ausschlaggebend.

§ 88 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 LWahlG setzt voraus, dass die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis möglich ist. Damit eine ausschließliche Briefwahl stattfinden kann, benötigen die Gemeindeverwaltungen einen angemessenen Zeitraum, um die umfangreichen organisatorischen und wahlpraktischen Maßnahmen vorbereiten und durchführen zu können. Insbesondere bei Naturkatastrophen oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen kann es aber zu plötzlichen, nicht vorhersehbaren Gefahrenlagen kommen, die dazu führen, dass auch die ausschließliche Briefwahl aus wahlpraktischen Anforderungen und zeitlichen Gründen nicht durchgeführt werden kann. Es scheidet dann die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl aus.

In diesen Fällen kann die Durchführung einer Nachwahl in Betracht kommen. Nach § 51 Abs. 1 Nr. 1 LWahlG findet eine Nachwahl statt, wenn in einem Wahlkreis oder in einem Stimmbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist. Sie soll in diesem Fall spätestens drei Wochen nach der ausgefallenen Hauptwahl stattfinden (§ 51 Abs. 2 Satz 1 LWahlG). Mit der Möglichkeit der Nachwahl soll auf unvorhergesehene unbeeinflussbare Ereignisse angemessen und flexibel reagiert werden können. Die Nachwahl kommt jedoch nur als nachrangige Möglichkeit in Betracht, da gravierende Nachteile mit ihr verbunden sind. Die von der Nachwahl betroffenen Stimmberechtigten können in Kenntnis des Wahlausgangs der Hauptwahl – insbesondere bei knappen Wahlentscheidungen – durch taktisches Stimmabgabeverhalten das Wahlergebnis stärker beeinflussen als die übrige Wählerschaft. Ferner besteht durch die Soll-Vorschrift gemäß § 51 Abs. 2 Satz 1 LWahlG nur ein Zeitraum von drei Wochen zur Verfügung, in dem die Nachwahl durchgeführt werden soll.

Die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl steht im Ermessen der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters. Bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit hat sie oder er zu ermitteln und darzulegen, ob es wirksame, aber weniger einschneidende Mittel als die Anordnung einer

ausschließlichen Briefwahl gibt. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass sich das Ermessen bei Vorliegen bestimmter Tatbestandsvoraussetzungen zu einer gebundenen Entscheidung reduzieren kann.

Nach § 88 Abs. 3 Satz 3 LWahlG hat die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl unverzüglich öffentlich bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt nach § 88 Abs. 1 Satz 1 bis 3 der Landeswahlordnung.

Der neu eingefügte § 88 Abs. 4 LWahlG bestimmt, dass die Bestimmungen über die ausschließliche Briefwahl für Wahlen entsprechend für Volksentscheide gelten.

Zu Nummer 5

Anpassung des Inhaltsverzeichnisses.

Zu Artikel 2

Zu Nummer 1

Die Überschrift wird an den erweiterten Inhalt der Bestimmung angepasst.

Zu Nummer 2

Für Kommunalwahlen bestehen im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation vergleichbare Regelungsbedürfnisse wie bei Landtagswahlen. Nach den geltenden kommunalwahlrechtlichen Bestimmungen erfolgt bei Kommunalwahlen die Stimmabgabe im Regelfall in Wahlräumen durch Einwurf des Stimmzettels in die Wahlurne. Als Ausnahme ist die Stimmabgabe im Wege der Briefwahl möglich; sie setzt jedoch die Beantragung eines Wahlscheins voraus (§ 14 KWG).

Um im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Ausübung des Wahlrechts im Wege der ausschließlichen Briefwahl zu ermöglichen, ist beabsichtigt, die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen im Kommunalwahlgesetz zu schaffen. Der neue § 76 Abs. 3 Satz 1 KWG soll das fachlich zuständige Ministerium ermächtigen, durch eine Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Die Regelung entspricht weitgehend dem § 88 Abs. 3 Satz 1 LWahlG. Abweichend soll bei Kommunalwahlen nicht die Landesregierung, sondern das fachlich zuständige Ministerium die Rechtsverordnung erlassen.

Nach § 76 Abs. 3 Satz 2 KWG kann die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium auf Antrag der zuständigen Wahlleiterin oder des zuständigen Wahlleiters in einzelnen Stimmbezirken oder kommunalen Gebietskörperschaften die ausschließliche Briefwahl unter eng bestimmten Tatbestandsvoraussetzungen anordnen.

Der neue § 76 Abs. 4 KWG schafft die Möglichkeit, Bürgerentscheide ausschließlich im Wege der Briefabstimmung nach den für Wahlen festgelegten Regelungen durchzuführen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 4 verwiesen.

Zu Nummer 3

Anpassung des Inhaltsverzeichnisses.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. Ferner wird festgelegt, dass die Bestimmungen über Unterstützungsunterschriften mit Ablauf des Wahltags für die Wahl des 18. Landtags am 14. März 2021 außer Kraft treten.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
der CDU:
Martin Brandl

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

**LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ**

Ihr Standort: Dokumentsuche » Anzeige

Anzeige

Vollanzeige

**Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Kommunalwahlgesetzes
Gesetzentwurf SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 05.11.2020 Drs 17/13562
(15 S.)**

Zugang: öffentlich
gehört zum Vorgang:

Landeswahlgesetz

Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Kommunalwahlgesetzes

Art. 1 Änderung des Landeswahlgesetzes: § 34 Absenkung der Zahl der
Unterstützungsunterschriften auf 50 Stimmberechtigte pro Wahlkreis,
Gesetzentwurf SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 05.11.2020
Drucksache 17/13562 (15 S.)

dazu: Innenausschuss 26.11.2020 Vorlage 17/7596

1. Beratung Plenarsitzung 17/113 (Beschlussprotokoll) 11.11.2020
Überweisung: InnenA (fdf), RA

Ausschusssitzung Innenausschuss 17/59 (Teil 2) 26.11.2020 (öffentlich per
Videokonferenz)

Ausschusssitzung Rechtsausschuss 17/56 10.12.2020 S. 21 (öffentlich per
Videokonferenz)

Beschlussempfehlung Innenausschuss 10.12.2020 Drucksache 17/13852

2. Beratung Plenarsitzung 17/115 (Beschlussprotokoll) 15.12.2020
* Annahme gem. Drs 17/13852

GVBl 2020 Nr 48 S. 730 (LG vom 17.12.2020)



**Landesgesetz
zur Änderung des Landeswahlgesetzes und
des Kommunalwahlgesetzes
Vom 17. Dezember 2020**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Landeswahlgesetz in der Fassung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Juni 2020 (GVBl. S. 240), BS 1110-1, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 34 wird folgender Absatz 4 angefügt:
„(4) Abweichend von § 34 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jeder Wahlkreisvorschlag von mindestens 50 Stimmberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.“
2. Dem § 35 wird folgender Absatz 5 angefügt:
„(5) Abweichend von § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jede Landesliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Landes, jede Bezirksliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Bezirks persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie es der Anzahl von Wahlkreisen im Lande, für Bezirkslisten im Bezirk, vervielfacht mit 10, entspricht.“
3. In § 52 Abs. 3 Satz 1 wird die Verweisung „§ 59 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 59 Abs. 4 Satz 2“ ersetzt.
4. § 88 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.
 - b) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:
„(3) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des Kreiswahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass
 1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
 2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
 3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis möglich sein wird.
 Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Volksentscheiden.“

5. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 2

Das Kommunalwahlgesetz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 297), BS 2021-1, wird wie folgt geändert:

§ 76 wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.
2. Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:
„(3) Das fachlich zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des zuständigen Wahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder kommunalen Gebietskörperschaften frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass
 1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
 2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
 3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft möglich sein wird.
 Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.
- (4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Bürgerentscheiden.“
3. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nr. 1 und 2 tritt mit Ablauf des 14. März 2021 außer Kraft.

Mainz, den 17. Dezember 2020
Die Ministerpräsidentin
Malu Dreyer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	BÄTGE	PROF. DR. FRANK
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Eing-Scheffler-Str. 4 51103 Köln
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Professor im öffentlichen Recht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	siehe Zitiervorgang am Ende meiner Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Köln, 5.1.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

PROF. DR. FRANK BÄTGE

Hochschule für Polizei und öffentliche
Verwaltung Nordrhein-Westfalen

THÜR. LANDTAG POST
05.01.2021 11:39

190/2021

An den
Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Per Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Datum: 5. Januar 2021

Stellungnahme

zum Entwurf des Thüringer Gesetzes für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften (ThürVorNWDG 2021)

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/2043 -

- Öffentliche Anhörung des Innen- und Kommunalausschusses am 19. Januar 2021, 10:00 Uhr

I. Vorbemerkung

Die Neuwahl des Thüringer Landtages wird nach Art. 50 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen vorzeitig durchgeführt, wenn der Landtag seine Auflösung mit der Mehrheit von zwei Drittel seiner Mitglieder auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder beschließt. Erfolgt ein solcher Beschluss, so muss nach Art. 50 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung die vorzeitige Neuwahl innerhalb 70 Tagen stattfinden.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen gesetzliche Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass die für den 25. April 2021 angestrebte vorzeitige Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag unter den Bedingungen einer Pandemiesituation rechtssicher ausgestaltet und durchgeführt werden kann. Das Gesetz soll nur für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 gelten.

II. Wesentlicher Inhalt und Zielrichtung

Der Gesetzentwurf sieht im Wesentlichen folgende Maßnahmen vor, um die für den 25. April 2021 avisierte vorzeitige Durchführung der Neuwahl unter Pandemiebedingungen rechtssicher auszugestalten:

- Häftige Absenkung der erforderlichen Quoren für erforderliche Unterstützungsunterschriften bei Wahlvorschlägen von Parteien (§ 2 Abs. 1 ThürVorNWDG 2021);
- Wahrung von Mitgliedschaftsrechten bei der Wahl der Parteibewerber*innen auch ohne physische Präsenz in Aufstellungsversammlungen durch Vorstandsbeschluss ohne Satzungsermächtigung (§ 2 Abs. 2 ThürVorNWDG 2021);
- Wahl der Parteibewerber*innen ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation mit Schlussabstimmung per Briefwahl oder in der Form der Briefwahl ohne Präsenz-Aufstellungsversammlungen auch ohne Satzungsermächtigung, wenn die Durchführung einer Präsenz-Aufstellungsversammlung aufgrund der örtlichen Pandemiesituation nicht möglich ist bzw. ein wesentlicher Mitgliederteil das Wahlrecht andernfalls nicht ausüben könnte (§ 2 Abs. 3 ThürVorNWDG 2021);
- Verlängerung der Wahlzeit um zwei Stunden bis 20 Uhr (§ 3 ThürVorNWDG 2021);
- Pflicht der Gemeinden zur Erstellung eines Infektionsschutzkonzeptes bei der Einrichtung der Wahlräume und für die Durchführung der Wahlhandlung mit Unterstützung der Gesundheitsbehörden sowie Verpflichtung der Wahlberechtigten zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung (§ 4 ThürVorNWDG 2021);
- Ermächtigung des Landeswahlausschusses zur Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl im gesamten Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes (§ 5 Abs. 1 ThürVorNWDG 2021); Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes (§ 5 Abs. 2 ThürVorNWDG 2021); Feststellungsbefugnis des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes durch Landtag, wenn das gesamte Wahlgebiet betroffen ist; im Übrigen durch Landesregierung im Einvernehmen mit Gesundheitsausschuss (§ 5 Abs. 3 ThürVorNWDG 2021).

III. Prüfung und Bewertung der beabsichtigten Regelungen

Die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen sollen nachfolgend einer Prüfung und Bewertung unterzogen werden. Sofern dies aus meiner Sicht erforderlich ist, habe ich mir erlaubt, an entsprechenden Stellen alternative Regelungsvorschläge für die weitere Beratung zu unterbreiten.

1. Zur hälftigen Absenkung der Quoren für Unterstützungsunterschriften (§ 2 Abs. 1 Thür-VorNWDG 2021)

Die hälftige Absenkung der Quoren für erforderliche Unterstützungsunterschriften von Wahlschlägen (Wahlkreisvorschläge und Landeslisten) für Parteien im Sinne des § 20 Abs. 2 Satz 1 Thüringer Wahlgesetz für den Landtag (ThürLWG) wird meines Erachtens den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht. Es ist aber aufgrund des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Bewerber*innen erforderlich, dass diese Absenkung des Quorums für Unterstützungsunterschriften ausgeweitet wird für andere Wahlkreisvorschläge im Sinne des § 23 Abs. 3 ThürLWG.

Das grundsätzliche Erfordernis einer gewissen Zahl von Unterschriften für die Einreichung gültiger Wahlvorschläge nicht etablierter Parteien bzw. neuerer Bewerber*innen ist vom Bundesverfassungsgericht verfassungsrechtlich anerkannt.¹ Es dient dazu, den Wahlakt auf ernsthaft Kandidierende zu beschränken, dadurch das Stimmgewicht der einzelnen Wählerstimmen zu sichern und so indirekt der Gefahr der Stimmenzersplitterung vorzubeugen. Die Zahl der Unterschriften darf allerdings nur so hoch angesetzt werden, wie es für die Erreichung dieses Zwecks erforderlich ist. Sie darf der Wählerentscheidung möglichst nicht vorgreifen und nicht so hoch sein, dass neuere Bewerber*innen die Teilnahme an der Wahl praktisch unmöglich gemacht oder übermäßig erschwert wird.

Insoweit ist davon auszugehen, dass die Beibringung der notwendigen Unterstützungsunterschriften für die davon betroffenen Parteien sowie für (andere) Wahlkreisbewerber*innen im Sinne des § 23 Abs. 3 ThürLWG, die nicht die Parteieigenschaft haben, mit größeren Schwierigkeiten verbunden ist als im Normalfall. Zum einen steht ihnen aufgrund der verfassungsrechtlichen Siebzigtages-Frist des Art. 50 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen einer kürzerer Zeitraum für die Unterschriftensammlung zur Verfügung. Das OVG Thüringen hat hierzu zudem mit Beschluss vom 29.10.2020² entschieden, dass Wahlvorschlagsträger jedenfalls vor dem Auflösungsbeschluss des Landtages weder vom Landeswahlleiter noch vom Thüringer Innenministerium die Herausgabe der amtlichen Unterschriftenformulare für eine künftige Landtagswahl im Freistaat Thüringen verlangen können.

Zum anderen ist zu berücksichtigen, dass auch die Sammlung der Unterstützungsunterschriften an sich durch weiter bestehenden Kontaktbeschränkungen und Abstandsregelungen erschwert ist. Es dürften sich deutlich weniger Menschen in der Öffentlichkeit aufhalten als sonst und außerdem mag die Bereitschaft, in der Öffentlichkeit oder an der eigenen Haustür mit unbekannten Mitmenschen in Kontakt zu treten, aus Angst von einer Infektion reduziert

¹ BVerfG, Beschlüsse vom 23.3.1982 – 2 BvL 1/81 –, juris, Rn. 26; vom 17.10.1990 – 2 BvE 6/90, 7/90 –, juris, Rn. 34 und vom 12.10.2004 – 1 BvR 2130/98 –, juris, Rn. 77.

² Beschluss vom 29.10.2020 – 3 EN 601/20 –, juris.

sein. Vor dem Hintergrund der damaligen Pandemielage in Nordrhein-Westfalen hat der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen in seiner Entscheidung vom 30.6.2020³ die Absenkung der notwendigen Unterstützungsunterschriften bei den Kommunalwahlen auf 60% der gesetzlichen Quoren für verfassungsrechtlich legitim betrachtet. Vieles spräche nach Ansicht des Gerichts sogar für eine dahingehende verfassungsrechtliche Pflicht.

Unter Berücksichtigung der für die Unterschriftensammlung bei der Landtagswahl in Thüringen zur Verfügung stehenden Zeit und der anhaltend verschärften Pandemielage halte ich daher eine Reduzierung der Unterschriftenquoten auf 50% für angemessen.

Diese Reduzierung darf allerdings nicht nur Parteien zugutekommen, wie es der Gesetzentwurf derzeit noch vorsieht. Es ist vielmehr aufgrund des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Bewerber*innen erforderlich, dass diese Absenkung des Quorums für Unterstützungsunterschriften ausgeweitet wird für andere Wahlkreisvorschläge von Wahlberechtigten im Sinne des § 20 Abs. 1 in Verbindung mit § 22 Abs. 3 ThürLWG. Zwar müssen die dort genannten anderen Wahlvorschläge von Wahlberechtigten nicht in Aufstellungsversammlungen aufgestellt werden, allerdings gelten auch für diese die geschilderten Erschwernisse bei der Sammlung von Unterstützungsunterschriften. Der Grundsatz der Chancengleichheit verlangt, dass nicht nur jeder Partei, sondern auch einzelne oder Gruppen von Wahlbewerber*innen die gleichen Möglichkeiten im gesamten Wahlverfahren und damit gleiche Chancen bei der Verteilung der Sitze eingeräumt werden.⁴ Er gilt also nicht für den Wahlvorgang selbst, sondern auch für dessen Vorfeld.⁵ In den Wahlkreisen dürfen Wahlvorschläge für die Landtagswahl nicht nur von Parteien, sondern auch von Wahlberechtigten eingereicht werden (§ 20 Abs. 1 in Verbindung mit § 22 Abs. 3 ThürLWG). Der Staat darf die Wettbewerbslage zwischen den Bewerbungen auf Wahlkreisebene nicht erheblich verändern. Dies wäre aber der Fall, wenn für Wahlkreisvorschläge von Parteien eine Absenkung auf 125 Unterschriften gelte, während andere Wahlkreisvorschläge die doppelte Anzahl von Unterstützungsunterschriften bedürften. Das Erfordernis von Aufstellungsversammlungen seitens der Partei und damit einhergehende zeitliche Verzögerungen rechtfertigen wegen der dargestellten allgemeinen Schwierigkeiten bei der Unterschriftensammlung kein doppelt so hohes Quorum.

2. Zu den Regelungen über die Durchführung der Aufstellungsversammlungen (§ 2 Abs. 2 und Abs. 3 ThürVorNWDG 2021)

Die Aufstellung der Bewerber*innen ist ein wesentlicher Teil der nichtamtlichen Wahlvorbereitung durch die wahlvorschlagsberechtigten Parteien. Sie bildet die Nahtstelle zwischen den von den Parteien weitgehend autonom zu gestaltenden Angelegenheiten ihrer inneren Ordnung und dem auf die Staatsbürger*innen bezogenen Wahlrecht. Aus dem Grundsatz der innerparteilichen Demokratie im Sinne des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG folgt, dass die Aufstellung von Kandidaten*innen für Volksvertretungswahlen nach bestimmten Mindestregeln einer de-

³ Az. 63/20.VB-2, juris, Rn. 47

⁴ BVerfG, Urteil vom 26.2.2014 – 2 BvE 2/13 –, juris, Rn. 50.

⁵ BVerfG, Beschluss vom 21.6. 1988 – 2 BvR 638/84 –, juris, Rn. 29.

mokratischen Wahl von statten gehen muss. Wird hiergegen verstoßen, so führt dies zur Zurückweisung eines entsprechenden Wahlvorschlages.⁶ Verstöße gegen das Satzungsrecht der Parteien im Übrigen außerhalb des Kernbestandes einer demokratischen Wahl sind hingegen wahlrechtlich grundsätzlich ohne Bedeutung.⁷

Zum Kernbestand an demokratischen Grundsätzen für das Aufstellungsverfahren der Parteien gehören die Teilnahmemöglichkeit aller wahlberechtigten Mitglieder bzw. Delegierten, das freie Vorschlagsrecht der Mitglieder, die zeitliche angemessene Vorstellung von Programm und der sich bewerbenden Personen, die geheime Wahl sowie ein demokratisches Wahlsystem.⁸

Die Rechtsliteratur⁹ geht bislang grundsätzlich davon aus, dass der demokratische Wahlvorgang der Bewerberaufstellung in den Mitglieder- oder Vertreterversammlungen aufgrund eines freien Meinungs- und Informationsaustausches unter Anwesenden erfolgt. Auch das Bundesverfassungsgericht legt Wert darauf, dass sich die Aufstellung der sich Bewerbenden in einer Versammlung mit persönlicher Vorstellung der Kandidaten*innen sowie in Rede und Gegenrede vollzieht.¹⁰ Dabei soll sichergestellt werden, dass jedes wahlberechtigte Mitglied einen Vorschlag unterbreiten darf, die Bewerber*innen sich mit ihrem Programm vorstellen – hier ggf. Rückfragen gestellt werden – und eine geheime Wahl erfolgt. Die Wahl an sich kann durch die Bewerbung unterschiedlicher Personen beispielsweise in einer Kampfabstimmung erfolgen. Für diesen Listenplatz oder für die Wahlkreiskandidatur muss dann eine gezielte Abstimmung durchgeführt werden. Je nach diesem Ergebnis sind weitere Abstimmungen erforderlich, wenn die unterlegende Person für die nächsten Plätze kandidieren will, für die bereits Bewerbungen vorliegen.¹¹ In allen Fällen muss eine geheime Wahl sichergestellt werden.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben sind die Regelungen in § 2 Abs. 2 und Abs. 3 des Gesetzesentwurf wie folgt zu bewerten:

- Aufgrund des Regelfalles einer Präsenz-Aufstellungsversammlung für den Kernbestand einer demokratischen Wahl, sollte eine Ausnahme hiervon nur nach Abwägung mit vorrangigen verfassungsrechtlichen Schutzgütern erfolgen. Hierzu reicht m.E. die in § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWDG 2021 verwandte Formulierung aus: „wenn die Durchführung von Versammlungen...aufgrund der örtlichen Pandemiesituation nicht möglich oder zu erwarten ist, dass aufgrund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Mitglieder ihr Wahlrecht anderenfalls nicht ausüben können“. Anderenfalls wäre nämlich gar keine Aufstellungsversammlung möglich, die den Grundsätzen der Allgemeinheit der Wahl (Art. 38 Abs. 1 GG) und des Schutzes von Leib und Leben der Mitglieder (Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) gerecht werden würde.

⁶ Grundlegend: BVerfG, Beschluss vom 20.10.1993 – 2 BvC 2/91 –, juris.

⁷ BVerfG, Beschluss vom 20.10.1993 – 2 BvC 2/91 –, juris, LS. 2.

⁸ Lenski, Parteiengesetz und Recht der Kandidatenaufstellung, 2011, § 21 BWahlG, Rn. 10 f., 48-57.

⁹ Vgl. etwa Hahlen in Schreiber, BWG, § 21 Rn. 16; Danzer, Wahlrechtliche Folgen der Corona-Pandemie, KommPWahlen 2020, 15 ff.; ders., Wahlrecht auf dem Ordnungswege?, KommPWahlen 2020, 54, 56.

¹⁰ BVerfG, Beschluss vom 20.10.1993 – 2 BvC 2/91 –, juris.

¹¹ Vgl. hierzu im Einzelnen Danzer, KommPWahlen 2020, 54, 57.

- Die Ermöglichung der in § 2 Abs. 2 ThürVorNWVG 2021 vorgesehenen „hybriden“ Aufstellungsversammlung, die auch nicht physisch anwesenden Parteimitgliedern Stimmabgabemöglichkeiten bei der Aufstellung der Bewerber*innen ermöglicht, unterliegt außer einem Beschluss des Vorstandes keinen weiteren Voraussetzungen. Dies erscheint mir vor dem Hintergrund des dargestellten rechtlichen Regelmodells der (vollständigen) Präsenz-Aufstellungsversammlung nicht hinreichend rechtssicher. Es kann sich vielmehr anbieten, die in § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWVG 2021 ausgeführte Bedingungen für das ausnahmsweise Absehen einer Präsenz-Aufstellungsversammlung gleichermaßen auch für die ausnahmsweise Ermöglichung einer Hybrid-Aufstellungsversammlung vorzusehen.
- Aufgrund des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der geheimen Wahl ist bei einer Wahl im Wege der elektronischen Abstimmung der in § 2 Abs. 3 Satz 2 ThürVorNWVG 2021 vorgesehene Vorbehalt der Schlussabstimmung in geheimer Abstimmung per Briefwahl bedeutsam. Eine Briefwahl mit Vergabe eines Wahlscheines unter Zugrundelegung einer eidesstattlichen Versicherung gewährleistet das Wahlgeheimnis.¹² Die Abstimmung in der Form der Briefwahl ist jedoch im Gesetzentwurf nur für den Fall der Wahl im Wege der elektronischen Kommunikation im Sinne des § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWVG 2021 beim Ausfall einer Präsenz-Aufstellungsversammlung, nicht hingegen bei der Ausübung des Stimmrechts nicht anwesender Mitglieder im Falle einer hybriden Aufstellungsversammlung im Sinne des § 2 Abs. 2 ThürVorNWVG 2021 vorgesehen. Auch für diesen Fall muss aber die geheime Wahl nicht anwesender Mitglieder gewährleistet sein.
- § 2 Abs. 2 und Abs. 3 ThürVorNWVG 2021 sehen Wahlen im Wege der elektronischen Kommunikation vor, wobei nach Abs. 3 für diesen Fall eine Schlussabstimmung per Briefwahl durchzuführen ist. Nicht näher ausgestaltet werden die Anforderungen an die elektronische Kommunikation. Insbesondere wenn diese zu wesentlichen Entscheidungen führen soll, wie etwa hinsichtlich des Wahlverfahrens oder der Vorauswahl von Bewerber*innen, muss die rechtssichere Ausgestaltung des Wahlverfahrens gewährleistet sein. In der Rechtsliteratur¹³ wird darauf hingewiesen, dass auch „Vorwahlen“, die eine Grundlage für die Schlussabstimmung bilden, geheim durchgeführt werden müssen. Aus meiner Sicht hat der Gesetzgeber nähere Anforderungen an Wahlen im Wege der elektronischen Kommunikation zu regeln, wenn er diese rechtsverbindlich gestattet. Hierfür kann sich zumindest eine Bindung an die Wahlrechtsgrundsätze empfehlen, andere Gesetzgeber haben für die Wahlen von Selbstverwaltungsgremien sogar eigene Online-Wahlordnungen normiert.¹⁴

¹² BVerfG, Beschluss vom 9.7.2013 – 2 BvC 7/10 –, KommPWahlen 2013, 77 mit Anm. Bätge.

¹³ Danzer, KommPWahlen 2020, 54, 57.

¹⁴ Vgl. etwa für Sozialversicherungswahlen die Online-Wahlordnung des Bundes (<https://www.buzer.de/Online-Wahl-Verordnung.htm>) und für Hochschulwahlen NRW die Online Wahlordnung des Landes NRW (https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_de-tail_text?anw_nr=6&vd_id=18874&ver=8&val=18874&sg=0&menu=1&vd_back=N).

- Auch wenn die Briefwahl mit der Vergabe eines Wahlscheins das Wahlgeheimnis gewährleistet, ist sie in formell und organisatorischer Sicht gerade im Hinblick auf Kampfabstimmungen und deren Folge mit einer Vielzahl von Wahlen unflexibel und unterliegt Fristproblemen.¹⁵ Es ist deshalb aus meiner Sicht angebracht, dass für diesen Fall bestimmte rechtliche Vorkehrungen getroffen werden, wie ggf. abschließende Antragsfristen für Listenplätze. Der Gesetzgeber könnte sich hier ggf. mit allgemeinen Anforderungen begnügen („...Schlussabstimmung per Briefwahl, die in ihrer Ausgestaltung den Kernbestand des demokratischen Aufstellungsverfahrens sicherstellen muss...“), die dann von den Parteien im Falle der Wahrnehmung einer solchen Option zu konkretisieren wären.

3. Zur Verlängerung der Wahlzeit (§ 3 ThürVorNWDG 2021)

Die Verlängerung der Wahlzeit um zwei Stunden ist zwar verfassungsrechtlich unbedenklich, aber aus wahlorganisatorischer Sicht problematisch. Dies rührt daher, dass die allgemeinen Wahlvorstände und die Briefwahlvorstände erst nach Ablauf der Wahlzeit mit der Wahlergebnisermittlung beginnen können. Vor Ablauf der Wahlzeit ist selbst eine Öffnung der Stimmzettelumschläge durch die Briefwahlvorstände nicht möglich. Dies führt zum einen dazu, dass die Ergebnisermittlung und –feststellung sich um zwei Stunden verzögern wird. Ob ein belastbares vorläufiges Wahlergebnis aufgrund der vorliegenden Schnellmeldungen noch am Wahlabend vorliegen wird und einer Berichterstattung durch die Medien zugänglich sein wird, ist daher fraglich. Zum anderen führt die Verlängerung der Wahlzeit zu einer weiteren Belastung der ehrenamtlichen Mitglieder der Wahlvorstände, die sich am Wahltag in der Regel bereits vor Beginn der Wahlzeit gegen 7:30 Uhr treffen. Selbst wenn der Mitgliederbestand der Wahlvorstände in aller Regel eine Schichteinteilung ermöglicht, sollen spätestens bei der Wahlergebnisermittlung alle Mitglieder anwesend sein. Geht man von einer ca. 1,5 stündigen Ergebnisermittlung inklusive der Erstellung der Wahlniederschrift aus, so wären die Wahlvorstände über 14 Stunden am Wahltag ehrenamtlich tätig. Hinzu kommt noch die Erstattung der Schnellmeldung und die Übergabe der Wahlunterlagen. Hier werden daher Belastbarkeitsgrenzen erreicht, die wohl überlegt werden müssen.

Als Alternative zur Verlängerung der Wahlzeit um zwei Stunden kommt zum einen eine zeitlich geringfügigere Ausdehnung in Betracht.

Es ist aber auch denkbar, dass die Einwohnergrenzen für die allgemeinen Wahlbezirke erhöht werden, da das Briefwahlaufkommen pandemiebedingt steigen wird. Dies kann korrespondieren mit einer Erhöhung der Beisitzerzahl der Wahlvorstände, um die Schichteinteilung sicherzustellen. Zudem könnten dadurch die Anzahl der Wahlräume reduziert werden zugunsten größerer Wahlräume, in denen die Abstands- und Hygieneregeln besser eingehalten werden können. Hier kann es sich anbieten, dass die Gemeinden entsprechende gesetzliche Optionen erhalten. Dieser Weg ist zum Beispiel bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen im September 2020 gewählt worden.¹⁶

¹⁵ Danzer, KommPWahlen 2020, 54, 57.

¹⁶ Vgl. Gesetz zur Durchführung der Kommunalwahlen 2020, GV.NRW.2020, S.357.

4. Zur pflichtigen Erstellung eines Infektionsschutzkonzeptes durch die Gemeinden und zum Tragen einer Mund-Nase-Schutzbedeckung für Wahlberechtigte (§ 4 ThürVorNWDG 2021)

a) Zur pflichtigen Erstellung eines Infektionsschutzkonzeptes durch die Gemeinden

Die pflichtige Erstellung eines pandemiegerechten Infektionsschutzkonzeptes durch die Gemeinden unter Beteiligung der örtlich zuständigen Gesundheitsbehörden ist zu befürworten. Da die Landtagswahl durch die Gemeinden für das Land durchgeführt wird, sollte dies bei der Bemessung der Wahlkostenerstattung Berücksichtigung finden. Die Landeswahlleitung kann zu bestimmten Aspekten wie zum Einsatz von Wahlhelfern aus Risikogruppen und zu der erforderlichen Schutzausrüstung für Wahlvorstände konkretisierende Empfehlungen geben. Diese finden sich zum Teil bereits in der Gesetzesbegründung. Die letzte Verkehrssicherungspflicht liegt aber primär bei den Gemeinden, die für die Auswahl der Wahlräume und der Wahlvorstände sowie für deren Ausstattung im Rahmen der gesetzlichen Anforderungen verantwortlich sind. Die Aufstellung eines entsprechenden pandemiegerechten Infektionsschutzkonzeptes unter Beteiligung der örtlich zuständigen Gesundheitsbehörde dient daher neben dem Schutz der Wähler*innen und Wahlvorstände auch dem objektiven Interesse der Gemeinde und ihrer Rechts- und Handlungssicherheit.

b) Zum pflichtigen Tragen einer Mund-Nase-Schutzbedeckung für Wahlberechtigte

Hinsichtlich der Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Schutzbedeckung für Wahlberechtigte ist die Frage der Entbehrlichkeit einer solchen Regelungen zu stellen, wenn dies bereits aus der geltenden SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung folgt. Jedenfalls ist damit statuiert, dass auch unabhängig von der allgemeinen SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung eine entsprechende Pflicht der Wahlberechtigten im Rahmen der Landtagswahl besteht. Dies erscheint zum jetzigen Zeitpunkt auch verhältnismäßig. Allerdings unterliegt der (Wahl-) Gesetzgeber hierbei einer ständigen Beobachtungspflicht bis zur Durchführung der Wahl, falls sich die Infektions- und Impflage bis zum Wahltermin erheblich ändern sollte. Es kann sich daher aus systematischen Gründen empfehlen, die Frage des pflichtigen Mund-Nasen-Schutzes der allgemeinen SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vorzubehalten.

Für den Fall, dass ein Wahlberechtigter sich weigert, die nach der allgemeinen SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung pflichtige Mund-Nase-Schutzbedeckung zu tragen, verhält sich dieser ordnungswidrig. Nicht ausdrücklich geregelt ist hingegen der Fall, dass ein Wahlberechtigter gegen die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Schutzbedeckung aus § 4 Satz 3 ThürVorNWDG 2021 verstößt. Dies könnte landeswahlgesetzlich als bußgeldpflichtige Ordnungswidrigkeit angeordnet werden, falls sich die Bußgeldpflicht zum maßgeblichen Zeitpunkt nicht bereits aus der allgemeinen SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung ergibt. Aufgrund des hohen Rechtsgutes des grundrechtsgleichen aktiven Wahlrechts und fehlender ausdrücklicher Regelungen wird man „Maskenverweigerer“ – ungeachtet der Ordnungswidrigkeit ihres Unterlassens – meines Erachtens aber nicht davon ausschließen können, ihr Wahlrecht ausüben zu können, sofern keine andere wählende Person in diesem Zeitpunkt gefährdet wird. Hierüber hätte der Wahlvorstand zu befinden.

5. Zur Ermächtigung des Landeswahlausschusses zur Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl und zur Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes (§ 5 Thür-VorNWDG 2021)

Nach der Konzeption des § 5 ThürVorNWDG 2021 kann der Landeswahlausschuss im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes im Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises durch Beschluss anordnen, dass die Wahl in dem betreffenden Gebiet ausschließlich in der Form der Briefwahl durchgeführt wird. Ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn in dem betreffenden Gebiet die Infektionslage derart schwer auftritt oder aufzutreten droht, dass dadurch Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte ernsthaft gefährdet erscheint und es für die Wahlberechtigten unzumutbar ist, zum Zweck der Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen. Der wahlrechtliche Gesundheitsnotstand wird vom Landtag festgestellt, wenn das gesamte Wahlgebiet betroffen ist; im Übrigen von der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Gesundheitsausschuss des Landtages.

Verfassungsrechtliche Fragen stellen sich hinsichtlich der grundsätzlichen Möglichkeit der Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl und der Abwägung mit dem Grundrecht auf Leib und Leben (a) sowie der Anordnungsbefugnis der ausschließlichen Briefwahl und der Feststellungsbefugnis des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes (b).

a) Zur Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl

Die Urnenwahl gilt weiterhin als primäre Stimmabgabemöglichkeit. Dies zeigt sich insbesondere an dem Antragserfordernis für die Briefwahl. Das Bundesverfassungsgericht geht im Verhältnis zwischen Urnen- und Briefwahl von einem Regel- Ausnahmeverhältnis aus. Bei der Briefwahl sei die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen. Insoweit seien die Wahlrechtsgrundsätze der Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl betroffen. Trotzdem sieht das Gericht die geltenden Regeln über die Briefwahl als verfassungsgemäß an. Die mit ihr verbundene Einschränkung der sonstigen Wahlrechtsgrundsätze sei durch den ebenfalls durch Art. 38 Abs. 1 GG geschützten Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl und das Ziel einer möglichst hohen Wahlbeteiligung gerechtfertigt. Trotzdem geht das Bundesverfassungsgericht weiterhin vom verfassungsmäßigen Leitbild der Urnenwahl aus.¹⁷

Die Abweichung von diesem durch den Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl (Art. 38 Abs. 1 GG) geschützten Leitbild kann aber dadurch gerechtfertigt werden, dass sie durch das Ziel des Schutzes von Leben und Gesundheit (Art. 2 Abs. 2 GG) geboten ist.¹⁸ Für die Verhältnismäßigkeit spricht, dass die Anordnung der reinen Briefwahl beschränkt und befristet ist auf die Landtagswahl im Jahre 2021. Zudem ist eine Anordnung nur zulässig, wenn vorher der wahlrechtliche Gesundheitsnotstand festgestellt worden ist. Lassen sich eine erhebliche Gefahr von gesundheitlichen Schädigungen der Bevölkerung bei der Urnenwahl oder die erheblichen und umfassenden Gefährdungsängste der Bevölkerung nicht ausschließen und kann dies prognostisch zu einem massiven Einbruch der Wahlbeteiligung führen, überwiegt dieses Argument

¹⁷ BVerfG, Beschluss vom 9.7.2013 – 2 BvC 7/10 –, KommPWahlen 2013, 77 mit Anm. Bätge.

¹⁸ Engelbrecht, Corona-Pandemie und die Stichwahlen in Bayern, KommPWahlen 2020, 20, 24.

ausnahmsweise gegenüber der stärkeren öffentlichen Kontrolle der Stimmabgabe bei der Urnenwahl.¹⁹ Gemessen an diesen Maßstäben enthält die gesetzliche Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes aus meiner Sicht hinreichende Voraussetzungen, die nach Abwägung die Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl rechtfertigen können.

b) Zur Anordnungsbefugnis der ausschließlichen Briefwahl und der Feststellungsbefugnis des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes

Nach der Wesentlichkeitstheorie des verfassungsrechtlichen Demokratieprinzips bedürfen wesentliche Entscheidungen grundsätzlich der Beschlussfassung durch das Parlament in der Form eines Gesetzes.²⁰ Es ist im Falle des Vorhandenseins von grundlegenden und durchführenden Regelungen denkbar, dass die wegweisenden Entscheidungen unmittelbar durch das Parlament und die durchführenden Regelungen aufgrund einer parlamentsgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage durch eine Rechtsverordnung der Landesregierung oder eines Landesministeriums getroffen werden.

Zu solchen wesentlichen Entscheidungen gehören insbesondere auch Einschränkungen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten wie des aktiven Wahlrechts. Dazu zählt auch die Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl im Rahmen einer Landtagswahl, da nicht die Briefwahl, sondern umgekehrt die Urnenwahl das verfassungsmäßige Leitbild der Stimmabgabe darstellt. Der Parlaments- und Gesetzesvorbehalt gilt jedenfalls für Regelungen erheblicher und wesentlicher Art, die das gesamte Wahlgebiet oder einzelne Wahlkreise betreffen. Im vorliegenden Regelungskonzept trifft die verbindliche Entscheidung über die Anordnung einer Briefwahl im Wahlgebiet oder in einem Wahlkreis allerdings weder der Landtag noch erfolgt dies in Gesetzesform, nicht als Parlamentsgesetz und nicht einmal als Rechtsverordnung. Hiergegen bestehen verfassungsrechtliche Bedenken. Der Landeswahlausschuss ist als Wahlorgan nicht hinreichend legitimiert, derart wesentliche Entscheidungen zu treffen. Er ist weder mit dem Parlament noch mit einem anderen Ausschuss des Landtages gleichzusetzen. Dies folgt auch aus seiner Besetzung mit dem Landeswahlleiter als geborenen Vorsitzenden, der kein bei der Landtagswahl gewählter Volksvertreter ist, sondern von der Landesregierung eingesetzt wird. Hinzu kommt, dass die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl nicht aufgrund einer gesetzlichen Grundlage, sondern lediglich durch Beschluss des Landeswahlausschusses erfolgen soll. Dies widerspricht dem Grundsatz des Gesetzesvorbehaltes, wonach belastende Regelungen wie der Eingriff in das Recht auf Wahl an der Urne einer hinreichenden gesetzlichen Ermächtigungslage bedürfen.

Im Fall der Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes im Wahlkreis und der darauf folgenden Anordnung der ausschließlichen Briefwahl, ist keinerlei parlamentarische Entscheidung im Entscheidungsverfahren vorgesehen. Aber auch im Fall der Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes im Wahlgebiet durch den Landtag, trifft nicht dieser, sondern nur der Landeswahlausschuss die verbindliche Entscheidung außerhalb der Form des Gesetzes.

¹⁹ So auch Danzer, KommPWahlen 2020, 15, 19.

²⁰ BVerfGE 90, 286, 381 ff; E 121, 135, 154 ff.

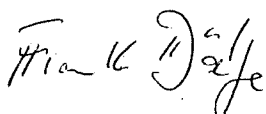
Ich rate dazu, die Befugnisse zur Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes und zur Anordnung der ausschließlichen Briefwahl zu überdenken. Aus meiner Sicht bedarf die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl im Wahlgebiet oder in einem einzelnen Wahlkreis der Gesetzesform zumindest in Form einer Rechtsverordnung. Aus verfassungsrechtlichen Gründen (Art. 84 Abs. 1 Thüringer Verfassung) müssten Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung vom Landtag in § 5 ThürVorNWDG 2021 näher definiert werden. Die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes sollte zumindest für das Wahlgebiet oder in einem einzelnen Wahlkreis dem Landtag vorbehalten werden.

IV. Fazit

- Ein Gesetzentwurf zur Organisation der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 unter Pandemiebedingungen ist aufgrund des heranrückenden avisierten Wahltages (25.4.2021) und der fortbestehenden Pandemielage sehr zu begrüßen.
- Die hälftige Absenkung der Quoren für erforderliche Unterstützungsunterschriften von Wahlschlägen (Wahlkreisvorschläge und Landeslisten) für Parteien im Sinne des § 20 Abs. 2 Satz 1 ThürLWG wird den verfassungsrechtlichen Anforderungen gerecht.
- Es ist aufgrund des verfassungsrechtlichen Grundsatzes der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Bewerber*innen erforderlich, dass diese Absenkung des Quorums für Unterstützungsunterschriften ausgeweitet wird für andere Wahlkreisvorschläge im Sinne des § 23 Abs. 3 ThürLWG.
- Aufgrund des rechtlichen Regelfalles einer Präsenz-Aufstellungsversammlung für Wahlen von Volksvertretungen, darf eine Ausnahme hiervon nur nach Abwägung mit Verfassungsgütern stattfinden. Hierzu reicht die in § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWDG 2021 verwandte Formulierung aus.
- Für die Ermöglichung der in § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG 2021 vorgesehenen „hybriden“ Aufstellungsversammlung, die auch nicht physisch anwesenden Parteimitgliedern Stimmabgabemöglichkeiten bei der Aufstellung der Bewerber*innen ermöglicht, sollten die in § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWDG 2021 ausgeführte Bedingungen für das Absehen einer Präsenz-Aufstellungsversammlung gelten.
- Der Vorbehalt der Schlussabstimmung in geheimer Abstimmung per Briefwahl ist im Gesetzentwurf nur für den Fall der Wahl im Wege der elektronischen Kommunikation im Sinne des § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWDG 2021, nicht hingegen bei der Ausübung des Stimmrechts nicht anwesender Mitglieder im Falle einer hybriden Aufstellungsversammlung im Sinne des § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG 2021 vorgesehen. Auch für diesen Fall muss aber die geheime Wahl nicht anwesender Mitglieder gewährleistet sein.
- § 2 Abs. 2 und Abs. 3 ThürVorNWDG 2021 sehen Wahlen im Wege der elektronischen Kommunikation vor, wobei nach Abs. 3 für diesen Fall eine Schlussabstimmung per Briefwahl durchzuführen ist. Der Gesetzgeber hat nähere Anforderungen an Wahlen im Wege der elektronischen Kommunikation im Hinblick auf die Einhaltung eines demokratischen Kernbestandes zu regeln, wenn er diese rechtsverbindlich gestattet.

- Für den Fall der Schlussabstimmung in Form der Briefwahl müssten im parteiinternen Aufstellungsverfahren bestimmte rechtliche Vorkehrungen getroffen werden, wie abschließende Antragsfristen für Listenplätze. Der Gesetzgeber könnte sich hier mit allgemeinen Anforderungen begnügen, die dann von den Parteien im Falle der Wahrnehmung einer solchen Option zu konkretisieren wären.
- Die Verlängerung der Wahlzeit um zwei Stunden ist zwar verfassungsrechtlich unbedenklich, aber aus wahlorganisatorischer Sicht problematisch. Dies hängt mit der dadurch verursachten deutlich späteren Ergebnisermittlung und der besonderen Belastung der ehrenamtlichen Mitglieder der Wahlvorstände zusammen.
- Die pflichtige Aufstellung eines pandemiegerechten Infektionsschutzkonzeptes durch die Gemeinden unter Beteiligung der örtlich zuständigen Gesundheitsbehörde dient neben dem Schutz der Wähler*innen und Wahlvorstände auch dem objektiven Interesse der Gemeinde hinsichtlich etwaiger Haftungsrisiken und somit ihrer Rechts- und Handlungssicherheit.
- Nicht ausdrücklich geregelt ist der Fall, dass ein Wahlberechtigter gegen die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Schutzbedeckung aus § 4 Satz 3 ThürVorNWDG 2021 verstößt. Dies könnte landeswahlgesetzlich als bußgeldpflichtige Ordnungswidrigkeit angeordnet werden, falls sich die Bußgeldpflicht zum maßgeblichen Zeitpunkt nicht bereits aus der allgemeinen SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung ergibt.
- Lassen sich eine erhebliche Gefahr von gesundheitlichen Schädigungen der Bevölkerung bei der Urnenwahl oder die erheblichen und umfassenden Gefährdungsängste der Bevölkerung nicht ausschließen und kann dies prognostisch zu einem massiven Einbruch der Wahlbeteiligung führen, überwiegt dieses Argument ausnahmsweise gegenüber der stärkeren öffentlichen Kontrolle der Stimmabgabe bei der Urnenwahl. Gemessen an diesen Maßstäben enthält die gesetzliche Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes hinreichende Voraussetzungen, die in der Abwägung die Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl rechtfertigen.
- Die Befugnisse zur Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes und zur Anordnung der ausschließlichen Briefwahl sind zu überdenken. Die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl im Wahlgebiet oder in einem einzelnen Wahlkreis bedarf nach dem Grundsatz des Gesetzesvorbehaltes der Gesetzesform zumindest der Form einer Rechtsverordnung. Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung müssen vom Landtag in § 5 ThürVorNWDG 2021 näher definiert werden. Die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes sollte zumindest für das Wahlgebiet oder in einem einzelnen Wahlkreis dem Landtag vorbehalten werden.

Köln, den 5. Januar 2021



Prof. Dr. Frank Bätge

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften, Gesetzentwurf der Fraktionen 21											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>DIE PARTEI - Landesverband Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Hallesche Straße 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DIE PARTEI - Landesverband Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hallesche Straße 3	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	DIE PARTEI - Landesverband Thüringen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hallesche Straße 3									
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

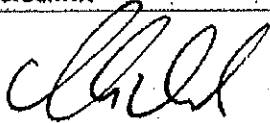
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	Fabian	Michl
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verfassungstheorie Bispinghof 23/24
	Postleitzahl, Ort	43143 Münster
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Rechtswissenschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Gesetzentwurf enthält neben einigen unbedenklichen Vorschriften Regelungen, die die Wahlrechtsgrundsätze sowie die verfassungsrechtlichen Vorgaben an die Ordnung des Parteienwesens beeinträchtigen und in der vorliegenden Fassung nicht immer gerechtfertigt erscheinen. Die Stellungnahme enthält zahlreiche Regelungsvorschläge.	
5.	Wurden Sie vom Ländtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Münster, 7.1.2021	

An den
Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
per E-Mail an:
poststelle@thueringer-landtag.de

THÜR. LANDTAG POST

08.01.2021 07:12

456/2021

Rechtswissenschaftliche
Fakultät

LEHRSTUHL FÜR
ÖFFENTLICHES RECHT UND
VERFASSUNGSTHEORIE

Westfälische Wilhelms-
Universität Münster
Bispinghof 24/25
48143 Münster

Dr. Fabian Michl, LL.M.
Akademischer Rat a. Z.

Datum:
07.01.2021

Schriftliche Stellungnahme

zum Gesetzentwurf

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den
Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher
Vorschriften**

– Drucksache 7/2043 –

Zusammenfassung

Gegen die Kompetenz des Landes Thüringen und des Landtags zum Erlass der vorgeschlagenen Regelungen bestehen keine Bedenken. Das in **Art. 1 vorgesehene Neuwahlgesetz 2021** (ThürVorNWDG) ist jedoch nur teilweise mit den Anforderungen des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG und den verfassungsrechtlichen Wahlrechtsgrundsätzen vereinbar.

Bei **§ 2 Abs. 1 ThürVorNWDG** erscheint eine weitere Absenkung der Unterschriftenquoten geboten (S. 4 ff.).

Soweit **§ 2 Abs. 2 und 3 ThürVorNWDG** die Wahl von Wahlbewerbern erleichtern, kann auf die Durchführung einer zumindest virtuellen Mitgliederversammlung mit audiovisueller Übertragungstechnik nicht verzichtet werden. Eine elektronische Wahl der Wahlbewerber ist mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl unvereinbar. Der Begriff „Schlussabstimmung“ ist in diesem Zusammenhang irreführend. Die Briefwahl erscheint – jedenfalls bei Listenaufstellungen – als unpraktikables Mittel der Entscheidungsfindung. Der Gesetzgeber sollte stattdessen die Durchführung mehrerer virtueller miteinander verbundener Teilversammlungen vorsehen, auf denen mit Stimmzetteln abgestimmt werden kann (S. 6 ff.).

Die **§ 3 ThürVorNWDG** begegnen keinen grundsätzlichen Bedenken; angezeigt ist aber eine klarstellende Regelung über die Wahlzeit bei der Briefwahl (S. 13 f.).

Die Regelung des **§ 4 ThürVorNWDG** bedarf einiger, zumeist klarstellender Modifikationen mit Blick auf die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung im Wahlraum. Alternativ könnte eine Verordnungsermächtigung erwogen werden (S. 14 f.).

Die Möglichkeit der Anordnung der Briefwahl in **§ 5 Abs. 1 ThürVorNWDG** schränkt die Grundsätze der Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl erheblich ein und kann, wenn überhaupt, nur unter den strengsten Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit gerechtfertigt werden. Die Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands in **§ 5 Abs. 2 ThürVorNWDG** genügt diesen Anforderungen nicht, da die Zumutbarkeit der Präsenzwahl für die Wähler angesichts der Möglichkeit der Briefwahl ein sachwidriges Kriterium darstellt. Die Kompetenz zur Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands nach **§ 5 Abs. 3 ThürVorNWDG** sollte allein beim Landtag liegen (S. 15 ff.).

Art. 2 des Gesetzentwurfs enthält mit § 8 ThürLWG-E eine unbedenkliche Anpassung des Wahlgesetzes an das Vorbild des Bundewahlrechts. Die Verordnungsermächtigung des **§ 72 Abs. 4 ThürLWG-E** sollte hingegen aus dem Gesetzentwurf gestrichen werden. Unter den Gesichtspunkten der Bestimmtheit (Art. 84 Abs. 1 Satz 2 ThürVerf.) und Wesentlichkeit ist sie verfassungsrechtlich allenfalls insoweit zulässig, als der Landtag in der Notlage selbst nicht mehr handlungsfähig ist. Aber auch für diese Extremfälle müssen die Rechtssetzungsmöglichkeiten der Exekutive präziser umschrieben und auf einen Numerus Clausus mit Stufenfolge begrenzt werden. Dabei sind insbesondere die Anforderungen des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG zu beachten, denen die in § 72 Abs. 4 Satz 3 ThürLWG-E beispielhaft umschriebenen Maßnahmen nur teilweise gerecht werden (S. 22 ff.).

Vorbemerkung

Die Stellungnahme beschränkt sich auf die verfassungsrechtliche Bewertung des Gesetzentwurfs. Außer Betracht bleiben wahlorganisatorische, finanzielle und infektiologische Fragen sowie damit verbundene Risikoprognosen, die sich einer juristischen Einschätzung entziehen. Der erste Abschnitt betrifft das befristete Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 (Art. 1 des Gesetzentwurfs). Der zweite Abschnitt behandelt die unbefristete Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes (Art. 2 des Gesetzentwurfs). Die Regelungsvorschläge sind in einem Anhang zusammengestellt (S. 29 ff.).

I. Vorzeitige Durchführung von Neuwahlen im Jahr 2021

1. Maßnahmegesetzgebung

Das Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 (ThürVorNWDG) gilt nach § 1 Abs. 1 anstelle der entsprechenden Regelungen im Thüringer Landeswahlgesetz und der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall, dass 2021 vorzeitige Neuwahlen (Art. 50 Abs. 2 ThürVerf.) stattfinden. Hintergrund ist das Zusammentreffen der zwischen den Fraktionen von CDU, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „verabredeten“ Neuwahl am 25. April 2021 und der Corona-Pandemie, die sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung der Wahl voraussichtlich erschweren wird.

Für die verfassungsrechtliche Bewertung ist ohne Belang, dass es sich bei der vorzeitigen Neuwahl um eine „verabredete“ Wahl handelt und dass das Gesetz auf diese nach Art. 1 des Maßnahmegesetzes zugeschnitten ist (**CDU-Frage 16**). Wahlgesetze gelten zwar üblicherweise nicht nur für eine bestimmte Wahl, werden also üblicherweise nicht als Maßnahmegesetze erlassen. Doch sind weder verabredete Neuwahlen noch pandemische Bedingungen üblich. Das Verfassungsrecht schließt Gesetze, die sich auf eine bestimmte Wahl beziehen, nicht aus. Wenn sich abzeichnet, dass eine Wahl durch besondere Ereignisse erschwert werden wird, entspricht es gerade dem **Verfassungsauftrag** zur Schaffung eines Wahlgesetzes (Art. 49 Abs. 4 ThürVerf.), wenn der Landtag durch ein Maßnahmegesetz Vorkehrungen für eine ordnungsgemäße Wahldurchführung trifft. Ebenso verfassungskonform, ja sogar geboten erscheint es, wenn Sonderregelungen auf die voraussichtliche Dauer der Erschwernisse befristet werden, wie das in Art. 4 Abs. 1 des Gesetzentwurfs für das „Neuwahlgesetz“ 2021 vorgesehen ist.

2. Kompetenzfragen

Das Wahlrecht ist nach Art. 49 Abs. 4 ThürVerf. durch Gesetz zu regeln. Da Gesetze ausschließlich durch den Landtag erlassen werden (Art. 48 Abs. 2 ThürVerf.), ist der Landtag das zuständige Organ (**CDU-Frage 15**). Der Gesetzgebungsauftrag des Art. 49 Abs. 4 ThürVerf. schließt eine Delegation der Regelung von Einzelfragen durch eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung (Art. 84 ThürVerf.) nicht aus (vgl. auch Abschnitt II). § 71 ThürLWG enthält entsprechende Ermächtigungen, von denen die Landesregierung mit Erlass der Thüringer Landeswahlordnung Gebrauch gemacht hat. Jedoch ist der Landtag weder zur Delegation der Rechtsetzungskompetenz verpflichtet noch daran gehindert, eine bestehende Delegation durch Gesetz einzuschränken und das von der Landesregierung gesetzte Verordnungsrecht insoweit zu verdrängen. Theoretisch könnte der Landtag den gesamten Inhalt der Landeswahlordnung als Gesetz erlassen. Es ist daher verfassungsrechtlich unbedenklich, dass die §§ 3, 4 ThürVorNWDG organisatorische Fragen betreffen, die üblicherweise in einer Wahlordnung geregelt werden.

Der Freistaat Thüringen hat die Gesetzgebungskompetenz für das Landeswahlrecht (Art. 70 GG). Soweit der Gesetzentwurf Vorschriften enthält, die sich auf die politischen

Parteien beziehen (§ 2 Abs. 2 und 3 ThürVorNWDG), greift er nicht in die ausschließliche Kompetenz des Bundes für das Parteienrecht über (**CDU-Frage 22**). Denn die behandelten Fragen sind solche der Wahlvorbereitung (Kandidaten- und Listenaufstellung) und gehören damit ihrem Schwerpunkt nach zum Landeswahlrecht, nicht zum Parteienrecht.¹ Der Bund hat für die Aufstellung von Wahlbewerbern lediglich das Erfordernis der geheimen Abstimmung geregelt (§ 17 Satz 1 PartG). Im Übrigen richtet sich die Aufstellung nach den Wahlgesetzen und den Satzungen der Parteien (§ 17 Satz 2 PartG).² Da der Bund für die Wahlen auf Länderebene überhaupt keine Gesetzgebungskompetenz besitzt, dürfte diese Vorschrift selbst – soweit sie sich nicht auf Bundestags- und Europawahlen bezieht – kompetenzwidrig sein.³

3. Vorbereitung der Wahl

Zur Vorbereitung der Wahl gehört neben der Festsetzung des Wahltags und der Führung des Wählerverzeichnisses die Aufstellung von Bewerbern durch die Parteien.⁴ Die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie im Jahr 2020 legen nahe, dass dieser unverzichtbare Vorbereitungsschritt durch ein Fortdauern der Pandemie und der damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen erschwert werden kann. Der Gesetzentwurf begegnet den erwarteten Hindernissen mit § 2 ThürVorNWDG.

a) Unterschriftenquoren

§ 2 Abs. 1 ThürVorNWDG halbiert die Unterschriftenquoren der §§ 22 Abs. 2 Satz 2, 29 Abs. 1 Satz 2 ThürLWG. Demnach müssen bei einer vorzeitigen Neuwahl im Jahr 2021 Wahlkreisvorschläge von nicht in § 20 Abs. 2 Satz 1 LWG genannten Parteien nur noch von 125 statt 250, Landeslisten nur noch von 500 statt 1.000 Wahlberechtigten unterschrieben sein.

Das Erfordernis von Unterstützerunterschriften beeinträchtigt die verfassungsrechtlich garantierte **Chancengleichheit** von Parteien und Wahlbewerbern. Es verfolgt das legitime Ziel sicherzustellen, dass nur ernst zu nehmende Wahlvorschläge eingereicht werden, sichert so das Stimmgewicht der einzelnen Wählerstimme und beugt einer Stimmenzersplitterung vor.⁵ Gerechtfertigt sind Unterschriftenquoren jedoch nur, soweit sie für die Erreichung dieses Zieles erforderlich sind und einer neuen Partei die Teilnahme an einer Wahl nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren.⁶ Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner frühen Rechtsprechung Quoren auf Wahlkreisebene von bis zu 0,26 % der Wahlberechtigten für verfassungsmäßig erachtet,⁷ jedoch keinen absoluten Grenzwert festgelegt. In erster Linie ist es Aufgabe des Gesetzgebers, eine nach den zeitlichen und örtlichen Gegebenheiten angemessene Grenzziehung

¹ Ipsen, PartG, 2. Aufl. 2018, § 17 Rn. 5.

² Ipsen, PartG, 2. Aufl. 2018, § 17 Rn. 3.

³ Zum anfänglichen Streit über die Kompetenzverteilung vgl. Ipsen, PartG, 2. Aufl. 2018, § 17 Rn. 2 f.

⁴ Zur Wahlvorbereitung in Thüringen vgl. Gundling, in: Kaiser/Michl (Hrsg.), Landeswahlrecht, 2020, S. 453 (466 ff.).

⁵ BVerfGE 82, 353 (364) m. N. aus der st. Rspr.

⁶ BVerfGE 4, 375 (385).

⁷ BVerfGE 12, 132 (134).

vorzunehmen. Dabei darf er auch veränderte Kommunikationsgewohnheiten berücksichtigen, etwa die Möglichkeit, über digitale Medien für Unterstützerunterschriften zu werben. Andererseits sind Einschränkungen in der Kommunikation, wie sie mit den Kontaktbeschränkungen in der Pandemie einhergehen, zu beachten. Ebenso wie die verkürzte Vorbereitungszeit im Fall einer vorzeitigen Neuwahl sprechen sie dafür, die Quoren für eine Wahl im April 2021 abzusenken, um die Chancengleichheit der Wahlbewerber und Parteien nicht übermäßig zu beeinträchtigen.

In **Baden-Württemberg** und **Rheinland-Pfalz**, wo am 14. März 2021 neue Landtage gewählt werden, wurden die Unterschriftenquoren bereits abgesenkt, in Baden-Württemberg auf Wahlkreisebene um 50 %, ⁸ in Rheinland-Pfalz sogar um 60 %. ⁹ Zuvor hatte der Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg eine einstweilige Anordnung erlassen, wonach das Festhalten an den bestehenden Quoren das Recht auf Chancengleichheit der Parteien angesichts der Erschwernisse der Pandemie verletze. ¹⁰ Aufgrund der Besonderheiten des baden-württembergischen (Einstimmen-)Wahlsystems ¹¹ lassen sich die Vorgaben des Urteils nicht ohne weiteres auf Thüringen übertragen. ¹² Unabhängig von der Ausgestaltung des Wahlsystems gilt aber, dass eine Absenkung der Quoren so wirken muss, „dass die pandemiebedingte gesteigerte Beeinträchtigung des Rechts auf Chancengleichheit jedenfalls kompensiert wird“. ¹³ Da es nicht möglich ist, diese Kompensation „objektiv zu ermitteln, also die verstärkte Ungleichbehandlung in eine konkrete Zahl von Unterschriften umzurechnen“, darf der Gesetzgeber „eine relativ grobe Wertung vornehmen“. ¹⁴ Der Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg hat eine Reduzierung um 50 % als angemessen erachtet, ¹⁵ wie sie auch der Gesetzentwurf vorsieht. Es ist Spekulation, ob der Thüringer Verfassungsgerichtshof eine ähnliche Haltung einnehmen würde. Aufgrund der besonderen Umstände der „verabredeten“ vorgezogenen Neuwahl mit entsprechend verkürzter Vorbereitungszeit liegt es jedoch nahe, die Quoren weiter abzusenken, um verfassungsrechtliche Zweifel von vorneherein auszuschließen (**Koalitions-Frage 6**).

Die Ernsthaftigkeit des Wahlvorschlags auf **Wahlkreisebene** ist auch mit einer niedrigeren Unterstützerzahl als 125 noch gewährleistet. Auch hier ist der Rechtsvergleich mit den anderen Ländern aufschlussreich. So sind bei den kommenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg nur 75 Unterstützerunterschriften, in Rheinland-Pfalz nur 50 erforderlich. Aussagekräftiger als absoluten Zahl ist der prozentuale Anteil der Unterstützer an der Zahl der Wahlberechtigten in einem durchschnittlichen Wahlkreis. Nach der Absenkung liegt der Anteil in Rheinland-Pfalz 0,08 %, in Baden-Württemberg

⁸ § 24 Abs. 2a LWG BW.

⁹ § 34 Abs. 4 LWG RP. Das entspricht dem verringerten Quorum im Fall einer vorzeitigen Neuwahl nach § 34 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 25 Abs. 3 LWG RP; vgl. Spitzlei, in: Kaiser/Michl (Hrsg.), Landeswahlrecht, 2020, S. 337 (345).

¹⁰ VerFGH BW, Urt. v. 9.11.2020, 1 GR 101/20 – juris; vgl. zuvor schon VerFGH NRW, VerFGH 88/20 – juris, zu den Kommunalwahlen in NRW:

¹¹ Vgl. Hilbert, in: Kaiser/Michl (Hrsg.), Landeswahlrecht, 2020, S. 93 ff.

¹² Vgl. VerFGH BW, Urt. v. 9.11.2020, 1 GR 101/20 – juris, Rn. 69.

¹³ VerFGH BW, Urt. v. 9.11.2020, 1 GR 101/20 – juris, Rn. 72.

¹⁴ VerFGH BW, Urt. v. 9.11.2020, 1 GR 101/20 – juris, Rn. 72.

¹⁵ VerFGH BW, Urt. v. 9.11.2020, 1 GR 101/20 – juris, Rn. 72.

0,07 %. Ein durchschnittlicher Wahlkreis zählt dort rd. 60.000 bzw. 110.000, in Thüringen nur rd. 39.000 Wahlberechtigte. Ein Quorum von 125 Unterstützern entspricht damit einem Anteil von 0,32 %. Die Beeinträchtigung der Chancengleichheit ist also deutlich intensiver als in den Vergleichsländern. Zwar ist der Thüringer Landtag nicht per se gehalten, dem Vorbild anderer Länder zu folgen. Es spricht jedoch einiges dafür, sich diesem Vorbild zumindest anzunähern, zumal mit der vorgezogenen Neuwahl eine zusätzliche Erschwernis für die Parteien hinzutritt.

Eine **weitere Absenkung** des Unterschriftenquorums auf Wahlkreisebene etwa auf 50 Wahlberechtigte läge daher nahe. Das Quorum entspräche einem Anteil von 0,13 % der Wahlberechtigten in einem durchschnittlich großen Wahlkreis und wäre damit immer noch restriktiver als in den Vergleichsländern. Letztlich handelt es sich bei der Frage, inwieweit die Pandemie die Unterstützerwerbung beeinträchtigt und welche Kompensation dafür angemessen erscheint, um eine wertende Entscheidung des Gesetzgebers, die verfassungsrechtlich nicht vollständig determiniert ist. Um das Risiko einer verfassungsgerichtlichen Beanstandung zu verringern, sollte jedoch eine weitere Absenkung des Quorums auf Wahlkreisebene erwogen werden.

Davon zu trennen ist die Frage, ob auch das **Quorum für Landeslisten** weiter abgesenkt werden sollte. Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat hier für eine Reduzierung um 75 % entschieden: Statt 2.080¹⁶ sind bei der Landtagswahl nur 520 Unterschriften erforderlich.¹⁷ Das entspricht einem Anteil von 0,016 % der Wahlberechtigten. Da es in Baden-Württemberg keine Landeslisten gibt, war dort keine Absenkung erforderlich.¹⁸ Die vom Gesetzentwurf für Thüringen vorgesehene Zahl von 500 entspricht einem Anteil von 0,029 %. Auch hier könnte also eine weitere Reduktion erwogen werden. So sind beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern – unabhängig von der Pandemie – nur 100 Unterstützerunterschriften erforderlich (0,008 %).¹⁹

b) Kandidatenaufstellung

Nach § 23 Abs. 1 ThürLWG sind Parteibewerber in den Wahlkreisen in einer Mitglieder- oder Delegiertenversammlung aufzustellen.²⁰ Sie werden in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln gewählt (§ 23 Abs. 3 LWG). Das Nähere über das Wahlverfahren regeln die Parteisatzungen (§ 23 Abs. 5 ThürLWG). Entsprechendes gilt für die Aufstellung von Kandidaten auf der Landesliste (§ 29 Abs. 6 ThürLWG). Der Gesetzentwurf sieht zwei Modifikationen des Aufstellungsverfahrens vor.

aa) § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG

§ 2 Abs. 2 ThürVorNWDG erklärt § 5 Abs. 2 des Covid-19-Maßnahmengesetzes des Bundes (COVMG) für entsprechend anwendbar und dispensiert zugleich von dem Erfordernis einer Ermächtigung in der Parteisatzung. Der Parteivorstand soll Mitgliedern

¹⁶ Vgl. Spitzlei, in: Kaiser/Michl (Hrsg.), Landeswahlrecht, 2020, S. 337 (345).

¹⁷ § 35 Abs. 5 LWG RP.

¹⁸ Vgl. Hilbert, in: Kaiser/Michl (Hrsg.), Landeswahlrecht, 2020, S. 93 (98–100).

¹⁹ § 55 Abs. 5 LKWG MV.

²⁰ Vgl. Gundling, in: Kaiser/Michl (Hrsg.), Landeswahlrecht, 2020, S. 453 (467–471).

oder Delegierten ermöglichen können, an einer Aufstellungsversammlung ohne Anwesenheit am Versammlungsort teilzunehmen und ihre Mitgliederrechte im Wege der elektronischen Kommunikation auszuüben (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 COVMG) oder ohne Teilnahme an der Mitgliederversammlung ihre Stimmen vor der Durchführung der Mitgliederversammlung schriftlich abzugeben (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 COVMG). Der Vorschrift liegt also die Vorstellung zugrunde, dass eine Versammlung stattfindet, einzelne Mitglieder daran aber nicht teilnehmen können oder wollen und ihre Mitgliedschaftsrechte (insb. Vorschlags-, Vorstellungs-, Abstimmungs- und Wahlrecht) „aus der Ferne“ ausüben, nämlich entweder „im Wege der elektronischen Kommunikation“ oder durch schriftliche Stimmabgabe vor der Versammlung. Da der Bundesgesetzgeber mit § 5 Abs. 2 Nr. 1 COVMG nicht nur hybride, sondern auch vollständig „virtuelle“ Versammlungen zulassen wollte,²¹ bei denen alle Mitglieder mit elektronischen Kommunikationsmitteln teilnehmen, wird man auch diese Form der Aufstellungsversammlung als von § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG i. V. m. § 5 Abs. 2 Nr. 1 COVMG gedeckt ansehen können.²²

§ 2 Abs. 2 ThürVorNWDG ist mit der Vorgabe des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG unvereinbar, dass die innere Ordnung der Parteien demokratischen Grundsätzen entsprechen muss. Zu diesen demokratischen Grundsätzen gehören die Wahlrechtsgrundsätze der Art. 28 Abs. 1 Satz 2, Art. 38 Abs. 1 GG, die auch auf parteiinterne Wahlen, insbesondere die Wahl von Wahlbewerbern, Anwendung finden. Die Kandidatenaufstellung ist die „Nahtstelle zwischen den von den Parteien weitgehend autonom zu gestaltenden Angelegenheiten ihrer inneren Ordnung und dem auf die Staatsbürger bezogenen Wahlrecht“²³ und unterliegt damit vergleichbar strengen demokratischen Anforderungen wie die Wahl durch die Bürger. Diesen Anforderungen wird § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG aus verschiedenen Gründen nicht gerecht.

Unvereinbar mit dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl in seiner Ausprägung als **Chancengleichheit der Kandidaten** ist die Möglichkeit der schriftlichen Stimmabgabe durch einzelne Mitglieder vor (!) der physischen, hybriden oder rein virtuellen Versammlung nach **§ 2 Abs. 2 ThürVorNWDG i. V. m. § 5 Abs. 2 Nr. 2 COVMG**. Denn Parteimitglieder, die ihre Stimme vor Beginn der Versammlung abgeben, können nur solche Personen wählen, die ihre Absicht zur Kandidatur bereits vor der Versammlung erklärt haben. „Spontanbewerber“, die ihre Absicht erst während oder kurz vor der Versammlung erklären, haben daher von vornherein geringere Chancen, gewählt zu werden. Außerdem können sich Parteimitglieder, die ihre Stimme bereits vor der Versammlung abgeben, nicht in gleicher Weise einen Eindruck von den Bewerbern verschaffen wie Mitglieder, die an der Versammlung teilnehmen. Die Aufstellungsversammlung nach § 23 Abs. 1 ThürLWG ist nicht nur Wahlveranstaltung, sondern hat auch und besonders den Zweck, den Bewerbern die Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm vorzustellen (vgl. ausdrücklich § 21 Abs. 3 Satz 3 BWahlG). Jeder Bewerber für eine Kandidatur erhält so die

²¹ BT-Drs. 19/18110, S. 30.

²² v. Notz, VerfBlog, 19.10.2020, (URL = < <https://verfassungsblog.de/its-democracy-stupid/> >; DOI: 10.17176/20201019-233516-0).

²³ BVerfGE 39, 243 (252).

Möglichkeit, sich den Parteimitgliedern zu präsentieren und ihre Zustimmung zu gewinnen. So haben auch unbekannte Bewerber eine Chance, die „Basis“ von sich zu überzeugen. Dieser demokratischen Anforderung genügt es nicht, wenn einzelne Mitglieder ihre Meinungsbildung bereits vor der Versammlung abgeschlossen haben, den Verlauf der Versammlung also nicht mehr berücksichtigen können. Ein sachlicher Grund für diese Schmälerung der innerparteilichen Demokratie ist nicht ersichtlich, da angesichts der heutigen technischen Möglichkeiten eine virtuelle Teilnahme an der Versammlung möglich und vom Gesetzgeber auch als möglich angesehen wird. Dass § 5 Abs. 2 Nr. 2 COVMG eine für die Verhältnisse politischer Parteien ungeeignete Vorschrift ist, bestätigt der **Bundesgesetzgeber** dadurch, dass er in § 5 Abs. 4 Satz 2 COVMG²⁴ nur § 5 Abs. 2 Nr. 1 COVMG auf Parteien erstreckt.

Doch auch **§ 2 Abs. 2 ThürVorNWDG i. V. m. § 5 Abs. 2 Nr. 1 COVMG** ist in der vorgeschlagenen Fassung mit Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG unvereinbar. Die Vorschrift gewährleistet nicht, dass die physisch nicht präsenten Mitglieder im Wege einer **gleichzeitigen Bild- und Tonübertragung** an der Versammlung teilnehmen. Der Begriff der „elektronischen Kommunikation“ umfasst nämlich nicht nur audiovisuelle digitale Übertragungsdienste wie Webex, Skype, Jitsi oder Zoom, sondern alle elektronischen Fernkommunikationsmittel, also auch die bloße Audioübertragung via Telefon und sogar Chat-Programme.²⁵ § 5 Abs. 2 Nr. 1 COVMG ist auf die Mitgliederversammlung von Vereinen und Stiftungen zugeschnitten, die keinen besonderen demokratischen Anforderungen unterliegen. Die Vorschrift ermöglicht damit Formate einer Versammlungsteilnahme, die sich weit vom **demokratischen Leitbild der Präsenzversammlung** entfernen. Ein Parteimitglied, das beispielsweise nur durch eine Telefonkonferenz an einer Aufstellungsversammlung teilnimmt, kann sich nicht in gleicher Weise einen Eindruck von den Bewerbern verschaffen wie ein anwesendes Mitglied. Ihm fehlt der visuelle Eindruck von den Kandidaten, der gerade bei „unbekannten“ Bewerbern nicht zu vernachlässigen ist. Selbst wenn die „Versammlung“ insgesamt als Telefonkonferenz oder Chat durchgeführt werden würde, also alle Teilnehmer die gleichen eingeschränkten Wahrnehmungsmöglichkeiten hätten – was § 5 Abs. 2 Nr. 1 COVMG ermöglicht! –, wäre dies mit Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG unvereinbar. Denn das Recht der Kandidaten, sich und ihr Programm den Mitgliedern vorzustellen, würde ohne Not beschnitten. Eine synchrone audiovisuelle Übertragung ist ohne weiteres möglich. Sie erlaubt den Bewerbern eine Selbstpräsentation, die der „Bühne“ einer Präsenzversammlung zumindest nahekommt, diese also so weit wie möglich „virtualisiert“.

Selbst wenn § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG um das Erfordernis einer synchronen Bild- und Tonübertragung ergänzt wird – wie es beispielsweise in Schleswig-Holstein für „virtuelle“ Gemeinderatssitzungen vorgeschrieben ist –,²⁶ steht die Vorschrift immer noch in

²⁴ In der Fassung des Änderungsgesetzes v. 28.10.2020, BGBl. I S. 2264.

²⁵ Leuschner, in: MüKo-BGB, 8. Aufl. 2021, § 5 COVMG, Rn. 7

²⁶ Vgl. § 35a Abs. 1 GO SH: „Durch Hauptsatzung kann bestimmt werden, dass [...] die notwendigen Sitzungen der Gemeindevertretung ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum als Videokonferenz durchgeführt werden können. Dabei sind geeignete technische Hilfsmittel einzusetzen, durch die die Sitzung einschließlich der Beratungen und Beschlussfassungen **zeitgleich in**

einem kaum aufzulösenden Konflikt mit dem **Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl**. In welchem Maß dieser von der Rechtsprechung für staatliche Wahlen entwickelte Grundsatz²⁷ auch für innerparteiliche Wahlen gilt, ist zwar noch nicht abschließend geklärt. Jedenfalls auf die Wahl von Wahlbewerbern muss er – zumindest mit seinen wesentlichen Aspekten – Anwendung finden, da diese (anders als reine „Parteiwahlen“) mit den staatlichen Wahlen aufs Engste verbunden sind.²⁸ Dafür spricht schon die Herleitung des Grundsatzes der Öffentlichkeit der Wahl aus dem Demokratieprinzip.²⁹ Die wesentlichen Aspekte des Öffentlichkeitsgrundsatzes, nämlich Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Wahlvorgangs, gehören zu den „demokratischen Grundsätzen“ im Sinne des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG³⁰ und müssen auch bei Kandidatenwahlen beachtet werden. Sie verlangen, dass das Wahlverfahren so transparent ausgestaltet ist, dass im Nachhinein überprüft werden kann, ob alle abgegebenen Stimmen erfasst und zutreffend ausgewertet wurden.

Bei einer Versammlung, bei der alle Mitglieder physisch anwesend sind, werden Transparenz und Nachvollziehbarkeit durch die Wahl mit Stimmzetteln gewährleistet (§ 23 Abs. 3 Satz 1 ThürLWG). Eine **Wahl im Wege der elektronischen Kommunikation**, wie § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG i. V. m. § 5 Abs. 2 Nr. 1 COVMG sie zulässt, ist nach dem derzeitigen Stand der e-Voting-Technologie mit den **Anforderungen an Transparenz und Nachvollziehbarkeit** hingegen **nicht zu vereinbaren**.³¹ Denn gewöhnliche Abstimmungssoftwares, wie sie etwa bei Vereinswahlen zum Einsatz kommen, wahren zwar das Wahlgeheimnis, indem sie die Stimmen anonym erfassen und auswerten. Gerade dadurch lassen sie aber keine zuverlässige nachträgliche Überprüfung zu. Die elektronisch abgegebenen Stimmen verschwinden – bildlich gesprochen – in der digitalen „Blackbox“ des Abstimmungsprogramms. Das von der Software ausgeworfene Ergebnis kann von den Parteimitgliedern nicht nachgeprüft werden. Selbst wenn durch Zugangsschlüssel sichergestellt ist, dass jedes Mitglied nur einmal abstimmen konnte, kann im Nachhinein nicht überprüft werden, ob alle Stimmen erfasst und vor allem richtig gewertet wurden. Gewöhnliche Abstimmungsprogramme sind daher für Kandidatenaufstellungen ungeeignet.

Bild und Ton an alle Personen mit Teilnahmerechten übertragen werden – Hervorhebung durch den Verf.

²⁷ BVerfGE 123, 39 – Wahlcomputer.

²⁸ Vgl. Roßner/Gierling, Ito v. 17.4.2020, <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/corona-partei-tag-kommunalwahl-kandidatenaufstellung-wahlen-demokratie-vereinsrecht/>; Michl, JuS 2020, 643 (646). Differenzierend zwischen reinen Parteiwahlen und Kandidatenaufstellungen v. Notz, Liquid Democracy, 2020, S. 259 ff., 275 f.

²⁹ BVerfGE 123, 39 (68 f.).

³⁰ Vgl. allgemein zum innerparteilichen Transparenzgrundsatz v. Notz, Liquid Democracy, 2020, S. 87 f. m. w. N.

³¹ Vgl. aber v. Notz, Liquid Democracy, 2020, S. 275 f., die davon ausgeht, dass „auch die Aufstellung von Kandidaten für öffentliche Wahlen grundsätzlich im Rahmen einer innerparteilichen *Liquid Democracy* erfolgen kann“. Der mit „grundsätzlich“ gemachte Vorbehalt dürfte sich auf den unzureichenden Stand der e-Voting-Technik beziehen, auf den v. Notz nicht weiter eingeht (vgl. aber ihre Ausführungen zu den reinen Parteiwahlen a. a. O., S. 259 ff.).

Ob es derzeit **digitaltechnische Möglichkeiten** gibt, ein Wahlverfahren so transparent und nachvollziehbar zu gestalten, dass es den Anforderungen des verfassungsrechtlichen Öffentlichkeitsprinzips gerecht wird, ist zu bezweifeln. Die in der Literatur diskutierten Blockchain-Lösungen, die die beschriebene digitale „Blackbox“ vermeiden könnten,³² dürften den Thüringer Parteien für die vorgezogene Neuwahl 2021 kaum zur Verfügung stehen. Ob ihr Einsatz einer gerichtlichen Überprüfung standhielte, lässt sich nur schwer prognostizieren, da es entscheidend auf die technischen Details ankommt. Wie ein aktueller Bericht von Forschern des Massachusetts Institutes of Technology darlegt, sind aktuelle Blockchain-basierte Wahlverfahren mit hohen Sicherheitsrisiken verbunden.³³ Sie dürften schon deshalb für die Aufstellung von Wahlbewerbern ungeeignet sein. Um die Landtagswahl am 25. April 2021 durch möglicherweise anfechtbare Kandidatenwahlen nicht unnötigen rechtlichen Risiken auszusetzen, sollte die Wahl durch elektronische Kommunikationsmittel nicht zugelassen werden.

An einer **Wahl durch Stimmzettel** führt derzeit kein Weg vorbei. Sie lässt sich bei einer audiovisuellen Einbeziehung von physisch nicht präsenten Mitgliedern mit der Zulassung der **Briefwahl** gewährleisten, wie § 2 Abs. 3 Satz 2 ThürVorNWDG sie für das in Absatz 3 vorgesehene Aufstellungsverfahren vorsieht. Angesichts der systematischen Stellung und des inhaltlichen Bezuges auf § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWDG kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Vorschrift nach der vorliegenden Fassung auch auf § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG Anwendung findet. Sofern das Erfordernis auf § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG erstreckt werden soll, sollte dies durch eine geeignete Regelungstechnik klargestellt werden. Außerdem sollte in diesem Falle angeordnet werden, dass **alle Versammlungsteilnehmer** – also auch die physisch anwesenden – nach der Versammlung durch Briefwahl abzustimmen haben. Anderenfalls droht eine Verzerrung des demokratischen Meinungsbildungsprozesses: Manche Teilnehmer wären zur sofortigen Abstimmung am Versammlungsort gezwungen, während anderen eine „Bedenkzeit“ eingeräumt würde. Ob die Briefwahl bei Listenaufstellungen überhaupt praktikabel ist, ist freilich zweifelhaft (dazu sogleich).

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass auch der **Bundesgesetzgeber** nicht davon ausgeht, dass § 5 Abs. 2 COVMG ein für Kandidatenaufstellung geeignetes Verfahren normiert. § 5 Abs. 4 Satz 4 COVMG schließt nämlich die Anwendung des COVMG auf Aufstellungsversammlungen durch die Bezugnahme auf § 17 Satz 2 PartG explizit aus. Im Bundesrecht soll § 5 Abs. 2 COVMG nur für Parteitage gelten, die keine Aufstellungsversammlungen sind. Für Aufstellungsversammlungen wurde im Bundeswahlgesetz eine Verordnungsermächtigung geschaffen (§ 52 Abs. 4 S. 3 Nr. 2 bis 4 BWahlG), die Pate für die Ermächtigung in Art. 2 Nr. 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs stand (dazu in Abschnitt II).

³² Vgl. Lukan, EuR 2019, 222 ff.; Michl, JuS 2020, 643 (646) und die Nachweise bei v. Notz, Liquid Democracy, 2020, S. 262 (dort in Fn. 1154).

³³ Park/Spencer/Narula/Rivest, Going from Bad to Worse: From Internet Voting to Blockchain Voting, Entwurf v. 6.11.2020 (URL = < <https://people.csail.mit.edu/rivest/pubs/PSNR20.pdf> >).

bb) § 2 Abs. 3 ThürVorNWDG

Über die Möglichkeiten des § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG hinaus ermöglicht Absatz 3 den Parteien, die Bewerber ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation oder in Form der Briefwahl zu wählen, wenn die Durchführung von Versammlungen aufgrund der örtlichen Pandemiesituation nicht möglich ist oder zu erwarten ist, dass aufgrund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Mitglieder ihr Wahlrecht andernfalls nicht ausüben kann (Satz 1). Im Falle der Durchführung der Wahl im Wege der elektronischen Kommunikation ist die Schlussabstimmung in geheimer Wahl per Briefwahl durchzuführen (Satz 2).

Aus Satz 1 geht nicht eindeutig hervor, ob die Parteien verpflichtet sein sollen, in den tatbestandlich umschriebenen Fällen vor der Kandidatenwahl **virtuelle Versammlungen** durchzuführen. Die Beschränkung der Formulierung auf die Wahl („... zu wählen“) spricht ebenso dagegen wie das Alternativverhältnis zwischen einer Wahl „im Wege der elektronischen Kommunikation oder in Form der Briefwahl“. Andererseits bestimmt § 23 Abs. 1 Satz 1 ThürLWG, dass Wahlbewerber *in* einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung zu wählen sind. Würde diese Vorschrift von § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWDG vollständig verdrängt und träfe die vorstehende Lesart zu, entfielen die **Versammlung als demokratisch gebotenes Vorstellungsformat** für die Kandidaten ersatzlos. Angesichts der technischen Möglichkeit einer virtuellen Versammlung wäre das eine mit Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG unvereinbare Beeinträchtigung der innerparteilichen Demokratie.³⁴ § 2 Abs. 3 Satz 1 ThürVorNWDG sollte also dahin ergänzt werden, dass die Durchführung einer virtuellen Versammlung mit gleichzeitiger Bild- und Ton-Übertragung verpflichtend vorgeschrieben wird, und zwar auch für den Fall einer Briefwahl. Eine schriftliche Vorstellung der Kandidaten etwa mit der Übersendung von Briefwahlunterlagen³⁵ genügt den Anforderungen der aus Art. 23 Abs. 1 Satz 3 GG abgeleiteten Chancengleichheit nicht, da es sich nicht um eine gleich geeignete Möglichkeit handelt, sich den Parteimitgliedern zu präsentieren.

Eine Wahl der Kandidaten „ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation“ muss aus dem oben genannten Gründen (Öffentlichkeit der Wahl) ausscheiden. Auf dieser Erwägung scheint auch Satz 2 zu beruhen, der verlangt, dass die „**Schlussabstimmung**“ in geheimer Abstimmung per Briefwahl durchzuführen ist. Der Ausdruck „Schlussabstimmung“ ist im Wahlrecht ein Fremdkörper, der erstmals im neuen § 52 Abs. 4 Satz 3 Nr. 3 BWahlG auftaucht. Gebräuchlich war der Ausdruck bisher im Parlamentsrecht: So bezeichnet etwa § 63 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags die Abstimmung „über die Annahme oder Ablehnung der Vorlage im Ganzen“ als Schlussabstimmung. Übertragen auf die Wahl von Wahlbewerbern könnte damit – bei der Aufstellung von Listen – gemeint sein, dass erst ein Beschluss über die Liste im Ganzen „Schlussabstimmung“ ist. Diese Vorstellung scheint dem Bundesgesetz und

³⁴ Vgl. auch v. Notz, Liquid Democracy, 2020, S. 268 f., die sich jedenfalls gegen eine „rein schriftliche Wahl“ ohne vorangehende (virtuelle) Versammlung ausspricht.

³⁵ Vgl. aber den ursprünglichen Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD, BT-Drs. 19/29596, S. 5 f.

dem Gesetzentwurf zugrunde zu liegen, ist jedoch mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben an die Kandidatenwahlen unvereinbar. Denn die Abstimmung über eine bereits zuvor festgelegte Liste, auf deren Zusammensetzung und Reihung die Mitglieder keinen Einfluss mehr haben, sondern nur noch mit „Ja“ oder „Nein“ ist überhaupt keine „Wahl“ (oder anders formuliert: eine unzulässige „geschlossene Blockwahl“).

Gewählt wird vielmehr bereits dann, wenn die **Listenplätze definitiv vergeben** werden, sei es in Einzelabstimmungen oder in „offenen Blockwahlen“. Jede Einzelabstimmung oder Blockwahl ist damit bereits „Schlussabstimmung“ im wahlrechtlichen Sinne³⁶ und unterliegt – bei verfassungskonformer Auslegung des § 2 Abs. 3 Satz 2 Thür-VorNWVG – dem Erfordernis der geheimen Abstimmung durch Briefwahl. Auf elektronischem Wege können Wahlen nach dem oben Gesagten derzeit nicht (rechtssicher) durchgeführt werden. Zulässig ist der Einsatz von e-Voting-Verfahren lediglich bei der Einholung unverbindlicher Meinungsbilder im Vorfeld der eigentlichen Wahl. So können etwa die Kandidaten für die einzelnen Listenplätze bereits durch den Einsatz einer Abstimmungssoftware „vorausgewählt“ werden. Bis zum eigentlichen Wahlgang muss jedoch eine Gegenkandidatur möglich bleiben. Das Ergebnis der Wahl darf nicht durch die elektronische „Vorauswahl“ präjudiziert werden.³⁷

Da der Ausdruck „Schlussabstimmung“ die (Fehl-)Vorstellung erweckt, es genüge, über die Liste insgesamt per Briefwahl abzustimmen, sollte er im Gesetzestext vermieden werden.

Während die **Praktikabilität** der Briefwahl bei Wahlkreisvorschlägen gegeben sein dürfte, erscheint sie bei der Aufstellung von Landeslisten zweifelhaft. Sofern über die Listenplätze einzeln abgestimmt wird, kann ein unterlegener Bewerber für jeden weiteren Listenplatz antreten. Der Kreis der Bewerber für den jeweiligen Listenplatz steht also nicht von vorneherein fest, so dass theoretisch über jeden Listenplatz eine Briefwahl durchgeführt werden müsste – und zwar zeitlich nacheinander. Da Postlauf- und Auswertungszeiten zu berücksichtigen sind, dürfte das eine rechtzeitige Listenaufstellung praktisch unmöglich machen. Anders ist die Situation bei „offenen Blockwahlen“, bei denen die Mitglieder die Wahl aus einem „Kandidatenpool“ haben und sich die Reihung aus der Zahl der Stimmen ergibt. Doch auch hier sind weitere Wahlgänge per Briefwahl erforderlich, wenn es etwa zu Stimmengleichheit kommt oder ein bestimmtes Stimmenquorum nicht erreicht wurde. Außerdem dürfte eine offene Blockwahl gerade bei den vorderen Listenplätzen politisch nicht opportun sein.

cc) Regelungsvorschlag

Angesichts der verfassungsrechtlichen Anforderungen, denen hybride oder virtuelle Aufstellungsversammlungen genügen müssen, und der zweifelhaften Praktikabilität

³⁶ Vgl. auch Der Bundeswahlleiter, Hinweise zur Durchführung von Aufstellungsversammlungen für Bundestagswahlen, Stand: 10.11.2020, S. 33.

³⁷ Vgl. Zweite Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses, BT-Drs. 14/4759, Anh. 5, S. 20. Dort wurde ein „Televoting“-System für die „Vorauswahl“ der Kandidaten für die Listenplätze eingesetzt; die Kandidatur um einen Listenplatz stand aber bei der eigentlichen Wahl jedem Mitglied offen.

von Briefwahlen, sollten alternative Regelungen erwogen werden. Verfassungsrechtlich unbedenklich und praktikabel erscheint die Durchführung von Aufstellungsver-sammlungen in Form mehrerer miteinander verbundener Teilversammlungen an ver-schiedenen Orten, wie sie in § 52 Abs. 4 Satz 3 Nr. 2 BWahlG und Art. 2 Nr. 2 des vor-liegenden Gesetzentwurfs vorgesehen ist. Für die hinreichende Verbindung der Teilver-sammlungen genügt jedoch wiederum nicht der Einsatz elektronischer Kommunikati-onsmittel, vielmehr ist das unverzichtbare Erfordernis einer gleichzeitigen Bild- und Ton-Übertragung in den Gesetzestext aufzunehmen. Auf diese Weise können die Gli-e-derungen einer Partei „Kleinversammlungen“ abhalten, die über ein Videokonferenz-system miteinander verknüpft sind. Vorschläge, Vorstellungen und Abstimmungen werden „live“ in Bild und Ton an allen anderen Teilversammlungsorten übertragen. Wahlen können vor Ort mit Stimmzettel durchgeführt werden. Das Verfahren ermöglicht daher auch eine Listenwahl mit Einzelabstimmungen. Sofern für die Teilversammlun-gen hinreichend große Räumlichkeiten angemietet werden und ein Infektionsschutz-konzept vorliegt, ist diese Form der Kandidatenaufstellung auch unter den Bedingun-gen der Pandemie praktikabel. Ein Restinfektionsrisiko ist schon angesichts des hohen Stellenwerts einer demokratisch einwandfreien Kandidatenaufstellung hinzunehmen, wie es auch in anderen als wichtig angesehenen Lebensbereichen (Schule, ÖPNV, Le-bensmittelhandel, Industrie etc.) nicht völlig ausgeschlossen ist.

§ 2 Abs. 2 ThürVorNWDG könnte wie folgt gefasst werden:

¹Die Parteien können für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung Mitglieder- und Vertreterversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz in der Form miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchführen. ²Die Beratungen und Abstimmungen sind zeit-gleich in Bild und Ton in alle Veranstaltungsräume zu übertragen. ³Im Übrigen bleibt § 23 Thüringer Landeswahlgesetz unberührt.

Die Absätze 3 und 4 sollten entfallen.

4. Wahlhandlung

§§ 3 bis 5 ThürVorNWDG treffen besondere Vorkehrungen für eine Beeinträchtigung der Wahlhandlung (§§ 32 ff. ThürLWG) durch die Corona-Pandemie.

a) Präsenzwahl

aa) Wahlzeit

Die Verlängerung der Wahlzeit und die Zulassung der rechtzeitig erschienenen Wähler zur Stimmabgabe (§ 3 ThürVorNWDG) **ist verfassungsrechtlich unbedenklich**. Es sollte jedoch explizit geregelt werden, dass auch im Fall der Briefwahl der Wahlbrief bis spä-testens 20 Uhr einzugehen hat. Denn § 36 Abs. 1 Nr. 2 ThürLWG wird durch § 3 Thür-VorNWDG, der sich auf die Präsenzwahl bezieht, nicht ohne weiteres verdrängt. Die Re-gelung könnte wie folgt in einem zweiten Absatz getroffen werden:

Bei der Briefwahl hat der Wähler seinen Wahlbrief so rechtzeitig zu übersenden, dass er spätestens am Wahltag bis 20 Uhr eingeht. Im Übrigen bleibt § 36 Thüringer Landeswahlgesetz unberührt.

bb) Infektionsschutz

Unbedenklich sind auch die Anforderungen an die Einrichtung der Wahlräume und das Infektionsschutzkonzept in § 4 Sätze 1 und 2 ThürVorNWDG. Die Pflicht zum Tragen einer **Mund-Nase-Bedeckung** in § 4 Satz 3 ThürVorNWDG beeinträchtigt die Wähler nicht in ihrer Stimmabgabe und ist daher mit den Wahlrechtsgrundsätzen grundsätzlich vereinbar. Von der Pflicht sollten aber Personen, denen die Verwendung einer Mund-Nasen-Bedeckung wegen Behinderung oder aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht möglich oder unzumutbar ist, befreit werden, um nicht gegen verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbote zu verstoßen und den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl zu wahren. § 6 Abs. 3 Nr. 2 der 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO, der eine entsprechende Ausnahme vorsieht, wird von der Verweisung des § 4 Satz 4 ThürVorNWDG nicht erfasst.

Außerdem sollte im Gesetz explizit geregelt werden, wie mit Personen verfahren werden kann, die gegen die Pflicht nach § 4 Satz 3 ThürVorNWDG verstoßen. Dass der **Verstoß** eine Ordnungsstörung im Sinne des § 32 Satz 2 ThürLWG darstellt, die den Wahlvorstand berechtigt, die störende Person aus dem Wahlraum zu verweisen, liegt zwar nahe. Eine klarstellende Regelung ist jedoch schon angesichts des mit dem Ausschluss verbundenen Eingriffs in die Wahlgrundsätze erforderlich. Die Verweisung aus dem Wahlraum darf außerdem nicht dazu führen, dass dem Wahlberechtigten die Ausübung des Wahlrechts unmöglich gemacht wird. Bereits nach der geltenden Rechtslage kommt die Verweisung von Wahlberechtigten aus dem Wahlraum nur als ultima ratio in Betracht. Der Wahlvorstand hat, soweit irgend möglich, der Person Gelegenheit zu geben, vor der Verweisung ihre Stimme abzugeben.³⁸ Das gilt auch bei „Maskenverweigerern“ in der Corona-Pandemie.

§ 4 Satz 3 ThürVorNWDG ist **nur so lange gerechtfertigt**, wie das Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung erforderlich ist, um der pandemischen Gefahr zu begegnen. Sofern der Landtag unter Berücksichtigung des infektiologischen Sachverständes die Prognose trifft, dass dies am 25. April 2021 noch der Fall sein wird, bestehen gegen § 4 Satz 3 ThürVorNWDG keine Bedenken. Die gesetzliche Regelung wird jedoch dann problematisch, wenn die Wahl doch zu einem späteren Zeitpunkt im Jahr 2021 stattfindet und die Einschränkung dann nicht mehr gerechtfertigt ist. Diesem „Risiko“ könnte der Landtag durch eine kurzfristige Aufhebung des § 4 Satz 3 ThürVorNWDG vor der Wahl begegnen. Alternativ sollte aber eine Verordnungsermächtigung zugunsten des für das Wahlrecht zuständigen Ministeriums erwogen werden, die entweder eine Abweichung von § 4 Satz 3 ThürVorNWDG ermöglicht oder überhaupt die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nase-Bedeckung in das verordnungsgeberische Ermessen stellt. Da es

³⁸ Vgl. Schneider, in: Pdk Thüringen, A-27, § 9 ThürKWG Erl. 7.

sich dabei um keine wesentliche Frage der Wahldurchführung handelt (vgl. Abschnitt II), erscheinen beide Wege gangbar, vorausgesetzt der Gesetzgeber kommt seiner Pflicht zur Formulierung eines hinreichend bestimmten Verordnungstatbestandes nach (Art. 84 Abs. 1 Satz 2 ThürVerf.)

Der statische Verweis auf die **Zweite Thüringer Infektionsschutz-Grundverordnung** in § 4 Satz 4 ThürVorNWDG begegnet keinen grundsätzlichen verfassungsrechtlichen Bedenken (**CDU-Frage 18**), da das in Bezug genommene Verordnungsrecht dadurch zu Gesetzesrecht wird; ein Außerkrafttreten der Rechtsverordnung berührt die Regelung also nicht. Ob alle in Bezug genommenen Vorschriften der Grundverordnung auch für das Wahlgeschehen adäquat sind, entzieht sich der juristischen Beurteilung im engen zeitlichen Korsett des Anhörungsverfahrens. Wie die Verweisung von „Maskenverweigerern“ darf auch der Ausschluss von Personen mit erkennbaren Symptomen einer COVID-19-Erkrankung (§ 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO) nicht zum faktischen Verlust des Wahlrechts führen. In keinem Fall darf die (notwendig laienhafte) Diagnose des Wahlvorstandes dazu führen, dass eine Person ihre Stimme nicht abgeben kann! Aus denselben Gründen ist die Anwendung von § 4 Nr. 5 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO problematisch, da er ein „unverzügliches“ Hausverbot bei Zuwiderhandlung gegen die Infektionsschutzregeln verlangt. Nicht nur ist das Verhältnis dieser Vorschrift zu § 32 Satz 2 ThürLWG unklar; auch die Rechtsfolge ist nicht mit den strengen Anforderungen an eine Verweisung aus dem Wahlraum kompatibel (s. o.).

Sofern der Landtag an der Verweisungstechnik festhält, sollten die einzelnen in Bezug genommenen Vorschriften der Grundverordnung auf ihre **wahlorganisatorische Adäquanz und wahlrechtliche Kompatibilität überprüft** werden. Diese Prüfung kann angesichts des Umfangs der Regelungen hier nicht geleistet werden. Alternativ ist zu erwägen, die wirklich notwendigen Vorschriften explizit in den Gesetzestext zu übernehmen oder zum möglichen Inhalt einer von dem für Wahlrecht zuständigen Ministerium zu erlassenden Rechtsverordnung über Infektionsschutzmaßnahmen bei der Landtagswahl zu erklären. Dabei sollten auch die Befugnisse des Wahlvorstandes und ihr Verhältnis zu § 32 ThürLWG klar definiert werden.

b) Briefwahl

aa) Grundsätzliche Bemerkungen

§ 5 Abs. 1 Satz 1 ThürVorNWDG schafft eine Rechtsgrundlage für die Anordnung, dass die Landtagswahl im gesamten Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises ausschließlich in Form einer Briefwahl durchgeführt wird. Die Vorschrift steht in einem Spannungsverhältnis mit der **Freiheit der Wahl** und dem **Wahlgeheimnis**, die Art. 46 Abs. 1 ThürVerf. in Übereinstimmung mit Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG zu Wahlrechtsgrundsätzen in Verfassungsrang erhebt. Denn bei der Briefwahl ist nicht in gleicher Weise wie bei der Präsenzwahl gewährleistet, dass der Wähler seinen Stimmzettel ohne Zwang und geheim ausfüllt. Außerdem konfligiert die Briefwahl mit

dem Grundsatz der **Öffentlichkeit der Wahl**, da die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe und die Integrität des Wahlvorgangs nicht gleichermaßen gewährleistet ist wie bei der Urnenwahl im Wahllokal.³⁹

Verfassungsrechtlich kommt es nicht so sehr auf Prognosen an, wie hoch die Gefahr von Beeinflussungen und Manipulationen ist, sondern darauf, dass der Staat sich durch die Briefwahl seiner **Schutz- und Kontrollmöglichkeiten** begibt. Er verlagert die Verantwortung für die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze von den staatlichen Wahlorganen auf die Wähler, die jedoch nicht in gleicher Weise imstande sind, sich gegen Einflussnahmen und Manipulationen zu wehren.⁴⁰ „Wahlen am Küchentisch“ bringen stets ein höheres Risiko der Wählerbeeinflussung mit sich, gegen das die entsprechenden Straftatbestände (schon aufgrund der geringen Aufklärungswahrscheinlichkeit) keinen hinreichenden Schutz bieten. Gerade das ist der Grund dafür, weshalb in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Wahlkabinen und Wahlurnen weltweite Verbreitung fanden. Sie prägen bis heute das verfassungsrechtliche „Leitbild der Urnenwahl“ im Wahllokal.⁴¹

Das Leitbild der Urnenwahl sichert zudem den **Charakter der Wahl als öffentliche Angelegenheit**, den das Bundesverfassungsgericht im Republikprinzip verortet: „In der Republik ist die Wahl Sache des ganzen Volkes und gemeinschaftliche Angelegenheit aller Bürger.“⁴² Dem entspricht es nicht nur, dass die Wahl von der Öffentlichkeit nachvollzogen werden kann,⁴³ sondern auch, dass die Wahl *in* der Öffentlichkeit stattfindet. Dadurch wird die repräsentative Demokratie, wie das Bundesverfassungsgericht hervorhebt, „in besonderer Weise sichtbar und erfahrbar“.⁴⁴ Durch den Gang ins Wahllokal verlässt der Wähler seine private Sphäre und begibt sich in die Öffentlichkeit. Er nimmt so an der Wahl als „gemeinschaftliche[r] Angelegenheit aller Bürger“ teil und bringt damit zugleich sichtbar seine Unterstützung für das demokratische System zum Ausdruck, das die Verfassungsordnung etabliert. Das Leitbild der Urnenwahl dient damit nicht nur den Wahlgrundsätzen der Verfassung, sondern bezieht sich zugleich auf die demokratische Kultur als unverzichtbare „Verfassungsvoraussetzung“.

Das Bundesverfassungsgericht hat die Einschränkung des verfassungsrechtlichen Leitbilds der Urnenwahl und der dahinterstehenden Prinzipien durch die Briefwahl nur akzeptiert, weil die Briefwahl auch solchen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl eröffnet, „die sich sonst aus gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen gehindert sähen, ihre Stimme im Wahllokal abzugeben“.⁴⁵ Die Briefwahl trägt dadurch dem **Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl** Rechnung, der ebenfalls in Verfassungsrang gewährleistet ist (Art. 46 Abs. 1 ThürVerf.). Der Ausgleich der Wahlrechtsgrundsätze untereinander ist in erster Linie Sache des Gesetzgebers, dessen Gestaltungsermessen

³⁹ BVerfGE 134, 25 (30) m. N. aus der Rspr.

⁴⁰ Vgl. BVerfGE 21, 200 (205).

⁴¹ BVerfGE 134, 25 (32).

⁴² BVerfGE 123, 39 (69).

⁴³ Wie von BVerfGE 123, 39 (69) gefordert.

⁴⁴ BVerfGE 134, 25 (32).

⁴⁵ BVerfGE 59, 119 (125).

erst bei einer „übermäßigen Einschränkung oder Gefährdung“ eines der Grundsätze überschritten ist.⁴⁶ Eine solche übermäßige Ausdehnung der Briefwahl zulasten der Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl konnte das Bundesverfassungsgericht bislang nicht erkennen. Selbst der gesetzgeberische Verzicht auf die Glaubhaftmachung von Gründen für die Erteilung eines zur Briefwahl berechtigenden Wahlscheins wurde in einer Entscheidung aus dem Jahr 2013 nicht beanstandet.⁴⁷ Das Gericht betonte jedoch, dass „eine deutliche Zunahme der Briefwähler mit dem verfassungsrechtlichen Leitbild der Urnenwahl [...] in Konflikt geraten kann“.⁴⁸

§ 5 ThürVorNWDG dient nicht in erster Linie der Förderung der Allgemeinheit der Wahl, sondern dem **Schutz von Gesundheit und Leben** angesichts einer pandemischen Bedrohung. Er hat damit dieselbe Stoßrichtung wie Art. 60a BayGLKrWG, der bei den am 29. März 2020 abgehaltenen kommunalen Stichwahlen in Bayern Briefwahl angeordnet hat.⁴⁹ Ob ein außerwahlrechtlicher Belang wie der Schutz vor Gesundheitsrisiken zur Einschränkung von Wahlrechtsgrundsätzen herangezogen werden kann, ist in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung noch nicht geklärt.⁵⁰ Das Bundesverfassungsgericht hält aber zumindest Einschränkungen des Öffentlichkeitsgrundsatzes aus anderen verfassungsrechtlichen Belangen als den Wahlrechtsgrundsätzen für möglich;⁵¹ ebenso die verfassungsrechtliche Literatur.⁵² Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat jüngst die Gleichstellung von Männern und Frauen „als Rechtfertigungsgrund für Beeinträchtigungen auch der Freiheit und Gleichheit der Wahl“ grundsätzlich anerkannt und betont, dass es keinen auf demokratische Belange beschränkten „numerus clausus von Rechtfertigungsgründen“ gebe.⁵³ Damit dürfte auch der verfassungsrechtlich verankerte Schutz von Leben und Gesundheit (Art. 3 Abs. 1 Satz 1 ThürVerf.; Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG) als Rechtfertigungsgrund für eine ausschließliche Briefwahl infrage kommen.

Auch bei einer Einschränkung der Wahlrechtsgrundsätze zum Schutz anderer verfassungsrechtlicher Belange ist der Gesetzgeber an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gebunden. Aufgrund der überragenden Bedeutung der Wahl für die Demokratie verbietet sich jedoch eine Abwägung nach Art der in Grundrechtsfragen üblichen „praktischen Konkordanz“. Vielmehr ist zu verlangen, dass die Einschränkung der Wahlrechtsgrundsätze **unabdingbar** ist, um das verfassungsrechtlich geschützte Gut vor einer schwerwiegenden Schädigung zu bewahren.⁵⁴ Es ist also ein strenger Maßstab an

⁴⁶ BVerfGE 59, 119 (125).

⁴⁷ BVerfGE 134, 25 (31 ff.) zur Europawahl.

⁴⁸ BVerfGE 134, 25 (32).

⁴⁹ Dazu ausf. Orlowski/Pohlmann, MIP 2020, 38 ff.

⁵⁰ Vgl. Butzer, in: BeckOK GG, Art. 38 Rn. 102a.

⁵¹ BVerfGE 123, 39 (75).

⁵² Morlok, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2015, Art. 38 Rn. 65; zur sog. „Zwangsbriefwahl“ in der Pandemie auch Butzer, in: BeckOK GG, Art. 38 Rn. 102a.

⁵³ ThürVerfGH, Urt. v. 15.07.2020 – VerfGH 2/29 – juris, Rn. 126 f.

⁵⁴ Vgl. Morlok, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2015, Art. 38 Rn. 65, der aber zugleich von „praktischer Konkordanz“ spricht.

die Verhältnismäßigkeitsprüfung anzulegen, um die demokratisch unverzichtbaren Wahlrechtsgrundsätze nicht einer beliebigen Einschränkung preiszugeben.

Ob die Risiken für Gesundheit und Leben infolge der Corona-Pandemie im April 2021 (oder später im Jahr 2021) so groß sein werden, dass die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl unabdingbar sein *kann*, sollte bereits im hiesigen Gesetzgebungsverfahren abgeschätzt werden. Denn die Schaffung einer entsprechenden Rechtsgrundlage in § 5 ThürVorNWDG kommt einer **Vorabentscheidung** dieser Grundfrage gleich, auch wenn die Anordnung im konkreten Fall dem Landeswahlausschuss nach Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands durch den Landtag bzw. die Landesregierung überlassen bleiben soll. Wenn der Gesetzgeber mit Blick auf die konkrete Pandemie und die konkrete Wahl eine Rechtsgrundlage schafft, schafft er rechtliche Fakten, die aus sich heraus gerechtfertigt sein müssen. Die Verlagerung der Letztentscheidung auf die Exekutive kann diese Rechtfertigungslast nur verringern, nicht aber beseitigen. Die Rechtswissenschaft wiederum kann die subjektiv-wertende politische Entscheidung dieser Frage nicht weiter anleiten und auch das Ergebnis einer etwaigen verfassungsgerichtlichen Überprüfung nicht zuverlässig prognostizieren. Eine etwas zugespitzte *rechtspolitische* Bemerkung sei aber gestattet:

Solange man bereit ist, das Gesundheitsrisiko hinzunehmen, das sich aus dem Einkauf im Supermarkt ergibt, kann man nicht ernsthaft erwägen, die Stimmabgabe an der Urne zu verbieten. Wie der Supermarkteinkauf den Grundbedürfnissen des Einzelnen dient die Präsenzwahl den Grundbedürfnissen der Demokratie.

Bei der Abwägung ist außerdem zu berücksichtigen, dass **niemand zur Stimmabgabe im Wahllokal gezwungen** ist. Die Briefwahl ist bereits jetzt ohne Angabe von Gründen möglich. Es ist daher auch nicht zu befürchten, dass die Allgemeinheit der Wahl durch das Festhalten an der Möglichkeit (!) der Präsenzwahl beeinträchtigt werden würde. Daher ergibt es auch keinen Sinn, wenn § 5 Abs. 2 Satz 1 ThürVorNWDG für den „wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand“ unter anderem darauf abstellt, dass es „für die Wahlberechtigten unzumutbar ist, zum Zwecke der Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen“ (dazu unter cc). Wer diese demokratische „Zumutung“ im Angesicht der Pandemie nicht auf sich nehmen will, kann bereits nach der geltenden Rechtslage seine Stimme im Wege der Briefwahl abgeben (§ 36 ThürLWG).

bb) § 5 Abs. 1 ThürVorNWDG: Anordnung der ausschließlichen Briefwahl

Sofern der Landtag trotz der vorstehenden Bedenken an der Möglichkeit einer „ausschließlichen Briefwahl“, d. h. eines Ausschlusses der Urnenwahl, festhalten sollte, verfolgt § 5 Abs. 1 ThürVorNWDG immerhin ein **abgestuftes Regelungskonzept**, das Briefwahl-Anordnungen zunächst für Teile von Wahlkreisen, sodann für Wahlkreise und erst zuletzt für das gesamte Wahlgebiet vorsieht. Eine solche Abstufung kann in einer Abwägung der Wahlrechtsgrundsätze mit dem Gesundheitsschutz zugunsten der Einschränkung berücksichtigt werden.

Inwieweit eine örtlich begrenzte Briefwahlanordnung wahlorganisatorisch praktikabel ist, entzieht sich der rechtswissenschaftlichen Beurteilung. Allgemein dürfte die **Praktikabilität** einer Briefwahl-Anordnung mit der zeitlichen Nähe zur Wahl abnehmen. Eine Anordnung wenige Tage vor der Wahl muss schon aufgrund der Postlaufzeiten ausscheiden. Um die Allgemeinheit der Wahl nicht zu gefährden, muss sichergestellt sein, dass die Briefwahlunterlagen die Wähler so rechtzeitig erreichen, dass diese ihren Wahlbrief ohne größere Mühen rechtzeitig absenden können. Zwar ist der zeitliche Aspekt bereits nach der vorliegenden Fassung bei der Ermessensentscheidung des Landeswahlausschusses gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 ThürVorNWDG zu beachten. Jedoch sollte der Landtag – nach Einholung der entsprechenden wahlorganisatorischen Expertise – den letztmöglichen Zeitpunkt festlegen, an dem eine Briefwahl-Anordnung erlassen werden kann. Es handelt sich um eine wesentliche Frage, die der Gesetzgeber selbst zu regeln hat und nicht der Exekutive überlassen darf (ausf. zum Wesentlichkeitsgrundsatz in Abschnitt II).

Ebenso wesentlich ist die Frage, wie bei der flächendeckenden Übersendung von Briefwahlunterlagen mit den Briefwahlunterlagen und Wahlbriefen zu verfahren ist, die bereits vor der Anordnung der ausschließlichen Briefwahl versandt wurden bzw. eingegangen sind. In jedem Fall sollte der Gesetzgeber Vorkehrungen dagegen treffen, dass **Wähler zweimal ihre Stimme abgeben** oder diese **zweimal gewertet** werden. Wird die ausschließliche Briefwahl zu einem Zeitpunkt angeordnet, zu dem bereits Briefwahlunterlagen versandt wurden, möglicherweise sogar Wahlbriefe eingegangen sind, muss klar sein, wie mit den bereits versandten Unterlagen bzw. eingegangenen Wahlbriefen zu verfahren ist. Das Risiko, dass ein Wähler zweimal Briefwahlunterlagen erhält und folglich zwei Wahlbriefe absenden kann, ist so weit wie möglich auszuschließen. Ob es zweckmäßig ist, nach Anordnung der Briefwahl die bereits versandten Briefwahlunterlagen bzw. Wahlbriefe für „ungültig“ zu erklären und allen Wählern im betroffenen Gebiet (neue) Briefwahlunterlagen zukommen zu lassen, entzieht sich der juristischen Beurteilung. Bedacht werden sollte bei einem solchen Prozedere – das aufgrund seiner Wesentlichkeit ebenfalls gesetzlich zu regeln wäre! – der „Frustrationseffekt“, der dadurch eintreten kann, dass ein Wähler, der bereits gewählt hat, nicht erneut seine Stimme abgeben möchte. Je nachdem, wie hoch ein solcher Effekt zu taxieren ist, würde eine „Einziehung“ bereits ausgestellter Briefwahlunterlagen bzw. die Ungültigerklärung bereits abgegebenen Stimmen die Allgemeinheit der Wahl ernstlich gefährden.

cc) § 5 Abs. 2 ThürVorNWDG: Wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand

Voraussetzung für den Erlass einer Briefwahlanordnung ist die Feststellung eines **wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands** nach den Absätzen 2 und 3. Die Legaldefinition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands in § 5 Abs. 2 Satz 1 ThürVorNWDG orientiert sich an der Definition des (allgemeinen) „Gesundheitsnotstands“ in Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes aus dem März 2020. Während die bayerische Regelung darauf abstellt, dass durch die übertragbare Krankheit „die Versorgungssicherheit durch das öffentliche Gesundheitswesen und die Gesundheit oder

das Leben einer Vielzahl von Menschen ernsthaft gefährdet erscheint“, erfasst der vorliegende Gesetzentwurf Situationen, in denen „Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte ernsthaft gefährdet erscheint und es für die Wahlberechtigten unzumutbar ist, zum Zwecke der Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen“. Gesundheitsgefahr und Unzumutbarkeit müssen also kumulativ vorliegen.

Eine **spezifisch wahlrechtliche Konzeption** des Gesundheitsnotstands, wie § 5 Abs. 2 ThürVorNWVG sie verfolgt, ist zwar angesichts des Regelungszwecks angebracht. Es muss jedoch bezweifelt werden, ob die gewählte Definition diesen Zweck kohärent verfolgt, mithin den Anforderungen der Erforderlichkeit als Aspekt der Verhältnismäßigkeit genügt. Wie oben bereits angemerkt, steht die Frage der Zumutbarkeit des Aufsuchens eines Wahllokals nämlich in keinem sinnvollen Zusammenhang zur Anordnung der Briefwahl, da sich jeder Wähler selbst der „Zumutung“ durch die Beantragung eines Wahlscheins entziehen kann. Die Briefwahl ist bereits nach der geltenden Rechtslage ohne die Angabe von Gründen möglich! Das Kriterium der Unzumutbarkeit für den Wähler bezieht sich – anders als die Entwurfsbegründung ausführt (S. 12) – auch nicht auf die „spezifischen wahlrechtlichen und organisatorischen Auswirkungen, die durch die Pandemielage verursacht worden sind“. Es nimmt vielmehr ein Dilemma („Pflichtenkollision“) des Einzelnen in den Blick, das aber überhaupt nicht entstehen kann, da niemand zur Stimmabgabe an der Urne gezwungen ist.

Würde das unbrauchbare Kriterium der Unzumutbarkeit ersatzlos gestrichen, verlöre der „wahlrechtliche“ Gesundheitsnotstand jeden **Bezug zur Wahl**. Es bliebe bei der allgemeinen Voraussetzung, dass „Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte ernsthaft gefährdet“ erscheinen. Dieses Kriterium weist jedoch aus sich heraus keinen Bezug zum Wahlgesehehen auf. Die Feststellung des „wahlrechtlichen“ Gesundheitsnotstands wäre danach in jeder pandemischen Lage tatbestandlich zulässig. Denn eine übertragbare Krankheit wie Covid 19 gefährdet zu jeder Zeit „ernsthaft“ „Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen“, zumal wenn es genügen soll, dass sie nicht nur entsprechend zahlreich oder schwer auftritt, sondern aufzutreten droht (Prognose!). § 5 Abs. 2 Satz 2 ThürVorNWVG vermag als beispielhafte Erwähnung eines typischen Falls den Tatbestand nicht einzugrenzen, da das Verbot von „Zusammenkünften jeglicher Art“ ebenfalls keinen spezifischen Bezug zur Wahl aufweist. Der Bezug kann auch nicht erst durch die Feststellung des Landtags oder der Landesregierung im konkreten Fall hergestellt werden, da der Gesetzgeber aufgrund des Wesentlichkeitsgrundsatzes bereits im Gesetz die entscheidenden Kriterien benennen muss.

Statt der „Unzumutbarkeit“ der Stimmabgabe im Wahllokal für die Wähler dürfte der Gesetzgeber eigentlich die **negativen Auswirkungen einer Präsenzwahl auf das Pandemiegeschehen** vor Augen haben. Wenn dem so ist, muss dieses Kriterium Eingang in die gesetzliche Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands finden. Das Kriterium der Zumutbarkeit vermag diesen Aspekt nicht zu erfassen, da es nicht um die

Zumutbarkeit für den einzelnen Wahlberechtigten geht, sondern darum, dass die Anwesenheit von Wählern (sowie Wahlhelfern und Beobachtern) im Wahllokal die Übertragung des Erregers derart zu befördern droht, dass es für den Schutz von Gesundheit und Leben schlechthin unabdingbar ist, die Präsenzwahl auszuschließen und die Wahlberechtigten auf die Briefwahl als einzig zulässige Form der Stimmabgabe zu verweisen. § 5 Abs. 2 Satz 1 ThürVorNWDG könnte zu diesem Zweck wie folgt formuliert werden:

Ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im gesamten Wahlgebiet, einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises die Durchführung der Wahlhandlung in Wahlräumen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte derart zur Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) beizutragen droht, dass der Ausschluss der Stimmabgabe im Wahlraum unabdingbar ist, um die Versorgungssicherheit im öffentlichen Gesundheitswesen aufrechtzuerhalten.

Die Grundkonzeption der regionalen Gliederung und des Vorrangs des Infektionsschutzes bleibt erhalten. Statt auf irgendeine Krankheit nach dem Infektionsschutzgesetz wird – wie im neuen § 28a IfSG – explizit auf COVID-19 abgestellt. Außerdem wird angelehnt an Art. 1 Abs. 1 Satz 1 BayIfSG die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im öffentlichen Gesundheitswesen als Ziel ausgewiesen. Denn nur vermittelt durch diese Kapazitätsbetrachtung ist der Gesundheits- und Lebensschutz einer sachgerechten rechtlichen Berücksichtigung zugänglich. Das Abstellen auf „Leben und Gesundheit“ ist viel zu pauschal, um die verfassungsrechtlich gebotene Abwägung anzuleiten. Mit dem „Ausschluss der Stimmabgabe im Wahlraum“ wird der Gesundheitsnotstand für das Wahlrecht spezifiziert. Das Kriterium der Unabdingbarkeit spiegelt die strengsten Anforderungen der Verhältnismäßigkeit wider.

§ 5 Abs. 2 Satz 2 ThürVorNWDG sollte entfallen, da das Verbot von Zusammenkünften jeglicher Art keinen Zusammenhang zum Wahlgesehehen aufweist und daher zur spezifisch wahlrechtlichen Konkretisierung des Gesundheitsnotstands nichts beitragen kann.

dd) § 5 Abs. 3 ThürVorNWDG: Zuständigkeiten und Verfahren

Der Gesetzentwurf differenziert bei der Zuständigkeit für die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands nach dem Kriterium der regionalen Betroffenheit. Es erscheint jedoch angebracht, dass der **Landtag als demokratisch unmittelbar legitimiertes Organ** nicht nur im Fall eines landesweiten, sondern auch im Fall eines regional begrenzten Gesundheitsnotstands diesen feststellt. Es ist kein Grund dafür ersichtlich, weshalb die Landesregierung insoweit eine „bessere“ Entscheidung treffen könnte. Vielmehr werden dadurch verfassungsrechtliche Fragen der Gleichbehandlung aufgeworfen, die sich durch eine Konzentration der Entscheidungsgewalt beim Landtag von vornherein vermeiden lassen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass der Landeswahlausschuss, der im zweiten Schritt die Briefwahlordnung ausspricht, demokratisch nur schwach legitimiert ist. Könnte die Briefwahl für einen Teil des Wahlgebiets allein

im Zusammenspiel von Landesregierung und Landeswahlausschuss angeordnet werden, steht die ausreichende demokratische Legitimation dieser Entscheidung zumindest in Zweifel. Die Beteiligung des Gesundheitsausschusses des Landtages ändert daran wenig. Abgesehen davon erscheint es – sofern der Landtag an der vorgeschlagenen Regelung festhält – zweckmäßig, auch den Innenausschuss zu beteiligen, da die von § 5 Abs. 2 ThürVorNWDG verlangte Prognose wahlspezifische Aspekte umfasst (und umfassen muss!). Außerdem sollte die obligatorische Anhörung des Landeswahlleiters erwogen werden, um dessen wahlorganisatorische Expertise bei der Entscheidung berücksichtigen zu können.

§ 5 Abs. 3 ThürVorNWDG könnte wie folgt formuliert werden:

Der Landtag stellt den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand nach Anhörung des Landeswahlleiters und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der infektionsepidemiologischen Auswertungen des Robert Koch-Institutes gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 Infektionsschutzgesetz fest. Über die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands sowie die wesentlichen Gründe der Entscheidung ist der Landeswahlleiter unverzüglich zu unterrichten.

II. Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

Art. 2 des Gesetzentwurfs ändert § 8 und § 72 des Thüringer Landeswahlgesetzes. Aufgrund der verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit der Änderung des § 8 ThürLWG nach dem Vorbild des Bundeswahlrechts (Art. 2 Nr. 1), beschränkt sich die Stellungnahme auf die verfassungsrechtliche Bewertung der Änderung des § 72 ThürLWG (Art. 2 Nr. 2).

1. Vorbemerkung

Der neue Absatz 4 des § 72 ThürLWG trifft mit einer Verordnungsermächtigung Vorkehrungen für den Fall, dass infolge einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt die Durchführung von Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerbern durch die Parteien ganz oder teilweise unmöglich wird. Auf die „verabredete“ Neuwahl im April 2021 soll diese Vorschrift keine Anwendung finden, da Art. 1 des Gesetzentwurfs als *lex specialis* vorgeht. Zur Beantwortung der **politischen Frage**, ob es empfehlenswert ist, eine solche Regelung im vorliegenden Gesetzgebungsverfahren zu beraten, kann die Rechtswissenschaft nichts beitragen (**CDU-Frage 23**). Die nachstehenden verfassungsrechtlichen Bedenken gegen „Ob“ und „Wie“ der Verordnungsermächtigung legen jedoch nahe, dass die Frage, wie mit Force-Majeure-Fällen bei der Wahlvorbereitung umzugehen ist, einer eingehenden parlamentarischen Beratung bedarf, die Alternativvorschläge ernsthaft in Betracht zieht. Sofern der Landtag sich angesichts des Zeitdrucks des vorliegenden Gesetzgebungsverfahrens außerstande sieht, diese eingehende Beratung zu leisten, **empfiehlt es sich Art. 2 Nr. 2 des Gesetzentwurfs zu streichen.**

2. „Ob“ der Verordnungsermächtigung

Der Gesetzgeber kann die Regelung einzelner wahlrechtlicher Fragen der Exekutive überlassen. Im Grundsatz spricht daher nichts gegen die hier gewählte Lösung, das für das Wahlrecht zuständige Ministerium zum Erlass einer Rechtsverordnung zu ermächtigen, um den Auswirkungen von Naturkatastrophen oder ähnlichen Ereignissen höherer Gewalt auf die Kandidatenaufstellung durch die Parteien zu begegnen. Die Delegationskompetenz des Landtags ist durch Art. 84 Abs. 1 Satz 2 ThürVerf. beschränkt, wonach das ermächtigende Gesetz Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung bestimmen muss. Eine weitere Grenze ergibt sich aus dem verfassungsrechtlichen **Grundsatz der Wesentlichkeit**, nach dem der Gesetzgeber alle wesentlichen Fragen selbst regeln muss.⁵⁵ Obwohl die Wesentlichkeitstheorie keine trennscharfen Kriterien anbietet, steht außer Zweifel, dass das Wahlrecht aufgrund seiner konstitutiven Bedeutung für das parlamentarisch-demokratische Systems zu den grundlegenden normativen Bereichen gehört, in denen der Gesetzgeber zur Regelung der wesentlichen Fragen aufgerufen ist.

Dem entspricht es, dass die Wahlgesetze des Bundes und der Länder der Exekutive nur die Regelung formaler und organisatorischer Fragen der Wahldurchführung überlassen (vgl. § 71 ThürLWG), die entscheidenden prozeduralen und materiellen Regelungen hingegen selbst treffen. Die bestehenden Verordnungsermächtigungen umfassen daher auch nicht die Kandidatenaufstellung durch die Parteien. Der Ordnungsgeber kann derzeit lediglich Durchführungsbestimmungen über Einreichung, Inhalt und Form der Wahlvorschläge, ihre Prüfung, Zulassung, die Beseitigung von Mängeln, Rechtsbehelfe und die Bekanntgabe der Wahlvorschläge treffen (§ 71 Abs. 1 Nr. 9 ThürLWG). Die Aufstellung selbst wird hingegen im Wahlgesetz (§§ 23, 29 ThürLWG) und ergänzend in den Satzungen der Parteien geregelt. Das entspricht der **Bedeutung der Kandidatenaufstellung als „wesentliche Grundlage für den demokratischen Wahlvorgang“**⁵⁶ sowie der verfassungsrechtlich garantierten **Autonomie der Parteien** (Art. 21 Abs. 1 GG). Prozedurale und materielle Fragen der Kandidatenaufstellung können daher grundsätzlich nicht der Exekutive zur Regelung überlassen werden. Ob und inwieweit für Force-Majeure-Fälle eine Ausnahme von diesem Grundsatz anzuerkennen ist, ist differenziert zu beantworten.⁵⁷

Allein aus dem **Zeitdruck**, der in kurzfristig eintretenden Fällen höherer Gewalt entstehen kann, ergibt sich jedenfalls **noch keine Rechtfertigung** für eine Delegation. Denn das vorliegende Gesetzgebungsverfahren belegt anschaulich, dass der Landtag auch in Krisensituationen zu einer eigenständigen Regelung in der Lage ist. Obwohl nicht

⁵⁵ Vgl. Kotzur, in: von Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 20 Rn. 156 ff.; zur Abgrenzung vom verordnungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz, der nicht eins zu eins auf die Länder übertragbar ist, vgl. Wallrabenstein, a. a. O., Art. 80 Rn. 43 f.; vgl. auch ThürVerfGH, Ur. v. 16.12.2020 – 14/18 –, juris, Rn. 103 f., der die Rspr. des BVerfG zum Bestimmtheitsgrundsatz als besondere Ausprägung des Wesentlichkeitsgrundsatzes übernimmt.

⁵⁶ v. Notz, VerfBlog, 19.10.2020, (URL = < <https://verfassungsblog.de/its-democracy-stupid/> >); DOI: 10.17176/20201019-233516-0).

⁵⁷ Vgl. v. Notz, VerfBlog, 19.10.2020, (URL = < <https://verfassungsblog.de/its-democracy-stupid/> >); DOI: 10.17176/20201019-233516-0).

jeder Regelungsvorschlag des Gesetzentwurfs unbesehen angenommen werden sollte, ist das Neuwahlgesetz 2021 doch – nach den vorgeschlagenen Anpassungen – geeignet, den Erschwernissen der pandemischen Krise zu begegnen. Es ist nicht ersichtlich, weshalb der Landtag in künftigen Krisensituationen nicht erneut auf eine solche Maßnahmegesetzgebung zurückgreifen könnte, zumal er nach Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs bereits über Erfahrungswerte verfügt.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass § 74 Abs. 4 ThürLWG-E grundsätzlich davon ausgeht, dass der **Landtag** in der Krisensituation **handlungsfähig** ist. Denn Satz 1 macht die Verordnungsermächtigung von der Feststellung des Landtages abhängig, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist. Wenn der Landtag aber in der Lage ist, einen solchen Beschluss zu fassen, kann er auch – ggf. unter Kürzung der Fristen (§ 66 GeschO) – ein Maßnahmegesetz für die anstehende Wahl beschließen und dadurch von den bestehenden Regelungen des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung abweichen.

Nur für den Fall, dass der Landtag selbst nicht mehr handlungsfähig ist, kann daher eine Verordnungsermächtigung den Anforderungen des Wesentlichkeitsgrundsatzes genügen. Diesen Fall erfasst Art. 74 Abs. 4 Satz 2 ThürLWG-E, indem er die erforderliche Feststellung dem Wahlprüfungsausschuss zuweist. Die Voraussetzung, dass einem rechtzeitigen Zusammentritt des Landtages unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen oder der Landtag nicht beschlussfähig ist, begrenzt den Anwendungsbe-
reich auf die Fälle, in denen auch an eine Maßnahmegesetzgebung nicht mehr zu denken ist. Nur dieser Teil der Verordnungsermächtigung sollte daher im Gesetzgebungsverfahren weiterverfolgt werden.

Zugunsten der vorgeschlagenen Gesamtregelung kann auch nicht ins Feld geführt werden, dass der Bundesgesetzgeber mit **§ 52 Abs. 4 BWahlG** eine vergleichbare Regelung getroffen hat. Gegen diese Vorschrift bestehen aus den genannten Gründen erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken,⁵⁸ die die Vorschrift als ein denkbar ungeeignetes „Vorbild“ für eine landesrechtliche Regelung erscheinen lassen. Dass auch andere Länder diese fragwürdige bundesrechtliche Norm „abschreiben“,⁵⁹ sollte nicht als Beleg für deren Verfassungskonformität (miss-)verstanden werden. Vielmehr entspricht es in manchen Ländern schlicht der Üblichkeit, Vorschriften des Bundeswahlrechts weitgehend unbesehen in das eigene Wahlrecht zu übernehmen.⁶⁰

⁵⁸ Vgl. v. Notz, VerBlog, 19.10.2020, (URL = < <https://verfassungsblog.de/its-democracy-stupid/> >; DOI: 10.17176/20201019-233516-0); Kingreen, Ito v. 21.10.2020, (URL = < <https://www.ito.de/recht/hintergruende/h/corona-krise-parlament-ermaechtigung-verordnungen-verfassungsrecht-pandemie-covid-19-regieren/> >). Wenig aussagekräftig ist dagegen die Einschätzung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, WD 3-3000-178/20, die (offenbar) die Regelung des Aufstellungsverfahrens durch den Ordnungsgeber für grundsätzlich zulässig hält und verfassungsrechtliche Anforderungen bzgl. des „Wie“ der Ermächtigung skizziert.

⁵⁹ Gesetzentwurf der Landesregierung NRW v. 3.11.2020, LT-Drs. 17/11681.

⁶⁰ Vgl. Kaiser/Michl, in: dies. (Hrsg.), Landeswahlrecht, 2020, S. 481 (483 ff.).

3. „Wie“ der Verordnungsermächtigung

a) (Kein) Zustimmungserfordernis

Ausweislich der Entwurfsbegründung ist § 72 Abs. 4 ThürLWG-E dem inzwischen in Kraft getretenen § 52 Abs. 4 BWahlG „nachgebildet“. Nicht übernommen wurde das im Bundesrecht vorgesehene **Zustimmungserfordernis** des Parlaments, das die Verordnungsermächtigung ad absurdum führt, drängt sich doch die Frage auf: „[W]arum kann der Bundestag ein von ihm selbst erlassenes Gesetz nicht auch selbst ändern, statt einer ministeriellen Rechtsverordnung zuzustimmen, die von diesem abweicht?“⁶¹ Sofern § 72 Abs. 4 ThürLWG-E auf das unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten zulässige Maß begrenzt wird (Handlungsunfähigkeit des Landtags), sollte jedoch entsprechend dem bundesrechtlichen „Vorbild“ der Erlass der Verordnung von der Zustimmung des Wahlprüfungsausschusses abhängig gemacht werden. So wird zumindest eine basale Mitwirkung der gesetzgebenden Gewalt an der Abweichung vom geltenden Wahlrecht sichergestellt. Da § 72 Abs. 4 Satz 2 ThürLWG-E davon ausgeht, dass der Wahlprüfungsausschuss handlungsfähig ist, stehen seiner weiteren Beteiligung am Prozess der Verordnungsgebung auch keine faktischen Hindernisse entgegen.

b) Unmöglichkeit von Präsenzversammlungen

§ 72 Abs. 4 ThürLWG ist auf den Fall zugeschnitten, dass infolge eines Ereignisses höherer Gewalt die Durchführung von Parteiversammlungen zur Wahl von Delegierten und Wahlbewerbern (§ 23 ThürLWG) **ganz oder teilweise unmöglich** sind. Ob diese „Unmöglichkeit“ überhaupt eintreten kann, ist bereits zweifelhaft. Zu § 52 Abs. 4 BWahlG wurde zutreffend bemerkt: „Tatsächliche Unmöglichkeit wird kaum je vorliegen, jedenfalls nicht pauschal für alle politischen Parteien und alle Aufstellungsversammlungen, denn die einen haben vielleicht besonders viele Mitglieder, die anderen besonders alte, die dritten haben Schwierigkeiten, einen ausreichend großen Versammlungsraum zu finden oder ihn zu bezahlen. Gleiches gilt für die rechtliche Unmöglichkeit – unterstellt, dass es eine solche überhaupt geben kann, auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes also wahlrechtliche Regelungen suspendiert und Parteiaufstellungsversammlungen untersagt werden können.“⁶² – Die angesprochene Suspension wahlrechtlicher Vorschriften durch eine auf das Bundes-Infektionsschutzgesetz gestützte Verordnung oder Verfügung muss bei Landtagswahlen bereits aufgrund der fehlenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Landeswahlrecht ausscheiden.⁶³ Unklar ist schließlich, worauf sich die „Teilunmöglichkeit“ bezieht: „Reicht es [...], dass eine Partei betroffen ist, um die *teilweise* Unmöglichkeit für alle festzustellen? Oder muss die Unmöglichkeit – *soweit erforderlich* – je nach regionalem Infektionsgeschehen für

⁶¹ Kingreen, Ito v. 21.10.2020, (URL = < <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/corona-krise-parlament-ermaechtigung-verordnungen-verfassungsrecht-pandemie-covid-19-regieren/> >)

⁶² v. Notz, VerfBlog, 19.10.2020, (URL = < <https://verfassungsblog.de/its-democracy-stupid/> > ; DOI: 10.17176/20201019-233516-0).

⁶³ Vgl. Gietl/Michl, Ito, 20.3.2020 (URL = < <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/corona-bayern-kommunalwahl-stichwahl-anordnung-briefwahl-rechtswidrig/> >) zur entsprechenden Situation bzgl. der Anordnung der Briefwahl in Bayern. Der Bayerische Landtag hat auf die Kritik hin eine gesetzliche Grundlage für die Anordnung geschaffen.

jede Versammlung einer jeden Partei gesondert festgesetzt werden?“⁶⁴ Die Unmöglichkeit im Sinne der Verordnungsermächtigung ist selbst „[e]in Ding der Unmöglichkeit“.⁶⁵ Diese Einschätzung wird dadurch bestätigt, dass weder der Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD⁶⁶ noch die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages⁶⁷ den entscheidenden Begriff der Unmöglichkeit näher konkretisieren. Das kann aufgrund der Inadäquanz des Unmöglichkeitsbegriffs für das Regelungsziel der Verordnungsermächtigung nicht verwundern.

Da das zentrale Tatbestandsmerkmal der Verordnungsermächtigung unbestimmt ist, **verstößt die vorgeschlagene Regelung gegen das Bestimmtheitsgebot des Art. 84 Abs. 1 Satz 2 ThürVerf.** Dieser Verstoß kann auch nicht etwa dadurch „geheilt“ werden, dass die Unmöglichkeit von Versammlungen durch den Landtag oder den Wahlprüfungsausschuss festgestellt wird. Das Bestimmtheitsgebot verlangt nämlich, dass bereits dem Gesetz zu entnehmen ist, unter welchen Voraussetzungen die Exekutive von der Ermächtigung Gebrauch machen kann (Vorhersehbarkeit).⁶⁸ Ein feststellender Landtags(ausschuss)beschluss enthebt nicht von diesem Erfordernis.

Welches Kriterium stattdessen als Anknüpfungspunkt für eine Verordnungsermächtigung gewählt werden sollte, bedarf der vertieften parlamentarischen Erörterung, die hier nicht vorweggenommen werden kann. Anstatt auf die Unmöglichkeit von Versammlungen abzustellen, könnte man etwa fragen, ob es den Parteien infolge des Force-Majeure-Ereignisses **unzumutbar** ist, Aufstellungsversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 ThürLWG, also Versammlungen unter Anwesenden, durchzuführen. Das Kriterium der Unzumutbarkeit ist einerseits flexibel genug, um die Auswirkungen verschiedener Arten von Naturkatastrophen und ähnlichen Ereignissen zu erfassen. Andererseits verlangt es nach einer Abwägung aller relevanten Umstände der Krisensituation. Im Falle einer Pandemie müssten so etwa die Möglichkeit von Infektionsschutzmaßnahmen und die Hinnehmbarkeit des Infektionsrisikos berücksichtigt werden. Auch Gesichtspunkte wie organisatorische Erschwernisse oder die zu erwartende Teilnehmerzahl müssen in die Abwägung Eingang finden.

c) Abweichungsmöglichkeiten

Satz 3 lässt ganz allgemein eine **Abweichung** vom Landeswahlgesetz, von der Landeswahlordnung und (sofern es nicht rechtzeitig geändert werden kann) vom Satzungsrecht der Parteien zu und listet in vier Nummern nur beispielhaft Abweichungsmöglichkeiten auf. Das wird den Anforderungen des Wesentlichkeitsgrundsatzes nicht gerecht, da der Gesetzgeber in der Lage ist, die Abweichungsmöglichkeiten präziser zu umschreiben. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages bemerken dazu, es erscheine „in Anbetracht der Verschiedenartigkeit der von der Ermächtigung erfassten

⁶⁴ v. Notz, VerfBlog, 19.10.2020, (URL = < <https://verfassungsblog.de/its-democracy-stupid/> >; DOI: 10.17176/20201019-233516-0).

⁶⁵ v. Notz, VerfBlog, 19.10.2020, (URL = < <https://verfassungsblog.de/its-democracy-stupid/> >; DOI: 10.17176/20201019-233516-0).

⁶⁶ BT-Drs. 19/20596.

⁶⁷ WD 3-3000-178/20.

⁶⁸ Wallrabenstein, in: von Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 80 Rn. 42 f.

Situationen (Naturkatastrophen und ähnliche Ereignisse höherer Gewalt) sinnvoll, keine detaillierte Vollregelung zu erlassen, sondern der Exekutive einen Spielraum zu eröffnen, welche konkreten Abweichungen von den Bestimmungen zur Kandidatenaufstellung geeignet und erforderlich sind, um die Benennung der Kandidaten zu ermöglichen, wenn Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich sind“.⁶⁹ Diese Einschätzung ist indes nur auf den ersten Blick plausibel. Bei näherem Hinsehen erweist sich der vermeintlich notwendige Gestaltungsspielraum der Exekutive als Konsequenz des unbestimmt gefassten Verordnungstatbestandes. Weil unklar ist, wann eine Versammlung „unmöglich“ ist, lässt sich auch nicht sagen, welche Maßnahmen getroffen werden müssen.

Wird das unbrauchbare Kriterium der „Unmöglichkeit“ von Versammlungen aufgegeben und durch ein Kriterium ersetzt, das den Anforderungen des Bestimmtheitsgrundsatzes genügt, lassen sich davon ausgehend auch **präzise Vorgaben** für den Inhalt der abweichenden Rechtsverordnung machen. So sollte der Verordnungsgeber auf einen Katalog von Handlungsmöglichkeiten („**numerus clausus**“) beschränkt sein, die vom Gesetzgeber klar umschrieben sind. Eine bloß beispielhafte Aufzählung von Abweichungsmöglichkeiten genügt den Grundsätzen der Bestimmtheit und Wesentlichkeit angesichts der fundamentalen Bedeutung der Kandidatenaufstellung für die Vorbereitung der Wahl nicht. Da jede Abweichung vom Leitbild der Präsenzversammlung eine Beeinträchtigung der innerparteilichen Demokratie darstellt (s. o.), sollte der Katalog zudem eine Stufenfolge zum Ausdruck bringen, wonach weniger beeinträchtigende Maßnahmen vor stärker beeinträchtigenden Maßnahmen zu treffen sind (Erforderlichkeit). Den Orientierungspunkt bildet dabei die Präsenzversammlung, auf der alle Kandidaten die Chance haben, sich und ihr Programm den Mitgliedern/Delegierten vorzustellen, und daraufhin in einer Wahl, die den allgemeinen Wahlrechtsgrundsätzen genügt, gewählt werden.

Das mildeste Mittel in einer solchen **Stufenfolge** könnte die oben vorgeschlagene Fassung des § 2 Abs. 2 ThürVorNWDG bilden, wonach die Bewerber in audiovisuell miteinander verbundenen Teilversammlungen gewählt werden können. Beispielhaft ist diese Variante bereits in § 72 Abs. 4 Satz 3 Nr. 2 ThürLWG-E aufgeführt, wobei die Formulierung („elektronische Kommunikation“) aus dem Prinzip der innerparteilichen Demokratie nicht genügt, da sie keine synchrone Bild- und Tonübertragung verlangt (s. o.). § 72 Abs. 4 Satz 3 Nr. 3 ThürLWG entfernt sich mit der vorgesehenen „virtuellen“ Mitgliederversammlung einen Schritt weiter vom Leitbild der Präsenzversammlung und könnte daher die zweite Stufe bilden. Unverzichtbar ist auch hier eine synchrone Bild- und Tonübertragung. Außerdem sollte der irreführende Begriff der „Schlussabstimmung“ (s. o.) vermieden und stattdessen klargestellt werden, dass die Wahl der Kandidaten nicht elektronisch erfolgen kann. Für Listenaufstellungen erscheint diese Variante daher wenig praktikabel (s. o.), sie könnte aber für die Aufstellung von Wahlkreis-kandidaten Anwendung finden.

⁶⁹ WD 3-3000-178/20, S. 7.

Neben der Durchführung von virtuell verbundenen Teilversammlungen (Stufe 1) und rein virtuellen Versammlungen (Stufe 2) besteht für die in § 74 Abs. 4 Satz 3 Nr. 1 ThürLWG-E vorgesehene **Reduzierung der Vertreterzahl und Ersetzung der Mitglieder durch eine Vertreterversammlung** kein sinnvoller Anwendungsbereich. Die damit einhergehenden Eingriffe in die innerparteiliche Demokratie (Abweichung von der Satzung ohne Parteitagsbeschluss!) sind **nicht erforderlich**, da jedenfalls virtuelle Versammlungen auch mit einer größeren Teilnehmerzahl durchgeführt werden können. Die in § 74 Abs. 4 Satz Nr. 4 ThürLWG-E vorgesehene Wahl von Wahlbewerbern und Vertretern im Wege der Briefwahl oder einer Kombination aus Urnen- und Briefwahl ist nur als (notwendige) Ergänzung zur virtuellen Mitgliederversammlung akzeptabel. Verzichtet werden kann auf diese Versammlung nicht.

4. Regelungsvorschlag

Sofern sich der Landtag entscheidet, eine Verordnungsermächtigung zu beschließen, könnte diese wie folgt formuliert werden:

(4) ¹Um die Benennung von Wahlbewerbern durch die Parteien im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt zu gewährleisten, wird das für Wahlrecht zuständige Ministerium ermächtigt, abweichend von § 23 Abs. 1 und den Satzungen der Parteien zu bestimmen, dass

1. Mitglieder- und Vertreterversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 in der Form miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchgeführt werden können (verbundene Teilversammlungen)

2. und, sofern die Bestimmung nach Nummer 1 nicht ausreicht, um die Benennung der Wahlbewerber zu gewährleisten, Mitglieder- und Vertreterversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation durchzuführen (virtuelle Versammlung).

²Bei verbundenen Teilversammlungen sind Beratungen und Abstimmungen zeitgleich in Bild und Ton in alle Veranstaltungsräume zu übertragen. ³Bei virtuellen Versammlungen sind Beratungen und Abstimmungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Teilnehmer zu übertragen; die Parteien haben darüber hinaus sicherzustellen, dass alle Teilnehmer ihre Mitgliederrechte mit Ausnahme des Wahlrechts im Wege elektronischer Kommunikation ausüben können. ⁴§ 23 Abs. 3 Satz 1 bleibt unberührt; bei virtuellen Versammlungen ist Briefwahl zulässig.

(5) Eine Rechtsverordnung nach Absatz 4 kann nur erlassen werden, wenn dem Zusammentritt des Landtags unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen oder er nicht beschlussfähig ist und der nach § 55 gebildete Ausschuss zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor Beginn des nach Artikel 50 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass den Parteien die Durchführung von Mitglieder- und Vertreterversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 infolge der Naturkatastrophe oder des ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt unzumutbar ist.

Anhang: Regelungsvorschläge

Artikel 1 Thüringer Gesetz für den Fall einer vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 (ThürVorNWDG 2021)	
§ 2	§ 2
(1) Für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen des Landtags sind in den Fällen des § 22 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz 125 und des § 29 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz 500 eigenhändig unterzeichnete Unterschriften von Wahlberechtigten notwendig.	(1) Für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen des Landtags sind in den Fällen des § 22 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz [x < 125] und des § 29 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz [x < 500] eigenhändig unterzeichnete Unterschriften von Wahlberechtigten notwendig.
(2) Die Parteien können für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung ihre Bewerber für die Landtagswahl in den Versammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz auch gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wählen.	(2) Die Parteien können für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung Mitglieder- und Vertreterversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz in der Form miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchführen. Die Beratungen und Abstimmungen sind zeitgleich in Bild und Ton in alle Veranstaltungsräume zu übertragen. Im Übrigen bleibt § 23 Thüringer Landeswahlgesetz unberührt.
(3) Darüber hinaus können die Parteien für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung ihren Mitgliedern ermöglichen, die Bewerber ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation oder in der Form der Briefwahl zu wählen, wenn die Durchführung von Versammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz für die Partei aufgrund der örtlichen Pandemiesituation nicht möglich oder zu erwarten ist, dass aufgrund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Mitglieder ihr Wahlrecht andernfalls nicht ausüben können. Im Falle der Durchführung der Wahl im Wege der elektronischen Kommunikation ist die Schlussabstimmung in geheimer Abstimmung per Briefwahl durchzuführen. Die Parteien haben auf geeignete Weise durch schriftliche Versicherung an Eides Statt durch den Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmten Teilnehmern gegenüber dem Wahlkreisausschuss nachzuweisen, dass die Wahl der Bewerber in den Formen des Satzes 1 unter Beachtung der Grundsätze der Geheimheit der Wahl	entfällt

erfolgt ist. Satz 3 gilt entsprechend für den Nachweis der Aufstellung der Landesliste gegenüber dem Landeswahlausschuss. Der Landeswahlleiter kann den Parteien Anwendungshinweise für den Inhalt und die Gestaltung der Nachweise geben. § 23 Abs. 6, § 29 Abs. 6 Thüringer Landeswahlgesetz sowie § 2 Abs. 5 und § 37 Abs. 4 Thüringer Landeswahlordnung finden im Übrigen sinnngemäße Anwendung.	
§ 3 Die Wahl dauert von 8 Uhr bis 20 Uhr. Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorsteher bekannt gegeben. Von da ab sind nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zuzulassen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen.	§ 3 (1) Die Wahl dauert von 8 Uhr bis 20 Uhr. Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorsteher bekannt gegeben. Von da ab sind nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zuzulassen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen. (2) Bei der Briefwahl hat der Wähler seinen Wahlbrief so rechtzeitig zu übersenden, dass er spätestens am Wahltag bis 20 Uhr eingeht. Im Übrigen bleibt § 36 Thüringer Landeswahlgesetz unberührt.
§ 4 [...]	<i>Alternativvorschlag: Verordnungsermächtigung. Sofern an gesetzlicher Regelung des Infektionsschutzes festgehalten wird, sollte das Verhältnis zu § 32 ThürLWG klargestellt werden. Außerdem sind die in Bezug genommenen §§ 3 bis 5 der Infektionsschutz-GrundVO auf ihre Adäquanz/Kompatibilität zu überprüfen; die Verweisung ist ggf. zu präzisieren</i>
§ 5	entfällt
(1) [...]	<i>Falls § 5 nicht entfällt: Festlegung des letztmöglichen Zeitpunkts des Beschlusses; Regelung des Umgangs mit bereits versandten Briefwahlunterlagen/Wahlbriefen; Vorkehrungen gegen „zweifache“ Stimmabgabe per Briefwahl.</i>
(2) Ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im gesamten Wahlgebiet, einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises	<i>Falls § 5 nicht entfällt:</i> (2) Ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im gesamten Wahlgebiet, einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises

<p>eine übertragbare Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes in der Bevölkerung so zahlreich oder in so schwerer Ausprägung auftritt oder aufzutreten droht, dass dadurch Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte ernsthaft gefährdet erscheint und es für die Wahlberechtigten unzumutbar ist, zum Zwecke der Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen. Ein Gesundheitsnotstand kann insbesondere vorliegen, wenn im Wahlgebiet oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art aufgrund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden untersagt worden sind.</p>	<p>die Durchführung der Wahlhandlung in Wahlräumen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte derart zur Verbreitung der Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19) beizutragen droht, dass der Ausschluss der Stimmabgabe im Wahlraum unabdingbar ist, um die Versorgungssicherheit im öffentlichen Gesundheitswesen aufrechtzuerhalten.</p>
<p>(3) Der Landtag stellt den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest, wenn das gesamte Wahlgebiet betroffen ist. Im Übrigen stellt die Landesregierung im Einvernehmen mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Landtagsausschuss den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest. Das für den Gesundheitsschutz zuständige Ministerium bereitet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der infektionsepidemiologischen Auswertungen des Robert Koch-Institutes gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 Infektionsschutzgesetz die Entscheidung der Landesregierung vor. Die Entscheidung des Landtags geht der Entscheidung der Landesregierung vor. Über die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands sowie die wesentlichen Gründe der Entscheidung ist der Landeswahlleiter unverzüglich zu unterrichten.</p>	<p><i>Falls § 5 nicht entfällt:</i></p> <p>(3) Der Landtag stellt den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand nach Anhörung des Landeswahlleiters und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der infektionsepidemiologischen Auswertungen des Robert Koch-Institutes gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 Infektionsschutzgesetz fest. Über die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands sowie die wesentlichen Gründe der Entscheidung ist der Landeswahlleiter unverzüglich zu unterrichten.</p>
<p>Art. 2 Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes</p>	
<p>2. Dem § 72 wird folgender Absatz 4 angefügt:</p> <p>„(4) Das für Wahlrecht zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen und Abweichungen der Parteien von entgegengesetzten Bestimmungen ihrer Satzungen zu-</p>	<p><i>entfällt; falls Nr. 2 nicht entfällt:</i></p> <p>2. Dem § 72 wird folgender Absatz 4 angefügt:</p> <p>„(4) Um die Benennung von Wahlbewerbern durch die Parteien im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt zu gewährleisten, wird das für Wahlrecht zuständige Ministerium ermächtigt, abweichend von § 23 Abs. 1 und den Satzungen der Parteien zu bestimmen, dass</p>

zulassen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen, soweit erforderlich, zu ermöglichen, wenn der Landtag zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor dem Beginn des nach Artikel 50 Abs. 1 Satz 2 Verfassung des Freistaats Thüringen bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist. Stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Landtags unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlussfähig, so entscheidet der nach § 55 gebildete Ausschuss über die Feststellung. Durch Rechtsverordnung nach Satz 1 können Regelungen getroffen werden, die den Parteien für die Wahl bei Vorliegen der in Satz 1 genannten Umstände eine Abweichung von den entgegenstehenden Bestimmungen dieses Gesetzes, der Thüringer Landeswahlordnung und, sofern eine Satzungsänderung wegen der in Satz 1 genannten Umstände und der in diesem Gesetz und der Thüringer Landeswahlordnung bestimmten Fristen und Termine nicht mehr rechtzeitig möglich ist, ihre Satzungen ermöglichen, insbesondere

1. um die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen unter Verringerung der satzungsmäßigen Zahl der Vertreter in der Vertreterversammlung oder anstatt durch eine Mitgliederversammlung durch eine Vertreterversammlung durchführen zu können,
2. um Mitglieder- oder Vertreterversammlungen in der Form mehrerer miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchführen zu können,
3. um die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts, des Vorstellungsrechts und der sonstigen Mitgliederrechte mit Ausnahme der Schlussabstimmung über einen Wahlvorschlag ausschließlich oder zusätzlich im Wege elektronischer Kommunikation ermöglichen zu können,
4. um die Wahl von Wahlbewerbern von Vertretern für die Vertreterversammlungen im Wege der Briefwahl oder einer Kombination aus Urnenwahl und Briefwahl durchführen zu können.“

1. Mitglieder- und Vertreterversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 in der Form miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchgeführt werden können (verbundene Teilversammlungen)

2. und, sofern die Bestimmung nach Nummer 1 nicht ausreicht, um die Benennung der Wahlbewerber zu gewährleisten, Mitglieder- und Vertreterversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation durchgeführt werden können (virtuelle Versammlung).

Bei verbundenen Teilversammlungen sind Beratungen und Abstimmungen zeitgleich in Bild und Ton in alle Veranstaltungsräume zu übertragen. Bei virtuellen Versammlungen sind Beratungen und Abstimmungen zeitgleich in Bild und Ton an alle Teilnehmer zu übertragen; die Parteien haben darüber hinaus sicherzustellen, dass alle Teilnehmer ihre Mitgliederrechte mit Ausnahme des Wahlrechts im Wege elektronischer Kommunikation ausüben können. § 23 Abs. 3 Satz 1 bleibt unberührt; bei virtuellen Versammlungen ist Briefwahl zulässig.

(5) Eine Rechtsverordnung nach Absatz 4 kann nur erlassen werden, wenn dem Zusammentritt des Landtags unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen oder er nicht beschlussfähig ist und der nach § 55 gebildete Ausschuss zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor Beginn des nach Artikel 50 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass den Parteien die Durchführung von Mitglieder- und Vertreterversammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 infolge der Naturkatastrophe oder des ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt unzumutbar ist.“

Landtag Fuchs, Iris

Von: Michl, Fabian
Gesendet: Donnerstag, 7. Januar 2021 16:06
An: Landtag Poststelle
Betreff: Innen- und Kommunalausschuss | Anhörungsverfahren zu Drs. 7/2043 | Schriftliche Stellungnahme
Anlagen: Michl_Stellungnahme_ThürLT-Drs._7-2043.pdf; ANL5.pdf; ANL6.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren,

bezugnehmend auf Ihr Anhörungsschreiben vom 7.12.2020 übersende ich Ihnen anbei meine schriftliche Stellungnahme nebst unterzeichneten Formblättern. Angesichts des Umfangs der Stellungnahme darf ich eine alsbaldige Übersendung an die Ausschussmitglieder anregen.

An der mündlichen Anhörung am 19.1.2021 werde ich physisch präsent teilnehmen.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung, per E-Mail oder unter meiner Home-Office-Nummer

Mit freundlichen Grüßen
Fabian Michl

--

Dr. Fabian Michl, LL.M. (Edin.)
– Akademischer Rat a. Z. –
Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verfassungstheorie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Münster
Bispinghof 24/25 | 48143 Münster

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BZD bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Stadtverwaltung Sondershausen</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Markt 7</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99706 Sondershausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtverwaltung Sondershausen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 7	Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen
	Name	Organisationsform									
		Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtverwaltung Sondershausen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 7									
Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Verwaltungsleitung, Wahlleitung im Falle kommunaler Wahlen, Verantwortlicher für Wahlangelegenheiten bei sonstigen Wahlen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Organisation von Neuwahlen bereits am 25. April 2021 wird aus organisatorischer Sicht als sehr problematisch eingeschätzt. Aufgrund der pandemischen Lage ist es fraglich, ob ausreichend Wahlhelfer/innen gefunden werden können. Die Absenkung des Unterschriftenerfordernisses wird kritisch gesehen. Einheitliche Hygienekonzepte von Seiten der Landesregierung sind notwendig. Die Anordnung der Briefwahl sollte mindestens auf einen gesamten Wahlkreis bezogen sein und rechtzeitig vor dem Wahltag erfolgen. Die Möglichkeit zur Anordnung genereller Briefwahl sollte nochmals intensiv geprüft werden. Ein Risiko bzgl. der Veränderung von Wahlunterlagen von Gemeindebehörden oder der Falschauszählung im Wahllokal wird nicht gesehen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Souderhausen, 07.01.2021	



MUSIK- UND BERGSTADT
SONDERSHAUSEN

Stadtverwaltung Sondershausen · Markt 7 · 99706 Sondershausen

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Stadtverwaltung Sondershausen
Fachbereich 1 - Zentrale Verwaltung
Fachbereichsleiter / Verwaltungsleiter
Ansprechpartner:

TELEFON
TELEFAX

www.sondershausen.de

DATUM 7. Januar 2021
UNSER AZ

IHR ZEICHEN

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahr 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften
hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nachfolgende Auffassung zu einzelnen Regelungen des o. g. Gesetzentwurfs erfolgt unter Zugrundelegung meiner mehrjährigen Erfahrung als Wahlleiter bzw. Verantwortlicher für die Durchführung von Wahlen innerhalb der Stadt Sondershausen. Es wird daher lediglich zu den Bereichen ausgeführt, zu denen ein Beitrag aufgrund der vorliegenden Erfahrungen geboten erscheint:

Grundsätzliches

Für die innerhalb der Stadt Sondershausen eingerichteten Wahllokale (22 Urnenwahllokale und 2 Briefwahllokale) konnten zwar für die bisher stattgefundenen Wahlen ausreichend engagierte Wahlhelfer/innen gefunden werden, jedoch ist diese Ausgangssituation im Hinblick auf die vorzeitige Durchführung von Landtagswahlen, bereits am 25. April 2021, kritisch zu betrachten. Die Mehrzahl der ehrenamtlichen Wahlhelfer/innen ist über sechzig Jahre alt und zählt somit zu den durch das Corona-Virus besonders gefährdeten Personengruppen. Es ist fraglich, ob sich diese Wahlhelfer/innen, in einer der derzeitigen Situation vergleichbaren Lage, zur Wahrnehmung des Ehrenamtes erneut bereit erklären. Dies gilt insbesondere für die Tätigkeit innerhalb eines Urnenwahllokals.

Hausanschrift
Rathaus
Markt 7
99706 Sondershausen

Öffnungszeiten
Di 09:00–12:00 Uhr & 13:00–18:00 Uhr
Do 09:00–12:00 Uhr & 13:00–15:00 Uhr
Fr 09:00–12:00 Uhr

Die Erstellung von entsprechenden Hygienekonzepten wird, unabhängig von dem zum Wahltag vorliegenden Inzidenzwert, notwendig. Von daher ist in dem geplanten Gesetzentwurf, oder zumindest mit diesem einhergehend, eine verbindliche Regelung zur Kostenerstattung für die Gemeinden zu schaffen.

Zu Artikel 1 § 2 Abs. 2

Die Beibringung der Unterstützungsunterschriften gem. §§ 22 Abs. 2 S. 2, 29 Abs. 1 S. 2 ThürKWG dienen dem Ziel, dass nur ausreichend demokratisch legitimierte Wahlvorschläge überhaupt zur Wahl zugelassen werden. Die Absenkung auf 50 vom Hundert scheint nach diesseitiger Auffassung, auch unter den Pandemiebedingungen, nicht gerechtfertigt. Die Regelung könnte dazu führen, dass Wahlvorschläge zugelassen werden, die die Anzahl an Unterstützungsunterschriften in Zeiten außerhalb einer Pandemie nicht erreicht hätten. Dies würde zu einer Bevorzugung der Wahlvorschlagsträger führen, die der ursprünglichen Gesetzesintention zuwiderläuft. Um für die entsprechenden Parteien und Wahlvorschlagsträgern Chancengleichheit herzustellen, scheint es eher angezeigt, alternative Formen zur eigenhändigen Unterzeichnung gesetzlich zu verankern.

Zu Artikel 1 § 4

Einheitliche Vorgaben zur Erstellung entsprechender Infektionsschutzkonzepte (Muster-Infektionsschutzkonzepte) seitens der Landesregierung scheinen hier geboten und zweckmäßig. Da der Ablauf im Wahllokal am Wahltag bereits definiert ist und demnach einem Standardablauf folgt, sind einheitliche Vorgaben zur Wahrung des Infektionsschutzes sinnvoll. Hier wäre eine im Sinne des Infektionsschutzes angepasste Vorlage zum Ablauf des Wahlgeschehens am Wahltag eine praxistaugliche Unterstützung. Eine Unterstützung durch die regionalen Gesundheitsbehörden könnte in Abhängigkeit der jeweils vorherrschenden Pandemiesituation unzweckmäßig sein. Die bisherigen Erfahrungen im Umgang mit der Pandemie zeigen, dass die zuständigen Gesundheitsbehörden bereits mit den bisherigen Herausforderungen der Pandemie mehr als ausgelastet sind.

Zu Artikel 1 § 5 Abs. 1

Die Möglichkeit zur Anordnung der Briefwahl sollte nur bis zur Ausgabe der ersten Briefwahlunterlagen an einen Wahlberechtigten möglich sein. Mit Versand der ersten Wahlscheine mit Briefwahlunterlagen hat praktisch die Stimmabgabe begonnen. Ab diesem Moment ist der Gewährleistung der gleichen Voraussetzungen zur Stimmabgabe für alle Wahlberechtigten besonderes Gewicht beizumessen. Auch scheint eine Anordnung der Briefwahl nur für Teile des Wahlkreises,

unter der Berücksichtigung der gleichen Zugangsvoraussetzung zur Stimmabgabe, bedenklich. Eine Anordnung sollte insofern nur für den gesamten Wahlkreis oder das gesamte Wahlgebiet möglich sein. Hieran anschließend muss beachtet werden, dass die organisatorische Vorbereitung einer flächendeckenden Briefwahl, ab einer bestimmten Nähe zum Wahltag, nicht mehr umzusetzen ist. Auch hierfür scheint die gesetzlich vorgesehene, frühestmögliche Ausgabe eines Wahlscheines mit Briefwahlunterlagen als letztmöglicher Zeitpunkt geeignet.

§ 5 Abs. 1 S. 3 erschließt sich im weiteren Zusammenhang nicht. Sollte vor dem Wahltag durch den Landeswahlausschuss Briefwahl angeordnet werden, sind zu diesem Zeitpunkt noch keine Briefwahllokale eingerichtet worden. Briefwahllokale bzw. Briefwahlvorstände haben die Aufgabe, die bis zum Wahltag 18.00 Uhr eingegangenen Briefwahlunterlagen auszuzählen. Vor dem Wahltag zurückgesandte Briefwahlunterlagen werden von der Gemeinde lediglich verwahrt, um sie dann am Wahltag dem Briefwahlvorstand zu übergeben. Auch bei der Möglichkeit, die Briefwahlunterlagen nach Erhalt sofort in der Gemeindeverwaltung auszufüllen, bildet die Gemeindeverwaltung kein Briefwahllokal. Sie schafft lediglich die Möglichkeit, die Unterlagen vor Ort auszufüllen, um sie sodann zu verwahren. Da Briefwahllokale erst am Wahltag eingerichtet werden, ist insofern unklar, welche Briefwahllokale geschlossen werden sollen. Sollte mit der Formulierung gemeint sein, dass bis zum Zeitpunkt eingegangene Briefwahlunterlagen vernichtet werden sollen, ist dies äußerst kritisch zu betrachten. Briefwahlunterlagen werden i. d. R. beantragt, weil der Wahlberechtigte am Wahltag an der persönlichen Abgabe seiner Stimme im Urnenwahllokal gehindert ist. Hat dieser nunmehr per Briefwahl seine Stimme bereits abgegeben, der Landeswahlausschuss dann Briefwahl angeordnet und seine Stimmabgabe wird vernichtet, kann der Hinderungsgrund seiner Stimmabgabe (z.B. Urlaub oder krankheitsbedingter Klinikaufenthalt) bereits eingetreten sein und ihm die erneute Abgabe seiner Stimme damit unmöglich werden. Ein mit den Wahlrechtsgrundsätzen unvereinbarer Sachverhalt.

Es scheint eher sinnvoll, in Vorbereitung einer möglichen flächendeckenden Anordnung der Briefwahl, das Wahlgebiet bereits vorsorglich in Briefwahllokale/Briefwahlvorstände einzuteilen. Die bis zum Wahltag, 18.00 Uhr, eingegangenen Briefwahlunterlagen können dann auf die Briefwahlvorstände aufgeteilt und ausgezählt werden. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass einem Briefwahlvorstand nicht mehr als 2.500 Briefwahlunterlagen zur Auszählung übergeben werden. Auch hierfür ist ein ausreichender organisatorischer Vorlauf für die Gemeindeverwaltung zu schaffen.

Im Ergebnis der Betrachtung ist auf eine rechtzeitige Festlegung (siehe oben) sowie auf eine mindestens den gesamten Wahlkreis betreffende Anordnung der Briefwahl hinzuwirken.

Zu Artikel 1 § 5 Abs. 3

In Anlehnung zu den o. g. Überlegungen zu § 5 Abs. 1 sollten nach diesseitiger Auffassung, unter Berücksichtigung der zu erwartenden Pandemielage sowie der durch diese bestehende Verunsicherung der Bevölkerung, die Möglichkeiten einer von vornherein angeordneter Briefwahl intensiv geprüft werden. Selbstverständlich unter vorheriger Ausräumung jedwedes verfassungsrechtlichen Bedenkens.

Fragestellungen der Fraktion der AfD

Zu 6.

Das Risiko, dass Briefwahlunterlagen während der Aufbewahrung in der Gemeinde geändert oder zerstört werden, kann m. E. ausgeschlossen werden. Bei der Verwahrung der Briefwahlunterlagen handelt es sich um Verwaltungshandeln. Dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns folgend, kann nicht von einem gesetzeswidrigen Verhalten der Bediensteten ausgegangen werden.

Zu 7.

Das unbewusste falsche Auszählen von Stimmen kann sicherlich nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Jedoch werden die Wahlhelfer/innen vor ihrer Tätigkeit regelmäßig geschult. Darüber hinaus werden Sie von der/dem Wahlvorsteher/in zu Beginn der Wahlhandlung über die gewissenhafte Wahrnehmung ihres Ehrenamtes belehrt. Nach diesseitiger Erfahrung können Oberflächlichkeiten bei der Ausübung des Wahlehrenamtes oder die gar vorsätzliche fehlerhafte Wahrnehmung ausgeschlossen werden. Als demokratisch handelndes Gremium besteht der Wahlvorstand aus mindestens fünf Personen. Dies lässt eine Abstimmung bei zweifelhaften Stimmabgaben zu und führt zu einer gegenseitigen Kontrolle. Sollte es also zu einer bewusst falschen Auszählung im Wahllokal kommen, handelt es sich hierbei um eine gemeinschaftlich begangene Straftat.

Fragestellungen der Fraktion der CDU

Zu 1.

Die Durchführbarkeit einer vorgezogenen Landtagswahl am 25. April 2021 wird aus organisatorischer Sicht als äußerst schwierig bewertet. Eine effektive Vorbereitung (Wahlhelfersuche, Einteilung des Wahlgebietes in Wahlbezirke, Beschaffung von Unterlagen usw.) kann erst nach Beendigung der pandemiebedingten Einschränkungen erfolgen.

Zu 2.

Bisher wurden die Wahlhelfer/innen der Urnenwahlbezirke separat zu den Wahlhelfern/innen aus den Briefwahlbezirken geschult. Die Arbeitsabläufe am Wahltag unterscheiden sich erheblich. Auf Grundlage des vorliegenden Gesetzentwurfs müssten die Wahlhelfer/innen in beide Abläufe unterwiesen werden. Dies führt nicht nur zu erheblich mehr Aufwand seitens der Wahlleitung, sondern vor allem ist Verunsicherung der Wahlhelfer/innen zu erwarten. Bzgl. der Akquise wird auf die Ausführungen unter „Grundsätzliches“ verwiesen.

Sollten weiterführende Erklärungen gewünscht sein, stehe ich Ihnen hierfür gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Mehr Demokratie e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Mehr Demokratie e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	Mehr Demokratie e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Demokratieentwicklung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	1. Kritik daran, § 22 Abs. 3 ThürLWG ausgeblendet zu haben. 2. Vorschlag einer obligatorischen Briefwahl bei geöffneten Wahllokalen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 1.1.2021	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTB bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
12.01.2021 08:03

646 12021

MEHR DEMOKRATIE !

Mehr Demokratie e.V.
Landesverband Thüringen

An den
Thüringer Landtag
- Innen- und Kommunalausschuss -
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

www.thueringen.mehr-demokratie.de

11.1.2021

Anhörung

**Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den
Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher
Vorschriften**

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

DS 7/2043

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages hat Mehr Demokratie e.V. zur Anhörung zu o.g. Gesetzentwurf eingeladen und um Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gebeten. Dem kommen wir gern nach.

Wir nehmen wie folgt Stellung:

Zu Art. 1 § 2 Abs. 1: Unterschriftenquoren für Wahlvorschläge

Da unter Pandemiebedingungen Unterschriftensammlungen grundsätzlich erschwert sind, begrüßen wir, wie hier vorgesehen, eine Absenkung des Unterschriftenquorums sowohl für die Fälle des § 22 Abs. 2 Satz 2 ThürLWG (Direktkandidierende) wie auch für die Fälle des § 29 Abs. 1 Satz 2 ThürLWG (Landeslisten). Jedoch erscheint eine Absenkung auf 50 vom Hundert

kaum ausreichend, zumal das in § 2 Abs. 3 festgelegte Verfahren zwar den Parteien entgegenkommt, jedoch auch Zeit in Anspruch nimmt, die auf Kosten der Unterschriftensammlung gehen könnte. Es empfiehlt sich eine Absenkung der Quoren auf 25 vom Hundert.

Völlig unverständlich ist uns, wieso der vorliegende Gesetzentwurf „andere Wahlkreisvorschläge“ nach § 22 Abs. 3 ThürLWG unberücksichtigt lässt. Der Fragenkatalog der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und der GRÜNEN markiert mit Frage 6 diese Schwachstelle. Warum sich die Fraktionen dennoch gegen eine Absenkung auch der „anderen Wahlkreisvorschläge“ entschieden haben, ist leider in der Begründung zum Gesetzentwurf nicht erhellt worden.

§ 22 ThürLWG sieht ausdrücklich dasselbe Unterschriftenquorum für Wahlkreisvorschläge von Parteien wie für andere Wahlkreisvorschläge vor (vgl. Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 Satz 1). Hier Erleichterungen nur für die Fälle nach § 22 Abs. 2 Satz 2 ThürLWG vornehmen zu wollen, heißt, Einzelbewerbungen zu benachteiligen. Dies wiegt umso schwerer, als diese gegebenenfalls auf keinerlei Struktur zurückgreifen können, die eine Sammlung von Unterstützungsunterschriften erleichtert. Der Vorschlag läuft auf eine Ungleichbehandlung hinaus und entspricht nicht dem Geist des ThürLWG, das beide Fälle gleich behandelt. Das Quorum ist also auf dieselbe Weise wie für die Fälle des Abs. 2 auch für die des Abs. 3 zu senken.

Zu Art. 1 § 5: Briefwahl

Für den Fall eines „wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands“ soll das Wahlverfahren im gesamten Wahlgebiet, einem Wahlkreis oder einem Teil desselben ausschließlich auf Briefwahl umgestellt werden, und zwar bereits dann, wenn nach § 5 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 eine Gefährdung „aufzutreten droht“. Da mit der Impfung gegen das Corona-Virus zwar am 26.12.2020 begonnen wurde, jedoch nach Aussagen des Bundesgesundheitsministers nicht vor Sommer 2021 damit zu rechnen ist, dass flächendeckend geimpft werden kann, ist also davon auszugehen, dass die Gefährdungssituation, die das Gesetz beschreibt, auch zum avisierten Wahltermin Ende April 2021 besteht. Dann jedoch kann das Verfahren auch gleich bindend für die gesamte Landtagswahl festgelegt werden.

Wir empfehlen, Folgendes in dem Gesetz festzuschreiben:

1. Sämtlichen Wahlberechtigten werden die Briefwahl-Unterlagen automatisch zugestellt.
2. Die Wahllokale werden geöffnet, allerdings zu deutlich reduzierten Zeiten.

Die flächendeckende Briefwahl bereits im Vorfeld für die absehbare Gefährdungssituation festzulegen, erspart dem Landtag die in § 5 Abs. 3 vorgesehene Feststellung des

„wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes“ und gegebenenfalls die dann für einzelne Wahlkreise oder gar den ganzen Freistaat zu organisierende Briefwahl. Was, wenn die Gefährdungssituation wenige Tage vor dem Wahltermin eintritt und sich die Briefwahl für einen Wahlkreis nicht mehr organisieren lässt? Dies könnte die gesamte Wahl gefährden und Nachwahlen in einzelnen Wahlkreisen oder gänzlich erforderlich machen. Sich von vornherein auf die flächendeckende Briefwahl einzustellen und sie vorzubereiten, sichert ein reibungsloses Wahlverfahren.

Die ausschließliche Briefwahl wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gewissermaßen als Notfallinstrument für Gefährdungssituationen vorgesehen. Briefwahlunterlagen allen Stimmberechtigten automatisch zuzustellen, könnte aber auch als Instrument angesehen werden, mit dem sich die Wahl nicht nur organisieren, sondern sogar weiterentwickeln lässt. Die obligatorische Zustellung der Briefwahlunterlagen ist ein Mittel, die Wahlbeteiligung zu steigern. In einer Zeit, in der Thüringen vorgezogene Neuwahlen erlebt, sollte auf eine hohe Wahlbeteiligung gesetzt werden, auch um eine größtmögliche Legitimation für das Parlament zu erreichen und so das Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Die Wahllokale sollten dennoch, wenn auch in deutlich reduziertem Umfang, geöffnet sein, damit es Wählerinnen und Wähler, die sich nicht auf eine Briefwahl einlassen können oder wollen, ermöglicht wird, sich an der Wahl zu beteiligen. Damit kann auch dem Vorbehalt gegen die Briefwahl, mit ihr könnte der Anspruch einer freien und geheimen Wahl unterlaufen werden, begegnet werden. Menschen, die hier Bedenken haben, könnten immerhin auf die Wahl in einem Wahllokal ausweichen. Gibt es die Möglichkeit nicht, wären sie auf Gedeih und Verderb auf die Briefwahl angewiesen.

Die (reduzierte) Öffnung der Wahllokale verhindert auch, dass es zu einem Traditionsabbruch im Wahlverhalten kommt, der sich über die Corona-Krise hinaus negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken könnte.

Es ist davon auszugehen, dass die Wahllokale bei der flächendeckenden Briefwahl nur in geringem Umfang frequentiert werden. Dies minimiert das Ansteckungsrisiko im Wahllokal erheblich. Notwendige Infektionsschutzmaßnahmen lassen sich zudem bei der zu erwartenden geringen Frequentierung leichter umsetzen.

Um denen entgegen zu kommen, die ihre Briefwahlunterlagen nicht mit der Post schicken wollen, sollten bei allen Wahllokalen „Briefkästen“ bereitstehen, so dass auch am Wahltag die Briefwahlunterlagen kontaktlos abgegeben werden können. Zudem könnten die Briefkästen an Rathäusern und Gemeindebüros als Wahlbriefkästen ausgewiesen werden.

Da bei automatisch zugestellten Briefwahlunterlagen nicht mehr im Wählerverzeichnis erfasst werden kann, wer sich per Briefwahl beteiligt, um zu verhindern, dass jemand zudem das Wahllokal aufsucht und zweimal wählt, müssten diejenigen, die im Wahllokal wählen, ihre Briefwahlunterlagen mitbringen und den darin befindlichen Stimmzettel für die Wahl nutzen.

Den Bedenken, die der Fragenkatalog der CDU mit den Fragen 11, 12, 18, 19 und 27 am ausführlichsten umreißt, wäre mit dem hier vorgeschlagenen Verfahren begegnet.

Wir lehnen die reine Briefwahl also ab und favorisieren dennoch eine flächendeckende Briefwahl bei geöffneten Wahllokalen

Mit dieser außerordentlichen und unter Pandemiebedingungen außergewöhnlichen Landtagswahl ergibt sich die Möglichkeit, neue Methoden zur Steigerung der Wahlbeteiligung zu erproben. Damit müsste diese Wahl kein bedauernswerter Sonderfall werden, sondern könnte eine Chance sein, die Wahlen im Freistaat insgesamt zu modernisieren.

Auch wenn der Landtag diesem Vorschlag nicht folgen sollte, schlagen wir vor, in dem vorliegenden Gesetz eine Evaluierung der getroffenen Maßnahmen nach wissenschaftlichen Kriterien vorzusehen, um Rückschlüsse für Wahlen – nicht nur unter Pandemiebedingungen – ziehen zu können.

Sprecher Mehr Demokratie in Thüringen

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur, dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landratsamt Kyffhäuserkreis</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Markt 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99706 Sondershausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landratsamt Kyffhäuserkreis	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 8	Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen
Name	Organisationsform										
	Landratsamt Kyffhäuserkreis										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 8										
Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG) <i>Nein</i>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Leitender Kreisdirektor im Amt für Kreis- und Kommunalverwaltung und Kreiswahlleiter bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Den geplanten Änderungen stimme ich zu. Im speziellen beziehe ich auf die mit der Ausführung eines wahl- rechtlichen Grundrechtsnotstands verbundenen Probleme wie z.B. - kurzfristige ausreichende Beschaffung von Briefwahl- unterlagen und damit verbundenen - verfahrenstechnischen Probleme</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Sonderhausen, den 05.01.2011	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

662/2021

LANDRATSAMT KYFFHÄUSERKREIS



Landratsamt Kyffhäuserkreis Postfach 1165 99701 Sondershausen
[BLR][VWL]

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Amt

Dienstgebäude

Auskunft erteilt

Telefon

Telefax

E-Mail

Landratsamt Kyffhäuserkreis
Verwaltungsleiter / Pressereferent
99706 Sondershausen
Markt 8

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen

Sondershausen,
05.01.2021

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/2043 -

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen o.g. Anhörungsverfahrens möchte ich zum vorgelegten o.g. Gesetzentwurf wie folgt
Stellung nehmen:

zu Artikel 1:

- 1) Die vorgeschlagene Reduzierung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften auf 125 bzw. 500 ist sachgerecht und angemessen; eine Reduzierung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften auf 125 sollte auch in den Fällen des § 22 Abs. 3 („andere Wahlvorschläge“) vorgesehen werden.
- 2) Die vorgeschlagenen Öffnungsklauseln für Mitglieder- bzw. Vertreterversammlungen für Wahlbewerber (elektronische Kommunikation bzw. Briefwahl) sind angemessen; aus wahlrechtlicher Sicht sollte überprüft werden, ob diese Regelungen auch später für „normale Wahlen“ gelten können.
- 3) Eine mögliche Verlängerung der Wahl ist empfehlenswert, die Regelungen für die Stimmabgabe bei Ablauf der Wahlzeit in § 3 entsprechen den praktischen Erfordernissen und sollten „zwingend“ bei allen Wahlen so vorgegeben werden.

- 4) Die Erarbeitung von Infektionsschutzkonzepten sind für alle Wahlräume verbindlich festzulegen; Mund-Nasen-Schutz ist zu tragen“. Musterhygienekonzepte für Wahlräume sollten durch das Büro des Landeswahlleiters erarbeitet werden.
- 5) Die Regelungen im § 5 zur „Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes“ sind aus der Sicht eines Kreiswahlleiters nachvollziehbar.

Dazu drei Bemerkungen:

- a) Die „Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes“ sollte an gewisse Inzidenz-Grenzwerte (z.B. Inzidenz größer als 200 bei 7 aufeinanderfolgenden Tagen oder bei 7 von insgesamt 10 Tagen) gebunden werden.
- b) Eine mögliche Durchführung der Landtagswahl ausschließlich als Briefwahl erfordert bereits im Vorfeld zwingend, dass dies bei der Bestellung von Anlagen (z.B. Anlage 6, Anlage 7, Anlage 8, Anlage 101) berücksichtigt und das eventuelle Briefwahlaufkommen, bezogen auf 100% der Wahlberechtigten, zugrunde gelegt werden muss.
- c) Eine kurzfristige Bestellung von Unterlagen bei einer „reinen Briefwahl“ ist nicht möglich. Die Lieferkapazitäten der Verlage und Druckereien würden schnell an ihre Grenzen stoßen. Unter Beachtung vergaberechtlicher Ausschreibungspflichten ist eine kurzfristige Reaktion auf einen „wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand“ ebenfalls nicht möglich.

Bereits bei den letzten Bundestagswahlen gab es teilweise Lieferengpässe bei den sogenannten „roten Wahlbriefumschlägen“ (die Basis war hier nur 30% Briefwähler und keine Verkürzung von Fristen).

zu Artikel 2:

Die in Artikel 2 o.g. Gesetzentwurfes vorgeschlagenen Änderungen entsprechen weitestgehend den Änderungen von Artikel 1. Es ist sinnvoll, die vorgesehenen Veränderungen des Thüringer Landeswahlgesetzes (z.B. § 72) bzw. der Thüringer Landeswahlordnung (z.B. § 56) unabhängig von einer möglichen vorgezogenen Neuwahl des Thüringer Landtages im Jahr 2021 im Wahlgesetz und in der Wahlordnung dauerhaft zu verankern.

Des Weiteren könnten auch § 3 und § 5 des „Thüringer Gesetzes für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahr 2021“ in ein novelliertes neues Wahlgesetz aufgenommen werden.

Abschließend noch eine Bemerkung:

In der Begründung zu Artikel 1 § 5 wird ausgeführt:

„Um eine möglichst rasche verwaltungstechnische Umsetzung dieser Anordnung zu gewährleisten, haben die Kreiswahlleiter und der Landeswahlleiter bereits gegenwärtig die notwendigen Vorkehrungen und Veranlassungen zu treffen, um die verwaltungstechnischen und organisatorischen Maßnahmen für diesen Fall einzuleiten.“

Unter Beachtung der verkürzten Fristen gemäß der Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtages vom 27.02.2020 erweist sich eine rechtzeitige Vorbereitung vorgezogener Landtagswahlen unter vergaberechtlichen Aspekten als sehr schwierig. Vergaberechtliche Öffnungsklauseln wären in diesem Fall sehr sinnvoll.

Für weitere Rückfragen steht Ihnen der Unterzeichner selbstverständlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Kreiswahlleiter Landtagswahl

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>DIE LINKE. Thüringen i. A. Holger Hänsgen</td> <td>Politische Partei i. A. Landesschatzmeister</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>DIE LINKE. LV Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Eugen-Richter-Str. 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	DIE LINKE. Thüringen i. A. Holger Hänsgen	Politische Partei i. A. Landesschatzmeister	Geschäfts- oder Dienstadresse	DIE LINKE. LV Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eugen-Richter-Str. 44	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
DIE LINKE. Thüringen i. A. Holger Hänsgen	Politische Partei i. A. Landesschatzmeister										
Geschäfts- oder Dienstadresse	DIE LINKE. LV Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Eugen-Richter-Str. 44										
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Landesschatzmeister, dazu Verfassungs-, Wahl- und Partei- und Satzungsrecht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Reduzierung Unterstützungsunterschriften - Rechtliche und terminliche Bedenken bei online-Kandidatenaufstellungen mit anschließender Briefwahl-Bestätigung - Rechtliche Bedenken bezüglich ausschließlicher Briefwahl im Wahlgebiet oder einzelnen Wahlkreisen - Mögliche Legitimierungsprobleme im Wahllokal bei Tragen von Mund-/Nasenschutz - Erweiterung Wahlausschüsse um zum Richteramt befähigte Personen 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 11.01.2021	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THUR. LANDTAG POST
12.01.2021 08:17

663/2021

DIE LINKE.
T H Ü R I N G E N

DIE LINKE, Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt

Thüringer Landtag

Innen- und Kommunalausschuss

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Eugen-Richter-Str.
4499085 Erfurt

Telefon 0361 / 6011130

Telefax 0361 / 6011141

lgeschaeftsstelle@die-linke-
thueringen.de
www.die-linke-thueringen.de

Erfurt, 11.01.2021

Stellungnahme der Partei DIE LINKE. Thüringen zum Gesetzentwurf

„für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“ [Landtagsdrucksache 7/2043]

Vorbemerkung:

Vielen Dank für die Zuleitung des Gesetzentwurfs. Die Aufnahme von Regelungen für eine aus Art. 5 (2) der Thüringer Landesverfassung folgende vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtags sowie die Berücksichtigung der gegenwärtigen pandemischen Situation in einem Gesetz ist aus unserer Sicht zwingend notwendig, steht aber unter einem gewissen Zeitdruck.

Unverständlich ist für uns, dass die vorgeschlagenen Regelungen des Gesetzes nur für vorgezogene Landtagswahlen im Jahr 2021 gelten, aber keine allgemeingültigen für vorgezogene Landtags-Neuwahlen erlassen werden sollen.

Zu den vorgeschlagenen Einzelnormen:

Zu ARTIKEL 1 § 2 (1):

Die notwendige Verringerung der zu sammelnden Unterstützungsunterschriften für Parteien nach § 22 (2) LWG wird begrüßt. Allerdings ist fraglich, ob die vorgeschlagene Halbierung ausreicht – zumal in einer pandemischen Situation –, da die Sammlungsfrist effektiv nur 32 Tage (zwischen Auflösungsbeschluss ggf. am 15. Februar und Ende der Einreichungsfrist 19. März 2021) beträgt.

Wir halten daher eine weitere Reduzierung der notwendigen Anzahl von Unterstützungsunterschriften für notwendig.

Zu ARTIKEL 1

§ 2 (3):

Unter Beachtung der verkürzten Fristen haben Parteien ebenfalls nur 32 Tage Zeit,

- ihre Vertreter/innen für die Aufstellungen der Landeslisten zu wählen und zu einer Landesvertreter/innenversammlung [L-VV] einzuladen,
- ihre Landesvertreter/innenversammlung durchzuführen,
- und in den folgenden zwei Wochen die Unterlagen beim Landeswahlleiter einzureichen.

Dass für diesen Fall Erleichterungen auch bei fehlenden satzungsrechtlichen Regelungen der Parteien ermöglicht werden sollen, wird begrüßt. Allerdings halten wir das als Option beschriebene Verfahren auf dem Weg der elektronischen Kommunikation mit abschließender Briefwahl für kaum praktikabel, da es enorm risikobelastet ist:

Unter Beachtung von Einladungsfristen wird nach erfolgter Wahl der Vertreterinnen und Vertreter die virtuelle L-VV frühestens etwa 2 Wochen nach Auflösungsbeschluss des Landtags erfolgen können. Die Schlussabstimmung über die Landesliste per Briefwahl nach dieser virtuellen L-VV zur Aufstellung wird vermutlich mindestens 5 Werktage erfordern. Im Falle eines negativen Ausgangs dieser Briefwahl (fehlende Beteiligung, fehlende Mehrheiten, Probleme bei Versand/Rückversand der Unterlagen) hat keine Partei die Chance, eine erneute Listenaufstellung vorzunehmen oder ggf. die Schlussabstimmung erneut durchzuführen.

Für die Ermöglichung der Regelungen des § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht auch für die Durchführung von Aufstellungs- und Wahlversammlungen sollte daher auch über eine rechtlich und technisch gesicherte Lösung einer Schlussabstimmung unmittelbar nach der Listenaufstellung nachgedacht werden.

Zu ARTIKEL 1

§ 3:

Diese Regelung wird begrüßt, sowohl hinsichtlich der Verlängerung der Wahlzeit als auch der Zulassung von bis zum Wahlschluss im/am Wahllokal anwesenden wahlwilligen Personen.

Allerdings bedeutet dieses Verfahren einen zusätzlichen Bedarf an Wahlhelfer/innen sowie an einem sicheren Verfahren für die Zulassung der am Wahllokal pünktlich anwesenden Personen, die ihr Wahlrecht ausüben wollen.

Zu ARTIKEL 1

§ 4:

Selbstverständlich unterstützen wir diese Regelung. Fragen im Zusammenhang mit der notwendigen Legitimierung von Wähler/innen durch den Wahlvorstand müssen rechtzeitig geklärt werden, damit die Wahlen rechtssicher und zweifelsfrei durchgeführt werden können.

Ein zweites Problem könnte entstehen, wenn Menschen, die vom Tragen der Maske aufgrund eines Attestes befreit sind und hieraus Gefahren für andere Wählerinnen und Wähler und die Wahlvorstände entstehen. Den für die Wahldurchführung verantwortlichen Kommunen sollten hier

rechtzeitige Hinweise für eine sowohl dem Wahlrecht als auch dem Infektionsschutz folgende Anwendungspraxis gegeben werden.

Zu ARTIKEL 1 § 5:

Die ausschließliche Durchführung der Wahl als Briefwahl wirft Fragen nach dem Grundsatz der geheimen Wahl auf. Für den Fall der ausschließlichen Durchführung von Briefwahlen in einzelnen Wahlkreisen sollte die Frage der Gleichheit der Wahl bewertet werden. Jenseits der verfassungsrechtlichen Bewertung, zu der wir uns an dieser Stelle kein abschließendes Urteil erlauben wollen, stellen sich aber auch praktische Fragen der Umsetzbarkeit. So ist die Umstellung der Wahlen auf eine reine Briefwahl sinnvollerweise nur bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vor der Wahl möglich.

Unabhängig davon ist grundsätzlich zu prüfen und zu bewerten, wie unter Quarantäne stehende Wählerinnen und Wähler ihre Stimme abgeben oder im Falle der Briefwahl ihre Wahlunterlagen selbst auf den Postweg bringen bzw. sicher davon ausgehen kann, dass ihre Wahlunterlagen sicher auf den Postweg gelangen und auch das Briefwahllokal erreichen.

Zu ARTIKEL 2 § 8 (2) und (3):

Die Erweiterung des Landeswahlausschusses um zwei zum Richteramt befähigte Personen wird auf Grund des juristischen „Neulands“ begrüßt. In diesem Sinne wäre auch die Erweiterung der Kreiswahlausschüsse auf 7 statt 6 Wahlberechtigter, darunter einer zum Richteramt befähigte Person, zu prüfen.

Hochachtungsvoll

im Auftrag:

Landesschatzmeister DIE LINKE. Thüringen

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Piratenpartei Deutschland Landesverband Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">Partei</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Postfach 80 06 26</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl; Ort</td> <td style="padding: 5px;">99030 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Piratenpartei Deutschland Landesverband Thüringen	Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 80 06 26	Postleitzahl; Ort	99030 Erfurt
Name	Organisationsform										
Piratenpartei Deutschland Landesverband Thüringen	Partei										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 80 06 26										
Postleitzahl; Ort	99030 Erfurt										

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtenantwärtendokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Enburt, 10.07.2021	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
13.01.2021 08:33

723/2021



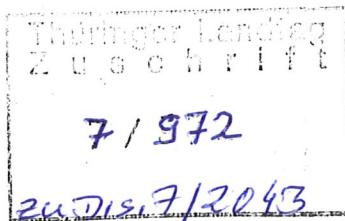
Piratenpartei Deutschland
Landesverband Thüringen

Postfach 80 04 26
99030 Erfurt

Telefon: +49-361-6606878
Telefax: +49-361-6606879

Piratenpartei LV Thüringen, Postfach 80 04 26, 99030 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Den Mitgliedern des

..... InnK A

, 12.01.21

Antwort auf Schreiben vom 07. Dezember 2020 - DS 7/2043

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages hat die Piratenpartei Thüringen zur Anhörung zum o.g. Gesetzentwurf eingeladen und um Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gebeten. Dem kommen wir gern nach.

Wir nehmen wie folgt Stellung:

Die Piratenpartei Thüringen hält allgemein eine Durchführung der vorgezogenen Wahl unter den aktuellen Pandemie-Bedingungen für verantwortungslos und kaum möglich. Die Fragestellungen der CDU zum Pandemiegeschehen in den Wahllokalen stellen sich uns auch und wir kommen zu dem Schluss, dass die Wahldurchführung nicht zu verantworten ist.

Des weiteren halten wir die Hürde für eine nicht im Landtag vertretene Partei unverhältnismäßig. Bei der Unterschriftensammlung würde eine stark erhöhte Infektions- bzw. Ausbreitungsgefahr bestehen. Wir verweisen auf die Antworten zu den Fragen.

Fragestellungen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

1. Halten sie die Vorschläge im Gesetz für geeignet, um die rechtsstaatliche Integrität der Wahlhandlung und der Wahlvorbereitung unter Wahrung der allgemeinen Wahlgrundsätze möglichst auch unter den Bedingungen einer Pandemiesituation im Falle vorgezogener Neuwahlen in Thüringen zu wahren und Wahlen zu ermöglichen?

Antwort: Nein, vor allem die für kleinere, nicht im Landtag vertretene, Parteien vorgesehenen Hürden sind noch immer praktisch unüberwindbar in einer Pandemiesituation, sodass es diesen Parteien so gut wie unmöglich gemacht wird, zur Landtagswahl anzutreten. Demokratische Grundsätze wie Freiheit und Gleichheit der Wahl können so nicht eingehalten werden. Näheres in der Antwort auf 5.

2. Wie bewerten sie das im Artikel 1 §5 des Gesetzentwurfs vorgeschlagene Verfahren zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl als Ultima Ratio, wenn aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen die Wählerinnen und

Wähler in dem betroffenen Gebiet ihr Wahlrecht nicht oder nur in unzumutbarer Weise ausüben könnten, vor dem Hintergrund der Wahlgrundsätze und der Pandemiesituation?

Antwort: Eine ausschließliche Briefwahl wäre für Land und Kommunen eine große logistische Herausforderung, allerdings bei Bereitstellung entsprechender Mittel bewältigbar und je nach Situation der Pandemie möglicherweise sogar geboten. Wesentliche Einschränkungen der Wahlgrundsätze sehen wir dabei nicht, außer eine mangelnde Nachvollziehbarkeit der Wahl, durch mögliche Einschränkungen für Wahlbeobachter, diesem ist durch geeignete Maßnahmen abzuhelpen.

3. Wie betrachten sie die in Artikel 1 §2 Abs. 3 vorgesehenen Ermöglichung für Parteien in der gegenwärtigen Situation, unabhängig bestehender Satzungsregelungen in Briefwahlen oder in elektronischen Wahlverfahren mit einer abschließenden Briefwahl Wahlbewerber zu wählen, und die hierzu vorgeschlagene Regelung?

Antwort: Wir befürworten, dass Parteien diese Möglichkeiten gegeben werden, geben aber zu bedenken, dass die Durchführung einer Briefwahl für kleine, ausschließlich ehrenamtlich arbeitende Parteien ein große logistische Herausforderung darstellt, die wesentlich mehr Zeit und Ressourcen verbrauchen wird als die Abhaltung einer Präsenz-Aufstellungsversammlung. Diese werden den Parteien im Anschluss bei den weiteren Wahlvorbereitungen - vor allem der Sammlung von Unterstützungsunterschriften - fehlen.

4. Sind vom Direktwahlprinzip abweichende Verfahren bei der Kandidatenaufstellung angesichts der 70-Tage-Frist des Art. 50 Abs. 2 Satz 2 ThürVerf zeitlich realisierbar?

Antwort: Nur unter großen Schwierigkeiten, siehe Antwort zu 3.

5. Halten sie die in Artikel 1 §2 Absatz 1 vorgesehen Absenkung der Unterschriftenquoten auf 50 vom Hundert für ausreichend, um Parteien die zu gewährende Chancengleichheit zu garantieren, an einer vorzeitigen Wahl mit verkürzten Fristen und unter den Bedingungen der Pandemie teilnehmen zu können?

Antwort: Nein. Schon unter normalen Bedingungen wäre bei der im Vergleich zu einer regulären Wahl massiv verkürzten Frist zur Unterschriftensammlung (von meist etwa 9 Monaten zu unter 8 Wochen, praktisch wohl noch wesentlich weniger, siehe Antwort zu 3.) bei einer vorgezogenen Neuwahl eine Absenkung des Unterschriftenquorums geboten. In anderen Bundesländern ist dies bereits im Wahlgesetz verankert, meist mit wesentlicheren Absenkungen als im vorliegenden Gesetzesentwurf vorgesehen, so zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, wo das Wahlgesetz eine Viertelung des Unterschriftenquorums für den Fall einer vorgezogenen Neuwahl vorsieht. Das sollte bereits ohne die zusätzliche Schwierigkeit der Pandemiesituation das Mindeste sein, um Chancengleichheit auch bei einer vorgezogenen Wahl zu ermöglichen. Da in der Pandemiesituation die Sammlung von Unterschriften zusätzlich erschwert wird, sollte dies mit einer weiteren Absenkung kompensiert werden, so wurde wiederum in Rheinland-Pfalz das Unterschriftenquorum (bei einer regulären Landtagswahl mit

langer Vorbereitungszeit) wegen der Pandemiesituation auf ein Viertel des regulären Quorums gesenkt, dort wird also jeder einzelnen der beiden großen Erschwernisse der anstehenden Landtagswahl mit einer Viertelung des Quorums begegnet, während der vorliegende Gesetzesentwurf für eine Wahl, bei der beide Erschwernisse zusammenkommen, nur eine Halbierung vorsieht. In Rheinland Pfalz müssen so im übrigen bei einer Reduzierung 520 Unterstützungsunterschriften von etwa 4,1 Millionen Einwohnern gesammelt werden, nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf 500 von 2,1 Millionen Thüringern, auch hier zeigt sich ein deutliches Missverhältnis. Die durch den Gesetzesentwurf veranschlagten 500 Unterschriften sind durch die mehrfachen Schwierigkeiten bei der anstehenden Landtagswahl noch immer eine so gut wie unüberwindbare Hürde für kleinere Parteien und somit ein Verstoß gegen die Verfassungsgrundsätze einer demokratischen Wahl. Weiterhin ist zu bedenken, dass nach unserer Erfahrung bei der effektivsten Unterschriftensammlungsmethode der Direktansprache noch immer eine relativ niedrige Erfolgsquote besteht, sodass die Sammlung von 500 Unterschriften (pro Partei) wohl mindestens 2500 (manchmal auch weit mehr) Direktkontakte notwendig macht, was in Zeiten der Pandemie bestenfalls unverantwortlich zu nennen wäre - die Unterschriftensammler wären in großer Gefahr, nicht nur sich selbst zu infizieren, sondern auch zum 'Superspreader' zu werden.

6. Halten Sie über die im Gesetzentwurf verankerten Absenkungen der Unterschriftenquoten für Wahlvorschläge i.S.d. §22 Abs. 2 ThürLWG hinaus eine Absenkung für das Unterschriftenquorum in den Fällen des §22 Abs. 3 ThürLWG für geboten und wenn ja, in welcher Weise?

Antwort: Ja. Da es sich um keine reguläre, sondern eine vorgezogene Neuwahl handelt, sollten alle Parteien, die bereits bei der letzten regulären Wahl zugelassen waren, eine erneute Zulassung ohne die Pflicht zur Unterstützungsunterschriftensammlung erhalten, sofern sie formal korrekte Wahlvorschläge einreichen, für alle anderen Parteien sollte das Quorum auf Grund der mehrfachen Schwierigkeiten bei dieser Wahl (siehe Antwort zu 5.) mindestens auf ein Zehntel des regulären Quorums gesenkt werden. Außerdem sollte die Zulassung anderer Verfahren zur Bekundung der Unterstützung geprüft werden - zum Beispiel Online-Unterschriften, wie sie bereits bei offiziellen Petitionen an Parlamente angewendet werden.

Fragestellungen der Fraktion der AfD:

1. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Freiheit der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?
2. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?
3. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Geheimhaltung der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?

4. In Niedersachsen sind bei einer Kommunalwahl 2016 Migranten mit geringfügigen Deutschkenntnissen von Kommunalpolitikern aufgefordert worden, Briefwahlunterlagen anzufordern. Die Politiker füllten die Stimmzettel aus und fälschten die Unterschriften. Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass die Unterlagen für die Briefwahl blanko weitergegeben werden können oder unbefugt ausgefüllt werden?
5. Im Gegensatz zum Wahllokal wacht bei der Wahl in der eigenen Wohnung niemand über die Einhaltung des Wahlgeheimnisses. Wie schätzen Sie das Risiko einer Beeinflussung durch Andere ein, zum Beispiel, dass Druck auf den Wähler ausgeübt wird oder der Wähler für die Stimmabgabe eine Geldleistung erhält?
6. Kurz nach der Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011 wurde im Hausmüll eines Wohnblocks 379 ausgefüllte Stimmzettel in roten Wahlbrief-Umschlägen gefunden. Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass ausgefüllte Briefwahlumschläge auf dem Postweg oder bei der Aufbewahrung in der Gemeinde geändert oder zerstört werden oder nicht dort eintreffen?
7. Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass in Wahllokalen Stimmen falsch -bewusst oder unbewusst -ausgezählt werden?

Antwort: Zu den Fragen der Fraktion der AfD möchten wir antworten, dass der Versuch einer Wahlmanipulation immer möglich ist, wir aber kaum eine erhöhte Gefahr dafür durch das vorgeschlagene Wahlverfahren sehen. Die größte Gefahr eines Manipulationsversuches geht dabei von der AfD selbst aus, die versucht durch absichtliche Falschbehauptungen und Verunsicherung die Wähler und Wählerinnen zu täuschen und dadurch zu manipulieren.

Fragestellungen der Fraktion der CDU:

1. Wie beurteilen Sie die Durchführbarkeit einer vorgezogenen Landtagswahl nach Maßgabe des Gesetzentwurfs?
2. Wie beurteilen Sie die Akquise und fachgerechte Schulungsmöglichkeit von Wahlhelfern und Wahlorganen zur Umsetzung der Regeln des Gesetzentwurfes?
3. Besteht Klärungsbedarf im Hinblick auf die Verantwortlichkeit und die Haftungsfrage für infektionsrelevante Vorfälle in den Wahllokalen, zumal die Verantwortung für die Infektionsschutzkonzepte nach dem Gesetzentwurf den Gemeinden auferlegt wird?
4. Könnte bei einem Infektionsgeschehen in einem Wahllokal eine erfolgreiche Kontaktnachverfolgung durchgeführt werden? Welche Folgen hat eine erfolglose Kontaktnachverfolgung?
5. Besteht Klärungsbedarf im Hinblick auf den Ausgleich von Sonderkosten, bspw. zur Einhaltung der Infektionsschutzvorgaben wie zum Beispiel laufende Reinigung aller Kontaktflächen nach jeder Benutzung der Wahlkabine, Einwegschreibgeräte, Plexiglasschutz der Wahlhelfer, etc., zur Umsetzung des

im Gesetzentwurf vorgesehenen Mehraufwands, zur Deckung der weiteren erhöhten Reinigungskosten und eventueller Haftungsfreistellungen?

6. Gemäß §66ThürLWG erstattet der Freistaat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die durch die Vorbereitung und Durchführung der Wahl entstandenen notwendigen Kosten als Pauschale. Welcher Betrag pro Wahlberechtigtem wird bei Anwendung des Gesetzentwurfs als auskömmlich erachtet?
7. In welcher Höhe rechnen Sie mit gemäß § 66 Abs. 2 S. 2 ThürLWG nicht zu erstattenden Kosten für laufende persönliche und sachliche Kosten und Kosten für die Benutzung von Räumen und Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbänden?
8. Wie beurteilen Sie die Idee,-anders als durch Artikel 1 §4 des Gesetzentwurfs vorgesehen-konkrete Maßnahmen zum Infektionsschutz einheitlich und vom Land verantwortlich vorzugeben?
9. Wie beurteilen Sie die Durchführung einer vorgezogenen Landtagswahl als reine Briefwahl mit Blick auf die Wahlrechtsgrundsätze und die praktische Durchführbarkeit (bspw. Schutz der Wahlhelfer, ordnungsgemäße Öffentlichkeit in den Briefwahllokalen, etc.)?

Antwort: Siehe Antwort zu 1.2.

10. Welche weniger belastenden, gleich geeigneten Alternativen sind im Vergleich zu einer ausschließlichen Briefwahl denkbar, um trotz eines starken Pandemiegeschehens eine den demokratischen Wahlgrundsätzen entsprechende und rechtssichere Wahl sowie den Schutz von Gesundheit und Leben von Wahlberechtigten und Wahlhelfern zu gewährleisten?
11. Wie bewerten Sie die Regelungen in Artikel 1 § 5 des Gesetzentwurfs im Hinblick auf die praktische Umsetzbarkeit unter Wahrung der Wahlgrundsätze auch bei kurzfristiger Anordnung der ausschließlichen Briefwahl?
12. Wie können im Falle der kurzfristigen Anordnung der ausschließlichen Briefwahl die Nachteile der Briefwahl namentlich ein größeres Manipulationsrisiko durch Unklarheiten, ob der Wähler selbst seine Stimme abgegeben hat, ob er bestochen oder eingeschüchtert wurde, ob er bei der Stimmabgabe unbeobachtet und unbeeinflusst war (Kommunalwahlskandal Quakenbrück 2016 und Stendal 2014) beseitigt werden?
13. Wie beurteilen Sie die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit der Thüringer Landesverfassung, dem Grundgesetz und sonstigem Recht?
14. Ist der Landtag für alle vorgeschlagenen Regelungen zuständiges Organ?
15. Wie bewerten Sie die vorgeschlagenen Regelungen im Vergleich mit den in anderen Bundesländern und im Bund getroffenen oder geplanten Regelungen zur Durchführung von Wahlen während der Pandemie?

Antwort: siehe Antwort zu 1.5.

16. Ist für die rechtliche Beurteilung von Belang, dass es sich vorliegend nicht um Sonderregelungen für die turnusmäßige Neuwahl, sondern um Vorkehrungen für eine verabredete vorzeitige Neuwahl handelt?
17. Wie beurteilen Sie die Vereinbarkeit von Artikel 1 § 2 Abs. 3 S. 1 des Gesetzentwurfs mit höherrangigem Recht?
18. Wie ist es rechtlich zu beurteilen, dass Artikel 1 § 4 des Gesetzentwurfs die Anwendung einer am 30.11.2020 auslautenden Verordnung (Zweite Thüringer SARSCoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vom 7. Juli 2020 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2020 (GVBl. S. 544)) für April 2021 vorschreibt?
19. Wie kann im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes gemäß Artikel 1 § 5 Abs. 1 des Gesetzentwurfs kurz (bspw. 1 Woche) vor dem Wahltag ein rechtzeitiges Verschicken der Briefwahlunterlagen rechtssicher gewährleistet werden? Welche rechtlichen Folgen würde ein verspätetes Verschicken nach sich ziehen?
20. Wie beurteilen Sie, dass sich zwar Problemaufriss und Begründung an ein Fortbestehen der Corona-Pandemie anlehnen, der Text des Gesetzentwurfs selbst aber keine Bedingungen an ein Andauern oder den Fortgang der Corona-Pandemie stellt?
21. Wie beurteilen Sie Artikel 1 § 5 Abs. 2 des Gesetzentwurfs im Hinblick auf das rechtsstaatliche Gebot der Normenklarheit und Bestimmtheit?
22. Bei Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzentwurfs handelt es sich nicht um eine Sonderregel für eine vereinbarte vorgezogene Landtagswahl während der Corona-Pandemie, sondern um eine unbefristete Regelung, die das für das Wahlrecht zuständige Ministerium unter bestimmten Voraussetzungen ermächtigt, das gesetzlich und satzungsrechtlich festgelegte Verfahren der Kandidatenaufstellung zu ändern. Wie ist diese Ermächtigungsgrundlage vor dem Hintergrund der bundesverfassungsrechtlich geforderten innerparteilichen demokratischen Prozesse (Art. 21 Abs. 1 S. 3 GG), der Satzungsautonomie der Parteien sowie der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für das Parteienrecht (Art. 21 Abs. 5 GG) zu werten?
23. Art. 2 und 3 regeln im Gegensatz zu Art. 1 des Gesetzentwurfs zeitlich unbefristete Änderungen von Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, die von der erwarteten besonderen Lage im Jahr 2021 losgelöst sind. Halten Sie es im Hinblick auf das aktuell wegen Art. 1 des Gesetzentwurfs notwendig beschleunigte Gesetzgebungsverfahren für empfehlenswert, Art. 2 und 3 in einem eigenständigen Gesetzgebungsverfahren getrennt sorgfältig und gründlich im herkömmlichen Tempo zu beraten?
24. Wie beurteilen Sie den Gesetzentwurf im Hinblick auf die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze?

Antwort: Siehe Antwort zu 1.1.

25. Wie bewerten Sie das Risiko der Gefährdung der Integrität der Wahl bei Durchführung einer kurzfristig angeordneten teilweisen und reinen Urnenwahl unter Berücksichtigung der damit einhergehenden Nachteile wie dem größeren Manipulationsrisiko durch Unklarheiten, ob der Wähler selbst seine Stimme abgegeben hat, ob er bestochen oder eingeschüchtert wurde, ob er bei der Stimmabgabe unbeobachtet und unbeeinflusst war (bspw. Kommunalwahlskandal Quakenbrück 2016 und Stendal 2014).
26. Wie bewerten Sie das Risiko der Gefährdung der Integrität der Wahl bei infektionsschützenden Reglementierung der Wahlbeobachtungen?
26. Wird der Gesetzentwurf dem für April 2021 erwarteten Infektionsgeschehen gerecht?
27. Welche Maßnahmen müssen in den Wahllokalen umgesetzt werden, um eine Infektion der Wahlhelfer und der Wähler auszuschließen?
28. Unter welchen pandemischen Bedingungen wäre eine Urnenwahl nicht mehr zu verantworten?
29. Gehen Sie davon aus, dass Infektionsschutzmaßnahmen, die das Corona-Infektionsgeschehen im November 2020 regeln, im April 2021 notwendig und auch angemessen sein werden?
30. Könnte bei einem Infektionsgeschehen in einem Wahllokal eine erfolgreiche Kontaktnachverfolgung durchgeführt werden? Welche Folgen hat eine erfolglose Kontaktnachverfolgung?
31. Welches Infektionsrisiko geht von Kontaktflächen, Papieraustausch und Kollektivarbeit (Übergaben der Wahlunterlagen, Kontrollzählung durch eine andere Person und Zählblattdiktat) aus und wie kann dieses Risiko minimiert werden?

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">SPD Thüringen</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Partei</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Juri-Gagarin-Ring 158</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	SPD Thüringen	Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Juri-Gagarin-Ring 158	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	SPD Thüringen	Partei									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Juri-Gagarin-Ring 158									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	• Regelungen notwendig und grundsätzlich zu begrüßen • größtenteils aufgrund der verkürzten Fristen schwierig umzusetzen (§ 2 (2) und (3))	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 18. Januar 2021	

SPD-Landesverband Thüringen, Juri-Gagarin-Ring 158, 99084 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
13.01.2021 15:23

87712021

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erfurt, 13. Januar 2021

Stellungnahme der SPD Thüringen zum Entwurf des „Thüringer Gesetzes für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung des Gesetzentwurfes und die Möglichkeit der Stellungnahme.

Zunächst möchten wir ganz allgemein unterstreichen, dass die vorgesehene Erweiterung des Landeswahlgesetzes um Regelungen zur Umsetzung einer vorgezogenen Neuwahl und die Berücksichtigung der besonderen Umstände der aktuellen Pandemie-Situation aus unserer Sicht notwendig und wichtig ist und daher unsere Zustimmung findet.

Dies sollte jedoch bei dieser Gelegenheit gleich allgemein, ohne eine ausschließliche Gültigkeit für das Jahr 2021, gesetzlich festgeschrieben werden, da ja grundsätzlich immer die Möglichkeit einer vorzeitigen Auflösung des Landtages wie auch einer Pandemie-Situation besteht.

Anmerkungen möchten wir zu folgenden Punkten des Entwurfs übermitteln:

Artikel 1

§ 2 (1)

Eine Reduzierung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften ist angezeigt und wird daher von uns unterstützt.

§ 2 (2) und (3):

Im Rahmen der verkürzten Fristen ist der Zeitraum, um die Kandidierenden in den Wahlkreisen und die Delegierten für die Aufstellungen der Landeslisten zu wählen und eine Vertreter/innenversammlung durchzuführen, bereits sehr knapp. Die Möglichkeit diese Abstimmungen im besonderen Fall alternativ auch per Briefwahl durchzuführen, hilft aufgrund der sehr knappen Zeit jedoch nur bedingt weiter, da hierbei ja zusätzliche Fristen und Abläufe zu beachten sind. Dennoch begrüßen wir grundsätzlich die Schaffung einer solchen Möglichkeit.

Insgesamt stellt die Durchführung einer vorgezogenen Neuwahl die an der Wahl beteiligten Parteien vor große Herausforderungen. In Verbindung mit einer Pandemielage werden diese noch zusätzlich erhöht. In der Gesamtbetrachtung ermöglicht der vorliegende Entwurf eine Umsetzung, wenn auch unter schwierigsten Bedingungen.

Mit freundlichen Grüßen

925/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksahe 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>Hahnen, Johann</td><td></td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td></td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Organisationsform	Hahnen, Johann		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Hahnen, Johann											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	Hahlen	Johann
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Ich bin Volljurist + war Staatssekretär im Bundesministerium des Innern + Bundeswahlleiter	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher: <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Gesetzentwurf ist verfassungskonform und praktikabel.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wettring, den 14.1.2021	

THÜR. LANDTAG POST
14.01.2021 07:33

889/2021

Stellungnahme
für die mündliche Anhörung
des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages
am 19. Januar 2021 in Erfurt
zu dem

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

für ein

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen
für den Thüringer Landtag im Jahr 2021 sowie zur Änderung weiterer
wahlrechtlicher Vorschriften

Drucksache 7/2043 (korrigierte Fassung) vom 4. 11. 2020

Gliederung

- A Zusammenfassung
- B Prüfungsgegenstand
- C Prüfungsmaßstäbe
- D Zu Art. 1 insgesamt sowie zu Art. 1 § 1 d.E.
- E Zu Art. 1 § 2 d.E.
- F Zu Art. 1 § 3 d.E.
- G Zu Art. 1 § 4 d.E.
- H Zu Art. 1 § 5 d.E.
- I Zu Art. 2 Nr. 1 d.E. (Änderung des § 8 LWG)
- J Zu Art. 2 Nr. 2 d.E. (Ergänzung des § 72 LWG)
- K Zu Art. 3 d.E. (Änderung des § 56 LWO)
- L Zu Art. 4 d.E. (Geltungsdauer)

A Zusammenfassung

1. Der Gesetzentwurf (Drucks. 7/2043) ist verfassungskonform; er verstößt nicht gegen das GG oder die ThürVerf. Er ist - bei Verbesserungsbedarf im einzelnen - geeignet, eine Neuwahl des Thüringer Landtags im Jahr 2021 unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie durchzuführen.
2. Es erscheint sachgerecht, die Regelungsmaterien der Art. 1 d.E. sowie die der Art. 2 und 3 d.E. im Landtag gemeinsam zu beraten. Denn es

handelt sich um ineinander greifende Regelungen, deren Befristung auf das Jahr 2021 zum Teil nicht überzeugt und die deshalb auf Dauer gelten sollten. Im Übrigen ist der Landtag in der Gestaltung seiner Verfahren und Beratungen frei¹.

3. Der Thüringer Gesetzgeber hat die Kompetenz, Regelungen zur Aufstellung von Wahlvorschlägen zu erlassen, auch wenn er damit in die Satzungsautonomie der Parteien eingreift. Regelungen zur Wahlbewerberaufstellung gehören zum Wahlrecht und sind kein dem Bundesgesetzgeber vorbehaltenes Parteienrecht.
4. 1. Die Reduzierung der Unterschriftsquoren sind bei einer Landtagswahl unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie von Verfassungs wegen geboten. In die Herabsetzung müssen auch die „anderen Wahlkreisvorschläge“ i. S. von § 22 Abs. 3 LWG einbezogen werden.
4. 2. Die Verweisung in Art. 1 § 2 Abs. 2 d.E. auf § 5 Abs. 2 MaßnahmeG sollte in Verweisung auf § 5 Abs. 4 MaßnahmeG verändert werden.
4. 3. Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E. sollte im Interesse einer verfassungskonformen Anwendung des NeuwahlG durch die Hinweise ergänzt werden, daß dabei die Teilnahmemöglichkeit aller Parteimitglieder sowie deren Vorschlags- und Vorstellungsrecht gewahrt werden.
4. 4. Die Regelungen aus Art. 1 § 2 Abs. 1 und 2 sollten unbefristet gelten. Die Halbierung der Unterschriftsquoren sowie die Abweichungsmöglichkeiten der Parteien von ihren Satzungen könnte mit einem § 72a „Sonderbestimmungen für den Fall vorzeitiger Beendigung der Wahlperiode des Landtags“ in das LWG übernommen werden.
5. Die Regelung aus Art. 1 § 3 über die Stimmabgabe am Ende der Wahlzeit d.E. sollte auf Dauer gelten und mit der Parallelregelung in Art. 3 d.E. in das LWG übernommen werden.
6. 1. Die Verweisung in Art. 1 § 4 d.E. auf die §§ 3 bis 5 der 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO sollte zur Vermeidung von Wahlrechtsausschlüssen eingeschränkt werden.
6. 2. Eine Kontaktnachverfolgung zu den in einem Wahllokal anwesenden Personen wäre zulässig.
7. 1. Die Landtagswahl kann bei Vorliegen eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands ganz oder regional beschränkt ausschließlich als Briefwahl durchgeführt werden. Art. 1 § 5 d.E. ist verfassungskonform.
7. 2. Wegen der Möglichkeit ausschließlicher Briefwahl sollte die eidesstattliche Versicherung der Briefwähler auf das unbeobachtete Kennzeichnen des Stimmzettels erweitert und weitere Schutzmaßnahmen getroffen werden.
8. Von den vorgesehenen Neuregelungen einschließlich einer ausschließlichen Briefwahl sind keine ins Gewicht fallenden Gefahren für die Integrität der Landtagswahl zu erwarten.

¹ Vgl. etwa ThürVerfGH Urteil vom 18. 7. 2006 - VerfGH 8/05 - Umdruck S. 9 ff.

9. Der Landeswahlausschuß sollte durch 2 Richter des Thüringer OVG ergänzt werden.
10. Die neue VO-Ermächtigung des § 72 Abs. 4 LWG ist verfassungskonform und praktikabel.

B Prüfungsgegenstand

Der Gesetzentwurf in Drucks. 7/2043 vom 4. 11. 2020 (im Folgenden als E bezeichnet) besteht aus zwei Teilen:

Art. 1 d.E. - bezeichnet als „Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021“ (im Folgenden NeuwahlG) - sieht Sonderregelungen für den Fall einer vorzeitigen Neuwahl des Landtages im Jahr 2021 vor, die nach Art. 4 Abs. 1 d.E. mit Ablauf des 31. 12. 2021 außer Kraft treten.

Art. 2 und 3 sehen Änderungen des Thüringer Landeswahlgesetzes (im Folgenden LWG)² sowie der Thüringer Landeswahlordnung (im Folgenden LWO) vor, die nach Art. 4 Abs. 2 d.E. unbefristet gelten.

Art. 1 d.E. schlägt folgende Regelungen für den Fall vorzeitiger Neuwahlen vor:

- In § 1: Bei vorzeitigen Neuwahlen des Landtages im Jahr 2021 sollen die Regelungen des NeuwahlG an die Stelle der entsprechenden Regelungen des LWG und der LWO treten. Die Bestimmungen über die Abkürzungen von Fristen und Terminen der VO vom 27. 2. 2020 (GVBl. S. 89) bleiben unberührt.
- In § 2:
 - § 2 Abs. 1 halbiert die Unterschriftsquoren für Wahlvorschläge von Parteien.
 - § 2 Abs. 2: Bei vorzeitigen Neuwahlen können die Parteien ihre Wahlbewerber auch ohne Ermächtigung in ihren Satzungen nach den Regelungen in § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie vom 27. 3. 2020 (BGBl. I S. 569, 570) wählen.
 - § 2 Abs. 3: Bei vorzeitigen Neuwahlen können die Parteien ihre Wahlbewerber auch ohne Ermächtigung in ihren Satzungen ausschließlich im Wege elektronischer Kommunikation oder in Form der Briefwahl wählen, wenn die Durchführung von Versammlungen aufgrund der örtlichen Pandemiesituation nicht möglich oder zu erwarten ist, daß in Folge der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Mitglieder ihr Wahlrecht sonst nicht ausüben können. Bei elektronischer Kommunikation ist die Schlußabstimmung geheim per Briefwahl durchzuführen. Die Sätze

² In der Fassung vom 30. 7. 2012, dessen Anlage neu beschrieben worden ist (Bekanntmachung vom 27. 2. 2020 (GVBl. S. 90)).

3 bis 6 treffen dazu weitere Durchführungsregelungen.

§ 2 Abs. 4 schreibt die Zurückweisung von Wahlvorschlägen vor, die den Anforderungen des NeuwahlG nicht entsprechen.

- § 3 verlängert die Wahlzeit von 18 auf 20 Uhr und trifft Regelungen zum Abschluss der Wahlhandlung, wenn sich bis zum Ablauf der Wahlzeit noch Wähler im Wahlraum oder davor befinden.
- § 4 schreibt für die Einrichtung der Wahlräume sowie die Durchführung der Wahlhandlung ein Infektionsschutzkonzept vor.
- In § 5:

Nach § 5 Abs. 1 kann der Landeswahlausschuß (LWA) anordnen, daß die Wahl im gesamten Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises ausschließlich als Briefwahl durchgeführt wird, wenn innerhalb der 70-Tagesfrist des Art. 50 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen (ThürVerf) ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand festgestellt wird.

§ 5 Abs. 2 beschreibt die Voraussetzungen für den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand.

§ 5 Abs. 3 regelt, daß der wahlrechtliche Gesundheitsnotstand vom Landtag festgestellt wird, wenn das gesamte Wahlgebiet betroffen ist, sonst obliegt die Feststellung der Landesregierung; in den Sätzen 3 bis 5 werden die dabei erforderlichen Verfahrensschritte geregelt.

Art. 2 d.E. schlägt folgende Änderungen von LWG und LWO vor:

- Nr. 1 faßt den § 8 LWG neu und sieht in § 8 Abs. 2 vor, daß zwei der 8 Beisitzer des LWA die Befähigung zum Richteramt haben müssen.
- Nr. 2 erweitert die VO-Ermächtigung des § 72 LWG nach dem Vorbild des § 52 Abs. 4 BWahlG durch einen neuen Abs. 4, um in Ausnahmefällen die Aufstellung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen zu ermöglichen.

Art. 3 d.E. faßt die Regelungen in § 56 LWO über den Abschluss der Wahlhandlung am Wahltag neu und stellt klar, daß nach Ablauf der Wahlzeit nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden dürfen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden.

Art. 4 d.E. sieht vor, daß - nach seinem Abs. 1 - das NeuwahlG (Art. 1 d.E.) nur vom 1. 1. bis einschließlich 31. 12. 2021 und - nach seinem Abs. 2 - die Art. 2 und 3 mit den Änderungen des LWG und der LWO ab dem 1. 1. 2021 auf Dauer gelten.

Für die Anhörung zu dem Gesetzentwurf haben fünf Fraktionen des Thüringer Landtags insgesamt 45 Fragen gestellt, die sich zum Teil inhaltlich

decken und überschneiden³. Auf diese wird - soweit erforderlich - bei der Prüfung der jeweiligen Regelungen des Entwurfs eingegangen.

C Prüfungsmaßstäbe

1. Für die Regelung der Wahlen zum Landtag des Freistaats Thüringen trifft die Verfassung des Landes⁴ (im Folgenden ThürVerf) in ihren Art. 46 und Art. 48 bis 52 die verbindlichen Vorgaben. Insbesondere sind nach Art. 46 Abs. 1 ThürVerf die Abgeordneten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen. Art. 46 Abs. 3 und 49 Abs. 4 ThürVerf geben dem Landesgesetzgeber auf, das Nähere durch Gesetz zu regeln. Wenn der Gesetzgeber von dieser Möglichkeit durch ein NeuwahlG oder Änderungen des LWG Gebrauch macht, müssen seine Regelungen im Einklang mit der ThürVerf stehen.

2. Zwar gehört das Landtagswahlrechts zum Bereich der autonomen Staatlichkeit der Länder, die insoweit von ihrem Recht eigenstaatlicher Selbstorganisation Gebrauch machen⁵. Gleichwohl muß sich das Landtagswahlrecht auch im Freistaat Thüringen an den für alle Bundesländer in Art. 28 Abs.1 Sätze 1 und 2 GG aufgestellten Vorgaben des Grundgesetzes messen lassen. Das bedeutet insbesondere:

2. 1 Die ausdrücklich in Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG genannten fünf Wahlrechtsgrundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahl, denen jeweils gleiche Bedeutung zukommt⁶ und die mit den Grundsätzen des Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG übereinstimmen⁷, sind auch für die Wahl zu den Landtagen verbindlich⁸. Sie gelten nach Art. 44 Abs. 1 i.V.m. über Art. 47 Abs. 4 ThürVerf für die dortigen Landtagswahlen im Übrigen auch als Landesverfassungsrecht⁹.

2. 2 Bei der Wahl zum Thüringer Landtag ist - als Konsequenz aus dem Homogenitätsgebot des Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG für eine Demokratie im

³ Die Fragen der CDU-Fraktion Nr. 4 und 31 sind identisch; deren Frage 25 spricht die Risiken einer Briefwahl an, spricht aber - wohl versehentlich - von „Urnenwahl“.

⁴ Vom 25. 10. 1993 (GVBl. S. 625), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. 10. 2004 (GVBl. S. 745).

⁵ Vgl. grundlegend BVerfGE 99, 1 (11 ff.).

⁶ So ausdrücklich BVerfGE 99, 1 (13).

⁷ S. etwa ThürVerfGH Urteil vom 15. 7. 2020 - VerfG 2/20 - Umdruck S. 27 und BVerwGE 118, 101 (104).

⁸ Vgl. etwa Ritgen in: NVwZ 2018 S. 114 m.w.N.

⁹ Vgl. ThürVerfGH Urteil vom 12. 6. 2018 - VerfGH 24/17 - Umdruck S. 24 ff. Ebenso etwa in st. Rspr. für das Landtagswahlrecht von NRW VerfGH NRW OVGE 47, 304 (305); 51, 310 (312) und zuletzt in seinem Urteil vom 20. 12. 2019 - VerfGH 35/19 - Umdruck S. 40.

Sinne des GG - das Gebot der Chancengleichheit der Parteien und Wahlbewerber zu beachten, das für politische Parteien seine Grundlage in Art. 21 Abs. 1 GG findet; dessen Grundsätze gelten als Landesverfassungsrecht unmittelbar im Freistaat Thüringen¹⁰. Denn das Recht der politischen Parteien auf Chancengleichheit ist notwendiger Bestandteil der vom GG gewollten freiheitlichen Demokratie, die vom offenen Prozesses der Meinungs- und Willensbildung des Volkes lebt¹¹.

2. 3 Darüberhinaus muß das Wahlrecht zum Thüringer Landtag den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaats i. S. von Art. 20 GG genügen. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob sich das ebenfalls aus dem Homogenitätsgebot des Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG ergibt¹², oder ob die Maßgaben des Art. 20 GG zu den ungeschriebene Bestandteilen der ThürVerf gehören, weil sie als allgemeine verfassungsrechtliche Grundsätze Elemente eines jeden demokratischen Rechtsstaates sind¹³. Deshalb sind bei der Ausgestaltung des Wahlrechts zum Thüringer Landtag zum einen die Grundentscheidung des Art. 20 Abs. 2 GG für die Volkssouveränität und die daraus folgenden Grundsätze der demokratischen Organisation und Legitimation der Staatsgewalt einzuhalten. Zum andern folgt aus dem Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 3 GG (ebenso Art. 44 Abs. 1 Satz 2 ThürVerf) die Bindung des Gesetzgebers an die verfassungsmäßige Ordnung (ebenso Art. 47 Abs. 4 ThürVerf) und damit an den Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Aus diesem und dem Demokratieprinzip folgt, daß das Parlament als unmittelbar demokratisch legitimierter Gesetzgeber bestimmt Gegenstände der Rechtsetzung nicht der Exekutive überlassen darf und alle wesentlichen Fragen des Gemeinwesens selbst entscheiden muß¹⁴. Ausprägungen dieses Wesentlichkeitsgrundsatzes sind insbesondere die inhaltsgleichen Bestimmungen der Art. 80 Abs. 1 GG und Art. 84 ThürVerf¹⁵.

¹⁰So in st. Rspr. ThürVerfGH seit ThürVerfGH LVerfGE 5, 391 (409); Urteil vom 30. 1. 2003 - VerfGH 14/00 - Umdruck S. 12 ff.; Urteil vom 8. 6. 2016 - VerfGH 25/15 - Umdruck S. 13; Urteil vom 6. 7. 2016 - VerfGH 38/15 - Umdruck S. 8 m. w. N.. Ebenso z. B. für das Landtagswahlrecht von NRW der VerfGH NRW OVGE 47, 304 (305), 51, 289 (299), NVwZ 2018 S. 159 (161) und zuletzt in seinen Beschlüssen vom 30. 6. 2020 - VerfGH 76/20 - Umdruck S. 15 f. und vom 7. 7. / 25. 8. 2020 - VerfGH 88/20 - Umdruck S. 22.

¹¹ Vgl. etwa VerfGH NRW OVGE 51, 298 (299).

¹² So ThürVerfGH Urteil vom 12. 6. 2018 - VerfGH 24/17 - Umdruck S. 26 und Urteil vom 16. 12. 2020 - VerfGH 14/18 - Umdruck S. 27.

¹³ So ThürVerfGH Urteil vom 2. 11. 2011 - VerfGH 13/10 - Umdruck S. 32 = LVerfGE 22, 547 (571).

¹⁴ Vgl. ThürVerfGH Urteil vom 21. 6. 2005 - VerfGH 28/03 - Umdruck S. 60 f. mit Verweis auf die einschlägige Rspr. des BVerfG.

¹⁵ So ThürVerfGH Urteil vom 21. 6. 2005 - VerfGH 28/03 - Umdruck S. 60.

An diesen - nach Art. 79 Abs. 3 GG auf Bundesebene und nach Art. 83 Abs. 3 ThürVerf änderungsfesten - Grundsätzen muß sich das Thüringer Landtagswahlrecht ausrichten¹⁶.

2. 4 Von daher kann bei der Anwendung dieser Maßstäbe auf die Ausgestaltung des LWG, insbesondere der fünf Wahlrechtsgrundsätze (der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren, geheimen und freien Wahl) sowie des Gebots der Chancengleichheit bei Wahlen, auf die Rechtsprechung des BVerfG zu diesen Prinzipien zurückgegriffen werden¹⁷.

3. Darüberhinaus ist der Gesetzgeber verpflichtet, wenn eine wahlrechtliche Vorschrift die Wahlrechtsgleichheit und die Chancengleichheit berührt, diese Norm zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern, wenn die verfassungsrechtliche Rechtfertigung dieser Norm durch neue Entwicklungen in Frage gestellt wird, etwa durch eine Änderung der vom Gesetzgeber vorausgesetzten tatsächlichen oder normativen Grundlagen oder dadurch, daß sich die Prognose beim Erlass der Norm hinsichtlich ihrer Auswirkungen als irrig erwiesen hat¹⁸. Auf diese zu den wahlrechtlichen Sperrklauseln¹⁹ entwickelte und z. B. für die Wahlkreiseinteilung²⁰ geltende Überprüfungspflicht muß ein Wahlrechtsgesetzgeber immer Bedacht nehmen, weil Wahlrechtsnormen in vielfältigen Zusammenhängen auf die Wahlrechtsgleichheit und die Chancengleichheit - sei es der Wahlberechtigten oder der Parteien und Wahlbewerber - einwirken können²¹. Deshalb kann eine Wahlrechtsbestimmung für eine Volksvertretung zu einem bestimmten Zeitpunkt gerechtfertigt sein, im Hinblick auf eine andere oder zu einem anderen, etwa späteren, Zeitpunkt jedoch nicht²².

4. Bei der Regelung des Landtagswahlrechts kann der Landesgesetzgeber die Entwicklung des Bundeswahlrechts berücksichtigen bzw. eine Übereinstimmung von Regelungen des LWG mit solchen des BWahlG zu vergleichbaren Sachverhalten anstreben. Dazu sind die Länder jedoch

¹⁶ S. etwa ThürVerfGH Urteil vom 12. 6. 2018 - VerfGH 24/17 - Umdruck S. 29. Zu den Prüfungsmaßstäben bei einem Nebeneinander von bundes- und landesverfassungsrechtlichen Normen s. auch ThürVerfGH Urteil vom 16. 12. 2020 - VerfGH 14/18 - Umdruck S. 14 ff.

¹⁷ Ebenso der VerfGH NRW in st. Rspr., etwa in seinem Urteil vom 20. 12. 2019 - VerfGH 35/19 - oder zuletzt in seinem Beschluss vom 7. 7. / 25. 8. 2020 - VerfGH 88/20 -.

¹⁸ St. Rspr. des BVerfG, vgl. etwa BVerfGE 146, 327 (353) und 135, 259 (287 f.) m.w.N.; ähnlich ThürVerfGH Urteil vom 21. 11. 2012 - VerfGH 19/09 - Umdruck S. 29.

¹⁹ Z.B. BVerfGE 129, 300 (321 f.).

²⁰ S. BVerfGE 130, 212 (227).

²¹ Davon zu unterscheiden ist die vom ThürVerfGH zu Recht verneinte Frage, ob der Thüringische Landtag nach der ThürVerf gehalten ist, sich mit bestimmten Materien in einem bestimmten Sinne zu befassen (ThürVerfGH Urteil vom 18. 7. 2006 - VerfGH 8/05 - Umdruck S. 8, 10).

²² Vgl. z. B. BVerfGE 120, 82 (108) und 146, 327 (353).

wegen ihrer Eigenstaatlichkeit und ihres daraus folgenden Selbstorganisationsrechts auch unter dem Gesichtspunkt der Bundestreue nicht verpflichtet. Vielmehr ist der Gleichlauf der Bestimmungen zur Wahl der Volksvertretungen in Bund und Ländern eine rechtspolitische Frage. Allerdings hat sich - über das Homogenitätsgebot in Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG und die Vorgaben aus Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG hinaus - seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein gewisser Gleichklang zwischen den Regelungen des BWahlG und den Wahlgesetzen zu den Landtagen (etwa zur Aufstellung von Wahlbewerbern oder zur Stimmabgabe) entwickelt, der es den Bürgern erleichtert, von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht bei Bundestags- und Landtagswahlen Gebrauch zu machen. Von daher ist es aus Demokratie politischer Sicht zu begrüßen, wenn der Thüringische Gesetzgeber sich bei Novellierungen seines LWG an Regelungen im BWahlG ausrichtet.

5. Schließlich ist ein Wahlgesetzgeber gut beraten, praktische Probleme, die bei der Durchführung von Bundestags-, Landtags oder Kommunalwahlen aufgetreten oder zu erwarten sind, aufzugreifen.

D Zu Art. 1, dem NeuwahlG insgesamt, sowie Art. 1 § 1 d.E.

1. Es wird befürwortet, daß das NeuwahlG in Art. 1 d.E. abweichende Regelungen vom LWG und der LWO für eine Neuwahl des Thüringer Landtags im Jahr 2021 trifft.
Denn eine solche Neuwahl wird zwei Besonderheiten aufweisen: Sie wird nach der Selbstauflösung des Landtags auf Grund Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf²³ sowie unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie erfolgen²⁴. Mit einem NeuwahlG diesen Besonderheiten Rechnung zu tragen, ist sachgerecht und verfassungskonform.

²³ Unter Nr. 5 des sog. Stabilitätsmechanismus vom 28. 2. 2020 haben vier Fraktionen im Thüringer Landtag der 7. Wahlperiode (DIE LINKE; SPD; BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und CDU) - da eine Mehrheitskoalition nicht möglich sei - verabredet, im Februar 2021 den Auflösungsantrag nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf zu stellen und entsprechend zu beschließen, damit der Landtag am 25. 4. 2021 neu gewählt werden kann.

²⁴ Die im Februar/März 2020 auch in Deutschland ausgebrochene Covid-19-Pandemie und die mit ihr verbundenen schwerwiegenden Gefahren für die öffentliche Gesundheit dauern auch Anfang 2021 an. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs/innen der Länder haben in ihrer Schaltkonferenz am 5. 1. 2021 u. a. festgestellt, daß die Wintermonate Januar, Februar und März die Ausbreitung des Virus begünstigen und die Impfungen erst dann die Infektionsdynamik dämpfen, wenn auch der größere Teil der jüngeren Bevölkerung geimpft ist. Deshalb ist bis in das Frühjahr 2021 hinein nicht zu erwarten, daß der Bundestag den von ihm Mitte November 2020 beschlossenen Fortbestand einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (i. S. von § 5 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz vom 20. 7. 2000, BGBl. I S. 1045, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 18. 11. 2020, BGBl. I S. 2397) zurücknehmen wird (vgl. das Protokoll der 191. Sitzung des Bundestages am 18. 11. 2020 S. 24046, 24109 sowie die Begründung in BT-Drucks. 19/24387 vom 17. 11. 2020).

Eine Neuwahl auf Grund Selbstauflösung des Landtags²⁵ vor Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode (Art. 50 Abs. 1 Satz 1 ThürVerf) widerspricht nicht dem von Art. 20 GG und Art. 44 Abs. 1 und Art. 48 Abs. 1 ThürVerf verbürgten Demokratieprinzip. Denn dieses verlangt zwingend nur in regelmäßigen Zeitabständen wiederkehrende Wahlen und verleiht demokratische Legitimation lediglich auf Zeit, die in der ThürVerf grundsätzlich auf fünf Jahre befristet, aber zugleich unter den Vorbehalt der Selbstauflösung des Landtags nach Art. 50 Abs. 2 gestellt worden ist.

Das NeuwahlG konzentriert sich zwar als „Einzelfall- bzw. Maßnahmegesetz“ mit seinen wahlrechtlichen Regelungen auf diesen Tatbestand der Wahl nach einer bestimmten Selbstauflösung sowie die Anpassungen an die voraussichtlich weit in das Jahr 2021 hinein notwendigen Vorkehrungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, wird damit indessen - gemessen an den Anforderungen des BVerfG²⁶ an solche Gesetze - nicht verfassungswidrig. Denn das NeuwahlG greift nicht unter Verstoß gegen die von Art. 20 Abs. 2 GG und Art. 45 Satz 3 ThürVerf normierten Grundsatz der Gewaltenteilung in den Kernbereich der Exekutive ein. Das Neuwahlgesetz regelt die Belange einer Vielzahl von Akteuren bei der Wahl, etwa der Wahlvorschlagsberechtigten, der um eine Aufstellung konkurrierenden Parteimitglieder, der Wahlausschüsse und Gemeinden, und ersetzt keineswegs die bloße Subsumtion unter eine Norm. Schließlich kommt es auch nicht zu einer Verkürzung des Rechtsschutzes der Betroffenen, weil diesen - wie gegen das LWG - nur die gegen Normen vorgesehenen Rechtsbehelfe des Freistaates zur Verfügung stehen.

2. Art. 1 § 1 Abs. 1 d.E. wird befürwortet.

Es ist nicht zu beanstanden, daß Art. 1 § 1 Abs. 1 d.E. die Abweichungen vom LWG und der LWO nicht nur für eine nach dem Stabilitätsmechanismus zwischen vier Fraktionen verabredete Neuwahl am 25. 4. 2021 vorsieht, sondern sie auf das gesamte Jahr 2021 sowie den Fall einer Landtagsauflösung nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 2 ThürVerf ausdehnt. Dabei ist unschädlich, daß sich der Gesetzgeber einer Prognose enthält, ob, wie lange und wie sich einschneidend Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie zur Vorsorge gegen Infektionen bzw. die Verbreitung des Covid-19-Virus auf die Durchführung einer Landtagswahl auswirken werden. Diese Zurückhaltung erscheint, obwohl der Bundestag am 18. 11.

²⁵ Wie sie die Verfassungen aller 16 Länder (mit unterschiedlichen Voraussetzungen) vorsehen und die von der Enquete-Kommission Verfassungsreform (BT-Drucks. 7/5924 vom 9. 12. 1976 S. 27, 39 ff.) sowie der Gemeinsamen Verfassungskommission zur GG-Änderung in der Folge der deutschen Einheit - wenn auch ohne die erforderliche 2/3-Mehrheit - auch für den Bundestag vorgeschlagen worden ist (BT-Drucks. 12/6000 vom 5. 11. 1993 S. 86 ff.).

²⁶ Vgl. etwa BVerfGE 95, 1 (Rdn. 45-52); 139, 321 (Rdn. 124-132).

2020 den Fortbestand einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite festgestellt hat²⁷, angesichts des Auf und Abs beim Pandemiegeschehen im Jahr 2020 angemessen. Zudem knüpfen die Regelungen, welche Pandemie bedingte Abweichungen von den allgemeinen wahlrechtlichen Vorgaben enthalten (Art. 1 § 2 Abs. 3 und 4, § 5 Abs. 1 bis 3 d.E.) an eine konkrete örtliche Pandemiesituation bzw. an die Feststellung eines inhaltlich beschriebenen „wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands“ an. Einzig in Art. 1 § 4 d.E., der für die Wahlhandlung ein Infektionsschutzkonzept vorschreibt, fehlt eine ausdrückliche Anknüpfung an eine Pandemiesituation, die aber - wenn auch nicht ideal - durch die Anordnung der entsprechenden Anwendung der §§ 3 bis 5 der Zweiten Thüringer SARS-Cov-2-Infektionsschutz-Grundverordnung²⁸ mittelbar hergestellt wird.

Die anderen Regelungen des NeuwahlG (Art. 1 § 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 1 und 2 d.E.) beziehen sich nach ihrem Wortlaut nicht auf eine Pandemielage, reagieren vielmehr primär auf die nach Auflösung des Landtags beginnende 70-Tagesfrist des Art. 50 Abs. 2 Satz 3 ThürVerf und den daraus folgenden eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Wahlvorschlagsberechtigten, gelten also unabhängig von der weiteren Entwicklung der Pandemie.

Demgegenüber bezieht sich Art. 1 § 3 d.E. nicht auf eine Auflösung des Landtags und hat nur entfernt etwas mit einer Pandemielage zu tun. Denn die Ausdehnung der Wahlzeit bis 20 Uhr sowie die Klarstellung, wie Wähler zu behandeln sind, die sich zwar bis zum Ablauf der Wahlzeit im oder vor dem Wahllokal eingefunden haben, aber in Folge von Verzögerungen bei der Stimmabgabe dazu selbst noch nicht zugelassen werden konnten, betrifft Landtagswahlen schlechthin. Die Neuregelung geht ersichtlich auf Erfahrungen bei der Europawahl 2019²⁹ zurück. Damals war die schleppende Stimmabgabe und Schlangenbildung wesentlich auf die gleichzeitige Durchführung der Europawahl mit Kommunalwahlen in einigen Ländern und die dafür verwandten langen und komplizierten Stimmzettel zurückzuführen. Allerdings ist zu erwarten, daß sich die Stimmabgabe bei einer Landtagswahl unter den Bedingungen einer hochinfektiösen Pandemie wegen der einzuhaltenden Hygieneregeln ebenfalls deutlich langsamer als unter normalen Bedingungen vollziehen

²⁷ S. oben Fn. 24.

²⁸ Vom 7. 7. 2020 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Art. 2 der VO vom 14. 12. 2020 (GVBl. S. 631).

²⁹ S. etwa die Niederschrift der 3. Sitzung des Bundeswahlausschusses (BWA) vom 24. 6. 2019 zur damaligen Europawahl S. 3: Am 26. 5. 2019, dem Wahltag, war es in Dresden und Jena zu langen Schlangen vor den Wahllokalen gekommen, die bis zum Ende der Wahlzeit um 18 Uhr nicht abgebaut waren, so daß in Dresden und Jena die Stimmabgabe verschiedentlich sogar bis nach 19 Uhr dauerte bzw. in zwei Jenaer Wahlbezirken ca. 150 bis 160 wartende Wahlberechtigte nach 18 Uhr nicht mehr zur Stimmabgabe zugelassen wurden.

wird. Angesichts der erwähnten Erfahrungen aus der Wahlpraxis empfiehlt es sich, die Regelung des Art. 1 § 3 d.E. aus dem auf ein Jahr befristeten NeuwahlG herauszunehmen und z. B. über Art. 2 d.E. durch Änderung des § 18 Abs. 3 LWG zum dauerhaften Inhalt des LWG zu machen.

Gleiches empfiehlt sich für die Regelungen in Art. 1 § 2 Abs. 1 und 2 d.E. Beide Absätze sollen ausdrücklich nur bei einer vorzeitigen Neuwahl des Landtages - unausgesprochen sind damit beide nach Art. 50 Abs. 2 ThürVerf möglichen Fälle gemeint - und nach Art. 4 Abs. 1 d.E. nur für das Jahr 2021 gelten. Allerdings scheinen beide Regelungen (Herabsetzung der Unterschriftsquoren und Dispens von der Einhaltung der Partei-satzungen bei der Bewerberaufstellung) durch die Erwartung veranlaßt zu sein, daß die Pandemielage bis zu der in Aussicht genommenen Neuwahl im April 2021 anhalten werde, wie sich aus der allgemeinen Begründung d.E.³⁰ sowie ausdrücklich aus der zu Art. 1 § 2 Abs. 2 d.E. ergibt³¹.

Gleichwohl erscheint es wegen der kurzen Frist von 70 Tagen nach einer Landtagsauflösung bis zur Neuwahl wahlrechtspolitisch sinnvoll, beide Regelungen unbefristet in das LWG aufzunehmen. Denn diese zeitliche Enge erschwert das Sammeln von Unterstützungsunterschriften und die Verfahren zur Wahlbewerberaufstellung doch beträchtlich. Die VO zur Abkürzung von Fristen und Terminen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode³² gilt ja ebenfalls unbefristet für alle Fälle der Landtagsauflösungen. Deshalb könnte erwogen werden, die Regelung aus der Abkürzungs-VO sowie aus Art. 1 § 2 Abs. 1 und 2 d.E. mit einem neuen § 72a „Sonderbestimmungen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags“ in das LWG zu übernehmen.

3. Zu Art. 1 § 1 Abs. 2 d.E.

Der Hinweis auf die Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen³³ ... durch diese Unberührtheitsklausel ist überflüssig, aber nicht schädlich.

E Zu Art. 1 § 2 d.E.

1. Zu Art. 1 § 2 Abs. 1 d.E.

³⁰ S. Drucks. 7/2043 vom 4. 11. 2020 S. 9.

³¹ S. Drucks. 7/2043 vom 4. 11. 2020 S. 10.

³² Vom 27. 2. 2020 (GVBl. S. 89).

³³ Vom 27. 2. 2020 (GVBl. S. 89).

Die Halbierung der Unterschriftsquoren wird befürwortet, allerdings sind zur Wahrung der Wahlrechts- und Chancengleichheit in diese Erleichterung auch die „anderen Wahlkreisvorschläge“ i. S. des § 22 Abs. 3 LWG einzubeziehen.

Die Herabsetzung der Unterschriftsquoren ist bei Vorliegen einer Pandemielage von Verfassungen wegen geboten. Nach einer Landtagsauflösung ist sie zwar nicht erforderlich, aber wahlrechtlich sinnvoll. Dabei erscheint die Größenordnung (Halbierung auf 50%) bei Vorliegen einer oder beider Fallgestaltungen verhältnismäßig.

Das Erfordernis von - der Größe nach angemessenen³⁴ - Unterschriftsquoren bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen ist verfassungskonform³⁵. Das trifft auch auf die Thüringische Landtagswahl zu, bei der auf Wahlkreisebene nach § 22 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 LWG bei Parteien, die nicht im Bundestag oder einem Landtag vertreten sind, sowie bei „anderen Wahlkreisvorschlägen“ 250 Unterschriften und für Landeslisten nach § 29 Abs. 1 Satz 2 LWG 1000 Unterschriften bei noch nicht parlamentarisch vertretenen Parteien erforderlich sind. Für den Fall einer Auflösung des Bundestages, wenn die Neuwahl nach Art. 39 Abs. 1 Satz 4 GG binnen 60 Tagen erfolgen muß, hat der Bundesgesetzgeber lediglich Anpassungen der Fristen und Termine, aber keine Reduzierung der Unterschriftsquoren für Wahlvorschläge vorgesehen³⁶. Demgegenüber sieht § 31 Nr. 1 des Schleswig-Holsteinischen LWG³⁷ bei vorzeitiger Beendigung einer Wahlperiode eine Halbierung der nötigen Unterschriften für bestimmte Wahlvorschläge vor. Es liegt für den Fall einer Landtagsauflösung im gesetzgeberischen Ermessen des Thüringer Wahlgesetzgebers, wie jetzt Art. 1 § 2 Abs. 1 d.E. vorschlägt, die Unter-

³⁴ Vgl. dazu etwa BVerfGE 4, 375 (381); BayVerfGH BayVBl. 1995, 624 und VerfGH NRW Beschluß vom 7. 7. 2020 - VerfGH 88/20 - Umdruck S. 29 ff. Nach dem Beschluß des BVerfG vom 29. 4. 1994 - 2 BvR 831/94 - LKV 1994 S. 403 ist ein Unterschriftsquorum von 0,25% der Wahlberechtigten bei Bundestags- und Landtagswahlen noch zulässig. Auf den Freistaat Thüringen übertragen, bei dessen letzter Landtagswahl am 27. 10. 2019 es nach dem amtlichen Endergebnis 1.729.242 Wahlberechtigte gab, würde sich für Landeslisten ein Quorum von bis zu 4323 Unterschriften errechnen, während § 29 Abs. 1 Satz 2 LWG nur 1000 Unterschriften verlangt.

³⁵ So das BVerfG in st. Rspr. s. etwa BVerfGE 60, 162 (168) und 82, 353 (362 f.) sowie jüngst BVerfG-Berichterstatter-Schreiben vom 30. 6. 2020 zur Wahlprüfungsbeschwerde 2 BvC 31/18 gegen den Beschluß des Bundestages vom 5. 7. 2018 - WP 135/17 sowie VerfGH NRW Beschluß vom 7. 7. 2020 - VerfGH 88/20 - Umdruck S. 21 ff.

³⁶ In § 52 Abs. 3 BWahlG. Vgl. dazu den Prüfbericht der Bundesregierung vom 14. 5. 2008 (BT-Drucks. 16/9253 vom 16. 5. 2008 S. 4), was der Bundestag gegenüber Wahleinsprüchen bestätigt hat, z. B. BT-Drucks. 16/5700 vom 21. 6. 2007 (Anlage 17 S. 88 f.). Ebenso z.B. § 55 Abs. 5 des NdsLWG vom 30. 5. 2002 (NdsGVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 27. 3. 2019 (NdsGVBl. S. 70).

³⁷ Vom 7. 10. 1991 (GVOBl. S. 442, 637), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. 10. 2019 (GVOBl. S. 405).

schriftsquoren aus §§ 22 Abs. 2 und 29 Abs. 1 LWG für solche Fälle ebenfalls zu halbieren, um so bislang nicht parlamentarisch vertretenen Parteien die Einreichung von Wahlvorschlägen angesichts der verkürzten Fristen für das Sammeln der Unterschriften zu erleichtern³⁸.

Da im Freistaat Thüringen im Jahr 2021 die Neuwahl des Landtags nach dessen Auflösung mit großer Wahrscheinlichkeit unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie stattfinden wird, ist eine Reduzierung der Unterschriftsquoren sogar von Verfassung wegen geboten³⁹. Wie oben unter C 3. dargestellt, ist der Wahlrechtsgesetzgeber gehalten, Vorschriften, welche die Chancengleichheit der Parteien und Wahlbewerber beeinflussen, zu überprüfen und ggfs. zu ändern, wenn deren verfassungsrechtliche Rechtfertigung durch neuere Entwicklungen, etwa tatsächlicher Art, in Frage gestellt werden. Das ist der Fall, wenn Wahlvorschlagsberechtigte die erforderlichen Unterschriften nicht unter normalen Wahlkampfbedingungen, sondern in einer Zeit sammeln müssen, in welcher den Bürgern dringend die Reduzierung ihrer Kontakte mit Dritten angeraten wird und ihnen Drittkontakte über einen bestimmten engen Personenkreis hinaus untersagt sind und sogar Versammlungsverbote und Ausgangssperren auferlegt werden können. Auch wenn die im Februar und März 2021 im Freistaat geltenden Infektionsschutzregeln noch nicht konkret vorhergesehen werden können⁴⁰, wird es höchst wahrscheinlich beim Gebot strikter Kontaktreduzierung bleiben. Die damit verbundenen Erschwernisse sind beträchtlich⁴¹, machen jedoch das Sammeln von Unterstützungsunterschriften nicht gänzlich oder nahezu unmöglich⁴². Von daher erscheint die vorgesehene Halbierung der Unterschriftsquoren auf 125 bzw. 500 Unterschriften angemessen und ausreichend. Die Herabsetzung hält sich damit im Rahmen vergleichbarer Anpassungen der wahlrechtlichen Regelungen anderer Länder an die mit der Covid-19-Pandemie verbundenen Einschränkungen des öffent-

³⁸ Vgl. die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 13. 10. 2020 - WD 3-3000-237/20 - m. w. N.

³⁹ So VerfGH NRW Beschluß vom 7. 7. 2020 - VerfGH 88/20 - Umdruck S. 25 ff. und VerfGH BW Urteil vom 9. 11. 2020 - 1 GR 101/20 - Umdruck S. 17 ff. sowie die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 13. 10. 2020, a. a. O. S. 4 f.

⁴⁰ Die 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO vom 7. 7. 2020 (GVBl. S. 349) ist entsprechend der Pandemieentwicklung bislang im Abstand weniger Wochen immer wieder verändert worden.

⁴¹ Wie im Urteil des VerfGH BW vom 9. 11. 2020 - 1 GR 101/20 - Umdruck S. 18 f. eingehend begründet wird.

⁴² Ebenso VerfGH NRW Beschluß vom 25. 8. 2020 - VerfGH 126/20.VB-3 - Umdruck S. 8. Selbst nach den bis zum 10. 1. 2021 befristeten besonders strengen Infektionsschutzmaßnahmen für die Weihnachts- und Neujaarszeit der 3. ThürSARS-CoV-2-Sonder-EindmaßnVO vom 14. 12. 2020 (GVBl. S. 631) wäre das Sammeln von Unterschriften an Haustüren oder an Ständen auf Plätzen und vor Einkaufszentren und sogar in Parteiversammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerbern (vgl. § 3 Abs. 2 Nr. 2 der 3. ThürSARS-VO i. V. m. § 8 Abs. 2 Nr. 3 der 2. ThürSARS-GrundVO) möglich gewesen.

lichen und privaten Lebens⁴³.

Die nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG gebotene Wahlrechtsgleichheit sowie das Gebot der Chancengleichheit aus Art. 21 Abs. 1 GG wären verletzt, wenn die nach § 20 Abs. 1 LWG zu Wahlvorschlägen Berechtigten, die nach § 22 Abs. 3 LWG für Wahlkreisvorschläge normalerweise ebenfalls 250 Unterstützungsunterschriften beibringen müssen, in die Erleichterung des Art. 1 § 2 Abs. 1 d.E. nicht einbezogen würden. Für eine unterschiedliche Behandlung der nicht parlamentarisch vertretenen Parteien sowie der „anderen Wahlvorschläge“ i. S. von § 22 Abs. 3 LWG beim Unterschriftsquorum für Wahlvorschläge in den Wahlkreisen liegen keine rechtfertigenden Gründe vor, die den Geboten der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit die Waage halten könnten. Wie bei finanziellen Zuwendungen und steuerlichen Vorteilen⁴⁴ dürfen Wählergruppen und Wahlvorschläge von Wahlberechtigten bei der Bemessung von Unterschriftsquoren nicht schlechter als Parteien behandelt werden. Art. 1 § 2 Abs. 1 d.E. ist deshalb auf die Fälle des § 22 Abs. 3 LWG zu erstrecken.

2. Zu Art. 1 § 2 Abs. 2 d.E.

Die Erleichterungen für die Wahlbewerberaufstellung kann der Landesgesetzgeber vornehmen, sie sind verfassungskonform und sinnvoll.

Art. 1 § 2 Abs. 2 d.E. modifiziert die §§ 23 Abs. 1 und 29 LWG über die Aufstellung der Wahlvorschläge in den Wahlkreisen sowie der Landeslisten und trifft damit eine wahlrechtliche und keine dem Bundesgesetzgeber nach Art. 21 Abs. 5 GG vorbehaltene Regelung des Parteienrechts. Bei den Regelungen des § 5 Abs. 2 Gesetz über Maßnahmen(im Folgenden „MaßnahmenG), auf welche verwiesen wird⁴⁵, handelt es sich

⁴³ Während in NRW die Unterschriftsquoren für die Kommunalwahl am 13. 9. 2020 nur auf 60% reduziert wurden (Gesetz zur Durchführung der Kommunalwahlen 2020 vom 29. 5. 2020 (GVBl. S. 357)), sehen Baden-Württemberg für die Landtagswahl am 14. 3. 2021 (LWG vom 15. 4. 2005 GBl. S. 384, zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 11. 2020 GBl. S. 1049) und Hessen für die Kommunalwahl am 14. 3. 2021 (Hessisches Kommunalwahlgesetz vom 7. 3. 2005 GVBl. S. 197, zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. 12. 2020 GVBl. S. 915) eine Halbierung der Unterschriftsquoren vor. Rheinland-Pfalz verringert die Unterschriftsquoren für die Landtagswahl am 14. 3. 2021 noch weiter auf das bei einer Landtagsauflösung reduzierte Niveau von 40% bzw. 25% (LWG vom 24. 11. 2004 GVBl. S. 519, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. 12. 2020 GVBl. S. 730).

⁴⁴ Vgl. BVerfGE 41, 399 (421 ff.); 111, 382 (404 ff.); 121, 108 (120 ff.) und BVerwGE 132, 166 (Rdn. 21).

⁴⁵ § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie vom 27. 3. 2020 (BGBl. I S. 569, 570). Diese bis Ende 2021 befristete Regelung ist durch das Änderungsgesetz vom 28. 10. 2020 (BGBl. I S. 2264) nicht verändert worden, allerdings durch Anfügung eines weiteren Abs. 4 auf Parteien erstreckt worden (vgl. Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses BT-Drucks. 19/23197 vom 7. 10. 2020 S. 15).

zwar nicht um Regelungen des Parteienrechts, sondern des bürgerlichen Rechts und des Vereinsrechts, also Materien die der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes nach Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 und 3 GG vorbehalten sind. Das ist indessen unschädlich, weil sich der Landesgesetzgeber zur Vereinfachung seiner Regelung einer Verweisung bedient und so das Bundesrecht zu einer seiner Kompetenz vorbehaltenen Bestimmung des Landeswahlrechts macht⁴⁶.

Mit der Übernahme der Regelungen des § 5 Abs. 2 MaßnahmeG hält sich Art. 1 § 2 Abs. 2 d.E. innerhalb der Vorgaben des BVerfG⁴⁷ für die Aufstellung von Wahlvorschlägen. Danach müssen die Wahlvorschläge - in Sonderheit der Parteien, deren innere Ordnung nach Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG demokratischen Grundsätzen entsprechen muß - in Versammlungen aufgestellt werden, in denen alle Parteimitglieder Wahlvorschläge machen und die Bewerber für eine Kandidatur ihr Programm und sich selbst vorstellen können und über die Bewerber in geheimer Wahl abgestimmt wird⁴⁸. An diesen vier elementaren Verfahrensregeln, ohne die ein Wahlvorschlag schlechterdings nicht Grundlage einer Wahl zu einer Volksvertretung werden kann, ändern die von § 5 Abs. 2 MaßnahmeG zugelassenen Möglichkeiten nichts. Vielmehr bleibt es für die Aufstellung der Wahlvorschläge bei Versammlungen, an denen die Parteimitglieder aber auch über elektronische Kommunikation, etwa vom heimischen PC aus, teilnehmen und über die Bewerber mit Briefwahl geheim abstimmen können.

Redaktionell ist die Verweisung auf § 5 Abs. 2 MaßnahmenG durch die Ergänzung des § 5 MaßnahmeG um einen auf die Parteien bezogenen Abs. 4 mit Art. 2 Nr. 2 des Gesetzes vom 28. 10. 2020 (BGBl. I S. 2264) überholt. Es empfiehlt sich deshalb, in Art. 1 § 2 Abs. 2 d.E. auf den § 5 Abs. 4 MaßnahmeG zu verweisen, da die Modalitäten in § 5 Abs. 4 MaßnahmenG ebenfalls den elementaren Anforderungen an das Verfahren zur Aufstellung von Wahlvorschlägen genügen.

Einer Ausdehnung des Art. 1 § 2 Abs. 2 d.E. auf „andere Wahlkreisvorschläge“ i.S. des § 22 Abs. 3 LWG bedarf es nicht, weil für deren Aufstellung keine Versammlungen erforderlich sind.

3. Zu Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E.

Die noch weitergehende Ermächtigung der Parteien, ihre Wahlvorschläge gänzlich im Wege elektronischer Kommunikation oder in Form der Briefwahl

⁴⁶ Vgl. BVerwG DVBl. 2009 S. 1122 f.

⁴⁷ Grundlegend der Beschluß des BVerfG vom 20. 10. 1993 (BVerfGE 89, 243 (252 ff.)) zur Kandidatenaufstellung der Hamburgischen CDU zur Bundestagswahl 1990.

⁴⁸ Vgl. BVerfGE 89, 243 (252 ff.).

aufzustellen und zu wählen, weicht von den elementaren Verfahrensregeln für Wahlvorschläge ab, ist aber - ausnahmsweise - verfassungskonform, bedarf freilich einer Ergänzung.

Die Abweichungen sollen nach Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E., wie sich zwar nicht aus dem Wortlaut, wohl aber aus der Begründung ergibt, nur im Verzicht auf Präsenzversammlungen zur Bewerberaufstellung bestehen. Allerdings ist gerade die Bewerberaufstellung in Versammlungen einer der wichtigsten Verfahrensschritte, weil sich demokratische Willensbildung am Besten unter Anwesenden im Austausch von Argumenten in Rede und Gegenrede mit den Bekundungen von Zustimmung oder Ablehnung aller Teilnehmer vollzieht. Die große Infektionsgefährlichkeit des Covid-19-Virus sowie die im gesamten Freistaat oder in bestimmten Thüringer Regionen erforderlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie können, wie es Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E. als Voraussetzung formuliert, die Durchführung von Aufstellungsversammlungen in der Zeit vor der Landtagswahl - wenn nicht sogar rechtlich, so doch tatsächlich - verhindern oder erwarten lassen, daß ein wesentlicher Teil der Parteimitglieder an den Aufstellungsversammlungen, etwa aus Sorge vor Ansteckung, nicht teilnimmt.

Wenn Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E. unter den Bedingungen der Pandemie den Parteien für die Landtagswahl nach einem Auflösungsbeschluß des Landtags nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf erlaubt, ihre Bewerber ohne Präsenzversammlung aufzustellen, bleibt der Thüringische Wahlgesetzgeber verfassungskonform.

Dieses Ergebnis läßt sich jedoch nicht mit der Überlegung begründen, von den elementaren Verfahrensregeln für Wahlvorschläge könne ausnahmsweise abgewichen werden, um eine Landtagswahl trotz der Einschränkungen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie durchzuführen, um eine Verletzung des für jedes demokratische Staatswesen unverzichtbaren Prinzips der Periodizität (Art. 50 Abs. 1 Satz 1 ThürVerf und Art. 20 Abs. 1 GG) zu vermeiden. Denn ohne Einhaltung des Kernbestandes der Verfahrensgrundsätze kann ein Kandidatenvorschlag nicht zur Grundlage einer demokratischen Wahl werden. Für die Periodizität der Wahl wäre nichts gewonnen, wenn dann Kandidaten zur Wahl stünden, die unter Verletzung der elementaren Regeln für die Bewerberaufstellung bestimmt wurden. Von daher kann das Prinzip der Periodizität eine undemokratische Kandidatenkür nicht rechtfertigen, zumal im Jahr 2021 von der fünfjährigen Wahlperiode des Landtags nach dessen letzter Wahl am 27. 10. 2019 gerade erst gut ein Fünftel verfließen ist, also die Periodizität demokratischer Landtagswahl gar nicht in Frage steht, sondern - willentlich - erst durch einen Auflösungsbeschluß gefährdet wird.

Entscheidend ist vielmehr, daß die von Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E. vorgesehenen Regelungen den Schutzbereich der elementaren Verfahrensregeln für eine demokratische Bewerberaufstellung nicht verlassen, sondern wahren.

Denn unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie soll sich die Bewerberaufstellung, wenn die Pandemie und die Eindämmungsmaßnahmen Präsenzversammlungen verhindern, keineswegs ohne eine kollektive, alle Parteimitglieder von unten nach oben einbeziehende demokratische Willensbildung vollziehen. Abgesehen werden darf lediglich von Präsenzversammlungen; an deren Stelle tritt eine mit elektronischer Kommunikation durchgeführte kollektive Willensbildung, die gewissermaßen als „virtuelle Versammlung“ den Parteimitgliedern eine demokratische Entscheidung über die Bewerberaufstellung ermöglicht. Als das BVerfG 1993 für die Aufstellung der Wahlbewerber das Postulat bestimmter Mindestregeln für eine demokratische Kandidatenaufstellung formulierte, stand für die innerparteiliche Willensbildung nur die Form der Präsenzversammlung, sei es der Mitglieder oder von Delegierten der Mitglieder in Form von Vertreterversammlungen, zur Verfügung. Seither hat die Entwicklung der elektronischen Kommunikation auch andere Formen kollektiver Meinungs- und Willensbildung in Parteien hervorgebracht, die - bei entsprechender Ausgestaltung - einer Präsenzversammlung weitgehend nahekommen. Jedenfalls können sich auch auf elektronischem Weg Rede und Gegenrede, Beifalls- und Missfallsäußerungen, kurz eine lebendige und freie Willensbildung unter allen Beteiligten vollziehen. Deshalb kann davon ausgegangen werden, daß heute wegen der Möglichkeiten von Internetkonferenzen die elementaren Regeln für die Kandidatenaufstellung in den Parteien auch dann gewahrt sind, wenn sich diese Willensbildung nicht in Präsenzversammlungen, sondern in virtuellen Versammlungen mit elektronischer Kommunikation vollzieht⁴⁹.

Zur Verfassungskonformität des Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E. trägt maßgeblich bei, daß Satz 3 für die Schlußabstimmung über den Wahlvorschlag geheime Briefwahl vorschreibt. Denn für Wahlen zu den Volksvertretungen und damit auch für die geheim zu wählenden Wahlbewerber stehen zur Zeit noch keine elektronischen Verfahren zur Verfügung, welche das vom BVerfG⁵⁰ aus dem Grundsatz der Öffentlichkeit und Transparenz demokratischer Wahlen entwickelte Gebot bürgerschaftlicher Richtigkeitskontrolle erfüllen. Das BVerfG schließt zwar in seinem Urteil vom 3. 3. 2009 den Einsatz elektronischer Verfahren, etwa von Computern und anderen elektronischen Hilfsmitteln zur Stimmabgabe und zur Ermittlung sowie Übermittlung von Wahlergebnissen nicht aus. Zugleich verlangt das Gericht aber, daß die Bürger sämtliche Verfahrensschritte selbst auf deren Korrektheit überprüfen

⁴⁹ Vgl. z. B. die Ausarbeitungen der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 29. 11. 2011 - WD3-3000-327/11 - m. w. N. und vom 2. 12. 2020 - WD3-3000-278/20 -.

⁵⁰ Grundlegend BVerfGE 123, 39 (68 ff.).

können. Die für innerparteiliche kollektive Willensbildungen derzeit nutzbaren elektronische Konferenztechniken haben sich bewährt. Gleiches gilt z. B. für die seit langen Aktionären eröffnete Möglichkeit, sich an den Abstimmungen und Wahlen in den Hauptversammlungen ihrer Aktiengesellschaften durch elektronische Stimmabgabe zu beteiligen. Bei allen diesen Verfahren müssen die Teilnehmer jedoch darauf vertrauen, daß die elektronischen Geräte und Verfahren korrekt funktionieren, ohne das selbst oder an Hand von Kontrollausdrucken überprüfen zu können⁵¹. Von daher führt auch bei einer Bewerberaufstellung in virtuellen Versammlungen kein Weg an einer „konventionellen“ Wahl mit Stimmzetteln vorbei, die - wie es der Wahlgesetzgeber hier zuläßt - auch mit Briefwahl erfolgen kann. Elektronische Geräte können deshalb für die kollektive Willensbildung unter den Parteimitgliedern sowie für eine Vorauswahl unter den Interessenten für eine Nominierung, nicht jedoch für die Schlußabstimmung über den Wahlvorschlag eingesetzt werden⁵².

Von den vier elementaren Verfahrensregeln für die Aufstellung demokratischer Wahlvorschläge (Willensbildung in der jeweiligen Partei von unten nach oben in Versammlungen, Vorschlagsrecht jedes Parteimitglieds, Recht der Bewerber ihr politisches Programm und ihre Person vorzustellen sowie geheime Wahl der Bewerber) spricht das LWG in § 23 Abs. 1 und 6 sowie § 29 Abs. 6⁵³ ausdrücklich nur die beiden Merkmale Versammlung und geheime Wahl an, ebenso jetzt Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E.. Gleichwohl steht außer Frage, daß eine Wahlvorschlag zur Landtagswahl im Freistaat nicht zugelassen werden dürfte, wenn bei dessen Aufstellung das Vorschlagsrecht der Mitglieder sowie die Vorstellungsrechte der Bewerber nicht gewahrt worden wären. Das gilt von Verfassungs wegen auch, wenn die Wahlbewerberaufstellung nach Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E. ausschließlich im Wege elektronischer Kommunikation erfolgt. Durch eine virtuelle Versammlung, an welcher die Parteimitglieder auf elektronischem Weg teilnehmen, darf das Vorschlagsrecht der Mitglieder sowie das Vorstellungsrecht der Bewerber nicht geschmälert werden; es steht jedenfalls nicht so unter der Selbstkontrolle der Mitglieder, wie es bei einer Präsenzversammlung der Fall wäre. Das gilt erst recht für das Teilnahmerecht aller Parteimitglieder an den Aufstellungsversammlungen. Deshalb sollte im Interesse einer verfassungskonformen Anwendung des NeuwahlG Art. 1 § 2 Abs. 3 d.E. durch den Hinweis auf die drei Notwendigkeiten Teilnahmemöglichkeit für alle Parteimitglieder, Vorschlagsrecht aller Mitglieder und Vorstellungsrecht aller

⁵¹ Vgl. etwa die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 30. 10. 2020 - WD3-3000-254/20 - S. 4 ff.

⁵² So BayVerfGH Beschluß vom 11. 11. 2019 - Vf.46-III-19 Rdn. 47 (= DÖV 2020 S. 286) mit Verweis auf BayVerfGE 67, 263 (Rdn. 40 ff.). Ebenso die Wahlprüfungsentscheidungen des Bundestages in BT-Drucks. 15/4750 vom 28. 1. 2005 (Anlage 5 S. 19, 25) und BT-Drucks. 18/5050 vom 27. 5. 2015 (Anlage 5 S. 23, 43).

⁵³ Ebenso die LWO in § 32 Abs. 5 und § 37 Abs. 4 Nr. 3.

Bewerber ergänzt werden. Entsprechend sollten die eidesstattlichen Versicherungen in Art. 1 § 2 Abs. 3 Satz 3 d.E. auf die Einhaltung dieser Notwendigkeiten erstreckt werden; die Sätze 4 bis 6 sind dann anzupassen. In der Wahlpraxis werden die Parteien vor allem dafür zu sorgen haben, daß Parteimitglieder, die zu Hause nicht über die erforderlichen elektronischen Geräte verfügen oder mit diesen nicht hinreichend umgehen können, dennoch an der virtuellen Willensbildung zur Bewerberaufstellung teilnehmen können, etwa an Geräten in erreichbaren Parteigeschäftsstellen, die sie unter Anleitung nutzen können.

F Zu Art. 1 § 3 d.E.

Wie bereits oben unter D 2 ausgeführt, trifft Art. 1 § 3 eine Regelung, die für alle Landtagswahlen sinnvoll ist und deshalb in den Art. 2 d.E. übernommen werden sollte. Das läge auch in der Konsequenz des Art. 3 d.E., welcher den § 56 LWO auf Dauer und ab dem 1. 1. 2021 an die Bestimmung des Art. 1 § 3 d.E. anpaßt.

Soll die Erweiterung der Wahlzeit um zwei Stunden bis 20 Uhr auf den Fall einer Neuwahl im Jahr 2021 beschränkt werden, weil nur dann Verzögerungen durch die Einhaltung von Infektionsschutzregeln befürchtet werden, wäre - nach Übernahme der übrigen Regelungen in das LWG - Art. 1 § 3 d.E. auf den Satz 1 zu beschränken.

G Zu Art. 1 § 4 d.E.

Die Vorgabe eines Infektionsschutzkonzepts für die Wahlhandlung wird befürwortet. Die Verweisung auf die §§ 3 bis 5 der 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO vom 7. 7. 2020 sollte modifiziert werden.

Die Betrauung der Gemeinden mit der Aufgabe, für ihre Wahlräume sowie die Wahlhandlung Infektionsschutzkonzepte zu erstellen, erscheint sinnvoll. Denn solche Infektionsschutzkonzepte müssen sich nach der Pandemielage vor Ort am Wahltag sowie den Gegebenheiten der Wahlräume, die ganz verschieden sein können, ausrichten. Das ist nur den Gemeinden möglich.

Infektionsrisiken bestehen bei einer herkömmlichen Landtagswahl, d.h. in Wahllokalen mit Wahlurnen, sowohl für die Wahlberechtigten als auch für die Mitglieder der Wahlvorstände. Für den Wähler stellt sich die Lage ähnlich dar wie an der Kasse eines Supermarktes, für den Wahlvorstand wie eine Teamarbeit unter 5 bis 9 anwesenden Personen. Dem kann das jeweilige Infektionsschutzkonzept Rechnung tragen und könnte sich z.B. an der Infektionsprävention bei der Kommunalwahl in NRW am 13. 9. 2020 orientieren: Indem etwa immer nur wenigen Wählern und dann nur mit Mund-

Nasen-Bedeckung der Zutritt zum Wahlraum gestattet wird, die Wahlkabinen immer wieder desinfiziert werden, die Mitglieder des Wahlvorstands Masken mit höherer Schutzwirkung (etwa FFP 2) tragen, hinter einem Plexiglasschirm auf Abstand sitzen und später bei der Auszählung der Stimmen hinreichende Abstände einhalten.

Bei derartigen Infektionsschutzmaßnahmen ist nicht zu befürchten, daß die Integrität der Wahl beeinträchtigt würde.

Infektionsschutzkonzepte und deren Durchführung in den Wahllokalen sowie bei der Wahlhandlung vermögen immer nur einen größtmöglichen, aber keinen absoluten Schutz gegen eine Infektion mit dem Covid-19-Virus zu bieten. Das gilt sowohl für die Wähler als auch die Mitglieder der Wahlvorstände. Gleichwohl sind besondere Haftungsregeln, etwa zu Lasten der Gemeinden oder des Freistaates nicht geboten. Die Gemeinden haben, wie es bei ihrer Verkehrssicherungspflicht für die Wahlräume und deren Zu- bzw. Abgänge der Fall ist, ein den Anforderungen der 2.ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechendes Infektionsschutzkonzept aufzustellen und umzusetzen. Haben sie das getan und die Wahlvorstände während der Wahlhandlung auf dessen Einhaltung geachtet, würde - für die Wähler sowie die Mitglieder der Wahlvorstände - eine Infektion mit dem Virus zum allgemeinen Lebensrisiko gehören, für das der Betroffene niemanden haftbar machen kan.

Die allgemeine Verweisung auf die §§ 3 bis 5 der 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO könnte zu unrechtmäßigen Zurückweisungen vom Wahlrecht führen. Nach § 3 Abs. 3 Nr. 1 der VO sind Personen mit erkennbaren Symptomen einer Covid-19-Erkrankung auszuschließen. Eine derartige Erkrankung stellt jedoch keinen Grund für einen Ausschluss vom Wahlrecht zum Landtag dar. Diese Gründe sind in § 13 Nr. 3 i. V. m. § 14 LWG abschließend aufgeführt. Deshalb sollte diese Regelung von der Verweisung ausgenommen werden.

Im Übrigen ist die Verweisung, wie sich aus der Erwähnung der konkreten „letzten Änderung vom ...“ ergibt, als statischer Verweis gemeint. Das ist nicht sachgerecht. Denn die GrundVO wird in kurzen Abständen an das dynamische Infektionsgeschehen angepaßt. Deshalb empfiehlt sich eine sog. dynamische Verweisung, die in diesem Zusammenhang zulässig ist⁵⁴. Denn es handelt sich um den selben Gesetzgeber; die dynamische Verweisung bezöge sich auf einen eng begrenzten Sachbereich, nämlich der Eindämmung der Covid-19-Pandemie, und sie schafft die gebotene Flexibilität, um sicher zu stellen, daß die Wahlräume sowie die Wahlhandlung immer den aktuellen Pandemie-Anforderungen entsprechen.

⁵⁴ Vgl. BVerfGE 143, 38 (Rdn. 43, 59) und BVerwG NVwZ-RR 2015 S. 746.

Art. 1 § 4 Satz 4 letzter Halbsatz d.E. verbietet eine Kontaktnachverfolgung bei den Wählern, etwaigen Beobachtern der Wahlhandlung und bei der Stimmenauszählung. Eine Kontaktnachverfolgung würde zwar nicht das Wahlgeheimnis verletzen, erscheint jedoch wenig geeignet, die Pandemieeindämmung zu fördern.

Nach § 32 Satz 1 LWG ist die Wahlhandlung öffentlich, was Demokratie und Rechtsstaat nach Art. 20 Abs. 1 und 2 GG gebieten. Denn die Öffentlichkeit der Wahl ist Grundvoraussetzung für eine demokratische Willensbildung und dient der Transparenz und Kontrollierbarkeit staatlicher Machtausübung⁵⁵.

Deshalb muß es der Wahlberechtigte grundsätzlich hinnehmen, daß er vom Wahlvorstand namentlich als Wähler, der seinen Stimmzettel in die Wahlurne geworfen hat, wahrgenommen und seine Stimmabgabe im Wählerverzeichnis vermerkt wird. Allerdings dürfen sich die Mitglieder des Wahlvorstands dabei nicht so über die Person eines Wählers äußern, daß das von anderen Anwesenden zur Kenntnis genommen wird (§ 52 Abs. 4 Sätze 3 und 4 LWO). Letzteres schließt nicht aus, daß Wahlbeobachter vermöge persönlicher Bekanntschaft einen Wähler identifizieren. Bei einer Kontaktnachverfolgung würde lediglich festgehalten, daß ein bestimmter Wahlberechtigter das Wahllokal aufgesucht und gewählt hat, das Wahlgeheimnis seiner Stimmabgabe wäre nicht betroffen. Da eine Kontaktverfolgung im Rahmen der 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO dem Schutz von Leib und Leben einer unbestimmten Zahl von Menschen dient, wiegt dieses Schutzinteresse schwerer als das Interesse des Wählers, daß seine Wahlbeteiligung unbekannt bleibt⁵⁶.

Eine Kontaktnachverfolgung bei Personen, die am Wahltag ein Wahllokal aufgesucht haben, wäre indessen angesichts der Größe der Wahlbezirke⁵⁷ (die i. d. R. deutlich mehr als Einhundert Wahlberechtigte umfassen) wenig geeignet, zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie beizutragen, zumal die Wähler sich im Wahllokal nicht gleichzeitig, sondern über 10 bzw. 12 Stunden verteilt nur für Minuten aufhalten.

H Zu Art. 1 § 5 d.E.

⁵⁵ Dazu eingehend BVerfGE 123, 39 (69 ff.).

⁵⁶ Eine solche Abwägung und Gewichtung zu Gunsten der Abwehr der Gefahren für Leib und Leben durch das Covid-19-Virus, vor denen der Staat nach dem Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) schützen muß, nimmt das BVerfG jetzt in zahlreichen Entscheidungen zu Grundrechtsbeschränkungen durch Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie vor, vgl. etwa BVerfG Beschluß vom 10. 4. 2020 - 1 BvQ 28/20 - Rdn. 14 und Beschluß vom 9. 6. 2020 - 1 BvR 1230/20 - Rdn. 19.

⁵⁷ Nach § 11 Abs. 2 LWO soll kein Wahlbezirk mehr als 1500 Einwohner umfassen; die Zahl der Wahlberechtigten darf zugleich nicht so gering sein, daß die geheime Stimmabgabe gefährdet würde. Zu letzterem bietet § 6 Nr. 2 LWO einen Anhaltspunkt, wonach auf einen Briefwahlvorstand mindestens 50 Wahlbriefe entfallen sollen.

1. Die durch Art. 1 § 5 Abs. 1 d.E. geschaffene Möglichkeit für den Landeswahlausschuß (LWA), bei Vorliegen eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands i. S. von Art. 1 § 5 Abs. 2 d.E., im gesamten Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder einem Teil eines Wahlkreises die Landtagswahl ausschließlich als Briefwahl durchführen zu lassen, ist verfassungskonform und praktikabel.

Eine Landtagswahl kann unter besonderen Umständen, wie sie Art. 1 § 5 Abs. 2 d.E. beschreibt und mit dem Begriff „wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand“ bezeichnet, nur als Briefwahl durchgeführt werden.

Die Demokratie des GG (Art. 20 Abs. 2 GG und Art. 28 Abs. 1 GG) geht für Bund, Ländern und Kommunen von dem verfassungsrechtlichen Leitbild der Urnenwahl aus, welche die repräsentative Demokratie in besonderer Weise sichtbar und erfahrbar macht⁵⁸. Seit 1956 besteht auf Bundes- und Landesebene - neben der Urnenwahl im Wahllokal - die Möglichkeit der Stimmabgabe in einem Brief; seit der Jahrtausendwende ist das durch Fortfall der Pflicht, bestimmte Antragsgründe glaubhaft zu machen⁵⁹, erleichtert worden⁶⁰. Die Briefwahl dient der Verwirklichung des Grundsatzes der Allgemeinheit der Wahl; damit soll eine möglichst umfassende Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten erreicht werden, zumal nach deutschem Wahlrecht keine Vertretung bei der höchstpersönlichen Stimmabgabe zulässig ist. Von der Briefwahl haben die Wahlberechtigten bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen durch Beantragung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen zunehmend Gebrauch gemacht; z. B. waren bei der Bundestagswahl 2017 28,6% der Wähler (in Thüringen 20%)⁶¹ Briefwähler, bei der Thüringer Landtagswahl 2019 waren es 14,6%⁶².

Bei der Briefwahl können die Wahlrechtsgrundsätze der Freiheit und Geheimheit der Wahl beeinträchtigt werden und kann - jedenfalls beim Ankreuzen des Stimmzettels im häuslichen Bereich - der Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl, der die Ordnungsmäßigkeit und Nachvollziehbarkeit

⁵⁸ So BVerfGE 123, 39 (68 ff.) und 134, 25 (32).

⁵⁹ Für Bundestagswahlen durch das dritte BWahlG vom 7. 5. 1956 (BGBl. I S. 383) und durch Art. 1 Nr. 6 des Gesetzes zur Änderung des Wahl- und Abgeordnetenrechts vom 17. 3. 2008 (BGBl. I S. 394).

⁶⁰ Seither erhält jeder Wahlberechtigte auf Antrag einen Wahlschein, um an der Wahl per Brief teilnehmen zu können; ebenso für die Wahl zum Thüringer Landtag nach § 15 Abs. 3 Nr. 2 LWG i. V. m. § 23 Abs. 1 LWO.

⁶¹ Heft 5 Teil 2 (vom Juni 2018) der Informationen des Bundeswahlleiters zur Wahl zum 19. Deutschen Bundestag, S. 18.

⁶² Landeswahlleiter Thüringen, im Heft: Repräsentative Wahlstatistik bei der Landtagswahl am 27. 10. 2019, S. 9.

der Wahlvorgänge sichert, keine Wirksamkeit entfalten. Mit der Verlagerung der Stimmabgabe aus der Wahlkabine im Wahllokal durch die Briefwahl in den Lebensbereich des Wahlberechtigten wird dieser insoweit allein verantwortlich für die Korrektheit der Wahl, insbesondere für die persönliche Stimmabgabe unter Wahrung von Wahlgeheimnis⁶³ und Wahlfreiheit. Bei der Briefwahl ist - wie das BVerfG formuliert hat⁶⁴ - die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen. Diese Problematik hat das BVerfG gesehen, hält jedoch in st. Rspr. an der Zulässigkeit der Briefwahl, wie sie von den Wahlgesetzgebern in Bund und Ländern ausgestaltet ist, fest⁶⁵. Denn der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl stelle jedenfalls im Zusammenhang mit der Briefwahl eine zu den Grundsätzen der Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl gegenläufige verfassungsrechtliche Grundentscheidung dar, die grundsätzlich geeignet sei, Einschränkungen anderer Grundentscheidungen der Verfassung zu rechtfertigen. Danach ist es bei der Briefwahl in erster Linie Sache des Wahlgesetzgebers die kollidierenden Grundentscheidungen zu einem angemessenen Ausgleich zu führen. Dabei muß der Gesetzgeber dafür Sorge tragen, daß keiner der vor allem das Demokratieprinzip konkretisierenden Wahlrechtsgrundsätze unverhältnismäßig eingeschränkt wird oder in erheblichem Umfang leer zu laufen droht⁶⁶.

2. Die durch Art. 1 § 5 Abs. 1 d.E. geschaffene Möglichkeit, im Jahr 2021 eine Landtagswahl im gesamten Wahlgebiet oder in Teilen ausschließlich als Briefwahl durchzuführen, hält diesen gesetzgeberischen Rahmen ein, wenn sie in gewissem Umfang ergänzt wird.

Wenn eine Landtagswahl ausschließlich als Briefwahl durchgeführt wird, hat das - selbst wenn die Briefwahl auf bestimmte Regionen des Wahlgebietes beschränkt bleibt - erhebliche Wirkung auf die Wahlrechtsgrundsätze: Vor allem findet dann die vom Grundsatz der Öffentlichkeit der Wahl gebotene und gewährleistete öffentliche Kontrolle nur noch bei der Auszählung der Briefwahlstimmen statt. Die Stimmabgabe im häuslichen Bereich bleibt der Wahlöffentlichkeit gänzlich verborgen, bis auf die Fälle, in denen ein Briefwähler die von ihm selbst abgeholten Briefwahlunterlagen an Ort und Stelle für die Stimmabgabe nutzt (§ 26 Abs. 5 LWO). Allerdings verhindert Art. 1 § 5 Abs. 1 Satz 3 d.E. solche „Briefwahllokale“ gerade für die Fälle aus-

⁶³ Der Stimmzettel ist nach § 61 Abs. 3 LWO unbeobachtet zu kennzeichnen und in den Stimmzettelumschlag zu legen. Auf dem Wahlschein muß der Briefwähler an Eides statt versichern, daß er den Stimmzettel persönlich angekreuzt hat (§ 24 LWO, § 61 Abs. 1 Nr. 2 LWO i. V. m. Anlage 5 zur LWO).

⁶⁴ So BVerfGE 134, 25 (30) unter Verweis auf BVerfGE 123, 39 (75).

⁶⁵ Vgl. BVerfGE 134, 25 (29 ff.) m. w. N.; zuletzt im BVerfG-Berichterstatterschreiben vom 6. 8. 2020 zur Wahlprüfungsbeschwerde 2 BvC 32/19, S. 5.

⁶⁶ So BVerfGE 134, 25 (30 f.).

schließlicher Briefwahl. Ebenso gelangen die Wahlgrundsätze der Freiheit und Geheimheit der Wahl in die Verfügungsmacht einer sehr viel größeren Zahl von Wahlberechtigten. Zwar wählen inzwischen, wie die Bundestagswahl 2017 mit fast 29% Briefwählern zeigt, die Wahlberechtigten in großem Umfang mit Brief. Jedoch war 2019 bei der letzten Thüringischen Landtagswahl der Anteil der Briefwähler nur halb so groß. Im Freistaat Thüringen bedeutet eine ausschließliche Briefwahl somit eine beträchtlich umfangreichere Gefahr für die genannten Wahlgrundsätze, nicht ausreichend beachtet zu werden.

Gleichwohl wäre eine ausschließliche Briefwahl, selbst wenn sie wegen eines flächendeckenden wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands für das gesamte Wahlgebiet angeordnet würde, nicht verfassungswidrig.

Dafür läßt sich hier der für jede Demokratie fundamentale Grundsatz der Periodizität von Wahlen⁶⁷ nur bedingt ins Feld führen. Denn bei der im Jahr 2021 beabsichtigten Landtagswahl handelt es sich nicht um eine solche nach Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode (Art. 50 Abs. 1 ThürVerf), sondern um eine Neuwahl nach Auflösung des Landtags (Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf). Die Neuwahl steht also nicht unter dem Zwang, die von den Thüringer Wahlberechtigten verliehene „Herrschaft auf Zeit“ wegen Fristablauf neu durch eine Landtagswahl legitimieren zu müssen. Allerdings begründet auch der von Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf für die Demokratie des Freistaates vorgesehene qualifizierte Auflösungsbeschluß des Landtags die Notwendigkeit einer Neuwahl und zwar binnen 70 Tagen (Art. 50 Abs. 2 Satz 3 ThürVerf). Anders als bei einer Landtagsauflösung nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 2 ThürVerf ist die Auflösung nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf keine zwangsläufige Folge von Regierungsunfähigkeit; vielmehr beruht der in Aussicht genommene Wahltermin vom 21. 4. 2021 auf den von vier Landtagsfraktionen im sog. Stabilitätsmechanismus vom 28. 2. 2020 angestellten - negativen - Koalitionsüberlegungen. Die erst danach durch die Covid-19-Pandemie verursachten Verwerfungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft mögen den vier Fraktionen zwar einen gewissen Aufschub des Auflösungsbeschlusses nahelegen, die Herbeiführen einer Neuwahl im Laufe des Jahres 2021 kann ihnen jedoch von Verfassungs wegen nicht verboten werden. Von daher streitet die Notwendigkeit einer Neuwahl - jedenfalls im Verlauf des Jahres 2021 - für die Schaffung der Möglichkeit ausschließlicher Briefwahl.

Entscheidend fällt für die Anordnung ausschließlicher Briefwahl ins Gewicht, daß sie dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl größtmögliche Wirkung verleiht. Denn bei einem wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand i. S. von Art. 1

⁶⁷ Vgl. etwa VerfGH NRW, Beschluß vom 30. 6. 2020 - VerfGH 63/20.VB-2- Umdruck S. 32 ff. Zur Verschiebung von Wahlterminen s. auch die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 31. 7. 2020 - WD3-3000-183/20 - und VerfGH NRW, Beschluß vom 30. 6. 2020 - VerfGH 76/20 -.

§ 5 Abs. 2 d.E. besteht die Gefahr, daß sich nur sehr wenige oder gar keine Wahlberechtigten am Wahltag in die Wahllokale begeben, die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl also - bis auf die „gewöhnlichen Briefwähler“ in einer Größenordnung von bislang ca. 15% - dramatisch sinkt und damit die legitimierende Wirkung der demokratischen Wahl in Frage gestellt wird. Wenn der Wahlrechtsgrundsatz der allgemeinen Wahl nach der Rspr. des BVerfG schon im Interesse einer möglichst umfassenden Wahlbeteiligung Gefährdungen von Freiheit und Geheimheit der Wahl sowie eine Zurücknahme der öffentlichen Kontrolle des Wahlverfahrens rechtfertigen kann, ermöglicht der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl erst recht eine Briefwahl, wenn es darum geht, einmalig eine von besonderen Umständen bedrohte Wahlbeteiligung in „legitimierender“ Höhe zu halten. Diese Abwägung ist zumindest dann verfassungskonform, wenn der Wahlgesetzgeber bei den mit einer ausschließlichen Briefwahl verbundenen Einschränkungen von Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl die Verhältnismäßigkeit wahrt und Begleitregelungen trifft, welche dazu bestimmt und geeignet sind, mit der Briefwahl verbundene Gefährdungen von Freiheit und Geheimheit bei der Landtagswahl zu verringern⁶⁸.

3. Die Regelungen des Art. 1 § 5 Abs. 1, 2 und 3 d.E. sind, was die möglichen Belastungen der Wahlrechtsgrundsätze durch eine ausschließliche Briefwahl angeht, verhältnismäßig:

Die Anordnung ausschließlicher Briefwahl wird nur möglich, wenn ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand i.S. von Art. 1 § 5 Abs. 2 d.E. gegeben ist. Abs. 2 stellt dafür hohe und auf den Sachbereich „Gesundheitsnotstand“ zugeschnittene Hürden auf: Es muß sich um eine übertragbare Krankheit i. S. des Infektionsschutzgesetzes handeln, die in der Bevölkerung so zahlreich oder so schwerwiegend auftritt, daß dadurch trotz Infektionsschutzkonzepten Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen ernsthaft gefährdet erscheint. Dazu hat nach Art. 1 § 5 Abs. 3 d.E. die Landesregierung, bevor sie zu dem Ergebnis des Vorliegen eines Gesundheitsnotstands gelangt, fachlichen Rat einzuholen, der auf infektionsepidemiologischen Ergebnissen des RKI beruhen muß. Damit wird die Entscheidung der Landesregierung über einen Gesundheitsnotstand fachwissenschaftlich bestmöglich abgesichert. In verfassungskonformer Auslegung ist davon auszugehen, daß auch die Entscheidung des Landtags über einen Gesundheitsnotstand nach Art. 1 § 5 Abs. 3 Satz 1 d.E. erst nach fachlicher Beratung im Sinne der Sätze 2 und 3 des Abs. 3 getroffen werden darf.

⁶⁸ Zu diesem Abwägungsergebnis dürfte auch der Bayerische Wahlgesetzgeber gekommen sein, wenn er durch Art. 9a Nr. 2a des Bayerischen Infektionsschutzgesetzes vom 25. 3. 2020 (GVBl. S. 174) das Bayerische Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz um einen § 60a ergänzt hat, wonach die am 29. 3. 2020 anstehenden Stichwahlen ausschließlich als Briefwahlen durchgeführt werden. Der BayVerfGH hat in seiner Entscheidung vom 3. 7. 2020 - Vf. 34-VII-20 - Umdruck S. 5 daran keinen Anstoß genommen.

Damit aus dem Gesundheitsnotstand ein „wahlrechtlicher“ wird, muß es nach Art. 1 § 5 Abs. 2 d.E. wegen des Gesundheitsnotstandes entweder unzumutbar sein, für die Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen (ein Tatbestand, der auf subjektiven Wertungen beruht und damit einen nicht unerheblichen Auslegungsspielraum bietet) oder es müssen in den fraglichen Regionen Zusammenkünfte jeglicher Art durch die Gesundheitsbehörden untersagt sein (ein objektiv zu beurteilender Tatbestand, der allerdings von der Verbotspraxis der örtlichen Gesundheitsbehörden abhängt).

Die Beschreibung des „wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands“ durch Art. 1 § 5 Abs. 2 und 3 d.E. ist nach allem zwar Auslegungs bedürftig, beschreibt das Gemeinte jedoch hinreichend bestimmt und eng.

Die Briefwahl darf nach Art. 1 § 5 Abs. 1 d.E. als ausschließliche nur dort angeordnet werden, wo sich regional ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand ergeben hat. Damit ist gewährleistet, daß die Briefwahl nicht Übergebühr ausgedehnt wird.

Schließlich stehen auch keine milderen und wahlpraktikablen Mittel zur Verfügung, um den Wahlberechtigten bei einem wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand die Stimmabgabe für die Landtagswahl zu ermöglichen:

Nachwahlen (nach § 43 Abs. 1 Nr. 1 LWG) wären für einen Wahlkreis oder einen Wahlbezirk zwar möglich, aber binnen sechs Wochen durchzuführen, was bei dem dynamischen und kaum vorhersehbaren Infektions-Geschehen bei der Covid-19-Pandemie nicht gewährleistet werden kann.

Durchgängig in Regionen mit wahlrechtlichem Gesundheitsnotstand Sonderwahlbezirke (§§ 12, 57 LWO) zu bilden oder mit beweglichen Wahlvorständen (§§ 7, 58 LWO) die Wahlberechtigten zur Stimmabgabe aufzusuchen wäre nicht praktikabel und würde dem Gebot der Minimierung von Kontakten zuwider laufen.

Ebenso hilft die Einrichtung von „Briefwahllokalen“ (§ 26 Abs. 5 LWO) nicht weiter, die ggfs. mit Wahlvorständen nach § 9 LWG auszustatten wären. Dort wäre zwar die Öffentlichkeit der Wahl und damit eine Kontrolle der Integrität der Stimmabgabe gegeben. Indessen würde die angestrebte Wahlteilnahme möglichst vieler Wahlberechtigter nicht erreicht, die ja gerade bei wahlrechtlichem Gesundheitsnotstand die mit dem Gang ins Wahllokal verbundenen Kontakte vermeiden wollen bzw. sollen. Von daher verbietet Art. 1 § 5 Abs. 1 Satz 3 d.E. konsequenterweise bei ausschließlicher Briefwahl solche Briefwahllokale.

Schließlich verhindert auch das vorgeschriebene, dreistufige Verfahren eine übermäßige Anordnung ausschließlicher Briefwahl: Nach fachlicher Beratung entscheidet der Landtag oder die Landesregierung, ob und wo ein wahlrechtlicher Notstand vorliegt. Die eigentliche Anordnung trifft alsdann der unabhängige und weisungsfreie LWA (§ 8 LWG), der nach seinem freien Ermessen entscheiden kann, das er allerdings in Ansehung einerseits des

wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes und andererseits unter Berücksichtigung der Wahlrechtsgrundsätze der öffentlichen, freien und geheimen Wahl ausüben muß.

4. Im Hinblick auf die Möglichkeit ausschließlicher Briefwahlen bei einer Landtagswahl sollten die Vorkehrungen zum Schutz vor Gefahren, die bei Durchführung der Briefwahl für die Integrität der Wahl, das Wahlgeheimnis und die Wahlfreiheit entstehen können, auf Dauer, d. h. im LWG und in der LWO, erweitert und verbessert werden:

- § 36 Abs. 2 LWG (ebenso § 36 Abs. 2 BWahlG) schreibt den Inhalt der eidesstattlichen Versicherung des Briefwählers auf dem Wahlschein vor. Danach muß der Wähler (oder die Vertrauensperson) versichern, daß er den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet hat. Nach § 61 Abs. 3 LWO ist der Stimmzettel unbeobachtet zu kennzeichnen und in den Stimmzettels Umschlag zu legen. Die Einhaltung dieses für das Wahlgeheimnis wesentlichen Verhalten sollte ausdrücklich in den Text der eidesstattlichen Versicherung aufgenommen werden.
- Wahlscheine können nach § 24 Abs. 2 LWO auch für einen anderen mit schriftlicher Vollmacht beantragt werden. Vollmachten für mehrere Wahlberechtigte (etwa der Altenheimbewohner für ihren Heimleiter) sind sinnvoll und sollten nicht verhindert werden. Es sollte allerdings klargestellt werden, daß sich die Vollmacht auf die konkret bevorstehende Wahl beziehen muß und Generalvollmachten unzulässig sind.
- Die Möglichkeit zur Beantragung eines Wahlscheins noch bis zum Wahltag um 15 Uhr (nach § 25 Abs. 3 LWO) sollte nach dem Vorbild von § 19 Abs. 2 LWO BW (VO vom 3. 12. 2020 GBl. S. 513) auf Quarantänesituationen ausgeweitet werden.
- Wahlscheine können nach § 26 Abs. 4 LWO, wenn auch nur unter engen Voraussetzungen, statt dem Wahlberechtigten an einen schriftlich Bevollmächtigten ausgehändigt werden. Darauf sollte verzichtet und - wie in § 28 Abs. 4 BWO - vorgeschrieben werden, daß Wahlschein und die Briefwahlunterlagen dem Wahlberechtigten an seine Wohnanschrift übersandt oder amtlich überbracht werden und bei Versendung an eine andere Adresse eine Mitteilung an die Wohnanschrift erfolgt. Bei Versendung zahlreicher Briefwahlunterlagen an die selbe Adresse (z.B. an ein Altersheim) könnte daran gedacht werden, von den Betroffenen eine Empfangsbestätigung zu verlangen, um sicherzustellen, daß sie die Unterlagen wirklich erhalten haben.
- Schließlich sollte bei den bislang auf „gewöhnlichem“ Papier erteilten Wahlscheinen eine gewisse Fälschungssicherheit angestrebt werden, etwa durch Spezialpapier mit Hologramm oder auf andere Weise.

5. Von den Ländern, die im ersten Halbjahr 2021 Wahlen zu den Landtagen oder Kommunalwahlen durchführen, haben Rheinland-Pfalz mit einer sehr ausführlichen, ähnlich wie Art. 1 § 5 d.E. an eine näher beschriebene

Notsituation anknüpfende VO-Ermächtigung⁶⁹ und Sachsen-Anhalt durch eine sehr knappe VO-Ermächtigung⁷⁰ die Möglichkeit ausschließlicher Briefwahl geschaffen. Baden-Württemberg und Hessen sehen solche Möglichkeiten bislang nicht vor.

6. Ins Gewicht fallende Gefährdungen für die Thüringer Landtagswahl durch die beabsichtigten Neuregelungen, insbesondere bei einer ausschließlichen Briefwahl, bestehen nicht.

Zweifel an der Integrität der Wahlen zum Bundestag sowie zu den Landtagen haben sich, wie die zahlreichen Wahlprüfungsverfahren nach jeder Wahl zeigen, in den letzten Jahrzehnten nicht bestätigt. Insoweit kann z.B. auf die Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen in der 19. Wahlperiode zu Unregelmäßigkeiten bei Wahlen und insbesondere bei der Briefwahl verwiesen werden⁷¹. Der Bericht der OSZE/ODIHR-Wahlbewertungskommission zur Bundestagswahl 2009 vom 14. 12. 2009 konstatiert zwar eine höhere Mißbrauchsanfälligkeit der Briefwahl, aber auch die in Deutschland vorhandenen Verfahren zum Schutz der Sicherheit der Briefwahl.

Allerdings steht außer Frage, daß es bei der Durchführung einer demokratischen Wahl, die ein Massengeschäft mit Millionen von Wahlberechtigten, mit Zehntausenden von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern der vielen Tausend Wahlvorstände und mit vielen Hundert Gemeinden und deren Mitarbeitern ist, immer wieder zu Versehen, Unachtsamkeiten und Nachlässigkeiten kommt. Demgegenüber sind in Deutschland - wie die Wahlpraxis zeigt - absichtliche oder strafbare Manipulationen absolute Ausnahmen. Wenn es - wie etwa in Stendal bei der Kommunalwahl 2014 - zu Fälschungen von Briefwahlunterlagen in beträchtlicher Zahl gekommen ist, sind die Täter strafrechtlich verfolgt und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Wahlfälschungen kommen vereinzelt auch bei der Urnenwahl im Wahllokal vor, so bei der Europawahl 2019 am Niederrhein, wo Wahlvorstand oder Schriftführer das Wahlergebnis mutwillig verfälscht hatten, so daß das Kreiswahlergebnis korrigiert werden mußte.

Wenn z.B. bei der Bundestagswahl 2013 auf Grund von Unstimmigkeiten bei den örtlichen Wahlergebnissen in 372 von 14349 Wahlbezirken (das sind 2,6%) neu ausgezählt wurde, zeigt das einerseits die Zuverlässigkeit der Stimmenauszählung und andererseits, daß ernsthaften Zweifeln nachgegangen und Fehler korrigiert werden. Aus den Niederschriften des BWA zur

⁶⁹ Vgl. § 88 Abs. 3 LWG Rh-Pf, eingefügt durch Art. 1 des Gesetzes vom 17. 12. 2020 (GVBl. S. 730).

⁷⁰ Vgl. § 56 Abs. 5 LWG S-A, eingefügt durch Art. 2 des Gesetzes vom 2. 11. 2020 (GVBl. S. 630, 632).

⁷¹ S. BT-Drucks. 19/6564 vom 17. 12. 2018 sowie BT-Drucks. 19/25691 vom 10. 1. 2021.

Bundestagswahl 2017⁷² sowie zur Europawahl 2019⁷³ läßt sich entnehmen, daß es sowohl Fehler bei der Urnenwahl im Wahllokal als auch bei der Briefwahl gegeben hat. Keiner dieser Fehler war indessen, wie die Wahlprüfungsverfahren gezeigt haben, Mandats relevant. So ist es in Großstädten mit mehreren Wahlkreisen leider wieder vorgekommen, daß Wählern im Wahllokal falsche, d.h. zu einem anderen Wahlkreis gehörende Stimmzettel, ausgehändigt wurden. In einem Wahlkreis erhielten ca. 250 Bürger auf Grund eines Versäumnisses der Post AG keine Wahlbenachrichtigungen. In einem anderen Wahlkreis hat der beauftragte Amtsbote 226 Briefwahlunterlagen nicht zugestellt; die zuständige Gemeinde hat das durch Informationsschreiben oder persönliche Anrufe bereinigt. Bei der Europawahl 2019 kam es zu ärgerlicher Stimmzettelnknappheit in mehreren Gemeinden, weil man nicht mit der deutlich höheren Wahlbeteiligung gerechnet hatte. In Köln ergaben sich erhebliche Rückstände bei der Bearbeitung von Briefwahlunterlagen, so daß diese z.T. erst nach 10 Tagen beschieden wurden; außerdem stellte sich heraus, daß der von der Stadt mit der Zustellung der Briefwahlunterlagen beauftragte Dienstleister in über 1500 Fällen keinen Zutritt zu der jeweiligen Adresse hatte, so daß er die Unterlagen an die Post zur Zustellung weiterleiten mußte, was zu weiteren Verzögerungen führte. Nach allem trifft es zu, daß die Briefwahl wegen der Bearbeitungsschritte in den Gemeinden sowie der Mitwirkung der Post AG und anderer Dienstleister bei Zustellung der Briefwahlunterlagen und Rücksendung der Wahlbriefe etwas Fehler anfälliger als die Urnenwahl ist. Das macht die Briefwahl jedoch nicht zu einer unsicheren oder gar untauglichen Form der Wahlbeteiligung. Ebenso ist einzuräumen, daß bei der Wahlentscheidung im häuslichen Bereich die Wahrung der Gebote persönlicher und geheimer Stimmabgabe dem jeweiligen Wähler anvertraut ist, der sich als mündiger Bürger bewußt sein sollte, daß er mit einer geheimen Wahlentscheidung seine Wahlfreiheit am Besten gegen Beeinflussungen schützt.

I Zu Art. 2 Nr. 1 d.E. (Neufassung § 8 Abs. 2 und 3 LWG)

Die Erweiterung des Landeswahlausschusses (LWA) durch zwei Beisitzer mit der Befähigung zum Richteramt wird befürwortet.

Im Bundestagswahlrecht sind der Bundeswahlausschuß (BWA) sowie die LWAE durch Art. 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen vom 12. 7. 2012 (BGBl. I S. 1501) durch zwei Richter des BVerwG bzw. durch jeweils zwei Richter des Oberverwaltungsgerichts des jeweiligen Landes erweitert worden. Anlaß für diese Erweiterung war eine rechtlich umstrittene Ablehnung einer Landesliste durch den BWA vor der

⁷² Vom 12. 10. 2017 S. 3 bis 9.

⁷³ Vom 24. 6. 2019 Anlage C S. 1 bis 4.

Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. 9. 2009, die zu einer Empfehlung der Wahlbewertungskommission der OSZE/ODIHR⁷⁴ geführt hatte, solche Entscheidungen einem Rechtsgremium anzuvertrauen. Die Ergänzung des BWA sowie der LWA durch juristischen Sachverstand hat sich bei Bundestagswahlen bewährt.

Bei der Wahl zum Thüringischen Landtag hat der LWA - wie BWA und LWaE bei Bundestagswahlen - Entscheidungen zu treffen, die komplexe Rechtsfragen aufwerfen können, etwa bei den Entscheidungen über die Parteieigenschaft nach § 20 Abs. 2 Satz 1 LWG und über die Zulassung der Wahlvorschläge nach §§ 28 Abs. 2 und 30 Abs. 1 LWG. Deshalb kann juristischer Sachverstand hilfreich sein, zumal der LWA zeitkritisch und in öffentlicher Sitzung entscheiden muß.

Mit Blick auf die Unabhängigkeit des LWA empfiehlt es sich allerdings, diesen Sachverstand - wie bei Bundestagswahlen und in verschiedenen Ländern bereits geschehen - durch zwei Richter des Thüringischen OVG zu verstärken, die von dem Gerichtspräsidenten benannt werden.

Mit künftig 9 Mitgliedern ist der LWA dann zwar ein großes, aber durchaus noch beschlußfähiges Kollegialorgan.

J. Zu Art. 2 Nr. 2 d. E. (Ergänzung des § 72 LWG durch einen neuen Abs. 4 mit der Ermächtigung des für Wahlrecht zuständigen Ministeriums zum Erlass von Durchführungsbestimmungen für die Aufstellung von Wahlbewerbern)

Die Ergänzung des § 72 LWG wird befürwortet, eine Erweiterung sollte geprüft werden.

1. Vor dem Hintergrund der seit März 2020 auch in Thüringen grassierenden Covid-19-Pandemie und der deshalb im Freistaat angeordneten Schutzvorkehrungen zur Eindämmung der Pandemie⁷⁵ soll das Innenministerium (IM) durch Rechtsverordnung (VO) mit Zustimmung des Landtages Abweichungen von den Bestimmungen über die Aufstellung der Wahlbewerber (insbesondere §§ 23 Abs. 1 und 29 LWG) sowie von den entsprechenden Satzungsbestimmungen der Parteien zulassen können, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen soweit erforderlich zu ermöglichen. Das IM kann von dieser Ermächtigung nur im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt Gebrauch machen, wenn der Landtag feststellt hat, daß die Durchführung von Aufstellungsversammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist; diese

⁷⁴ Bericht vom 14. 12. 2009 über die Bundestagswahl 2009, S. 15 f., 23 f. (im Internet abrufbar).

⁷⁵ S. insbesondere die z. Z. bis zum 31. 1. 2021 befristete 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO vom 7. 7. 2020 (GVBl. S. 349) sowie die 3. ThürSARS-CoV-2-Sonder-EindmaßnVO vom 14. 12. 2020 (GVBl. S. 631), die soeben durch VO vom 9. 1. 2021 verschärft worden ist.

Feststellung darf aber nicht früher als 12 Monate⁷⁶ vor Ende der Wahlperiode getroffen werden. Stehen einem Zusammentritt des Landtages unüberwindliche Hindernisse im Wege, soll dessen Wahlprüfungsausschuß (§ 55 LWG) die Feststellung zu den Aufstellungsversammlungen treffen und der VO zustimmen.

Das IM kann, wenn Aufstellungsversammlungen ganz oder teilweise unmöglich sind, durch VO den Parteien erlauben, ihre Wahlbewerber abweichend von den Regelungen des LWG, der LWO und ihrer eigenen Satzungen aufzustellen; Abweichungen von den Parteisatzungen zur Bewerberaufstellung dürfen nur für den Fall zugelassen werden, daß die Satzungen wegen der Aufstellungsfristen und Termine des LWG und der LWO nicht mehr rechtzeitig geändert werden können.

Für die durch VO zulassungsfähigen Abweichungen vom vorgeschriebenen Bewerberaufstellungsverfahren gibt dann § 72 Absatz 4 Satz 3 d.E. vier, durch das Wort „insbesondere“ eingeleitete und damit nicht abschließende, Regelbeispiele vor.

Der § 72 Abs. 4 d.E. folgt - bis auf das Abstellen auf den Landtag und dessen Wahlprüfungsausschuß - der soeben in Kraft getretenen Ergänzung des § 52 BWahlG durch einen neuen Abs. 4⁷⁷.

Die neue VO-Ermächtigung in § 72 Abs. 4 d.E. beschränkt sich auf das Verfahren der Bewerberaufstellung durch Aufstellungsversammlungen und ermächtigt deshalb z. B. nicht zur Herabsetzung der Unterschriftsquoren für Wahlvorschläge⁷⁸ in §§ 22 Abs. 2 und 3 sowie in 29 Abs. 1 LWG. Denn in § 72 Abs. 4 Satz 1 d.E. wird als Ziel der Abweichungs-VO ausdrücklich die „Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen“ definiert. Sollte eine solche VO-Ermächtigung beabsichtigt sein, wäre der neue Abs. 4 zu ergänzen. Denn wie oben (E 1.) ausgeführt, ist der Gesetzgeber bei einer Covid-19-Pandemie gehalten, diese Quoten herabzusetzen⁷⁹. Da eine

⁷⁶ Nach Art. 50 Abs. 1 Satz 2 ThürVerf findet die Neuwahl des Landtages frühestens 57 und spätestens 61 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Wenn § 72 Abs. 4 Satz 1 d. E. auf 9 Monate vor Beginn dieses Zeitraums abstellt, ergeben sich als frühester Zeitpunkt die oben genannten 12 Monate.

⁷⁷ S. Art. 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Änderung des BWahlG und des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 28. 10. 2020 (BGBl. I S. 2264), das am 6. 11. 2020 in Kraft getreten ist und dessen Art. 1, und damit der neue § 52 Abs. 4 BWahlG, mit Ablauf des 31. 12. 2021 außer Kraft tritt.

⁷⁸ Wie sie bereits, wenn auch nur für das Jahr 2021 befristet und auf den Fall einer Auflösung des Landtages beschränkt, in Art. 1 § 2 Abs. 1 d.E. vorgesehen ist.

⁷⁹ So sind z.B. die Unterschriftsquoren wegen der Erschwernisse durch die Covid-19-Pandemie bei der letzten Kommunalwahl in NRW durch die §§ 7, 8, 12 bis 14 des Gesetzes zur Durchführung der Kommunalwahlen 2020 vom 29. 5. 2020 (GV. NRW. S. 357) herabgesetzt worden, was der VerfGH NRW für geboten gehalten hat (vgl. etwa VerfGH NRW Beschluß vom 7. 7./25. 8. 2020 - VerfGH 88/20 - Umdruck S. 25); ebenso VerfGH BW Urteil vom 9. 11. 2020 - 1 GR 101/20 - Umdruck S. 15 ff.

Herabsetzung (Halbierung) in den Fällen des § 72 Abs. 2 Satz 1 d.E. immer angezeigt ist, empfiehlt es sich, entweder die Regelung des Art. 1 § 2 Abs. 1 d.E. ohne die Beschränkung auf Fälle der Landtagsauflösung, aber bezogen auf die Sonderfälle des § 72 Abs. 4 Satz 1 d.E. in das LWG auf Dauer aufzunehmen, oder den § 72 Abs. 4 d.E. um eine derartige unbefristete VO-Ermächtigung zu ergänzen.

2. Die auf die Aufstellungsversammlungen beschränkte VO-Ermächtigung ist verfassungskonform.

Der Regelungsgegenstand, Kandidatenaufstellung für Wahlen zu Volksvertretungen, hier zum Thüringer Landtag, ist keine dem Bundesgesetzgeber nach Art. 21 Abs. 5 GG vorbehaltene Materie des Parteienrechts, sondern gehört zur originären Gesetzgebungskompetenz des Freistaates für seine Wahlen.

Näherhin ist der Regelungsgegenstand - jedenfalls unter den besonderen Bedingungen einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt, wie sie etwa die gegenwärtige Covid-19-Pandemie darstellt - keine dem Gesetzgeber vorbehaltene Materie. Vielmehr kann der VO-Geber zu abweichenden Regelungen ermächtigt werden.

Der Aufstellung der Wahlbewerber kommt zwar erhebliche Demokratie politische Bedeutung zu; sie muß die Chancengleichheit der um eine Nominierung konkurrierenden Parteimitglieder wahren. Deshalb spricht viel dafür, daß die Aufstellung der Kandidaten zur Gänze - jedenfalls unter normalen Verhältnissen - nach der Wesentlichkeitstheorie⁸⁰ vom Wahlgesetzgeber selbst geregelt werden muß. Allerdings wird der Parlamentsvorbehalt, für den es wesentlich auf die Eigenart des betroffenen Regelungsbereichs ankommt⁸¹, bei der Wahlbewerberaufstellung bereits durch die von Art. 21 Abs. 1 GG verbürgte Parteienautonomie modifiziert, wie in § 1 Abs. 2 und § 17 Satz 2 PartG zum Ausdruck kommt. Zudem sind Fallgestaltungen möglich, in denen die Durchführung einer anstehenden demokratischen Wahl vereitelt würde, wenn die gesetzlichen Vorgaben für die Wahlbewerberaufstellung eingehalten werden müßten. Eine solche Lage kann sich durch eine Naturkatastrophe oder ein nicht vorhersehbares, vorerst nicht beherrschbares, das Leben und die Gesundheit unzähliger Menschen gefährdendes Ereignis, wie es die Covid-19-Pandemie ist, ergeben. Bei der dann anstehenden Abwägung, keine fristgerechte Wahl einer Volksvertretung gegenüber dem Gebot gesetzlicher Regelung der Kandidatenaufstellung, wiegt das aus Art. 20 Abs. 1 und 2 GG folgende

⁸⁰ S. etwa BVerfGE 108, 282 (311); 111, 191 (217); 123, 39 (78 f.); 150, 1 (96 ff.) und ThürVerfGH Urteil vom 21. 6. 2005 - VerfGH 28/03 - Umdruck S. 60 ff.; ThürVerfGH Urteil vom 21. 5. 2014 - VerfGH 13/11 - Umdruck S. 39 ff.; zuletzt ThürVerfGH Urteil vom 16. 12. 2020 - VerfGH 14/18 - Umdruck S. 18 ff.

⁸¹ Vgl. BVerfGE 98, 218 (251).

Gebot der Periodizität aller Wahlen deutlich schwerer. Demokratische Wahlen verleihen nur Macht auf Zeit. Verletzungen dieses Prinzips rühren an die Grundlagen demokratischer Staatsordnung und müssen unbedingt vermieden werden. Deshalb muß der Wahlgesetzgeber für solche Ausnahmefälle das IM zu einer VO ermächtigen können, welche der Sonderlage angepaßte Regelungen für die Aufstellung der Bewerber trifft.

Die VO-Ermächtigung hält sich auch inhaltlich in dem von Art. 38 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 28 Abs. 1 GG und Art. 21 Abs. 1 GG vorgegebenen Rahmen. Die von § 72 Abs. 4 d.E. ermöglichten Abweichungen von den Regeln zur Bewerberaufstellung aus den §§ 23 und 29 LWG halten noch die Wahlrechtsgrundsätze ein, ohne die nach der Rechtsprechung des BVerfG⁸² ein Kandidatenvorschlag schlechterdings nicht Grundlage eines demokratischen Wahlvorgang sein kann und deren Nichteinhaltung die legitimierende Wirkung der Landtagswahl in Frage stellen würde. Denn an der nach dem Demokratieprinzip und dem Gebot innerparteilicher Demokratie aus Art. 21 Abs. 1 GG unverzichtbaren Wahl der Bewerber, die sich von unten nach oben vollzieht, ändert sich nichts. Ebenfalls bleibt gewährleistet, daß sich alle Parteimitglieder an der Aufstellung durch Vorschlag von Kandidaten sowie ihr Votum über die zu nominierenden Kandidaten beteiligen können. Daß mit der VO-Ermächtigung von dem herkömmlichen Verfahren der Mitglieder- oder Vertreterversammlungen in gewissem Umfang abgewichen werden kann, verletzt keine der elementaren Mindestregeln einer demokratischen Kandidatenaufstellung. Denn auch bei den vom Gesetzgeber in § 72 Abs. 4 d.E. aufgezeigten Änderungsmöglichkeiten bleibt eine kollektive Willensbildung der Parteimitglieder, wenn auch nicht mehr nur in einer Präsenzversammlung, sondern auch in Teilver-sammlungen oder durch elektronischer Kommunikation, gewährleistet. Dabei können sich die Kandidaten vorstellen, ihre politischen Auffassungen darlegen, um die Zustimmung der anderen Mitglieder werben. Diese kollektive Willensbildung mündet alsdann in die von § 17 Abs. 1 PartG, § 23 Abs. 3 Satz 1 LWG gebotene geheime Abstimmung über die Bewerber. Allerdings könnte die Formulierung in § 72 Abs. 4 Satz 1 d.E. „um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen soweit erforderlich zu ermöglichen“, so verstanden werden, als könne mit der VO eine Kandidatenaufstellung gänzlich ohne Versammlung durchgeführt werden. Darauf deuten die Ausführungen in der Begründung des Gesetzentwurfs für eine Ergänzung des BWahlG⁸³ durch eine VO-Ermächtigung zur Erleichterung der Wahlbewerberaufstellung unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie. Denn dort wurde dem BMI als VO-Geber zugestanden, Parteien die Bewerberaufstellung ohne Versammlungen, die doch zu den Mindestvoraussetzungen einer demokratischen Kandidatenaufstellung

⁸² Grundlegend BVerfGE 89, 243 (252 f.).

⁸³ BT-Drucks. 19/20596 vom 30. 6. 2020 S. 6.

gehören, zu erlauben, was mit dem grundlegenden Prinzip der Periodizität von Wahlen gerechtfertigt wurde. Bei den Beratungen des Gesetzentwurfs⁸⁴ sind daran zwar Zweifel geäußert worden, die Zielsetzung der VO-Ermächtigung (Benennung ohne Versammlungen) ist jedoch nur durch die Wendung „soweit erforderlich“ und die Regelungsbeispiele modifiziert worden. Beides hat der Thüringer Gesetzentwurf zur Änderung des LWG übernommen. Im gleichen Sinn verhält sich dann die Begründung zu § 72 Abs. 4 d.E.: Sie hebt darauf ab, daß von den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie unter Wahrung des Verfassungsgrundsatzes der Verhältnismäßigkeit abgewichen werden könne, um eine Krisen bedingte Verletzung des Prinzips der Periodizität demokratischer Wahlen (Art. 50 Abs. 1 ThürVerf und Art. 20 Abs. 1 GG) zu vermeiden⁸⁵. Dieser Argumentation kann indessen nicht gefolgt werden. Denn ohne ein Einhalten des Kernbestandes der Verfahrensgrundsätze kann ein Kandidatenvorschlag nicht zur Grundlage einer demokratischen Wahl werden. Für die Periodizität der Wahl wäre nichts gewonnen, wenn dann Kandidaten zur Wahl stünden, die unter Verletzung der elementaren Regeln für die Bewerberaufstellung bestimmt wurden. Von daher kann das Prinzip der Periodizität eine undemokratische Kandidatenkür nicht rechtfertigen.

Vielmehr ist § 72 Abs. 4 d.E. verfassungskonform auszulegen: Nämlich daß der VO-Geber eine Aufstellung der Wahlbewerber - etwa unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie - zwar ohne Präsenzversammlungen, aber nicht ohne kollektive, alle Parteimitglieder einbeziehende Willensbildung, ggfs. auch durch virtuelle, vermittels elektronischer Kommunikation durchgeführter Versammlungen gestattet. Als das BVerfG 1993⁸⁶ für die Aufstellung der Wahlbewerber das Postulat bestimmter Mindestregeln für eine demokratische Kandidatenaufstellung formulierte, stand für die innerparteiliche Willensbildung nur die Form der Präsenzversammlung, sei es der Mitglieder oder von Delegierten der Mitglieder in Form von Vertreterversammlungen zur Verfügung. Seither hat die Entwicklung der elektronischen Kommunikation auch andere Formen kollektiver Meinungs- und Willensbildung in Parteien hervorgebracht, die - bei entsprechender Ausgestaltung - einer Präsenzversammlung weitgehend nahekommenden. Jedenfalls können sich auch auf elektronischem Weg Rede und Gegenrede, Beifalls- und Missfallensäußerungen, kurz eine lebendige freie Willensbildung unter allen Beteiligten vollziehen. Deshalb kann davon ausgegangen werden, daß heute wegen der Möglichkeiten des Internets die elementaren Regeln für die Kandidatenaufstellung in den Parteien auch dann gewahrt sind, wenn sich diese Willensbildung nicht in

⁸⁴ S. BT-Drucks. 19/23197 vom 7. 10. 2020 S. 10 ff. sowie die Plenarprotokolle 19/173 vom 10. 9. 2020 S. 21774 ff. und 19/184 vom 9. 10. 2020 S. 23133 ff.

⁸⁵ Drucks. 7/2043 vom 4. 11. 2020 S. 13 f.

⁸⁶ Beschluß des BVerfG vom 20. 10. 1993 BVerfGE 89, 243 (252 ff.).

Präsenzversammlungen, sondern in virtuellen Versammlungen mit elektronischer Kommunikation oder in Kombination von beidem vollzieht.

Auch das zum Kernbereich eines demokratischen Wahlbewerberaufstellungsverfahrens gehörende Gebot geheimer Wahl (§ 17 Satz 1 PartG und § 23 Abs. 3 Satz 1 LWG) wird gewahrt. Denn in § 72 Abs. 4 Satz 3 Nr. 3 d.E. wird klargestellt, daß die Schlußabstimmung über einen Wahlvorschlag nicht elektronisch erfolgen darf, sondern konventionell geheim mit Urnen- oder Briefwahl vollzogen werden muß. Das ist nach der Rechtsprechung des BVerfG⁸⁷ geboten: Danach folgt aus dem Verfassungsgrundsatz der Öffentlichkeit demokratischer Wahlen, daß den Bürgern eine umfassende Richtigkeitskontrolle des Wahlverfahrens in seinen sämtlichen Abschnitten möglich sein muß. Diese Transparenz und Kontrollmöglichkeit, und zwar für jedermann, ist jedoch bei den bislang für die Durchführung von Wahlen zur Verfügung stehenden elektronischen Verfahren nicht gegeben. Demgegenüber ist anerkannt, daß eine Vorauswahl unter den für eine Kandidatur konkurrierenden Bewerbern mit elektronischer Hilfe erfolgen kann⁸⁸.

3. § 72 Abs. 4 d.E. genügt auch dem Erfordernis aus Art. 84 Abs. 1 Satz 2 ThürVerf, wonach Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten VO-Ermächtigung im Gesetz bestimmt sein müssen⁸⁹.

§ 72 Abs. 4 d. E. beschreibt eindeutig die Voraussetzungen für ein Tätigwerden des VO-Gebers: Der Landtag muß in einer festgelegten Frist vor Ende der Wahlperiode eine Feststellung zur Möglichkeit von Aufstellungsversammlungen treffen. Es erscheint sachgerecht, daß damit nicht an die Feststellung einer „epidemischen Lage von nationaler Tragweite“, wie sie nach § 5 Infektionsschutzgesetz⁹⁰ vom Bundestag beschlossen werden kann⁹¹, angeknüpft wird. Denn die Verhältnisse können regional sehr unterschiedlich sein und vom Landtag sachnäher beurteilt werden.

Zweck der VO ist eine wegen einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt erleichterte Wahlbewerberaufstellung, die notfalls auch mit virtuellen Versammlungen erfolgen kann.

⁸⁷ Urteil vom 3. 3. 2009 BVerfGE 123, 39 (68 ff.).

⁸⁸ Vgl. die Wahlprüfungsentscheidungen des Bundestages in BT-Drucks. 15/4750 vom 28. 1. 2005 (Anlage 5 S. 19, 25) und BT-Drucks. 18/5050 vom 27. 5. 2015 (Anlage 5 S. 23, 43) sowie BayVerfGH Entscheidung vom 11. 11. 2019 - Vf. 46-III-19 - Rdn. 47.

⁸⁹ Vgl. zum sog. Bestimmtheitsgebot etwa BVerfGE 123, 39 (78), 150, 1 sowie ThürVerfGH Urteil vom 21. 6. 2005 - VerfGH 28/03 - Umdruck S. 60 ff. und Urteil vom 21. 5. 2014 - VerfGH 13/11 - Umdruck S. 40 ff.

⁹⁰ Vom 20. 7. 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 18. 11. 2020 (BGBl. I S. 2397).

⁹¹ S. die Feststellung vom 18. 11. 2020 (Protokoll der 191. Sitzung des Bundestages S. 24046, 24100 und 24109) und BT-Drucks. 19/24387 vom 17. 11. 2020.

Die Anwendung der VO-Ermächtigung ist schließlich ausdrücklich mit den Worten „soweit erforderlich“ unter das Verfassungsgebot der Verhältnismäßigkeit gestellt worden.

Schließlich wird das mögliche Normprogramm durch die Beispiele in Nr. 1, 2 und 4 erläutert und werden in Nr. 3 Vorgaben zur Wahrung des Vorschlags- und Vorstellungsrechts der Interessenten für eine Kandidatur gemacht.

4. Die Bindung der VO-Ermächtigung an die Zustimmung des Landtages ist zulässig und angemessen, weil die Ausgestaltung des Wahlrechts zum Landtag eine Materie ist, die grundsätzlich nach Art. 49 Abs. 4 ThürVerf dem Landtag als dem Landesgesetzgeber vorbehalten ist.

5. Auf Bundesebene liegt dem Bundestag seit dem 13. 1. 2021 ein Antrag der Koalitionsfraktionen für eine Feststellung nach § 52 Abs. 4 Satz 1 BWahlG⁹² vor: Danach soll der Bundestag gemäß § 52 Abs. 4 Satz 1 BWahlG feststellen, daß die Durchführung von Versammlungen für die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen zumindest teilweise unmöglich ist.

K Zu Art. 3 d.E.

Die Änderung des § 56 LWO wird befürwortet.

Sie klärt zuletzt bei der Europawahl 2019 etwa in Jena und Dresden durch größeren Andrang von Wahlberechtigten zu den Wahllokalen sowie durch schleppenden Ablauf der Stimmabgabe verursachte Probleme am Ende der Wahlzeit.

Insoweit wird auf die Ausführungen oben (D 2.) zu Art. 1 § 3 d.E. verwiesen.

L Zu Art. 4 d.E.

Die durchgängige Befristung der Regelungen aus Art. 1 d.E. durch Art. 4 Abs. 1 d.E. auf das Jahr 2021 erscheint, wie oben bereits ausgeführt, bei verschiedenen Bestimmungen nicht sachgerecht; manche sollten auf Dauer gelten.

⁹² S. BT-Drucks. 19/25816 vom 13. 1. 2021, der am 14. 1. 2021 im Plenum beraten werden soll.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Große Partei Thüringen</td> <td>Politische Partei</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Heinestraße 70 99867 Suhl</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heinestraße 70 99867 Suhl</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99867 Suhl</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Große Partei Thüringen	Politische Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse	Heinestraße 70 99867 Suhl	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinestraße 70 99867 Suhl	Postleitzahl, Ort	99867 Suhl
Name	Organisationsform										
Große Partei Thüringen	Politische Partei										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Heinestraße 70 99867 Suhl										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heinestraße 70 99867 Suhl										
Postleitzahl, Ort	99867 Suhl										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wir sind eine politische Partei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Anpassung in Artikel 1 § 2 Abs. 1 notwendig, im Antrag ist dies ausführlich beschrieben. Den anderen Punkten stimmen wir zu und unterstützen eine freie Briefwahl	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Sotsa, 10.01.2021	

Graue Panther Landesverband Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
14.01.2021 13:27

960/2021



GRAUE PANTHER Landesverband Thüringen

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Strasse 1
99096 Erfurt

Landesvorsitzender

Heinestrasse 20
99867 Gotha

Gotha, den 14.01.2021

Unsere Stellungnahme zum geplanten Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften – Thüringer Landtag Drucksache 7/2043

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Allgemeinen unterstützen wir die Initiative das Wahlgesetz befristet aufgrund der aktuellen Situation zu ändern. Dem Vorschlag für §2 Abs. 1 können wir aber nicht zustimmen. Zu einer turnusmäßige Wahl besteht 15 Monate lang Zeit 1000 Unterschriften zu sammeln. Zu dieser angesetzten Wahl ist der Vorschlag innerhalb von maximal 60 Tagen (und hier kommen noch starke Abzüge) 500 Unterschriften zu sammeln. Das entspricht auf die Zeit gesehen eine Erhöhung auf 750%. Das ist unter Umständen einer normalen Wahl schon unrealistisch. Zusätzlich besteht die Pandemiesituation. Das Gebot der Stunde ist Kontaktminimierung, unter diesen Vorgaben ist es unverantwortlich 500 Personen persönlich anzusprechen, denn sie müssen ja eigenhändig unterzeichnet werden. Besonders unter dem Gesichtspunkt, dass die Stammwählerschaft der Partei Graue Panther zur Risikogruppe gehört müssen wir zu diesem Punkt widersprechen. Besonders unter dem Gesichtspunkt, dass es sich bei dieser Wahl nicht um eine turnusmäßige Wahl, sondern um eine Wiederholungswahl handelt sehen wir das wiederholte einsammeln der Unterstützungsunterschriften nicht als gerechtfertigt an.

Was sind unsere Alternativvorschläge:

A: Einsammeln von 50 Unterschriften

B: Grundsätzlicher Verzicht auf Vorlage von Unterstützungsunterschriften, für alle Parteien, die bereits bei den letzten, ja erst kurz zurück liegenden, Wahlen den Nachweis mit 1000 gültigen und geprüften Unterstützerunterschriften erbracht

haben. Das geforderte Mindestmaß an demokratischer Legitimation (siehe Seite 11 zu §2 Abs. 1) ist dadurch bereits erbracht worden.

C: In Zeiten der Digitalisierung solle eine Möglichkeit zur digitalen Onlineunterschrift bereitgestellt werden. Es ist nicht mehr zeitgemäß Menschen direkt anzusprechen. Da eine solche Lösung Vorbereitung bedarf ist dies nur ein Vorschlag für Wahlen die mehr als ein Jahr in der Zukunft liegen.

Darüber hinaus möchten wir hervorheben, dass wir die Idee der vollständigen Briefwahl unterstützen.

Alle übrigen Punkte unterstützen wir gern.
Im folgenden beantworten wir Ihre Fragen.

Fragestellungen der Fraktion DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN:

1. Falls eines der von uns vorgeschlagenen Vorgehen in §2 eingearbeitet wird halten wir die Vorschläge für geeignet, ja.
2. Es ist aus unserer Sicht nichts gegen eine reine Briefwahl einzuwenden.
3. Wir stimmen dieser Regelung zu.
4. Hierzu können wir keine Aussage treffen.
5. NEIN. Aufgrund der oben beschriebenen Gründe sehen wir es als notwendig an hier eine der von uns vorgeschlagenen Regelungen zu nutzen.
6. Jede Absenkung mindert die Kontakte. und die Minimierung der Kontakte ist in der aktuellen Zeit als oberstes Gebot ausgerufen wurden. Daher plädieren wir für eine Senkung auf ein absolutes Minimum

Fragestellungen der AfD

1. Keine erheblichen. Das System der Briefwahl ist geprüft und lange im Einsatz. Wir sehen keinen Grund dieses in Frage zu stellen. Manipulationsmöglichkeiten gibt es auch bei einer Wahl vor Ort, ebenso gibt es natürlich Manipulationsmöglichkeiten bei einer Briefwahl. Die Wahrscheinlichkeit, der Aufwand und der Erfolg einer Manipulation stehen in einem so geringen Verhältnis, dass wir keine erheblichen Risiken hinsichtlich des Grundsatzes der Freiheit der Wahl sehen.
2. Keine erheblichen. Das System der Briefwahl ist geprüft und lange im Einsatz. Wir sehen keinen Grund dieses in Frage zu stellen. Manipulationsmöglichkeiten gibt es auch bei einer Wahl vor Ort, ebenso gibt es natürlich Manipulationsmöglichkeiten bei einer Briefwahl. Die Wahrscheinlichkeit, der Aufwand und der Erfolg einer Manipulation stehen in einem so geringen Verhältnis, dass wir keine erheblichen Risiken hinsichtlich des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl sehen.
3. Keine erheblichen. Das System der Briefwahl ist geprüft und lange im Einsatz. Wir sehen keinen Grund dieses in Frage zu stellen. Manipulationsmöglichkeiten gibt es auch bei einer Wahl vor Ort, ebenso gibt es natürlich Manipulationsmöglichkeiten bei einer Briefwahl. Die Wahrscheinlichkeit, der Aufwand und der Erfolg einer Manipulation stehen in einem so geringen Verhältnis, dass wir keine erheblichen Risiken hinsichtlich des Grundsatzes der Geheimhaltung der Wahl sehen.
4. Dieses Risiko besteht unserer Ansicht nach, aber wir können es leider nicht bewerten.
5. Dieses Risiko besteht unserer Ansicht nach, aber wir können es leider nicht bewerten.
6. Dieses Risiko besteht unserer Ansicht nach, aber wir können es leider nicht bewerten.
7. In Deutschland schätzen wir dieses Risiko aufgrund des Einsatzes von Wahlbeobachtern als verschwindend gering ein.

Fragestellungen der Fraktion CDU

1. Falls eines der von uns vorgeschlagenen Vorgehen in §2 eingearbeitet werden halten wir die Durchführbarkeit für gerecht, Fair und möglich.
2. Können wir nicht beurteilen
3. Können wir nicht beurteilen
4. Hier haben wir leider keine Erfahrung.
5. Können wir nicht beurteilen
6. Können wir nicht beurteilen
7. Können wir nicht beurteilen
8. Landesweite Vorgaben begrüßen wir! sie bringen eindeutige Struktur!
9. Eine vollständige Briefwahl ist eine gute Lösung
10. Keine Idee
11. Können wir nicht beurteilen
12. 100% können die Risiken nicht beseitigt werden. Risiken bestehen immer. Aber Briefwahl ist ein seit Jahrzehnten etabliertes und gut funktionierendes Verfahren, dem man grundsätzlich vertrauen sollte. Auch bei einer normalen Wahl gibt es Betrugsrisiken, eine 100% sichere Lösung gibt es nicht.
13. Zustimmung
14. Aus unserer Sicht, ja!
15. Bis auf die oben beschriebenen Anmerkungen bewerten die die getroffenen Lösungen als gut! essentiell ist aber dass §2 angepasst wird.
16. Wie oben beschrieben sehen wir die Wahl nicht als eine Turnusmäßige Wahl und schlagen daher vor die Regelungen der zu sammelnden Unterstützerunterschriften anzupassen. Dieser Umstand hat aus unserer Sicht auch rechtliche Aspekte und damit Auswirkungen auf die Entscheidung ob unsere Vorschläge angenommen werden, oder nicht.
17. Nach unseren Anpassungen sehen wir den Entwurf als vereinbar mit höherrangigem Recht.
18. Rechtliche Beurteilungen können wir nicht vornehmen, wir sind keine Rechtswissenschaftler. Dafür gibt es Spezialisten. Inhaltlich sehen wir hier keine Probleme.
19. Rechtliche folgen können wir nicht Beurteilen. Aber aus unserer Sicht, sollte im Falle einer vollständigen Briefwahl der Termin der Auszählung 14 Tage nach dem "alten" Wahltermin stattfinden und bis 12 Tage nach dem alten Wahltermin die Möglichkeit zur Abgabe der Stimme bestehen. Die Briefwahlunterlagen sollten durch die Post frei an jeden Haushalt ausgegeben werden. Ob eine Stimme gültig ist, sollte nach der Stimmabgabe bei der Auszählung geprüft werden.
20. Ist für uns kein Problem.
21. Eindeutig und bestimmt ist diese Regelung aus unserer Sicht nicht, sie muss immer noch interpretiert werden. Aber aus unserer Sicht ist es okay, wenn der Ministerpräsident eine solche Interpretation vornimmt.
22. Aus unserer Sicht ist es okay, wenn der Landtag diese Regelungen beschließt.
23. nein, Geschwindigkeit ist hier geboten.
24. aus unserer Sicht sind sie eingehalten.
25. Wir verstehen die Frage nicht, bei einer reinen Urnenwahl ist doch klar, wer die Stimme abgegeben hat? Für die Beantwortung dieser Frage bitte wir um einen Rückruf.
26. Es sollte keine Reglementierungen bei der Wahlbeobachtung geben! Gar keine!
27. Nein, aufgrund unserer Ausführungen zum §2. Zu den anderen Punkten sagen wir, dass sie den Anforderungen gerecht werden.

28. Infektionen kann man nicht voll ausschließen. Es existieren Konzepte um die Menschen ausreichend zu schützen.
29. Das ist eine individuelle Entscheidung, die aufgrund vieler Faktoren immer neu bewertet werden muss. Eine eindeutige Regelung wäre aus unserer Sicht nicht möglich und deswegen nicht vertrauenswürdig.
30. Nein, sie müssen ständig angepasst werden.
31. Ist eine Wiederholung zu Frage Nr. 4.
32. Wir empfinden es als unnötig eine eindeutig fachliche Frage an politische Organisationen zu stellen. Wie hoch das Infektionsrisiko ist wissen die Virologen am besten. Minimiert werden kann es durch Reinigung und Aufklärung (keine Finger ins Gesicht, bis zum nächsten Händewaschen)

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort

Landeswahlleiter

TLS

Europaplatz 3

98087 Erfurt

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name _____	Vorname _____
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer <i>Europaplatz 3</i>	
	Postleitzahl, Ort <i>99081, Erfurt</i>	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Landeswahlleiter; verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>Notwendigkeit entsprechender org. und gesetzlicher Vorkehrungen bei der Durchführung von Wahlen unter Pandemiebedingungen zwingend notwendig; Klare Prüfbedingungen bei Zulassung erforderlich; Regelungen zu Organisation und Gesundheitsschutz ergänzen. Rechtsnichtigkeit zu "nur Briefwahl" bei wahlrechtlichen Feststellungsnotstandes ist durch Verfassungskontrolle überprüfbar.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Esfurt, 12.01.2021	



Der Landeswahlleiter

THURINGEN

Der Landeswahlleiter Thüringen • Postfach 90 01 63 • 99104 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landesamt für Statistik

Büro des Landeswahlleiters

Telefon:

Telefax:

E-Mail:

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:

(bei Antwort bitte angeben)

Erfurt, 13. Januar 2021

Seltenanzahl: 15

Stellungnahmen Drucksache 7/2043

**„Gesetzentwurf - der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“
hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum „Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften – DS 7/2043“.

Am 28. Februar 2020 wurde von den Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der CDU ein Protokoll unterzeichnet, der sogenannte Stabilitätspakt.

In Punkt 5 dieses Protokolls wurde der 25. April 2021 als Termin für eine vorgezogene Neuwahl des Thüringer Landtags gemäß Artikel 50 (2) der Verfassung terminiert. Artikel 50 (2) lautet:

„(2) Die Neuwahl wird vorzeitig durchgeführt,

1. wenn der Landtag seine Auflösung mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder beschließt,
2. wenn nach einem erfolglosen Vertrauensantrag des Ministerpräsidenten der Landtag nicht innerhalb von drei Wochen nach der Beschlussfassung über den Vertrauensantrag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt hat.

Über den Antrag nach Nummer 1 darf frühestens am elften und muss spätestens am 30. Tag nach Antragstellung offen abgestimmt werden. Die vorzeitige Neuwahl muss innerhalb 70 Tagen stattfinden.“

Um am 25. April 2021 eine Landtagswahl in Thüringen durchführen und damit auch die 70-Tage-Frist einhalten zu können, müsste sich der Thüringer Landtag Mitte Februar 2021 mit einer $\frac{2}{3}$ Mehrheit auflösen.

Bevor ich detailliert zu den rechtlichen und wahlorganisatorischen Aspekten Stellung beziehe, möchte ich zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen zur vorliegenden Drucksache ausführen.

Postanschrift: Postfach 90 01 63
99104 Erfurt
Hausanschrift: Europaplatz 3
99081 Erfurt

Telefon:
Telefax:

Internet: <http://www.wahlen.thueringen.de>

Die angegebenen E-Mail-Adressen dienen nicht dem Empfang von elektronischen Dokumenten mit qualifizierter elektronischer Signatur.

Die Notwendigkeit entsprechender Vorkehrungen im Wahlgesetz bei Auftreten eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes durch eine Pandemie dürfte unstrittig sein und sich auf alle Phasen einer durchzuführenden Wahl auswirken.

Dies betrifft insbesondere in Pandemiezeiträumen oder im Katastrophenfall

- a) das Aufstellverfahren der Wahlbewerber,
- b) das Absenken von Quoren im Zulassungsverfahren,
- c) das Schaffen von Möglichkeiten der Wahrnehmung des Wahlrechts auch unter Pandemiebedingungen,
- d) den Schutz von Leib und Leben der Wähler, der Bediensteten im kommunalen Bereich, der Wahlorgane sowie der über 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer.

Der vorliegende Gesetzentwurf greift meines Erachtens sämtliche für eine vorzeitig durchzuführende Wahl unter Pandemiebedingungen zu regelnden Aspekte klar strukturiert auf und begründet diese umfänglich.

Meines Erachtens wäre es wünschenswert, wenn diese auf das Jahr 2021 bezogene gesetzliche Novellierung (DS 7/2043) grundsätzlich im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung verankert werden würde, um auch zukünftig für die Landtagswahl bei vorzeitiger Auflösung oder bei Pandemie-/Katastrophenfällen auf eine gesetzliche Grundlage zurückgreifen zu können.

Die Fragestellung, ob es noch weitere, ggf. andere Wege und Organisationsformen sowie mildere bzw. geeignetere Mittel gibt um die Zielstellung

– Rechtssichere Durchführung von Wahlen unter Pandemiebedingungen –

zu gewährleisten, wird die Diskussion im parlamentarischen Raum zeigen.

Die DS 7/2043 ist hierzu eine sehr gute Grundlage.

Anmerken möchte ich jedoch an dieser Stelle, dass das Zeitfenster für das Novellierungsvorhaben (mit Neuwahltermin 25. April 2021) sehr klein ist und damit die Gefahr von Rechtsunsicherheiten bei eventuell zu erwartenden Klagen bzw. Normenkontrollverfahren (Gesetz und Organisation) in sich birgt. Eine Verabschiedung des Gesetzes im 1. Plenum des Jahres 2021 (3.-5. Februar 2021) und eine mögliche Auflösung des Thüringer Landtags am 14. (Sonntag) bzw. 15. (Montag) Februar verdeutlicht das sehr enge Zeitfenster. Die vom Wahlgesetz erforderlichen Aktivitäten, wie zum Beispiel:

- Veröffentlichung des Gesetzes im Gesetz- und Verordnungsblatt,
- Veröffentlichung des Wahltermins durch die Landesregierung im Thüringer Staatsanzeiger,
- die Herausgabe von zusätzlichen Organisationsanweisungen (Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter, Gemeindeverwaltung),
- Schulung und Gewinnung von 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfern,
- Beschaffung zusätzlicher Materialien (Briefwahlunterlagen, Infektionsschutzmittel)

sind darüber hinaus noch Arbeitsschritte, die ein sehr zeitnahes Handling erfordern, um den im Stabilitätspakt fixierten Wahltermin (25. April 2021) rechtssicher umzusetzen.

An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass eine **zwingende Notwendigkeit** der Durchführung der Neuwahl am 25. April 2021 auf Grund einer zu Ende gehenden Legislaturperiode, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, **rechtlich nicht besteht**. Die Entscheidung zum Neuwahltermin 2021 treffen gemäß Verfassung Artikel 50 (2) die Abgeordneten des Thüringer Landtags.

Für sämtliche Parteien und Wahlorgane ist das Zusammentreffen nachfolgender Faktoren:

- verkürzte Fristen,
- Corona-Pandemie,
- zum Teil noch nicht rechtsicher verabschiedete Rahmenbedingungen (Gesetz),
- zu erwartende zusätzliche Kosten

ebenfalls „Neuland“; auf Erfahrungswerte aus anderen Bundesländern oder des Bundes kann zurzeit nicht zurückgegriffen werden. Sämtliche Wahlorgane und ehrenamtliche Helfer in Thüringen werden sich, und da bin ich mir recht sicher, mit hohem Einsatz den großen Herausforderungen im Superwahljahr stellen.

Der gesundheitlichen Unversehrtheit in Corona-Zeiten für alle Beteiligten (Parteimitglieder, Wahlorgane, Gemeinden, Wähler) muss meines Erachtens bei der Bewertung der Maßnahmen höchste Priorität eingeräumt werden. Nachfolgend werde ich zu den einzelnen Novellierungsvorhaben, unter Berücksichtigung oben angeführter Aspekte, Stellung nehmen.

§ 1

(1) Für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021 gelten die nachfolgenden Regelungen an Stelle der entsprechenden Regelungen im Thüringer Landeswahlgesetz und der Thüringer Landeswahlordnung.

(2) Die Bestimmungen der Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags vom 27. Februar 2020 (GVBl. S. 89) bleiben unberührt.

Hierzu keine Anmerkung.

§ 2 Absatz 1

Für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen des Landtags sind in den Fällen des § 22 Abs. 2 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz 125 und des § 29 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz 500 eigenhändig unterzeichnete Unterschriften von Wahlberechtigten notwendig.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Die Ausführungen im § 2 (1) beziehen sich auf das Absenken der Unterstützungsunterschriften bei vorzeitig stattfindenden Wahlen von Wahlkreisvorschlägen der Parteien von 250 Unterstützungsunterschriften auf 125, welches – auch im Vergleich zu den Regelungen anderer Bundesländer – meine Zustimmung erfährt. Da hierdurch auch eine Reduktion des Aufwandes in den Einwohnermelderegistern bei der Bestätigung der Wahlberechtigung der Unterstützer verbunden ist, trägt dies zu einer Minimierung der schon hohen Arbeitsspitzen in den Gemeinden, auf Grund der Vorbereitung der Ziehung der Wählerverzeichnisse, des Versands der Wahlbenachrichtigungskarten und der personellen Absicherung der Wahl bei.

Der Vorschlag wird überdies unterstützt, da zum Sammeln der Unterstützungsunterschriften (bei regulär endenden Legislaturperioden ca. 1 ½ Jahre) sehr wenig Zeit (ca. 1 Monat bei vorgezogenen Wahlen) zur Verfügung steht.

Die o.g. Ausführungen gelten sinngemäß auch für das Absenken der Unterstützungsunterschriften der Landesliste von 1.000 auf 500. Mit der vorgeschlagenen Absenkung wird m. E. die erforderliche Unterstützung des Wählers für den betreffenden Wahlvorschlag hinreichend dokumentiert. Ob ein weiteres Absenken der Anzahl der Unterstützungsunterschriften angezeigt erscheint, liegt im Ermessen des Parlaments.

Ergänzt werden muss zwingend die Regelung des Gesetzentwurfes für den Absatz 3 andere Wahlvorschläge (Einzelbewerbungen). Auch hier muss unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung die Absenkung der Unterstützungsunterschriften auf 125 erfolgen.

Vorschlag: ... sowie § 22 Absatz 3 Satz 1 ThürLWG ...

§ 2 Absatz 2

(2) Die Parteien können für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung ihre Bewerber für die Landtagswahl in den Versammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz auch gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wählen.

Die Regelung im § 2 (2) stellt eine Erweiterung des § 23 (1) ThürlWG dar, in dem weitere Möglichkeiten zur derzeitigen Präsenzpflicht für das Bewerberaufstellverfahren rechtlich zugelassen werden; dass heißt, das Mitglieder auch ohne physische Präsenz ihre Rechte, zu denen das Wahlrecht zur Aufstellung von Bewerbern gehört, ausüben können.

Durch die Anwendung/Rückbezug des § 5 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 27.3.2020 sind im Artikel 1 § 2 (2) der Drucksache 7/2043 die gesetzlichen Rahmenvoraussetzungen auch im Landeswahlrecht geschaffen worden, um ohne Satzungsänderung virtuelle Mitgliederversammlungen, zu den auch die Bewerberaufstellverfahren gehören, für alle Mitglieder zu ermöglichen.

Das Ausüben von Stimmrechten wird somit ebenfalls unter Pandemiebedingungen rechtlich abgesichert.

Votum: Zustimmung

§ 2 Absatz 3

(3) Darüber hinaus können die Parteien für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen auch ohne Ermächtigung in der Satzung ihren Mitgliedern ermöglichen, die Bewerber ausschließlich im Wege der elektronischen Kommunikation oder in der Form der Briefwahl zu wählen, wenn die Durchführung von Versammlungen im Sinne des § 23 Abs. 1 Thüringer Landeswahlgesetz für die Partei aufgrund der örtlichen Pandemiesituation nicht möglich oder zu erwarten ist, dass aufgrund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Mitglieder ihr Wahlrecht andernfalls nicht ausüben können. Im Falle der Durchführung der Wahl im Wege der elektronischen Kommunikation ist die Schlussabstimmung in geheimer Abstimmung per Briefwahl durchzuführen. Die Parteien haben auf geeignete Weise durch schriftliche Versicherung an Eides Statt durch den Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmten Teilnehmern gegenüber dem Wahlkreisausschuss nachzuweisen, dass die Wahl der Bewerber in den Formen des Satzes 1 unter Beachtung der Grundsätze der Geheimheit der Wahl erfolgt ist. Satz 3 gilt entsprechend für den Nachweis der Aufstellung der Landesliste gegenüber dem Landeswahlausschuss. Der Landeswahlleiter kann den Parteien Anwendungshinweise für den Inhalt und die Gestaltung der Nachweise geben. § 23 Abs. 6, § 29 Abs. 6 Thüringer Landeswahlgesetz sowie § 32 Abs. 5 und § 37 Abs. 4 Thüringer Landeswahlordnung finden im Übrigen sinngemäße Anwendung.

Durch § 2 (3) werden die Handlungsoptionen für Parteien nochmals für nachfolgende Szenarien erweitert:

- (1) Lockdown und Ausgangsbeschränkungen
- (2) Verbot von Veranstaltungen und Versammlungen
- (3) Teilnahme von Personengruppen, für die trotz Beachtung von Hygienevorschriften aus Gründen gesundheitlicher Vorsicht, ein persönliches Erscheinen nicht möglich oder zumutbar ist.

Grundlage für die Punkte (1) bis (3) sind die Ausführbestimmungen in den geltenden Corona-Verordnungen oder die Allgemeinverfügungen der zuständigen Gesundheitsämter.

An dieser Stelle muss ich darauf hinweisen, dass die Festlegungen in den Verordnungen bzw. Verfügungen zum Teil erhebliche Unterschiede aufweisen, da die regionalen Gesundheitsämter eine nochmalige Anpassung vornehmen. Dies erscheint aus dem Blickwinkel des Gesundheitsschutzes nachvollziehbar, aus der Sicht des Wahlrechts äußerst problematisch.

Bei der Erstellung zukünftiger Corona-Verordnungen muss dieser Aspekt durch geeignete Regelungen berücksichtigt werden. Eine Konkludenz der Festlegungen auf territorialen Ebenen ist zwingend erforderlich um keinen Anlass für spätere Wahlanfechtungen zu geben.

Das Festlegen der Durchführungsform von Aufstellverfahren der Parteien obliegt nach § 2 (3) vollumfänglich **deren Einschätzung** der Situation „vor Ort“.

Die Formulierung „... es sich aber für die Partei erkennbar abzeichnet, dass auf Grund der Pandemiesituation ein wesentlicher Teil der Parteimitglieder aus Gründen der gesundheitlichen Vorsicht – etwa, weil diese sich den durch das Corona-Virus besonders gefährdeten Personengruppen – an einer Präsenzveranstaltung nicht teilnehmen wird. ...“, eröffnet einen sehr weiten Handlungsspielraum.

Vorschlag: Die Versicherung an Eides Statt, dass die Mindeststandards der Wahlrechtsgrundsätze im Bewerberaufstellverfahren eingehalten wurden, sollte **darüber hinaus** durch eine normierte Anlage zur Landeswahlordnung, in dem auch das gewählte Verfahren beschrieben und begründet wird, ergänzt werden.

Eine abschließende redaktionelle Anmerkung:

Korrektur § 2 Absatz 3, letzter Satz:

„... § 29 Abs. 6 Thüringer Landeswahlgesetz sowie § 2 Abs. 5...“ (§ 2 Abs. 5 ist nicht korrekt. Richtig ist § 32 Abs. 5)

zu § 2 Absatz 4

(4) Der Wahlkreisausschuss hat die Wahlvorschläge zurückzuweisen, wenn sie den Anforderungen dieses Gesetzes nicht entsprechen. Satz 1 gilt entsprechend für die Entscheidung des Landesausschusses über die Zulassung der Landeslisten. § 28 Abs. 1 Satz 2 und § 30 Abs. 1 Satz 2 Thüringer Landeswahlgesetz bleiben im Übrigen unberührt.

Die Prüfung der eingereichten Wahlvorschläge (u.a. Angaben zur Person und deren Platzierung, Wählbarkeitsbescheinigungen ...) erfolgt gemäß dem bisher praktizierten Checklistenprinzip.

Die Prüfung bzgl. des Einhaltens der Mindeststandards von Wahlrechtsgrundsätzen sowie der Beschreibung und Begründung des gewählten Aufstellverfahrens (siehe Vorschlag zu § 2 (3)) mittels eidesstattlicher Erklärung kann seitens der Wahlausschüsse nur formal an Hand der beiden o.a. Anlagen zur ThürLWO vorgenommen werden.

Begründung:

Absatz 2 und 3 räumen den Parteien sehr große Entscheidungsspielräume bzgl. der Organisationsformen von Aufstellveranstaltungen (Präsenz, Digital, Hybrid, Teilveranstaltungen, ...) sowie der Möglichkeiten der Abstimmung (Präsenzabstimmung, elektronische Abstimmung, Briefwahl) und des damit verbundenen Kandidatenaufstellverfahrens ein, die durch die Wahlausschüsse nur begrenzt bewertbar und somit nachprüfbar sind. Eine nachträgliche Bewertung auf Grund der unterschiedlichen territorialen und zeitlichen Aspekte sowie der Frage, ob es andere geeignetere und angemessenere Formen der Aufstellung von Bewerbern gegeben hätte, sind in dem kleinen Zeitfenster einer vorgezogenen Wahl kaum möglich.

Terminleiste, ausgerichtet am 25. April 2021:

- | | |
|---|---|
| 37. Tag vor der Wahl: Freitag, 19.3.2021 | 18 Uhr - Ende für das Einreichen der Wahlvorschläge (Landesliste, Wahlkreisvorschlag) |
| 34. Tag vor der Wahl: Dienstag, 22.3.2021 | Sitzung der Wahlausschüsse – Zulassung Wahlvorschläge und Bekanntmachung |

Die schriftliche Versicherung an Eides Statt durch den Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmten Teilnehmern gegenüber den Wahlausschüssen (Landesausschuss für die Landesliste bzw. Wahlkreisausschüsse für die Wahlkreisvorschläge), dass die

Bewerberwahl unter den Grundsätzen der Geheimheit der Wahl stattgefunden hat, stellen einen wesentlichen Prüfpunkt dar (formuliert in Anlage 15 ThürLWO).

Die darüber hinaus einzufordernden Nachweise von Parteien zur Wahl der Organisationsform und des -verfahrens bergen ein auf Grund der Unterschiedlichkeiten der Rahmenbedingungen (Höhe der Covid-Inzidenzen in den einzelnen Regionen) bei der Prüfung der Angemessenheit der gewählten Wege, keinen einheitlichen Prüfmaßstab für die Wahlausschüsse. Sie können lediglich informatorischen Charakter haben und darlegen, dass im Rahmen der Möglichkeiten des Gesetzes aufgestellt wurde.

Die Gefahr für eine nach der Wahl erhobene Beschwerde ist auf Grund der Vielfältigkeit und damit der Interpretationsmöglichkeit gegeben. Sollten alle Möglichkeiten als gleichwertig angesehen werden, dann müsste dies im Gesetzestext deutlicher zum Ausdruck kommen.

An dieser Stelle möchte ich abschließend betonen, dass es keinerlei Erfahrungswerte in Deutschland (Pandemie und vorgezogene Neuwahlen) gibt.

Vorschlag:

Die „Anwendungshinweise“ sind deshalb durch eine Anlage der ThürLWO zu ersetzen, um die Rechtssicherheit für die Parteien zu erhöhen. (Verantwortlich: Gesetzgeber). Der Landeswahlleiter bzw. die Kreiswahlleiter als Vorsitzende der Wahlausschüsse sind in prüfender Funktion bzgl. der Zulassung i.S. des Gesetzes tätig.

Ein gleichzeitiges und unter Umständen weitreichendes Handling eines Wahlorgans in den Wirkungskreis von Parteien (Parteienautonomie) halte ich für nicht geboten.

Ich bitte deshalb um Änderung:

- 1) Einfügung gemäß Anlage ... ThürLWO
- 2) Streichung des Satzes: „Der Landeswahlleiter kann den Parteien Anwendungshinweise für den Inhalt und die Gestaltung der Nachweise geben.“, da diese in der Anlage zur ThürLWO involviert und damit amtlich sowie rechtsverbindlich sind.

§ 3

Die Wahl dauert von 8 Uhr bis 20 Uhr. Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorsteher bekannt gegeben. Von da ab sind nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zuzulassen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Der Vorschlag die Wahlzeit bis 20 Uhr zu verlängern wird äußerst kritisch gesehen und sollte daher nicht mehr weiterverfolgt werden. Ich verweise auch diesbezüglich auf die Stellungnahmen der Kreiswahlleiter (Anlage 2).

Nachfolgende Gründe sprechen **gegen eine Verlängerung bis 20 Uhr:**

- a) Im Artikel 2 § 56 zur Änderung der Thüringer Landeswahlordnung (DS 7/2043) werden Vorkehrungen getroffen, analog der Bundesregelung, dass Wähler die bis 18 Uhr zur Stimmabgabe erschienen sind, auch zur Wahl zugelassen werden. Ich habe mich selbst bei der Sitzung der Landeswahlleiter beim Bundeswahlleiter in Auswertung der Europawahl 2019 für diese Klarstellung in der Wahlordnung ausgesprochen, da durch die gravierenden Unterschiede in den örtlichen Bedingungen (Wahlraumgröße etc.) der Gleichbehandlungsgrundsatz zwingend beachtet werden muss, bei gleichzeitiger Rechtssicherheit in den Wahlvorständen.
- b) Nach Einschätzung der Wahlorgane ist die im Artikel 2 § 56 aufzunehmende Regelung, ausreichend, da ein Zulauf in der Zeit von 18 Uhr bis 20 Uhr nicht zu erwarten ist.
- c) Durch die Einhaltung der Corona-Hygienemaßnahmen kommt es zwar zu zeitlichen Mehraufwendungen, die sich jedoch über die 10 Stunden-Öffnungszeit der Wahllokale ausgleichen werden.

- d) Bei Zusammenlegung mit anderen Wahlen, zum Beispiel Bundestagswahl (26.9.2021), würde es darüber hinaus zu unterschiedlichen Endzeiten von Wahlzeiten kommen; Für Wähler nicht vermittelbar!
- e) Die physische Belastung der über 30.000 Wahlhelfer, viele in der Altersgruppe 60+, ist bei einer Landtagswahl unter Pandemiebedingungen durch eine zusätzliche Verlängerung der Wahlzeit um 2 Stunden extrem hoch (u.a. Mund-Nasen-Bedeckung, Desinfizieren, regelmäßiges Lüften der Wahlräume).

§ 4

¹Bei der Einrichtung der Wahlräume und für die Durchführung der Wahlhandlung haben die Gemeinden ein Infektionsschutzkonzept zu erstellen. ²Die Gesundheitsbehörden unterstützen die Gemeinden und die Wahlorgane bei der Erstellung der Infektionsschutzkonzepte. ³Die Wahlberechtigten haben in den Wahlräumen eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen. Die §§ 3 bis 5 der Zweiten Thüringer SARS-CoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vom 7. Juli 2020 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2020 (GVBl. S. 544), finden im Übrigen sinnngemäße Anwendung; eine Kontaktnachverfolgung findet nicht statt.

Zu den einzelnen Passagen der Ausführungen in § 4 nehme ich wie folgt Stellung:

Satz 2: „Die Gesundheitsbehörden unterstützen die Gemeinden und die Wahlorgane bei der Erstellung der Infektionsschutzkonzepte.“

Die Gesundheitsbehörden müssten rechtzeitig, das heißt meines Erachtens schon bei Auflösung des Thüringer Landtags den Gemeinden die Unterstützung zukommen lassen, da diese für eventuell noch zu tätigende Beschaffungsmaßnahmen (Materialien für Infektionsschutz) einen zeitlichen Vorlauf benötigen.

Bei dem im Infektionsschutzgesetz für ca. 3.000 örtlich unterschiedlich von der Infektion (Inzidenzen) betroffenen Urnen-/Briefwahlwahlbezirke, sind auch die im Wahlgesetz am Wahltag involvierten Gemeindeverwaltungen (Beantragung von Briefwahlunterlagen u.a. bei plötzlicher Erkrankung) zu berücksichtigen.

Es ist durch das Sozialministerium zu prüfen, ob auf Grund der Einheitlichkeit ein „Rahmeninfektionsschutzkonzept“ vorgegeben werden kann; welches nach den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten erweitert/angepasst werden sollte.

Des Weiteren ist es zwingend erforderlich, dass die bereits im I. Quartal 2021 zu erlassenden infektionsschutzrechtlichen Verordnungen und die mit der DS 7/2043 fixierten wahlrechtlichen Möglichkeiten aufeinander **abgestimmt** und **kompatibel** sind.

Dieser Sachverhalt gilt sowohl inhaltlich als auch unter territorialen Aspekten für die bereits ab Mitte Februar 2021 stattfindenden Wahlbewerberaufstellverfahren sowie für den ggf. zu ermöglichenden Urnenwählergang am 25. April 2021 trotz allgemeinen Beschränkungen in öffentlichen Räumen.

Ist der gesundheitlich wahlrechtliche Notstand festgestellt (siehe auch § 5), entfallen laut DS 7/2043 sämtliche Möglichkeiten einer Urnenwahl. Ein „Verändern“ dieser Festlegung durch Landkreise und kreisfreie Städte muss durch die Infektionsschutzverordnung ausgeschlossen werden.

zu § 4 Satz 3: „Die Wahlberechtigten haben in den Wahlräumen eine Mund-Nase-Bedeckung zu tragen.“

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Die Regelung zum Tragen des Mund-Nase-Bedeckung bezieht sich lediglich auf den Wahlraum und sollte zur Klarstellung, auch bezugnehmend auf § 3 der Änderung zum Wahlgesetz, auf die Örtlichkeit „...aus Platzgründen davor ...“ erweitert werden.

Eine Klarstellung, dass das Wählen ohne Mund-Nase-Bedeckung nicht gestattet wird, ausgenommen Wähler mit ärztlichem Attest (Vorzeigen ist Bedingung), sollte im Gesetzestext ausdrücklich erfolgen, damit das Hausrecht des Wahlvorstehers bei Verweisen rechtlich zweifelsfrei abgesichert ist.

Auch eine ggf. stattfindende Wahlbeobachtung durch Bürger muss mit Mund-Nase-Bedeckung abgesichert werden.

§ 5

(1) Im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands nach Beginn des Laufs der Frist des Artikels 50 Abs. 2 Satz 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen im gesamten Wahlgebiet, in einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises kann der Landesausschuss durch Beschluss anordnen, dass die Wahl in dem betreffenden Gebiet ausschließlich in der Form einer Briefwahl durchgeführt wird. Der Beschluss ist in entsprechender Anwendung der §§ 1 und 9 Verkündungsgesetz zu verkünden. Die Einrichtung von Briefwahllokalen ist ausgeschlossen; bereits eröffnete Briefwahllokale sind unverzüglich zu schließen. Die Unterlagen für die Briefwahl sind unverzüglich zu übersenden. Der Landeswahlleiter und die Kreiswahlleiter treffen die notwendigen organisatorischen Vorsorgemaßnahmen, eine solche Anordnung unverzüglich umzusetzen.

(2) Ein wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im gesamten Wahlgebiet, einem Wahlkreis oder in einem Teil eines Wahlkreises eine übertragbare Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes in der Bevölkerung so zahlreich oder in so schwerer Ausprägung auftritt oder aufzutreten droht, dass dadurch Gesundheit und Leben einer Vielzahl von Menschen auch unter Berücksichtigung der Infektionsschutzkonzepte ernsthaft gefährdet erscheint und es für die Wahlberechtigten unzumutbar ist, zum Zwecke der Stimmabgabe einen Wahlraum aufzusuchen. Ein Gesundheitsnotstand kann insbesondere vorliegen, wenn im Wahlgebiet oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art aufgrund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden untersagt worden sind.

(3) Der Landtag stellt den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest, wenn das gesamte Wahlgebiet betroffen ist. Im Übrigen stellt die Landesregierung im Einvernehmen mit dem für das Gesundheitswesen zuständigen Landtagsausschuss den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest. Das für den Gesundheitsschutz zuständige Ministerium bereitet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der infektionsepidemiologischen Auswertungen des Robert Koch-Institutes gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 3 Infektionsschutzgesetz die Entscheidung der Landesregierung vor. Die Entscheidung des Landtags geht der Entscheidung der Landesregierung vor. Über die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands sowie die wesentlichen Gründe der Entscheidung ist der Landeswahlleiter unverzüglich zu unterrichten.

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Im § 5 wird ein Kernpunkt des Gesetzesvorhabens angesprochen, welches sich in nachfolgende Aspekte strukturiert:

1. Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes und deren Kriterien
2. Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes
3. Briefwahl (Verfassungsrechtliche Bewertung, Voraussetzungen) und deren Anordnung (gesamt; partiell)
4. Organisatorische Erfordernisse, Zeitfenster und Kosten

zu Punkt 1. Definition des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes und deren Kriterien

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

In Absatz 2 wird für den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand beschrieben und ausgeführt, dass dieser vorliegen **kann**, wenn im Wahlgebiet (Thüringen) oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art aufgrund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden **untersagt** worden sind.

Wahlen, das ist eines der wesentlichen Grundsätze, müssen nach einheitlich gestalteten Vorgaben (Rahmenbedingungen) durchgeführt und transparent ausgestaltet werden, um 100-prozentige Rechtssicherheit sowie Transparenz zu gewährleisten und um jegliche Klagemöglichkeiten nach der Wahl auszuschließen bzw. auf ein vertretbares Maß zu minimieren. "Kann-Regeln" von Gesundheitsexperten fixiert, bieten hier meines Erachtens zu viel Interpretationsspielraum. Die nachfolgenden Entscheidungsträger (Thüringer Landtag, Thüringer Landesregierung mit

Landtagsausschuss) haben in Anbetracht des Zeitfensters (sehr, sehr kurze Zeit) kaum genügend Zeitressource. Diese Zeit fehlt bei dem überdies schon sehr eng terminierten Terminreglement der Vorbereitung einer vorgezogenen Landtagswahl. Bei unterschiedlichen COVID-19-Bewertungen von Land und Kommunen und deren einzuleitenden Folgemaßnahmen stellt sich zwangsläufig die Frage nach Vorrang und Kongruenz.

Eine, wenn möglich an eindeutigen Parametern festgelegte Vorgehensweise (z. B. Inzidenzhöhe → wenn erreicht, dann folgende Maßnahme), würde zum einen Transparenz schaffen sowie Probleme bei der Festlegung der Wahlrechtsfolge minimieren. Des Weiteren müssen klare Regelungen in der Fortschreibung der Corona-Regelung getroffen werden, ob im Fall von Beschränkungen des Verlassens der häuslichen Unterkunft der Wahlberechtigte **dennnoch** zur Abgabe der Stimme die Wahlräume aufsuchen darf (Ausnahmeregelung). Diese Regelung muss vom Land getroffen werden und ist durch die Gesundheitsämter vor Ort nicht mehr zu verändern.

Des Weiteren weise ich an dieser Stelle darauf hin, dass meines Wissens die Gesundheitsbehörden vor Ort ebenfalls noch gewisse Veränderungsmöglichkeiten in den Verordnungen nutzen, um regionale Anpassungen vorzunehmen. Meines Erachtens ist es daher zwingend notwendig in den Corona-Infektionsschutzverordnungen des Landes bzgl. der Durchführung von Wahlen eine vertretbare **Einheitlichkeit**, die sich in den inhaltlichen Ausführungen widerspiegelt (ggf. **separate Ausführung für Wahlen**), zu fixieren. Die Wahlorgane und Gemeinden benötigen zudem klare Rahmenbedingungen in einem machbaren Zeitfenster (siehe Ausführungen Punkt 3 und zu § 4 der DS 7/2043).

zu Punkt 2. Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes

Hierzu führe ich aus:

Gemäß dem Gesetzentwurf stellt

- a) der Thüringer Landtag für das gesamte Wahlgebiet
- b) die Landesregierung mit dem benannten Ausschuss des Thüringer Landtags für Teile des Wahlgebietes

den wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand fest.

Als beschließendes Gremium fungiert der Landeswahlausschuss (Wahlorgan); eine Anhörung von Gesundheitsexperten ist möglich. Der Beschluss wird durch Abstimmung der Mitglieder herbeigeführt und im Sitzungsprotokoll fixiert. Ein Verkünden des Beschlusses in Anwendung der §§ 1 und 9 Verkündungsgesetz halte ich für entbehrlich.

Bei der weiteren Verfahrensweise und Organisation zu einem wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand (gesamtes Wahlgebiet oder territorial begrenzt) ist der Aspekt des „Zeitpunktes des Eintretens“ entscheidend.

Hierbei sind, ausgehend vom Feststellungstermin, 3 Fallkonstrukte möglich:

1. Feststellungstermin bis zum 35. Tag vor der Wahl

Bei der Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes bis zum 35. Tag vor der Wahl erhalten alle betroffenen Wahlberechtigten die Briefwahlunterlagen zugesandt (von Amtswegen, das heißt ohne persönliche Beantragung). Alle Wahlberechtigten erhalten im Wählerverzeichnis den Sperrvermerk „W“ (Briefwahl).

2. Feststellungstermin nach dem 35. Tag vor der Wahl bis zum 5. Tag vor der Wahl

Bei einer Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 35. Tag vor der Wahl aber bis zum 5. Tag vor der Wahl, erhalten alle Wahlberechtigten des betreffenden Wahlgebietes von Amtswegen die Wahlbenachrichtigung, ausgenommen diejenigen, für die im Wählerverzeichnis durch den Eintrag des Sperrvermerks „W“ bereits ein Postversand der Briefwahlunterlagen erfolgt ist. Hierdurch wird ein doppelter Versand der Briefwahlunterlagen im bereits angelaufenen Briefwahlzeitraum ausgeschlossen.

3. Feststellungstermin nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag

Erfolgt die Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag, kann durch den zeitlichen Aspekt begründet (Versand, Postwegzeiten, u.a.) eine **Nachwahl** in den betreffenden Gemeinden des Wahlkreises terminiert werden. Den

Zeitpunkt der Nachwahl legt der Landeswahlausschuss fest. Eine Nachwahl für den gesamten Wahlkreis ist nicht erforderlich.

zu Punkt 3. Briefwahl (Voraussetzung, verfassungsrechtliche Bewertung) und deren Anordnung (gesamt, partiell)

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Das Umswitchen von Urnen- und Briefwahl auf ggf. nur Briefwahl kann nur die **letzte Möglichkeit** – Ultima Ratio – darstellen, um eine Wahl, unter Pandemiebedingungen bzw. im Katastrophenfall durchzuführen. Ich gehe davon aus, dass die vom Gesetzgeber angedachte Maßnahme (Briefwahanordnung von Amtswegen) nur auf die betreffenden Gemeinden abzielt und nicht auf den gesamten Wahlkreis. Sollte dies der Fall sein, mache ich darauf aufmerksam, dass innerhalb eines Wahlkreises unterschiedliche Wahlverfahren zum Einsatz kommen. Dieser Aspekt muss bei rechtlicher Bewertung der „nur Briefwahl“ Berücksichtigung finden.

Die Ausführungen in der Begründung zur Drucksache 7/2043

„... Die Antragsteller sind sich der verfassungsrechtlichen Dimension der hier vorgeschlagenen Regelung für den absoluten Ausnahmefall und als Ultima Ratio in einem Gesundheitsnotstand, der eine Wahl in einem Wahllokal grundsätzlich und absolut ausschließt, bewusst.“

werden aus der Sicht des Landeswahlleiters in der von den Antragstellern dargelegten Form, ebenfalls rechtlich so bewertet.

Die verfassungsrechtliche Dimension von „nur Briefwahl“, dass heißt dem Ausschluss einer Urnenwahlmöglichkeit, sollte meines Erachtens durch das Thüringer Verfassungsgericht mittels eines Normenkontrollverfahrens abschließend überprüft werden, da diese Thematik bereits bundesweit kontrovers bewertet wurde und immer noch wird. Hierbei wird auch zu bewerten sein, ob bei der vorgezogenen Landtagswahl in Thüringen durch die Festlegung des Wahltermins 25. April 2021 in Punkt 5 der Stabilitätsvereinbarung der Tatbestand der „Unaufschiebbarkeit“ (Abwägung, milderes Mittel) gegeben ist.

Bei regulär endenden Legislaturperioden ist diese Verfahrensweise, wie z. B. bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz oder Sachsen-Anhalt m.E. zwingend erforderlich, da die Verfassung keine Verlängerungsmöglichkeiten für Legislaturen vorsehen. Bei einer vorzeitigen Beendigung einer Wahl liegt dies in der Entscheidung des Thüringer Landtags (Auflösungsbeschluss). Ich bin mir sicher, dass dies durch die Mitglieder des Thüringer Landtags verantwortungsvoll, sachgerecht und der Corona-Situation angemessen bewertet wird.

Bei der verfassungsrechtlichen Bewertung von Briefwahlen verweise ich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (Entscheidung vom 9. Juli 2013, 2 BVC 7/10, juris-Rn. 13), welches im Kern wie folgt ausführt:

„Bei der Briefwahl ist die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen. Auch ist die Integrität der Wahl nicht gleichermaßen gewährleistet wie bei der Urnenwahl im Wahllokal. Die Zulassung der Briefwahl dient aber dem Ziel, eine möglichst umfassende Wahlbeteiligung zu erreichen und damit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl Rechnung zu tragen. Der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl stellt jedenfalls im Zusammenhang mit der Briefwahl eine zu den Grundsätzen der Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl gegenläufige verfassungsrechtliche Grundentscheidung dar, die grundsätzlich geeignet ist, Einschränkungen der anderen Grundentscheidungen der Verfassung zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang ist es zwar in erster Linie Sache des Gesetzgebers, bei der Ausgestaltung des Wahlrechts die kollidierenden Grundentscheidungen einem angemessenen Ausgleich zuzuführen. Dabei muss er jedoch dafür Sorge tragen, dass keiner der vor allem das Demokratieprinzip konkretisierenden Wahlrechtsgrundsätze unverhältnismäßig eingeschränkt wird oder in erheblichem Umsatz leer zu laufen droht. Das ist derzeit jedoch offenkundig nicht der Fall. Der Senat hat die Briefwahl daher wiederholt als verfassungsrechtlich gerechtfertigt angesehen.“

Die Grundsätze für demokratische Wahlen, u.a.:

- Allgemeinheit
- Freiheit
- Gleichheit
- Geheimheit

sind meines Erachtens bei der Briefwahl/nur Briefwahl als Ultima Ratio mit unterschiedlichen Ausprägungen/Abwägungen ganzheitlich zu bewerten.

Briefwahl zu Urnenwahl:

- Stärkung der Allgemeinheit (Wahlbeteiligung)
- wahrt Gleichheit der Wahl
- Integrität nicht im gleichen Maße gegeben
- Schwächung des Grundsatzes der Geheimheit (öffentliche Kontrolle fehlt).

Wie die Wichtung der Grundsätze in der vorliegenden Drucksache zu bewerten ist, sollte klar und nachvollziehbar ausgeführt werden.

Das Neutralitätsgebot als Landeswahlleiter gebietet mir in dieser rechtlichen Bewertung eine gewisse Zurückhaltung.

Anzumerken wäre an dieser Stelle, dass es bei den zurückliegenden Wahlen in Thüringen zu keinen ergebnisrelevanten Vorkommnissen bei der Briefwahl gekommen ist. Die Gemeindeverwaltungen und zuständigen Wahlorgane gingen bisher und werden auch bei zukünftigen Wahlen, sehr pflichtbewusst, akribisch und unter Beachtung aller im Wahlgesetz und der -ordnung fixierten Regularien mit der in den letzten Jahren gestiegenen Briefwahlmöglichkeit um.

Auch dem wahlrechtlichen Aspekt, dass der Stimmzettel persönlich gekennzeichnet wurde, ist mit der Erklärung an Eides Statt des Wählers auf dem Wahlschein gegeben.

„Ich versichere gegenüber dem Kreiswahlleiter/der Verwaltungsbehörde des Kreises/der mit der Durchführung der Briefwahl betrauten Gemeindebehörde an Eides statt, dass ich den beigefügten Stimmzettel persönlich als Hilfsperson⁴⁾ gemäß dem erklärten Willen des Wählers – gekennzeichnet habe.“ (Anlage 5 zu § 24 ThürLWO)

Vorschlag:

Ich rege überdies an, dass diese Erklärung an Eides Statt ggf. durch die Formulierung **„persönlich, ohne ausgeübten Zwang und unter Einhaltung des Wahlgeheimnisses“** erweitert wird.

Der Erhöhung der Sicherheit von Briefwahlen wurde in Thüringen darüber hinaus auch durch zahlreiche geeignete Maßnahmen in den Gemeinden, beim Transportdienstleister Deutsche Post und in den Wahlorganen u.a. durch die konsequente Durchsetzung des 4-Augen-Prinzips, von Schulungsmaßnahmen, der Nachweisführung, der sicheren Verwahrung von Wahlbriefen, der verstärkten Wahlbeobachtung u.a., besonderer Augenmerk gewidmet. Sämtliche gemeldete, äußerst wenige Vorkommnisse konnten im Vorfeld der Auszählung einvernehmlich geklärt werden. Hier handelte es sich größtenteils um Missverständnisse.

zu Punkt 4. Organisatorische Erfordernisse, Zeitfenster und Kosten

Zu diesem Punkt nehme ich wie folgt Stellung:

Ein Umswitchen von derzeitiger Urnen- und Briefwahl auf die Möglichkeit von nur Briefwahl im festgestellten Pandemie- und Katastrophenfall erfordert in den Gemeinden, neben einer organisatorischen Vorlaufzeit, auch einen hohen Personaleinsatz um die Arbeitsspitzen beim Briefwahlversand abzusichern. Des Weiteren müssen bei einer „nur Briefwahl“ höhere Bestellmengen, z. B. an Merkblättern und Transportumschlägen beschafft werden. In einem Rundschreiben an die Kreiswahlleiter habe ich zur Beschaffungsmöglichkeit/-verfahren bereits hingewiesen.

Zu den Kosten nehme ich wie folgt Stellung und verweise mit Bezug auf die Kostenkalkulation der möglichen Szenarien (II bis IV)

- | | | |
|------|--|------------|
| I. | Kosten Landtagswahl 2019 (Ist-Kosten, Vergleich) | → 2,5 Mio. |
| II. | Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl 2021 | → 3,3 Mio. |
| III. | Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl 2021 unter Pandemiebedingungen (incl. Umsetzung Hygienemaßnahmen) | → 4,8 Mio. |
| IV. | Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl unter Pandemiebedingungen mit 100 % Briefwahlversand | → 9,8 Mio. |

Im Einzelnen (Untersetzung):

I.	Kosten Landtagswahl 2019 Erstattungsbetrag	2,5 Mio. €
II.	Kosten für eine vorgezogene Landtagswahl <ul style="list-style-type: none"> abgerechnete Kosten LTW 2019 (Basis) zusätzliche Kosten für eine vorgezogene Landtagswahl (Zuschläge Stimmzettel, Material, zusätzliche Veröffentlichungen, etc.) Preissteigerung 2021 zu 2019 Im Haushaltsvoranschlag:	2,5 Mio. € 0,5 Mio. € 0,3 Mio. € 3,3 Mio. €
III.	Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl 2021 unter Pandemiebedingungen <ul style="list-style-type: none"> Kosten gemäß II. Hygienemaßnahmen bei 3.000 Brief-/Wahlbezirken und deren Gemeindeverwaltungen Kalkulationssatz: 3.000 x 500 €	3,3 Mio. € 500 € 1,5 Mio. € 4,8 Mio. €
IV.	Kosten einer vorgezogenen Landtagswahl unter Pandemiebedingungen mit 100 % Briefwahlversand <ul style="list-style-type: none"> Kosten gemäß Punkt III. zusätzliche Postgebühren für die Beförderung der Briefwahlunterlagen (a: Gemeinde zum Wähler b: Votum des Bürgers zur Gemeinde) - amtlicher Versand - a: 1,73 Mio. Wahlberechtigte x 1,45 € b: 1,73 Mio. Wahlberechtigte x 1,45 €	4,8 Mio. € 2,51 Mio. € 2,51 Mio. € 9,32 Mio. €

Artikel 2. § 8 Thüringer Landeswahlgesetz

"§ 8 - Wahlleiter und Wahlausschüsse

(1) Der Landeswahlleiter und sein Stellvertreter werden von der Landesregierung, die Kreiswahlleiter und ihre Stellvertreter vom für das Landtagswahlrecht zuständigen Ministerium berufen.

(2) Der Landeswahlausschuss besteht aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzendem oder im Falle seiner Verhinderung seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und acht von ihm zu berufenen Wahlberechtigten. Zwei Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt haben. Bei der Berufung der Wahl der übrigen Beisitzer sollen die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen angemessen berücksichtigt werden.

(3) Die übrigen Wahlausschüsse bestehen aus dem Wahlleiter und im Falle seiner Verhinderung seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und sechs von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern. Bei der Berufung der Beisitzer sollen die im Wahlgebiet vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen angemessen berücksichtigt werden.

(4) Der Landeswahlleiter und sein Stellvertreter erhalten, sofern sich aus beamtenrechtlichen Vorschriften kein entsprechender Anspruch ergibt, eine angemessene Aufwandsentschädigung sowie Reisekostenvergütung."

Zu Artikel 2, § 8 nehme ich wie folgt Stellung:

Absatz 1: keine Anmerkungen, Einverständnis

Absatz 2: Die Erweiterung des Landeswahlausschusses um 2 Belsitzer mit der Befähigung zum Richteramt begrüße ich ausdrücklich, da sich diese Erweiterung schon bei der Europa- und Bundestagswahl bewährt hat. Ich bitte jedoch zu prüfen, ob eine Konkretisierung analog des Bundes vorgenommen werden und **2 Richter des Oberverwaltungsgerichtes** im Gesetzestext (Änderungshinweis) erfolgen sollte. Im Zulassungsverfahren handelt es sich um die **Thematik des Verwaltungsrechts**.

Auch eine explizit benannte Besetzung in Richtung

1 Richter am Verfassungsgericht

1 Richter vom Oberverwaltungsgericht

wäre denkbar. Eine Formulierung gemäß den Regelungen des Bundes (2 Verwaltungsrichter) wäre meines Erachtens jedoch wünschenswert.

Absatz 3: keine Anmerkung, Einverständnis

Absatz 4: keine Anmerkung, Einverständnis

§ 72 Absatz 4 (Anfügung)

"(4) Das für Wahlrecht zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen und Abweichungen der Parteien von entgegenstehenden Bestimmungen ihrer Satzungen zuzulassen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen, soweit erforderlich, zu ermöglichen, wenn der Landtag zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor dem Beginn des nach Artikel 50 Abs. 1 Satz 2 Verfassung des Freistaats Thüringen bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist. Stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Landtags unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlussfähig, so entscheidet der nach § 55 gebildete Ausschuss über die Feststellung. Durch Rechtsverordnung nach Satz 1 können Regelungen getroffen werden, die den Parteien für die Wahl bei Vorliegen der in Satz 1 genannten Umstände eine Abweichung von den entgegenstehenden Bestimmungen dieses Gesetzes, der Thüringer Landeswahlordnung und, sofern eine Satzungsänderung wegen der in Satz 1 genannten Umstände und der in diesem Gesetz und der Thüringer Landeswahlordnung bestimmten Fristen und Termine nicht mehr rechtzeitig möglich ist, ihrer Satzungen ermöglichen, insbesondere

- 1. um die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen unter Verringerung der satzungsmäßigen Zahl der Vertreter in der Vertreterversammlung oder anstatt durch eine Mitgliederversammlung durch eine Vertreterversammlung durchführen zu können,*
- 2. um Mitglieder- oder Vertreterversammlungen in der Form mehrerer miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchführen zu können,*
- 3. um die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts, des Vorstellungsrechts und der sonstigen Mitgliederrechte mit Ausnahme der Schlussabstimmung über einen Wahlvorschlag ausschließlich oder zusätzlich im Wege elektronischer Kommunikation ermöglichen zu können,*
- 4. um die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen im Wege der Briefwahl oder einer Kombination aus Urnenwahl und Briefwahl durchführen zu können."*

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Jede Partei hat Regeln zum Bewerberaufstellungsverfahren, zu Einladungsfristen sowie Abstimmmodalitäten in ihren Satzungen fixiert. Diese Regelungen sind zwar unterschiedlich ausgestaltet, müssen jedoch den Anforderungen von Vereins-, Parteien- und Verfassungsrecht entsprechen.

Das für Wahlrecht zuständige Ministerium wird in der Anfügung (Abs. 4) zum § 72 Thüringer Landeswahlgesetz ermächtigt, per Rechtsverordnung im Fall höherer Gewalt oder Naturkatastrophen, abweichende Regelungen zu treffen.

Die Anhörung bzw. Stellungnahmen der Parteien werden zeigen, ob aus ihrer Sicht auf Grund der Unterschiedlichkeiten in den Satzungen noch weitere Ergänzungen nötig sind. Aus Sicht der Wahlorganisation bedarf es keine weiteren Ergänzungen.

Eine abschließende redaktionelle Anmerkung:

- „(4) ... Fristen und Termine nicht mehr rechtzeitig möglich ist, Ihre Satzungen...“ (ein „r“ fehlt beim Wort „Ihrer“ im Entwurf)
- „4. um die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern ...“ (das Wort „und“ fehlt im Entwurf)

Artikel 3 Änderung der Thüringer Landeswahlordnung

§ 56 Schluss der Wahlhandlung

Sobald die Wahlzeit abgelaufen ist, wird dies vom Wahlvorsteher bekannt gegeben. Von da ab sind nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zuzulassen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder aus Platzgründen davor befinden. Nach Ablauf der Wahlzeit eintreffenden Personen ist der Zutritt zur Stimmabgabe zu sperren. Nachdem die vor Ablauf der Wahlzeit erschienenen Wähler ihre Stimme abgegeben haben, erklärt der Wahlvorsteher die Wahlhandlung für geschlossen.“

Hierzu nehme ich wie folgt Stellung:

Die Regelung wird von allen Wahlorganen begrüßt, da diese der Klarheit in den Wahlvorständen dient und mit dem Wahlrecht auf Bundesebene synchronisiert wurde.

Artikel 4 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Artikel 1 tritt am 1. Januar 2021 in Kraft. Er tritt mit Ablauf des 31. Dezembers 2021 außer Kraft.

(2) Artikel 2 und 3 treten am 1. Januar 2021 in Kraft.

Das Inkrafttreten (1. Januar 2021) ist den aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Gestatten Sie mir abschließend noch einige Aspekte aus wahlorganisatorischer Sicht, welche ich aus zahlreichen Gesprächen und Stellungnahmen der Kreis- und Gemeindewahlleiter entnommen habe und darlegen möchte.

1. Wahlhelfergewinnung

Zur Absicherung der Landtagswahl werden am Wahltag ca. 30.000 ehrenamtliche Wahlhelfer im Einsatz sein. Ca. 40 % der Wahlhelfer waren bei zurückliegenden Wahlen in der Altersgruppe 60+ oder gehörten einer sogenannten Risikogruppe an. Die Wahlhelfergewinnung dürfte sich unter Pandemiebedingungen weitaus schwieriger gestalten, da ein Einsatz der älteren Gruppen, bei einer Einsatzzeit von mindestens 10 Stunden, primär nicht gegeben sein wird.

In einer weiteren Verpflichtung von Beamten und Angestellten des Landes und der Kommunen sehe ich eine wesentliche Komponente, um diese Ausfälle zu kompensieren. Neugewonnene Wahlhelfer sind umfangreich auf den Einsatz vorzubereiten (Schulungsmaßnahmen). Eine kostenfreie Coronatestung, das Bereitstellen von zwei FFP2-Masken, ein zusätzlicher Bonus zum Erfrischungsgeld sowie die vollumfängliche versicherungstechnische Absicherung im Schadensfall (Haftungsfrage) sind ebenfalls geboten.

2. Bereitstellung von Wahlräumen durch die Gemeindeverwaltungen

Zur Absicherung einer Wahl werden ca. 3.000 Lokationen (Urnen-, Briefwahllokale) benötigt. Bei der Bewertung der Durchführbarkeit muss zwingend auch die **Raumgröße/-kapazität unter pandemischen Aspekten** Berücksichtigung finden.

Der Wahlvorstand besteht aus bis zu 9 ehrenamtlich tätigen Bürgern. Setzt man, wie in der Vergangenheit bei COVID-Verordnungen bereits praktiziert, bestimmte Vorgaben, zum Beispiel 10 m²/Person in öffentlichen Räumen an, so müssten für den Wahltag Wahlräume von den Gemeinden bereitgestellt werden, die unter Umständen, nach Informationen der Kreiswahlleiter, tatsächlich nicht bereitgestellt werden könnten. Zusätzliche Mietkosten für nichtöffentliche Lokationen wären die Folge.

§ 42 ThürLWO macht hierzu folgende Aussagen:

„§ 42 Wahlräume

- (1) Die Gemeinde bestimmt für jeden Wahlbezirk einen Wahlraum. **Soweit möglich**, stellen die Gemeinden **Wahlräume in Gemeindegebäuden** zur Verfügung. Die Wahlräume sollen nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere behinderten und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung die Teilnahme an der Wahl **möglichst erleichtert** wird. Die Gemeinden teilen frühzeitig und in geeigneter Weise mit, welche Wahlräume **barrierefrei sind**.

Das Wahlgesetz schreibt Wahlbeobachtung vor, dass die **Auszählung öffentlich** ist; Wahlbeobachter sind somit erwünscht und rechtlich zugelassen.

Ich verweise vorsorglich darauf hin, dass hier, auf Grund der **Größe von Wahlräumen**, ein schon jetzt vorhersehbares Konfliktpotenzial in Verbindung mit den Infektionsschutzregeln vorprogrammiert sein könnte.

Ich halte Klarstellungen in der Thüringer Landeswahlordnung für hilfreich, um unnötigen Diskussionen bzw. Vorfällen entgegenzutreten (Abstandsregeln, Meterzahl zu Wahlischen, Begrenzung).

Mit freundlichen Grüßen

Landeswahlleiter

Anlage 1: Beantwortung der Fragen der Fraktionen

Anlage 2: Stellungnahmen der Kreiswahlleiter

Anlage 3: Gesetzesänderung Bund, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt

Erfurt, den 13. Januar 2021

Stellungnahmen Drucksache 7/2043

„Gesetzentwurf

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“

Fragestellungen der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Halten sie die Vorschläge im Gesetz für geeignet, um die rechtsstaatliche Integrität der Wahlhandlung und der Wahlvorbereitung unter Wahrung der allgemeinen Wahlgrundsätze möglichst auch unter den Bedingungen einer Pandemiesituation im Falle vorgezogener Neuwahlen in Thüringen zu wahren und Wahlen zu ermöglichen?

Ja, unter Berücksichtigung der vorangestellten Änderungen und der klaren Bewertung der Höhe der Inzidenzen sowie deren Folgen für den Wahlablauf. Das Flankieren der gesetzlichen Regelungen durch das eidesstattliche Bestätigen der Parteien (neu zu entwickelnde/modifizierende Anlagen zur ThürLWO) im Wahlbewerbaufstellverfahren schafft weitere Rechtssicherheit im kleinen Zeitfenster des Zulassungsverfahrens.

2. Wie bewerten sie das im Artikel 1 § 5 des Gesetzentwurfs vorgeschlagene Verfahren zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl als Ultima Ratio, wenn aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen die Wählerinnen und Wähler in dem betroffenen Gebiet ihr Wahlrecht nicht oder nur in unzumutbarer Weise ausüben könnten, vor dem Hintergrund der Wahlgrundsätze und der Pandemiesituation?

Das vorgeschlagene Verfahren halte ich für praktikabel aber auch organisatorisch und rechtlich teilweise risikobehaftet. Als Voraussetzung verweise ich jedoch auf meinen hierzu eingebrachten Änderungsvorschlag, insbesondere auf das rechtzeitige Feststellen des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes (Zeitpunkt vor Ziehung des Wählerverzeichnisses wäre die wahlorganisatorisch sicherste Vorgehensweise).

Die rechtliche Bewertung der Zulässigkeit von ausschließlicher Briefwahlmöglichkeit (Versenden der Briefwahlunterlagen ohne Beantragung, das heißt von Amtswegen) sollte meines Erachtens jedoch abschließend und rechtssicher geklärt sein. Die Anhörung dient dieser Zielstellung. Auch eine Prüfung mittels Normenkontrollverfahren beim Thüringer Verfassungsgericht wäre wünschenswert um eine abschließende rechtliche Bewertung der sehr komplexen Thematik herbeizuführen.

3. Wie betrachten sie die in Artikel 1 § 2 Abs. 3 vorgesehene Ermöglichung für Parteien in der gegenwärtigen Situation, unabhängig bestehender Satzungsregelungen in Briefwahlen oder in elektronischen Wahlverfahren mit einer abschließenden Briefwahl Wahlbewerber zu wählen, und die hierzu vorgeschlagene Regelung?

Die eingebrachte Regelung wird erstmalig meines Wissens in Deutschland bei einer Landtagswahl praktiziert. Es existieren keinerlei Erfahrungen. Da es sich **zudem** in Thüringen um eine vorgezogene Landtagswahl handelt und die Vorbereitungszeiten im Aufstellverfahren sich von regulär 1,5 Jahren auf ca. 1 Monat verkürzen, dürfte dies für die Parteien eine sehr hohe organisatorische Herausforderung und damit ein gewisses Risiko bedeuten. Die Einschätzung bzgl. der Machbarkeit und Umsetzung sollten die Parteien in eigener Angelegenheit per Stellungnahme zum Gesetzentwurf vornehmen. An dieser Stelle verweise ich auf die Ausführungen meiner Stellungnahme, in der ich es für zwingend geboten halte in der Landeswahlordnung ein Formblatt vorzugeben, in dem

alle Möglichkeiten der Durchführung der Aufstellverfahren benannt, zutreffende eidesstattlich bestätigt und als Unterlage zu den Bewerberaufstellungen dem Kreis- bzw. Landeswahlausschuss vorgelegt werden muss. Eine Einheitlichkeit im Vorgehen mittels einer Anlage zur ThürLWO ist zwingend erforderlich, da die Zulassung sämtlicher Parteien nach einem einheitlichen und transparenten Verfahren unter großem Zeitdruck vollzogen wird.

Ich mache an dieser Stelle darüber hinaus aufmerksam, dass nach einer getroffenen Entscheidung des Landeswahlausschusses entsprechende Rechtsmittel durch die jeweiligen Parteien erst nach der Wahl eingelegt werden können.

4. **Sind vom Direktwahlprinzip abweichende Verfahren bei der Kandidatenaufstellung angesichts der 70-Tage-Frist des Art. 50 Abs. 2 Satz 2 ThürVerf zeitlich realisierbar?**

Da mit einer Verabschiedung des Gesetzes (Anfang Februar 2021) erst kurz vor einer möglichen Auflösung des Thüringer Landtags (Mitte Februar 2021) gerechnet werden kann, verbleiben den Parteien nur wenige Tage um sich auf die vorgeschlagenen Verfahren bzgl. Kandidatenaufstellung organisatorisch einzustellen.

Bei Landtagswahlen, die auf regulär endenden Legislaturperioden basieren, ist der organisatorische Vorlauf größer und die Unwägbarkeiten bei der Umsetzung kleiner.

Die Umsetzbarkeit bei einem voraussichtlich möglichen Wahltermin am 25. April 2021 ist von den betroffenen Parteien einzuschätzen. Die Bewertung durch den Landeswahlleiter ist auf Grund der unterschiedlichen Satzungen und Organisationsstrukturen sowie Mitgliederzahlen nicht möglich. Die Bewertung im Zulassungsverfahren durch eine noch zu erstellende Anlage in der ThürLWO (siehe Frage 3) muss zwingend gegeben sein. Verantwortlich für die Erstellung der Anlage ist der Gesetzgeber.

5. **Halten sie die in Artikel 1 § 2 Absatz 1 vorgesehene Absenkung der Unterschriftenquoten auf 50 vom Hundert für ausreichend, um Parteien die zu gewährende Chancengleichheit zu garantieren, an einer vorzeitigen Wahl mit verkürzten Fristen und unter den Bedingungen der Pandemie teilnehmen zu können?**

Ich halte das Absenken der Unterschriftenquoten für zwingend erforderlich um bei verkürzten Fristen eine Chancengleichheit im Bewerberaufstellverfahren zu erreichen.

Das Absenken der Unterstützungsunterschriften für vorgezogene Landtagswahlen auf zum Beispiel 50 % sollte, wie in anderen Bundesländern bereits praktiziert, im Landeswahlgesetz festgeschrieben werden. Über die Höhe der Prozentsätze hat zuständigkeitshalber der Gesetzgeber zu befinden. Hierbei sind beide Faktoren (verkürzte Fristen und Pandemie) zu berücksichtigen. Für die Wahlkreisausschüsse und den Landeswahlausschuss sind dies lediglich Prüfkriterien im Zulassungsverfahren.

6. **Halten Sie über die im Gesetzentwurf verankerten Absenkungen der Unterschriftenquoten für Wahlvorschläge i.S.d. § 22 Abs. 2 ThürLWG hinaus eine Absenkung für das Unterschriftenquorum in den Fällen des § 22 Abs. 3 ThürLWG für geboten und wenn ja, in welcher Weise?**

ja, hier verweise ich auf die Antwort in meiner Stellungnahme.

Fragestellungen der Fraktion der AfD

1. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Freiheit der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?
2. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?
3. Welche Manipulationsmöglichkeiten sehen Sie hinsichtlich des Grundsatzes der Geheimhaltung der Wahl bei der Briefwahl im Gegensatz zu einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal?

Zu den Fragen 1 bis 3 nehme ich wie folgt Stellung:

Manipulationsmöglichkeiten bei Wahlen sind durch hohe kriminelle Energie sowohl bei Urnen- als auch bei Briefwahl grundsätzlich möglich.

In Thüringen sind in den zurückliegenden 30 Jahren derartige Vorfälle nicht vorgekommen.

Durch geeignete organisatorische Maßnahmen wird derartigen Vorgängen entgegengetreten. Die über 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer haben stets die verantwortungsvolle Aufgabe sehr professionell wahrgenommen. Schon bei der Zusammensetzung der Wahlvorstände wird auf Ausgewogenheit (Bürger des öffentlichen Dienstes, Privatwirtschaft, Parteien, Altersstruktur) streng geachtet. Vorgelagerte Schulungsmaßnahmen dienen dazu wahlrechtliches Wissen zu vermitteln und auch Fragestellungen zur Sicherheit der Briefwahl zu thematisieren. Sämtliche ehrenamtliche Wahlhelfer werden darüber hinaus belehrt und verpflichtet. Zu den Manipulationsmöglichkeiten hinsichtlich des Grundsatzes der

- a) Freiheit
- b) Gleichheit
- c) Geheimhaltung

bei der Briefwahl im Gegensatz einer Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal nehme ich wie folgt Stellung:

Bei der Bewertung der Manipulationsmöglichkeiten bei der Briefwahl ist zunächst auf die verschiedenen, vom Gesetzgeber vorgesehenen Varianten zu verweisen:

- (1) Briefwahl in der Wohnung und Versand der Briefwahlunterlagen per Postweg oder direkte Abgabe bei der Gemeinde
- (2) Briefwahl bei der Gemeindeverwaltung (direkt, unter öffentlicher Kontrolle, identisches Verfahren analog Urnenwahl)

Die Variante 2 ist vom Verfahren und damit von den Manipulationsmöglichkeiten her identisch mit der Stimmabgabe in einem öffentlichen Wahllokal und unterscheidet sich lediglich bei dem Kriterium „Zeitpunkt des Votums“. Da, insbesondere in größeren Städten, die Briefwahlmöglichkeit bei der Gemeindeverwaltung sehr intensiv genutzt wird, sehe ich beim überwiegenden Teil der Briefwahl zur Urnenwahl sicherheitstechnisch und bezüglich in den Fragen 1 – 3 angesprochenen Grundsätze

- Freiheit
- Gleichheit
- Geheimhaltung

keinerlei Unterschiede. Da auch die Auszählung und die separate Ausweisung der Briefwahlergebnisse durch einen Briefwahlvorstand öffentlich erfolgt, sehe ich die weiteren Wahlrechtsgrundsätze vollumfänglich gewahrt.

Bei der Bewertung von Manipulationsmöglichkeiten zur Variante 1) „Kennzeichnung der Stimmzettel in der Wohnung und Versand der Briefwahlunterlagen per Postweg oder direkte Abgabe bei der Gemeinde und sichere Verwahrung“ verweise ich auf die hierzu getroffenen zusätzlichen Maßnahmen, insbesondere auf die Eidesstattliche Erklärung des Wählers, in der er bestätigt (Anlage 5 zu § 24 ThürLWO):

„Ich versichere gegenüber dem Kreiswahlleiter/der Verwaltungsbehörde des Kreises/der mit der Durchführung der Briefwahl betrauten Gemeindebehörde an Eides statt, dass ich den beigefügten Stimmzettel persönlich als Hilfsperson⁴⁾ gemäß dem erklärten Willen des Wählers – gekennzeichnet habe.“

In meiner Stellungnahme habe ich des Weiteren angeregt, dass **alle Grundsätze** einer Wahl

- Allgemeinheit
- Freiheit
- Gleichheit
- Geheimhaltung

durch **Ergänzung des Textes auf dem Wahlschein durch den Wähler eidesstattlich** zu bestätigen sind und damit die Sicherheit der Briefwahl erhöht wird.

Vorschlag: ... persönlich, ohne ausgeübten Zwang und unter Einhaltung des Wahlgeheimnisses ...

Weitere konstruktive Vorschläge der Fraktionen sollten in der Novellierung ihren Niederschlag finden um noch rechtzeitig vor der Landtagswahl von den Wahlorganen umgesetzt werden.

Abschließend verweise ich nochmals auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Juli 2013, 2 BVC 7/10, juris-Rn. 13 in dem unter Abwägung aller Kriterien die Briefwahl – auch ohne Angaben von Gründen – verfassungsrechtlich gerechtfertigt angesehen wird. Grundsätzliche Unterschiede der Briefwahl zur Urnenwahl:

- Stärkung der Allgemeinheit (Wahlbeteiligung)
- wahrt Gleichheit der Wahl
- Integrität nicht im gleichen Maße gegeben
- Schwächung des Grundsatzes der Geheimheit (öffentliche Kontrolle fehlt).

Wie die Wichtung der Grundsätze in der vorliegenden Drucksache zu bewerten ist, sollte klar und nachvollziehbar ausgeführt werden.

Das Neutralitätsgebot als Landeswahlleiter gebietet mir in dieser rechtlichen Bewertung eine gewisse Zurückhaltung.

4. In Niedersachsen sind bei einer Kommunalwahl 2016 Migranten mit geringfügigen Deutschkenntnissen von Kommunalpolitikern aufgefordert worden, Briefwahlunterlagen anzufordern. Die Politiker füllten die Stimmzettel aus und fälschten die Unterschriften. Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass die Unterlagen für die Briefwahl blanko weitergegeben werden können oder unbefugt ausgefüllt werden?

In Thüringen sind derartige Vorkommnisse nicht bekannt.

Die Fragestellung bezieht sich überdies auf Vorkommnisse bei einer Kommunalwahl eines anderen Bundeslandes, die mit der Gesetzgebung einer Landtagswahl in Thüringen nicht vergleichbar sind, da schon beim Ziehen des Wählerverzeichnisses unterschiedliche Voraussetzungen der Wahlberechtigten fixiert sind.

In § 13 ThürLWG heißt es:

**„§ 13
Wahlrecht**

Wahlberechtigt sind alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, die am Wahltag

1. das 18. Lebensjahr vollendet haben,
2. seit mindestens drei Monaten im Wahlgebiet ihren Wohnsitz haben oder sich dort gewöhnlich aufhalten,
3. nicht nach § 14 vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Eine Beantragung durch einen in der Fragestellung fixierten Personenkreis hätte somit keinerlei Chance auf Wahlteilnahme, da nicht im Wählerverzeichnis aufgeführt (bei Kommunalwahl ggf. in Niedersachsen möglich). Rechtlich bewertet handelt es sich bei dem geschilderten Fall aus Niedersachsen zur Kommunalwahl 2016 um ein kriminelles Vergehen und muss gerichtlich verfolgt werden.

5. **Im Gegensatz zum Wahllokal wacht bei der Wahl in der eigenen Wohnung niemand über die Einhaltung des Wahlgeheimnisses. Wie schätzen Sie das Risiko einer Beeinflussung durch Andere ein, zum Beispiel, dass Druck auf den Wähler ausgeübt wird oder der Wähler für die Stimmabgabe eine Geldleistung erhält?**

Hierzu verweise ich auf vorangegangene Ausführungen (Antwort zu Frage 1 bis 3), die Stellungnahme und meinen Vorschlag zur Ergänzung der eidesstattlichen Erklärung auf dem Wahlschein.

6. **Kurz nach der Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2011 wurde im Hausmüll eines Wohnblocks 379 ausgefüllte Stimmzettel in roten Wahlbrief-Umschlägen gefunden. Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass ausgefüllte Briefwahlumschläge auf dem Postweg oder bei der Aufbewahrung in der Gemeinde geändert oder zerstört werden oder nicht dort eintreffen?**

In Thüringen sind derartige Vorkommnisse nicht bekannt.

Ob es sich bei dem geschilderten Vorgang um Wahlunterlagen, die ggf. für Schulungen verwendet wurden handelte und danach nicht ordnungsgemäß entsorgt wurden, schließe ich daher auch nicht aus.

Das Risiko, dass ausgefüllte Briefwahlunterlagen geändert oder zerstört werden könnten oder dort nicht eintreffen, halte ich auf Grund der getroffenen Maßnahmen für äußerst unwahrscheinlich. Sämtliche, die Briefwahl betreffenden Vorkommnisse werden in Thüringen stets mit hoher Priorität geklärt.

7. **Wie schätzen Sie das Risiko ein, dass in Wahllokalen Stimmen falsch - bewusst oder unbewusst - ausgezählt werden?**

Durch eine Vielzahl von Maßnahmen, wie u.a.

- Plausibilitätsprüfungen (manuell, maschinell)
- Dokumentation des gesamten Wahlvorgangs und Ergebniserhebungprozesses
- öffentliche Auszählung;
- Kontrolle durch Wahlbeobachtung, Transparenz
- Kontrolle durch ein durchgängiges 4-Augen-Prinzip
- Kontrolle nach Abgabe der Wahllokalergebnisse auf Plausibilität unter anderem durch Wahlkreisausschüsse, Landeswahlausschuss und aufmerksame Begleitung von Wahlaktivitäten durch Parteien

wird das Risiko nahezu ausgeschlossen: Bei Zweifel am Ergebnis (- Gründe müssen benannt werden -) erfolgt, laut gesetzlichen Vorgaben, eine Neuauszählung. Bisher angeordnete Neuauszählungen waren in Thüringen nicht Ergebnis-/Sitzrelevant und hatten zum Teil keinen substanziellen Hintergrund (Fake-Beschwerden, Missverständnisse). Darüber hinaus werden derartige Vorkommnisse bzw. Beschwerden in den Wahlausschüssen thematisiert. So wurde beispielsweise bei der Landtagswahl 2019 in Thüringen Wahlkreis für Wahlkreis im Landeswahlausschuss abgearbeitet und sämtliche eingegangenen Beschwerden (häufig erwiesene Fake-E-Mails mit nicht existenten Adressen) in öffentlicher Sitzung beraten. Die Feststellung des amtlichen Ergebnisses erfolgt erst nach Abschluss der Bearbeitung der vorliegenden Beschwerden.

Fragestellungen der Fraktion der CDU:

1. Wie beurteilen Sie die Durchführbarkeit einer vorgezogenen Landtagswahl nach Maßgabe des Gesetzentwurfs?

Die Durchführbarkeit einer vorgezogenen Landtagswahl ist nach dem Terminreglement der „Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Landeswahlgesetz und in der Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Thüringer Landtags“ praktikabel. Da sich der in Thüringen festgeschriebene Zeitablauf mit anderen Bundesländern „deckungsgleich“ darstellt und auch schon in Thüringen eine vorgezogene Bundestagswahl ohne organisatorische Probleme durchgeführt wurde, ist die Durchführbarkeit gegeben.

Dabei ist jedoch stets auch der hohe Aufwand in einem sehr kleinen Zeitfenster zu berücksichtigen, der nur durch großen personellen Einsatz in den Parteien, Gemeinden und Wahlorganen bewerkstelligt werden kann. Die Fehleranfälligkeit ist bei vorgezogenen Wahlen höher, im Vergleich zu Wahlen mit regulär endenden Legislaturperioden. Wird eine vorgezogene Landtagswahl **darüber hinaus** unter Corona-Bedingungen durchgeführt, potenzieren sich die Aufwendungen und damit das Risikopotenzial. Erfahrungswerte, auf denen man aufbauen könnte, liegen in Deutschland nicht vor. Im vorliegenden Entwurf wurden alle Aspekte:

- (1) das Aufstellverfahren der Wahlbewerber
- (2) das Absenken von Quoren im Zulassungsverfahren
- (3) das Schaffen von Möglichkeiten der Wahrnehmung des Wahlrechts auch unter Pandemiebedingungen (Briefwahl)
- (4) den Schutz von Leib und Leben der Wähler, der Bediensteten im kommunalen Bereich, der Wahlorgane sowie der über 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer

gesetzestechisch meines Erachtens umfänglich berücksichtigt. Der vorliegende Gesetzentwurf ist damit eine gute Grundlage für eine weitere Diskussion der sehr komplexen Thematik „vorgezogene Wahlen unter Corona-Bedingungen“.

Ob alle 4 Aspekte rechtskonform, getragen durch eine breite Mehrheit des Parlaments, verabschiedet werden, bleibt abzuwarten.

Insbesondere Punkt (3) (flächendeckende Briefwahl) sollte meines Erachtens rechtssicher ausgestaltet sein (Überprüfung mittels Normenkontrollverfahren des Thüringer Verfassungsgerichts) um späteren Anfechtungen einer bereits durchgeführten Landtagswahl entgegenzutreten.

Rechtssicherheit und den unter Punkt (4) aufgeführten Schutz der Bürger sollten höchste Priorität bei der Bewertung eingeräumt werden.

Unter Bezugnahme auf meine eingebrachten Änderungsvorschläge halte ich in Abhängigkeit der Situation! (Inzidenzen) die fixierten Novellierungsvorschläge für wahlorganisatorisch umsetzbar, bergen jedoch durch das Zusammentreffen mehrerer Faktoren

- verkürzte Fristen
- Corona-Pandemie (Schutz von Leib und Leben)
- Rechtssicherheit
- Kosten

zum Teil ein gewisses situationsbedingtes Risikopotenzial.

Die endgültige Entscheidung zur Auflösung des Parlaments und damit zum Wahltermin trifft gemäß Thüringer Verfassung das Parlament nach Abwägung aller Begleitumstände.

2. Wie beurteilen Sie die Akquise und fachgerechte Schulungsmöglichkeit von Wahlhelfern und Wahlorganen zur Umsetzung der Regeln des Gesetzentwurfes?

Hierzu verweise ich auf die Schlussbemerkungen meiner Stellungnahme:

1. Wahlhelfergewinnung

Zur Absicherung der Landtagswahl werden am Wahltag ca. 30.000 ehrenamtliche Wahlhelfer im Einsatz sein. Ca. 40 % der Wahlhelfer waren bei zurückliegenden Wahlen in der Altersgruppe 60+ oder gehörten einer sogenannten Risikogruppe an. Die Wahlhelfergewinnung dürfte sich unter Pandemiebedingungen weitaus schwieriger gestalten, da ein Einsatz der älteren Gruppen, bei einer Einsatzzeit von mindestens 10 Stunden, **primär** nicht anzustreben und durchsetzbar ist.

In einer weiteren Verpflichtung von Beamten und Angestellten des Landes und der Kommunen sehe ich eine wesentliche Komponente, um diese Ausfälle zu kompensieren. Neugewonnene Wahlhelfer sind umfangreich auf den Einsatz vorzubereiten (Schulungsmaßnahmen). Eine kostenfreie Coronatestung, das Bereitstellen von zwei FFP2-Masken, ein zusätzlicher Bonus zum Erfrischungsgeld sowie die vollumfängliche versicherungstechnische Absicherung im Schadensfall (Haftungsfrage) sind ebenfalls zwingend geboten.

3. Besteht Klärungsbedarf im Hinblick auf die Verantwortlichkeit und die Haftungsfrage für infektionsrelevante Vorfälle in den Wahllokalen, zumal die Verantwortung für die Infektionsschutzkonzepte nach dem Gesetzentwurf den Gemeinden auferlegt wird?

Die Haftungsfrage sollte, wie in meiner Stellungnahme beschrieben, ebenfalls in geeigneter Form geklärt werden. Dies betrifft insbesondere die im Einsatz befindlichen 30.000 ehrenamtlichen Helfer, die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltungen und Wahlorgane. Regelungen zu möglichen Verdienstaufschlägen und Spätfolgen bei nachweislicher Infektion bei ehrenamtlicher Tätigkeit am Wahltag sind rechtlich zu bewerten und vorab zu klären. Anfragen hierzu liegen bereits aus den Kommunen vor.

4. Könnte bei einem Infektionsgeschehen in einem Wahllokal eine erfolgreiche Kontaktnachverfolgung durchgeführt werden? Welche Folgen hat eine erfolglose Kontaktnachverfolgung?

Kontaktnachverfolgungen sind in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht vorgesehen, wären aber m.E. mit vertretbarem Aufwand organisatorisch machbar.

Statt der Kennzeichnung für ein erfolgreiches Votum per Urnenwahl (i.d.R. durch Abhaken im Wählerverzeichnis) wäre das Eintragen der Uhrzeit möglich, um eine Kontaktnachverfol-

gung zeitlich einzugrenzen. Da die Erreichbarkeit des Bürgers (Adresse) in der Gemeinde bekannt ist, dürfte dies für die Gesundheitsämter eine wichtige Quelle im Bedarfsfall darstellen.

Datenschutzrechtliche Bedenken hätte ich nach erster Prüfung nicht, da es verfahrenstechnisch der bereits praktizierten Verfahrensweise im 1. Lockdown identisch ist. Die Wählerverzeichnisse sind gemäß § 85 Absatz 2 ThürLWO nach Ablauf von 6 Monaten nach der Wahl zu vernichten.

5. **Besteht Klärungsbedarf im Hinblick auf den Ausgleich von Sonderkosten, bspw. zur Einhaltung der Infektionsschutzvorgaben wie zum Beispiel laufende Reinigung aller Kontaktflächen nach jeder Benutzung der Wahlkabine, Einwegschreibgeräte, Plexiglasschutz der Wahlhelfer, etc., zur Umsetzung des im Gesetzentwurf vorgesehenen Mehraufwands, zur Deckung der weiteren erhöhten Reinigungskosten und eventueller Haftungsfreistellungen?**

Ich gehe davon aus, dass sämtliche o.a. Kostenerstattungen durch das Land getragen werden. Die entsprechenden, der Coronasituation regional erforderlichen Maßnahmen sind durch die Gemeinden in Abstimmung mit den Gesundheitsämtern zu treffen. Im Haushaltsentwurf (siehe Stellungnahme Punkt 4 Kosten) habe ich pro Wahllokal einen Betrag von 500 € (Schätzung) eingebracht, der sich situationsbedingt noch erhöhen könnte.

6. **Gemäß § 66 ThürLWG erstattet der Freistaat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die durch die Vorbereitung und Durchführung der Wahl entstandenen notwendigen Kosten als Pauschale. Welcher Betrag pro Wahlberechtigtem wird bei Anwendung des Gesetzentwurfs als auskömmlich erachtet?**

Hierzu verweise ich auf die detaillierte Kostenaufstellung meiner Stellungnahme.

7. **In welcher Höhe rechnen Sie mit gemäß § 66 Abs. 2 S. 2 ThürLWG nicht zu erstattenden Kosten für laufende persönliche und sachliche Kosten und Kosten für die Benutzung von Räumen und Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbänden?**

Bisher wurden Aufwendungen für laufende persönliche und sachliche Kosten und Kosten für die Benutzung von Räumen und Einrichtungen der Gemeinden von den Kommunen getragen.

Die Aufwandsentschädigung (Erfrischungsgeld) in Höhe von

35 € für Vorsitzende der Wahlvorstände,

25 € für die übrigen Mitglieder,

sind in der Thüringer Landeswahlordnung § 9 geregelt. Den Kommunen steht es frei noch zu erhöhen.

Auf Grund der zusätzlichen Belastungen und Aufwendungen (Tragen Mund-Nase-Bedeckung, Desinfektion etc.) des Wahlvorstandes wäre eine Erhöhung der in § 9 ThürLWO fixierten Beträge durch einen Corona-Bonus angemessen und wünschenswert (siehe Stellungnahme).

8. **Wie beurteilen Sie die Idee, - anders als durch Artikel 1 § 4 des Gesetzentwurfs vorgesehen - konkrete Maßnahmen zum Infektionsschutz einheitlich und vom Land verantwortlich vorzugeben?**

Hierzu verweise ich auf meine Stellungnahme und die eingebrachten Vorschläge.

9. Wie beurteilen Sie die Durchführung einer vorgezogenen Landtagswahl als reine Briefwahl mit Blick auf die Wahlrechtsgrundsätze und die praktische Durchführbarkeit (bspw. Schutz der Wahlhelfer, ordnungsgemäße Öffentlichkeit in den Briefwahllokalen, etc.)?

Hierzu verweise ich auf meine Stellungnahme und die eingebrachten Vorschläge.

10. Welche weniger belastenden, gleich geeigneten Alternativen sind im Vergleich zu einer ausschließlichen Briefwahl denkbar, um trotz eines starken Pandemiegeschehens eine den demokratischen Wahlgrundsätzen entsprechende und rechtssichere Wahl sowie den Schutz von Gesundheit und Leben von Wahlberechtigten und Wahlhelfern zu gewährleisten?

Die Gesetzgebung in Deutschland sieht als „Alternative“ zur Urnenwahl lediglich die Briefwahlmöglichkeit vor. Weitere Möglichkeiten sind auch in anderen Ländern nicht konzipiert. Im Weiteren verweise ich auf die Ausführungen der Stellungnahme zum Punkt Briefwahl und den Ausführungen des Verfassungsgerichts (Entscheidung vom 9. Juli 2013, 2 BVC 7/10, juris-Rn. 13).

11. Wie bewerten Sie die Regelungen in Artikel 1 § 5 des Gesetzentwurfs im Hinblick auf die praktische Umsetzbarkeit unter Wahrung der Wahlgrundsätze auch bei kurzfristiger Anordnung der ausschließlichen Briefwahl?

Die Anordnung einer Briefwahl, im Fall eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes, sollte aus wahlorganisatorischen Gründen bis zum 35. Tag vor der Wahl erfolgt sein. Die Umstellung der Organisation

- Erstellung Wählerverzeichnis
- amtlicher Versand durch die Gemeinden/Dienstleister
- Postlaufzeiten
- Zeiträume des Wählers zur Abgabe des Votums
- ...

machen die Festsetzung des o.g. Termins wünschenswert.

Nur in Ausnahmefällen ist auf die Variante 2 und 3 zurückzugreifen. Zur Übersichtlichkeit führe ich an dieser Stelle Variante 1 bis 3 auf.

Bei der weiteren Verfahrensweise und Organisation zu einem wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand (gesamtes Wahlgebiet oder territorial begrenzt) ist der Aspekt des „Zeitpunktes des Eintretens“ entscheidend.

Hierbei sind, ausgehend vom Feststellungstermin, 3 Fallkonstrukte (Varianten) möglich:

1. Feststellungstermin bis zum 35. Tag vor der Wahl

Bei der Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes bis zum 35. Tag vor der Wahl erhalten alle betroffenen Wahlberechtigten die Briefwahlunterlagen zugesandt (von Amtswegen, das heißt ohne persönliche Beantragung). Alle Wahlberechtigten erhalten im Wählerverzeichnis den Sperrvermerk „W“ (Briefwahl).

2. Feststellungstermin nach dem 35. Tag vor der Wahl bis zum 5. Tag vor der Wahl

Bei einer Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 35. Tag vor der Wahl aber bis zum 5. Tag vor der Wahl, erhalten alle Wahlberechtigten des betreffenden Wahlgebietes von Amtswegen die Wahlbenachrichtigung, ausgenommen diejenigen, für die im Wählerverzeichnis durch den Eintrag des Sperrvermerks „W“ bereits ein Postversand der Briefwahlunterlagen erfolgt ist, zugesandt. Hierdurch wird ein doppelter Versand der Briefwahlunterlagen im bereits angelaufenen Briefwahlzeitraum ausgeschlossen.

3. Feststellungstermin nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag

Erfolgt die Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag muss eine **Nachwahl in den betreffenden Gemeinden des Wahlkreises** erfolgen. Als Gründe hierzu sind u.a. Bearbeitungs- und 2-malige Postlaufzeiten sowie Zeiten für das Votieren beim Wähler zu nennen. Den Zeitpunkt der Nachwahl legt der Landeswahlausschuss fest. Eine Nachwahl für den gesamten Wahlkreis ist nicht erforderlich.

12. Wie können im Falle der kurzfristigen Anordnung der ausschließlichen Briefwahl die Nachteile der Briefwahl namentlich ein größeres Manipulationsrisiko durch Unklarheiten, ob der Wähler selbst seine Stimme abgegeben hat, ob er bestochen oder eingeschüchtert wurde, ob er bei der Stimmabgabe unbeobachtet und uneinflusst war (Kommunalwahlskandal Quakenbrück 2016 und Stendal 2014) beseitigt werden?

Hier verweise ich auf die Stellungnahme und vorgeschlagene Änderung auf dem Wahlschein (zu Punkt 3). Ein Restrisiko bei der Briefwahl bleibt auf Grund der Verfahrensweise.

Vorschlag:

Ich rege überdies an, dass diese Erklärung an Eides statt ggf. durch die Formulierung „persönlich, ohne ausgeübten Zwang und unter Einhaltung des Wahlgeheimnisses“ erweitert wird.

13. Wie beurteilen Sie die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit der Thüringer Landesverfassung, dem Grundgesetz und sonstigem Recht?

Unter Bezugnahme auf die Stellungnahme zur Drucksache 7/2043 sehe ich die Vereinbarkeit mit der Thüringer Landesverfassung und sonstigen Recht nach erster Prüfung als gegeben.

Die Thematik des Substituierens der Urnen- und Briefwahlmöglichkeit auf nur Briefwahl im Fall eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes (Ultima Ratio) sollte meines Erachtens aus Gründen der Rechtssicherheit mittels Normenkontrolle durch das Verfassungsgericht geprüft werden. Die Rechtsauffassungen hierzu gehen in Deutschland weit auseinander.

14. Ist der Landtag für alle vorgeschlagenen Regelungen zuständiges Organ?

Ja, hierzu verweise ich überdies auf die Stellungnahme.

15. Wie bewerten Sie die vorgeschlagenen Regelungen im Vergleich mit den in anderen Bundesländern und im Bund getroffenen oder geplanten Regelungen zur Durchführung von Wahlen während der Pandemie?

Der Gesetzentwurf von Thüringen regelt meines Erachtens vergleichsweise zum Teil detaillierter die auftretenden Fallkonstruktionen. In der Anlage wurden die Regelungen anderer Länder und des Bundes beigelegt.

16. Ist für die rechtliche Beurteilung von Belang, dass es sich vorliegend nicht um Sonderregelungen für die turnusmäßige Neuwahl, sondern um Vorkehrungen für eine verabredete vorzeitige Neuwahl handelt?

Die Ausführungen im Thüringer Landeswahlgesetz und der Thüringer Landeswahlordnung sollten zukünftig nach folgenden Gesichtspunkten klarer strukturiert werden:

- (1) Turnusgemäße Neuwahl
- (2) Vorgezogene Neuwahl auf Grundlage Artikel 50 der Landesverfassung
- (3) Wahlrechtlicher Gesundheitsnotstand und Katastrophenfall – gültig für (1) und (2)

Das Involvieren z. B. der „Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Landeswahlgesetz und in der Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Thüringer Landtags“ in das ThürlWG halte ich für den besseren Weg.

Ein Reagieren auf „Ereignisse“ durch Sonderregelungen zum Teil über Verordnungen, halte ich zukünftig für nicht effizient. Parteien und Wahlorgane benötigen Planungs- und Rechtssicherheit!

Zur Bewertung der Festlegung des Neuwahltermins 25. April 2021 verweise ich auf meine Stellungnahme.

Erschwerend – betrachtet man das vorliegende Gesetzesvorhaben – ist das Zeitfenster zwischen Verabschiedung und Umsetzung, bei der Unsicherheit über die Höhe der Inzidenzen und dem Umgang mit der Krankheit.

Zeitfenster bei Wahlen am 25. April 2021:

- Verabschiedung frühestens: 3. – 5. Februar 2021
- Auflösung des Parlaments: Mitte 02/21
- Aufstellzeitfenster ca. 1 Monat ab Auflösung des Parlaments (1,5 Jahre bei regulärer Wahlperioden)
- Kaum zeitlicher Vorlauf für Parteien.

An dieser Stelle sei ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass eine **zwingende Notwendigkeit** der Durchführung der Neuwahl am 25. April 2021 auf Grund einer zu Ende gehenden Legislaturperiode, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, **rechtlich nicht besteht**. Die Entscheidung zum Neuwahltermin 2021 treffen gemäß Verfassung Artikel 50 (2) die Abgeordneten des Thüringer Landtags.

17. Wie beurteilen Sie die Vereinbarkeit von Artikel 1 § 2 Abs. 3 S. 1 des Gesetzesentwurfs mit höherrangigem Recht?

Hier verweise ich auf die Stellungnahme.

18. Wie ist es rechtlich zu beurteilen, dass Artikel 1 § 4 des Gesetzesentwurfs die Anwendung einer am 30.11.2020 auslaufenden Verordnung (Zweite Thüringer SARSCoV-2-Infektionsschutz-Grundverordnung vom 7. Juli 2020 (GVBl. S. 349), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2020 (GVBl. S. 544)) für April 2021 vorschreibt?

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung der DS 7/2043 musste vom derzeitigen aktuellen Stand der COVID-19-Verordnungen ausgegangen werden. Da die Verordnung permanent auf die aktuellen pandemischen Gegebenheiten zum Schutz der Bürger angepasst werden, musste das Gesetzesvorhaben DS 7/2043 so gestaltet werden, dass es auch zu späteren angepassten Maßnahmen die vollumfängliche Gültigkeit behält. Diesen Aspekt wurde meines Erachtens Rechnung getragen.

Ich verweise dennoch auf die Ausführungen meiner Stellungnahme zur inhaltlichen Ausgestaltung „...Des Weiteren ist es zwingend erforderlich, dass die bereits im I. Quartal 2021 zu erlassenden infektionsschutzrechtlichen Verordnungen und die mit der DS 7/2043 fixierten wahlrechtlichen Möglichkeiten aufeinander **abgestimmt und kompatibel** sind.

Dieser Sachverhalt gilt sowohl inhaltlich als auch unter territorialen Aspekten für die bereits ab Mitte Februar 2021 stattfindenden Wahlbewerberaufstellverfahren als auch für den ggf. zu ermöglichenden Urnenwahlgang am 25. April 2021.

Ist der gesundheitlich wahlrechtliche Notstand festgestellt (siehe auch § 5), entfällt laut DS 7/2043 sämtliche Möglichkeiten einer Urnenwahl. Ein „Verändern“ dieser Festlegung durch Landkreise und kreisfreie Städte muss durch die Infektionsschutzverordnung ausgeschlossen werden.“

19. Wie kann im Falle der Feststellung eines wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes gemäß Artikel 1 § 5 Abs. 1 des Gesetzentwurfs kurz (bspw. 1 Woche) vor dem Wahltag ein rechtzeitiges Verschicken der Briefwahlunterlagen rechtssicher gewährleistet werden? Welche rechtlichen Folgen würde ein verspätetes Verschicken nach sich ziehen?

In meiner Stellungnahme heißt es hierzu:

„Bei der weiteren Verfahrensweise und Organisation zu einem wahlrechtlichen Gesundheitsnotstand (gesamtes Wahlgebiet oder territorial begrenzt) ist der Aspekt des „Zeitpunktes“ entscheidend.

Hierbei sind, ausgehend vom Feststellungstermin, 3 Fallkonstrukte möglich:

1. Feststellungstermin bis zum 35. Tag vor der Wahl

Bei der Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes bis zum 35. Tag vor der Wahl erhalten alle betroffenen Wahlberechtigten die Briefwahlunterlagen (von Amtswegen, das heißt ohne persönliche Beantragung) die Briefwahlunterlagen zugesandt. Alle Wahlberechtigten erhalten im Wählerverzeichnis den Sperrvermerk „W“ (Briefwahl).

2. Feststellungstermin nach dem 35. Tag vor der Wahl bis zum 5. Tag vor der Wahl

Bei einer Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 35. Tag vor der Wahl aber bis zum 5. Tag vor der Wahl, erhalten alle Wahlberechtigten des betreffenden Wahlgebietes von Amtswegen die Wahlbenachrichtigung, ausgenommen diejenigen, für die im Wählerverzeichnis durch den Eintrag des Sperrvermerks „W“ bereits ein Postversand der Briefwahlunterlagen erfolgt ist. Hierdurch wird ein doppelter Versand der Briefwahlunterlagen im bereits angelaufenen Briefwahlzeitraum ausgeschlossen.

3. Feststellungstermin nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag

Erfolgt die Entscheidung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes nach dem 5. Tag vor der Wahl bis zum Wahltag erfolgt eine **Nachwahl** in den betreffenden Gemeinden. Den Zeitpunkt der Nachwahl legt der Landeswahlausschuss fest. Eine Nachwahl für den gesamten Wahlkreis ist nicht erforderlich.“

20. Wie beurteilen Sie, dass sich zwar Problemaufriss und Begründung an ein Fortbestehen der Corona-Pandemie anlehnen, der Text des Gesetzentwurfs selbst aber keine Bedingungen an ein Andauern oder den Fortgang der Corona-Pandemie stellt?

Die COVID-19-Pandemie zeigte bisher, dass die Inzidenzen in den Gemeinden und Landkreisen sich sehr differenziert darstellen (Verlauf, Intensität).

Die Drucksache 7/2043 stellt ein „Maßnahmenpaket“ dar, um überhaupt bei Pandemie oder im Katastrophenfall Wahlen durchzuführen bzw. rechtlich gesichert zum Abschluss zu bringen.

Dies betrifft folgende Aspekte:

- a) das Aufstellverfahren der Wahlbewerber
- b) das Absenken von Quoren im Zulassungsverfahren
- c) das Schaffen von Möglichkeiten der Wahrnehmung des Wahlrechts auch unter Pandemiebedingungen
- d) den Schutz von Leib und Leben der Wähler, der Bediensteten im kommunalen Bereich, der Wahlorgane sowie der über 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer.

Der vorliegende Gesetzentwurf greift meines Erachtens sämtliche für eine vorzeitig durchzuführende Wahl unter Pandemiebedingungen zu regelnde Aspekte klar strukturiert auf und begründet diese umfänglich.

21. Wie beurteilen Sie Artikel 1 § 5 Abs. 2 des Gesetzentwurfs im Hinblick auf das rechtsstaatliche Gebot der Normenklarheit und Bestimmtheit?

Der Gesundheitsnotstand liegt vor, wenn im Wahlgebiet (Thüringen) oder in Teilen davon Zusammenkünfte jeglicher Art auf Grund von Maßnahmen und Anordnungen nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Gesundheitsbehörden untersagt worden sind. Diese Untersagung muss durch die hierfür fachlich zuständige Behörde begründet werden.

Die Wahlorgane müssen ihre weiteren Entscheidungen auf diese sogenannte Amtshilfe aufbauen und entscheiden.

22. Bei Artikel 2 Nr. 2 des Gesetzentwurfs handelt es sich nicht um eine Sonderregel für eine vereinbarte vorgezogene Landtagswahl während der Corona-Pandemie, sondern um eine unbefristete Regelung, die das für das Wahlrecht zuständige Ministerium unter bestimmten Voraussetzungen ermächtigt, das gesetzlich und satzungsrechtlich festgelegte Verfahren der Kandidatenaufstellung zu ändern. Wie ist diese Ermächtigungsgrundlage vor dem Hintergrund der bundesverfassungsrechtlich geforderten innerparteilichen demokratischen Prozesse (Art. 21 Abs. 1 S. 3 GG), der Satzungsautonomie der Parteien sowie der ausschließlichen Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für das Parteienrecht (Art. 21 Abs. 5 GG) zu werten?

Auch hier verweise ich auf meine Stellungnahme, insbesondere auf das „Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie“ sowie auf das „25. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlrechts“. Ich befürworte eine Angleichung der Landesregelung an die Bundesregelung und sehe keine Verletzung von Artikel 21 Absatz 1 S. 2 GG.

Hierzu die Änderung auf Bundesebene:

**Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
Vom 14. November 2020**

„(4) Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen zu ermöglichen, wenn der nach § 3 des Wahlprüfungsgesetzes gebildete Ausschuss des Deutschen Bundestages zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor dem Beginn des nach Artikel 39 Absatz 1 Satz 3 des Grundgesetzes bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist.“

23. Art. 2 und 3 regeln im Gegensatz zu Art. 1 des Gesetzentwurfs zeitlich unbefristete Änderungen von Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, die von der erwarteten besonderen Lage im Jahr 2021 losgelöst sind. Halten Sie es im Hinblick auf das

aktuell wegen Art. 1 des Gesetzentwurfs notwendig beschleunigte Gesetzgebungsverfahren für empfehlenswert, Art. 2 und 3 in einem eigenständigen Gesetzgebungsverfahren getrennt sorgfältig und gründlich im herkömmlichen Tempo zu beraten?

Die Beantwortung dieser Frage obliegt den Abgeordneten. An dieser Stelle sollten meine Anregungen zur Struktur von Landeswahlgesetz und -ordnung ggf. ebenfalls diskutiert werden.

Außer der Anfügung im § 72 (4) müssen die weiteren vorgeschlagenen Änderung zwingend (Rechtssicherheit, Klarheit) verabschiedet werden.

24. Wie beurteilen Sie den Gesetzentwurf im Hinblick auf die Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze?

Die Wahlrechtsgrundsätze (allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim) werden bei dem Gesetzentwurf meines Erachtens in allen Artikeln eingehalten. Zur Briefwahl verweise ich darüber hinaus auf die Ausführungen der Stellungnahme.

25. Wie bewerten Sie das Risiko der Gefährdung der Integrität der Wahl bei Durchführung einer kurzfristig angeordneten teilweisen und reinen Urnenwahl unter Berücksichtigung der damit einhergehenden Nachteile wie dem größeren Manipulationsrisiko durch Unklarheiten, ob der Wähler selbst seine Stimme abgegeben hat, ob er bestochen oder eingeschüchtert wurde, ob er bei der Stimmabgabe unbeobachtet und unbeeinflusst war (bspw. Kommunalwahlskandal Quakenbrück 2016 und Stendal 2014).

Hier verweise ich auf die Stellungnahme und auf die Beantwortung von Fragestellungen anderer Parteien.

26. Wie bewerten Sie das Risiko der Gefährdung der Integrität der Wahl bei infektiönschützenden Reglementierung der Wahlbeobachtungen?

Das Wahlgesetz schreibt vor, dass die Auszählung öffentlich ist; Wahlbeobachter sind somit erwünscht und rechtlich zugelassen.

Ich weise vorsorglich darauf hin, dass hier, auf Grund der Größe von Wahlräumen, ein schon jetzt vorhersehbares Konfliktpotenzial in Verbindung mit den Infektionsschutzregeln vorprogrammiert sein könnte.

Ich halte Klarstellungen in der Thüringer Landeswahlordnung für hilfreich, um unnötigen Diskussionen bzw. Vorfällen entgegenzutreten (Abstandsregeln, Meterzahl zu Wahltschen, Begrenzung).

27. Wird der Gesetzentwurf dem für April 2021 zu erwarteten Infektionsgeschehen gerecht?

Das Infektionsgeschehen im April 2021 ist nicht vorhersehbar. Der Gesetzentwurf reagiert mit entsprechenden, dem bisherigen Erkenntnisstand zur Pandemie gerecht werdenden Maßnahmen. So ist die „Bandbreite“ von Urnen und Briefwahlmöglichkeit (niedrigere Inzidenz unter Beachtung der sogenannten „AHA-Regeln“, des Lüftens der Wahlräume, des Desinfizierens ...) bis hin zur „reinen Briefwahl“ (hohe Inzidenz, kein Betreten der öffentlichen Wahlräume möglich) gegeben.

Dabei sollte die von mir über die DS 7/2043 benannten Aspekte ebenfalls berücksichtigt werden

a. Wahlhelfergewinnung

Zur Absicherung der Landtagswahl werden am Wahltag ca. 30.000 ehrenamtliche Wahlhelfer im Einsatz sein. Ca. 40 % der Wahlhelfer waren bei zurückliegenden Wahlen in der Altersgruppe 60+ oder gehörten einer sogenannten Risikogruppe an. Die Wahlhelfergewinnung dürfte sich unter Pandemiebedingungen weitaus schwieriger gestalten, da ein Einsatz der älteren Gruppen, bei einer Einsatzzeit von mindestens 10 Stunden, **primär** nicht anzustreben ist.

In einer weiteren Verpflichtung von Beamten und Angestellten des Landes und der Kommunen sehe ich eine wesentliche Komponente, um diese Ausfälle zu kompensieren. Neugewonnene Wahlhelfer sind umfangreich auf den Einsatz vorzubereiten (Schulungsmaßnahmen). Eine kostenfreie Coronatestung, das Bereitstellen von zwei FFP2-Masken, ein zusätzlicher Bonus zum Erfrischungsgeld sowie die vollumfängliche versicherungstechnische Absicherung im Schadensfall (Haftungsfrage) sind ebenfalls geboten.

2. Bereitstellung von Wahlräumen durch die Gemeindeverwaltungen

Zur Absicherung einer Wahl werden ca. 3.000 Lokationen (Urnen-, Briefwahllokale) benötigt.

Bei der Bewertung der Durchführbarkeit muss zwingend auch die Raumgröße/-kapazität unter pandemischen Aspekten Berücksichtigung finden.

Der Wahlvorstand besteht aus bis zu 9 ehrenamtlich tätigen Bürgern. Setzt man, wie in der Vergangenheit bei COVID-Verordnungen bereits praktiziert, bestimmte Vorgaben, zum Beispiel 10 m²/Person in öffentlichen Räumen an, so müssten für den Wahltag Wahlräume von den Gemeinden bereitgestellt werden, die unter Umständen, nach Informationen der Kreiswahlleiter, tatsächlich nicht bereitgestellt werden könnten. Zusätzliche Mietkosten für nichtöffentliche Lokalitäten wären die Folge.

Die Entscheidung zu einem Wahltermin am 25. April 2021 trifft der Landtag selbst, gemäß Artikel 50 der Landesverfassung.

28. Welche Maßnahmen müssen in den Wahllokalen umgesetzt werden, um eine Infektion der Wahlhelfer und der Wähler auszuschließen?

Bei der Einrichtung von Wahlräumen und für die Durchführung der Wahlhandlung haben die Gemeinden ein Infektionsschutzkonzept zu erstellen. Die Gesundheitsbehörden unterstützen die Gemeinden und Wahlbehörden bei der Erstellung der Infektionsschutzkonzepte.

Inhaltliche Schwerpunkte müssen sein, wie z. B.

- Abstandsregeln
- Tragen von Mund-Nase-Bedeckung
- Plexiglas/Folien zur Abtrennung an Wahltschen
- „Einbahnstraßenprinzip“ im Wahllokal
- Mitbringen von Stiften durch den Wähler
- Desinfizieren Wahltsche, Wahlstifte
- Lüften der Wahlräume
- u.a.

Mittels Rundschreiben habe ich als Landeswahlleiter den Kreiswahlleitern bereits eine erste Handreichung (Rahmenkonzept) übermittelt.

29. Unter welchen pandemischen Bedingungen wäre eine Urnenwahl nicht mehr zu verantworten?

Die Feststellung des wahlrechtlichen Gesundheitsnotstandes obliegt dem Thüringer Landtag (gesamtes Wahlgebiet) bzw. der Landesregierung und des Gesundheitsausschusses des Thüringer Landtags (territorial begrenztes Wahlgebiet). Die Feststellung basiert auf der fachlichen Einschätzung der Gesundheitsbehörden. Der Landeswahlausschuss trifft als Gremium darauf aufbauend die Entscheidungen zu weiteren Verfahren (z. B. Umswitchen auf nur Briefwahl).

30. Gehen Sie davon aus, dass Infektionsschutzmaßnahmen, die das Corona-Infektionsgeschehen im November 2020 regeln, im April 2021 notwendig und auch angemessen sein werden?

Das Infektionsgeschehen im April 2021 ist nicht vorhersehbar. Mit dem Votum Mitte Februar 2021 treffen die Abgeordneten selbst die Entscheidung.

31. Könnte bei einem Infektionsgeschehen in einem Wahllokal eine erfolgreiche Kontaktnachverfolgung durchgeführt werden? Welche Folgen hat eine erfolglose Kontaktnachverfolgung?

Zur Kontaktnachverfolgung habe ich nachfolgenden Vorschlag in meiner Stellungnahme bereits eingebracht:

Kontaktnachverfolgungen sind in dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht vorgesehen, wären aber m.E., mit vertretbarem Aufwand organisatorisch machbar.

Statt der Kennzeichnung für ein erfolgtes Votum per Urnenwahl (i.d.R. durch Abhaken im Wählerverzeichnis) wäre das Eintragen der Uhrzeit möglich, um eine Kontaktnachverfolgung zeitlich einzugrenzen. Da die Erreichbarkeit des Bürgers (Adresse) in der Gemeinde bekannt ist, dürfte dies für die Gesundheitsämter eine wichtige Quelle im Bedarfsfall darstellen.

Datenschutzrechtliche Bedenken hätte ich nach erster Prüfung nicht, da die Vorgehensweise es verfahrenstechnisch der bereits praktizierten Verfahrensweise (Registratur bei Restaurantbesuchen) im 1. Lockdown identisch ist. Die Wählerverzeichnisse sind gemäß § 85 Absatz 2 nach Ablauf von 6 Monaten nach der Wahl zu vernichten.

32. Welches Infektionsrisiko geht von Kontaktflächen, Papieraustausch und Kollektivarbeit (Übergaben der Wahlunterlagen, Kontrollzählung durch eine andere Person und Zählblattdiktat) aus und wie kann dieses Risiko minimiert werden?

Das Infektionsrisiko von Kontaktflächen, dem Papieraustausch und der Kollektivarbeit (Übergabe von Unterlagen etc.) sollte abschließend durch die Gesundheitsbehörden (fachlich zuständig) bewertet werden und in den Infektionsschutzregelungen für den Wahlablauf (siehe auch Antwort zur Frage 28) ihren Niederschlag finden.

In einem Gespräch am 12. Januar 2021 mit Ministerin Werner habe ich diesen Aspekt unter anderem auch thematisiert und die Handreichung (Entwurf Rahmenkonzept) zur weiteren Bearbeitung übergeben.

**Stellungnahmen der Kreiswahlleiter zur Wahl des 8. Thüringer Landtags
zum Gesetzentwurf ThürVorNWDG2021**

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 1: Eichsfeld I WK 2: Eichsfeld II	<ul style="list-style-type: none"> - Schwierigkeiten bei Wahlberechtigten „vor“ dem Wahllokal nach 18 Uhr
WK 3: Nordhausen I WK 4: Nordhausen II	<ul style="list-style-type: none"> - Verlängerung der Wahlzeit nicht zielführend - Durchsetzung der Infektionsschutzkonzepte könnte punktuell schwierig werden (Wähler ohne Mund-Nase-Bedeckung) - kurzfristiger Wechsel auf Briefwahl von Amts wegen problematisch - Vorlauf sollte 3 Monate betragen
WK 5: Wartburgkreis I WK 6: Wartburgkreis II/Eisenach WK 7: Wartburgkreis III	<ul style="list-style-type: none"> - Verlängerung der Wahldauer verhindert nicht die Ansammlung von Wählern – Erhöhung des Erfrischungsgeldes vorsehen - Entscheidung über Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen spätestens mit Auflösung des Landtags - im Landeswahlrecht sind keine Briefwahl-„lokale“ bekannt - ist bei rechtzeitiger Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen auf die Wahlbenachrichtigung zu verzichten
WK 8: Unstrut-Hainich-Kreis I WK 9: Unstrut-Hainich-Kreis II	Fehlmeldung
WK 10: Kyffhäuserkreis I WK 11: Kyffhäuserkreis II	<ul style="list-style-type: none"> - Absenkung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften auch für andere Wahlkreisvorschläge (§ 22 Absatz 3) - Öffnungsklauseln bei Mitglieder-, Vertreterversammlung sollten evtl. generell Anwendung finden - Verlängerung der Wahlzeit sollte für alle Wahlen erwogen werden - kurzfristige Bestellung von Wahlunterlagen ist nicht möglich - Vergäberechtliche Öffnungsklauseln bei vorgezogenen Neuwahlen werden als sinnvoll erachtet
WK 12: Schmalkalden-Meiningen I WK 13: Schmalkalden-Meiningen II	keine Stellungnahme erfolgt

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 14: Gotha I WK 15: Gotha II	<ul style="list-style-type: none"> - keine Verlängerung der Wahlzeit, da Wahlbezirksgröße schon auf 1500 Einwohner begrenzt ist → Abgabezeit der Wahlbriefe müsste bei Verlängerung der Wahlzeit ebenfalls geändert werden - Festlegung eines Zeitpunktes für die Briefwahl von Amts wegen → evtl. muss veröffentlichte Wahlbekanntmachung ersetzt oder aufgehoben werden - Briefwahlunterlagen können nur nach Beantragung ausgegeben werden (§ 19 Abs. 3 ThürLWG, § 23 ThürLWO i.V.m. § 26 Abs. 3 ThürLWO) - Umstellung auf Briefwahl von Amts wegen spätestens vor dem Versand der Wahlbenachrichtigungen (34. Tag vor dem Wahltag) - Aussage zur Kostenerstattung von Mehraufwendungen durch Hygienekonzepte oder Briefwahl von Amts wegen ist geboten
WK 16: Sömmerda I/Gotha III WK 17: Sömmerda II	Fehlmeldung
WK 18: Hildburghausen I/ Schmalkalden-Meiningen III	keine Stellungnahme erfolgt
WK 19: Sonneberg I WK 20: Hildburghausen II/Sonneberg II	<ul style="list-style-type: none"> - kurzfristige Beschaffung der Briefwahlunterlagen bei Feststellung des Gesundheitsnotstandes ist nicht möglich – Unterlagen müssen vorher beschafft werden → erheblicher Kostenanstieg - wenn Feststellung des Gesundheitsnotstandes zu nah am Wahltag können Urnenwähler evtl. die Briefwahlunterlagen nicht mehr rechtzeitig erhalten - Kostenseigerung bei Briefwahl von Amts wegen beträchtlich - Besetzung der Wahlvorstände nicht gewährleistet (bislang überwiegend mit älteren Bürgern der „Risikogruppe“) - Verlängerung der Wahlzeit nicht erforderlich - Umsetzung der Hygieneschutzkonzepte mit erhöhtem Kostenaufwand verbunden
WK 21: Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV	<ul style="list-style-type: none"> - keine Öffnung der Wahllokale bis 20 Uhr - zweigleisige Vorbereitung (Urne+Briefwahl und Briefwahl von Amts wegen) ist für kreisfreie Städte schwer realisierbar - fehlende Regelungen zu <ul style="list-style-type: none"> a) Mund-Nase-Bedeckung-Verweigerern b) Wähler mit offensichtlichen Symptomen c) Wähler, die kurzfristig in Quarantäne müssen und Briefwahl durchführen möchten - thüringeweit einheitliches Hygienekonzept ist wichtig

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 22: Ilm-Kreis I WK 23: Ilm-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> - keine Verlängerung der Wahlzeit → evtl. Schwierigkeiten bei Wahlhelfergewinnung - eindeutige Regelung zu „vor dem Wahlraum“ - Erstellung von Infektionsschutzkonzepten durch Gemeinden führt zu erheblichem Mehraufwand → Musterkonzepte seitens des Landeswahlleiters - Festlegung auf Briefwahl von Amts wegen muss 4 Wochen vor Wahltermin festgelegt werden - Kostenübernahme für Hygienevorkehrungen durch Land
WK 24: Erfurt I WK 25: Erfurt II WK 26: Erfurt III WK 27: Erfurt IV	<ul style="list-style-type: none"> - Angleichung der Zahl der Unterstützungsunterschriften für andere Wahlkreisvorschläge - Erhöhung der Wahlhelferentschädigung - Rahmenvertrag mit DPAG für alle Gemeinden gültig - Schulung der Wahlhelfer nicht mehr in Präsenzveranstaltungen möglich
WK 28: Saalfeld-Rudolstadt I WK 29: Saalfeld-Rudolstadt II	Fehlmeldung
WK 30: Weimarer Land I/Saalfeld-Rudolstadt III WK 31: Weimar I/Weimarer Land II	Fehlmeldung
WK 32: Weimar II	<ul style="list-style-type: none"> - keine Verlängerung der Wahlzeit – noch weniger Bereitschaft der Bevölkerung zum Einsatz im Wahlvorstand
WK 33: Saale-Orla-Kreis I WK 34: Saale-Orla-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> - keine Verlängerung der Wahlzeit – praktische Umsetzung und Auszählung über die vielen Stunden durch die Wahlhelfer nicht zumutbar
WK 35: Saale-Holzland-Kreis I WK 36: Saale-Holzland-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> - Herabsetzung der Zahl der Unterstützungsunterschriften auch für andere Wahlvorschläge - LWL <u>soll</u> den Parteien Anwendungshinweise geben - keine Verlängerung der Wahlzeit, auch im Hinblick auf die Wahlhelferwerbung und Ergebnisermittlung (evtl. Risikozuschlag beim Erfrischungsgeld) - Infektionsschutzkonzept sollte durch Ministerium als verbindliches Muster für alle Wahllokale erstellt werden - Kurzfristiges Festlegen auf Briefwahl von Amts wegen wird als problematisch erachtet - keine Regelungen zur Verfahrensweise bei kurzfristiger Quarantäne der Mitglieder des Wahlvorstandes

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 37: Jena I WK 38: Jena II	<ul style="list-style-type: none"> - bereits jetzt sind Vorbereitungen im Gange - Wahlräume müssen neu verhandelt werden (Wegfall der Wahlräume in Senioren- und Altenheimen) - Verlage und Druckereien brauchen mindestens 6 Wochen Vorlauf bei Druckaufträgen - Parallelplanung von Urnen- und Briefwahl bzw. Briefwahl von Amts wegen verursacht unnötige Kosten und Unsicherheiten vor Ort - Entscheidung zur Umstellung auf Briefwahl von Amts wegen sollte mit Auflösung des Landtags getroffen werden – spätestens 1 Woche vor dem Versand der Wahlbenachrichtigungen - zusätzliche Schulungen und Aufstockung für Wahlvorstände, die in Briefwahlvorstände umgewandelt werden bei Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen - erhöhter Kostenaufwand auch für das Personal zur Erarbeitung von Infektionsschutzkonzepten - Anwendungshinweise durch den das Land oder den LWL zur Überprüfung der Wahlveranstaltungen von Parteien - Ablehnung der Verlängerung der Wahlzeit - klare gesetzliche Regelungen bei Mißachtung des Infektionsschutzgesetzes
WK 39: Greiz I WK 40: Greiz II	<ul style="list-style-type: none"> - Herabsetzung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften setzt Fehlanreize - Belastung der Wahlvorstände durch Hygienemaßnahmen höher als sonst, daher keine Verlängerung der Wahlzeit bis 20 Uhr - kurzfristige Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen ist durch die Gemeinden nur umzusetzen, wenn Briefwahlunterlagen bereits beschafft wurden – Zusage zur Kostenerstattung - Erstattung des pandemiebedingten Mehraufwands einplanen
WK 41: Gera I WK 42: Gera II	<ul style="list-style-type: none"> - zeitlicher Vorlauf von mehreren Monaten bei der Gewinnung von Wahlhelfern und Materialbestellungen - parallele Planung Urne- und Briefwahl sowie Briefwahl von Amts wegen erscheint unverhältnismäßig - Kostenerstattung für Erstellung und Durchführung von Infektionsschutzkonzepten - bereits jetzt sollte festgelegt werden, ob eine Briefwahl von Amts wegen durchgeführt wird
WK 43: Altenburger Land I WK 44: Altenburger Land II	<ul style="list-style-type: none"> - relevante Umsetzungsprobleme werden für die Wahlorgane nicht gesehen

Fazit der Stellungnahmen der Kreiswahlleiter:

- von einer Verlängerung der Wahlzeit bis 20 Uhr ist abzusehen, da dies keine Spitzenzeiten der Wähler entzerzt und die Ergebnisermittlung evtl. am Wahltag nicht mehr möglich ist
- ein Wechsel von Urnen- und Briefwahl auf Briefwahl von Amts wegen kurz vor dem Wahltag ist für die Städte und Gemeinden nicht realisierbar → Festlegung einer Briefwahl von Amts wegen sollte ggf. mit der Auflösung des Landtags bereits getroffen werden, spätestens 35. Tag vor der Wahl
- Beachtung der Rechtsgrundlagen, dass Briefwahlunterlagen nur nach Beantragung erhältlich sind - § 19 Abs. 3 ThürLWG, § 23 ThürLWO i.V.m. § 26 Abs. 3 ThürLWO → Kann der Landeswahlausschuss diese nicht durch Verordnung einfach aufheben? → rechtlich prüfen!
- bei Entscheidung einer Briefwahl von Amts wegen muss eine Regelung zur Verfahrensweise mit der Übermittlung der Wahlbenachrichtigungen getroffen werden
- verbindlicher Rahmenvertrag mit DPAG für alle Gemeinden zum Versand der Wahlunterlagen → TMIK prüfen!
- Infektionsschutzkonzept sollte zentral durch das Ministerium als verbindliches Muster erstellt werden
- Durchsetzung der Infektionsschutzkonzepte durch den Wahlvorstand wird als problematisch angesehen (z.B.: wenn ein Wähler keinen Mund-Nase-Bedeckung tragen will, Rechtsfolge benennen)
- Kostenerstattung muss durch Land eindeutig geregelt sein
- Herabsetzung des Quorums für Unterstützungsunterschriften muss auch für andere Wahlvorschläge § 22 Abs. 3 ThürLWG gelten (Erweiterung in § 2 Abs. 1 ThürVorNWDG 2021)

**Gesetz
zur Änderung des Bundeswahlgesetzes
und des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-,
Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht
zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie**

Vom 28. Oktober 2020

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

**Änderung des
Bundeswahlgesetzes**

§ 52 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. Juni 2020 (BGBl. I S. 1409) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird das Wort „Bundeswahlordnung“ durch die Wörter „Erlass von Rechtsverordnungen“ ersetzt.
2. Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird das Wort „erläßt“ durch das Wort „erlässt“ ersetzt.
 - b) Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 wird das Wort „Beschlussfähigkeit“ durch das Wort „Beschlussfähigkeit“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 11 wird das Wort „Wahlzellen“ durch das Wort „Wahlkabinen“ ersetzt.

3. Folgender Absatz 4 wird angefügt:

„(4) Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat wird ermächtigt, im Falle einer Naturkatastrophe oder eines ähnlichen Ereignisses höherer Gewalt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen und Abweichungen der Parteien von entgegenstehenden Bestimmungen ihrer Satzungen zuzulassen, um die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen, soweit erforderlich, zu ermöglichen, wenn der Deutsche Bundestag zu einem Zeitpunkt, der näher als neun Monate vor dem Beginn des nach Artikel 39 Absatz 1 Satz 3 des Grundgesetzes bestimmten Zeitraums liegt, feststellt, dass die Durchführung von Versammlungen ganz oder teilweise unmöglich ist. Stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Deutschen Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlussfähig, so entscheidet der nach § 3 des Wahlprüfungsgesetzes gebildete Ausschuss des Deutschen Bundestages über die Feststellung und die Zustimmung nach Satz 1. Durch Rechtsverordnung nach Satz 1 können Regelungen getroffen werden, die den Parteien für die Wahl bei Vorliegen der in Satz 1 genannten Umstände eine Abweichung von den entgegenstehenden Bestim-

mungen dieses Gesetzes, der Bundeswahlordnung und, sofern eine Satzungsänderung wegen der in Satz 1 genannten Umstände und der in diesem Gesetz und der Bundeswahlordnung bestimmten Fristen und Termine nicht mehr rechtzeitig möglich ist, ihrer Satzungen ermöglichen, insbesondere,

1. um die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen unter Verringerung der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter in der Vertreterversammlung oder anstatt durch eine Mitgliederversammlung durch eine Vertreterversammlung durchführen zu können,
2. um Mitglieder- oder Vertreterversammlungen in der Form mehrerer miteinander im Wege der elektronischen Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchführen zu können,
3. um die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts, des Vorstellungsrechts und der sonstigen Mitgliederrechte mit Ausnahme der Schlussabstimmung über einen Wahlvorschlag ausschließlich oder zusätzlich im Wege elektronischer Kommunikation ermöglichen zu können,
4. um die Wahl von Wahlbewerbern und Vertretern für die Vertreterversammlungen im Wege der Briefwahl oder einer Kombination aus Urnenwahl und Briefwahl durchführen zu können.“

Artikel 2

**Änderung
des Gesetzes über
Maßnahmen im Gesellschafts-,
Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs-
und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung
der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie**

§ 5 des Gesetzes über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 569, 570) wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird nach dem Wort „Vereine“ das Wort „Parteien“ eingefügt.
2. Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Absatz 1 gilt für Vorstandsmitglieder und Vertreter in den sonstigen Organen und Gliederungen der Parteien entsprechend. Absatz 2 Nummer 1 gilt für Mitglieder- und Vertreterversammlungen der Parteien und ihrer Gliederungen sowie ihrer sonstigen Organe entsprechend. Dies gilt nicht für die Beschlussfassung über die Satzung und die Schlussabstimmung bei Wahlen nach § 9 Absatz 4

des Parteiengesetzes. Die Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten kann der Vorstand auch ohne Ermächtigung in der Satzung im Wege der Briefwahl oder auch zeitlich versetzt als Urnenwahl an verschiedenen Orten zulassen. § 17 Satz 2 des Parteiengesetzes bleibt unberührt."

Artikel 3

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 28. Oktober 2020

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
des Innern, für Bau und Heimat
Horst Seehofer

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Berlin, den 17.06.2020

Manuela Schwesig

Für das Land Niedersachsen:

Hannover, den 15.6.2020

Stephan Weil

Für das Land Nordrhein-Westfalen:

Düsseldorf, den 14.6.2020

Armin Laschet

Für das Land Rheinland-Pfalz:

Mainz, den 12.6.2020

Malu Dreyer

Für das Saarland:

Saarbrücken, den 15.6.2020

Tobias Hans

Für den Freistaat Sachsen:

Dresden, den 16. Juni 2020

Michael Kretschmer

Für das Land Sachsen-Anhalt:

Magdeburg, den 16.06.2020

Dr. Reiner Haseloff

*»Erklärung Sachsen-Anhalts bei der Unterzeichnung:
Sachsen-Anhalt hat sich am 12. März 2020 im Rahmen
der MPK-Beschlussfassung enthalten. Diese Unter-
schrift dient dazu, die den 16 Länderparlamenten oblie-
gende Entscheidung zu ermöglichen.«*

Für das Land Schleswig-Holstein:

Kiel, den 12.6.20

Daniel Günther

Für den Freistaat Thüringen:

Erfurt, den 16.6.2020

Bodo Ramelow

Gesetz zur Änderung des Landtagswahlgesetzes

Vom 12. November 2020

Der Landtag hat am 12. November 2020 das folgende
Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Landtagswahlgesetzes

Nach § 24 Absatz 2 des Landtagswahlgesetzes in der
Fassung vom 15. April 2005 (GBl. S.384), das zuletzt
durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Oktober 2020
(GBl. S.910) geändert worden ist, wird folgender Ab-
satz 2 a eingefügt:

»(2a) Abweichend von Absatz 2 Sätze 2 und 3 sind bei
der Landtagswahl am 14. März 2021 jeweils 75 Unter-
schriften erforderlich.«

Artikel 2

Weitere Änderung des Landtagswahlgesetzes

§ 24 Absatz 2a des Landtagswahlgesetzes in der Fassung
vom 15. April 2005 (GBl. S.384), das zuletzt durch Arti-
kel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird aufge-
hoben.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in
Kraft, soweit in Absatz 2 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Artikel 2 tritt am 15. März 2021 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und ist
zu verkünden.

STUTTGART, den 12. November 2020

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

KRETSCHMANN

STROBL

DR. EISENMANN

BAUER

DR. HOFFMEISTER-KRAUT

LUCHA

HERMANN

**Landesgesetz
zur Änderung des Landeswahlgesetzes und
des Kommunalwahlgesetzes
Vom 17. Dezember 2020**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Landeswahlgesetz in der Fassung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Juni 2020 (GVBl. S. 240), BS 1110-1, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 34 wird folgender Absatz 4 angefügt:
„(4) Abweichend von § 34 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jeder Wahlkreisvorschlag von mindestens 50 Stimmberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.“
2. Dem § 35 wird folgender Absatz 5 angefügt:
„(5) Abweichend von § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jede Landesliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Landes, jede Bezirksliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Bezirks persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie es der Anzahl von Wahlkreisen im Lande, für Bezirkslisten im Bezirk, vervielfacht mit 10, entspricht.“
3. In § 52 Abs. 3 Satz 1 wird die Verweisung „§ 59 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 59 Abs. 4 Satz 2“ ersetzt.
4. § 88 wird wie folgt geändert:
 - a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.
 - b) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:
„(3) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des Kreiswahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass
 1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
 2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
 3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis möglich sein wird.
 Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Volksentscheiden.“

5. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 2

Das Kommunalwahlgesetz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 297), BS 2021-1, wird wie folgt geändert:

§ 76 wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.
2. Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:
„(3) Das fachlich zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des zuständigen Wahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder kommunalen Gebietskörperschaften frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass
 1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
 2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
 3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft möglich sein wird.
 Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.
- (4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Bürgerentscheiden.“
3. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nr. 1 und 2 tritt mit Ablauf des 14. März 2021 außer Kraft.

Mainz, den 17. Dezember 2020
Die Ministerpräsidentin
Malu Dreyer

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt

31. Jahrgang

Ausgegeben in Magdeburg am 9. November 2020

Nummer 39

INHALT

Tag		Seite
2. 11. 2020	Gesetz zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und wahlrechtlicher Vorschriften ... zu: 2020.95, 111.1, 2020.13	630
3. 11. 2020	Verordnung zur Durchführung der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung neu: 786.2	633
2. 11. 2020	Fünfte Verordnung zur Änderung der Reise-, Umzugskosten- und Trennungsgeldverordnung zu: 2030.79	635
2. 11. 2020	Verordnung über die monatlichen Zuweisungen an die Gemeinden und Verbandsgemeinden im Land Sachsen-Anhalt nach dem Kinderförderungsgesetz neu: 2160.41	636

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit nach Gegenzeichnung ausfertigt wird und zu verkünden ist:

Gesetz
zur Änderung des Kommunalverfassungsgesetzes und wahlrechtlicher Vorschriften.

Vom 2. November 2020.

Artikel 1
Kommunalverfassungsgesetz

Das Kommunalverfassungsgesetz vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. Juli 2020 (GVBl. LSA S. 372), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltstübersicht wird nach der Angabe zu § 56 folgende Angabe eingefügt:

„§ 56a Abstimmungen in außergewöhnlichen Notsituationen“.

2. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Satzungen sind vom Hauptverwaltungsbeamten zu unterzeichnen und öffentlich bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung kann durch Aushang, in einem amtlichen Bekanntmachungsblatt, in einer oder mehreren Zeitungen oder im Internet erfolgen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die ortsübliche Form der öffentlichen Bekanntmachung ist in der Hauptsatzung zu bestimmen. In der Hauptsatzung ist darauf hinzuweisen, dass in der Kommunalverwaltung Satzungen eingesehen und kostenpflichtig Kopien gefertigt werden können. Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung durch Aushang, in einem amtlichen Bekanntmachungsblatt oder in einer oder mehreren Zeitungen, soll der Text bekannt gemachter Satzungen auch über das Internet zugänglich gemacht werden.“

- b) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Die öffentliche Bekanntmachung im Internet erfolgt durch Bereitstellung der Satzung auf einer Internetadresse der Kommune unter Angabe des Bereitstellungstages. Satzungen sind mit ihrer Bereitstellung nach Satz 1 öffentlich bekannt gemacht. Die Kommune hat auf die Internetadresse, unter der die Bereitstellung der Satzung erfolgt ist, unverzüglich durch Aushang, im amtlichen Bekanntmachungsblatt oder in einer Zeitung nachrichtlich hinzuweisen. Die Form der Bekanntmachung des Hinweises nach Satz 3 und die Internetadresse sind in der Hauptsatzung zu bestimmen. Satzungen, die durch das Internet bekannt gemacht wurden, sind für die Dauer ihrer Gültigkeit im Internet bereitzustellen und in der bekannt gemachten Fassung durch technische und organisatorische Maßnahmen zu sichern. Die Bereitstellung im Internet darf nur auf einer ausschließlich in der Verantwortung der Kommune betriebenen Internetadresse erfolgen; die Kommune darf sich zur

Einrichtung und Pflege dieser Internetadresse eines Dritten bedienen.“

- c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

- d) In Absatz 4 wird die Angabe „Absätze 1 und 2“ durch die Angabe „Absätze 1 bis 3“ ersetzt.

3. In § 54 Satz 2 werden nach dem Wort „schriftlichen“ die Wörter „oder elektronischen“ eingefügt.

4. § 56 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) Nach Satz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:

„Abstimmungen im Rahmen von Präsenzsitzungen können auch im Wege der elektronischen Form erfolgen; die Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung.“

- b) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden die Sätze 3 und 4.

5. Nach § 56 wird folgender § 56a eingefügt:

„§ 56a

**Abstimmungen in außergewöhnlichen
Notsituationen**

(1) Soweit eine Naturkatastrophe, eine epidemische oder pandemische Lage oder eine sonstige außergewöhnliche Notsituation die ordnungsgemäße Durchführung der Sitzungen der Vertretung und ihrer Ausschüsse unzumutbar macht, finden die Regelungen der Absätze 2 bis 6 Anwendung. Die Kommunalaufsichtsbehörde stellt die Notsituation im Sinne von Satz 1 fest und bestimmt den Zeitraum der Anwendbarkeit der Regelungen. Die kommunalaufsichtliche Feststellung entfällt, soweit und solange eine landesweite epidemische oder pandemische Lage durch den Landtag nach § 161 Abs. 2 Satz 2 bis 4 festgestellt wird. Die Kommune hat sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit in geeigneter Weise Kenntnis über die in Anspruch genommenen Abweichungsmöglichkeiten nach den Absätzen 2 bis 6 erhält.

(2) Zur Sicherstellung der Beratungen und Abstimmungen können notwendige Sitzungen der Vertretung und ihrer Ausschüsse ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder in einem Sitzungsraum als Videokonferenz durch zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton durchgeführt werden. Das Nähere zur Durchführung der Videokonferenz regelt die Geschäftsordnung. In einer Videokonferenzsitzung dürfen Wahlen im Sinne von § 56 Abs. 3 nicht durchgeführt werden; im Übrigen sind die für den Geschäftsgang der Sitzungen der Vertretung und Ausschüsse geltenden Bestimmungen entsprechend anzuwenden. Die Kommune hat sicherzustellen, dass die technischen Anforderungen und die datenschutz-

rechtlichen Bestimmungen für eine ordnungsgemäße Durchführung der Videokonferenzsitzung einschließlich Beratung und Abstimmung eingehalten werden. Bei öffentlichen Videokonferenzsitzungen ist mindestens zu gewährleisten, dass Presse, Rundfunk und ähnliche Medien und die interessierte Öffentlichkeit in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten die Sitzung zeitgleich verfolgen können. Zeit und Tagesordnung einer Videokonferenzsitzung sind rechtzeitig ortsüblich bekannt zu machen; dabei ist die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, in welcher Weise die öffentliche Videokonferenzsitzung verfolgt werden kann.

(3) Die Vertretung und ihre Ausschüsse können über Verhandlungsgegenstände im Wege eines schriftlichen oder elektronischen Verfahrens abstimmen, soweit sich vier Fünftel der Mitglieder der Vertretung oder des Ausschusses mit diesem Verfahren einverstanden erklären. Im schriftlichen oder elektronischen Verfahren dürfen Wahlen im Sinne von § 56 Abs. 3 nicht durchgeführt werden. Vor der Abstimmung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren ist der Verhandlungsgegenstand grundsätzlich mittels geeigneter technischer Hilfsmittel, insbesondere in Form einer Telefonkonferenz oder einer Videokonferenz, zu beraten. Hierauf kann verzichtet werden, wenn der Verhandlungsgegenstand in einer Präsenzsitzung bereits behandelt oder im Rahmen einer Präsenzsitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde. Der Zeitpunkt der Beschlussfassung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren und die Zusammenstellung der Abstimmungsgegenstände sind rechtzeitig ortsüblich bekannt zu machen. Für die Abstimmung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren ist jedem Mitglied eine Beschlussvorlage zur Verfügung zu stellen, die alle zur Abstimmung erforderlichen Informationen und eine Frist enthält, bis zu der die Stimme abzugeben ist; für die Abstimmung gilt § 56 Abs. 2 Satz 3 und 4. Beschlüsse, die im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefasst wurden, oder ihr wesentlicher Inhalt sowie das jeweilige Abstimmungsvotum der Mitglieder sind in ortsüblicher Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen; § 52 Abs. 2 gilt entsprechend. Die Vertretung oder der Ausschuss setzt die im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefassten Beschlüsse auf die Tagesordnung seiner nächsten Präsenzsitzung und kann diese aufheben oder ändern. Soweit sie noch nicht erledigt oder nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind, Beschlüsse von Ausschüssen, die zur Vorberatung der Verhandlungen oder einzelner Verhandlungsgegenstände der Vertretung im schriftlichen oder elektronischen Verfahren gefasst wurden und die von der Vertretung behandelt wurden, können nur von der Vertretung aufgehoben oder geändert werden.

(4) Die Beteiligung der beschließenden Ausschüsse nach § 48 Abs. 3 Satz 1 bei der Vorbereitung der Beschlüsse der Vertretung kann unterbleiben.

(5) Die Regelung zur Einberufung der Vertretung nach § 53 Abs. 5 Satz 1, 2, Alternative findet keine Anwendung.

(6) Im Rahmen der Anhörung nach § 84 Abs. 2 kann anstelle des Ortschaftsrates der Ortsbürgermeister angehört werden, soweit der Ortsbürgermeister hierzu sein Einverständnis erklärt."

6. § 63 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Nach Satz 2 wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„Im Falle des Vorliegens einer außergewöhnlichen Notsituation im Sinne von § 56a Abs. 1 kann die Vorstellung der Bewerber nach Satz 2 im Wege einer Videokonferenz erfolgen; § 56a Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.“

b) Der bisherige Satz 3 wird Satz 4.

7. Dem § 100 Abs. 1 wird folgender Satz 5 angefügt:

„Zur Behebung von Fehlern kann die Haushaltssatzung auch nach Ablauf des Haushaltsjahres geändert oder erlassen werden.“

8. § 103 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die Haushaltssatzung kann nur durch Nachtragshaushaltssatzung geändert werden, die bis zum Ablauf des Haushaltsjahres zu beschließen ist; § 100 Abs. 1 Satz 5 findet keine Anwendung.“

9. § 161 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Im Falle des Vorliegens einer landesweiten epidemischen oder pandemischen Lage wird das für Kommunalangelegenheiten zuständige Ministerium zum Zweck der Sicherung der kommunalen Haushaltsaufstellung und Haushaltsführung ermächtigt, durch Verordnung die Kommunen zeitweilig von folgenden Verpflichtungen freizustellen:

1. von der Verpflichtung, in einem Haushaltsjahr, in dem eine landesweite epidemische oder pandemische Lage festgestellt wird, ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen (§ 100 Abs. 3 bis 6),
2. von der Verpflichtung, mit der öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung den Haushaltsplan mit seinen Anlagen an sieben Tagen öffentlich auszulegen (§ 102 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1),
3. von der Verpflichtung, dass über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nur getätigt werden, wenn deren Deckung gewährleistet ist (§ 105 Abs. 1 Satz 1),
4. von der Verpflichtung, in einem Haushaltsjahr, in dem eine landesweite epidemische oder pandemische Lage festgestellt wird, eine mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung aufzustellen, jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen (§ 106),
5. von der Verpflichtung, während der Dauer einer festgestellten landesweiten epidemischen oder pandemischen Lage Kredite nur bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufzunehmen (§ 110 Abs. 1 Satz 1).

Das Vorliegen einer Lage nach Satz 1 stellt der Landtag fest. Die Feststellung gilt für drei Monate; sie kann bei Fortbestehen ihrer Voraussetzungen um jeweils drei Monate durch den Landtag verlängert werden. Der Landtag hebt die von ihm getroffene Feststellung wieder auf, wenn die Voraussetzungen

nicht mehr vorliegen. Die durch Verordnung nach Satz 1 Nrn. 1 und 4 erlassenen abweichenden Regelungen gelten auch nach der Aufhebung durch den Landtag nach Satz 4 bis zum Ablauf des Haushaltsjahres, in dem die Feststellung nach Satz 2 erfolgte, fort."

- b) Die bisherigen Absätze 2 bis 4 werden die Absätze 3 bis 5.

Artikel 2

Wahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

Dem § 56 des Wahlgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Februar 2010 (GVBl. LSA S. 80), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Februar 2020 (GVBl. LSA S. 25, 36), wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Das für Wahlen zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Falle eines Ereignisses höherer Gewalt durch Verordnung von den Bestimmungen dieses Gesetzes über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu treffen, um soweit erforderlich die Durchführung der Wahl im Wege der Briefwahl zu ermöglichen, wenn der Landeswahlleiter zu einem Zeitpunkt, der näher als vier Monate vor dem Wahltag liegt, feststellt, dass die Stimmabgabe in Wahlräumen wegen einer Gefahr für Leben oder Gesundheit ganz oder teilweise unmöglich ist.“

Artikel 3

Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt

Das Kommunalwahlgesetz für das Land Sachsen-Anhalt

in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2004 (GVBl. LSA S. 92), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 18. Februar 2020 (GVBl. LSA S. 25, 39), wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht erhält die Angabe zu § 68 folgende Fassung:

„§ 68 Verordnungsermächtigungen“.

2. § 68 wird wie folgt geändert:

- a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 68
Verordnungsermächtigungen“.

- b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Das für Kommunalangelegenheiten zuständige Ministerium wird ermächtigt, im Falle eines Ereignisses höherer Gewalt durch Verordnung von den Bestimmungen dieses Gesetzes über die Ausgabe von Wahlscheinen, die Stimmabgabe in Wahllokalen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu treffen, um soweit erforderlich die Durchführung der Wahl im Wege der Briefwahl zu ermöglichen, wenn der Landeswahlleiter im Hinblick auf diese Wahl feststellt, dass die Stimmabgabe in Wahllokalen wegen einer Gefahr für Leben oder Gesundheit ganz oder teilweise unmöglich ist.“

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Magdeburg, den 2. November 2020.

Die Präsidentin des Landtages
von Sachsen-Anhalt

Der Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt

Der Minister für Inneres
und Sport
des Landes Sachsen-Anhalt

Brakebusch

Dr. Haseloff

Stahlknecht

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Städtisches Landesausschuss</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Kaiserstr. 14</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>56130 Bad Ems</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz	Geschäfts- oder Dienstadresse	Städtisches Landesausschuss	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kaiserstr. 14	Postleitzahl, Ort	56130 Bad Ems
Name	Organisationsform										
	Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Städtisches Landesausschuss										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kaiserstr. 14										
Postleitzahl, Ort	56130 Bad Ems										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Präsident des Thüringischen Landesamtes	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Siehe Stellungnahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Bad Nauheim, 21.1.2021	

**Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen
für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften**

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t

7 / 979

Stellungnahme des Landeswahlleiters von Rheinland-Pfalz

Zu Dis. 7/2043

Die COVID-19-Pandemie stellt den Gesetzgeber und die mit den Wahlen befassten Organe sowie die Verwaltungen ebenfalls vor bislang nicht bekannte Herausforderungen. Für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen sind Konzepte zu entwickeln, die einerseits entsprechend den rechtlichen Vorgaben eine ordnungsgemäße Wahl gewährleisten, aber auch die Vorsorgemaßnahmen beachten. Hier obliegt dem Gesetz- und Verordnungsgeber ein Gestaltungsspielraum, um zwischen den beiden Rechtspositionen einen angemessenen Ausgleich zu finden. Im Folgenden sollen die von Rheinland-Pfalz getroffenen Maßnahmen dargestellt werden, ohne dass damit eine letztendliche Verbindlichkeit einhergeht.

Vorbemerkung

In Rheinland-Pfalz findet am 14. März 2021 regulär die Wahl der Abgeordneten für den 18. Landtag statt. Die rechtliche Möglichkeit der Aufstellung der Vertreter für die Vertreterversammlung sowie der Bewerber für die Landeslisten war bereits im Zeitraum der ersten Pandemie-Welle mit der Zurückführung des öffentlichen Lebens gegeben. Vor diesem Hintergrund wurden vom Landtag, der Landesregierung und vom Landeswahlleiter Überlegungen und daraufhin Maßnahmen für den Fall der Fortführung von Vorsorgemaßnahmen zur Gesunderhaltung sowie zur Aufrechterhaltung der Krankenhausbehandlung getroffen.

Die Regelungen und Maßnahmen hatten im Einklang mit den Wahlrechtsgrundsätzen vor allem der allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahl zu stehen sowie die Verhältnismäßigkeit zu beachten. Zur Ausgestaltung des durch die Verfassung vorgesehenen Rahmens hat der Gesetzgeber einen je nach den Wahlrechtsgrundsätzen engeren oder größeren Gestaltungsspielraum. Dieses gesetzgeberische Interesse kann innerhalb der verfassungsrechtlichen Leitlinien unterschiedlich ausgestaltet sein.

1. Aufstellungsverfahren

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gehört das Aufstellungsverfahren der Bewerberinnen und Bewerber zu dem wesentlichen Bereich der Wahlvorbereitung. Mit der Aufstellung werden die notwendigen Voraussetzungen für die Wahl selbst geschaffen. Sie berührt das aktive und passive Wahlrecht unmittelbar. Vor diesem Hintergrund bedarf die Aufstellung der Einhaltung eines Kernbestandes an Verfahrensgrundsätzen, ohne die ein Kandidatenvorschlag schlechterdings nicht Grundlage eines demokratischen Wahlvorgangs sein kann (BVerfGE 89, 243 ff. (251 f.)). Ein wesentlicher Bestandteil ist das Recht des stimmberechtigten Mitglieds oder Delegierten, an der Aufstellung teilzunehmen.

Damit dieses demokratische Recht sichergestellt werden kann, wurde in der Corona-Verordnung des Landes zur Vorbereitung und Durchführung der Landtagswahl auf eine Beschränkung der Personenzahl für Versammlungen verzichtet. Die Hygienevorschriften mussten allerdings eingehalten werden. Vor diesem Hintergrund konnten die Wahlvorschlagsträger allesamt bis in den Herbst hinein, ihre Versammlungen entsprechend den bestehenden, gesetzlichen Regelungen durchführen. Die Wahlvorschlagsträger sind im Rahmen der Umsetzung bei einer größeren Anzahl von teilnehmenden Personen auf große Hallen ausgewichen. Wahlrechtliche Schwierigkeiten, die zu einer Beanstandung des Wahlverfahren führen, sind nicht aufgetreten.

2. Unterstützungsunterschriften

Die Anzahl der Unterstützungsunterschriften wurde erstmals reduziert. Vor dem Hintergrund der Beschränkungen im Herbst des Jahres 2020 – zuerst mildes Zurückfahren des öffentlichen Lebens, späterhin Verschärfungen im Dezember – hat der Landtag die Reduzierung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften auf ein Viertel (520 statt 2080 Unterstützungsunterschriften) beschlossen. Als Maß der Absenkung wurde die für eine vorgezogene Neuwahl des Landtags erforderliche Anzahl herangezogen, die spätestens am 6. Sonntag nach der Landtagsauflösung stattfinden soll. Begründet wurde die Maßnahme mit der erheblichen Schwierigkeit, Kontakt mit stimmberechtigten Personen zur Abgabe einer Unterstützungsunterschrift aufzunehmen. Wahlvorschlagsträger, die spätestens Anfang Oktober mit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften begannen, hatten keine Schwierigkeiten zum Einreichungsende am 29. Dezember 2020, auch eine höhere Anzahl zu erreichen. Ein Wahlvorschlagsträger, der erst zum 2. Dezember 2020 mit dem Sammeln von Unterstützungsunterschriften begann, legte Organklage beim Verfassungsgerichtshof ein, um die erforderliche Anzahl für eine Zulassung weiter zu senken.

3. Urnenwahl

Bereits in der Vergangenheit fanden in Rheinland-Pfalz Direktwahlen für die Besetzung von Landrats- und Bürgermeisterstellen statt. Diese wurden alle in der traditionellen Kombination Urnen- und Briefwahl durchgeführt. Hierfür wurde ebenfalls ein Hygienekonzept erstellt (Anlage 1). Die Einzelheiten sind in der Anlage aufgeführt. Auch die Wahlvorstände dürfen eine Maske im Wahlraum tragen – dies verstößt nicht gegen das Verhüllungsverbot. Die wahlberechtigten Personen müssen eine Maske im Wahlraum tragen, es sei denn sie sind aufgrund eines nachgewiesenen, ärztlichen Attestes freigestellt. Insgesamt wird in diesen Fällen zur Briefwahl angeregt.

Im Zuge der Landtagswahl wird das Land den Kommunen pro Urnen-Wahlraum einen Pauschalbetrag in Höhe von 300 € für die zusätzlichen, sächlichen Aufwendungen (Masken, Hygienemittel usw.) erstatten.

4. Ausschließliche Briefwahl

4.1 Vorbemerkung

Auch in Rheinland-Pfalz werden die Landtagsabgeordneten in der Regel mittels Urnenwahl gewählt. Die Briefwahl stellt die Ausnahme dar. Zu den letzten Wahlen stieg allerdings der Briefwähleranteil kontinuierlich – in Rheinland-Pfalz bei der letzten Wahl auf 30 % der Wählerinnen und Wähler. Dies liegt vor allem am Wegfall der Gründe für eine Wahl mit einem Wahlschein. Unregelmäßigkeiten bei der Briefwahl, die auf eine Verletzung der freien und geheimen Wahl hindeuten, sind bislang nicht aufgetreten. In seiner letzten Entscheidung zum Thema Briefwahl hat das Bundesverfassungsgericht auch auf diesen Umstand hingewiesen.

Angesichts der sich im letzten Jahr abzeichnenden Gefährdungen aufgrund der COVID-19-Pandemie hat die Landeswahlleitung vorsorglich die notwendigen Maßnahmen für eine Beschaffung der Briefwahlunterlagen eingeleitet. Bereits Mitte August 2020 wurden für alle stimmberechtigten Personen entsprechende Unterlagen geordert. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Papierbeschaffung war dies auch in zeitlicher Hinsicht notwendig. Unser Druckdienstleister hat die Unterlagen gedruckt und wird sie für die Wahl im Januar versenden. Etwaige Überstücke können für die Bundestagswahl im Herbst dieses Jahres verwendet werden.

4.2 Gesetze

4.2.1 Regional ausschließliche Briefwahl

In einem Änderungsgesetz zum Landeswahlgesetz hat der Landesgesetzgeber die Bedingungen für eine ausschließliche Briefwahl in Stimmbezirken oder Wahlkreisen (regionale Begrenzung) kodifiziert (Anlage 2). Angesichts des Wesentlichkeitsgebots soll der Gesetzgeber selbst die Bedingungen einer ausschließlichen Briefwahl bestimmen.

Unabhängig von der derzeitigen Pandemie sollte das Gesetz auch für zukünftige andere Fallgestaltungen Anwendung finden. Die Hürden für eine ausschließliche Briefwahl sind angesichts der regelhaft durchzuführenden Urnenwahl entsprechend hoch angesetzt. Diese nur ausnahmsweise geltende, ausschließliche Briefwahl ist gerechtfertigt, um die Teilnahme an der demokratischen Legitimierung des Landtages nach dem Ablauf der verfassungsgesetzlich vorgegebenen Wahlperiode zu gewährleisten. Dieser Umstand genießt im Rahmen der Güterabwägung den Vorrang, vor der im Wahlraum durch das Öffentlichkeitsprinzip für jedermann zu beobachtenden geheimen und freien Abstimmung der stimmberechtigten Personen. Der Gesetzestext gestaltet sich wie folgt:

Tritt eine Naturkatastrophe oder andere außergewöhnliche Notsituation ein, kann auf Antrag der jeweiligen Kreiswahlleitung der Landeswahlleiter im Einvernehmen mit dem Innenministerium frühestens 45 Tage vor der Wahl eine ausschließliche Briefwahl in Stimmbezirken oder Wahlkreisen anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung

- das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Gebiet insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen ist,
[z.B.: strikte Ausgangssperren in weiten Lebensbereichen]
- die Stimmabgabe im Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich wird
[tatsächliche Gründe – z.B. Hochwasser / rechtliche Gründe – Ausgangssperren]
und
- die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Gebiet möglich sein wird.
[Urnenwahl aus wahlpraktischen oder zeitlichen Gründen nicht möglich]

Der Gesetzgeber sieht im Rahmen der Prüfung eine Gesamtabwägung des der Entscheidung zugrundeliegenden Sachverhalts vor. Bestimmte Kennzahlen oder Werte allein können keine Grundlage für ein Prognoseergebnis sein.

4.2.2 Landesweite, ausschließliche Briefwahl

Die ebenfalls zu bedenkende landesweite Briefwahl sollte angesichts ihres einschneidenden Charakters in den Wahlvorgang ebenfalls durch den Landtag in einem gesonderten Gesetz verankert werden. Vor dem Hintergrund des in diesem Fall notwendigen organisatorischen Vorlaufs müsste diese Entscheidung noch im Januar dieses Jahres erfolgen. Nach dem aktuellen Stand der Erkenntnisse über den Verlauf der Corona-Pandemie in Rheinland-Pfalz ist mit einer solchen Entscheidung nicht zu rechnen.

4.2.3 Landesverordnung ausschließliche Briefwahl

Der Gesetzgeber hat zudem die gesetzliche Grundlage für eine Rechtsverordnung zur Durchführung der ausschließlichen Briefwahl geschaffen. Hier sind die folgenden Kernelemente zusammengefasst:

- Die Briefwahlunterlagen werden den wahlberechtigten Personen von Amts wegen spätestens zum 21. Tag vor der Wahl zugestellt.
- Mit den Briefwahlunterlagen erhalten die Wahlberechtigten ein Informationsschreiben zur Durchführung der ausschließlichen Briefwahl.

- Die Briefwahlunterlagen werden stets an den Hauptwohnsitz versendet – bei etwaigen Umzügen werden die Wahlberechtigten über diesen Umstand durch das Meldeamt informiert.
- Sowohl die bereits eingerichteten Urnen- als auch die Briefwahlvorstände zählen an den jeweiligen Standorten die Stimmen aus.

5. Sonstiges

Die folgenden wahlrechtlichen Thematiken sind an den Landeswahlleiter herangetragen worden:

- Wahlwerbung - Plakatierung

Die Wahlwerbung erfolgt u. a. mit der Plakatierung von Kandidatinnen und Kandidaten oder inhaltlichen Aussagen. Grundsätzlich haben die Wahlvorschlagsträger in der heißen Wahlkampfphase im Rahmen der sonst im pflichtgemäßen Ermessen stehenden Sondernutzung einen Anspruch auf Genehmigung der Plakate der jeweils zuständigen Verwaltungen.

Vor dem Hintergrund der wohl vermehrt in Anspruch genommenen Briefwahl und der eingeschränkten Möglichkeiten der sonstigen Wahlwerbung wurde den zuständigen Stellen empfohlen, die Genehmigung bereits 7,5 Wochen vor der Wahl zu erteilen.

- Wahlwerbung - Informationsstände

Geprüft wurde ebenso, ob im Rahmen der Sondernutzung auch Informationstische/-stände für die Wahlwerbung aufgestellt werden können. Angesichts der Bedeutung der Wahlwerbung für die Wahlvorschlagsträger konnte der Anspruch nicht von vornherein versagt werden. Je nach Corona-Verordnung ist dies ggf. möglich, wenn ausreichende Schutzmaßnahmen getroffen werden.

Hygienekonzept für Wahlräume (Stand: 13.01.2021)

Auch während der Corona-Pandemie finden in Rheinland-Pfalz Wahlen statt. Dabei sind Infektionsschutzrechtliche Regelungen zu beachten, die sich insbesondere aus der jeweils aktuellen Corona-Bekämpfungsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz (CoBeLVO) ergeben¹.

Ferner können Allgemeinverfügungen der Kreisverwaltungen, in kreisfreien Städten der Stadtverwaltungen, nach dem Infektionsschutzgesetz Regelungen enthalten, die auch für Wahlräume relevant sind.

Vor diesem Hintergrund werden - im Einvernehmen mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie - den die Wahl durchführenden kommunalen Gebietskörperschaften sowie den Wahlvorständen Hinweise auf maßgebliche Vorschriften und folgende Handlungsempfehlungen zur Verfügung gestellt, die bei Bedarf vor Ort ggf. konkretisiert werden müssen.

I. Verantwortlichkeit des Wahlvorstandes

Der Wahlvorstand bzw. der Wahlvorsteher ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlhandlung verantwortlich. Er hat für Ruhe und Ordnung im Wahlraum zu sorgen (§ 17 Abs. 2 LWahlG, § 46 LWO, § 28 Abs. 2 KWG, § 45 Abs. 3 KWO).

II. Wahlraum

Insbesondere zur Sicherstellung des Öffentlichkeitsprinzips, aber auch zur effizienten Durchführung der Wahlhandlung, sind (möglichst) große Wahlräume auszuweisen. Damit soll der Zutritt für jede Person sichergestellt werden. Insoweit muss - gegenüber früheren Wahlen - ggf. ein Ausweichen in andere, größere Wahlräume ins Auge gefasst werden. Auf die Möglichkeiten zur Veränderung der Stimmbezirke (§ 10 LWahlG, § 9 LWO, § 10 KWG, § 8 KWO) wird hingewiesen.

III. Zugang

Der Wahlvorstand ist auch für die Steuerung des Zugangs zum Wahlraum verantwortlich. Dabei können ihn Hilfspersonen unterstützen.

1. Der Zugang zu den Wahlräumen ist nur unter Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Metern zu anderen Personen erlaubt (Abstandsgebot, § 2 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 1 Abs. 2 der 15. CoBeLVO). Dies gilt auch, wenn eine Mund-Nasen-Bedeckung getragen wird. Zur Einhaltung des Abstandsgebots sollten gut sichtbare Markierungen im Abstand von mindestens 1,5 Metern angebracht werden (§ 2 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 1 Abs. 5 Satz 1 der 15. CoBeLVO).
2. Es sollten sich nur so viele Stimmberechtigte gleichzeitig in den Wahlräumen aufhalten, wie Stimmabgabemöglichkeiten (Wahlkabinen) vorhanden sind. Nach der Stimmabgabe sollten die Stimmberechtigten den Wahlraum zügig verlassen, es sein denn, sie wollen die Wahlhandlung beobachten.

¹ Aktuell: Fünfzehnte Corona-Bekämpfungsverordnung Rheinland-Pfalz (15. CoBeLVO) vom 08.01.2021

3. Personen, die die Wahl beobachten wollen, sollte ein Freiraum im Wahlraum zugewiesen werden, der die Einhaltung eines Mindestabstands zu anderen Personen gewährleistet. Der Freiraum hat eine Beobachtung der Wahlhandlung sowie der späteren Auszählung und Ergebnisermittlung zu gewährleisten.
4. Im Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie im Wahlraum selbst gilt grundsätzlich die Maskenpflicht (§ 2 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. § 1 Abs. 3 Satz 4 der 15. CoBeLVO). Wer vorsätzlich oder fahrlässig die Maskenpflicht nicht einhält, begeht eine Ordnungswidrigkeit (§ 24 Satz 1 Nr. 7 der 15. CoBeLVO). Hinsichtlich des Umgangs mit Stimmberechtigten, die das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung beim Betreten des Wahlraums verweigern, wird auf die Handlungsempfehlungen des Landeswahlleiters vom 15. Dezember 2020, Az.: 11 602.31 (s. Anlage) verwiesen.
5. Personen, die eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen oder von dieser Pflicht durch ärztliches Attest nachweislich befreit sind, darf der Zugang zum Wahlraum auch bei leichten Symptomen einer Atemwegsinfektion (insbesondere Husten und Erkältungssymptome) nicht verwehrt werden.

IV. Wahlhandlung

1. In Ausübung ihres Amtes dürfen die Mitglieder des Wahlvorstandes ihr Gesicht nicht verhüllen (§ 12 Abs. 5 Satz 2 i. V. m. § 13 Abs. 6 Satz 2 LWahlG, § 26 Abs. 4 i. V. m. § 8 Abs. 4 Satz 2 KWG). Die Pflicht, im Wahlraum eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen, gilt auch für die Mitglieder des Wahlvorstandes. Nach hiesiger Rechtsauffassung ist eine Mund-Nasen-Bedeckung keine Gesichtsverhüllung im Sinne der o. g. Vorschriften, so dass auch die Mitglieder des Wahlvorstandes eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen haben.
2. Die Stimmberechtigten sind verpflichtet, bei der Feststellung ihrer Identität mitzuwirken. Soweit erforderlich, sollten sie vor der Aushändigung des Stimmzettels aufgefordert werden, ihre Mund-Nasen-Bedeckung zur Identitätsfeststellung kurzfristig abzunehmen. Dabei ist der Mindestabstand von 1,5 Metern zu anderen im Raum befindlichen Personen einzuhalten. Der Wahlvorstand hat Wählern die Stimtabgabe solange zu verweigern, bis diese die zur Feststellung der Identität erforderlichen Mitwirkungshandlungen nachgeholt haben.
3. Auch in den Wahlräumen ist der Abstand von mindestens 1,5 Metern pro Person sicherzustellen. Maßnahmen zur Wahrung des Abstandsgebotes sind zu treffen, so z. B. angemessen ausgeschilderte Wegekonzepte möglichst mit Einbahnregelungen. Das Abstandsgebot von mindestens 1,5 Metern gilt auch für die Mitglieder des Wahlvorstandes untereinander.
4. Die Zahl der gleichzeitig anwesenden Mitglieder des Wahlvorstandes sollte auf die erforderliche Mindestanzahl reduziert werden.

V. Ergebnisermittlung

Die Ergebnisermittlung ist öffentlich, jedermann hat Zutritt. Für die Wahlbeobachter und die Mitglieder des Wahlvorstandes gelten die unter III. und IV. genannten Regelungen. Der Zugang von Wahlbeobachtern sollte nur beschränkt werden, wenn dadurch dauerhaft die Abstandsregelungen nicht eingehalten werden können und dadurch der Wahlvorstand gesundheitlichen Risiken ausgesetzt würde.

VI. Folgende besondere Hygienemaßnahmen werden empfohlen

1. Für die Mitglieder der Wahlvorstände sollten weitere geeignete Schutzmaßnahmen getroffen werden. Über die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung hinaus wird empfohlen, zum Schutz der Mitglieder des Wahlvorstandes Spuckschutzwände aufzustellen (zumindest für die Mitglieder, die unmittelbaren Kontakt zum Stimmberechtigten haben [Entgegennahme Wahlbenachrichtigung, Ausgabe der Stimmzettel]), sowie Schutzhandschuhe zur Verfügung zu stellen.
2. Alle Personen müssen sich vor dem Betreten des Wahlraums die Hände desinfizieren. Geeignete Desinfektionsspender sind vorzuhalten.
3. Die geltenden Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln (inkl. der allgemeinen Regeln des Infektionsschutzes wie „Niesetikette“, AHA-L-Regeln, Einordnung von Erkältungssymptomen etc.) sind durch geeignete Hinweisschilder kenntlich zu machen.
4. Es sind gezielte Maßnahmen zu treffen, um die Belastung der Wahlräume sowie der Zugangsbereiche mit Aerosolen zu minimieren. Alle Räumlichkeiten sind ausreichend zu belüften.
5. Nach der Stimmabgabe des Wählers ist der Tisch in der Wahlkabine zu desinfizieren.
6. Hinsichtlich der Verwendung von Schreibstiften für die Stimmabgabe gelten folgende Alternativen:
 - Der Wähler kann einen eigenen, mitgebrachten Schreibstift verwenden.
 - Es können die Schreibstifte im rotierenden Verfahren mit den Stimmzetteln aus- und zurückgegeben werden. Sie sind dann vor jedem erneuten Gebrauch zu desinfizieren.
 - Es kann jedem Wähler mit dem Stimmzettel ein Schreibstift ausgehändigt werden, den er anschließend mitnehmen darf oder der anschließend entsorgt wird. In den Wahlkabinen werden keine Schreibstifte ausgelegt.

VII. Information über Hygienemaßnahmen

Die Stimmberechtigten sollten rechtzeitig, umfassend und in geeigneter Weise über die für ihren Wahlraum getroffenen Hygienemaßnahmen informiert werden.

Gesetzentwurf

der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Kommunalwahlgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Das geltende Landeswahlrecht enthält nur im begrenzten Umfang Bestimmungen für die Fälle, in denen eine Wahl zum Landtag unter Bedingungen einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation vorbereitet und durchgeführt werden muss. So gelten bei Naturkatastrophen oder ähnlichen Ereignissen höherer Gewalt verspätet eingegangene Wahlbriefe unter bestimmten Voraussetzungen als rechtzeitig eingegangen. Wenn in einem Wahlkreis oder in einem Stimmbezirk infolge höherer Gewalt die Wahl zum Landtag nicht durchgeführt worden ist, soll eine Nachwahl spätestens drei Wochen nach dem Tag der Hauptwahl stattfinden.

Dagegen gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen, wenn die Wahl zum Landtag infolge einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation nicht im Wege der regulären Urnen- und Briefwahl stattfinden kann. Um das verfassungsrechtlich verankerte Prinzip der Periodizität der Landtagswahlen gemäß Artikel 83 Abs. 1 und 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz auch in solchen Notsituationen abzusichern, besteht gesetzlicher Regelungsbedarf.

Anlass für die gesetzlichen Regelungen ist die aktuelle COVID-19-Pandemie. So mussten in Rheinland-Pfalz wegen der COVID-19-Pandemie im Zeitraum von April bis Juni 2020 mehrere Kommunalwahlen auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Derzeit verschärft sich die COVID-19-Pandemie erneut deutschlandweit und auch in Rheinland-Pfalz. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei der nächsten Landtagswahl am 14. März 2021 die Durchführung der Urnen- und Briefwahl infolge der COVID-19-Pandemie nicht möglich ist. Aus diesem Grund sollen die hierzu erforderlichen gesetzlichen Grundlagen für die Möglichkeit einer Stimmabgabe im Wege einer ausschließlichen Briefwahl geschaffen werden. Diese Bestimmungen sollen jedoch nicht auf die aktuelle COVID-19-Pandemie begrenzt werden. So soll Vorsorge auch für andere Notsituationen getroffen werden. In der Zukunft können auch andere außergewöhnliche Notsituationen entsprechende Auswirkungen auf Wahlen zum Landtag haben.

Um angemessen auf verschiedene Gefahrenlagen angesichts der COVID-19-Pandemie reagieren zu können, kommen gesetzliche Bestimmungen für eine landesweite und eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl in Betracht. Bei Vorliegen einer gravierenden landesweiten Notsituation bedarf es für die Anordnung einer landesweiten ausschließlichen Briefwahl einer vom Landtag zu treffenden sondergesetzlichen Entscheidung.

Der vorgelegte Gesetzentwurf soll die Anordnung und Durchführung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation regeln. Im Landeswahlgesetz sollen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit die Stimmberechtigten in einer solchen regionalen Notsituation ihr Stimmrecht im Wege der ausschließlichen Briefwahl ausüben können.

Nach den verfassungsrechtlichen Prinzipien soll die Wahl im Wahllokal (Präsenzwahl) der Regelfall sein, da bei ihr den Grundsätzen der geheimen und öffentlichen

Wahl im besonderen Maße Rechnung getragen wird. Bei der Briefwahl ist hingegen die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen und die Integrität der Wahl nicht im gleichen Maße gewährleistet wie bei der Urnenwahl. Aus diesem Grund soll die Briefwahl eine Ausnahme bleiben. Die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl wird folglich nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen nur dann als zulässig angesehen, wenn sie auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung stattfindet, die hierfür enge Tatbestandsvoraussetzungen normiert.

Angesichts der aktuellen COVID-19-Pandemie wird ferner das Erfordernis der Unterstützungsunterschriften nach den geltenden landeswahlrechtlichen Bestimmungen für die Landtagswahl am 14. März 2021 nicht als angemessen angesehen. Seit dem 2. November 2020 gelten bundesweit und somit auch in Rheinland-Pfalz strenge Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, die den Wahlvorschlagsträgern die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften erschweren. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Umstände besteht somit spezieller Regelungsbedarf für die anstehende Wahl zum Landtag am 14. März 2021.

Für Kommunalwahlen bestehen im Hinblick auf die ausschließliche Briefwahl vergleichbare Regelungsbedürfnisse wie für Landtagswahlen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass kommunale Wahlen, insbesondere von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie von Landrätinnen und Landräten, auch außerhalb von allgemeinen Kommunalwahlterminen stattfinden. Auch für den Tag der nächsten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 14. März 2021 sind solche Wahlen geplant.

B. Lösung

Die beabsichtigten Regelungen sollen im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Vorbereitung und Durchführung einer Landtagswahl ermöglichen. So sind zum einen zwei gesetzliche Instrumente, die ineinander greifen und sich ergänzen, vorgesehen, um eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl in einer Notsituation anzuordnen und durchführen zu können.

Da sich das Wahlverfahren einer ausschließlichen Briefwahl in wesentlichen Punkten von einer Urnen- und Briefwahl unterscheidet, soll die Landesregierung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen. Damit soll das Verfahren einer ausschließlichen Briefwahl rechtssicher und einheitlich geregelt werden.

Um im konkreten Einzelfall eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl durchführen zu können, ist eine gesetzliche Befugnis der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters zur Anordnung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl vorgesehen. Sie oder er kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium auf Antrag der Kreiswahlleiterin oder des Kreiswahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen unter engen Tatbestandsvoraussetzungen anordnen. Die Anordnung darf frühestens 45 Tage vor dem Wahltag getroffen werden, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass das öffentliche Leben am Wahltag in der betroffenen Region insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird und die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird. Schließlich muss die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Gebiet möglich sein.

Weiterhin soll angesichts der aktuellen COVID-19-Pandemie den nicht privilegierten Wahlvorschlagsträgern für die nächste Landtagswahl am 14. März 2021 die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften erleichtert werden. Eine angemessene Reduzierung der Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge, Landeslisten und Bezirkslisten wird aufgrund der zurzeit geltenden Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen als gerechtfertigt angesehen.

Schließlich soll eine redaktionelle Änderung des § 52 Abs. 3 Satz 1 des Landeswahlgesetzes vorgenommen werden.

C. Alternativen

Die Anordnung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl könnte von einer zusätzlichen Mitwirkung des Landtags oder einem unmittelbar demokratisch legitimierten Gremium vor Ort abhängig gemacht werden. Allerdings besteht dann die Gefahr, dass bei bestimmten Fallkonstellationen die Anordnung aus wahlorganisatorischen Gründen nicht mehr rechtzeitig erlassen werden kann.

D. Kosten

Das beabsichtigte Landesgesetz verursacht unmittelbar keine Haushaltsausgaben. Falls jedoch die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl anordnet, entstehen zusätzliche Ausgaben für den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte. Diese ergeben sich insbesondere aus den höheren Kosten für den Versand und den Rücklauf der Briefwahlunterlagen sowie für die Herstellung und den Versand für Informationsschreiben über die ausschließliche Briefwahl.

**Landesgesetz
zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des
Kommunalwahlgesetzes**

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Landeswahlgesetzes in der Fassung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Juni 2020 (GVBl. S. 240), BS 1110-1, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 34 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Abweichend von § 34 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jeder Wahlkreisvorschlag von mindestens 50 Stimmberechtigten des Wahlkreises persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein.“

2. Dem § 35 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Abweichend von § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jede Landesliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Landes, jede Bezirksliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Bezirks persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie es der Anzahl von Wahlkreisen im Lande, für Bezirkslisten im Bezirk, vervielfacht mit 10, entspricht.“

3. In § 52 Abs. 3 Satz 1 wird die Verweisung „§ 59 Abs. 3 Satz 2“ durch die Verweisung „§ 59 Abs. 4 Satz 2“ ersetzt.

4. § 88 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.

b) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Die Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des Kreiswahlleiters die

ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass

1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis möglich sein wird.

Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Volksentscheiden.“

5. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 2

Das Kommunalwahlgesetz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 297), BS 2021-1, wird wie folgt geändert:

§ 76 wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift werden nach dem Wort „Ausführungsbestimmungen“ die Worte „und Bestimmungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl“ angefügt.
2. Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Das fachlich zuständige Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Der Landeswahlleiter kann im Binnvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation auf Antrag des zuständigen Wahlleiters die ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder kommunalen Gebietskörperschaften frühestens 45 Tage vor dem Wahltag anordnen, wenn aufgrund der bisherigen Entwicklung davon auszugehen ist, dass

1. das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird,
2. die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird und
3. die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft möglich sein wird.

Die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl ist vom Landeswahlleiter unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

(4) Absatz 3 gilt entsprechend für die Durchführung von Bürgerentscheiden.“

3. Die Inhaltsübersicht wird entsprechend der vorstehenden Bestimmung geändert.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nr. 1 und 2 tritt mit Ablauf des 14. März 2021 außer Kraft.

Begründung

A. Allgemeines

Das Recht zu wählen und gewählt zu werden, gehört zu den unabdingbaren und elementaren Grundrechten in einer Demokratie. Um dieses Recht der Wählerinnen und Wähler zu sichern, ist das Landeswahlrecht – wie andere Wahlrechte auch – von strengen formalen Voraussetzungen, nach denen eine Wahl vorzubereiten und durchzuführen ist, geprägt. Die geltenden landeswahlrechtlichen Bestimmungen sehen von Ausnahmen abgesehen keine Möglichkeiten vor, dass die Wahl zum Landtag unter den Bedingungen einer Naturkatastrophe oder einer ähnlichen Notsituation stattfinden kann. Die aktuelle COVID-19-Pandemie hat die Notwendigkeit solcher gesetzlichen Regelungen aufgezeigt. So kann derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass infolge der COVID-19-Pandemie das öffentliche Leben in Rheinland-Pfalz weitgehend zum Erliegen kommt und damit auch die Landtagswahl am 14. März 2021 nicht im Wege der Urnen- und Briefwahl durchgeführt werden kann. Auch zukünftige Wahlen zum Landtag können von Naturkatastrophen oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen betroffen sein. Ferner ist aufgrund der geltenden Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen infolge der COVID-19-Pandemie den Wahlvorschlagsträgern die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die Landtagswahl am 14. März 2021 erschwert.

Wesentliches Ziel des Gesetzentwurfs ist zum einen die Schaffung der erforderlichen gesetzlichen Grundlagen, um in solchen Notsituationen die Ausübung des Stimmrechts regional begrenzt im Wege der ausschließlichen Briefwahl zu ermöglichen. Es soll Vorsorge dafür getroffen werden, dass es krisenbedingt nicht zu einer Verletzung des verfassungsrechtlichen Prinzips der Periodizität von Landtagswahlen nach Artikel 83 Abs. 1 und 2 der Verfassung für Rheinland-Pfalz kommt. Aus diesem Grund soll die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium befugt werden, auf Antrag der Kreiswahlleiterin oder des Kreiswahlleiters eine ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen unter engen Tatbestandsvoraussetzungen anzuordnen. Da eine ausschließliche Briefwahl umfangreiche Ausführungsregelungen erfordert, soll zudem die Landesregierung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen.

Auch derzeit besteht die Möglichkeit, das Stimmrecht bei der Landtagswahl im Wege der Briefwahl auszuüben. So haben die Stimmberechtigten nach den geltenden Bestimmungen das Recht, an der Landtagswahl im Wahllokal (Präsenzwahl) oder im Wege der Briefwahl teilzunehmen. Die landeswahlrechtlichen Bestimmungen sehen dementsprechend die Ausübung des Stimmrechts durch Briefwahl auf Antrag vor. Nach den verfassungsrechtlichen Prinzipien soll die Wahl im Wahllokal (Präsenzwahl) jedoch der Regelfall sein, da bei ihr den Grundsätzen der geheimen und öffentlichen Wahl im besonderen Maße Rechnung getragen wird. Bei der Briefwahl ist hingegen die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen und die Integrität der Wahl ist nicht im gleichen Maße gewährleistet wie bei der Urnenwahl. Aus diesem Grund soll die Briefwahl die Ausnahme bleiben. Die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl wird folglich nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen nur als zulässig angesehen, wenn sie auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung stattfindet, die hierfür entsprechenden Tatbestandsvoraussetzungen normiert.

Die Stimmberechtigten sollen bei der ausschließlichen Briefwahl die Briefwahlunterlagen von Amts wegen übersandt oder überbracht bekommen. Sie können ihr Stimmrecht dann im Wege der Briefwahl ausüben. Die Durchführung der Wahl zum Landtag ausschließlich als Briefwahl dient dem Ziel, eine möglichst umfassende Wahlbeteiligung zu erreichen und damit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl Rechnung zu tragen. Sie ist gerechtfertigt, wenn eine Notsituation vorliegt, die das öffentliche Leben weitgehend zum Erliegen bringen und die Stimmabgabe in Wahlräumen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich machen wird. Die Gründe können beispielsweise infolge eines Hochwasser- oder Brandschadensereignisses oder bei strengen Ausgangssperren aufgrund eines Infektionsgeschehens infolge einer Pandemie gegeben sein.

Weiterhin soll den nicht privilegierten Wahlvorschlagsträgern die Einreichung ihrer Wahlvorschläge erleichtert werden, indem die Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge, Landeslisten und Bezirkslisten angemessen reduziert wird.

Durch die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen entstehen unmittelbar keine zusätzlichen Haushaltsausgaben. Falls jedoch die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter auf der Grundlage der gesetzlichen Regelung die Durchführung der Wahl regional begrenzt als ausschließliche Briefwahl anordnet, fallen zusätzliche Ausgaben insbesondere durch die Hin- und Rückbeförderung der Wahlbriefunterlagen und die Herstellung und Versendung von Informationsschreiben über die ausschließliche Briefwahl an.

Für Kommunalwahlen bestehen vergleichbare Regelungsbedürfnisse hinsichtlich der regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl wie für Landtagswahlen. Da es für Kommunalwahlen nicht nur allgemeine Wahltermine, sondern regelmäßig auch einzelne Wahltermine, insbesondere für die Wahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie von Landrätinnen und Landräten, gibt, ist die Gefahr, dass solche Wahlen von einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation betroffen sind, größer als bei einer Landtagswahl. Durch die Möglichkeit, die Wahl ausschließlich als Briefwahl durchzuführen, können Wahlabsagen nach § 65 a des Kommunalwahlgesetzes (KWG) vermieden werden. Vor diesem Hintergrund werden die für das Landeswahlgesetz vorgeschlagenen Neuregelungen – punktuell angepasst – auch für das Kommunalwahlgesetz vorgeschlagen. Die bei Kommunalwahlen entstehenden zusätzlichen Ausgaben trägt die kommunale Gebietskörperschaft, für die die Wahl durchgeführt wird.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Artikel 1

Zu Nummer 1

Der neue § 34 Abs. 4 LWahlG trifft eine spezielle Regelung für die anstehende Wahl zum Landtag am 14. März 2021, in dem er die Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge reduziert. Damit soll den besonderen Umständen aufgrund der aktuellen COVID-19-Pandemie Rechnung getragen werden.

Nach dem geltenden Landeswahlgesetz benötigen Wahlvorschlagsträger, die seit der letzten Wahl weder im Deutschen Bundestag noch im Landtag von Rheinland-Pfalz ununterbrochen mit einem eigenen Wahlvorschlag vertreten sind, für die Zulassung von Wahlvorschlägen für die Wahl zum Landtag den Nachweis von Unterstützungsunterschriften von im Zeitpunkt der Unterzeichnung stimmberechtigten Personen. Wahlkreisvorschläge müssen von mindestens 125 Stimmberechtigten des Wahlkreises, in den Fällen des § 25 Abs. 3 LWahlG von wenigstens 50 Stimmberechtigten des Wahlkreises, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein (§ 34 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 LWahlG). Für Wahlvorschlagsträger, die im Landtag oder im Deutschen Bundestag seit deren letzter Wahl ununterbrochen vertreten sind, gelten die Unterschriftenquoten nicht.

Das Bundesverfassungsgericht und ihm folgend die Verfassungsgerichtsbarkeit der Länder erkennen in ständiger Rechtsprechung an, dass Zulassungsbedingungen zur Wahl aufgestellt werden können und dass ein angemessenes Unterschriftenquorum bei der Einreichung von Wahlvorschlägen mit den Wahlrechtsgrundsätzen des Artikels 38 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG), insbesondere der formalen Wahlrechtsgleichheit und der Wettbewerbschancengleichheit der Parteien, sowie der Garantie des passiven Wahlrechts im Sinne der Artikel 21 Abs. 1 und 38 Abs. 2 GG vereinbar ist. Unterstützungsunterschriften sollen insbesondere sicherstellen, dass nur solche Wahlvorschläge eingereicht werden, die ernst zu nehmen sind (BVerfGE 82, 353, 364). Im Interesse der Durchführbarkeit der Wahlen muss zumindest eine gewisse Vermutung dafür bestehen, dass hinter jedem Wahlvorschlag in dem jeweiligen Kreis oder Land eine politische Gruppe steht, die sich mit diesem Vorschlag am Wahlkampf zu beteiligen wünscht, oder dass politisch Interessierte ihm ernsthaft die Chance einräumen wollen, die in der Beteiligung am Wahlkampf liegt (BVerfGE 4, 375, 382). Der Gesetzgeber hat jedoch stets die verfassungsrechtliche Legitimation des Unterschriftenerfordernisses und dessen Höhe im Blick zu halten und bei gravierenden Veränderungen der tatsächlichen Gegebenheiten oder wenn die mit der Regelung beabsichtigte Wirkung verfehlt wird, Korrekturen oder Änderungen vorzunehmen.

Im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl am 14. März 2021 liegen solche gravierende Veränderungen der tatsächlichen Gegebenheiten vor. Aktuell hat sich das Infektionsgeschehen in Rheinland-Pfalz drastisch verschärft. Es gelten strenge Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, um das Infektionsgeschehen durch die COVID-19-Pandemie einzudämmen und zu vermindern. Diese Gebote und Verbote erschweren den Wahlvorschlagsträgern die Sammlung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften. Die Wahlkreisvorschläge mit der erforderlichen Zahl von Unterstützungsunterschriften müssen für die Landtagswahl am 14. März 2021 spätestens am 29. Dezember 2020 um 18 Uhr bei der zuständigen Kreiswahlleiterin oder dem zuständigen Kreiswahlleiter eingereicht werden (§ 36 LWahlG). Nach den derzeitigen Erkenntnissen ist nicht absehbar, dass sich das Infektionsgeschehen kurzfristig in dem Maße verbessern wird, dass die Wahlvorschlagsträger ohne Einschränkungen und Behinderungen in der noch verbleibenden Zeit die erforderlichen Unterstützungsunterschriften sammeln können.

Aus diesem Grund soll durch den neuen § 34 Abs. 4 LWahlG die Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für die anstehende Wahl zum Landtag am 14. März 2021 angemessen reduziert werden. Anstelle von 125 Unterstützungsunterschriften muss der nicht privilegierte Wahlvorschlagsträger mindestens 50 Unterstützungsunterschriften von Stimmberechtigten des Wahlkreises für einen Wahlkreisvorschlag sammeln und einreichen.

Die Absenkung der Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften steht auch nicht im Widerspruch zum Grundsatz der formalen Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien. Die aktuelle COVID-19-Pandemie ist eine Notsituation, die die Reduzierung der Zahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften in einer besonderen Ausnahmesituation rechtfertigt. Zwar kann es bereits einige Wahlvorschlagsträger geben, die die notwendigen Unterstützungsunterschriften für ihre Wahlvorschläge gesammelt haben. Diese Wahlvorschlagsträger werden jedoch im Ergebnis nicht benachteiligt.

Zu Nummer 2

Für die anstehende Wahl zum Landtag am 14. März 2021 soll der neue § 35 Abs. 5 LWahlG im Gleichklang mit der beabsichtigten Absenkung der Zahl der Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge die Zahl der Unterstützungsunterschriften für Landeslisten und Bezirkslisten reduzieren. Das Bedürfnis für eine solche Reduzierung gilt angesichts der aktuellen Corona-Pandemie ebenso für Landeslisten und Bezirkslisten. Für die Landtagswahl am 14. März 2021 müssen Landeslisten und Bezirkslisten mit der erforderlichen Zahl von Unterstützungsunterschriften beim Landeswahlleiter spätestens – wie Wahlkreisvorschläge – am 29. Dezember 2020 um 18 Uhr eingereicht werden (§ 36 LWahlG). Auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 1 wird verwiesen.

Abweichend von § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 LWahlG muss für die Landtagswahl am 14. März 2021 jede Landesliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Landes, jede Bezirksliste von mindestens so viel Stimmberechtigten des Bezirks persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein, wie es der Anzahl von Wahlkreisen im Lande, für Bezirkslisten im Bezirk, vervielfacht mit 10, entspricht (§ 35 Abs. 5 LWahlG). Damit wird die Zahl der Unterstützungsunterschriften im Vergleich zur Regelung gemäß § 35 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 LWahlG auf ein Viertel reduziert. Da das Land in 52 Wahlkreise eingeteilt ist (§ 9 LWahlG), müssen für eine Landesliste anstelle von regulär 2080 Unterstützungsunterschriften nunmehr 520 Unterstützungsunterschriften eingereicht werden. Eine entsprechende Reduzierung erfolgt auch für Bezirkslisten. Beispielsweise sind für den Bezirk 1 – anstelle von 560 Unterstützungsunterschriften – 140 Unterstützungsunterschriften für die Einreichung einer entsprechenden Bezirksliste erforderlich, da dieser Bezirk 14 Wahlkreise umfasst.

Zu Nummer 3

In § 52 Abs. 3 Satz 1 LWahlG erfolgt eine redaktionelle Änderung. Durch das Neunte Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes (LWahlG) vom 3. Juni 2020 (GVBl. S. 240) wurde in § 59 LWahlG ein neuer Absatz 3 eingefügt. Der bisherige Absatz 3 wurde Absatz 4. Die Verweisung in § 52 Abs. 3 Satz 1 LWahlG ist daher entsprechend anzupassen.

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

Die Überschrift wird an den erweiterten Inhalt der Bestimmung angepasst.

Zu Buchstabe b

Der neu eingefügte § 88 Abs. 3 LWahlG enthält gesetzliche Bestimmungen, um im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation eine regional begrenzte ausschließliche Briefwahl vorbereiten und durchführen zu können. Sie bestehen zum einen in einer Verordnungsermächtigung der Landesregierung zum Erlass der erforderlichen Regelungen zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl und einer Befugnis der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters zur Anordnung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl. Mit den Bestimmungen soll gewährleistet werden, dass in außergewöhnlichen Notsituationen die Wahl zum Landtag ordnungsgemäß und rechtssicher im Wege einer ausschließlichen Briefwahl durchgeführt werden kann. Die beiden Bestimmungen ergänzen sich und sind nur im Zusammenhang anzuwenden. Die Voraussetzungen für die Anordnung einer regional begrenzten ausschließlichen Briefwahl und das dann anzuwendende Wahlverfahren sollen damit eindeutig und landeseinheitlich geregelt werden.

§ 88 Abs. 3 Satz 1 LWahlG ermächtigt die Landesregierung, durch Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für Fälle einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen.

Die Rechtsverordnung kann unabhängig von einer konkreten Gefahrenlage erlassen werden. Der vorherige Erlass der Rechtsverordnung ist auch erforderlich, da eine ordnungsgemäße und rechtssichere Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl umfangreiche Ausführungsregelungen erfordert. Zwar besteht bereits derzeit die Möglichkeit, das Stimmrecht bei der Landtagswahl im Wege der Briefwahl auszuüben. So haben die Stimmberechtigten nach den geltenden Bestimmungen das Recht, an der Landtagswahl im Wahllokal (Präsenzwahl) oder im Wege der Briefwahl teilzunehmen. Die landeswahlrechtlichen Bestimmungen sehen dementsprechend die Ausübung des Stimmrechts durch Briefwahl auf Antrag vor. Zur Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl sind jedoch ergänzende und abweichende Bestimmungen erforderlich. Auf der Grundlage der Verordnungsermächtigung gemäß § 88 Abs. 3 Satz 1 LWahlG ist beabsichtigt, insbesondere folgende Regelungen zu erlassen:

- Verfahren zur Ausübung des Stimmrechts ausschließlich im Wege der Briefwahl,
- Erteilung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen von Amts wegen,
- Bildung von Briefwahlvorständen anstelle von Wahlvorständen,
- Bekanntmachung über die ausschließliche Briefwahl,
- Information der Stimmberechtigten über die Stimmabgabe im Wege der ausschließlichen Briefwahl,
- Ermittlung des Wahlergebnisses durch die Briefwahlvorstände am Wahlabend.

Beim Erlass der Rechtsverordnung ist zu berücksichtigen, dass die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl für einzelne Stimmbezirke oder Wahlkreise auch noch kurzfristig vor dem Wahltermin möglich sein soll. Deshalb wird es erforderlich sein, in der Rechtsverordnung auch Regelungen für ein vereinfachtes ausschließliches Briefwahlverfahren vorzusehen.

§ 88 Abs. 3 Satz 1 und 2 LWahlG enthält jeweils die Begriffe einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation. Die Begriffe entsprechen den Tatbestandsvoraussetzungen des § 65 a KWG, der die Absage und Neuwahl von Wahlen der Bürgermeisterinnen, Bürgermeister, Landrätinnen, Landräte, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher regelt. Die Regelung ist infolge der Auswirkungen der im Frühjahr 2020 aufgetretenen COVID-19-Pandemie durch das Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer Vorschriften vom 26. Juni 2020 (GVBl. S. 297) in das Kommunalwahlgesetz eingefügt worden.

Die zu erlassende Rechtsverordnung der Landesregierung findet nur Anwendung, wenn die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter eine ausschließliche Briefwahl nach § 88 Abs. 3 Satz 2 LWahlG anordnet. Regelungsinhalt der Anordnung ist die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl in einzelnen Stimmbezirken oder Wahlkreisen.

Falls die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter eine ausschließliche Briefwahl anordnet, entfällt für die Stimmberechtigten die Möglichkeit, im Wahlraum ihres Stimmbezirks zu wählen. Da die Wahl im Wahllokal jedoch als Regelfall vorgesehen ist, darf die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl nur unter eng begrenzten gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen erfolgen. Damit soll den verfassungsrechtlichen Vorgaben für eine Briefwahl Rechnung getragen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 9. Juli 2013 (BVerfGE 134, 25, 30 f.) grundsätzlich zur Zulässigkeit der Briefwahl Stellung genommen. Bei der Briefwahl sei die öffentliche Kontrolle der Stimmabgabe zurückgenommen und die Integrität der Wahl nicht im gleichen Maße gewährleistet wie bei der Urnenwahl. Die Zulassung der Briefwahl diene aber dem Zweck, eine möglichst umfassende Wahlbeteiligung zu erreichen und damit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl Rechnung zu tragen. Der Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl stelle – jedenfalls im Zusammenhang

mit der Briefwahl – eine zu den Grundsätzen der Freiheit, Geheimheit und Öffentlichkeit der Wahl gegenläufige verfassungsrechtliche Grundentscheidung dar, die grundsätzlich geeignet ist, Einschränkungen anderer Grundentscheidungen der Verfassung zu rechtfertigen. In diesem Zusammenhang sei es zwar Sache des Gesetzgebers, bei der Ausgestaltung des Wahlrechts die kollidierenden Grundentscheidungen einem angemessenen Ausgleich zuzuführen. Dabei müsse er jedoch dafür Sorge tragen, dass keiner der Wahlrechtsgrundsätze unverhältnismäßig eingeschränkt oder in erheblichem Umfang leer zu laufen droht.

Unter Berücksichtigung dieser verfassungsrechtlichen Vorgaben kann die Durchführung einer Wahl als ausschließliche Briefwahl nur auf der Grundlage einer gesetzlichen Bestimmung erfolgen. Sie ist gerechtfertigt, um in einer Notsituation den Stimmberechtigten die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen und damit dem Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl Rechnung zu tragen. Falls die im neuen § 88 Abs. 3 Satz 2 LWahlG beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, besteht die konkrete Gefahr, dass es zu einer Verletzung des Prinzips der Periodizität der Landtagswahl sowie in der Folge zu einer erheblichen Störung des Verfassungslebens und der demokratischen Legitimationszusammenhänge kommt. Diese besonderen Umstände rechtfertigen eine Einschränkung anderer Grundentscheidungen der Verfassung. Der Landesgesetzgeber hat durch die gesetzlichen Bestimmungen sicherzustellen, dass diese anderen Grundentscheidungen soweit wie möglich Beachtung finden.

Nach § 88 Abs. 3 Satz 2 LWahlG kann die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium die Anordnung über die Durchführung der ausschließlichen Briefwahl auf Antrag der Kreiswahlleiterin oder des Kreiswahlleiters treffen, wenn die Tatbestandsvoraussetzungen der Bestimmung vorliegen. Die gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen müssen dabei kumulativ gegeben sein.

Die Anordnung darf frühestens 45 Tage vor dem Wahltag erfolgen. Mit der Frist soll den divergierenden Belangen bei der Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl Rechnung getragen werden. Durch die Zeitnähe zum Wahltag soll im Interesse des Rechtsstaatsprinzips gewährleistet werden, dass eine gesicherte Prognose abgegeben werden kann, ob am Wahltag die gesetzlichen Tatbestandsvoraussetzungen für eine ausschließliche Briefwahl vorliegen. Die Prognoseentscheidung muss dabei auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung getroffen werden. Auf der anderen Seite soll die Regelung sicherstellen, dass auch bei einer ausschließlichen Briefwahl sämtliche Stimmberechtigten ohne Schwierigkeiten und zeitlichen Druck ihr Stimmrecht ausüben können. Hierbei sind wahlpraktische Erwägungen und Zeitabläufe zu beachten. Den Gemeindeverwaltungen ist ein angemessener Zeitraum zur Verfügung zu stellen, um die ausschließliche Briefwahl ordnungsgemäß und rechtssicher durchführen zu können. Im Einzelnen haben die betroffenen Gemeindeverwaltungen nach der Erstellung der Wählerverzeichnisse (spätestens 42 Tage vor dem Wahltag) die Wahlscheine für sämtliche Stimmberechtigten auszudrucken, die Stimmzettel in die Stimmzettelumschläge zu kuvertieren, die Briefwahlunterlagen zu adressieren und von Amts wegen an die Stimmberechtigten zu übersenden oder zu überbringen. Die Stimmberechtigten benötigen ausreichend Zeit, den Stimmzettel und Wahlschein auszufüllen und die Briefwahlunterlagen rechtzeitig an eine der zuständigen Stellen zurückzusenden. Dabei sind die Beförderungszeiten für die Briefwahlunterlagen zu berücksichtigen.

Die Regelung der 45 Tage-Frist eröffnet der Landeswahlleiterin oder dem Landeswahlleiter einen gewissen zeitlichen Gestaltungsspielraum, um abhängig von der konkreten Gefahrenlage entscheiden zu können, wann eine ausschließliche Briefwahl angeordnet werden soll. Je nach dem Zeitpunkt der Anordnung soll dann ein abgestuftes Verfahren zur Durchführung der ausschließlichen Briefwahl erfolgen. Das jeweilige Verfahren soll in der noch zu erlassenden Rechtsverordnung geregelt werden.

Maßgebend für die Ausgestaltung des anzuwendenden Verfahrens ist dabei, welcher Zeitraum noch bis zum Wahltag zur Verfügung steht. Je weniger Zeit gegeben ist, desto einfacher muss das Verfahren unter Beachtung der zwingenden Vorgaben gestaltet werden. Sofern bereits 45 Tage vor dem Wahltag die Anordnung einer ausschließlichen Briefwahl erfolgt, soll beispielsweise im Interesse der Transparenz des Wahlverfahrens bestimmt werden, dass sämtliche Stimmberechtigten frühzeitig durch ein Informationsschreiben über die ausschließliche Briefwahl informiert werden. Wird hingegen die ausschließliche Briefwahl drei oder zwei Wochen vor dem Wahltag angeordnet, müsste wegen des Zeitablaufs auf ein solches Informationsschreiben für die Stimmberechtigten verzichtet werden.

Nach § 88 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 LWahlG ist Voraussetzung, dass das öffentliche Leben am Wahltag in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis insgesamt weitgehend zum Erliegen gekommen sein wird. Dies kann beispielsweise bei strikten Ausgangssperren der Fall sein, nach denen Schulen, Kindergärten, Geschäfte und Lokale geschlossen werden müssen.

Ferner wird nach § 88 Abs. 3 Satz 2 Nr. 2 LWahlG vorausgesetzt, dass die Stimmabgabe in Wahlräumen am Wahltag wegen erheblicher gesundheitlicher Gefahren oder anderer erheblicher Gefahren für hochwertige Rechtsgüter aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich sein wird. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, bestimmt sich im Einzelfall in einer Gesamtschau nach objektiven Kriterien. Tatsächliche Unmöglichkeit kann gegeben sein, wenn beispielsweise infolge eines Hochwasser- oder Brandschadensereignisses die Stimmberechtigten das Wahllokal nicht mehr aufsuchen können. Rechtliche Unmöglichkeit kann bei strikten Ausgangssperren infolge einer Pandemie zu bejahen sein. Bei einem Ereignis wie der aktuellen COVID-19-Pandemie ist in erster Linie die konkrete epidemiologische Lage in dem betroffenen Gebiet maßgebend. Die epidemiologische Lage muss quantitativ und qualitativ dargelegt werden. Die epidemiologische Kennziffer der Infizierten ist dabei allein nicht ausschlaggebend.

§ 88 Abs. 3 Satz 2 Nr. 3 LWahlG setzt voraus, dass die Durchführung einer ausschließlichen Briefwahl in dem betroffenen Stimmbezirk oder Wahlkreis möglich ist. Damit eine ausschließliche Briefwahl stattfinden kann, benötigen die Gemeindeverwaltungen einen angemessenen Zeitraum, um die umfangreichen organisatorischen und wahlpraktischen Maßnahmen vorbereiten und durchführen zu können. Insbesondere bei Naturkatastrophen oder anderen außergewöhnlichen Notsituationen kann es aber zu plötzlichen, nicht vorhersehbaren Gefahrenlagen kommen, die dazu führen, dass auch die ausschließliche Briefwahl aus wahlpraktischen Anforderungen und zeitlichen Gründen nicht durchgeführt werden kann. Es scheidet dann die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl aus.

In diesen Fällen kann die Durchführung einer Nachwahl in Betracht kommen. Nach § 51 Abs. 1 Nr. 1 LWahlG findet eine Nachwahl statt, wenn in einem Wahlkreis oder in einem Stimmbezirk die Wahl nicht durchgeführt worden ist. Sie soll in diesem Fall spätestens drei Wochen nach der ausgefallenen Hauptwahl stattfinden (§ 51 Abs. 2 Satz 1 LWahlG). Mit der Möglichkeit der Nachwahl soll auf unvorhergesehene unbeeinflussbare Ereignisse angemessen und flexibel reagiert werden können. Die Nachwahl kommt jedoch nur als nachrangige Möglichkeit in Betracht, da gravierende Nachteile mit ihr verbunden sind. Die von der Nachwahl betroffenen Stimmberechtigten können in Kenntnis des Wahlausgangs der Hauptwahl – insbesondere bei knappen Wahlentscheidungen – durch taktisches Stimmabgabeverhalten das Wahlergebnis stärker beeinflussen als die übrige Wählerschaft. Ferner besteht durch die Soll-Vorschrift gemäß § 51 Abs. 2 Satz 1 LWahlG nur ein Zeitraum von drei Wochen zur Verfügung, in dem die Nachwahl durchgeführt werden soll.

Die Anordnung der ausschließlichen Briefwahl steht im Ermessen der Landeswahlleiterin oder des Landeswahlleiters. Bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit hat sie oder er zu ermitteln und darzulegen, ob es wirksame, aber weniger einschneidende Mittel als die Anordnung einer

ausschließlichen Briefwahl gibt. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass sich das Ermessen bei Vorliegen bestimmter Tatbestandsvoraussetzungen zu einer gebundenen Entscheidung reduzieren kann.

Nach § 88 Abs. 3 Satz 3 LWahlG hat die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter die Anordnung über die ausschließliche Briefwahl unverzüglich öffentlich bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt nach § 88 Abs. 1 Satz 1 bis 3 der Landeswahlordnung.

Der neu eingefügte § 88 Abs. 4 LWahlG bestimmt, dass die Bestimmungen über die ausschließliche Briefwahl für Wahlen entsprechend für Volksentscheide gelten.

Zu Nummer 5

Anpassung des Inhaltsverzeichnisses.

Zu Artikel 2

Zu Nummer 1

Die Überschrift wird an den erweiterten Inhalt der Bestimmung angepasst.

Zu Nummer 2

Für Kommunalwahlen bestehen im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation vergleichbare Regelungsbedürfnisse wie bei Landtagswahlen. Nach den geltenden kommunalwahlrechtlichen Bestimmungen erfolgt bei Kommunalwahlen die Stimmabgabe im Regelfall in Wahlräumen durch Einwurf des Stimmzettels in die Wahlurne. Als Ausnahme ist die Stimmabgabe im Wege der Briefwahl möglich; sie setzt jedoch die Beantragung eines Wahlscheins voraus (§ 14 KWG).

Um im Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Ausübung des Wahlrechts im Wege der ausschließlichen Briefwahl zu ermöglichen, ist beabsichtigt, die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen im Kommunalwahlgesetz zu schaffen. Der neue § 76 Abs. 3 Satz 1 KWG soll das fachlich zuständige Ministerium ermächtigen, durch eine Rechtsverordnung von den Bestimmungen über die Stimmabgabe in Wahlräumen und die Durchführung der Briefwahl abweichende Regelungen zu erlassen, um für den Fall einer Naturkatastrophe oder einer anderen außergewöhnlichen Notsituation die Durchführung der Wahl als ausschließliche Briefwahl zu ermöglichen. Die Regelung entspricht weitgehend dem § 88 Abs. 3 Satz 1 LWahlG. Abweichend soll bei Kommunalwahlen nicht die Landesregierung, sondern das fachlich zuständige Ministerium die Rechtsverordnung erlassen.

Nach § 76 Abs. 3 Satz 2 KWG kann die Landeswahlleiterin oder der Landeswahlleiter im Einvernehmen mit dem fachlich zuständigen Ministerium auf Antrag der zuständigen Wahlleiterin oder des zuständigen Wahlleiters in einzelnen Stimmbezirken oder kommunalen Gebietskörperschaften die ausschließliche Briefwahl unter eng bestimmten Tatbestandsvoraussetzungen anordnen.

Der neue § 76 Abs. 4 KWG schafft die Möglichkeit, Bürgerentscheide ausschließlich im Wege der Briefabstimmung nach den für Wahlen festgelegten Regelungen durchzuführen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Begründung zu Artikel 1 Nr. 4 verwiesen.

Zu Nummer 3

Anpassung des Inhaltsverzeichnisses.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung regelt das Inkrafttreten des Gesetzes. Ferner wird festgelegt, dass die Bestimmungen über Unterstützungsunterschriften mit Ablauf des Wahltags für die Wahl des 18. Landtags am 14. März 2021 außer Kraft treten.

Für die Fraktion
der SPD:
Martin Haller

Für die Fraktion
der CDU:
Martin Brandl

Für die Fraktion
der FDP:
Marco Weber

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

Drs. 7/2043

THÜR. LANDTAG POST

28.01.2021 10:33

Zu 771 983

Formblatt zur Datenerhebung

249312021

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>MLPD Landesverband Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Rietzstraße 1A</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99089 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		MLPD Landesverband Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rietzstraße 1A	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		MLPD Landesverband Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rietzstraße 1A									
Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Landesvorsitzender MCD Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Die vorgeschlagene Anzahl an abzugebenden Unterstützungsunterschriften für kleine Parteien ist für diese kaum leistbar. Wir fordern eine deutliche Reduzierung bzw. deren Abschaffung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 14. 1. 21	

THUR. LANDTAG POST
15.01.2021 07:04

1024/2021



MLPD | Riethstr. 1A | 99089 Erfurt

An den Thüringer Landtag

Jürgen-Fuchs-Str.1

99096 Erfurt

14.01.21

Drs. 7/2043

Schriftliche Stellungnahme der MLPD Thüringen zum Anhörungsverfahren zum Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/2043 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

In meiner Funktion als Landesvorsitzender und in Vertretung der MLPD Thüringen begrüßen wir die Initiative zur Anhörung über den Gesetzentwurf der drei Regierungsfractionen. Das Anliegen, zu überprüfen, wie auch unter Bedingungen der Corona-Pandemie die notwendige Neuwahl demokratisch durchgeführt werden kann, ist richtig. Das schließt ein, dass gesetzliche Auflagen an die Parteien für eine Wahlteilnahme entsprechend den besonderen Bedingungen und engen zeitlichen Grenzen reduziert bzw. in Frage gestellt werden.

Wir werden dazu auf folgende Fragestellungen, die sich zum Teil mit Fragestellungen der verschiedenen Fraktionen decken, besonders eingehen:

1. Die Wahlzulassung von Parteien, die bisher nicht im Bundestag oder einem Landtag vertreten sind, insbesondere die Unterschrifteinsammlung für Wahlkreisvorschläge und Landesliste
2. Die Fristen für verschiedene Prozesse der Wahlzulassung
3. Die Zulassung der Durchführung von Mitgliederversammlungen und besonderen Vertreterversammlungen auf dem Wege der elektronischen Kommunikation und abschließender Briefwahl

MLPD
Member of ICOR
Landesverband Thüringen

Riethstr. 1a
99089 Erfurt

TELEFON
0361-2300 3330

TELEFAX
0361-2300 0861

E-MAIL
thueringen@mlpd.de

WEB
www.mlpd.de

Landesvorsitzender

4. Die Durchführung der Landtagswahl in Teilgebieten oder im gesamten Land Thüringen als Briefwahl

Zu 1. (Quoren):

Neben unserer grundsätzlichen Position, dass wir generell solche Unterschriftenquoren als eine undemokratische Wahlbehinderung kleinerer Parteien kritisieren, muss unter den Bedingungen einer Neuwahl in der Corona-Pandemie dies um so mehr aufgeworfen werden. Wir teilen ausdrücklich nicht die Begründung des Gesetzentwurfes Punkt B zu §2 Zu Absatz 1, wo es heißt:

„Ein gänzlicher Verzicht auf die Unterschriftenquoren ist nicht angezeigt, weil die Zulassung der Kandidaten beziehungsweise der Landeslisten solcher Parteien voraussetzt, dass sie ein Mindestmaß an demokratischer Legitimation aufweisen können.“

Parteien, die wie die MLPD bei der letzten Landtagswahl angetreten sind, haben diese Legitimation bereits erbracht, werden jetzt aber erneuten Auflagen unterzogen.

Als Internationalistische Liste/MLPD sind wir bei der ordentlichen Landtagswahl 2019 mit einer Landesliste und Direktkandidaten in 35 von 44 Wahlkreisen angetreten. Es erforderte 8.750 beglaubigte Unterschriften von Wählern zur Unterstützung unserer Direktkandidaten und noch einmal 1000 beglaubigte Unterschriften für die Landesliste zu sammeln. Es ist allgemein bekannt, dass unsere Partei mit und nach der Wahl an Größe und gesellschaftlicher Relevanz weiter zugelegt hat, was selbst der aktuelle Verfassungsschutzbericht Thüringen bestätigt. Damit ist das „*Mindestmaß an demokratischer Legitimation*“ für eine Neuwahl, die auf dieser, der vergangenen Landtagswahl, aufbaut, längst gegeben. Würden wir von der gleichen Anzahl an Direktkandidaten unserer Partei ausgehen, müssten wir in einem ausgesprochen engen Zeitfenster (siehe Punkt 2 unserer Stellungnahme) auch bei einer Halbierung der Quoren noch 4625 Unterschriften sammeln. Bei einer Aufstellung von Kandidaten in allen Wahlkreisen wäre die Anforderung entsprechend noch höher. So entsteht bereits ein Druck auf die bisher im Landtag oder Bundestag nicht vertretenen Parteien, die Anzahl ihrer Wahlkreiskandidaten zu reduzieren, was eine unzulässige Wahlbehinderung darstellt.

Jede Unterschrift bedeutet eine Mehrzahl dessen an Gesprächen mit Bürgern, vorwiegend in Straßensammlungen. Bei der bereits laufenden Unterschriftensammlung zur Bundestagswahl tragen unsere Wahlhelfer selbstverständlich Masken. Aber der unter dem Gesichtspunkt der Pandemie, gebotene Abstand ist bei solchen Straßensammlungen nur schwerlich einzuhalten. Es bleibt bei aller Vorsicht ein erhöhtes Infektionsrisiko. Viele Menschen meiden in der Zeit nachvollziehbar Kontakte, Gespräche. Viele die aus politischer Übereinstimmung und/oder demokratischer Einstellung die Wahlzulassung unserer Partei unterstützen würden, werden unter den derzeitigen Bedingungen aus gesundheitlichen Erwägungen vor einer Unterschrift bei unseren Wahlhelfern zurückschrecken. Ist es da vertretbar, das das Gesetz überhaupt an Quoren festhält? Allein aus Verantwortung für die Gesundheit der Bevölkerung und die Wahlhelfer ist das zu verneinen. Wir erleben aktuell eine weiter steigende Zahl von Todesfällen und eine anhaltend hohe Zahl von Neuinfektionen – und das angesichts von lock-down incl Schließung der Kitas und Schulen. Die bestehenden und seit Beginn der Pandemie von unserer Partei massiv kritisierten Mängel im Gesundheitsschutz haben dazu geführt, dass die Betriebe und die Schulen und Kindergärten Treiber der Pandemie geworden waren. Die MLPD hat sehr früh ein Sofortprogramm entwickelt mit positiven Vorschlägen und klaren Forderungen zur Eindämmung der Infektionsgefahr, die in wesentlichen Teilen erst mit der Zeit oder in weiten Teilen auch bis heute nicht erfüllt sind.

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen beantragen wir, die Unterschriftenquoren (§22 und §29 Thüringer Landeswahlgesetz) für die Durchführung der Neuwahlen für alle Parteien und Vereinigungen auf antifaschistischer Grundlage, die bereits regelmäßig an Bundestags-Landtags- bzw. Kommunalwahlen teilgenommen und ihre Ernsthaftigkeit, an der politischen Willensbildung mitzuwirken unter Beweis gestellt haben, ersatzlos zu streichen.

Zweitens macht es das enge Zeitfenster für eine Sammlung, den zur Sammlung verpflichteten Parteien äußerst schwer, ihr Recht auf Wahlteilnahme wahrzunehmen. Es ist deshalb richtig dass, in den gemeinsamen Fragestellungen von DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufgeworfen

wird, ob ...die Absenkung der Unterschriftenquoren auf 50 von 100... ausreichend (sind)...um die zu gewährende Chancengleichheit zu garantieren...". Sollte unserem Antrag auf eine ersatzlose Streichung der Unterschriftenquoren nicht gefolgt werden, müssen sie über die 50 von 100 hinaus weiter deutlich abgesenkt werden.

Wir beantragen deshalb ersatzweise, das Unterschriftenquorum bei dieser Neuwahl auf 20 von 100 und damit 200 Unterschriften (§29) für eine Landesliste und 50 Unterschriften (§ 22) für einen Direktkandidaten abzusenken.

Zu 2. (Fristen)

Als MLPD Thüringen machen wir seit längerem geltend, dass infolge der klaren Zielsetzung aller Parteien im Thüringer Landtag durch eine Selbstauflösung am 15. Februar 2021 eine Neuwahl am 25. April 2021 herbeizuführen und bei einem Festhalten an Unterschriftenquoren bereits jetzt die Sammlung von Unterstützungsunterschriften ermöglicht werden muss. Hier am formalen Beschluss der Selbstauflösung und darauf aufbauenden 70-Tagefrist festzuhalten, nach der erst der Prozess zur Aufstellung von Kandidaten eingeleitet werden kann, bedeutet in der Praxis eine deutliche Wahlbehinderung für alle bisher nicht im Landtag oder Bundestag vertretenen Parteien. Auch alle anderen Fristen müssen entschieden verkürzt werden. Das wollen wir hier exemplarisch für unsere Partei deutlich machen:

- 70 Tage vor der Wahl
- 14 Tagefrist zur Einberufung von Mitgliederversammlungen/besonderen Vertretervers.
- X Tage zur Ausstellung der Unterschriftenlistenformulare durch die Kreiswahlleiter und Landeswahlleiter
- X Tage für die Beglaubigung von Unterschriften
- 33 Tage, die der Landes- bzw. Kreiswahlausschuss vor dem Wahltermin tagt, um über die Zulassung von Landeslisten und Wahlkreiskandidaten zu entscheiden.

Es verbleiben maximal 23 Tage für die Sammlung, real 23 Tage - X, reduziert durch notwendige Bearbeitungszeit des Landeswahlleiters und der Kreiswahlleiter. Das unterstreicht, dass die Streichung, respektive deutliche Absenkung der Quoren und die Reduzierung

der Frist für die Einberufung von Mitgliederversammlungen / besonderen Vertreterversammlungen auf 3 Tage sowie die verbindliche Regelung von Bearbeitungsfristen durch den Landeswahlleiter und die Kreiswahlleiter auf 1 Tag zwingend ist.

Zu 3. (Aufstellung von Wahlkreisbewerbern auf elektronischem Weg)

Die MLPD hat keine Bedenken, wenn zusätzlich zum normalen Weg der Durchführung von Mitgliederversammlungen und besonderen Vertreterversammlungen als Präsenzveranstaltung auch die Möglichkeit der Aufstellung von Bewerbern auf elektronischem Weg mit abschließender Bestätigung durch eine Briefwahl geschaffen wird.

Zu 4. (Briefwahl)

Zu den Fragen der Fraktionen in Bezug auf die Durchführung einer „*ausschließlichen*“ Briefwahl im „*gesamten Wahlgebiet*“, „*einem Wahlkreis oder einem Teil eines Wahlkreises*“ in Folge eines „*wahlrechtlichen Gesundheitsnotstands*“ kann dies nach Auffassung der MLPD tatsächlich nur als Ultima Ratio in Frage kommen. Die Teilnahme an Wahlen ist eines der grundlegendsten politischen Rechte, das auch unter Bedingungen einer Pandemie mit den entsprechenden Schutzmaßnahmen durch Besuch eines Wahllokals wahrnehmbar sein muss. Jeder Wähler hat nach geltendem Wahlrecht individuell immer die Möglichkeit aus gesundheitlichen oder anderen Erwägungen Briefwahl zu beantragen. Eine allgemeine Infragestellung der Möglichkeit zur Briefwahl unter dem Stichwort „*Manipulationsmöglichkeiten*“ - von der AfD-Fraktion in ihren Fragestellungen noch verbunden mit einem an den Haaren herbei gezogenen und rassistisch motiviertem Verweis auf eine Kommunalwahl in Niedersachsen 2016 - lehnen wir umgekehrt entschieden ab. Für die Tatsache, dass eine ausschließliche Briefwahl angeordnet wird, muss es eine klare Frist zwischen der Versendung der Briefwahlunterlagen an die Wähler und dem Wahltermin geben. Die Wähler brauchen genügend Zeit, mindestens eine Woche, um eine Briefwahl mit der entsprechenden Sorgfalt wahrnehmen zu können. Dazu ist die Formulierung im §5 „Die Unterlagen für die Briefwahl sind unverzüglich zu übersenden“ zu unbestimmt.

Abschließend und über den Gesetzesvorschlag hinaus

weisen wir darauf hin, dass alle Bemühungen, den pandemiebedingten Einschränkungen der Neuwahl entgegen zu wirken, um so mehr unterstreichen, dass auch im Wahlkampf Chancengleichheit gewahrt sein muss. Kleinere Parteien, die darauf angewiesen sind, ihren Wahlkampf in erster Linie als Straßenwahlkampf zu betreiben, sind von den Bedingungen, die mit der Pandemie einhergehen, besonders betroffen. Um so mehr muss die sogenannte „*abgestufte Chancengleichheit*“, die zum Beispiel bei Wahlwerbesendungen in Fernsehen und Radio kleinere Parteien benachteiligt, abgeschafft und kleineren Parteien auf antifaschistischer Grundlage mehr Sendezeit eingeräumt werden. Die MLPD fordert seit langem den freien Zugang zu den Massenmedien auf antifaschistischer Grundlage. Im übrigen ist selbst die sog. „*abgestufte Chancengleichheit*“ durch die unter 2. dargestellte extreme Verkürzung des für die Sammlung von Unterstützungsunterschriften verbleibenden Zeitraums, die der vorliegende Gesetzentwurf beibehalten will, nicht mehr gewährleistet. Dies verletzt die hiervon betroffenen Parteien in ihrem Recht aus Art. 21 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes, an der politischen Willensbildung mitzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender MLPD Thüringen)

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften, Gesetzentwurf der Fraktionen <input checked="" type="checkbox"/>											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>PF 900 413</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99107 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	PF 900 413	Postleitzahl, Ort	99107 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	PF 900 413									
Postleitzahl, Ort	99107 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%;"></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort							
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht, Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
Name	Organisationsform
GSTB. Thüringen	eingetragener Verein
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50
Postleitzahl, Ort	

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilidokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilidokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
18.1.22	

1792/2021

Anlage 4

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur, dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LANDESWAHLEITUNG NIEDER SACHSEN</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>LAVESALLEE 6 30169 HANNOVER</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LANDESWAHLEITUNG NIEDER SACHSEN		Geschäfts- oder Dienstadresse	LAVESALLEE 6 30169 HANNOVER	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
LANDESWAHLEITUNG NIEDER SACHSEN											
Geschäfts- oder Dienstadresse	LAVESALLEE 6 30169 HANNOVER										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	NDS LANDESWAHLEITUNG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Stellungnahme zu Art 1 § 1 BVerfGE 2043 (vorgezogene Neuwahl des LT unter verbleibenden Kosten)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
	Brief per Mail versandt	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
20.1.21	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>nein</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	nein		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
nein											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											

THÜR. LANDTAG POST
15.02.2021 12:57

391812021

2.	Haben Sie sich als <u>natürliche Person</u> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	Hahlen	Johann
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Staatssekretär a. D. im BMI Bundeswahlleiter von 1995 bis 2006	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der Gesetzentwurf ist in der Fassung des Änderungsantrags vom 28.1.2021 (Vorlage 7/1590 in Drucks. 7/2043) verfassungskonform + praktikabel	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Wernching, den 6.2. 2021	

Johann Hahlen
Staatssekretär a.D.

THÜR. LANDTAG POST
15.02.2021 07:49

3821/2021

Stellungnahme
für
den Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages
zu dem

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Vorlage 7/1590 - vom 28. 1. 2021 zu Drucksache 7/2043
vom 4. 11. 2020

für ein
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen
im Jahr 2021 für den Thüringer Landtag sowie zur Änderung weiterer
wahlrechtlicher Vorschriften (ThürVorNWDG 2021)

Gliederung

- A Zusammenfassung
- B Prüfungsgegenstand
- C Prüfungsmaßstäbe, Allgemeines
- D Zu Art. 1 d.E. (dem NeuwahlG insgesamt)
- E Zu Art. 1 § 1 d.E.
- F Zu Art. 1 § 2 d.E.
- G Zu Art. 1 §§ 3 bis 6 d.E.
- H Zu Art. 1 § 7 d.E.
- I Zu Art. 1 § 8 d.E.
- J Zu Art. 1 § 9 d.E.
- K Zu Art. 2 Nr. 1 d.E. (Änderung des § 8 LWG)
- L Zu Art. 3 d.E. (Änderung des § 56 LWO)
- M Zu Art. 4 d.E. (Geltungsdauer)

A Zusammenfassung

1. Der Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsantrags vom 28. 1. 2021 (Vorlage 7/1590) ist, wenn die Regelungen in Art. 1 § 1 Abs. 1 und § 3 d.E. überarbeitet werden, verfassungskonform; er verstößt dann weder gegen das GG noch die ThürVerf. Er ist - bei Verbesserungsbedarf im einzelnen - geeignet, eine vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtags im Jahr 2021 unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie durchzuführen.

2. Es erscheint sachgerecht, die Regelungsmaterien der Art. 1 d.E. sowie die der Art. 2 und 3 d.E. im Landtag gemeinsam zu beraten. Denn es handelt sich um ineinander greifende Regelungen, deren Befristung auf das Jahr 2021 zum Teil nicht überzeugt und die deshalb auf Dauer gelten sollten. Im Übrigen ist der Landtag in der Gestaltung seiner Verfahren und Beratungen frei¹.
3. Der Thüringer Gesetzgeber hat die Kompetenz, Regelungen zur Aufstellung von Wahlvorschlägen zu erlassen, auch wenn er damit in die Satzungsautonomie der Parteien eingreift. Regelungen zur Wahlbewerberaufstellung gehören zum Wahlrecht und sind kein dem Bundesgesetzgeber vorbehaltenes Parteienrecht.
4. Es ist richtig, daß der Gesetzgeber - nachdem die Politik entschieden hat, die vorzeitige Landtagswahl am Tag der nächsten Bundestagswahl durchzuführen - mit dem Änderungsantrag vom 28. 1. 2021 für die Aufstellung der Wahlbewerber den Regelungen der COVID-19-WahlVO des Bundes vom 28. 1. 2021 folgt.
5. Art. 1 § 1 Abs. 1 d.E. kann in der Fassung des Änderungsantrags vom 28. 1. 2021 die vom NeuwahlG dann erlaubten Abweichungen von Präsenzversammlungen zur Wahlbewerberaufstellung nicht rechtfertigen. Eine verfassungskonforme Formulierung wird vorgeschlagen.
6. Art. 1 § 3 Abs. 1 d.E. in der Fassung des Änderungsantrags vom 28. 1. 2021 ist verfassungswidrig und sollte ersatzlos gestrichen werden.
7. Art. 1 § 3 Abs. 2 d.E. in der Fassung des Änderungsantrags vom 28. 1. 2021 sollte in verschiedener Hinsicht umformuliert werden.
- 8.1 Die Reduzierung der Unterschriftsquoren sind bei einer Landtagswahl unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie von Verfassungs wegen für alle Wahlvorschläge geboten.
- 8.2 Die Regelungen aus Art. 1 § 2 d.E. (Herabsetzung der Unterschriftsquoren bei vorzeitiger Neuwahl) sollte unbefristet gelten und könnte mit einem § 72a „Sonderbestimmungen für den Fall vorzeitiger Beendigung der Wahlperiode des Landtags“ in das LWG übernommen werden.
9. Die Regelung aus Art. 1 § 8 d.E. über die Stimmabgabe am Ende der Wahlzeit sollte auf Dauer gelten und mit der Parallelregelung in Art. 3 d.E. in das LWG oder die LWO übernommen werden.

¹ Vgl. etwa ThürVerfGH Urteil vom 18. 7. 2006 - VerfGH 8/05 - Umdruck S. 9 ff.

10. Der Landeswahlausschuß sollte durch 2 Richter des Thüringer OVG ergänzt werden.

B Prüfungsgegenstand

Der Änderungsantrag vom 28. 1. 2021 (Vorlage 7/1590) verändert den Gesetzentwurf aus Drucks. 7/2043 vom 4. 11. 2020 erheblich. Die sich aus dem Änderungsantrag ergebende Fassung des Gesetzentwurfs wird im Folgenden als E bezeichnet. Der Gesetzentwurf besteht weiter aus zwei Teilen:

Art. 1 d.E. - bezeichnet als „Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen im Jahre 2021“ (im Folgenden NeuwahlG) - sieht Sonderregelungen für den Fall einer vorzeitigen Neuwahl des Landtages im Jahr 2021 vor, die nach Art. 4 Abs. 1 d.E. am Tag nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft und mit Ablauf des 31. 12. 2021 außer Kraft treten sollen.

Art. 2 und 3 d.E. sehen Änderungen des Thüringer Landeswahlgesetzes (im Folgenden LWG)² sowie der Thüringer Landeswahlordnung (im Folgenden LWO)³ vor, die nach Art. 4 Abs. 2 d.E. am 1. 1. 2021 in Kraft treten sollen und unbefristet gelten.

Art. 1 d.E. sieht folgende Regelungen für den Fall vorzeitiger Neuwahlen vor:

- In § 1 Abs. 1: Für den Fall vorzeitiger Neuwahlen des Landtags im Jahr 2021 wird festgestellt, daß die Wahl der Wahlbewerber sowie der Vertreter für die Vertreterversammlungen sowie die Durchführung der Wahlhandlung aufgrund einer andauernden epidemischen Lage von landesweiter Tragweite erheblich eingeschränkt sein wird. Für diesen Fall sollen die nachfolgenden Regelungen (gemeint sind die des NeuwahlG in Art. 1 d.E.) an Stelle der entsprechenden Regelungen im LWG und der LWO gelten. Die Bestimmungen des NeuwahlG (Art. 1 d.E.) sind nicht anzuwenden, wenn der Landtag spätestens am Tage des Beginns der in Art. 50 Abs. 2 Satz 3 ThürVerf vorgesehenen 70 Tagesfrist für eine vorzeitige Neuwahl feststellt, daß eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite nicht mehr besteht.
- In § 1 Abs. 2: Die Wahlvorschlagsträger führen die Wahl von Wahlbewerbern und der Vertreter für die Vertreterversammlung in eigener Verantwortung nach ihren Satzungen sowie den Bestimmungen des LWG, der LWO sowie den Bestimmungen des NeuwahlG (Art. 1 d.E.) durch.
- Nach § 1 Abs. 3 bleiben die Bestimmungen über die Abkürzung von Fristen und Terminen der VO vom 27. 2. 2020 (GVBl. S. 89) unberührt.

² In der Fassung vom 30. 7. 2012, dessen Anlage neu beschrieben worden ist (Bekanntmachung vom 27. 2. 2020 (GVBl. S. 90)).

³ Vom 12. 7. 1994 (GVBl. S. 817), zuletzt geändert durch VO vom 22. 7. 2019 (GVBl. S. 357).

- In § 2 werden für den Fall einer vorzeitigen Neuwahl die Unterschriftenquoten für Wahlvorschläge in Wahlkreisen von Parteien und Wahlberechtigten (§ 22 Abs. 2 und 3 LWG) von 250 auf 100 sowie für Landeslisten von Parteien (§ 29 Abs. 1 Satz 2 LWG) von 1000 auf 400 herabgesetzt.
- Nach den §§ 3 bis 6 können die Wahlvorschlagsträger von den Bestimmungen des LWG und der LWO über die Wahl der Wahlbewerber und von Vertretern für Vertreterversammlungen bei der Aufstellung der Wahlbewerber im Fall vorzeitiger Neuwahlen nach Maßgabe dieser Regelungen abweichen. § 4 läßt die Wahlbewerberaufstellung in Versammlungen mit elektronischer Kommunikation zu, § 5 eine solche im schriftlichen Verfahren. Nach § 6 muß die Schlußabstimmung über einen Wahlvorschlag aber immer in geheimer Urnen- oder Briefwahl oder in Kombination beider Wahlarten erfolgen.
- Zusätzlich erlaubt § 3 Abs. 2 den Parteien von den Regelungen ihrer Satzungen für die Bewerberaufstellung abzuweichen, wenn eine Satzung die von den §§ 3 bis 6 NeuwahlG (Art. 1 d.E.) zugelassenen Verfahren nicht vorsieht oder andere Regelungen enthält und die Satzung aufgrund der in § 1 Abs. 1 genannten Umstände nicht mehr rechtzeitig geändert werden kann.
- § 7 regelt die Formalien für die Einreichung der nach den §§ 3 ff. aufgestellten Wahlvorschläge und deren Prüfung nach LWG und LWO durch die zuständigen Wahlorgane.
- § 8 bestimmt als Wahlzeit die Zeit von 8 bis 18 Uhr und trifft Regelungen zum Abschluss der Wahlhandlung, wenn sich bis zum Ablauf der Wahlzeit noch Wähler im Wahlraum oder davor befinden.
- § 9 Abs. 1 schreibt für die Einrichtung der Wahlräume sowie die Durchführung der Wahlhandlung ein Infektionsschutzkonzept vor, zu dem das Innenministerium durch VO das Nähere regeln kann.
- § 9 Abs. 2 trifft Regelungen, wenn die vorzeitige Neuwahl am gleichen Tag wie die Wahl des Deutschen Bundestages durchgeführt wird.

Art. 2 d.E. schlägt eine Änderungen des LWG vor: § 8 LWG wird neu gefaßt, dabei sieht § 8 Abs. 2 vor, daß zwei der 8 Beisitzer des LWA die Befähigung zum Richteramt haben müssen.

Art. 3 d.E. faßt die Regelungen in § 56 LWO über den Abschluss der Wahlhandlung am Wahltag neu und stellt klar, daß nach Ablauf der Wahlzeit nur noch die Wähler zur Stimmabgabe zugelassen werden dürfen, die vor Ablauf der Wahlzeit erschienen sind und sich im Wahlraum oder mangels Platz noch davor befinden.

Art. 4 d.E. sieht vor, daß - nach seinem Abs. 1 - das NeuwahlG (Art. 1 d.E.) nur vom Tag nach seiner Verkündung bis einschließlich 31. 12. 2021 und - nach seinem Abs. 2 - die Art. 2 und 3 mit den Änderungen des LWG und

der LWO ab dem 1. 1. 2021 auf Dauer gelten.

C Prüfungsmaßstäbe, Allgemeines

1. Zu den Prüfungsmaßstäben wird auf die Ausführungen unter Abschnitt C in der Stellungnahme vom 13. 1. 2021 für die mündliche Anhörung am 19. 1. 2021 im Thüringer Landtag zu Drucks. 7/2043 verwiesen, die in vollem Umfang auch für den Änderungsantrag vom 28. 1. 2021 (Vorlage 7/1590) und den dadurch neu gefaßten Gesetzentwurf gelten.
2. Die Sonderregelungen zur Wahlbewerberaufstellung kann der Landesgesetzgeber vornehmen.
Art. 1 d.E. modifiziert mit seinen §§ 1 bis 7 die § 22 Abs. 2 und 3, § 23, § 29 und § 30 LWG über die Aufstellung und Zulassung der Wahlvorschläge in den Wahlkreisen sowie der Landeslisten und trifft damit wahlrechtliche Regelungen, so daß er nicht in das dem Bundesgesetzgeber nach Art. 21 Abs. 5 GG vorbehaltene Parteienrecht eingreift.
3. Es ist zu begrüßen, daß sich der Thüringische Gesetzgeber mit dem Änderungsantrag vom 28. 1. 2021 (7/1590) bei der Novellierung seines LWG in noch weitergehendem Umfang, als es in Drucks. 7/2043 vorgesehen war, an Regelungen des Bundesgesetzgebers zum Bundestagswahlrecht ausrichtet.
Dazu ist der Landesgesetzgeber jedoch auch unter dem Gesichtspunkt der Bundestreue nicht verpflichtet. Denn bei der Gestaltung des Landtagswahlrechts machen die Länder von ihrem Recht eigenstaatlicher Selbstorganisation Gebrauch.⁴ Vielmehr ist der Gleichlauf der Bestimmungen zur Wahl der Volksvertretungen in Bund und Ländern eine rechtspolitische Frage. Allerdings hat sich - über das Homogenitätsgebot in Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG und die Vorgaben aus Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG hinaus - seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein gewisser Gleichklang zwischen den Regelungen des BWahlG und den Wahlgesetzen zu den Landtagen (etwa zur Aufstellung von Wahlbewerbern oder zur Stimmabgabe) entwickelt, der es den Bürgern und Parteien erleichtert, von ihrem aktiven und passiven Wahlrecht bei Bundestags- und Landtagswahlen Gebrauch zu machen.

D Zu Art. 1 d.E. (dem NeuwahlG insgesamt)

1. Es wird befürwortet, daß Art. 1 d.E. mit dem NeuwahlG besondere, vom LWG und der LWO abweichende Regelungen für eine vorzeitige Neuwahl

⁴ Vgl. grundlegend BVerfGE 99, 1 (11 ff.).

des Thüringer Landtags im Jahr 2021 trifft.

Denn eine solche Neuwahl wird zwei Besonderheiten aufweisen: Sie wird nach der Selbstauflösung des Landtags auf Grund Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf⁵ sowie unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie erfolgen⁶. Es ist sachgerecht und verfassungskonform, mit einem NeuwahlG diesen Besonderheiten Rechnung zu tragen.

2. Mit dem Änderungsantrag vom 28. 1. 2021 (7/1590) wird der Entwurf für das NeuwahlG jetzt so umgestaltet, daß ein weitestgehenden Gleichlauf der Sonderregelungen für die Bewerberaufstellung unter den Bedingungen der Pandemie bei der vorzeitigen Landtagswahl mit den Regelungen für die Bundestagswahl am 26. 9. 2021 erreicht wird. Das erleichtert den Parteien die Wahlbewerberaufstellung und schafft Rechtssicherheit für diesen ebenso wichtigen wie sensiblen Bereich. Denn die Landtagsfraktionen von Die LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU haben sich am 14. 1. 2021⁷ darauf verständigt, angesichts der fortdauernden Pandemie die zunächst für den 25. 4. 2021 geplante vorzeitige Neuwahl des Landtags⁸ auf den 26. 9. 2021, den Tag der Wahl des 20. Deutschen Bundestages, zu verschieben. Deshalb ist es konsequent, wenn jetzt die für die Bewerberaufstellung zur vorzeitigen Neuwahl des Landtags vorgesehenen besonderen Regelungen im Art. 1 d.E. (dem NeuwahlG) so gestaltet werden, daß sie weitestgehend den Sonderregelungen entsprechen, welche auf Bundesebene für die Bewerberaufstellung zur bevorstehenden Bundestagswahl durch die COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung (im

⁵ Unter Nr. 5 des sog. Stabilitätsmechanismus vom 28. 2. 2020 haben vier Fraktionen im Thüringer Landtag der 7. Wahlperiode (DIE LINKE; SPD; BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und CDU) - da eine Mehrheitskoalition nicht möglich sei - verabredet, im Februar 2021 den Auflösungsantrag nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf zu stellen und entsprechend zu beschließen, damit der Landtag am 25. 4. 2021 neu gewählt werden kann.

⁶ Die im Februar/März 2020 auch in Deutschland ausgebrochene Covid-19-Pandemie und die mit ihr verbundenen schwerwiegenden Gefahren für die öffentliche Gesundheit dauern auch Anfang 2021 an. Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs/innen der Länder haben in ihrer Schaltkonferenz am 19. 1. 2021 u. a. festgestellt, daß die Wintermonate Januar, Februar und März die Ausbreitung des Virus begünstigen und die Impfungen erst dann die Infektionsdynamik dämpfen, wenn auch der größere Teil der jüngeren Bevölkerung geimpft ist. In der Schaltkonferenz am 10. 2. 2021 ist zwar ein deutlicher Rückgang des Infektionsgeschehens festgestellt, aber wegen der sich ausbreitenden Varianten des Coronavirus beschlossen worden, die Kontaktbeschränkungen in den nächsten Wochen grundsätzlich beizubehalten. Deshalb ist bis in das Frühjahr 2021 hinein nicht zu erwarten, daß der Bundestag den von ihm Mitte November 2020 beschlossenen Fortbestand einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (i. S. von § 5 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz vom 20. 7. 2000, BGBl. I S. 1045, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 18. 11. 2020, BGBl. I S. 2397) zurücknehmen wird (vgl. das Protokoll der 191. Sitzung des Bundestages am 18. 11. 2020 S. 24046, 24109 sowie die Begründung in BT-Drucks. 19/24387 vom 17. 11. 2020).

⁷ Vgl. die Meldung von Spiegel online vom 14. 1. 2021.

⁸ Vgl. oben FN 5.

Folgenden COVID-19-WahlVO)⁹ getroffen worden sind. Allerdings sollen die besonderen Bestimmungen für die Bewerberaufstellung zur vorzeitigen Landtagswahl nicht als Verordnung, sondern als Gesetz erlassen werden.

Der damit erreichte Gleichlauf der Regelungen in Thüringen für die Bewerberaufstellung zur Bundestagswahl sowie zur vorzeitigen Landtagswahl ist sehr zu begrüßen, entsprechen sich doch bereits jetzt die Vorschriften des BWahlG und des LWG für die Wahlbewerberaufstellung in den Wahlkreisen sowie auf den Landeslisten weitgehend. Es wäre für die Wahlvorschlagsberechtigten, d.h. insbesondere die Parteien, in Thüringen nur schwer verständlich und kaum praktikabel, wenn sie ihre Kandidaten zur vorzeitigen Landtagswahl nach anderen Regeln aufstellen müßten als ihre Bewerber für die am gleichen Tag stattfindende Bundestagswahl.

3. Eine Neuwahl auf Grund Selbstauflösung des Landtags¹⁰ vor Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode (Art. 50 Abs. 1 Satz 1 ThürVerf) widerspricht nicht dem von Art. 20 GG und Art. 44 Abs. 1 und Art. 48 Abs. 1 ThürVerf verbürgten Demokratieprinzip. Denn dieses verlangt zwingend nur in regelmäßigen Zeitabständen wiederkehrende Wahlen und verleiht demokratische Legitimation lediglich auf Zeit, die in der ThürVerf grundsätzlich auf fünf Jahre befristet, aber zugleich unter den Vorbehalt der Selbstauflösung des Landtags nach Art. 50 Abs. 2 gestellt worden ist.
4. Das NeuwahlG konzentriert sich als „Einzelfall- bzw. Maßnahmegesetz“ mit seinen wahlrechtlichen Regelungen auf den Tatbestand der Wahl nach einer bestimmten Selbstauflösung sowie auf Anpassungen an die voraussichtlich im gesamten Jahr 2021 notwendigen Vorkehrungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Damit wird das Gesetz - gemessen an den Anforderungen des BVerfG¹¹ an solche Gesetze - nicht verfassungswidrig. Denn das NeuwahlG greift nicht unter Verstoß gegen den von Art. 20 Abs. 2 GG und Art. 45 Satz 3 ThürVerf normierten Grundsatz der Gewaltenteilung in den Kernbereich der Exekutive ein. Das NeuwahlG regelt die Belange einer Vielzahl von Akteuren bei der Wahl, etwa der Wahlvorschlagsberechtigten, der um

⁹ VO des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 28. 1. 2021 (BGBl. I S. 115), welcher der Bundestag am 28. 1. 2021 mit drei Maßgaben (vgl. Beschlußempfehlung und Bericht des IA BT-Drucks. 19/26244 vom 27. 1. 2021 S. 3) zugestimmt hatte und die vom VO-Geber übernommen worden sind (vgl. PSt Dr. Krings, Plenarprotokoll der 206. Sitzung am 28. 1. 2021 S. 26022).

¹⁰ Wie sie die Verfassungen aller 16 Länder (mit unterschiedlichen Voraussetzungen) vorsehen und die von der Enquete-Kommission Verfassungsreform (BT-Drucks. 7/5924 vom 9. 12. 1976 S. 27, 39 ff.) sowie der Gemeinsamen Verfassungskommission zur GG-Änderung in der Folge der deutschen Einheit - wenn auch ohne die erforderliche 2/3-Mehrheit - auch für den Bundestag vorgeschlagen worden ist (BT-Drucks. 12/6000 vom 5. 11. 1993 S. 86 ff.).

¹¹ Vgl. etwa BVerfGE 95, 1 (Rdn. 45-52); 139, 321 (Rdn. 124-132).

eine Aufstellung konkurrierenden Parteimitglieder, der Wahlausschüsse und Gemeinden, und ersetzt keineswegs die bloße Subsumtion unter eine Norm. Schließlich wird auch nicht der Rechtsschutz der Betroffenen, verkürzt, weil diesen - wie gegen das LWG - nur die gegen Normen vorgesehenen Rechtsbehelfe des Freistaates zur Verfügung stehen.

5. Es ist nicht zu beanstanden, daß Art. 1 d.E. die Abweichungen vom LWG und der LWO nicht nur für die konkrete zwischen den vier Fraktionen zunächst für den 25. 4. 2021 und jetzt für den 26. 9. 2021 verabredete Neuwahl vorsieht, sondern sie auf das gesamte Jahr 2021 sowie auf den Fall einer Neuwahl nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 2 ThürVerf ausdehnt. Dabei ist unschädlich, daß sich der Gesetzgeber einer Prognose enthält, wie lange sich die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie sowie zur Vorsorge gegen Infektionen bzw. die Verbreitung des Covid-19-Virus auf die Durchführung einer Landtagswahl auswirken werden. Der Bundestag hat am 18. 11. 2020 den Fortbestand einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite festgestellt.¹² Dem schließt sich jetzt das NeuwahlG an, wenn der Landtag in Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 1 feststellt, daß im Freistaat eine andauernde epidemische Lage von landesweiter Tragweite bestehe. Diese Zurückhaltung erscheint angesichts des Auf und Ab Pandemie-Geschehen in den vergangenen Monaten, des Auftretens von Mutationen des Covid-19-Virus und der Ungewißheit, ob und wie die seit Anfang 2021 umfassend angebotenen Impfungen zu einer „Bändigung“ der Pandemie in Deutschland führen werden, angemessen. Dabei löst sich das NeuwahlG nicht vom Pandemie Geschehen. Denn die abweichenden Vorschriften des NeuwahlG dürfen nach Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 3 nicht mehr angewandt werden, wenn der Landtag feststellt, daß keine epidemische Lage von landesweiter Tragweite mehr besteht.

6. Einige Regelungen des NeuwahlG beziehen sich nicht auf eine Pandemielage oder eine vorzeitige Neuwahl des Landtags:

Art. 1 § 2 bezieht sich allgemein auf den Fall vorzeitiger Neuwahl nach Auflösung des Landtags.

Art. 1 § 8 bezieht sich weder auf eine vorzeitige Neuwahl noch eine Pandemielage. Vielmehr wird die Wahlzeit wie in § 43 Satz LWO festgelegt und klargestellt, wie Wähler zu behandeln sind, die sich zwar bis zum Ablauf der Wahlzeit im oder vor dem Wahllokal eingefunden haben, aber in Folge von Verzögerungen bei der Stimmabgabe dazu noch nicht zugelassen werden konnten; die Regelung betrifft also - wie die Wahlzeit - Landtagswahlen schlechthin.

¹² S. oben Fn. 6.

Die Neuregelung geht ersichtlich auf Erfahrungen bei der Europawahl 2019¹³ zurück. Damals war die schleppende Stimmabgabe und Schlangenbildung wesentlich auf die gleichzeitige Durchführung der Europawahl mit Kommunalwahlen in einigen Ländern und die für letztere verwandten langen und komplizierten Stimmzettel zurückzuführen. Allerdings ist zu erwarten, daß sich die Stimmabgabe bei einer Landtagswahl unter den Bedingungen einer hochinfektiösen Pandemie wegen der einzuhaltenden Hygieneregeln ebenfalls deutlich langsamer als unter normalen Bedingungen vollziehen wird. Angesichts dieser Erfahrungen aus der Wahlpraxis sollte die Regelung aus dem bis Ende 2021 befristeten NeuwahlG herausgenommen und zum dauerhaften Inhalt des LWG oder der LWO gemacht werden.

Art. 1 § 9 Abs. 2 betrifft das Zusammenfallen einer vorzeitigen Landtagswahl mit einer Bundestagswahl und gibt den Bundesregelungen für die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung sowie für den Infektionsschutz in den Wahlräumen und für die Durchführung der Wahlhandlung Vorrang. Da ein solches Zusammenfallen unabhängig von einer Pandemielage ist, sollte die Regelung ebenfalls aus dem bis Ende 2021 befristeten NeuwahlG heraus- und in das LWG an geeigneter Stelle übernommen werden.

E Zu Art. 1 § 1 d.E.

1. Zu Art. 1 § 1 Abs. 1

1.1 Abs. 1 soll - wie die Feststellung des Bundestages vom 14. 1. 2021 für die bevorstehende Bundestagswahl¹⁴ - die Voraussetzungen für die vom LWG und der LWO sowie den Satzungen der Parteien abweichenden Regelungen für die Bewerberaufstellung bei einer vorzeitigen Landtagswahl schaffen.

Die Regelung ist jedoch sprachlich mißglückt sowie unvollständig und vermag vor allem - so wie sie jetzt formuliert ist - nicht den durch die §§ 3 bis 6 zugelassenen Verzicht auf Präsenzversammlungen für die Kandidatenaufstellung zu rechtfertigen.

¹³ S. etwa die Niederschrift der 3. Sitzung des Bundeswahlausschusses (BWA) vom 24. 6. 2019 zur damaligen Europawahl S. 3: Am 26. 5. 2019, dem Wahltag, war es in Dresden und Jena zu langen Schlangen vor den Wahllokalen gekommen, die bis zum Ende der Wahlzeit um 18 Uhr nicht abgebaut waren, so daß in Dresden und Jena die Stimmabgabe verschiedentlich sogar bis nach 19 Uhr dauerte bzw. in zwei Jenaer Wahlbezirken ca. 150 bis 160 wartende Wahlberechtigte nach 18 Uhr nicht mehr zur Stimmabgabe zugelassen wurden.

¹⁴ „Daß die Durchführung von Versammlungen für die Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter für die Vertreterversammlungen zumindest teilweise unmöglich ist“ nach § 52 Abs. 4 Satz 1 BWahlG, in der 204. Sitzung des Bundestages, Plenarprotokoll vom 14. 1. 2021 S. 25714 ff.

- 1.2 Solche Präsenzversammlungen bilden den Kern der von Verfassungs wegen gebotenen elementaren Verfahrensregeln¹⁵ für eine Wahlbewerberaufstellung, ohne die ein Wahlvorschlag nicht Grundlage einer demokratischen Wahl sein kann. Danach müssen die Wahlvorschläge der Parteien, deren innere Ordnung nach Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG demokratischen Grundsätzen entsprechen muß - in Versammlungen aufgestellt werden, in denen alle Parteimitglieder Wahlvorschläge machen, die Bewerber für eine Kandidatur ihr Programm und sich selbst vorstellen können und in denen über die Bewerber in geheimer Wahl abgestimmt wird¹⁶.
- 1.3 Ob und unter welchen Voraussetzungen Ausnahmen von diesen elementaren Verfahrensregeln zulässig sind, ist umstritten,¹⁷ zumal die Bewerberaufstellung in Versammlungen einer der wichtigsten Verfahrensschritte einer demokratischen Kandidatenaufstellung ist. Denn die Willensbildung über die geeigneten und von einer Partei gewollten Bewerber vollzieht sich am besten unter Anwesenden im Austausch von Argumenten in Rede und Gegenrede mit den Bekundungen von Zustimmung oder Ablehnung aller Versammlungsteilnehmer.
- 1.4 Ausnahmen von Präsenzversammlungen zur Wahlbewerberaufstellung lassen sich nicht mit der Überlegung begründen, von den elementaren Verfahrensregeln für Wahlvorschläge könne ausnahmsweise abgewichen werden, um eine Landtagswahl trotz der Einschränkungen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie durchzuführen, damit es zu keiner Verletzung des für jede Demokratie grundlegenden Prinzips der Periodizität (Art. 50 Abs. 1 Satz 1 ThürVerf und Art. 20 Abs. 1 GG) kommt. Denn ohne Einhaltung der oben beschriebenen elementaren Verfahrensgrundsätze kann ein Kandidatenvorschlag nicht zur Grundlage einer demokratischen Wahl werden. Für die Periodizität der Wahl wäre nichts gewonnen, wenn dann Kandidaten zur Wahl stünden, die unter Verletzung der demokratischen Regeln für die Bewerberaufstellung nominiert wurden. Im Übrigen kann das Prinzip der Periodizität eine Kandidatenkür ohne Präsenzversammlungen im anstehenden Fall in Thüringen nicht rechtfertigen, weil derzeit von der fünfjährigen Wahlperiode des Landtags nach dessen letzter Wahl am 27.10. 2019 erst gut ein Fünftel verflossen ist, also die Periodizität der Thüringischen Landtagswahl gar nicht in Frage steht, sondern willentlich durch einen Auflösungsbeschluß gefährdet wird.

¹⁵ Dazu grundlegend der Beschluß des BVerfG vom 20. 10. 1993 (BVerfGE 89, 243 (252 ff.) zur Kandidatenaufstellung der Hamburgischen CDU zur Bundestagswahl 1990.

¹⁶ Vgl. BVerfGE 89, 243 (252 ff.).

¹⁷ Vgl. etwa die Ausarbeitungen der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 29. 11. 2011 - WD3-3000-327/11 - m. w. N. und vom 2. 12. 2020 - WD3-3000-278/20 -.

- 1.5 Entscheidend kommt es vielmehr darauf an, daß die von Art. 1 d.E. (dem NeuwahlG) vorgesehenen Modifikationen des Aufstellungsverfahrens den Schutzbereich der elementaren Verfahrensregeln für eine demokratische Bewerberaufstellung nicht verlassen, sondern wahren.

Wie sich aus den von Art. 1 d.E. in den §§ 3 bis 6 eröffneten Möglichkeiten zur Wahlbewerberaufstellung ergibt, soll sich die Wahl der Kandidaten keineswegs ohne eine kollektive, alle Parteimitglieder von unten nach oben einbeziehende demokratische Willensbildung vollziehen. An die Stelle der Präsenzversammlungen, die von der Covid-19-Pandemie bzw. von den zu deren Eindämmung ergriffenen Maßnahmen verhindert werden, kann nach § 4 eine mit elektronischer Kommunikation durchgeführte kollektive Willensbildung treten, die als „virtuelle Versammlung“ den Parteimitgliedern eine demokratische Entscheidung über die Bewerberaufstellung ermöglicht. Als das BVerfG 1993 für die Aufstellung der Wahlbewerber das Postulat bestimmter Mindestregeln für eine demokratische Kandidatenaufstellung formulierte, stand für die innerparteiliche Willensbildung nur die Form der Präsenzversammlung, sei es der Mitglieder oder von Delegierten der Mitglieder in Form von Vertreterversammlungen, zur Verfügung. Seither hat die Entwicklung der elektronischen Kommunikation auch andere Formen kollektiver Meinungs- und Willensbildung in Parteien ermöglicht, die - bei entsprechender Ausgestaltung - einer Präsenzversammlung weitgehend nahekommenden. Jedenfalls können sich auch auf elektronischem Weg Rede und Gegenrede, Beifalls- und Missfallensäußerungen, kurz eine lebendige und freie Willensbildung unter allen Beteiligten vollziehen. Deshalb kann davon ausgegangen werden, daß heute wegen der Möglichkeiten von Internetkonferenzen die elementaren Regeln für die Kandidatenaufstellung in den Parteien auch dann gewahrt sind, wenn sich diese Willensbildung nicht in Präsenzversammlungen, sondern - wie § 4 vorsieht - in virtuellen Versammlungen mit elektronischer Kommunikation vollzieht.

Das von § 5 zugelassene „schriftliche Verfahren“ zur Bewerberaufstellung beschränkt zwar den Meinungsaustausch vor einer Wahl der Kandidaten, hält sich indessen ebenfalls noch im Schutzbereich der demokratischen Bewerberaufstellung. Denn Parteien muß auch dann noch die Aufstellung von Wahlvorschlägen möglich sein, wenn ihnen infolge höherer Gewalt, z.B. einer Pandemie, Präsenzversammlungen nicht mehr möglich sind und ihnen auch die Mittel bzw. Fähigkeiten fehlen, dafür Versammlungen mit elektronischer Kommunikation zu organisieren.

- 1.6 Ein solches Ausweichen in virtuelle Versammlungen oder in ein schriftliches Verfahren ist aber nur unter Beachtung des Verfassungs-

grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zulässig. Das heißt, der Verzicht auf Präsenzversammlungen muß erforderlich und die an deren Stelle tretenden Formen der Willensbildung für die Kandidatenkür müssen dafür geeignet und angemessen sein.

Art. 1 § 1 Abs. 1 vermag in der Fassung des Änderungsantrags vom 28. 1. 2021 (7/1590) die Erforderlichkeit von der in den §§ 3 bis 6 eröffneten Aufstellungsverfahren ohne Präsenzversammlungen jedoch nicht zu begründen. Denn nach Abs. 1 Satz 1 soll der Landtag „mit diesem Gesetz“, gemeint ist das NeuwahlG des Art. 1, lediglich feststellen, daß bei einer vorzeitigen Landtagswahl im Jahr 2021 „die Wahl der Wahlbewerber sowie der Vertreter für die Vertreterversammlungen sowie die Durchführung der Wahlhandlung aufgrund einer andauernden epidemischen Lage von landesweiter Tragweite erheblich eingeschränkt sein wird.“

- 1.7 Diese Formulierung ist in mehrfacher Hinsicht nicht nur auslegungsbedürftig, sondern vor allem nicht ausreichend, um die von Abs. 1 Satz 2 zugelassenen Abweichungen vom normalen Aufstellungsverfahren für die Wahlkreisbewerber und Landeslisten zu rechtfertigen:

Daß mit der „andauernden epidemischen Lage von landesweiter Tragweite“ die in Deutschland und im Freistaat andauernde Covid-19-Pandemie gemeint ist, läßt sich zwar aus der Erwähnung der 2. Thür-SARS-CoV-2-Infektionsschutz-GrundVO in Art. 1 § 9 Abs. 1 und dem Umstand entnehmen, daß der Änderungsantrag 7/1590 sich auf den Gesetzentwurf Drucks. 7/2043 bezieht, welcher eine vorzeitige Neuwahl unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie ermöglichen soll.

Unklar bleibt indessen, was die Wendung „die Wahl ... erheblich eingeschränkt sein wird“ meint. Denn eine Wahl kann in vielfacher Hinsicht eingeschränkt sein: Etwa wenn nur zwei oder wenige Kandidaten zur Wahl stehen, wenn die Wahlberechtigten keine volle Entscheidungsfreiheit besitzen, wenn die Wahlberechtigten kein gleiches Stimmrecht oder die Kandidaten keine Chancengleichheit haben oder schließlich, wenn der Wahl keine demokratische Willensbildung vorausgeht. Lediglich aus den von Art. 1 d.E. in den §§ 3 bis 6 eröffneten Verfahren läßt sich zurück schließen, daß es in § 1 Abs. 1 Satz 1 um die Versammlungen zur Wahl der Bewerber geht, die durch die Pandemie „erheblich eingeschränkt“ werden. Weil das NeuwahlG gerade Abweichungen von den für die Wahlbewerberaufstellung wesentlichen Präsenzversammlungen ermöglichen will, müssen die Ausnahmen dem Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen, d. h. sie müssen zunächst erforderlich sein. Mit der unbestimmten Feststellung, „die Wahl ... (sei)...erheblich eingeschränkt“ begründet Satz 1 jedoch keine Erforderlichkeit von abweichenden Aufstellungsverfahren. Denn der Gesetzgeber stellt mit dieser Formulierung nicht den notwendigen Zusammen-

hang i. S. einer „conditio sine qua non“ her, daß die Pandemie und deren Auswirkungen Präsenzversammlungen so behindern, daß andere Verfahren zur Kandidatenaufstellung erforderlich werden.

Nur wenn nach Einschätzung des Gesetzgebers¹⁸ - dem inso- weit ein Beurteilungsspielraum zusteht - Präsenzversammlungen zur Wahlbewerberaufstellung wegen der Pandemie vor einer vorzeitigen Neuwahl des Landtags ganz oder teilweise unmöglich sind, lassen sich die in Satz 2 angesprochenen Ausnahmen von der eigentlich gebotenen Kandidatenaufstellung in Präsenzversammlungen rechtfertigen.

Erst dann sind die abweichenden Verfahren aus den §§ 3 bis 6 erforderliche Lösungen im Sinne des Gebots der Verhältnismäßigkeit, damit unter Pandemiebedingungen noch eine demokratische Kandidatenaufstellung möglich wird.

Im Übrigen leidet Abs. 1 Satz 1 an einer weiteren Unschärfe, wenn er nach der Wahl der Wahlbewerber und der Vertreter „die Durchführung der Wahlhandlung“ erwähnt. Denn das könnte durchaus auf die Landtagswahl selbst bezogen werden, soll aber wohl - überflüssigerweise - den Wahlakt bei der Kandidatenaufstellung ansprechen.

1.8 Die Unzulänglichkeit der Regelung des Abs. 1 Satz 1 wird durch die Vorschrift in Abs. 1 Satz 3 vergrößert, weil es dieser an der Kongruenz mit Satz 1 mangelt. Denn Satz 3 läßt die Ersatzverfahren aus den §§ 3 bis 6 pauschal nicht mehr zu, wenn eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite nicht mehr besteht, ohne - wie in Satz 1 - darauf abzustellen, ob die Wahl der Wahlbewerber durch die Pandemie „erheblich eingeschränkt“ ist oder wie in normalen Zeiten wieder möglich ist. Satz 3 stellt damit - wie Satz 1 - keinen hinreichenden Zusammenhang zwischen den abweichenden Verfahren der §§ 3 bis 6 mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Wahl der Bewerber in Präsenzversammlungen her.

1.9 Sollen mit § 1 Abs. 1 zulässige Ausnahmen von der Bewerberaufstellung in Präsenzversammlungen zugelassen werden, muß der Gesetzgeber in Satz 1 für Thüringen konkret feststellen, daß solche Versammlungen wegen der Covid-19-Pandemie vor der vorzeitigen Neuwahl im Jahr 2021 vorerst ganz oder teilweise nicht mehr möglich sind und in Satz 3 darauf abstellen, daß solche Versammlungen wieder möglich sind.

§ 1 Abs. 1 des NeuwahlG ist entsprechend umzuformulieren und könnte z.B. wie folgt lauten:

„Der Landtag stellt mit diesem Gesetz fest, daß Versammlungen zur Wahl

¹⁸ Die große Gefährlichkeit des Covid-19-Virus sowie die im gesamten Freistaat oder in bestimmten Thüringer Regionen erforderlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie können die Durchführung von Aufstellungsversammlungen aus heutiger Sicht bis zur vorzeitigen Landtagswahl - wenn nicht rechtlich, so doch tatsächlich - ganz oder teilweise unmöglich machen, weil etwa viele Parteimitglieder an Aufstellungsversammlungen aus Sorge vor Ansteckung nicht teilnehmen.

der Wahlbewerber sowie der Vertreter für die Vertreterversammlungen für eine vorzeitige Neuwahl im Jahre 2021 auf Grund der andauernden und landesweiten Covid-19-Pandemie ganz oder teilweise unmöglich sein werden. Für diesen Fall gelten die nachfolgenden Regelungen dieses Gesetzes an Stelle der entsprechenden Regelungen im Landeswahlgesetz und in der Landeswahlordnung. Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind nicht mehr anzuwenden, wenn der Landtag bis zum Beginn der Frist nach Artikel 50 Abs. 2 Satz 3 Thüringer Verfassung feststellt, daß Versammlungen im Sinne des Satzes 1 wieder möglich sind.“

2. § 1 Abs. 1 ist schließlich unvollständig, weil offen bleibt, was mit den eingeleiteten, aber noch nicht abgeschlossenen Verfahren nach den §§ 3 bis 6 geschieht, wenn der Landtag die in Satz 3 genannte Feststellung getroffen hat. Der § 1 sollte deshalb um eine Übergangsvorschrift nach dem Vorbild des § 9 der COVID-19-WahlVO des Bundes ergänzt werden.
3. Zu § 1 Abs. 2
Die Regelung ist nach dem Vorbild des § 2 Abs. 1 der COVID-19-WahlVO formuliert und hat nur deklaratorische Bedeutung; sie kann deshalb entfallen.
4. Zu § 1 Abs. 3
Die Regelung verweist auf die Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen (im Folgenden AbkürzungsVO)¹⁹, hat als „Unberührtheitsklausel“ keinen eigenen Regelungsinhalt und erscheint überflüssig, aber nicht schädlich.

F Zu Art. 1 § 2 d.E.

Die Herabsetzung der Unterschriftsquoren wird befürwortet, ebenso daß jetzt - anders als es noch nach Art. 1 § 2 Abs. 1 d.E. in Drucks. 7/2043 vorgesehen war - zur Wahrung der Wahlrechts- und Chancengleichheit in diese Erleichterung auch die „anderen Wahlkreisvorschläge“ i. S. des § 22 Abs. 3 LWG einbezogen werden.

Zum Erfordernis von - der Größe nach angemessenen²⁰ - Unterschrifts-

¹⁹ Vom 27. 2. 2020 (GVBl. S. 89).

²⁰ Vgl. dazu etwa BVerfGE 4, 375 (381); BayVerfGH BayVBl. 1995, 624 und VerfGH NRW Beschluß vom 7. 7. 2020 - VerfGH 88/20 - Umdruck S. 29 ff. Nach dem Beschluß des BVerfG vom 29. 4. 1994 - 2 BvR 831/94 - LKV 1994 S. 403 ist ein Unterschriftsquorum von 0,25% der Wahlberechtigten bei Bundestags- und Landtagswahlen noch zulässig. Auf den Freistaat Thüringen übertragen, bei dessen letzter Landtagswahl am 27. 10. 2019 es nach dem amtlichen Endergebnis 1.729.242 Wahlberechtigte gab, würde sich für Landeslisten ein Quorum von bis zu 4323 Unterschriften errechnen, während § 29 Abs. 1 Satz 2 LWG nur 1000 Unterschriften verlangt.

quoren bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen, zu deren Herabsetzung bei vorgezogenen Wahlen und bei Wahlen unter den Bedingungen einer Pandemie sowie zur Notwendigkeit, die „anderen Wahlkreisvorschläge“ nach § 22 abs. 3 LWG einzubeziehen, wird auf die Ausführungen in Abschnitt E 1. der Stellungnahme vom 13. 1. 2021 verwiesen.

Die Regelung des § 2 bezieht sich ausdrücklich nur auf den Fall einer vorzeitigen Landtagswahl. Nach einer Landtagsauflösung sind geringere Unterschriftsquoren zwar nicht erforderlich, aber wahlrechtlich sinnvoll. Denn Art. 50 Abs. 2 Satz 3 ThürVerf schreibt nach einer Landtagsauflösung die kurze Frist von 70 Tagen bis zur Neuwahl vor. Diese zeitliche Enge erschwert das Sammeln von Unterstützungsunterschriften und die Verfahren zur Wahlbewerberaufstellung beträchtlich. Deshalb sollte die Regelung des Art. 1 § 2 d.E. auf Dauer in das LWG aufgenommen werden und nicht nur bis Ende 2021 gelten. Die AbkürzungsVO²¹ gilt ebenfalls unbefristet für alle Fälle von Landtagsauflösungen. Deshalb wird vorgeschlagen, die Regelungen aus der Abkürzungs-VO sowie aus Art. 1 § 2 d.E. mit einem neuen § 72a „Sonderbestimmungen für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags“ in das LWG zu übernehmen.

Im Übrigen ist - wie in der Stellungnahme vom 13. 1. 2021 in Abschnitt E 1. ausführlich begründet - die Herabsetzung der Unterschriftsquoren in einer Pandemielage von Verfassungen wegen geboten.

Dabei erscheint die jetzt vorgesehene Herabsetzung von 250 auf 100 Unterschriften für Wahlkreisvorschläge sowie von 1000 auf 400 Unterschriften für Landeslisten (wie auch die ursprüngliche Halbierung nach Art. 1 § 2 Abs. 1 d.E. in Drucks. 7/2043) bei vorzeitiger Neuwahl sowie bei vorzeitiger Neuwahl unter Pandemiebedingungen verhältnismäßig und angemessen, wie in der Stellungnahme vom 13. 1. 2021 ausgeführt worden ist.

G Zu Art. 1 §§ 3 bis 6 d.E.

1. Zu § 3 Abs. 1

Die Regelung ist zwar verschiedenen Bestimmungen der COVID-19-WahlVO des Bundes nachempfunden (Satz 1 entspricht § 2 Abs. 2

²¹ Vom 27. 2. 2020 (GVBl. S. 89).

COVID-19-WahlVO, Satz 2 dem § 2 Abs. 3 COVID-19-WahlVO und Satz 3 dem § 4 Abs. 1 COVID-19-WahlVO). Sie ist aber mit ihren Sätzen 1 und 2, denen der Zusammenhang der COVID-19-WahlVO mit dem § 52 Abs. 4 Satz 1 BWahlG fehlt, verfassungswidrig und können so nicht stehen bleiben.

Auf den ersten Blick wiederholt Satz 1 die schon in § 1 Abs. 1 Sätze 1 und 2 vorgesehene Möglichkeit, von den Regelungen des LWG und der LWO zur Wahlbewerberaufstellung abzuweichen und die in §§ 4 bis 6 enthaltenen Verfahren zu nutzen. Bei näherer Prüfung unterscheiden sich beide Vorschriften jedoch erheblich:

§ 1 Abs. 1 sieht mit seinen Sätzen 1 und 2 diese Abweichungen wegen einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite vor und macht sie - allerdings wie oben unter E 1. ausgeführt nur unzulänglich - davon abhängig, daß Präsenzversammlungen zur Kandidatenaufstellung ganz oder teilweise nicht durchgeführt werden können. In § 3 Abs. 1 Satz 1 ist dagegen von beidem nicht mehr die Rede; vielmehr wird die Möglichkeit zur Nutzung der Verfahren aus den §§ 4 bis 6 ohne weitere Voraussetzung für den Fall einer vorzeitigen Neuwahl des Landtags eröffnet. Eine vorzeitige Neuwahl des Landtags kann jedoch keinen Verzicht auf Präsenzversammlungen zur Aufstellung der Wahlbewerber rechtfertigen. Nach Art. 50 Abs. 2 Satz 3 ThürVerf muß eine Neuwahl binnen 70 Tagen nach einer Landtagsauflösung erfolgen. Die Wahlvorschläge müssen dann nach § 1 Nr. 4 der AbkürzungsVO spätestens am 37. Tag vor der Wahl um 18 Uhr eingereicht sein. Für die Aufstellung der Wahlvorschläge bleiben den Wahlvorschlagsberechtigten nach der Landtagsauflösung dann nur 33 Tage Zeit. Dieser Zeitraum von gut einem Monat ist zwar gering, macht indessen keineswegs die Durchführung von Präsenzversammlungen zur Wahl der Kandidaten unmöglich, zumal die an einer Wahlbeteiligung interessierten Parteien die politische Entwicklung im Freistaat verfolgen und sich schon auf eine Neuwahl vorbereiten können, während sich das politische Geschehen im Landtag auf dessen Auflösung hinbewegt. Hinzu kommen die von Art. 50 Abs. 2 Satz 2 ThürVerf (für den Fall der Auflösung nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 1 ThürVerf) bzw. nach Art. 50 Abs. 2 Nr. 2 vorgesehenen Karenzfristen von 11 Tagen bzw. drei Wochen, in denen sich die Parteien auf eine Auflösung des Landtags mit nachfolgender Neuwahl binnen 70 Tagen einrichten können. Dem gegenüber können während einer Covid-19-Pandemie Präsenzversammlungen infolge von Bekämpfungsmaßnahmen und dem Bestreben der Bürger, sich nicht anzustecken, ganz oder teilweise unmöglich werden. Vor einer vorzeitigen Neuwahl des Landtags allein bestehen solche, vom Verhalten der Wahlvorschlagsberechtigten nicht beeinflussbaren Hinderungsgründe nicht. Deshalb ist es dem Landesgesetzgeber von Verfassungs wegen verwehrt, den Wahlvorschlagsberechtigten im Fall vorzeitiger Neuwahl ein Abweichen von Präsenzversammlungen zur Wahlbewerberaufstellung

zu gestatten.

Bei der Übernahme von Bestimmungen der COVID-19-WahlVO des Bundes in den § 3 Abs. 1 ist wohl übersehen worden, daß die COVID-19-WahlVO unter den einschränkenden Voraussetzungen des § 52 Abs. 4 Satz 1 BWahlG steht und insbesondere erst nach der Feststellung des Bundestages vom 14. 1. 2021 erlassen werden konnte, daß die Durchführung von Aufstellungsversammlungen ganz oder teilweise in Folge der Covid-19-Pandemie unmöglich geworden ist. An diesem Zusammenhang fehlt es jedoch bei § 3 Abs. 1 Satz 1 in der Fassung des Änderungsantrags vom 28. 1. 2021.

§ 3 Abs. 1 Satz 2 ist überflüssig, weil § 22 Abs. 3 und § 23 LWG für „andere Wahlkreisvorschläge“ keine Aufstellungsversammlungen vorschreiben. Einzelnen oder einer Gruppe von Wahlberechtigten ist es unbenommen, wie sie sich auf einer Wahlkreisbewerber verständigen; das können sie bereits jetzt mit elektronischer Kommunikation oder auch schriftlich tun.

§ 3 Abs. 1 Satz 3 enthält lediglich eine Klarstellung und kann entfallen.

2. Zu § 3 Abs. 2

Die Regelung übernimmt die Vorschriften des § 3 und § 4 Abs. 2 der COVID-19-WahlVO des Bundes, wobei Satz 2 den Verweis auf das BWahlG durch Verweis auf die entsprechende Bestimmung des § 23 LWG ersetzt, Satz 1 statt auf die Feststellung des Bundestages nach § 52 Abs. 4 Satz 1 BWahlG auf „die Umstände im Sinne von § 1 Abs. 1“ NeuwahlG verweist und die Verwendung des Begriff „Verordnung“ in Satz 1 ein Redaktionsversehen ist.

Die damit den Parteien eröffnete Möglichkeit, von ihren Satzungsbestimmungen abzuweichen, ist nur dann verfassungskonform, wenn die in Bezug genommenen „Umstände“ aus § 1 Abs. 1 Satz 1 d.E. - wie oben in Abschnitt E 1. begründet - verfassungskonform formuliert sind. Das ist nach dem Änderungsantrag vom 28. 1. 2021 (7/1590) nicht, sondern nur nach der vorgeschlagenen Neuformulierung des § 1 Abs. 1 der Fall. Die empfohlene Fassung von § 1 Abs. 1 zugrunde gelegt, könnte Abs. 2 Satz 1 wie folgt lauten:

„Sofern die Satzung einer Partei die nach diesem Gesetz zugelassenen Verfahren nicht vorsieht oder andere Regelungen enthält und die Feststellung des Landtags in § 1 Abs. 1 Satz 1 andauert, kann von diesen Satzungsbestimmungen nach Maßgabe dieses Gesetzes abgewichen werden.“

Nach Satz 2, der u.a. von der Zahl der Vertreter in den Vertreterver-

sammlungen handelt, könnte zur Klarstellung der Satz 3 aus § 3 Abs. 1 der COVID-19-WahlVO des Bundes eingefügt werden, wonach auch Mindestzahlen an Teilnehmern verringert werden können.²²

Die Sätze 3 und 4 sollten der Klarheit wegen in einem besonderen Absatz 3 von § 3 zusammengefaßt werden.

Satz 5 sollte ebenfalls zu einem besonderen Absatz gemacht werden, weil er allgemeine Bedeutung besitzt. Diese geht über die Abweichungen von den Parteisatzungen hinaus und bezieht sich auf alle mit dem NeuwahlG ermöglichten Verfahren nach den §§ 3 bis 6 des Art. 1 d.E.. Deshalb stünde die Vorschrift mit der Pflicht zur Unterrichtung aller zur Mitwirkung an der Wahlbewerberaufstellung berechtigten Personen am besten schon in Art. 1 § 1 d.E. nach dessen Abs. 2 als Absatz 3.

3. Zu § 4

Die Vorschrift ist dem § 5 der COVID-19-WahlVO des Bundes nachgebildet.

Wie in der Stellungnahme vom 13. 1. 2021 in Abschnitt E 3. ausführlich begründet wurde, ist es verfassungskonform, unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie die Wahl der Wahlbewerber nicht in Präsenzversammlungen, sondern in Versammlungen mit elektronischer Kommunikation durchzuführen. Dabei gewährleisten die Absätze 2 und 3 die wesentlichen Elemente einer demokratischen Bewerberaufstellung, nämlich das Vorschlagsrecht aller zur Mitwirkung an der Bewerberaufstellung berechtigten Parteimitglieder, das Recht jedes Bewerbers, sich und sein Programm vorzustellen sowie der Meinungsaustausch unter den Teilnehmern an einer elektronischen Kandidatenaufstellung.

4. Zu § 5

Die Vorschrift ist dem § 6 der COVID-19-WahlVO des Bundes nachgebildet.

In § 6 Abs. 1 Satz 2 der COVID-19-WahlVO ist allerdings, um Missverständnisse zu vermeiden, das Wort „zusätzlich“ entfallen.²³ Das sollte in § 5 Abs. 1 Satz 2 nachvollzogen werden.

§ 5 Abs. 2 zählt verschiedene wichtige Bestandteile einer demokratischen Bewerberaufstellung auf; deshalb sollte das Wort „ist“ durch „sind“ ersetzt werden.

²² Der vom IA des Bundestages vorgeschlagen (vgl. BT-Drucks. 19/26244 vom 27. 1. 2021 S. 3) und vom BMI in die VO übernommen worden ist.

²³ Auf Vorschlag des IA des Bundestages (vgl. BT-Drucks. 19/26244 vom 27. 1. 2021 S. 3), dem das BMI gefolgt ist.

5. Zu § 6

Die Vorschrift ist dem § 7 der COVID-19-WahlVO des Bundes nachgebildet und trägt der Rechtsprechung des BVerfG²⁴ Rechnung, wonach Öffentlichkeit und Transparenz demokratischer Wahlen gebieten, daß die Bürger sämtliche Verfahrensschritte einer Wahl selbst auf Korrektheit überprüfen können.

Denn für Wahlen zu den Volksvertretungen und damit auch für die geheim zu wählenden Wahlbewerber stehen zur Zeit noch keine elektronischen Verfahren zur Verfügung, welche das vom BVerfG²⁵ aus dem Grundsatz der Öffentlichkeit und Transparenz demokratischer Wahlen entwickelte Gebot bürgerschaftlicher Richtigkeitskontrolle erfüllen. Das BVerfG schließt zwar in seinem Urteil vom 3. 3. 2009 den Einsatz elektronischer Verfahren, etwa von Computern und anderen elektronischen Hilfsmitteln zur Stimmabgabe und zur Ermittlung sowie Übermittlung von Wahlergebnissen nicht aus. Zugleich verlangt das Gericht aber, daß die Bürger sämtliche Verfahrensschritte selbst auf deren Korrektheit überprüfen können. Die für innerparteiliche kollektive Willensbildungen derzeit nutzbaren elektronische Konferenztechniken haben sich bewährt. Gleiches gilt z. B. für die seit langen Aktionären eröffnete Möglichkeit, sich an den Abstimmungen und Wahlen in den Hauptversammlungen ihrer Aktiengesellschaften durch elektronische Stimmabgabe zu beteiligen. Bei allen diesen Verfahren müssen die Teilnehmer jedoch darauf vertrauen, daß die elektronischen Geräte und Verfahren korrekt funktionieren, ohne das selbst oder an Hand von Kontrollausdrucken überprüfen zu können²⁶. Von daher führt auch bei einer Bewerberaufstellung in virtuellen Versammlungen kein Weg einer „konventionellen“ Wahl mit Stimmzetteln vorbei, die - wie es der Wahlgesetzgeber hier zuläßt - auch mit Briefwahl erfolgen kann. Elektronische Geräte können deshalb für die kollektive Willensbildung unter den Parteimitgliedern sowie für eine Vorauswahl unter den Interessenten für eine Nominierung, nicht jedoch für die Schlußabstimmung über den Wahlvorschlag eingesetzt werden²⁷.

Für die Aufstellung als Wahlkreisbewerber und für die Plätze auf den

²⁴ Grundlegend das Urteil vom 3. 3. 2009 BVerfGE 123, 39 (68 ff.).

²⁵ Grundlegend BVerfGE 123, 39 (68 ff.).

²⁶ Vgl. etwa die Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages vom 30. 10. 2020 - WD3-3000-254/20 - S. 4 ff.

²⁷ So BayVerfGH Beschluß vom 11. 11. 2019 - Vf.46-III-19 Rdn. 47 (= DÖV 2020 S. 286) mit Verweis auf BayVerfGE 67, 263 (Rdn. 40 ff.). Ebenso die Wahlprüfungsentscheidungen des Bundestages in BT-Drucks. 15/4750 vom 28. 1. 2005 (Anlage 5 S. 19, 25) und BT-Drucks. 18/5050 vom 27. 5. 2015 (Anlage 5 S. 23, 43).

Landeslisten kandidieren vielfach mehrere Bewerber bzw. bemühen sich um einen aussichtsreichen Platz auf den Listen, so daß sich ein Wahlvorschlag oft erst durch Vorauswahlen herausbildet. Mit Schlußabstimmung ist deshalb in § 6 Abs. 1 die Endabstimmung über den jeweiligen Wahlvorschlag gemeint, das heißt die verbindliche Abstimmung über den jeweiligen Kandidaten, den die Mehrheit durchaus in elektronischen Vorausverfahren als Wahlkreisbewerber gewählt hat, oder über die in elektronischen Voraus-Auswahlverfahren durch die Mehrheit aufgestellte Landesliste mit sämtlichen Bewerbern und deren Reihenfolge.

Von daher muß Bewerbern, in den vorbereitenden elektronischen Abstimmungen unterlegen sind, nicht mehr ermöglicht werden, in der Schlußabstimmung erneut zu kandidieren.

Bei den Beratungen der COVID-19-WahlVO ist dieses Problem gesehen und in diesem Sinne klargestellt worden²⁸. Denn Briefwahlabstimmungen unter mehreren Bewerbern oder um verschiedene Listenplätze und deren Reihung wären nicht praktikabel. Weil diese Frage für die Praxis der Wahlbewerberaufstellung erhebliche Bedeutung besitzt, sollte die Klarstellung in den § 6, etwa als neuen Absatz 3 nach Absatz 2, aufgenommen werden.

H Zu Art. 1 § 7 d.E.

Die Regelung ist dem § 8 der COVID-19-WahlVO des Bundes nachgebildet. Dabei schreibt Absatz 2 - besser als in Absatz 2 der Bundesregelung - vor, daß die Wahlvorschlagsträger bei der Einreichung ihrer Wahlvorschläge an Eides statt versichern müssen, daß sie die in den § 4 Abs. 2 und § 5 Abs. 2 aufgeführten wesentlichen Elemente einer demokratischen Wahlbewerberaufstellung eingehalten haben.

I Zu Art. 1 § 8 d.E.

Die Regelung wiederholt in Satz 1 die Bestimmung der Wahlzeit aus § 43 Satz 1 LWO und ist deshalb überflüssig.

Zu ihrem weiteren Inhalt wird auf die Ausführungen oben in Abschnitt D 7. verwiesen. Die Vorschrift deckt sich insoweit mit Art. 3 d.E. und sollte auf Dauer in die LWO aufgenommen werden.

J Zu Art. 1 § 9 d.E.

1. Zu § 9 Abs. 1

²⁸ So im Bericht des IA des Bundestages (vgl. BT-Drucks. 19/26244 vom 27. 1. 2021 S. 6).

Die Vorgabe eines Infektionsschutzkonzepts für die Wahlräume und die Wahlhandlung in Absatz 1 wird befürwortet.

Die Betrauung der Gemeinden mit der Aufgabe, für die vorzeitige Landtagswahl Infektionsschutzkonzepte zu erstellen, erscheint sinnvoll. Denn solche Infektionsschutzkonzepte müssen sich nach der Pandemielage vor Ort am Wahltag sowie den Gegebenheiten der Wahlräume, die ganz verschieden sein können, ausrichten. Das ist nur den Gemeinden möglich.

Ebenso erscheint die in Satz 2 enthaltene Verordnungsermächtigung für das Innenministerium sinnvoll, weil so den Gemeinden ein Rahmen für deren Infektionsschutzkonzepte vorgegeben werden kann, um z.B. einen einheitlichen Mindeststandard unter Berücksichtigung der Bestimmungen der 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO zu gewährleisten. Weil diese VO in kurzen Abständen an das dynamische Infektionsgeschehen bei der Covid-19-Pandemie angepaßt wird, ist jetzt richtigerweise eine sog. dynamische Verweisung vorgesehen.

Zum Inhalt des Infektionsschutzkonzepts, der Verantwortlichkeit der Gemeinden für die Gesundheit der Wähler und Mitglieder der Wahlvorstände und eine etwaige Kontaktnachverfolgung bei Personen, die sich am Wahltag in den Wahlräumen aufgehalten haben, wird auf die Ausführungen in der Stellungnahme vom 13. 1. 2021 in Abschnitt G verwiesen.

Ausdrücklich wird nochmals darauf hingewiesen, daß über Maßnahmen aus einem Infektionsschutzkonzept oder wegen einer Covid-19-Erkrankung kein Wahlberechtigter vom Wahlrecht zum Landtag ausgeschlossen werden darf. Die Gründe für einen Ausschluß vom Wahlrecht sind in § 13 Nr. 3 i. V. m. § 14 LWG abschließend aufgeführt. Diese Regelungen gehen § 3 Abs. 3 Nr. 1 der 2. ThürSARS-CoV-2-IfS-GrundVO, nach welcher Personen mit erkennbaren Symptomen einer Covid-19 Erkrankung auszuschließen sind, vor.

2. Zu § 9 Abs. 2

Die Regelung klärt in bundesfreundlicher Weise für den erwarteten Fall, daß die vorzeitige Neuwahl des Landtags am Tag der Wahl des 20. Deutschen Bundestages stattfinden wird, daß die Vorschriften des Bundes für die Gewährleistung von Ruhe und Ordnung, dessen infektionsschutzrechtlichen Vorgaben sowie dessen Regeln zur Durchführung der Wahlhandlung in den gemeinsam für die Wahlen genutzten Räumen vorrangig gelten.

Der Bundeswahlleiter wird darüberhinaus, wie das ständige Praxis beim

Zusammentreffen einer Bundestagswahl mit anderen Wahlen entspricht, die Wahlvorstände dazu anhalten, zunächst das Ergebnis der Bundestagswahl zu ermitteln.

K Zu Art. 2 Nr. 1 d.E. (Neufassung von § 8 Abs. 2 und 3 LWG)

Die Erweiterung des Landeswahlausschusses (LWA) durch zwei Beisitzer mit der Befähigung zum Richteramt wird befürwortet.

Insoweit kann auf die Stellungnahme vom 13. 1. 2021 in Abschnitt I verwiesen werden.

Es ist bedauerlich, daß der Änderungsantrag vom 28. 1. 2021 nicht den Vorschlag aufgreift, den juristischen Sachverstand durch zwei vom Gerichtspräsidenten benannte Richter des Thüringischen OVGs zu verstärken, sondern es bei der Befähigung von zwei Ausschussmitgliedern zum Richteramt beläßt.

L Zu Art. 3 d.E. (Änderung des § 56 LWO)

Die Änderung des § 56 LWO wird befürwortet.

Sie klärt zuletzt bei der Europawahl 2019 etwa in Jena und Dresden durch größeren Andrang von Wahlberechtigten zu den Wahllokalen sowie durch schleppenden Ablauf der Stimmabgabe verursachte Probleme am Ende der Wahlzeit.

Dazu wird auf die Ausführungen oben in Abschnitt D zu Art. 1 § 8 d.E. verwiesen.

M Zu Art. 4 d.E. (Geltungsdauer)

Die durchgängige Befristung der Regelungen des Art. 1 d.E.(NeuwahlG) durch Art. 4 Abs. 1 d.E. bis zum Ende des Jahres 2021 erscheint, wie oben ausgeführt, bei verschiedenen Bestimmungen nicht sachgerecht; manche sollten auf Dauer gelten.

Die Regelungen aus Art. 2 und 3 d.E. sollen nach Art. 4 Abs. 2 d.E. rückwirkend ab dem 1. Januar 2021 gelten. In solchen Fällen empfiehlt sich die Formulierung: „... treten mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft.“

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag [...] 2021 [...], Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/2043 - Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 7/1590	
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)
	Name
	Vorname
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

x unsere Stellungnahme vom 18.02.21



3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Landesschatzmeister; dazu Verfassungs-, Wahl-, Partei- und Satzungsrecht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung des Vorhabens, vom Vorhaben einer reinen Briefwahl Abstand zu nehmen - Reduzierung Unterstützungsunterschriften sollte auch für nicht-pandemische Zeiten gelten - Eine eidesstattliche Erklärung pro Wahlvorschlag sollte ausreichen - unklar, wozu neben der Anfangszeit nun auch eine Endzeit für Aufstellungsversammlungen nötig ist - Endzeit 18.00 Uhr sollte nur bei gleichzeitiger Bundestagswahl gelten; ansonsten wäre 20.00 Uhr besser. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information ermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information ermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 26.02.2021	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag [...] 2021 [...], Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/2043 - Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vorlage 7/1590	
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)
	Name
	Vorname
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

x unsere Stellungnahme vom 18.02.21



3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Landesschatzmeister; dazu Verfassungs-, Wahl-, Partei- und Satzungsrecht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung des Vorhabens, vom Vorhaben einer reinen Briefwahl Abstand zu nehmen - Reduzierung Unterstützungsunterschriften sollte auch für nicht-pandemische Zeiten gelten - Eine eidesstattliche Erklärung pro Wahlvorschlag sollte ausreichen - unklar, wozu neben der Anfangszeit nun auch eine Endzeit für Aufstellungsversammlungen nötig ist - Endzeit 18.00 Uhr sollte nur bei gleichzeitiger Bundestagswahl gelten; ansonsten wäre 20.00 Uhr besser. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information ermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information ermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 26.02.2021	

THÜR. LANDTAG POST
19.02.2021 07:51

4329/2021

DIE LINKE.
T H Ü R I N G E N

DIE LINKE, Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt

Thüringer Landtag

Innen- und Kommunalausschuss

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Eugen-Richter-Str.
4499085 Erfurt

Telefon 0361 / 6011130

Telefax 0361 / 6011141

lgeschaefsstelle@die-linke-
thueringen.de
www.die-linke-thueringen.de

Erfurt, 18.02.2021

Stellungnahme der Partei DIE LINKE. Thüringen zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 – zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes „für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften“ - DS 7/2043]

Vorbemerkung:

Vielen Dank für die Zuleitung des Änderungsantrags und für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir erkennen darin das Bemühen, einige der vorgebrachten Hinweise und Kritiken auch aus unserer Stellungnahme vom 11.01.2021 zu berücksichtigen. Insbesondere soll auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass eine vorzeitige Neuwahl unter pandemischen Bedingungen eine größere Herausforderung an die Wahlvorschlagsträger stellt, als in einer pandemiefreien Situation.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Durchführung einer reinen Briefwahl im Wahlgebiet oder in Teilen des Wahlgebiets nun keine Gesetzeskraft erhalten soll. Unsere diesbezüglichen praktischen und verfassungsrechtlichen Bedenken hatten wir bereits geäußert.

Zu den vorgeschlagenen Einzelnormen:

Zu Punkt 2 betr. Neufassung ARTIKEL 1 § (2):

Wir begrüßen die vorgesehene weitere Absenkung der Anzahl Unterstützungsunterschriften, die Parteien nach § 22 (2) Satz 2 und § 29 (1) Satz 2 zu sammeln haben.

Wir sind allerdings auch der Auffassung, dass diese beiden vorgeschlagenen Zahlen auch für den Fall einer vorzeitigen Neuwahl unter nicht-pandemischen Bedingungen Gesetzeskraft erlangen sollten: Auch bei einer Wahl mit verkürzten Fristen ohne pandemische Lage führt eine reine Halbierung der sonst üblichen Unterschriftenanzahl nach unserer Ansicht noch immer zu einer verfassungsrechtlich bedenklichen, deutlichen Benachteiligung kleinerer Parteien. Die im Falle des § 1 Abs. 1 Satz 3 folgende Nichtanwendung der Bestimmung dieses Gesetzes muss daher § 2 ausschließen.

Zu Punkt 3 betr. den neu einzufügenden § 3 (1) Satz 2

Da Satz 1 sich allgemein auf die Aufstellung von Wahlbewerbern bezieht, ohne Bezug auf Landeslisten- oder Kreiswahlvorschläge zu nehmen, halten wir diesen Satz für entbehrlich.

Zu Punkt 3 betr. den neu einzufügenden § 3 (2) Satz 2, 1. Halbsatz

Die Möglichkeit, ohne nähere Vorgabe von der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter in der Vertreterversammlung abzuweichen, sehen wir mit etwas Skepsis. Wir nehmen an, dass es in einer pandemischen Situation um eine Reduzierung der Vertreterzahl geht, die sich vorrangig der Aufstellung von Landeslisten widmet. Um einem Missbrauch dieser Regelung vorzubeugen, schlagen wir vor, dass die mögliche Abweichung die zu wählende Vertreterzahl nicht unter 50 % der nach der jeweiligen Parteisatzung zu wählenden Vertreterinnen und Vertreter reduziert.

Zu Punkt 3 betr. den neu einzufügenden § 3 (2) Satz 3

Möglicherweise soll dieser Satz mit dem Wort „Der“ statt „Den“ beginnen.

Zu Punkt 3 betr. den neu einzufügenden § 7 (2) Satz 3, dazu Anlagen 1 und 2

Wir schließen aus dieser vorgeschlagenen Regelung, dass nun 2 eidesstattliche Erklärungen einzureichen sind: Die neuen Anlagen 1 bzw. 2 sowie die bisherigen Anlagen 15 und 21 nach ThürlWO. Das erhöht den einerseits Aufwand für die Wahlvorschlagsträger und Wahlorgane und kann andererseits zu Verwirrungen führen.

Im Interesse einer Vereinfachung schlagen wir vor, die eidesstattlichen Versicherungen nach den Anlagen 15 bzw. 21 ThürLWO über die geheim durchgeführte Wahl (denn mehr ist es ja nicht) in die neuen Anlagen 1 bzw. 2 zu integrieren und im zu beschließenden Gesetzestext einzufügen, auf die bisherigen Anlagen 15 und 21 zu verzichten.

Da die Versammlungsniederschrift mit den Wahlvorschlägen einzureichen ist, erschließt sich uns nicht, warum neben der ohnehin einzureichenden Angabe des Beginns der Wahlversammlung nun auch noch deren Endzeit einzureichen ist.

Mit Skepsis betrachten wir die in den Anlagen 1 und 2 abzugebenden Erklärungen, durch welche Vorkehrungen und Maßnahmen die ordnungsgemäße Stimmabgabe erfolgte. Hilfreich könnte hier entweder ein Kommentar sein oder die Aufzählung von verschiedenen Möglichkeiten, die der Gesetzgeber als rechtskonform und justiziabel erachtet.

Zu Punkt 3 betr. § 8 [NEU] Buchstabe c)

Möglicherweise wurde hier bereits auf eine gleichzeitig durchzuführende Bundestagswahl abgestellt. Dann wäre die Wahlzeit 18.00 Uhr gemäß Bundesvorgabe einleuchtend. Für den Fall jedoch, dass die Wahl an einem anderen Tag stattfindet, halten wir eine Beibehaltung der vorgeschlagenen Wahlzeit bis 20.00 Uhr für angemessen.

Hochachtungsvoll

im Auftrag:



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <th>Name</th> <th>Organisationsform</th> </tr> <tr> <td>Grüne Partei Thüringen</td> <td>Politische Partei</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Heine Str. 20</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99867 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Grüne Partei Thüringen	Politische Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heine Str. 20	Postleitzahl, Ort	99867 Jena
Name	Organisationsform										
Grüne Partei Thüringen	Politische Partei										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Heine Str. 20										
Postleitzahl, Ort	99867 Jena										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	400 Unterschriften unterschrieben sind zu viel!	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Sotka, 22.02.2021	

Graue Panther Landesverband Thüringen

Den Mitgliedern des
InnKA

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1051

zu Drs. 7/2043



GRAUE PANTHER Landesverband Thüringen

Heinestrasse 20
99867 Gotha

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 10:23

4609/2021

Landesvorsitzender

Heinestrasse 20
99867 Gotha

Unsere Stellungnahme zum Änderungsantrag „Vorlage 7/1590“ zum geplanten Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften – Thüringer Landtag Drucksache "7/2043"

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir unterstützen die Initiative der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regelungen zu definieren, die es ermöglichen Vorbereitungen der Wahl elektronisch abzuhalten. Ebenso unterstützen wir die Initiative, die Anzahl der benötigten Unterstützerunterschriften weiter auf 400 zu senken. ABER wir möchten weiterhin daran erinnern, dass wir im August und im September immernoch eine Coronasituation haben werden. Ebenfalls hat sich die Situation nicht geändert, dass es sich noch immer nicht um eine turnusmäßige Neuwahl handelt. daher wiederholen wir unsere Stellungnahme zum Gesetzentwurf hiermit mit Nachdruck!

Aus unserer Stellungnahme vom 14.01. zum Gesetzentwurf 7/2043:

[...]

Im Allgemeinen unterstützen wir die Initiative, das Wahlgesetz befristet aufgrund der aktuellen Situation zu ändern. Dem Vorschlag für §2 Abs. 1 können wir aber nicht zustimmen. Zu einer normalen Wahl besteht 15 Monate lang Zeit um 1000 Unterschriften zu sammeln. Zu dieser geplanten Wahl ist der Vorschlag innerhalb von maximal 60 Tagen (und hier kommen noch starke Abzüge) 500 Unterschriften zu sammeln. Das entspricht auf die Zeit gesehen eine Erhöhung auf 750%. Das ist unter Umständen einer normalen Wahl schon unrealistisch. Zusätzlich besteht die Pandemiesituation. Das Gebot der Stunde ist Kontaktminimierung, unter

Homepage: www.graue-panther-thüringen.de

diesen Vorgaben ist es unverantwortlich 500 Personen persönlich anzusprechen, denn sie müssen ja eigenhändig unterzeichnet werden. Besonders unter dem Gesichtspunkt, dass die Stammwählerschaft der Partei Graue Panther zur Risikogruppe gehört müssen wir zu diesem Punkt widersprechen.

Das sind unsere Alternativvorschläge:

A: Einsammeln von 50 Unterschriften

B: Grundsätzlicher Verzicht auf Vorlage von Unterstützungsunterschriften, für alle Parteien, die bereits bei den letzten, ja erst kurz zurück liegenden, Wahlen den Nachweis mit 1000 gültigen und geprüften Unterstützerunterschriften erbracht haben. Das geforderte Mindestmaß an demokratischer Legitimation (siehe Seite 11 zu §2 Abs. 1) ist dadurch bereits erbracht worden.

C: In Zeiten der Digitalisierung solle eine Möglichkeit zur digitalen Onlineunterschrift bereitgestellt werden. Es ist nicht mehr zeitgemäß Menschen direkt anzusprechen. Da eine solche Lösung Vorbereitung bedarf ist dies nur ein Vorschlag für Wahlen die mehr als ein Jahr in der Zukunft liegen.

Darüber hinaus unterstützen wir die Idee der vollständigen Briefwahl.

[...]

Gotha, den 22.02.2021

25
7/1052

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <th style="width: 50%;">Name</th> <th style="width: 50%;">Organisationsform</th> </tr> <tr> <td>MLPD Thüringen</td> <td>Partei</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Räthstraße 1A</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99089 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	MLPD Thüringen	Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Räthstraße 1A	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
Name	Organisationsform										
MLPD Thüringen	Partei										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Räthstraße 1A										
Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	1. Unterschriften quoren nach wie vor zu hoch. 2. Möglichkeit der Abschaffung der Reduzierung der Quoren bei Mitt-pandemischer Lage lehnen wir ab.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.2.21	

THÜR. LANDTAG POST
23.02.2021 12:33

4632/2021



MLPD | Riethstr. 1A | 99089 Erfurt

An den Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str.1

99096 Erfurt

23.2.2021

**Schriftliche Stellungnahme der MLPD Thüringen
zum Anhörungsverfahren zum
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen
Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer
Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer
wahlrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/2043 -

**dazu Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

- Vorlage 7/1590 -

Sehr geehrte Damen und Herren,
Vielen Dank für die Zusendung des Änderungsantrags der
Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Vorlage 7/1590) zum geplanten Thüringer Gesetz für den
Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den
Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung
weiterer wahlrechtlicher Vorschriften (Drucksache 7/2043).

Wir begrüßen es, dass auf die Argumente der MLPD wie wohl
auch anderer kleinerer Parteien dahingehend eingegangen
wurde, dass in Artikel 1 §2 eine weitere Absenkung der zu
bringenden Unterstützungsunterschriften von 500 auf 400
für die Landesliste bzw. von 125 auf 100 für die
Direktkandidaten vorgeschlagen ist. Wir verweisen jedoch
auf unsere ausführliche Begründung in unserer ersten
Stellungnahme vom 14.1.21, dass diese Anzahl immer noch
eine unzumutbare Belastung und damit Einschränkung für
kleinere Parteien bedeutet. Abschließend forderten wir:

MLPD

Member of ICOR
Landesverband Thüringen

Riethstr. 1a
99089 Erfurt

TELEFON

0361-2300 3330

TELEFAX

0361-2300 0861

E-MAIL

thueringen@mlpd.de

WEB

www.mlpd.de

Landesvorsitzender

„Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen beantragen wir, die Unterschriftenquoten (§22 und §29 Thüringer Landeswahlgesetz) für die Durchführung der Neuwahlen für alle Parteien und Vereinigungen auf antifaschistischer Grundlage, die bereits regelmäßig an Bundestags-Landtags- bzw. Kommunalwahlen teilgenommen und ihre Ernsthaftigkeit, an der politischen Willensbildung mitzuwirken unter Beweis gestellt haben, ersatzlos zu streichen.

(...)

Wir beantragen deshalb ersatzweise, das Unterschriftenquorum bei dieser Neuwahl auf 20 von 100 und damit 200 Unterschriften (§29) für eine Landesliste und 50 Unterschriften (§ 22) für einen Direktkandidaten abzusenken.“

Wir verweisen auch auf die Beschlüsse in Sachsen-Anhalt, in der die Zahl sogar noch deutlich tiefer angesetzt wurde (30 für Direktkandidaten und 300 für Landesliste).

Für nicht hinnehmbar halten wir die im neuen Absatz 2, Artikel 1 § 1 vorgeschlagene Änderung:

„...Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind nicht anzuwenden, wenn der Landtag spätestens am Tage des Beginns der Frist gemäß Artikel 50 Absatz 2 Satz 3 Thüringer Verfassung feststellt, dass eine epidemische Lage von landesweiter Tragweite nicht mehr besteht...“.

In der Konsequenz heißt das, dass unter Umständen mit dem Tag des Beschlusses für Neuwahlen die Unterschriftenquoten für kleinere Parteien schlagartig von 100 auf 250 für Direktkandidaten und 400 auf 1.000 für die Landesliste angehoben wird. Über die Konsequenz haben wir ebenfalls in unserer ersten Stellungnahme ausreichend hingewiesen.

Sicherlich ist es richtig, eine eventuell herrschende epidemische Situation bei Modifizierungen der Wahldurchführung zu berücksichtigen. Das darf aber nicht überfallartig kurzfristig erfolgen. Entschieden abzulehnen sind auch die Regelungen der dann in Kraft tretenden Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags vom 27.2.2020 (GVBl. S. 89) mit viel zu hohen Unterschriftenquoten.

Wir erinnern daran, dass diese Verordnung durch Herrn Kemmerich verabschiedet wurde, welcher bekanntlich mit

den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. Diese Verordnung vom 27.2. erließ er nach seinem Rücktritt und war offenbar ein Geschenk an die AfD und CDU, um ihnen lästige Konkurrenz von kleineren Parteien vom Hals zu halten. Es ist unverständlich, dass sie bis heute in Kraft ist und nicht längst durch den amtierenden MP Ramelow geändert wurde.

Wir halten die Rücknahme dieses Wahlgesetzes für dringend erforderlich und fordern Sie auf, die Quoren für den Fall einer vorzeitigen Neuwahl des Landtages deutlich abzusenken. Die demokratische Teilnahme kleinerer Parteien an einer Wahl zum Landtag, erfährt durch die gegenwärtige Gesetzeslage ansonsten eine massive Einschränkung und bedeutet für einige Parteien faktisch sogar den Ausschluss von einer solchen Wahl.

Mit freundlichen Grüßen

(Landesvorsitzender MLPD Thüringen)

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Landeswahlleiter</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Europaplatz 3</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>PF: 990163 in 99104 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99091, Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Landeswahlleiter	Geschäfts- oder Dienstadresse	Europaplatz 3	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	PF: 990163 in 99104 Erfurt	Postleitzahl, Ort	99091, Erfurt
Name	Organisationsform										
	Landeswahlleiter										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Europaplatz 3										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	PF: 990163 in 99104 Erfurt										
Postleitzahl, Ort	99091, Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	Europaplatz 3
	Postleitzahl, Ort	99081 Erfurt
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Landeswahlleiter Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Harmonisierung gesetzl. Rahmenbedingungen für die Landtagswahl unter Pandemie mit denen der Bundestagswahl > Möglichkeit von Aufstellerversammlungen mit elektr. Kommunikation (Zustimmung); Absenden Unterschriften (Zustimmung) Wahlzeit (Zustimmung); Erweiterung zu Sitzung (Zustimmung); Vorermächtigung (Prüfung)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erfurt, 18.02.2021	



Der Landeswahlleiter

THÜRINGEN

4634/2021

Der Landeswahlleiter Thüringen · Postfach 90 01 63 · 99104 Erfurt

Thüringer Landesamt für Statistik

Büro des Landeswahlleiters

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom:

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t

7 / 1054

zu Dis. 7/2043

J. F. Fuchs

vorab per E-Mail
poststelle@thueringer-landtag.de

(bei Antwort bitte angeben)

Erfurt, 22.02.2021

Seitenanzahl: 8

Stellungnahme

zu dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/1590) zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung (ThürVorNWVG 2021), Drucksache 7/2043 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Änderungsantrag. Am 14.01.2021 wurde von den Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der CDU ein Protokoll unterzeichnet, in dem u.a. die vorgezogene Neuwahl des Thüringer Landtags auf den 26. September 2021, gemeinsam mit der Bundestagswahl, terminiert wird.

Gemäß Artikel 50 Absatz 2:

(2) Die Neuwahl wird vorzeitig durchgeführt,

1. wenn der Landtag seine Auflösung mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder auf Antrag von einem Drittel seiner Mitglieder beschließt,
2. wenn nach einem erfolglosen Vertrauensantrag des Ministerpräsidenten der Landtag nicht innerhalb von drei Wochen nach der Beschlussfassung über den Vertrauensantrag einen neuen Ministerpräsidenten gewählt hat.

Über den Antrag nach Nummer 1 darf frühestens am elften und muss spätestens am 30. Tag nach Antragstellung offen abgestimmt werden. Die vorzeitige Neuwahl muss innerhalb 70 Tagen stattfinden.“

Um am 26. September 2021 eine Landtagswahl in Thüringen durchführen und damit auch die 70-Tage-Frist einhalten zu können, müsste sich der Thüringer Landtag Mitte Juli 2021 mit einer 2/3 Mehrheit auflösen.

Postanschrift: Postfach 90 01 63
99104 Erfurt
Hausanschrift: Europaplatz 3
99091 Erfurt

Telefon: 0361 57331-9120
Telefax: 0361 57331-9691

Die angegebenen E-Mail-Adressen dienen nicht dem Empfang von elektronischen Dokumenten mit qualifizierter elektronischer Signatur.

Bevor ich detailliert zu den rechtlichen und wahlorganisatorischen Aspekten Stellung beziehe, möchte ich zunächst einige grundsätzliche Anmerkungen zur vorliegenden Drucksache ausführen. Mit der Festlegung des Wahltermins auf den 26. September 2021 haben sich die Rahmenbedingungen für die Landtagswahl geändert, welche eine Harmonisierung für die einzelnen Phasen der Wahlvorbereitung und -durchführung nach sich ziehen.

Die betrifft u.a.

- das Bewerberaufstellverfahren
- die Wahlzeit
- die Infektionsschutzmaßnahmen
- die Maßnahmen zu Ordnung und Sicherheit
- das Terminreglement.

Der vorliegende Änderungsantrag trägt dem Harmonisieren bzgl. der Wahlorganisation vollumfänglich Rechnung, lässt jedoch m.E. bei § 9 noch Diskussionsbedarf mit der Ebene des Bundes erkennen.

Den Schutz von Leib und Leben und damit der gesundheitlichen Unversehrtheit auch in Pandemiezeiten für alle an der Wahl Beteiligten (Parteimitglieder, Wahlorgane, Gemeindeverwaltungen, Wähler) muss auch weiterhin m.E. bei der Bewertung der Vorbereitung und Durchführung höchste Priorität eingeräumt werden. Durch das Eröffnen weiterer Möglichkeiten im Bewerberaufstellverfahren, abweichend von den derzeit gültigen Parteisatzungen, wird diesem Aspekt allumfassend Rechnung getragen.

Nachfolgend nehme ich zu den einzelnen Änderungsvorschlägen, welche ebenfalls mit den Kreiswahlleitern (Anlage 1) abgestimmt wurden, wie folgt Stellung:

Zu Artikel 1 § 1 Feststellung einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite

Einverstanden

Für die Parteien wurde eine größtmögliche Flexibilität (Gestaltungsspielraum) bei der Organisation der Bewerberaufstellverfahren unter Pandemiebedingungen geschaffen, jedoch stets bei strikter Einhaltung der Wahlrechtsgrundsätze und der Bestimmungen des Parteiengesetzes.

Möglich sind demnach:

- a) Präsenzveranstaltungen, wenn es die COVID Verordnungen/Regeln gestatten
- b) Versammlungen mit elektronischer Kommunikation (§ 4) mit schriftlicher Bestätigung (§ 5)

Zu Artikel 1 § 2 Anzahl der Unterstützungsunterschriften

Die Ausführungen im § 2 beziehen sich auf das Absenken der Unterstützungsunterschriften bei der Wahl des Landtags im Jahr 2021 in den Fällen

des § 22 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 ThürLWG auf 100 und

des § 29 Abs. 1 Satz 2 ThürLWG auf 400.

Die Festlegung der Anzahl (100 bzw. 400) obliegt dem Gesetzgeber, weshalb ich mich aus Gründen der Neutralität als Landeswahlleiter nur grundsätzlich äußere.

Ich stimme daher der Absenkung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften zu.

Durch das Absenken sehe ich darüber hinaus auch eine Reduktion des Aufwands in den Einwohnermeldebehörden bei der Bestätigung der Wahlberechtigung der Unterstützer und der Minimierung der hohen Arbeitsspitzen in den Gemeinden auf Grund der Vorbereitung der Ziehung der Wählerverzeichnisse, des Versands der Wahlbenachrichtigungen und der personellen Absicherung von zwei Wahlen an einem Wahltag.

Anmerkung: M.E. muss im Gesetz eindeutiger klargestellt werden, ob die Bestimmung (Absenken der Unterstützungsunterschriften gem. § 2 auf 100 bzw. 400) seine Gültigkeit auch bei „nur“ vorgezogenen Neuwahlen ohne andauernde epidemische Lage behält.
Da Artikel 1 § 1 Satz 3 die Nichtanwendung dieses Gesetzes (einschl. § 21) von der epidemischen Lage abhängig macht, sehe ich hier Klärungsbedarf (Rechtssicherheit).

Vorschlag: Sollte das Absenken der Unterstützungsunterschriften auch für vorgezogene Neuwahlen ohne andauernde epidemische Lage gelten, schlage ich eine Aufnahme in das Thüringer Landeswahlgesetz (analog anderer Bundesländer) vor.

Zu Artikel 1 § 3 Möglichkeit zur Abweichung von Bestimmungen des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung sowie der Satzungen der Parteien

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen

Zu Artikel 1 § 4 Versammlungen mit elektronischer Kommunikation

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen
1:1 Übernahme der Regelungen des Bundes

Zu Artikel 1 § 5 Schriftliches Verfahren

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen
1:1 Übernahme der Regelungen des Bundes

Zu Artikel 1 § 6 Schlussabstimmung

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen

1:1 Übernahme der Regelungen des Bundes

Zu Artikel 1 § 7 Anlagen, Prüfung durch Wahlorgane

Einverstanden mit Gesetzestext

Ergänzung der Anlagen 1 und 2 wie folgt durch Versicherung an Eides Statt, dass:

- ☐ das Vorschlagsrecht der Vorschlagsberechtigten
- ☐ das Vorstellungsrecht der Bewerber
- ☐ die Möglichkeit der Kommunikation der Teilnehmer

sichergestellt wurden und dass

- ☐ bei der Schlussabstimmung nur Stimmberechtigte in geheimer Wahl teilgenommen haben, sowie
- ☐ alle stimmberechtigten Parteimitglieder rechtzeitig über die Veränderung bzgl. der Bewerberaufstellung informiert wurden.

☐ → durch ankreuzen;

Gegebenenfalls könnte die Versicherung noch ergänzt werden, um die Möglichkeit hierzu ergänzenden Angaben zu machen, etwa, dass hierzu „insbesondere Maßnahmen durchgeführt wurden ...“

Zu Artikel 1 § 8 Wahlzeit, Schluss der Wahlhandlung

Einverstanden; Verweis auf die Vorbemerkungen und meine Stellungnahme zur DS 7/2043

1:1 Übernahme der Regelungen des Bundes

Anmerkung: Die Aufnahme von Artikel 3 „§ 56 Schluss der Wahlhandlung“ wird begrüßt und trägt zur Rechtssicherheit bei den Wahlvorständen bei.

Zu Artikel 1 § 9 Verordnungsermächtigung, Vorrangklausel

Absatz 1: Einverstanden

Absatz 2: Anmerkungen

Im neuen § 9 Abs. 2 wird festgeschrieben, dass bei einer gleichzeitigen Durchführung von Landtags- und Bundestagswahlen, für bestimmte Bereiche die Bestimmungen des Bundes und die Hinweise des

Bundeswahlleiters vorgehen. Ich halte es zwar für zulässig, unstrittig und nachvollziehbar, dass insoweit Bundesrecht dem Landeswahlrecht vorgeht bzw. in das Landeswahlrecht integriert wird. Allerdings gilt dies nicht für Hinweise des Bundeswahlleiters, welche im Wesentlichen empfehlenden Charakter gegenüber den unabhängigen Wahlorganen aufweisen dürften. Ich rate daher dringendst dazu, die nach meiner Auffassung rechtlich fragwürdige Regelung im Änderungsantrag der Fraktionen zu streichen, zumal zukünftig Hinweise des Bundeswahlleiters (auf der Grundlage der auch in Thüringen geltenden Regelungen) auch von Seiten des Landeswahlleiters übernommen und als eigene Hinweise den Wahlorganen zur Verfügung gestellt werden können.

§ 9 Abs. 2 bedarf m.E. einer abschließenden Klärung mit dem BMI und dem Bundeswahlleiter. „Doppelstrukturen und unklare Weisungslinien“ sind bei ca. 3.000 Wahlvorständen mit 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfern nicht zu vertreten.

Bei den bisher gemeinsam durchgeführten Wahlen auf Bundes- und Landesebene an einem Wahltag trugen die Thüringer Wahlorgane (Landeswahlleiter, Kreiswahlleiter, Gemeindevwahlleiter, Wahlvorstände) in enger Abstimmung mit dem Bund auf der Ebene „Thüringen“ die Verantwortung. Als ein Beispiel füge ich die Handreichung des Landeswahlleiters zur Ordnung und Sicherheit in den Wahlräumen (Anlage 2) bei. Diese Handreichung wurde z.B. mit der Thüringer Polizeidirektion abgestimmt und hat sich nebst Anlage mit telefonischen Erreichbarkeiten je Wahlkreis

- Kreiswahlleiter
- Polizeidirektion
- Polizeidienst

vollumfänglich bewährt. In Analogie ist ebenfalls das als Entwurf beigefügte Hygienekonzept (Anlage 3) zu sehen, welches zur Zeit mit dem Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie weiter präzisiert wird.

Zu Artikel 2 § 8 ThürLWG Wahlleiter und Wahlausschüsse

Einverstanden; mit Verweis auf meine Stellungnahme zur Drucksache 7/2043 (insb. Abschnitt 2)

Zu Artikel 3 § 56 ThürLWG Schluss der Wahlhandlung

Einverstanden; mit Verweis auf meine Stellungnahme zur Drucksache 7/2043

Zu Artikel 4 Inkrafttreten

Einverstanden

Abschließend möchte ich noch auf weitere Aspekte hinweisen:

I. Änderung Anlage 5 zu § 24 ThürLWO - Wahlschein

Der Briefwähler versichert:

„Ich versichere gegenüber dem Kreiswahlleiter/der Verwaltungsbehörde des Kreises/der mit der Durchführung der Briefwahl betrauten Gemeindebehörde an Eides statt, dass ich den beigegeführten Stimmzettel persönlich – als Hilfsperson⁴⁾ gemäß dem erklärten Willen des Wählers – gekennzeichnet habe.“

Vorschlag:

Ich rege an, dass diese Erklärung an Eides Statt durch die Formulierung

„persönlich, ohne Zwang und unter Einhaltung des Wahlheimnisses“
erweitert wird.

Diese Erweiterung wurde in der Anhörung u.a. auch vom Bundeswahlleiter a.D., Herrn Hahnen, und anderer Anzuhörender unterstützt.

II. Tragen der Mund-Nase-Bedeckung

Das Tragen der Mund-Nase-Bedeckung stellt ein unverzichtbares Element zur Gewährleistung des Gesundheitsschutzes in Pandemiezeiten dar.

Ich bitte deshalb Sorge dafür zu tragen, dass in dem Gesetz bzw. einschlägigen Verordnungen diesbezüglich klare und eindeutige Regelungen für alle Phasen und Abschnitte der Wahl getroffen werden, insbesondere

- Wahlbewerberaufstellung
- Sitzungen der Wahlorgane
- Verhalten am Wahltag
 - vor und im Wahlraum
 - beim Identitätsnachweis
 - bei Wahlbeobachtung, insbesondere nach 18 Uhr

Alle Fragen, u.a. der Umgang im Wahllokal mit „Maskenverweigerungen“ sind im Vorfeld rechtlich zu bewerten und entsprechend z.B. in den Verordnungen zu fixieren.

III. Wahlhelfergewinnung

Zur Absicherung der Landtagswahl werden am Wahltag ca. 30.000 ehrenamtliche Wahlhelfer im Einsatz sein. Ca. 40 % der Wahlhelfer waren bei zurückliegenden Wahlen in der Altersgruppe 60+ oder gehörten einer sogenannten Risikogruppe an. Die Wahlhelfergewinnung dürfte sich unter Pandemiebedingungen weitaus schwieriger gestalten, da ein Einsatz der älteren Gruppen, bei einer Einsatzzeit von mindestens 10 Stunden, **primär** nicht gegeben sein wird.

In einer weiteren Verpflichtung von Beamten und Angestellten des Landes und der Kommunen sehe ich eine wesentliche Komponente, um diese Ausfälle zu kompensieren. Neugewonnene Wahlhelfer sind umfangreich auf den Einsatz vorzubereiten (Schulungsmaßnahmen). Eine kostenfreie Coronatestung, das Bereitstellen von zwei FFP2-Masken, ein zusätzlicher Bonus zum Erfrischungsgeld sowie die vollumfängliche versicherungstechnische Absicherung im Schadensfall (Haftungsfrage) sind ebenfalls geboten.

IV. Bereitstellung von Wahlräumen durch die Gemeindeverwaltungen

Zur Absicherung einer Wahl werden ca. 3.000 Lokationen (Urnen-, Briefwahllokale) benötigt. Bei der Bewertung der Durchführbarkeit muss zwingend auch die **Raumgröße/-kapazität unter pandemischen Aspekten** Berücksichtigung finden.

Der Wahlvorstand besteht aus bis zu 9 ehrenamtlich tätigen Bürgern. Setzt man, wie in der Vergangenheit bei COVID-Verordnungen bereits praktiziert, bestimmte Vorgaben, zum Beispiel 10 m²/Person in öffentlichen Räumen an, so müssten für den Wahltag Wahlräume von den Gemeinden bereitgestellt werden, die unter Umständen, nach Informationen der Kreiswahlleiter, tatsächlich nicht bereitgestellt werden könnten. Zusätzliche Mietkosten für nichtöffentliche Lokalitäten wären die Folge.

§ 42 Absatz 1 ThürLWO macht hierzu folgende Aussagen:

„§ 42

Wahlräume

- (1) *Die Gemeinde bestimmt für jeden Wahlbezirk einen Wahlraum. **Soweit möglich**, stellen die Gemeinden **Wahlräume in Gemeindegebäuden** zur Verfügung. Die Wahlräume sollen nach den örtlichen Verhältnissen so ausgewählt und eingerichtet werden, dass allen Wahlberechtigten, insbesondere behinderten und anderen Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigung die Teilnahme an der Wahl **möglichst erleichtert** wird. Die Gemeinden teilen frühzeitig und in geeigneter Weise mit, welche Wahlräume **barrierefrei sind**.*

Die **Auszählung** ist **öffentlich**; Wahlbeobachter sind somit erwünscht und rechtlich zugelassen. Ich verweise vorsorglich darauf hin, dass hier, auf Grund der **Größe von Wahlräumen**, ein schon jetzt vorhersehbares Konfliktpotenzial in Verbindung mit den Infektionsschutzregeln vorprogrammiert sein könnte.

Ich halte Klarstellungen in der Thüringer Landeswahlordnung für hilfreich, um unnötigen Diskussionen bzw. Vorfällen entgegenzutreten (Abstandsregeln, Meterzahl zu Wahltschen, Begrenzung).

V. Kostenerstattung für Maßnahmen zum Infektionsschutz

Zum Schutz von Leib und Leben der 30.000 ehrenamtlichen Wahlhelfer, der 1,7 Mio Wähler, der Gemeindebediensteten sowie weiterer an der Wahl involvierten Bürgern sind gemäß dem Hygienekonzept entsprechende Beschaffungsmaßnahmen in den Gemeinden zu tätigen.

Sämtliche Kosten für diese Hygienemaßnahmen sind vom Land zu erstatten.

Regelungen mit dem Bund (Übernahme zu 50 % der anfallenden Kosten durch die Bundestagswahl) sind im Vorfeld der Wahl am 26. September 2021 zu treffen.

VI. Anpassung Artikel 1 § 7 Absatz 2

Auf Grund der Ergänzung von Anlage 1 und Anlage 2 ist m.E. eine redaktionelle Änderung in § 7 Absatz 2 zu überdenken.

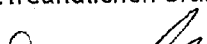
VII. Optimierung der Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags vom 27. Februar 2020

Durch die Zusammenlegung der Termine von Bundes- und Landtagswahl sollte die Thüringer Verordnung über die Abkürzung von Fristen und Terminen im Thüringer Landeswahlgesetz und in der Thüringer Landeswahlordnung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode des Landtags vom 27. Februar 2020 auf Optimierungsmöglichkeiten für die Landtagswahl geprüft werden.

Nach einer ersten Prüfung ergibt sich mindestens ein Termin, der in o.a. Verordnung zu ändern wäre. Diese Änderung bzw. Änderungen haben keine Auswirkungen auf das vorliegende Gesetzesvorhaben.

Die unter I. – VII. angesprochenen Thematiken wurden in zahlreichen Gesprächen und Abstimmungsrunden auch seitens der Kreiswahlleiter angesprochen und bedürfen einer einheitlich abgestimmten Verfahrensweise.

Mit freundlichen Grüßen



- Anlage 1: Stellungnahmen der Kreiswahlleiter zum Änderungsantrag
- Anlage 2: Merkblatt zur Ordnung in den Wahlräumen anlässlich der Landtagswahl 2019
- Anlage 3: Entwurf eines Hygienekonzepts für Wahlräume

**Stellungnahmen der Kreiswahlleiter zur Wahl des 8. Thüringer Landtags
zum Änderungsantrag des Gesetzentwurfs ThürVorNWDG2021**

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 1: Eichsfeld I WK 2: Eichsfeld II	- keine zusätzlichen Änderungen
WK 3: Nordhausen I WK 4: Nordhausen II	- keine Anmerkungen
WK 5: Wartburgkreis I WK 6: Wartburgkreis II/Eisenach WK 7: Wartburgkreis III	- Hygieneschutzkonzept sollte für alle Gemeinden als einheitliches Muster zur Verfügung gestellt werden
WK 8: Unstrut-Hainich-Kreis I WK 9: Unstrut-Hainich-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> - Anlagen 14 und 20 ThürLWO (Niederschriften zur Aufstellung von Parteibewerbern) sollten auf neue Situation angepasst werden - Änderung im Artikel 1 § 7 Absatz 2 <i>"Haben die Parteien die Bewerber in Verfahren gemäß §§ 4 oder 5 aufgestellt, haben sie bei der Einreichung der Wahlvorschläge die Gewährleistung der Grundsätze des § 4 Absatz 2 und § 5 Absatz 2 sowie bezüglich der Schlussabstimmung der Geheimheit der Wahl durch Beifügung einer Erklärung nach dem Muster der Anlagen 1 und 2 nachzuweisen und durch eine Versicherung an Eides Statt durch den Leiter der Versammlung und zwei von der Versammlung bestimmte Teilnehmer glaubhaft zu machen."</i> - gesetzliche Regelung zur vollständigen Kostenübernahme
WK 10: Kyffhäuserkreis I WK 11: Kyffhäuserkreis II	- keine Anmerkungen
WK 12: Schmalkalden-Meiningen I WK 13: Schmalkalden-Meiningen II	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 14: Gotha I WK 15: Gotha II	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenlegung nachfolgender Termine wird als möglich angesehen <ul style="list-style-type: none"> o Stichtag für die Eintragung ins Wählerverzeichnis vom 35. auf den 42. Tag o Druck und Versand der Wahlbenachrichtigungen ab dem 41. Tag o Bekanntmachung zur Auslegung der Wählerverzeichnisse vom 31. auf den 24. Tag
WK 16: Sömmerda I/Gotha III WK 17: Sömmerda II	- keine Einwände
WK 18: Hildburghausen I/ Schmalkalden-Meiningen III	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 19: Sonneberg I WK 20: Hildburghausen II/Sonneberg II	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 21: Suhl/Schmalkalden-Meiningen IV	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 22: Ilm-Kreis I WK 23: Ilm-Kreis II	<ul style="list-style-type: none"> - Klarstellung zum Rechtsbegriff „... oder aus platzgründen davor (vor dem Wahlraum) befinden ...“ (§ 8 Satz 2) - Erstellen eines landesweiten Musterhygienekonzepts - Durchführung einer generellen Briefwahl - Kostenübernahmeregelungen fehlen
WK 24: Erfurt I WK 25: Erfurt II WK 26: Erfurt III WK 27: Erfurt IV	<ul style="list-style-type: none"> - Ermächtigung bzgl. des Infektionsschutzes durch Rechtsverordnung sollte verpflichtend sein - Regelung zur Wahlkostenerstattung fehlt! - Erhöhung der Wahlhelferentschädigung fehlt, evtl. Zahlung coronabedingter Zuschläge
WK 28: Saalfeld-Rudolstadt I WK 29: Saalfeld-Rudolstadt II	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 30: Weimarer Land I/Saalfeld-Rudolstadt III WK 31: Weimar I/Weimarer Land II	<ul style="list-style-type: none"> - Zahl der Unterstützungsunterschriften sollte wie im Gesetzentwurf bei 125 bzw. 500 belassen werden - Schluss der Wahlhandlung um 18 Uhr wird begrüßt; eine Verlängerung erzielt nicht den gewünschten Effekt der Wahlentzerrung - Infektionsschutzgesetz durch Land vorzusehen, lediglich örtliche Gegebenheiten sind anzupassen
WK 32: Weimar II	- keine Äußerung
WK 33: Saale-Orla-Kreis I WK 34: Saale-Orla-Kreis II	- keine Äußerung
WK 35: Saale-Holzland-Kreis I WK 36: Saale-Holzland-Kreis II	keine Änderungen hinsichtlich der Stellungnahme zum Gesetzentwurf
WK 37: Jena I WK 38: Jena II	<ul style="list-style-type: none"> - grundsätzliche Festlegung einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite wird z.K. genommen - Wahlzeitende 18 Uhr wird begrüßt - Möglichkeit der Abholung der Briefwahlunterlagen sollte an Inzidenz gebunden werden → landeseinheitliche Regelung

Wahlkreis/Kreiswahlleiter	Stellungnahme
WK 39: Greiz I WK 40: Greiz II	<ul style="list-style-type: none"> - Forderung zur vollumfänglichen Erstattung der Kosten für die vorgezogene Landtagswahl → klare verbindliche Finanzierungszusagen - Schaffung finanzieller Anreize für Wahlhelfer - Herabsetzung der Anzahl der Unterstützungsunterschriften wird als „falscher Anreiz“ gesehen
WK 41: Gera I WK 42: Gera II	<ul style="list-style-type: none"> - keine sachlichen Einwände
WK 43: Altenburger Land I WK 44: Altenburger Land II	<ul style="list-style-type: none"> - Befürwortung der Herabsetzung der Zahl der Unterstützungsunterschriften - Präferenzierung einer reinen Briefwahl im Pandemiefall - evtl. Erweiterung der Wahlzeit 6-20 Uhr



Anlage 2

**Merkblatt zur Ordnung in den Wahlräumen
anlässlich der Landtagswahl 2019**

Der Wahlvorstand trägt die Verantwortung für Ruhe und Ordnung im Wahlraum. Er übt für die Zeit der Wahl das Hausrecht über die genutzten Räumlichkeiten aus. Der Wahlvorstand kann Personen, die die Ordnung und Ruhe stören, aus dem Wahlraum verweisen.

Bedarf der Wahlvorstand zur Durchsetzung seines Hausrechts polizeilicher Hilfe, so ist diese bei Dringlichkeit über den Notruf 110 bzw. bei der nächsten Polizeidienststelle (siehe Rückseite) anzufordern.

Bei willentlichen Zuwiderhandlungen gegen das Hausrecht des Wahlvorstandes sollte Strafanzeige erstattet werden.

Neben der Abwehr von Gefahren für Leib und Leben stehen der Schutz der Wahlurne, der Wählerlisten, der Stimmzettel und sonstiger Wahlunterlagen im Vordergrund polizeilicher Aufgabenwahrnehmung.

Während der Wahlzeit sind in und am Gebäude, in dem sich das Wahllokal befindet, sowie im Umkreis von etwa 100 m vor den unmittelbaren Zugängen jede Beeinflussung der Wähler durch Wort, Ton, Schrift oder Bild und Unterschriftensammlung unzulässig (§ 33 Absatz 1 Thüringer Landeswahlgesetz).

Bei Feststellen von Straftaten oder verdächtigen Wahrnehmungen ist unverzüglich die nächste Polizeidienststelle zu verständigen und das weitere Vorgehen abzustimmen. Der Tatort sollte bis zum Eintreffen der Polizei nicht verändert werden. In diesem Sinne sollte vor Öffnung der Wahllokale ein Kontrollgang durch und um das Gebäude erfolgen.

Die Dienstkräfte der Thüringer Polizei werden am Wahltag auf Grund der gebotenen Neutralität im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung zurückhaltende Präsenz im Umfeld der Wahllokale zeigen. Soweit nicht zur Durchführung polizeilicher Maßnahmen zwingend erforderlich, werden in den Wahllokalen keine Dienstkräfte der Thüringer Polizei anwesend sein.

Die örtlichen Polizeidienststellen sind angewiesen am Wahltag mit den örtlichen Wahlvorständen unmittelbar Kontakt aufzunehmen und bei Erfordernis Absprachen zur Gestaltung der Sicherheit und Ordnung in den Wahllokalen zu treffen.

Für Fragen und Anregungen wenden Sie sich bitte im Rahmen der Wahlvorbereitung an die örtlichen Ansprechpartner. Dies sind entweder der Kreiswahlleiter oder die Thüringer Polizei.

Bei medizinischen oder sonstigen Notfällen wenden Sie sich an die Rettungsleitstelle über den Notruf 112.

Ihr Landeswahlleiter

Ihre Thüringer Polizei



Entwurf

Wahl zum 8. Thüringer Landtag am Sonntag, den Hygienekonzept für Wahlräume (Stand: 1. September 2020)

Am Sonntag, dem, sollen die Abgeordneten des 8. Thüringer Landtags gewählt werden. Die Wahlberechtigten haben die Möglichkeit, ihre Stimmen per Wahlschein oder persönlich an der Urne in den jeweiligen Wahlräumen abzugeben. Angesichts der bestehenden Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung der Gesundheit dürfen die Gewährleistung des Öffentlichkeitsprinzips sowie die Ausübung des Wahlrechts nicht in unzulässiger Weise beeinträchtigt werden. Vor diesem Hintergrund werden den die Wahl durchführenden kommunalen Gebietskörperschaften sowie den Wahlvorständen folgende Empfehlungen gegeben, die im Einzelfall ggf. konkretisiert werden müssen.

I. Wahlraum

Insbesondere zur Sicherstellung des Öffentlichkeitsprinzips, aber auch zur effizienten Durchführung der Wahlhandlung sind (möglichst) große Wahlräume auszuweisen. Damit ist der Zutritt von „Jedermann“ in größtmöglichem Umfang sichergestellt. Insoweit muss – gegenüber früheren Wahlen – ggf. ein Ausweichen in andere, größere Wahlräume ins Auge gefasst werden.

II. Zugang

Der Wahlvorstand ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlhandlung verantwortlich. Gleichzeitig hat er auch für die Ordnung im Wahlraum zu sorgen. Angesichts der im Folgenden dargelegten Zugangsregelungen ist eine Unterstützung des Wahlvorstandes durch eine (weitere) Hilfsperson angeraten. Denn es ist erforderlich, den Zugang zum Wahlraum zu ordnen.

1. Der Zugang zu den Wahlräumen ist nur unter Einhaltung eines Mindestabstands von 1,5 Meter zu anderen Personen erlaubt (Abstandsgebot). Insoweit sind vor dem Zugang Maßnahmen zur Steuerung des Zutritts z.B. durch Anbringen von gut sichtbaren Abstandsmarkierungen im Abstand von mindestens 1,5 Metern zu ergreifen.
2. Der Wahlvorstand (oder die Hilfsperson) hat durch Zutrittsbeschränkung zu gewährleisten, dass sich nur so viele Stimmberechtigte gleichzeitig in den Wahlräumen aufhalten wie Stimmabgabemöglichkeiten (Wahlkabinen) vorgesehen sind. Nach der Stimmabgabe sollen die Wahlberechtigten den Wahlraum zügig verlassen, es sein denn, sie wollen die Wahlhandlung beobachten.
3. Möchten Wahlbeobachter den Wahlraum betreten, haben sie dies dem Wahlvorstand anzuzeigen. Ihnen wird ein Freiraum mit Abstandswahrung zugewiesen. Der Freiraum hat eine Beobachtung der Wahlhandlung sowie der späteren Auszählung und Ergebnisermittlung zu gewährleisten.
4. Im Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, sowie im Wahlraum selbst gilt grundsätzlich die Maskenpflicht.

III. Wahlhandlung

1. Auch in den Wahlräumen ist der Abstand von mindestens 1,5 Metern pro Person sicherzustellen, soweit die jeweils geltende Corona-Bekämpfungsverordnung keine andere Regelung trifft. Maßnahmen zur Wahrung des Abstandsgebotes sind zu treffen, so z.B. angemessen ausgeschilderte Wegekonzepte möglichst mit Einbahnregelungen.
Das Abstandsgebot von mindestens 1,50 Meter gilt auch für die Mitglieder des Wahlvorstands untereinander.
2. Die Zahl der gleichzeitig anwesenden Mitglieder des Wahlvorstandes sollte auf die erforderliche Mindestanzahl reduziert werden (s. § 5 ThürLWO).

IV. Ergebnisermittlung

1. Die Ergebnisermittlung ist öffentlich, jedermann hat Zutritt. Für die Öffentlichkeit gilt grundsätzlich während der Ergebnisermittlung das unter Ziffer I.1 genannte Abstandsgebot sowie die unter Ziffer I.2 genannte Maskenpflicht, soweit die jeweils geltende Corona-Bekämpfungsverordnung keine andere Regelung trifft.
2. Der Zugang von Wahlbeobachtern kann beschränkt werden, wenn dadurch die Abstandsregelungen nicht eingehalten werden können und somit der Wahlvorstand gesundheitlichen Risiken ausgesetzt würde. Die Durchführung der Wahlhandlung und die Ergebnisfeststellung dürfen nicht eingeschränkt oder unmöglich gemacht werden.

V. Organisation

1. Die Kontaktdaten aller Personen, die an der Wahlhandlung im Wahllokal beteiligt sind, ergeben sich
 - a) hinsichtlich des Wahlvorstandes aus der im Wahlraum zu fertigenden Wahl Niederschrift,
 - b) hinsichtlich der Wählerinnen und Wähler durch den Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis.
2. Die Kontaktdaten (Name, Vorname, Anschrift, Telefonnummer) sonstiger im Wahlraum anwesenden Personen („Wahlbeobachter“ im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips) sind unter Angabe der Anwesenheitszeiten vom Wahlvorstand zu erheben. Die erhobenen Daten werden mit den Wahlunterlagen der zuständigen Gemeindeverwaltung übergeben; sie sind unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen für eine Frist von einem Monat aufzubewahren; nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten unverzüglich zu löschen.

VI. Besondere Hygienemaßnahmen

1. Für die Mitglieder der Wahlvorstände sind andere geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen (z.B. Trennscheiben [Spuckschutz]) – vgl. Ziffer II.1). Verlassen die Mitglieder des Wahlvorstandes den Bereich hinter den Trennscheiben, so besteht die Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Naseschutzes. Dem Wahlvorstand sind Schutzhandschuhe zur Verfügung zu stellen.
2. Alle Personen müssen sich vor dem Betreten des Wahlraums die Hände desinfizieren. Geeignete Desinfektionsspender sind vorzuhalten.
3. Die geltenden Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln (inkl. der allgemeinen Regeln des Infektionsschutzes wie „Niesetikette“, Einordnung von Erkältungssymptomen etc.) sind durch geeignete Hinweisschilder kenntlich zu machen.
4. Es sind gezielte Maßnahmen zu treffen, um die Belastung der Wahlräume sowie der Zugangsbereiche mit Aerosolen zu minimieren. Alle Räumlichkeiten sind ausreichend zu belüften.
5. Nach der Stimmabgabe des Wählers ist der Tisch in der Wahlkabine zu desinfizieren.
6. Hinsichtlich der Verwendung von Schreibstiften für die Stimmabgabe gelten folgende Alternativen:
 - Der Wähler kann einen eigenen, mitgebrachten Schreibstift verwenden.
 - Es können die Schreibstifte im rotierenden Verfahren mit den Stimmzetteln aus- und zurückgegeben werden und sind dann vor jedem erneuten Gebrauch zu desinfizieren.
 - Es ist jedem Wähler mit dem Stimmzettel ein Schreibstift auszuhändigen, den er anschließend mitnehmen darf oder der anschließend entsorgt wird.

In den Wahlkabinen werden keine Schreibstifte ausgelegt.

Die Kreisordnungsbehörde kann als zuständige Infektionsschutzbehörde weitergehende Anordnungen treffen, sofern dies aus epidemiologischer Sicht notwendig ist.

Das Hygienekonzept muss mit Blick auf das Infektionsgeschehen gegebenenfalls fortgeschrieben werden.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - Dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
		Körperschaft des öffentlichen Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Stadtverwaltung Sondershausen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Markt 7
	Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Verwaltungsleitung, Wahlleitung im Falle kommunaler Wahlen, Verantwortlicher für Wahlangelegenheiten bei sonstigen Wahlen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Option zur Anwendbarkeit des ThürVorNWDG 2021 wird befürwortet. Die weitere Absenkung der notwendigen Unterstützungsunterschriften ist abzulehnen. Das Ende der Wahlzeit 18 Uhr ist zu befürworten. Die Zurverfügungstellung einheitlicher Infektionsschutzkonzepte wird für notwendig erachtet. Darüber hinaus wird auf das Anhörungsschreiben zur Drucksache 7/2043 vom 07.01.2021 verwiesen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und ~~unaufgefordert~~ bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Sonderhausen, 23.02.2021

THÜR. LANDTAG POST
24.02.2021 14:46

W 822/21



MUSIK- UND BERGSTADT
SONDERSHAUSEN

St. Verwaltung Sondershausen • Markt 7 • 99706 Sondershausen

Stadtverwaltung Sondershausen
Fachbereich 1 - Zentrale Verwaltung

Den Mitgliedern des

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

TELEFON (0 36 32) 62 21 10
TELEFAX (0 36 32) 62 21 80

DATUM 23. Februar 2021



**Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahr 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/2043 -**

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hier: Anhörungsverfahren gemäß §§ 79, 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nachfolgende Auffassung zu einzelnen Regelungen des o. g. Änderungsantrages der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Drucksache 7/2043 erfolgt unter Zugrundelegung meiner mehrjährigen Erfahrung als Wahlleiter bzw. Verantwortlicher für die Durchführung von Wahlen innerhalb der Stadt Sondershausen. Es wird daher lediglich zu den Bereichen ausgeführt, zu denen ein Beitrag aufgrund der vorliegenden Erfahrungen geboten erscheint:

zu 1.

Die grundsätzliche Option, dass das ThürVorNWVG 2021 mit Entscheidung bis spätestens zum Tage des Beginns der Frist gem. Art. 50 Abs. 2 S. 3 Thüringer Verfassung keine Anwendung findet, ist zu begrüßen. So besteht zumindest frühzeitig Verbindlichkeit über die wahlrechtlichen und organisatorischen Anforderungen an die ggf. durchzuführenden Neuwahlen.

Hausanschrift	Öffnungszeiten	
Rathaus	Di 09:00–12:00 Uhr & 13:00–15:00 Uhr	
Markt 7	Do 09:00–12:00 Uhr & 13:00–15:00 Uhr	
99706 Sondershausen	Fr 09:00–12:00 Uhr	

Zu 2.

Zur Begründung wird auf mein Anhörungsschreiben zur Drucksache 7/2043 vom 07.01.2021 (hier zu Artikel 1 § 2 Abs. 2) verwiesen, welches als Anlage beigefügt ist.

Unter Bezugnahme auf die o. g. Begründung ist die erneute Absenkung der Anzahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften ablehnend zu betrachten. In dem Änderungsantrag wurden weitere Erleichterungen zur Aufstellung von Wahlvorschlägen vorgesehen. Auch in Zeiten, in denen pandemiebedingte Erleichterungen zur Aufstellung von Wahlvorschlägen begründet erscheinen, darf die demokratische Legitimation der eingereichten Wahlvorschläge nicht derart an Bedeutung verlieren. Maßstab muss es sein, Wahlvorschläge zuzulassen, bei denen auch ohne Sonderregelungen eine ausreichende Akzeptanz in der Bevölkerung vorgelegen hätte.

Zu 4.

Die Festlegung der Wahlzeit von 8 Uhr bis 18 Uhr ist zu begrüßen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre, bei verbundenen Wahlen mit unterschiedlichen Wahlzeiten, haben gezeigt, dass diese eher für Unverständnis bei den Wahlberechtigten sorgten.

Die Gesundheitsbehörden hinsichtlich der Erstellung von Infektionsschutzgesetzen aus der Verantwortung zu nehmen ist nachvollziehbar. In diesem Zusammenhang ist auf die Notwendigkeit einheitlicher Infektionsschutzkonzepte für die Wahltag hinzuweisen. Zur weiteren Begründung hierzu, verweise ich auf die Anlage (Anhörungsschreiben zur Drucksache 7/2043 vom 07.01.2021 - hier zu Artikel 1 § 4).

Das in der Anlage beigefügte Anhörungsschreiben zur Drucksache 7/2043 vom 07.01.2021 behält, hinsichtlich aller nicht durch den o. g. Änderungsantrag berührten Punkte, weiterhin Gültigkeit.

Sollten weiterführende Erklärungen gewünscht sein, stehe ich Ihnen hierfür gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Anhörungsschreiben zur Drucksache 7/2043 vom 07.01.2021



Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

TELEFON (0 36 32) 62 21 10
TELEFAX (0 36 32) 62 21 80

DATUM 7. Januar 2021
UNSER AZ

Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahr 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften
hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nachfolgende Auffassung zu einzelnen Regelungen des o. g. Gesetzentwurfs erfolgt unter Zugrundelegung meiner mehrjährigen Erfahrung als Wahlleiter bzw. Verantwortlicher für die Durchführung von Wahlen innerhalb der Stadt Sondershausen. Es wird daher lediglich zu den Bereichen ausgeführt, zu denen ein Beitrag aufgrund der vorliegenden Erfahrungen geboten erscheint:

Grundsätzliches

Für die innerhalb der Stadt Sondershausen eingerichteten Wahllokale (22 Urnenwahllokale und 2 Briefwahllokale) konnten zwar für die bisher stattgefundenen Wahlen ausreichend engagierte Wahlhelfer/innen gefunden werden, jedoch ist diese Ausgangssituation im Hinblick auf die vorzeitige Durchführung von Landtagswahlen, bereits am 25. April 2021, kritisch zu betrachten. Die Mehrzahl der ehrenamtlichen Wahlhelfer/innen ist über sechzig Jahre alt und zählt somit zu den durch das Corona-Virus besonders gefährdeten Personengruppen. Es ist fraglich, ob sich diese Wahlhelfer/innen, in einer der derzeitigen Situation vergleichbaren Lage, zur Wahrnehmung des Ehrenamtes erneut bereit erklären. Dies gilt insbesondere für die Tätigkeit innerhalb eines Urnenwahllokals.

Die Erstellung von entsprechenden Hygienekonzepten wird, unabhängig von dem zum Wahltag vorliegenden Inzidenzwert, notwendig. Von daher ist in dem geplanten Gesetzentwurf, oder zumindest mit diesem einhergehend, eine verbindliche Regelung zur Kostenerstattung für die Gemeinden zu schaffen.

Zu Artikel 1 § 2 Abs. 2

Die Beibringung der Unterstützungsunterschriften gem. §§ 22 Abs. 2 S. 2, 29 Abs. 1 S. 2 ThürKWG dienen dem Ziel, dass nur ausreichend demokratisch legitimierte Wahlvorschläge überhaupt zur Wahl zugelassen werden. Die Absenkung auf 50 vom Hundert scheint nach diesseitiger Auffassung, auch unter den Pandemiebedingungen, nicht gerechtfertigt. Die Regelung könnte dazu führen, dass Wahlvorschläge zugelassen werden, die die Anzahl an Unterstützungsunterschriften in Zeiten außerhalb einer Pandemie nicht erreicht hätten. Dies würde zu einer Benachteiligung der Wahlvorschlagsträger führen, die der ursprünglichen Gesetzesintention zuwiderläuft. Um für die entsprechenden Parteien und Wahlvorschlagsträgern Chancengleichheit herzustellen, scheint es eher angezeigt, alternative Formen zur eigenhändigen Unterzeichnung gesetzlich zu verankern.

Zu Artikel 1 § 4

Einheitliche Vorgaben zur Erstellung entsprechender Infektionsschutzkonzepte (Muster-Infektionsschutzkonzepte) seitens der Landesregierung scheinen hier geboten und zweckmäßig. Da der Ablauf im Wahllokal am Wahltag bereits definiert ist und demnach einem Standardablauf folgt, sind einheitliche Vorgaben zur Wahrung des Infektionsschutzes sinnvoll. Hier wäre eine im Sinne des Infektionsschutzes angepasste Vorlage zum Ablauf des Wahlgeschehens am Wahltag eine praxistaugliche Unterstützung. Eine Unterstützung durch die regionalen Gesundheitsbehörden könnte in Abhängigkeit der jeweils vorherrschenden Pandemiesituation unzweckmäßig sein. Die bisherigen Erfahrungen im Umgang mit der Pandemie zeigen, dass die zuständigen Gesundheitsbehörden bereits mit den bisherigen Herausforderungen der Pandemie mehr als ausgelastet sind.

Zu Artikel 1 § 5 Abs. 1

Die Möglichkeit zur Anordnung der Briefwahl sollte nur bis zur Ausgabe der ersten Briefwahlunterlagen an einen Wahlberechtigten möglich sein. Mit Versand der ersten Wahlscheine mit Briefwahlunterlagen hat praktisch die Stimmabgabe begonnen. Ab diesem Moment ist der Gewährleistung der gleichen Voraussetzungen zur Stimmabgabe für alle Wahlberechtigten besonderes Gewicht beizumessen. Auch scheint eine Anordnung der Briefwahl nur für Teile des Wahlkreises,

unter der Berücksichtigung der gleichen Zugangsvoraussetzung zur Stimmabgabe, bedenklich. Eine Anordnung sollte insofern nur für den gesamten Wahlkreis oder das gesamte Wahlgebiet möglich sein. Hieran anschließend muss beachtet werden, dass die organisatorische Vorbereitung einer flächendeckenden Briefwahl, ab einer bestimmten Nähe zum Wahltag, nicht mehr umzusetzen ist. Auch hierfür scheint die gesetzlich vorgesehene, frühestmögliche Ausgabe eines Wahlscheines mit Briefwahlunterlagen als letztmöglicher Zeitpunkt geeignet.

§ 5 Abs. 1 S. 3 erschließt sich im weiteren Zusammenhang nicht. Sollte vor dem Wahltag durch den Landeswahlausschuss Briefwahl angeordnet werden, sind zu diesem Zeitpunkt noch keine Briefwahllokale eingerichtet worden. Briefwahllokale bzw. Briefwahlvorstände haben die Aufgabe, die bis zum Wahltag 18.00 Uhr eingegangenen Briefwahlunterlagen auszuzählen. Vor dem Wahltag zurückgesandte Briefwahlunterlagen werden von der Gemeinde lediglich verwahrt, um sie dann am Wahltag dem Briefwahlvorstand zu übergeben. Auch bei der Möglichkeit, die Briefwahlunterlagen nach Erhalt sofort in der Gemeindeverwaltung auszufüllen, bildet die Gemeindeverwaltung kein Briefwahllokal. Sie schafft lediglich die Möglichkeit, die Unterlagen vor Ort auszufüllen, um sie sodann zu verwahren. Da Briefwahllokale erst am Wahltag eingerichtet werden, ist insofern unklar, welche Briefwahllokale geschlossen werden sollen. Sollte mit der Formulierung gemeint sein, dass bis zum Zeitpunkt eingegangene Briefwahlunterlagen vernichtet werden sollen, ist dies äußerst kritisch zu betrachten. Briefwahlunterlagen werden i. d. R. beantragt, weil der Wahlberechtigte am Wahltag an der persönlichen Abgabe seiner Stimme im Urnenwahllokal gehindert ist. Hat dieser nunmehr per Briefwahl seine Stimme bereits abgegeben, der Landeswahlausschuss dann Briefwahl angeordnet und seine Stimmabgabe wird vernichtet, kann der Hinderungsgrund seiner Stimmabgabe (z.B. Urlaub oder krankheitsbedingter Klinikaufenthalt) bereits eingetreten sein und ihm die erneute Abgabe seiner Stimme damit unmöglich werden. Ein mit den Wahlrechtsgrundsätzen unvereinbarer Sachverhalt.

Es scheint eher sinnvoll, in Vorbereitung einer möglichen flächendeckenden Anordnung der Briefwahl, das Wahlgebiet bereits vorsorglich in Briefwahllokale/Briefwahlvorstände einzuteilen. Die bis zum Wahltag, 18.00 Uhr, eingegangenen Briefwahlunterlagen können dann auf die Briefwahlvorstände aufgeteilt und ausgezählt werden. Hierbei sollte darauf geachtet werden, dass einem Briefwahlvorstand nicht mehr als 2.500 Briefwahlunterlagen zur Auszählung übergeben werden. Auch hierfür ist ein ausreichender organisatorischer Vorlauf für die Gemeindeverwaltung zu schaffen.

Im Ergebnis der Betrachtung ist auf eine rechtzeitige Festlegung (siehe oben) sowie auf eine mindestens den gesamten Wahlkreis betreffende Anordnung der Briefwahl hinzuwirken.

Zu Artikel 1 § 5 Abs. 3

In Anlehnung zu den o. g. Überlegungen zu § 5 Abs. 1 sollten nach diesseitiger Auffassung, unter Berücksichtigung der zu erwartenden Pandemielage sowie der durch diese bestehende Verunsicherung der Bevölkerung, die Möglichkeiten einer von vornherein angeordneter Briefwahl intensiv geprüft werden. Selbstverständlich unter vorheriger Ausräumung jedwedes verfassungsrechtlichen Bedenkens.

Fragestellungen der Fraktion der AfD

Zu 6.

Das Risiko, dass Briefwahlunterlagen während der Aufbewahrung in der Gemeinde geändert oder zerstört werden, kann m. E. ausgeschlossen werden. Bei der Verwahrung der Briefwahlunterlagen handelt es sich um Verwaltungshandeln. Dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns folgend, kann nicht von einem gesetzeswidrigen Verhalten der Bediensteten ausgegangen werden.

Zu 7.

Das unbewusste falsche Auszählen von Stimmen kann sicherlich nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Jedoch werden die Wahlhelfer/innen vor ihrer Tätigkeit regelmäßig geschult. Darüber hinaus werden Sie von der/dem Wahlvorsteher/in zu Beginn der Wahlhandlung über die gewissenhafte Wahrnehmung ihres Ehrenamtes belehrt. Nach diesseitiger Erfahrung können Oberflächlichkeiten bei der Ausübung des Wahlehrenamtes oder die gar vorsätzliche fehlerhafte Wahrnehmung ausgeschlossen werden. Als demokratisch handelndes Gremium besteht der Wahlvorstand aus mindestens fünf Personen. Dies lässt eine Abstimmung bei zweifelhaften Stimmabgaben zu und führt zu einer gegenseitigen Kontrolle. Sollte es also zu einer bewusst falschen Auszählung im Wahllokal kommen, handelt es sich hierbei um eine gemeinschaftlich begangene Straftat.

Fragestellungen der Fraktion der CDU

Zu 1.

Die Durchführbarkeit einer vorgezogenen Landtagswahl am 25. April 2021 wird aus organisatorischer Sicht als äußerst schwierig bewertet. Eine effektive Vorbereitung (Wahlhelfersuche, Einteilung des Wahlgebietes in Wahlbezirke, Beschaffung von Unterlagen usw.) kann erst nach Beendigung der pandemiebedingten Einschränkungen erfolgen.

Zu 2.

Bisher wurden die Wahlhelfer/innen der Urnenwahlbezirke separat zu den Wahlhelfern/innen aus den Briefwahlbezirken geschult. Die Arbeitsabläufe am Wahltag unterscheiden sich erheblich. Auf Grundlage des vorliegenden Gesetzentwurfs müssten die Wahlhelfer/innen in beide Abläufe unterwiesen werden. Dies führt nicht nur zu erheblich mehr Aufwand seitens der Wahlleitung, sondern vor allem ist Verunsicherung der Wahlhelfer/innen zu erwarten. Bzgl. der Akquise wird auf die Ausführungen unter „Grundsätzliches“ verwiesen.

Sollten weiterführende Erklärungen gewünscht sein, stehe ich Ihnen hierfür gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen</td> <td>Politische Partei</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Sonneberger Straße 244</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>96528 Frankenblick</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Straße 244	Postleitzahl, Ort	96528 Frankenblick
Name	Organisationsform										
Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Straße 244										
Postleitzahl, Ort	96528 Frankenblick										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Politik	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> Die 70-Tages-Frist ist im Falle von Pandemie ähnlicher Situation zu kurz. Kleinere Parteien wären dann auf Grund der Bestimmungen für Online-Nominierungen faktisch von einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags ausgeschlossen. Die Anzahl zu sammelnder Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge von Parteien und für andere Wahlkreisvorschläge ist ganz offensichtlich verfassungswidrig. Das geplante Gesetz lässt deutlich das Prinzip der Nachhaltigkeit des politischen Handelns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Thüringen vermissen. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Seltendorf, 23.2.2021	



Landesverband
Thüringen

Ökologisch-Demokratische Partei
Landesverband Thüringen

Sonneberger Straße 244
96528 Frankenblick/Seltendorf

ÖDP Thüringen • Sonneberger Straße 244 • 96528 Frankenblick

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
24.02.2021 07:02
4710/21

Seltendorf, den 23. Februar 2021

**Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke, SPD und B'90/Grüne
zur Drucksache 7/2043**

Ihr Zeichen: A 6.1/cs, ga – Drs. 7/2043 – VL 7/1590

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum genannten Änderungsantrag nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir beschränken uns konkret zum Änderungsantrag auf für uns wesentliche Punkte.

Bzgl. des neuen Absatzes für Artikel 1 §1 nach Absatz 1 sehen wir einen Konflikt zu den eindeutigen Bestimmungen des Landeswahlgesetzes in § 71.

Bzgl. der Änderung von Artikel 1 § 2 ist uns das sture Verhalten der Antragssteller völlig unverständlich. Bzgl. Wahlkreiskandidierender und Einzelkandidierender wird die Anzahl der sammelnden Unterstützungsunterschriften (UU) lediglich auf den allgemein üblichen Standardwert der meisten anderen Bundesländer reduziert. Wir haben hier bereits auf den generellen Reformbedarf hingewiesen. Die Reduzierung auf nun 40% der UU für die Landesliste entspricht u.a. nicht dem Wert von 25% in Rheinland-Pfalz. Dieses Verhalten der Antragssteller können wir lediglich als Versuch der Vermeidung von Mitbewerbern zu Lasten der demokratischen Vielfalt werten. Es drängt sich hier schon etwas der Verdacht auf, dass der Wiedereinzug von B'90/Grüne, welche wohl wieder um das Erreichen der undemokratischen 5,0%-Sperrklausel zittern werden müssen, gesichert werden soll. Wir haben dies nun zum Anlass genommen den Gang des Beschwerdeweges zu prüfen und verweisen hier am Rande auf die entsprechenden aktuellen Aktivitäten unseres Berliner Landesverbandes.

Der Satz „Der Beschluss des Landesvorstandes kann durch den Landesparteitag aufgehoben werden.“ im neuen § 3 Absatz (2) ist schlicht unnötig, da selbstverständlich, und stellt zudem einen unzulässigen Eingriff in die Autonomie der Parteien dar.



www.oedp-thueringen.de –



info@oedp-thueringen.de –



<https://www.facebook.com/OEDPThuringen/>



<https://twitter.com/OedpThuringen> –



<https://www.instagram.com/oedpthueringen/>

Bzgl. des neuen § 4 sehen wir die Regelungen in (3) kritisch und betrachten diese als praktisch nicht durchführbar. Hieraus resultiert unserer Einschätzung nach ein sehr hohes Risiko, grundsätzlich jede Online- oder Hybrid-Aufstellungsverammlung anfechten zu können. Hier sollte die Formulierung in eine Soll-Bestimmung umgewandelt oder diese komplett entfernt werden.

Ansonsten verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 19.12.2020, welche hier nicht wiederholt wird.

Ergänzend dazu möchten wir anmerken, dass wir nach wie vor zunehmend irritiert über die Arbeitsweise und das Verantwortungsbewusstsein der Antragssteller und auch ihres Vertragspartners, der CDU, sind. Dies wird u.a. unterstützt von anderen nicht dieses Gesetzgebungsverfahren betreffenden Äußerungen. Exemplarisch sei hier nur das In-Frage-Stellen der weiteren Zusammenarbeit bis zum 26.9.2021 genannt. Wir müssen deshalb am Selbstverständnis der Abgeordneten als Volksvertreterinnen und Volksvertreter und an ihrem Verantwortungsbewusstsein zweifeln.

In das Gesetzgebungsverfahren wurden, was wir grundsätzlich sehr befürworten, viele Sachverständige und andere Organisationen mit eingebunden. Anhand derer Stellungnahmen und des nun vorliegenden Änderungsantrags stellen wir fest, dass man deren Beitrag in vielen Punkten schlichtweg ignoriert. Wir sehen deshalb in dieser Vorgehensweise leider deutliche Anzeichen von Augenwischerei. Dazu sei unsere generelle Kritik an der nicht nachhaltigen Vorgehensweise wiederholt. Wir wollen dazu inhaltlich konkreter werden:

Der **Thüringer Landeswahlleiter** kritisiert in seiner Stellungnahme vom 13.1.2021 ebenfalls, dass das aktuelle Gesetzgebungsverfahren beabsichtigt, lediglich Bestimmungen für das Jahr 2021 zu schaffen. Dass er, wie wir auch, der Auffassung ist, dass das Gesetzgebungsverfahren für einen möglichen Wahltermin am 25.4.2021 viel zu spät gestartet wurde, entspricht ebenfalls unserer Auffassung, wie wir dies u.a. auch mit einer Pressemitteilung vom 20.12.2020 bereits öffentlich geäußert haben. Nun gut, das hat sich nun erledigt. Wir können auch im Interesse der politisch Verantwortlichen nur hoffen, dass diese ihren entsprechenden Arbeitsauftrag nun ernster nehmen. Wir möchten hier noch erwähnen, dass u.a. in Rheinland-Pfalz die Reduzierung der Anzahl zu sammelnder UU erst sehr spät beschlossen wurde. Das führte dazu, dass dort unnötig viele UU gesammelt wurden. Dies war definitiv nicht im Sinne einer Vermeidung eines unnötigen Infektionsrisiko gewesen. Hier besteht nun die Möglichkeit, es in Thüringen ausnahmsweise mal besser zu machen. Weiterhin weist der Landeswahlleiter auf weitere Punkte hin, die wir in unserem alternativen Gesetzesvorschlag bereits eingearbeitet haben. Hervorheben möchten wir hier lediglich den auch vom Landeswahlleiter geäußerten Hinweis, dass unbedingt die lokal unterschiedlichen Hygiene-Bestimmungen berücksichtigt werden müssen. Wir teilen natürlich die Einschätzung des Wahlleiters zur Reduzierung der UU ausdrücklich nicht. Ansonsten sind dessen Ausführungen jedoch für uns allesamt sehr schlüssig und gut nachvollziehbar. Diese zeigen leicht erkennbar auf, dass er voll und ganz in der Materie steckt. Es ist auch deshalb für uns nicht nachvollziehbar, dass er, für uns doch sehr offensichtlich, nicht von Anfang an in das Gesetzgebungsverfahren ausreichend mit eingebunden war.

Der **Landeswahlleiter von Rheinland-Pfalz** stellt klar, dass die Reduzierung der Anzahl der zu sammelnden UU für die Landesliste unter Berücksichtigung der sich aus der Corona-Situation ergebenden Einschränkungen prozentual auf 25% erfolgte, so wie dies dort bereits für den Fall von vorzeitigen Neuwahlen des Landtags festgelegt ist. Das wäre für Thüringen ein Wert von 250 UU, wobei wir aktuell in Thüringen eventuell beide Situationen haben werden: Vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtags und eventuell zugleich aus der Corona-Situation bedingte Einschränkungen. Man muss hierbei berücksichtigen, dass Rheinland-Pfalz diesbezüglich generell etwas besondere Regelungen hat. Aufgrund dessen müssen in Rheinland-Pfalz generell übermäßig viele UU für die Landesliste gesammelt werden. Zudem hat Rheinland-Pfalz 78% mehr Wahlberechtigte als Thüringen. Wir möchten auch deshalb empfehlen, dass man sich an den in den meisten Bundesländern üblichen Wert für Landeslisten von 1.000 UU orientiert und hier eine Reduzierung auf 25% anwendet. Auf die Anzahl UU für Wahlkreisvorschläge geht der Landeswahlleiter nicht ein. Hier verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 19.12.2020 und stellen noch einmal fest, dass Thüringen unter den Flächenbundesländern aktuell die gemäß der Anzahl Wahlberechtigter kleinsten Wahlkreise besitzt, jedoch mit deutlichem Abstand die höchste Anzahl an UU verlangt. Wir fordern hier deshalb für reguläre Landtagswahlen den Wert auf 100 und für vorzeitige Neuwahlen oder für Wahlen unter einer Pandemie ähnlichen Situation auf 40% davon, also auf 40, zu reduzieren. Siehe dazu Anhang A dieses Schreiben. Sehr interessant sind seine Ausführungen zu den bisherigen Erfahrungen mit der bisherigen Nutzung der optionalen Möglichkeit zur Briefwahl, welche unsere bisherige Einschätzung dazu bestätigt. Hier von der Möglichkeit von systematischem Wahlbetrug zu sprechen, ist aus unserer Sicht Usus. Wir können hier bei einzelnen Parteien lediglich rein eigennützige Polemik und wenig praktische Erfahrung erkennen. Er weist weiterhin daraufhin, dass die Gesetzesänderung doch nachhaltig und nicht nur auf das Jahr 2021 begrenzt sein sollte. Wir möchten uns bei Marcel Hüter und seinem Team für die sehr umfangreiche Stellungnahme bedanken, deren Ausarbeitung zudem wohl völlig freiwillig erfolgte.

Zur Stellungnahme des **Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI)** möchten wir auf die vor wenigen Wochen für die Bundestagswahl getroffenen Regelungen hinweisen. Wir folgen im Wesentlichen den Ausführungen des TLfDI. Softwarelösungen für Online-Wahlen, wie z.B. Openslides, können nur vorbereitend eingesetzt werden. Die verbindliche Wahlvorgang kann nur schriftlich, sprich auf dem postalischen Weg, erfolgen. Dies entspricht auch den Erkenntnissen, welche ich persönlich als hauptberuflicher Internet- und IT-Beauftragter des Bundesverbandes unserer Partei bei der Beschäftigung mit dieser Thematik gewonnen habe.

Herr _____ weist darauf hin, dass der Gesetzesvorschlag weder gegen das Grundgesetz noch gegen die Thüringer Verfassung verstößt. Wir möchten diese Feststellung aufgreifen und noch einmal auf die mehrfachen Verstöße gegen die Festlegungen in § 71 des Thüringer Landeswahlgesetzes hinweisen. Auch er weist in seiner Stellungnahme mehrfach darauf hin, dass doch eine dauerhafte Änderung des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung angestrebt werden sollte. Den Hinweis auf die „anderen Wahlkreisvorschläge“ haben wir in unseren alternativen Gesetzesvorschlag vom 19.12.2020

bereits stillschweigend sinngemäß umgesetzt. Weiterhin sieht auch er die Festlegung von Hygienevorschriften im vorliegenden Gesetzesvorschlag kritisch. Sehr interessant sind seine Ausführungen zur Verantwortung des Gesetzgebers und zum Verfassungsauftrag zur Berücksichtigung der Pandemie ähnlichen Situation bezüglich der Reduzierung der Anzahl zu sammelnder UU. Bezüglich der Verantwortung des Gesetzgebers teilen wir seine Ansichten. Wir möchten noch ergänzen, dass aus unserer Sicht der Gesetzgeber dazu verpflichtet ist, den gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Die Satzungen der Parteien haben demzufolge nur folgende Freiräume für eigene Regelungen: Zum einen können sie verfassungskonforme Regelungen für vom Gesetzgeber nicht berücksichtigte Aspekte treffen. Zum anderen können sie vom Gesetzgeber getroffene Regelungen für sich nur weiter einschränken oder präzisieren. Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund dafür, dass der Gesetzgeber in seinen Ausführungen auf diese natürliche Gesetzmäßigkeit eingeht. Seine Einschätzung zur Angemessenheit der Reduzierung der Anzahl UU zeugt unser Einschätzung nach von wenig Detailkenntnis und Erfahrung mit der praktischen Anwendung. Diese sind notwendig, um die praktischen Auswirkungen des wirklich extrem verkürzten Sammlungszeitraums erkennen und einschätzen zu können. Diese Kritik möchten wir an dieser Stelle auch an die Verfasser des Gesetzesvorschlags richten, welche seit fast 40 Jahren nicht mehr oder noch nie in der Bundesrepublik Deutschland UU sammeln mussten. Wir machen dies kontinuierlich seit fast 40 Jahren und konnten uns bisher nur bei Kommunalwahlen teilweise davon befreien. Gerne bieten wir uns an, hier mit unserem wahrlich sehr umfangreichen Erfahrungsschatz beratend zu unterstützen. Weitere Informationsquelle wären hier teilweise die Wahlleiter, welche jedoch nicht die Erfahrungen der Parteien „auf der Straße“ besitzen. Höchste Sympathie haben wir für seinen Umgang mit der Thematik Briefwahl. Denn er bezieht bisher gesammelte Erfahrungswerte mit ein. Diese letztendlich auch sehr pragmatische und effiziente Vorgehensweise entspricht zu 100 % unseren Ansichten zum demokratischen Miteinander und zeigt ein Höchstmaß an handwerklicher Gründlichkeit und strukturierter Arbeitsweise. Auch bei Herrn Hahlen möchten wir uns für seine sehr umfangreiche Stellungnahme bedanken.

In der Stellungnahme von _____ fällt uns als erstes seine Klarstellung auf, dass die Regelungen der Landeswahlordnung jederzeit auch in das Landeswahlgesetz übernommen werden könnten. Dem ist natürlich so. Dies ist auch besonders wichtig in der Betrachtung, da Gesetze und Verordnungen unterschiedliches rechtliches Gewicht und zudem ein deutlich unterschiedliches Maß an demokratischer Legitimation besitzen. In höchstem Maße dankbar sind wir _____ für seinen Hinweis auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts BVerfGE 12, 132 (134). **Für reguläre Neuwahlen des Thüringer Landtags liegt dieser Wert gemittelt aktuell bei 0,64 % - siehe Anhang A - und damit mehr als deutlich über dem vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Grenzwert von 0,26 %. Hier besteht aus unserer Sicht akuter Handlungsbedarf.** Wir können hier nur unsere Forderung wiederholen, den aktuell im Ländervergleich außergewöhnlich sehr hohen Wert von 250 UU für Wahlkreisbewerber und andere Wahlkreisvorschläge auf den allgemein üblichen Wert von 100 UU zu reduzieren. Dementsprechend ist dann auch die Reduzierung der Anzahl UU basierend auf diesem Wert vorzunehmen. Weiterhin finden wir folgenden Satz seiner Stellungnahme äußert bemerkenswert: „Gerechtfertigt sind Unterschriftenquoten jedoch nur, soweit sie für die Erreichung dieses Zieles erforderlich sind

und einer neuen Partei die Teilnahme an einer Wahl nicht praktisch unmöglich machen oder übermäßig erschweren.“ Es schreibt hier ausdrücklich von neuen Parteien. Wir wollen hier nicht die thematisch dazugehörigen allgemeinen Bemerkungen unserer Stellungnahme vom 19.12.2020 wiederholen. Wir wollen hier nur kurz zusammenfassend feststellen, dass es sich, unter Berücksichtigung mehrerer Aspekte, bei unserer Partei zweifelsfrei nicht um eine neue Partei handelt. Für sehr wichtig erachten wir auch die Empfehlung die Quoren für die mögliche vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtags (am 26.9.2021) sehr weit abzusenken, da eben gleichzeitig zwei Gründe zur Reduzierung der Anzahl zu sammelnder UU vorliegen. Dies ist aus unserer Sicht der einzige nachvollziehbare Grund dafür, ein nur für das Jahr 2021 gültiges Gesetz zu verabschieden. Denn dies ist zweifelsohne eine sehr besondere Situation. Alle anderen Änderungen der aktuellen Regelungen des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung sollten hingegen von dauerhafter Wirkung sein. Danach geht auf die Auswirkungen der für die Landtagswahlen am 14.3.2021 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz beschlossenen Anpassungen ein. In Thüringen gibt es aktuell je Wahlkreis gemittelt etwa 39.301 Wahlberechtigte. **Würde man die Reduzierung in Rheinland-Pfalz auf Thüringen anwenden, wären in Thüringen nur 31,4 UU für Wahlkreisbewerber und andere Wahlkreisvorschläge zu sammeln, bei einer Reduzierung wie in Baden-Württemberg wären es sogar nur 27,5 UU. Wir folgen hierzu grundsätzlich den weiteren Ausführungen von , bleiben jedoch bei unserer Forderung nach einer Reduzierung auf 40 UU, was 0,10 % der Wahlberechtigten entspräche. Sein Vergleich bei der reduzierten Anzahl UU für die Landesliste mit der Reduzierung in Rheinland-Pfalz würde für Thüringen einen Wert von zu sammelnden 276,7 UU bedeuten. Das liegt sehr nahe bei den von uns geforderten 250 UU. Wir hoffen im Interesse der politischen Verantwortlichen doch sehr, dass diese hier so langsam endlich den tatsächlichen Handlungsbedarf erkennen.** Seinen Ausführungen und Bedenken zur Problematik zu elektronischen Wahlen können wir grundsätzlich folgen. Allerdings betrachten wir Pandemie ähnliche Situationen als Notfallsituationen. Die unausweichliche Einschränkung der Möglichkeiten zur Kandidatenvorstellung und -befragung bei elektronischen Wahlen sind aus unserer Sicht gerade noch hinnehmbar. Allerdings muss, wie schon weiter oben von uns geäußert, der verbindliche Wahlgang schriftlich, sprich auf dem postalischen Weg, erfolgen. Denn nur so können alle Mitglieder in den Wahlvorgang mit eingebunden werden. Man muss hier auch bedenken, dass es auch heute noch Menschen gibt, die ein Leben ohne EDV und Internet führen oder auf Grund z.B. von Elektronensibilität ein solches führen müssen. Auf Grund dieser Feststellung sehen wir auch den betreffenden Punkt in Regelungsvorschlag von der sehr kritisch, insbesondere für reine Online-Veranstaltungen. Uns ist auch bewusst, dass dieses Verfahren nur dann praktisch funktionieren kann, wenn in der Vorwahl unterlegene Kandidatinnen und Kandidaten auf eine Teilnahme an der abschließenden schriftlichen und verbindlichen Abstimmung verzichten. Hier ist man leider abhängig von der Vernunft und der Kooperation der betreffenden Parteimitglieder, es sei denn zukünftige gesetzliche Bestimmungen verpflichten diese dazu. **Im Zusammenhang mit der vorzeitigen Neuwahl des Thüringen Landtags müssen wir, sofern noch die Pandemie ähnliche Situation gegeben ist, ausdrücklich auf folgenden Sachverhalt hinweisen: Eine Kombination aus elektronischer Wahl mit abschließender schriftlicher Abstimmung erfordert einen zusätzlichen Zeitaufwand von mindestens drei Wochen. Das wäre hier die effektive Zeitspanne, welche**

normalerweise für die Sammlung der UU zur Verfügung steht. Ein Wahlantritt wäre damit für betroffene Parteien praktisch unmöglich. Das heißt, dass hier unbedingt die 70-Tages-Frist zumindest für das Jahr 2021 erhöht werden muss. Wir wiederholen hier unseren Vorschlag zur Verlängerung der Frist um drei Wochen auf 91 Tage. Wir verweisen hier abschließend auf Anhang A unserer Stellungnahme vom 19.12.2020. Seine Ausführungen zur Briefwahl sind für uns grundsätzlich logisch und nachvollziehbar. Allerdings vermissen wir hier die Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Wahlhelferinnen und Wahlhelfer. Alleine schon in deren Interesse sollte im Falle einer Pandemie ähnlichen Situation unbedingt eine verbindliche Briefwahl stattfinden. Weiterhin möchten wir feststellen, dass der Urnengang auch für Wählerinnen und Wähler ein zusätzliches Infektionsrisiko darstellt. Hier sehen wir die Fürsorgepflicht des Staates als vordergründig. Das Bemühen um die Demokratie in allen Ehren, aber in einer Notfallsituation liegt der Fokus alleinig auf unmittelbar lebenswichtige oder für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft höchstbedeutende Aktivitäten. Wir möchten hier auch einen anderen Blickwinkel empfehlen, da die Verfassungsmäßigkeit einer allgemeinen Briefwahl von den Experten allesamt, so wie wir dies überblicken können, nicht in Frage gestellt wird: Welche Gründe sprechen noch gegen eine verbindliche Briefwahl? Letztendlich sind es nur die Interessen der Parteien, welche befürchten, dass bei einer anderen oder höheren Wahlbeteiligung deren eigenes Wahlergebnis schlechter ausfallen könnte. Wir möchten an dieser Stelle aus gesellschaftlicher Sicht betrachtet feststellen, dass doch vor allem die sogenannten etablierten Parteien für die Politik- und Politikerverdrossenheit und das Desinteresse der Nichtwählerinnen und Nichtwähler verantwortlich sind, welche die letzten Jahre zunehmend für das Erstarken von sehr nah an den politischen Rändern stehender Parteien sorgen. Wir danken auch Dr. Fabian Michl für seine sehr umfangreiche Stellungnahme.

Wir unterstützen natürlich die Empfehlung des **Landesverbands Thüringen** des Vereins **Mehr Demokratie e.V.** zur Reduzierung der Anzahl zu sammelnder UU auf 25 von 100. Gäbe es für Wahlkreisvorschläge und andere Wahlkreisvorschläge die außergewöhnlich hohe und deshalb zudem offensichtlich verfassungswidrige Anzahl von 250 bei regulären Landtagswahlen zu sammelnden UU nicht, so würde dann im Endergebnis unsere Forderung nach einer Reduzierung auf 40 von 100 recht ähnlich zu den rein rechnerisch 62,5 UU des Vorschlags von Mehr Demokratie ausfallen. Erwartungsgemäß hat auch Mehr Demokratie das Problem mit den anderen Wahlkreisvorschlägen erkannt. Wir teilen grundsätzlich die Bewertung der Briefwahl. Wir teilen jedoch nicht die Empfehlung zum zeitlich reduzierten Öffnen der Wahllokale. Wir empfehlen ganz klar, in einer Pandemie ähnlichen Situation im Interesse der in der Regel ehren- und zum Teil hauptamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer vollständig auf die Öffnung von Wahllokalen zu verzichten.

Die Ausführungen des **Thüringer Rechnungshofs** beruhigen uns doch erheblich, weist doch der Freistaat Thüringen einerseits im Ländervergleich eher sehr hohe Pro-Kopf-Verwaltungskosten auf und klagen die Kommunen, wie mir meinen, zurecht über zu knappe Mittel. Die Ursachen liegen aus unserer Sicht vor allem in der unnötigen und der vergleichsweise geringen Einwohnerzahl des Bundeslandes nicht angemessenen Mittleren Verwaltungsebene, bestehend aus dem Landesverwaltungsamt und anderen Behörden. Wir

sind deshalb sehr erleichtert, dass letztendlich das Land die eventuell erhöhten Kosten für die Wahlausführung übernehmen muss.

erkennt ebenfalls den Sachverhalt bezüglich der anderen Wahlkreisvorschläge. Für sehr bedenklich und auch etwas respektlos erachten wir seine Verwendung der Formulierungen „ernsthaft Kandidierende“, „Stimmenzersplitterung“ und „etablierte Parteien“, welche, mit Verlaub, am Demokratieverständnis von zumindest etwas zweifeln lässt. Allerdings widerspricht er sich im Prinzip mit den direkt danach folgenden Ausführungen selbst. Wir möchten dennoch ausdrücklich darauf hinweisen, dass von den Regelungen zur Sammlung von UU keinesfalls nur neuere Bewerberinnen und Bewerber betroffen sind. Es sind auch Parteien betroffen, welche sich seit fast 40 Jahren wiederholt und regelmäßig an unterschiedlichsten Wahlen beteiligen, wiederholt Abgeordnete im EU-Parlament stellen, aktuell bundesweit 530 kommunale Mandate, darunter u.a. zwei Bezirksräte, eine stellvertretende Landrätin und sieben 1. und acht stellvertretende Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen und bereits mehrere erfolgreiche landesweite Volksbegehren initiiert haben. Dies trifft zumindest auf eine Partei zu. Dieses mehr als offenkundige Missverhältnis zwischen Theorie und Praxis ist ausschließlich ein Ergebnis der undemokratischen 5%-Sperrklausel. Weiteres Produkt dieses eklatant gescheiterten Instruments ist unserer Einschätzung nach die ohne Zweifel vorhandene hohe Zersplitterung der Parteienlandschaft, von der wiederum nur die großen, die sogenannten etablierten, Parteien profitieren. Perfider Weise liegt es fast ausschließlich in der Macht dieser Profiteure, ihr eigene Bevorteilung abzuschaffen. Auch das wäre ein guter Grund für den bundesweiten Volksentscheid, den nicht nur die CDU seit Jahrzehnten erfolgreich verhindert. Sehr interessant ist es für uns als juristische Laien zu erkennen, dass auch seine und somit alle uns vorliegenden Stellungnahmen von Rechtsexperten im Prinzip sehr einhellig dieselbe Einschätzung zur gegebenen Verfassungsmäßigkeit einer allgemeinen Briefwahl abgeben.

Zusammenfassung der für uns u.a. als „neue Partei“ und „Kleinpartei“ wesentlichen Punkte:

- Die vorgeschlagene Reduzierung der Anzahl zu sammelnder UU ist nicht ausreichend. Sollten Mitte Juli 2021 immer noch Corona-bedingte Einschränkungen gegeben sein, ist diese vorgeschlagene Reduzierung noch weniger ausreichend. Die Anzahl zu sammelnder UU für Wahlkreisvorschläge und andere Wahlvorschläge ist zudem für reguläre Neuwahlen und damit auch die vorgeschlagene Reduzierung für vorzeitige Neuwahlen oder Wahlen unter den aus einer Pandemie ähnlichen Situation resultierenden erschwerten Bedingungen offensichtlich verfassungswidrig.
- Sollten Mitte Juli 2021 immer noch Corona-bedingte Einschränkungen gegeben sein und dadurch die Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten nur per Online-Veranstaltung mit abschließender schriftlicher Abstimmung auf dem Postweg möglich sein, so sind aktuell nicht im Bundestag oder in einem Landtag vertretene Parteien faktisch von der Teilnahme an der möglichen vorzeitigen Landtagswahl am 26.9.2021 ausgeschlossen, weil sich der Sammlungszeitraum für die UU nahezu auf NULL reduzieren würde. Eine Erweiterung der 70-Tages-Frist um drei Wochen ist hier deshalb dringend angezeigt.

- Die Verfasser des Gesetzesvorschlages und des Änderungsantrages ignorieren geradezu systematisch wichtige Hinweise aus den erbetenen Stellungnahmen.
- Ein separates Gesetz für die mögliche vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtags am 26.9.2021 ist nur dann angezeigt, wenn für den Wahlprozess, welcher Stand heute etwa Mitte Juli beginnen würde, mit zusätzlichen Einschränkungen auf Grund einer Pandemie ähnlichen Situation zu rechnen ist. Ein solches Gesetz müsste im Wesentlichen eine weitere Reduzierung der Anzahlen zu sammelnder UU beinhalten und weiterhin die 70-Tages-Frist um drei Wochen verlängern. Eine Änderung der Thüringer Verfassung scheint hier unausweichlich. Wir empfehlen hier noch einmal bei dieser Gelegenheit gleich die undemokratische und eklatant gescheiterte 5%-Sperrklausel mit abzuschaffen. Gerne können hierbei ebenfalls auch die im Rahmen unseres geplanten Volksbegehrens zur Verkleinerung des Thüringer Landtags vorgesehenen Änderung von lediglich drei Zahlen gleich mit übernommen werden.
- Alle weiteren, und davon nur die wirklich notwendigen, Änderungen und Neuregelungen müssen dauerhaft in das Landeswahlgesetz und die Landeswahlordnung übernommen werden. Nur eine solche Vorgehens- und Arbeitsweise findet unsere Unterstützung und unser Wohlwollen. Denn nur diese ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Thüringen.
- In Summe dieser Aspekte, insbesondere der beiden zuerst genannten, kann der vorliegende Gesetzesvorschlag samt Änderungsvorschlag nur abgelehnt werden. Er ist ungenügend.

Wir möchten uns abschließend noch dazu erklären, warum wir im Rahmen dieses Verfahrens auf Stellungnahmen und Fragen von anderen Parteien nicht eingehen: Wir finden es grundsätzlich sehr gut, dass die aktuell im Thüringer Landtag vertretenen Parteien auch andere Parteien in das Gesetzgebungsverfahren mit einbinden. Wir sind jedoch der Meinung, dass dies bereits während der Ausarbeitung eines Gesetzesvorschlages, also im Vorfeld, hätte erfolgen können und müssen. Wir kommen aktuell natürlich nicht umhin, den vorliegenden Gesetzesvorschlag samt Änderungsvorschlag und damit die dafür verantwortlichen Parteien in allen Aspekten deutlich zu kritisieren. Darüber hinaus verzichten wir jedoch auf jede weitere Auseinandersetzung mit anderen Parteien, weil wir nicht den Eindruck erwecken möchten, dass unserem Engagement ausschließlich eigennützige Interessen unserer Partei in Form eines vorgezogenen Landtagswahlkampfes zu Grund liegen. Denn dies würde nicht unseren Grundsätzen und Zielen einer ideologiefreien Gemeinwohlpolitik entsprechen. Für uns beginnt der Landtagswahlkampf erst sobald wir die ersten Kandidatinnen und Kandidaten nominiert haben.

Mit freundlichen Grüßen

/

Anlagen

- Anhang A – Ländervergleich der Bestimmungen zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften (UU) bei regulären Landtagswahlen

Anhang A – Ländervergleich der Bestimmungen zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften (UU) bei regulären Landtagswahlen

Bundesland	Anzahl der Wahlkreise	Wahlberechtigte je Wahlkreis	Anzahl UU Wahlkreise	Anzahl UU Wahlkreis/ Anzahl WB	Wahlberechtigte Landesliste	Anzahl UU Landesliste	Anzahl UU Landesliste/ Anzahl WB
Baden-Württemberg	70	109.764	150	0,14%	7.683.464	0	0,00%
Bayern	90	105.327	0	0,00%	9.479.428	8.277	0,09%
Berlin	78	31.864	45	0,14%	2.485.379	2.200	0,09%
Brandenburg	44	47.468	100	0,21%	2.088.592	2.000	0,10%
Bremen	0	-	0	-	475.482	474	0,10%
Hamburg	71	18.545	100	0,54%	1.316.691	1.000	0,08%
Hessen	55	79.505	50	0,06%	4.372.788	1.000	0,02%
Mecklenburg-Vorpommern	36	36.898	100	0,27%	1.328.320	100	0,01%
Niedersachsen	87	70.096	100	0,14%	6.098.379	2.000	0,03%
Nordrhein-Westfalen	128	102.851	100	0,10%	13.164.887	1.000	0,01%
Rheinland-Pfalz	51	60.235	125	0,21%	3.071.972	2.040	0,07%
Saarland	3	258.317	300	0,12%	774.951	0	0,00%
Sachsen	60	54.811	100	0,18%	3.288.643	1.000	0,03%
Sachsen-Anhalt	45	41.726	100	0,24%	1.877.649	1.000	0,05%
Schleswig-Holstein	35	66.229	100	0,15%	2.318.022	1.000	0,04%
Thüringen	44	39.301	250	0,64%	1.729.242	1.000	0,06%

Baden-Württemberg, Bayern und Saarland als Flächenbundesländer und die Stadtstaaten haben hier speziellere Regelungen, auf die wir an dieser Stelle nicht im Detail eingehen wollen.

Wahlberechtigte (WB) bei der letzten Landtagswahl, Durchschnittswert

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen</td> <td>Politische Partei</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Sonneberger Straße 244</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>96528 Frankenblick</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Straße 244	Postleitzahl, Ort	96528 Frankenblick
Name	Organisationsform										
Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Straße 244										
Postleitzahl, Ort	96528 Frankenblick										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Politik	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> Die 70-Tages-Frist ist im Falle von Pandemie ähnlicher Situation zu kurz. Kleinere Parteien wären dann auf Grund der Bestimmungen für Online-Nominierungen faktisch von einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags ausgeschlossen. Die Anzahl zu sammelnder Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge von Parteien und für andere Wahlkreisvorschläge ist ganz offensichtlich verfassungswidrig. Das geplante Gesetz lässt deutlich das Prinzip der Nachhaltigkeit des politischen Handelns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Thüringen vermissen. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Seltendorf, 23.2.2021	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Von:

Gesendet: Donnerstag, 25. Februar 2021 09:34

An: Landtag Poststelle <poststelle@thueringer-landtag.de>

Betreff: AW: Unsere Stellungnahme zum Änderungsvorschlag zu Drs. 7/2043 Vorlage 7/1590

THÜR. LANDTAG POST
25.02.2021 09:37

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir haben noch einen kleinen Nachtrag zu unserer Stellungnahme vom 23.2.2021.

488112021

hat uns freundlicher Weise, auf unsere Anfrage hin, einen Link zum Urteil bezüglich der maximal 0,26% der Wahlberechtigten für Wahlkreisvorschläge zu sammelnder Unterstützungsunterschriften mitgeteilt:
<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV04-1464.pdf>

Mit freundlichen Grüßen

Von:

Gesendet: Dienstag, 23. Februar 2021 22:25

An: 'poststelle@thueringer-landtag.de' <poststelle@thueringer-landtag.de>

Betreff: Unsere Stellungnahme zum Änderungsvorschlag zu Drs. 7/2043 Vorlage 7/1590

Sehr geehrte Damen und Herren,
anbei erhalten Sie vorab unsere Stellungnahme des heutigen Tages zu Drs. 7/2043 Vorlage 7/1590.

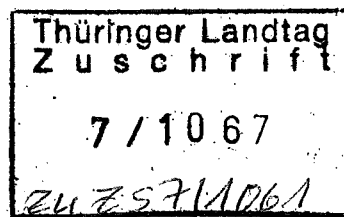
Wir möchten dem Studium unserer Stellungnahme nicht vorgreifen, aber dennoch an dieser Stelle auf die für uns wichtigsten Erkenntnisse der Entwicklungen der letzten Wochen hinweisen:

1. Sollten für den Zeitraum ab Mitte Juli 2021 nach wie vor mit der tagesaktuellen Situation vergleichbare Corona bedingte Einschränkungen bestehen, sind kleinere Parteien faktisch von der Teilnahme an der möglichen vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags am 26.9.2021 ausgeschlossen. Dies resultiert aus den Bestimmungen zur virtuellen Online-Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten samt abschließender und verbindlicher schriftlicher Abstimmung auf dem Postweg.
2. Die aktuell festgelegte Anzahl von 250 bei regulären Neuwahlen des Thüringer Landtags für Wahlkreisvorschläge der Parteien und andere Wahlkreisvorschläge zu sammelnden Unterstützungsunterschriften ist ganz offensichtlich verfassungswidrig.

Mit freundlichen Grüßen

Den Mitgliedern des

..... InnHA



zu Dr. 7/12043

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Landesverband Thüringen

Sonneberger Straße 244

96528 Frankenblick

Tel.: 036766/84790

Mobil: (

Fax: 036766/849789

e-mail:

Webseite Landesverband: www.oedp-thueringen.de

Persönliche Kandidatenwebseite:

Diese E-Mail enthält vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail sind nicht gestattet.

5507/2021

Anlage 4

25
711084

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>Thüringischer Landestag e.V.</td><td>e.V.</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td></td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>Richard - Breslau - Str. 13</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>99094 Erfurt</td></tr></table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landestag e.V.	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard - Breslau - Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landestag e.V.	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard - Breslau - Str. 13										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteiligungG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteiligungG)	
	kommunaler Spitzenverband i.S.v. § 126, 127 ThürKO, Art 91 Abs. 1 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteiligungG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes und Änderungsauftrags aus kritischer Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteiligungG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt 26.02.2021	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften - Gesetzentwurf der Fraktionen		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Organisationsform</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;">Westfälische Wilhelms-Universität Münster Rechtswissenschaftliche Fakultät</div>	
	<div style="flex: 1;">Geschäfts- oder Dienstadresse</div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</div> <div style="flex: 1;">Bispinghof 24/25</div>	
	<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;">48143 Münster</div>	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	<div style="flex: 1;">Name</div> <div style="flex: 1;">Vorname</div>	
	<div style="flex: 1;"></div> <div style="flex: 1;"></div>	
	<div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse </div> <div style="flex: 1;"> <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div>	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	<div style="flex: 1;">Straße, Hausnummer</div> <div style="flex: 1;"></div>	
<div style="flex: 1;">Postleitzahl, Ort</div> <div style="flex: 1;"></div>		

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

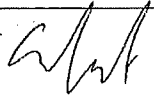
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung weiterer wahlrechtlicher Vorschriften Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/2043 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/1590 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>GSHB Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 14 - 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GSHB Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 - 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
GSHB Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 14 - 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
Postleitzahl, Ort											

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
 26.7.21	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Thüringer Gesetz für den Fall der vorzeitigen Durchführung von Neuwahlen für den Thüringer Landtag im Jahre 2021 sowie zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung - ThürVorNWDG 2021 Drucksache 7/2043											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen</td> <td style="padding: 5px;">Politische Partei</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Sonneberger Straße 244</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">96528 Frankenblick</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Straße 244	Postleitzahl, Ort	96528 Frankenblick
	Name	Organisationsform									
	Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Straße 244									
Postleitzahl, Ort	96528 Frankenblick										

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Politik	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Es fehlen im Thüringer Landtagswahlgesetz gesetzliche Regelungen insbesondere zur Frage der Anzahl im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags zu sammelnder Unterstützungsunterschriften. Das geplante Gesetz lässt hier das Prinzip der Nachhaltigkeit des politischen Handelns im Interesse der BürgerInnen und Bürger des Freistaats Thüringen vermissen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Verhinderung der Benachteiligung der noch nicht in einem Landtag oder im Bundestag vertretenden Parteien zur Wahrung der demokratischen Vielfalt.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Seltendorf, 11.11.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



Landesverband
Thüringen

Ökologisch-Demokratische Partei
Landesverband Thüringen
Landesvorsitzender

THÜR. LANDTAG POST
18.11.2020 14:11

28183/2020

ÖDP Thüringen •

Seltendorf, den 19. Oktober 2020

Offener Brief zu den fehlenden gesetzlichen Regelungen für vorgezogene Neuwahlen des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit der Mitteilung des TMIK vom 14. Juli 2020, dass die ursprünglich geplante 2. Verordnung zur möglichen vorgezogenen Neuwahl des Thüringer Landtags am 25. April 2021 vom Tisch ist, ist einige Zeit vergangen. Obwohl Sie das Grundproblem offensichtlich erkannt haben, haben uns leider seitdem keine neuen Informationen mehr dazu erreicht. Deshalb sehen wir uns nun dazu veranlasst, jetzt mit einem Offenen Brief auf die Mängel des Landeswahlgesetzes und auf unser Engagement zur Sicherung der demokratischen Vielfalt hinzuweisen.

Nach wie vor gibt es im Thüringer Wahlgesetz keine Regelungen zur im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags zu sammelnden Anzahl an Unterstützungsunterschriften. Wir haben die letzten Monate wiederholt schriftlich und per E-Mail u.a. an das TMIK und den Landeswahlleiter darauf hingewiesen, dass es doch der nachhaltigste und damit sinnvollste Ansatz wäre, diese Gesetzeslücke dauerhaft zu schließen.

Wir möchten sie hiermit auffordern diese Gesetzeslücke zeitnah per Gesetzesänderung zu schließen.

Ein Beispiel zum Vergleich: Im Wahlgesetz von Rheinland-Pfalz sind entsprechende Regelungen getroffen, welche bei vorgezogenen Neuwahlen des dortigen Landtags für die Landesliste nur 20 Prozent und für Direktkandidaten jeweils nur 40 Prozent der für reguläre Neuwahlen des Landtags notwendigen Anzahl an Unterstützungsunterschriften verlangen. Wir halten es für sinnvoll, dass man sich in Thüringen an diesen Werten orientiert.



www.oedp-thueringen.de -



info@oedp-thueringen.de -



<https://www.facebook.com/OEDPThueringen/>



<https://twitter.com/OedpThueringen> -



<https://www.instagram.com/oedpthueringen/>

Sollten die politisch Verantwortlichen in Thüringen nicht gewillt oder bereit sein, diese Gesetzeslücke zu schließen und sollte es uns auf Grund des extrem verkürzten Zeitraums für die Sammlung der Unterstützungsunterschriften von ca. vier Wochen anstatt mehr als einem Jahr bei regulären Neuwahlen nicht gelingen an der möglichen vorgezogenen Neuwahl des Thüringer Landtags teilzunehmen, **so kündigen wir für diesen Fall bereits hiermit und vorab die Anfechtung der Landtagswahl und deren Ergebnisses an.** Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die ÖDP bezüglich der Anwendung direktdemokratischer und juristischer Mittel bei Demokratiethemen auf Landes- und Bundesebene die erfolgreichste Partei Deutschlands ist.

Wir möchten hiermit um eine Antwort des TMIK auf dieses Schreiben bis zum 6. November 2020 bitten.

Mit freundlichen Grüßen

Verteiler

- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
- Thüringer Landeswahlleiter
- Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag von Die Linke, CDU, SPD und B'90/Grüne
- Mehr Demokratie e.V. Thüringen
- diverse Medien

Sehr geehrter

bitte entschuldigen Sie meine etwas späte Antwort. Wir haben vor acht Tagen die Thematik in unserem Landesverband besprochen und danach noch die jüngsten Entscheidungen u.a. in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz abgewartet. Letztere ist noch nicht gefallen, aber das Ergebnis ist schon recht deutlich absehbar. Weiterhin war die nochmalige Durchsicht Ihres Gesetzesvorschlages notwendig gewesen. Anbei unsere Einverständniserklärung bzgl. der Veröffentlichung unserer inhaltlichen Beiträge.

Wir werden zeitnah eine ausführliche Ausarbeitung zu Ihrem Gesetzesvorschlag erstellen. Eventuell werden wir diese noch vor dem Anhörungstermin verteilen. Wenn nicht, dann erst an der Anhörung.

Inhaltlich will ich mich an dieser Stelle erst einmal auf das Wesentliche beschränken:

1. Wir bleiben bei unserer Auffassung, dass die Regelungen zu den Anzahlen benötigter Unterstützungsunterschriften für vorzeitige Neuwahl des Thüringer Landtags unbedingt dauerhaft und damit nachhaltig in das Thüringer Landeswahlgesetz und weitere dafür notwendige Regelungen ggf. in die Thüringer Landeswahlordnung aufgenommen werden sollten. Nur diese Vorgehensweise wäre aus unserer Sicht sinnvoll im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats Thüringen.
2. Lediglich die im Rahmen der Corona-Situation notwendigen gesetzlichen Bestimmungen können bzw. sollten in einem separaten Gesetz geregelt werden.

Wir können Folgendes nicht nachvollziehen:

- Ihr Gesetzesvorschlag beinhaltet bereits Änderungen des Thüringer Landeswahlgesetzes und der Thüringer Landeswahlordnung. Es böte sich also an, alle nur für vorzeitige Neuwahlen des Thüringer Landtags fehlenden Bestimmungen bereits jetzt verbindlich im Interesse der Nachhaltigkeit dauerhaft zu ergänzen.
- Warum orientiert man sich nicht an den gesetzlichen Regelungen in Rheinland-Pfalz? Wird das Ziel verfolgt die Anzahl zugelassener Parteien also von „Konkurrenten“ möglichst gering zu halten?

Da also sowieso eine Änderung der Thüringer Landeswahlgesetzes vorgesehen ist, möchten wir noch auf folgenden Sachverhalt hinweisen:

Der Freistaat Thüringen hat, mit Ausnahme des Sonderfalls des Saarlands, wo es insgesamt nur drei Landtagswahlkreise gibt, die mit Abstand höchste Anzahl von benötigten Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge bei Landtagswahlen. Die Tragweite ist hier besonders hoch, weil die Landtagswahlkreise in Thüringen bekanntlich vergleichsweise klein sind, also nur sehr wenige Wahlberechtigte aufweisen. Hier die Zahlen der Bundesländer zum Vergleich:

Bundesland	Anzahl der Wahlkreise	Anzahl UU Landesliste	Anzahl UU Wahlkreise
Baden-Württemberg	70	0	150
Bayern	90	8.277	0
Berlin	78	2.200	45
Brandenburg	44	2.000	100
Bremen	0	474	0
Hamburg	71	1.000	100
Hessen	55	1.000	50
Mecklenburg-Vorpommern	36	100	100
Niedersachsen	87	2.000	100
Nordrhein-Westfalen	128	1.000	100
Rheinland-Pfalz	51	2.040	125
Saarland	3	0	300
Sachsen	60	1.000	100
Sachsen-Anhalt	45	1.000	100
Schleswig-Holstein	35	1.000	100
Thüringen	44	1.000	250

aden-Württemberg, Bayern und Saarland haben hier als Flächenbundesländer speziellere Regelungen, auf die wir an dieser Stelle nicht im Detail eingehen wollen. Wir gehen davon aus, dass die Einwohnerzahlen der Bundesländer bekannt sind.

Es wäre aus unserer Sicht angezeigt, dieses sehr auffällige Missverhältnis bei dieser Gelegenheit gleich mit zu bereinigen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
Landesverband Thüringen

Webseite Landesverband: www.oedp-thueringen.de

Persönliche Kandidatenwebseite: :

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)